



des Ruhrgebiets
Bibliothek des ISB
S2D 3308

Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 171 11.2.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

2. Beratungskongreß: Bunte und Alternative bleiben weiter auf dem Plan



Die Bunten und Alternativen Listen werden sich weder auflösen noch spalten. Sie halten weiter an ihrer Existenz fest und streben eine verstärkte Zusammenarbeit untereinander an. Das ist das wichtigste Ergebnis des zweiten bunt-alternativen Beratungskongresses, der am 2./3.2. in Münster, organisiert von der dortigen Grünen Alternativen Liste (GAL) stattfand. Die 200 anwesenden Aktivisten aus etwa 30 Listen zeigten sich von Bahros Auflösungs-Forderung ebenso unbeeindruckt wie von den düsteren Prohezeungen, die es im Vorfeld des Treffens gegeben hatte. Unter den linken Grünen war die Parole ausgegeben worden, in Münster werde sich lediglich das „allerengste Umfeld“ des KB zusammenfinden (Brief der Zentrumsgruppe an den KB, 31.1.), der KB wolle dort „nur vollendete Tatsachen in seinem Sinne schaffen“ („FR“ vom 30.1., ebenfalls unter Berufung auf ein Mitglied der Zentrumsgruppe), die grünen Bunten sollten aus den Listen „ausgeschlossen“ werden usw. usf. Die Aufforderung an die Listen, sich nur „mit einer kleinen Beobachter-Delegation“ in Münster zu beteiligen und von vornherein zu erklären, daß dort gefaßte Beschlüsse „keinerlei Bedeutung“ haben sollten (Zentrumsgruppe, s.o.), wurde jedoch nicht befolgt. Stattdessen scheinen

die ersten örtlichen Versammlungen nach Münster die Hoffnung zu bestätigen, daß eine aktuelle Spaltungsgefahr zunächst überwunden ist. Vorerst noch zaghaft zeichnet sich die Tendenz ab, den Dialog unter den Bunten und Alternativen wieder konstruktiver zu gestalten. Zu dieser Konsolidierung-Tendenz hat auch ganz maßgeblich die Tatsache beigetragen, daß die letzten Landesversammlungen der Grünen für die Linken äußerst enttäuschend verlaufen sind.

Der KB hatte vorgeschlagen, die umstrittene Frage der Einschätzung der grünen Partei und der Mitarbeit in ihr in Münster „auszuklammern“ und sich „ganz auf die Punkte zu konzentrieren, wo gemeinsame Handlungsperspektiven noch möglich und diskutierbar erscheinen“. Die Alternative Liste Bremen und die GLH hatten auf Versammlungen Beschlüsse gefaßt, in denen die Notwendigkeit betont wurde, daß (in die Grünen) „Eingetretene“ und „Autonome“ Bunte und Alternative weiter zusammenbleiben. Ein ähnliches Bild ergab die Berichterstattung aus den anderen Listen, mit der der Münsteraner Kongreß eröffnet wurde. Einige bemerkenswerte Informationen gab es aus den Reihen der Grünen: So sprach sich der grüne Kreisverband

Münster in einer Grußadresse an den Kongreß für die Bildung eines bunt-alternativen Dachverbands aus, da dies die Position der Linken bei den Grünen stärken könne. In Trier ist die dortige Vorsitzende des Kreisverbands nach Karlsruhe zurückgetreten. In Bremervörde trat gleich der ganze KV aus Protest gegen die Parteitagebeschlüsse aus, um stattdessen eine Alternative Liste zu bilden. Einzig der Berichterstatter der Alternativen Liste Westberlin, Peter Sellin, ließ aufhorchen: Die „Hauptströmung“ in der AL („Unabhängige Linke“) befürwortete weitere Eintritte in die Grünen, um – nach Gründung eines grünen Landesverbands in Westberlin – Einfluß auf den Programmkongreß der Grünen in Saarbrücken zu nehmen. Die „Unabhängigen Linken“ in der AL seien ferner der Meinung, daß erst nach der Auswertung dieses Programmkongresses eine Entscheidung über ein einheitliches (?) Verhalten der AL zu den Grünen fallen müsse.

„Doppelstrategie“?

In der Diskussion um die Bildung eines bunt-alternativen Dachverbands standen sich zwei Positionen gegenüber. Eine Minderheit warnte vor der Konstituierung eines solchen eigenen

Fortsetzung auf Seite 4

DGB-Vorstand gegen Aktivitäten zum 'Internationalen Frauentag'

Der DGB-Bundesvorstand hat mit einem Rundschreiben vom 28. Januar verfügt, daß die Gliederungen des DGB zum 8. März, dem „Internationalen Frauentag“, sich nicht an Aktionsgemeinschaften mit anderen Gruppen beteiligen dürfen. Auch eigene DGB-Aktivitäten sind untersagt.

Begründet wird das damit, daß der 1910 auf der II. Sozialistischen Frauenkonferenz auf Antrag von Clara Zetkin und Käthe Duncker beschlossene „Frauentag“ inzwischen zu einem „parteilichpolitischen Gedenktag“ geworden sei.

Richtig ist daran, daß zumindest in der BRD der „Frauentag“ schon seit langem vom DGB und der SPD fallengelassen worden war. Nur noch die DKP und deren Bündnisorganisationen hatten jahrelang die Tradition des 8. März aufrechterhalten. Das ist weder dem Tag noch der DKP vorzuwerfen, sondern dokumentiert die Rangordnung der Frauenpolitik für die DGB-Spitze. Konsequenterweise weitergedacht könnte es passieren, daß der DGB-Bundesvorstand in ein paar Jahren auch den 1. Mai zum „parteilichpolitischen Gedenktag“ erklärt und Aktivitäten aus diesem Anlaß untersagt.

Das Rundschreiben des DGB-Bundesvorstandes dokumentiert allerdings schon in sich selbst, daß hier in den letzten Jahren die Dinge in Bewegung gekommen sind. Sozialistische Frauen (z.B. im KB), autonome Frauengruppen und auch DGB-Frauen hatten in den letzten Jahren mehr und mehr den 8. März als Feier- und Aktionstag für ihre Interessen „widerentdeckt“.

In diesem Jahr nun, so glaubte frau, stand ein Durchbruch auf breiter Front bevor. Schlagzeilen wie

Kongreß eröffnet wurde. Einige bemerkenswerte Informationen gab es aus den Reihen der Grünen: So sprach sich der grüne Kreisverband

stünden sich zwei Positionen gegenüber. Eine Minderheit warnte vor der Konstituierung eines solchen eigenen

Fortsetzung auf Seite 4

Das Zeichen: Die Nachricht vom: Freisprech-Durchwahl: 291 W6/B3/Rh 28.01.1980

Betreff: „Internationaler Frauentag“ am 8. März 1980

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

An einige DGB-Kreise ist der Wunsch herangetragen worden, sich zur 70. Wiederkehr des „Internationalen Frauentages“ am 8. März d.J. an Gedenkveranstaltungen anderer Verbände zu beteiligen oder eine eigene Veranstaltung durchzuführen.

Der DGB-Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 19.01.1980 mit dieser Frage befaßt und beschlossen, daß sich der DGB auch in diesem Falle nicht an Aktionen anderer Veranstalter beteiligen wird. Er wird auch keine eigenen Veranstaltungen zur Erinnerung an diesen bemerkenswerten Beschluß des II. Internationalen Frauenkongresses der Sozialistinnen im Jahre 1910 durchführen, der zu einem parteipolitischen Gedenktag führte, an dem sich der DGB aufgrund seines Prinzips der Einheitsgewerkschaft nicht beteiligen kann.

Wir geben Euch diesen Beschluß zur Kenntnis und bitten Euch, ihm zu entsprechen und keine Aktionsgemeinschaften mit anderen Gruppen zu bilden bzw. von eigenen Veranstaltungen aus Anlaß dieses 8. März als „Internationaler Frauentag“ abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

Heinz O. Vetter
Vorsitzender

Maria Weber
stellvertr. Vorsitzende

„Gewerkschaften reißen 8. März aus dem Dornröschenschlaf“ waren schon in der Gewerkschaftspressen zu lesen. Die „Mitteilungen für Frauen“ (IG Metall) kündigten schon Ende 1979 an:

„Der Frauentag soll den Charakter eines Kampftages erhalten, an dem die Frauen ihre Forderungen für Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung deutlich machen. Das gilt heute wie früher.“ (6/79).

Das Rundschreiben des DGB-Bundesvorstandes knallt in eine Situation hinein, wo vielfach schon örtliche Aktionsbündnisse zum 8. März zwi-

schen DGB-Frauen und anderen Gruppierungen abgeschlossen sind: Es ist damit zu rechnen, daß nun massiver Druck ausgeübt werden wird, um die DGB-Frauen zum Ausstieg aus diesen Absprachen zu zwingen. Wieder einmal soll so Frauen das Rückgrat krumm gebogen werden. Aber selbst ein Rückzug von einzelnen DGB-Frauengruppen und -Gremien – so bedauerlich er wäre – kann nichts daran ändern, daß sich in diesem Jahr eine gewachsene Zahl gewerkschaftlich organisierter Frauen an den Aktivitäten zum 8. März beteiligen wird.

China Die Kulturrevolution vor Gericht

In China hat die Abrechnung mit den Aktivisten der Kulturrevolution und den „Linksradikalen“ wieder an Schärfe zugenommen. Eine Reihe brutaler Urteile aus jüngster Zeit demonstriert die Tendenz des Regimes, mit der Erledigung der alten „Linksradikalen“ zugleich abschreckend auf die sich zusammenballenden neuen Protestpotentiale zu wirken.

– Am 28.12.79 standen in der Stadt Suzhou (Provinz Kiangsu) Hua Linsen, Zhou Jieqi und Zhao Baokang vor Gericht. Ihnen wurde vorgeworfen, während der Kulturrevolution führend an Aufständen („revolutionäre Machtergreifung“) beteiligt gewesen zu sein. Nach der Kulturrevolution sollen sie die „Vierbände“ unterstützt haben. Die Urteile: 19 Jahre, 15 Jahre und 7 Jahre Haft.

– In Nanking (Provinz Kiangsu) standen am 29.12.79 Zeng Panguan, Zhou Jilu und Kang Daming vor Gericht. Zeng, der als führender Anhänger der „Vierbände“ bezeichnet wurde, wurde zu 16 Jahren Haft verurteilt. Zhou war ange-

klagt, während der Kulturrevolution enge Verbindung zur „Vierbände“ gehabt zu haben und hohe Partei- und Staats-Funktionäre „verleumdet“ zu haben. Außerdem war Zhou angeklagt, zehn Frauen „verführt oder vergewaltigt“ zu haben. Gemessen an dieser Anklage ist die Strafe mit zehn Jahren relativ niedrig ausgefallen. Kang Daming wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt – er habe Funktionäre verleumdet, „Zwischenfälle produziert“ und sei Anhänger der „Vierbände“ gewesen. (Radio der Provinz Kiangsu, 18.1. und 19.1., nach SWB, 22.1.).

– In Hangzhou (Provinz Schekiang) standen Ye Rende und sechs weitere „Linksradikale“ vor Gericht. Ye Rende war während der Kulturrevolution u.a. Mitglied des Ständigen Ausschusses der Provinz Revolutionskomitees. Die Urteile: 7 Jahre Haft für Ye Rende. 5 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 7 bis 20 Jahren verurteilt. Einer wurde für drei Jahre „unter Überwachung gestellt“. (Radio der Provinz Schekiang, 12.1., nach SWB, 21.1.).

8 Jahre Knast wegen Wandzeitung

Wieder ist ein chinesischer Oppositioneller der „Demokratisierung“ zum

Stelle der Stadt das öffentliche Anbringen von Wandzeitungen erlaubt-

8 Jahre Knast wegen Wandzeitung

Wieder ist ein chinesischer Oppositioneller der „Demokratisierung“ zum Opfer gefallen. Zu 8 Jahren Gefängnis wurde am 9. Dezember 79 Guo Shuzhang verurteilt. Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er am 25. Oktober 79 am Eingang des Rathauses von Xinxian (Provinz Honan) eine Wandzeitung angebracht hatte, in der er gegen die Verurteilung des Oppositionellen Wei Jingsheng (15 Jahre) protestierte (Radio der Provinz Honan, 18.12.79 – nach SWB, 8.1.80).

Zwar garantiert die chinesische Verfassung vom März 1978 ausdrücklich jedem Staatsbürger das Recht auf das Anbringen von Wandzeitungen (Artikel 45). Dieses Recht wurde seither von der Regierung aber schrittweise beseitigt:

– Im März/April 1979 wurden in den chinesischen Großstädten und Provinzen Verordnungen erlassen, die jeweils nur noch an einer einzigen

Stelle der Stadt das öffentliche Anbringen von Wandzeitungen erlaubten – es ansonsten aber unter strenge Strafanordnung stellten.

– Im Dezember 1979 verlegten neue Verordnungen die Wandzeitungs-Plätze aus den Stadtzentren weg an abgelegene Plätze. Außerdem müssen sich jetzt alle, die Wandzeitungen anbringen wollen, registrieren lassen.

– In der Millionenstadt Nanking scheint inzwischen bereits die nächste Stufe verwirklicht: Dort wurde am 2. Januar nicht nur die Schließung des bisherigen Wandzeitungs-Platzes angeordnet, sondern es wurde generell das Anbringen von Wandzeitungen an öffentlichen Plätzen, Straßen usw. untersagt. Wandzeitungen dürfen dort nur noch an den dafür vorgesehen Flächen in Betrieben, Büros usw. angebracht werden (Radio Nanking, 2.1.80 – nach SWB, 8.1.80). Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis auch dieses Recht kassiert wird.

Aus dem Inhalt:

| | | |
|---|---|----------|
| aktuell | Interview mit Brigitte Heinrich | S. 31 |
| + Präsidentschaftswahlen im Iran | + P.P. Zahl: Über die Stille und das Grelle | S. 32-33 |
| + Zimbabwe: Mordanschläge und Terror gegen die ZANU | Betrieb und Gewerkschaft | |
| Wahlen | + „Grausame Schlacht“ in der IG Chemie erwartet | S. 34 |
| + Berichte aus den bunten Listen und den Verbänden/Gremien der GRÜNEN | + Zur Diskussion um die gewerkschaftliche Jugendarbeit | S. 35-36 |
| + Anti-Strauß-Aktivitäten | International | |
| Frauen | + Irland: Kongreß des Sinn Fein (Provo) | S. 43-44 |
| + Vergewaltigung, eine alltägliche Unterdrückung für Frauen | + AK-Interview mit Otelo de Carvalho | S. 41 |
| + Interview mit dem sozialistischen Frauenbund Westberlin | + Guatemala: Massaker in der spanischen Botschaft | S. 46 |
| + Aktionen gegen den 5.218.18 | Westdeutsche Linke, ML, Szene | |
| Antifa | + Afghanistan und die Linke | S. 48-49 |
| + Den antifaschistischen Bundeskongreß vorbereiten! | + Report über eine „äußerst komplizierte Aktion“ (gegen den KB) | S. 50-51 |
| + „Wehrsportgruppe Hoffmann“ verboten. Die Bande gehört in den Knast | + Bewegung 2. Juni – Die Welt, wie wir sie sehen... | S. 53-54 |
| Klassenjustiz/Knast | + Betr.: „Sozialistische Konferenz“ | S. 56 |
| + Hungerstreik gegen den Toten Trakt | | |

Präsidentiawahl im Iran

Mit überwältigender Mehrheit wurde bei den am 25. Januar 80 durchgeführten Präsidentschaftswahlen Abolhassan Banisadr, bisheriger Wirtschafts- und Finanzminister und Mitglied des Revolutionsrates, zum Staatspräsidenten gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 64% erhielt Banisadr 75,7% der abgegebenen Stimmen, während sich seine beiden wichtigsten Gegenkandidaten, der ehemalige Marine-Oberbefehlshaber und Gouverneur der Erdoilprovinz Khuzistan, Ahmad Madani, und der Kandidat der Islamischen Republik-Partei (bisher immer als die Partei Khomeinys angesehen), Hassan Habibi, mit nur 14,6% bzw. 4,8% der Stimmen begnügen mußten. Alle übrigen Kandidaten brachten es auf weniger als 1% der Stimmen. Besonders deutlich war die Absage, die der amtierende Außenminister Sadegh Ghotbzadeh, als Oberzensor des iranischen Rundfunks und Fernsehens berüchtigt, erhielt: Er konnte nur 0,3% der Stimmen auf sich vereinigen, obwohl er sich nur wenige Tage vor der Wahl mit der Bekanntgabe der angeblichen Gefangennahme des Schah in Panama zu profilieren suchte (Angaben nach „Frankfurter Rundschau“, „FR“, 29.1.80).

Wer unterstützt Banisadr?

Der unerwartet hohe Wahlsieg Banisadrs hat zu vielen Spekulationen Anlaß gegeben. In der Presse wird die Anhängerschaft Banisadrs im „religiös-intellektuellen und aufgeklärten liberalen Lager“ („FR“, 28.1.) oder im „linken Spektrum der Geistlichkeit“ gesucht („Neue“, 17.1.80). Banisadr selbst nennt als seine Anhänger „das Volk“ und die „jungen Mullahs“ („Le Monde“, „LM“, 29.1.). Sicher ist es als positiv anzusehen, daß der Kandidat des reaktionären Klerus, Habibi, eine klare Absage erhielt. Das macht deutlich, daß der größte Teil des Volkes eine Alleinherrschaft der Mullahs und die von ihnen versuchte Zwangs-Islamisierung aller Lebensbereiche nicht unterstützt. Positiv ist auch, daß der als „starker Mann“ aufgetretene Madani relativ wenig Stimmen erhalten hat. Madani ist beispielsweise für die blutige und außerordentlich „geschickte“ Unterdrückung der Autonomiebestrebungen des arabischen Volkes in Khuzistan verantwortlich, wo – noch vor dem Überfall auf Kurdistan – Revolutionäre vor Gericht gestellt und hingerichtet worden sind.

Mit Sicherheit ist Banisadr von vielen Menschen gewählt worden, die sich von ihm am ehesten eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erwarten.

Diese Tatsache allein erklärt allerdings noch nicht den hohen Stimmengewinn Banisadrs; vor allem nicht den serung ihrer sozialen Lage erwarten.

Diese Tatsache allein erklärt allerdings noch nicht den hohen Stimmengewinn Banisadrs; vor allem nicht den auf dem Lande, wo er auch praktisch unbekannt ist. Banisadr war der Kandidat Khomeinys und hatte die Unterstützung breiter Teile – auch des hohen – Klerus. Während Habibi vom reaktionären Klerus unterstützt wurde, zu dem u.a. der Lehrkörper in Qom, Ayatollah Beheshti (bis vor einigen Tagen Vorsitzender des Revolutionsrates), Ayatollah Rafsanjani (Innenminister) und Ayatollah Khomeini (Imam des Freitagsgebets in Teheran) gehören, war Banisadr der Kandidat der sozial radikaleren Geistlichkeit, die allerdings ebenso wenig wie der reaktionäre Klerus an den in der Verfassung festgelegten reaktionären Grundlagen der Islamischen Republik rütteln wird. Zu ihnen gehören u.a. Vertraute des verstorbenen Ayatollahs Taleghani, Ayatollah Montazeri, Ahmed Khomeini.

Khomeini, der immer öffentlich erklärt hatte, er wolle sich in die Wahlen nicht einmischen und auch keinen Kandidaten unterstützen, hat in Wirklichkeit in außerordentlich geschickter Weise die Kandidatenliste so manipuliert, daß nur Banisadr siegen konnte.

Von ursprünglich 130 Kandidaten blieben nach Prüfung durch das Innenministerium zunächst 106 über, 90 von ihnen wurde durch den Wahlprüfungsausschuß der Zugang zu Rundfunk und Fernsehen untersagt, zehn Kandidaten begannen ernsthaft den Wahlkampf. Als Kandidat der Islamischen Republik-Partei und des reaktionären Klerus wurde Jalaluddin Farsi aufgebaut, bei dem einige Chancen bestanden, daß er Spielball dieser Kräfte sein würde. Ayatollah Beheshti, der seine Kandidatur ebenfalls angemeldet hatte, hatte zuvor zurücktreten müssen, da Khomeini angeordnet hatte, daß geistliche Würdenträger nicht kandidieren sollten. Kurz vor der Wahl mußte dann auch Farsi zurücktreten, als bekannt wurde, daß seine Eltern aus

Afghanistan stammen. Damit war ein aussichtsreicher Gegenkandidat ausgeschaltet. Die IRP stellte dann Habibi auf.

Linke ausgeschaltet

Mit einem weiteren Eingreifen in die Kandidatenaufstellung wurde der Kandidat der linken Kräfte und der Minderheiten, Rajavi, ausgeschaltet. Er hatte ebenfalls gute Chancen, eine hohe Stimmenzahl auf sich zu vereinigen. Zunächst wurde angekündigt, daß in den „unruhigen“ Provinzen – und das sind die Minderheitsgebiete – keine Wahlen durchgeführt werden könnten. Dann griff Khomeini direkt ein und ordnete an, daß Vertreter von Organisationen, die der islamischen Verfassung beim Referendum im Dezember nicht zugestimmt hätten, nicht über das passive Wahlrecht verfügen. Damit war Rajavi, führendes Mitglied der religiösen Organisation Volksmodjahedin, ausgeschaltet. Er wurde von allen nationalen Minderheiten (Kurden, Belutschen, Turkmenen, Araber) und den linken Organisationen (u.a. Volksfedayin, Demokratische Nationalfront) unterstützt. Nur die Organisation „Peykar“ und die mit ihr zusammenarbeitenden Gruppen lehnten eine Beteiligung an der Wahl ab. Die revisionistische Tudeh-Partei unterstützte selbstverständlich nicht den Kandidaten der „liberalen Bourgeoisie“ Banisadr, sondern den Kandidaten der finsternen islamischen Reaktion, Habibi (Angaben nach „FR“, 25.1., „Monitor-Dienst“, 21.1. und 24.1.80).

All e Gruppen und Organisationen, die Rajavi unterstützt hatten, riefen schließlich zum Boykott der Wahlen auf. Die Wahlbeteiligung war noch geringer als bei dem Verfassungsreferendum. Von rund 22 Mio. Wahlberechtigten gaben nur 14,8 Mio. (entspricht rund 64%) ihre Stimme ab (Referendum 15,8 Mio., entspricht rund 72%). Die geringere Wahlbeteiligung ist vor allem auf eine geringere Beteiligung in Aserbeidschan zurückzuführen. Die gemeinsame Unterstützung eines Kandidaten der linken und fortschrittlichen Kräfte hat allerdings zu einer stärkeren Zusammenarbeit von großen Teilen der stark zersplitterten Linken geführt, die auch gemeinsam zu den im März stattfindenden Parlamentswahlen kandidieren wollen. Ob ihnen allerdings dann das passive Wahlrecht gewährt wird, ist zweifelhaft. Ayatollah Beheshti will diese Gruppen nicht zulassen, Banisadr hat sich dagegen für eine Beteiligung aller Parteien und Organisationen an den Parlamentswahlen ausgesprochen („Neue Zürcher Zeitung“, 2.2.80).

nisationen an den Parlamentswahlen ausgesprochen („Neue Zürcher Zeitung“, 2.2.80).

Banisadr – ein islamischer Marxist?

Mit diesem Etikett ist Banisadr schon als Berater Khomeinys im französischen Exil versehen worden, weil er sich in seinen Schriften für die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse ausspricht, auf deren Grundlage Klassengegensätze entstehen sollen. Konkret verraten seine Vorstellungen von einer islamischen klassenlosen Gesellschaft, mit politisch emanzipierten, von allen Zwängen befreiten

und nur an Gott gebundenen Menschen Konzeptionslosigkeit.

Praktisch wird seine Politik auf eine Beibehaltung des Kapitalismus hinauslaufen, möglicherweise verschönt mit einigen sozialen Zugeständnissen und dem Aufbau einer gegenüber dem Imperialismus selbstständigeren Wirtschaft.

In den ersten Interviews als designierter Präsident hat er dies deutlich werden lassen. Bezüglich der Wirtschaft hat er sich für die Aufhebung der ausländischen Abhängigkeit und des Ölexportes nach Kapitalbedürfnissen (nicht entsprechend der internationalen Nachfrage) ausgesprochen. Der Ölexport wird auch jetzt schon nach diesem Gesichtspunkt durchgeführt. Im allgemeinen wird Banisadr als Initiator der Verstaatlichung der Banken und einiger Industriebetriebe angesehen, und es werden ihm generell Verstaatlichungswünsche unterstellt. Bei den Verstaatlichungen handelte es sich allerdings durchweg um bankrotte Unternehmen. Bezüglich der Banken betonte er: „Nicht die Banken, sondern das Bankmanagement sind verstaatlicht worden“ („FR“, 29.1.). Im übrigen ist in der islamischen Verfassung das Privateigentum festgeschrieben. Banisadr hat sich dafür ausgesprochen, daß Arbeiterräte die Leitung der Fabriken übernehmen sollten. Allerdings sind die Funktionen dieser Räte in der Verfassung stark eingeengt. Danach nehmen Arbeiterräte an der Geschäftsführung teil und werden an der Verbesserung der Lebensqualität beteiligt. D.h., daß es eine von den Arbeiterräten unabhängige Geschäftsleitung gibt. Unentscheidend kommt jedoch hinzu, daß das Streikrecht und die Möglichkeit zur Bildung von Gewerkschaften nicht vorgesehen sind („LM“, 2/3.2.80).

Bezüglich der Minderheiten wird Banisadr die „politische Lösung“ unterstellt, er werde „keine Panzer mehr zu den aufbegehrenden Minderheiten schicken, sondern politisch mit ihnen verhandeln“ („FR“, 29.1.80). Zitiert wird Banisadr vor dieser Einschätzung mit folgender Äußerung: „Wir müssen ohne Schimpfen und Lügen auskommen, wir müssen die Gewehre beiseite lassen, denn auch in einer revolutionären Gesellschaft kann man die Probleme nicht mit Kugeln lösen.“ Dies wird von ihm auch ausdrücklich auf Kurdistan bezogen. Tatsächlich heißt das natürlich nicht, daß den Kurden irgendwelche Rechte eingeräumt werden. Das „Gewehr-beiseite-lassen“ wird in erster Linie eine Forderung sein, die an die Kurden gerichtet ist, und die ihnen die einzige Möglichkeit nimmt, Forderungen gegen die Zentralgewalt durchzusetzen. Im übrigen braucht Banisadr gar

kein, die an die Kurden gerichtet ist, und die ihnen die einzige Möglichkeit nimmt, Forderungen gegen die Zentralgewalt durchzusetzen. Im übrigen braucht Banisadr gar keine Panzer nach Kurdistan zu schicken, denn die sind bekanntlich schon da, samt Armee und den bei den Kurden verhaßten Revolutionsgarden.

Bei diesen kompromißbereiten Worten sollte darüberhinaus daran erinnert werden, daß es Banisadr war, der schon Anfang April 1979 neben den damals aufgestellten Revolutionsgarden die Organisation „Modjahedin Englabi-Islami“ aufbaute. Also gerade die „falschen Modjahedin“, die als erstes mit Hetzplakaten gegen die fortschrittliche religiöse Organisation

der Volksmodjahedin auf dem Teheraner Universitätsgelände auftraten, und die in den folgenden Monaten gerade in den Minderheitsgebieten (vor allem in Kurdistan) als bewaffnete Gruppe gegen die um Autonomie und Demokratie kämpfenden Völker Irans eingesetzt wurden. Dies war auch die erklärte Zielsetzung dieser Gruppe. „Wie es im Manifest der Organisation dargelegt ist, werden wir nur gegen jene internen und externen Kräfte in den bewaffneten Kampf eintreten, die Waffen gegen die islamische Revolution der Massen einsetzen können“ („MD“, 11.4.79, vgl. AK 152, S.46).

Banisadr hat sich außerdem gegen die „skandalöse Zensur“ in Rundfunk und Fernsehen ausgesprochen („Le Monde“, 29.1.). Nun, Ghotbzadeh ist sein alter Konkurrent, und Banisadr ist direkt von der Zensur betroffen. Seine Verteidigung als Staatspräsident am Krankenbett Khomeinys wurde vom Fernsehen aufgezeichnet, wobei die Rede des neuen Staatspräsidenten schlicht übergangen wurde („Le Monde“, 8.2.80).

Zur Außenpolitik und speziell zu Afghanistan befragt, äußerte der neue Präsident: „Ich meine, daß beide Kämpfe, der gegen den amerikanischen Imperialismus und der gegen den sowjetischen Imperialismus, untrennbar sind. Wir werden uns nicht von der Hegemonie einer der beiden Supermächte befreien, um unter die Fuchtel der anderen zu fallen. Die Russen stehen vor unserer Tür. Wenn es ihnen gelänge, die warmen Gewässer zu erreichen – den Persischen Golf – dann würden sie nicht nur Iran, sondern den ganzen Nahen Osten und den indischen Subkontinent beherrschen.“ Deshalb müsse das afghanische Volk unterstützt werden. Dies sei nur wegen der Widersprüche im Revolutionsrat bisher nicht erfolgt. Die „Verteidigung“ des Golfes vor dem „sowjetischen Expansionismus“ durch die USA diene allerdings nicht den Völkern dieser Region, sondern der militärischen Sicherung der Ölquellen, die die USA weiter ausplündern wollen („Le Monde“, 29.1.80).

Durch die angeblich großen Differenzen zu beiden „Supermächten“, die Banisadr so gern betont, wird allerdings das Verhältnis zu den anderen imperialistischen Staaten überhaupt nicht getrübt. „Ich bleibe bei meinen früheren Vorstellungen über eine enge Zusammenarbeit mit Europa, Japan und der Dritten Welt“, äußerte Banisadr erneut in einem Interview mit „Le Matin“ („SZ“, 28.1.80). Er wolle das Problem mit den Geiseln schnell lösen und gute wirtschaftliche Beziehungen zu den Europäern und Japanern aufbauen. Und dazu bieten sich die Europäer, allen voran die westdeutsche Sozialdemokratie, auch an: Über „gute“ wirtschaftliche Beziehungen sollen mögliche Unruheherde in der Dritten Welt im westlichen Lager gehalten werden.

Mit dem Amtsantritt Banisadrs verbinden nicht nur die EG-Imperialisten Hoffnung auf größeren Einfluß im Iran: Die USA boten ebenfalls – unter dem Vorwand der sowjetischen Intervention in Afghanistan, – ihre Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten an. Dies mußte von Banisadr

mit Rücksicht auf die Stimmung im Iran natürlich abgelehnt werden. Allerdings scheint die „gütliche“ Lösung der Geiselnahme nun doch in Sicht. In diesem Zusammenhang gehört nicht nur die Bereitschaft der USA, einer Untersuchungskommission über die Verbrechen des Schah zuzustimmen, sondern auch die widersprüchlichen Äußerungen der panamesischen Regierung über die „Gefangenschaft“ des Schah („FR“, 8.2. und 9.2.80), mit denen den iranischen Machthabern eine Eselsbrücke gebaut werden soll. Dies widerspricht natürlich nicht der nach wie vor bestehenden militärischen Bedrohung durch die USA.

Differenzen unter den Machthabern

Die Vorgänge um die Präsidentschaftswahlen haben sehr offen die Differenzen im religiösen Lager gezeigt. Sie sind durch die Wahl Banisadrs und seine völlige Unterstützung durch Khomeini (Banisadr wurde von ihm inzwischen anstelle Beheshti zum Vorsitzenden des Revolutionsrates ernannt) keineswegs beigelegt. Nach wie vor bestehen verschiedene Machtzentren im Iran. Als erstes hat Banisadr die Botschaftsbotschafter angegriffen, sie als „Kinder“ bezeichnet, die einen Staat im Staate bilden würden, was nicht hingenommen werden könne. Ayatollah Beheshti und andere Vertreter der Islamischen Republik-Partei erklärten, sie würden Banisadr nur solange folgen, wie er nicht von islamischen Gesetzen und Ideen abweiche („Neue Zürcher Zeitung“, 1.2.80).

Die Wahl Banisadrs läßt keine Liberalisierung erwarten. Er hat ebenso wenig wie Khomeini seine Politik geändert. Das außerordentlich scharfe Vorgehen gegen die linken und demokratischen Kräfte und gegen die Minderheiten, das im August 1979 seinen Höhepunkt erreichte (Verbot von über 40 Zeitungen, Stürmung von Büros der linken und demokratischen Organisationen auch in Teheran, totaler Krieg gegen Kurdistan), hat sich nicht durchsetzen lassen, genauso wenig wie die Zwangsislamisierung der Gesellschaft. Die Ziele bleiben jedoch die gleichen. Die Zeitungen der linken und demokratischen Organisationen können zwar wieder gedruckt werden, ihr Verkauf wird jedoch massiv behindert. Täglich sind beispielsweise Büros der fortschrittlichen religiösen Organisation der Volksmodjahedin das Ziel von Angriffen faschistischer Stoßtrupps. Ihr Krankenhaus in Teheran wird mindestens einmal pro Woche überfallen. Kürzlich wurden sogar zwei Mitglieder der Volksmodjahedin aus Isfahan hingerichtet. Als man in Isfahan kein Hinrichtungskommando fand, trans- stens einmal pro Woche überfallen. Kürzlich wurden sogar zwei Mitglieder der Volksmodjahedin aus Isfahan hingerichtet. Als man in Isfahan kein Hinrichtungskommando fand, transportierte man sie in die „heilige“ Stadt Qom, wo sie erschossen wurden. Offen auftreten können die linken und demokratischen Kräfte nach wie vor nicht. Jede Demonstration oder Kundgebung wird von den Falangisten angegriffen. Der zukünftige Einfluß der linken und demokratischen Kräfte wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, die zu den Präsidentschaftswahlen begonnene Zusammenarbeit weiter auszubauen – die Bedingungen jedenfalls sind nicht bedingt. Nahost-Kommission



Parallel zur Staatspräsidentenwahl sind die Kämpfe in Kurdistan wieder ausgebrochen, in deren Verlauf es nach Angaben der kurdischen Organisationen 60 Tote gegeben haben soll. Nach den gleichen Angaben griffen die Regierungstruppen nicht nur die Befreiungsgruppen an, sondern bombardierten von Hubschraubern und Phantomjägern ganze Dörfer. Provoziert wurden die Auseinandersetzungen durch die Registrierungstruppen, die den in einem Waffenstillstandsabkommen vereinbarten Truppenatzung immer wieder verzögern oder ganz verweigern. Auch die Waffenstillstandsgruppen sind seit Ende des vergangenen Jahres wieder ins Stocken geraten. Die Forderung der Kurden nach weitgehender Autonomie und der Anerkennung der kurdischen Sprache werden von der Zentralregierung nicht akzeptiert. Sie ist allenfalls dazu bereit, „Sprachen- und Kulturgemeinschaften“ mit einer „gewissen Selbstverwaltung“ zuzulassen, wodurch die Kurden weiterhin der direkten persischen Gewalt unterstellt wären. Die Mehrzahl der Befreiungsorganisationen lehnt dieses „Angebot“ deshalb kompromißlos ab.

Das Stocken der Verhandlungen und die erneute militärische Intervention der Zentralregierung deuten darauf hin, daß sich diese in den vergangenen Monaten lediglich eine Atempause zur Durchführung des Verfassungsreferendums und der Staatspräsidentenwahl verschaffen wollte. Alles deutet so darauf hin, daß jetzt wiederum die militärische Lösung gesucht werden wird. (siehe Artikel zur Wahl Banisadrs)

Tunesien: Aufstand in Gafsa niedergeschlagen

Am 27. Januar, dem 2. Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Generalstreiks, war die tunesische Stadt Gafsa Schauplatz eines bewaffneten Aufstandes, der erst nach 24 Stunden von der tunesischen Armee und Polizei mit französischer Hilfe niedergeschlagen werden konnte. In der „Weltöffentlichkeit“ wird diese Intervention geradezu zustimmend zur Kenntnis genommen; Frankreich hat eben einem „Freund“ auf dessen Hilferuf diese Hilfe gewährt.

Dagegen wird allerdings massiv die vermutete libysche Unterstützung der Aufständischen als wiederholte Einmischung eines Nachbarstaates in die tunesischen Angelegenheiten angeprangert. Wie könnte es anders sein? — Die bewaffneten Kräfte sollen in libyschen Trainingslagern von sowjetischen und kubanischen Ausbildern trainiert worden sein.

Auch Marokko hatte Tunesien Unterstützung entsetzt; in den USA wurde eine beschleunigte Militärhilfe beschlossen. Damit haben die Imperialisten erneut demonstriert, daß sie selbst die kleinste „Destabilisierung“ des Mittelmeerraums nicht hinnehmen werden.

Der genaue Hergang der Ereignisse in Gafsa läßt sich kaum rekonstruieren, zumal die tunesische Regierung die Angelegenheit herunterspielt und sich im Laufe der Tage eine geeignete Version zurechtgelegt hat. Unbestritten hat die Gruppe „Bewaffneter tunesischer Widerstand“, die bisher völlig unbekannt war, am 27. Januar in Gafsa mehrere Gebäude — zwei Kasernen, die Polizeistation, eine Schule und das örtliche Regierungsgebäude — den ganzen Tag besetzt gehalten und sich Gefechte mit den Armee- und Polizeikräften geliefert. Nachdem die Regierung anfangs eine Zahl von 25 bis 30 Beteiligten nannte, wurde dies später auf 50 korrigiert; Bewohner von Gafsa dagegen nennen Zahlen von 300. Das Kommando ist vermutlich aus Libyen auf dem Umweg über die algerische Grenze nach Gafsa gekommen, und bestand aus Tunesiern, die in Libyen leben — sogar von der Regierung wird zugegeben, daß es in Gafsa auf nicht geringe Sympathien bei der Bevölkerung gestoßen ist. Nach der Niederschlagung der Besetzung durch die Truppen haben sich Teile des Kommandos in die umliegenden Berge geflüchtet. Noch einige Tage nach dem 27. wurden die Stadt und die Berge von der Armee durchkämmt; dies erscheint etwas merk-

würdig angesichts der offiziellen Regierungsversion, 42 der Aufständischen seien verhaftet, vier getötet und drei verletzt worden. Wenn die offizielle Zahl von 50 Beteiligten stimmen würde, dürfte die ganze Suche nach Flüchtlingen nur dem letzten Mann gelten! Die libysche Nachrichtenagentur berichtet, daß die Kämpfe anhalten und sich auf andere Gebiete Tunesiens ausgeweitet haben (u.a. Gabès, Sousse, Sfax, Kasserine) („SZ“, 6.2.).

Offensichtlich hat die Regierung eine Ausbreitung der Kämpfe befürchtet. Der Aufstand in Gafsa fand am 2. Jahrestag des ersten Generalstreiks, der hier ein Zentrum hatte, und dessen blutiger Niederschlagung durch Armee und Polizei statt. Die Gewerkschafter, die anschließend verhaftet worden waren, hatten in Gafsa — einer Bergarbeiterstadt — breite Unterstützung. Im übrigen haben in diesem Teil Tunesiens die Widerstandskämpfer gegen die Kolonialmacht Frankreich begonnen. Die Stadt wurde nach der Besetzung hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt — die Telefonverbindungen waren unterbrochen und bis auf 100 km um die Stadt herum waren Straßensperren errichtet worden; die Bewohner durften den Ort nicht verlassen.

Französische Intervention

In diesem Zusammenhang ist auch die französische Intervention zu sehen. Schon am Abend des 27. trafen zwei Transall-Flugzeuge und zwei Puma-Hubschrauber in Tunesien ein, um Truppen und Waffen nach Gafsa zu transportieren. In der Nacht zum 28. verließen drei Kriegsschiffe französische Häfen, um sich in die Nähe des Golfs von Gabès zu begeben. Das 11. Fallschirmjägerregiment wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Offiziell wurde die französische Beteiligung allerdings erst am 1.2. zugegeben. Die französische Hilfe hätte „eine schnellere Evakuierung der schwerverletzten Zivilen und Militärs erlaubt“. Es wurde bekannt, daß auch Marokko ein Transportflugzeug und zwei Hubschrauber entsandt hatte („Le Monde“, 3./4.2.80).

Die USA haben sich inzwischen bereit erklärt, die Lieferung von Hubschraubern und Schützenpanzerwagen an Tunesien zu beschleunigen („SZ“, 2./3.2.); die „Neue“ spricht von 30 bis 40 bewaffneten Truppentransportern (2.2.).

Die tunesische Regierung rechtfertigt diese Hilfe mit Beschuldigungen gegen Libyen, die Region destabilisieren zu wollen. Der Aufstand habe, so Innenminister Kechrid, das Hauptziel gehabt, den Vorwand für eine libysche Militärintervention in Tunesien zu liefern. Das Kommando hätte eine Revolutionsregierung in Gafsa errichten und zu ihrem Schutz libysche Truppen zu Hilfe holen sollen („International Herald Tribune“, 31.1.80). Die Regierung organisierte am 1.2. im ganzen Land „Volksmärsche“ und Messen gegen „die schändliche Aggression von Ghaddafi“ (die allerdings hauptsächlich von hinbestellten Parteigängern und Milizen besucht wurden).

Der tunesischen Regierung bot die Besatzungsaktion nur den Vorwand für Anschuldigungen Libyens, nachdem sie anfangs Algerien verdächtigte, hinter diesem Angriff zu stehen.

Als sie diesen Vorwurf nicht mehr aufrechterhalten konnte (und aufgrund der verbesserten Beziehungen auch nicht wollte), wurde Libyen als Drahtzieher angegriffen. Daß die französische Botschaft in Libyen am 4.2. gestürmt wurde, soll jetzt nachträglich einen Beweis darstellen.

Was die innenpolitischen Folgen betrifft, kündigte Premierminister Nouria schon an, daß das Land seine politischen Prioritäten „überdenken“ und — zum Nachteil der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung — mehr Geld für die Sicherheit aufbringen müsse („Le Monde“, 2.2.). Der Generalstreik im Januar 1978 hatte allerdings schon deutlich gemacht, daß Tunesien ein soziales Pulverfaß ist. Mit der zukünftigen Prioritätensetzung werden die inneren Widersprüche weiter verschärft.

Doch die „Opposition“ scheint diese Politik mittragen zu wollen. Von der „Bewegung der sozialistischen Demokraten“ (u.a. Mestiri), der KP, der „Bewegung für die Volkseinheit“ MUP bis zum — als libyenfreundlich geltenden — ehemaligen Außenminister Masmoudi wird zwar die französische Hilfe verurteilt, aber vor allem die libysche Einmischung angegriffen und appelliert an „die tatsächliche Mobilisierung aller patriotischen Energien“ (KP), „an eine wahre Volkssolidarität“ (MUP) usw. Mestiri bot der Regierung an, zur „Festigung der inneren Front auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene“ beizutragen zu wollen („Le Monde“, 5.2.).

Auch wenn man der Aktion des Kommandos kritisch gegenübersteht, mag, so läge doch für die Opposition erst einmal an, die französische Intervention, die noch aufrechterhalten wird, zu verurteilen, statt sich über eifrig vom Kommando zu distanzieren und in die anti-libysche Kampagne der Regierung einzufallen. Diese positive Haltung ist uns bisher nur von der revolutionären Organisation PRPT bekannt.

Nahost-Kommission

Französische Berater auch in Mekka aktiv

Nach verschiedenen Meldungen in der französischen Presse haben fünf Angehörige der „Interventionsgruppe der Nationalen Polizei“ („Groupe d'Intervention de la Gendarmerie Nationale“, GIGN) den Einsatz der saudischen Streitkräfte bei der Niederschlagung der Rebellion in der Großen Moschee von Mekka geleitet, bei der ein fürchterliches Blutbad unter den 900 Besetzern und den rund 2.000 Gläubigen angerichtet wurde, die sich mit der Besatzungsaktion solidarisiert hatten.

Die GIGN wurde 1973 gegründet und besteht aus 42 Offizieren und Unteroffizieren. Sie war bisher 72mal im Einsatz und soll sich derzeit auf die Bekämpfung „neuer Formen des Terrorismus“ vorbereiten, und zwar dem „Bandenwesen auf dem Meer“ und der „Geiselnahme auf Erdölschiffen“ („Le Monde“, 29.1.80).

König Khaled soll den französischen Staatspräsidenten persönlich um Hilfe gebeten haben. Die fünf Offiziere der GIGN seien daraufhin samt größeren Mengen Waffen und Ausrüstung nach Riad geflogen und hätten das Gesamtkommando und die Reorganisation der beteiligten saudischen Streitkräfte übernommen. Sowohl von französischer wie von saudischer Seite wird diese freundschaftliche Hilfeleistung bestritten („International Herald Tribune“, 28.1.80).

Wenige Tage nach dem Massaker in der Großen Moschee dankte die saudische Regierung mit der Erhöhung der Waffenkäufe in Frankreich und der Zusage weiterer Lieferungen saudischen Öls.

Nahost-Kommission

Zimbabwe: Mordanschläge und Terror gegen die ZANU

Mit Attentaten auf den Vorsitzenden der ZANU, Robert Mugabe und das ZK-Mitglied Kangai hat die Welle des Hasses und der Pogromstimmung in weiten Teilen der weißen Rassisten einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Bereits vorher waren Wohnhäuser von ZANU-Kadern Ziele faschistischer Killertrupps, wobei eine Frau schwer verwundet wurde. Auch jetzt wieder konnten sie einen traurigen „Erfolg“ verbuchen: Während Mugabe unverletzt blieb, mußte Kangai schwer verletzt ins Krankenhaus transportiert werden. Zwei Wochen vorher war ein Mitglied von Sitholes Pseudo-ZANU ermordet worden. Nach dem jüngsten Attentat, das mit Handgranaten und Raketen ausgeführt wurde, konnten drei Männer gestellt werden. Es soll sich dem Vernehmen nach um Angehörige von Muzorewas UANC handeln („Guardian“, 7.2.80)! Der systematische Terror und die schwere Behinderung der ZANU (siehe AK 169, 170) drücken sehr deutlich die Furcht der Rassisten und ihrer schwarzen Marionetten — allen voran Muzorewa — vor einem Wahlerfolg der Befreiungskämpfer aus. Die „Ruhe vor dem Sturm“, mit der wir den Waffenstillstand vor vier Wochen charakterisierten, weicht einer raschen Zuspitzung der Lage, an deren Ende die militärische Konfrontation als unvermeidlich erscheint.

Erst in diesen Tagen hat Muzorewa erneut in Frage gestellt, ob er sich bei einem Wahlsieg Mugabes dem Votum fügen werde („SZ“, 6.2.80)! Das ist eine eindeutige Kriegserklärung! Angesichts der engen Verbindungen der Weißen Rhodesiens und Muzorewas zu den regierenden Faschisten in der RSA tut man gut daran, auf entsprechende „Hilfsaktionen“ von dieser Seite gefaßt zu sein: So, wie dieser aggressivste Vorposten des Imperialismus in Afrika bereits Savimbi und Roberto Holden durch den Einmarsch nach Angola „zur Hilfe“ gekommen ist! Der Hauptfeind der Rassisten, auch das ist unübersehbar, ist die ZANU. Während der ZAPU Nkomos vom englischen Außenminister Carlington die peinliche Einhaltung des Abkommens von Lancaster House bescheinigt wird, wird die ZANU für fast alle Zwischenfälle verantwortlich gemacht („Guardian“, 7.2.80). Mit Blick auf die angeschuldigte ZANU hat der offen parteiische Gouverneur Soames ein Gesetz erlassen, das es ihm erlaubt, Parteiversammlungen, Kandidaturen etc. zu verbieten bis zum Ausschluß einer Partei vom gesamten Wahlprozeß! Die alte Kolonialmacht Großbritannien scheint sich ganz in ihrem Element zu fühlen. So ist von der englischen Regierung ganz „cool“ zugegeben worden, daß bei der Konferenz von Lancaster alle

Konferenzteilnehmer abgehört worden sind, um dem Verhandlungsleiter Soames das Geschäft zu erleichtern. Das Auszählen der Wahlergebnisse, das in London vorgenommen werden soll, wird sicher unter ähnlichen Vorstellungen von „Fair Play“ vonstatten gehen.

Triumphaler Empfang für Mugabe

Nach fünfjährigem Exil in Mosambik kehrte Robert Mugabe, der Führer der ZANU, am 27. Januar nach Zimbabwe zurück. 150.000 bis 200.000 Menschen — die bisher größte Menschenmenge, die jemals in Salisbury zusammenströmte — bereitete ihm einen begeisterten und triumphalen Empfang. Immer wieder rief die Menge „Vorwärts mit dem Genossen Mugabe“ sangen sie „Pamberi nehondo“ („Vorwärts mit dem Krieg“) und trugen Transparente, auf denen Bilder von AK-47-Waffen, Handgranaten und Landminen abgebildet waren, die den Guerilla-Krieg unterstützten.

Mugabe selbst äußerte sich eher zurückhaltend. Er wies in seiner Rede darauf hin, daß den Realitäten des Landes — der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — Rechnung getragen werden muß und kündigte an, daß die ZANU keine umfassenden Nationalisierungen durchführen werde, wohl aber den Arbeitern einen größeren Einfluß in den Betrieben einräumen wolle. Zur Landfrage, „der größten aller Mißstände“, sagte er, daß genutztes Land nicht enteignet werden soll, wohl aber ungenutztes Land an kollektiv arbeitende Bauern übergeben werden würde. Die Weißen forderte er auf, zu bleiben und versprach ihnen, daß sie nicht Opfer von Diskriminierungen sein werden. Im Fall einer ZANU-Regierung kündigte er eine „friedliche Koexistenz“ mit Südafrika an („Guardian“, 28.1.80).

ZANU „aufhetzend“, Ausnahmezustand verlängert

Angesichts der großen und unübersehbaren Zustimmung großer Teile der Bevölkerung für Mugabe, unternehmen die Imperialisten alles, um die politische Agitation der ZANU zu behindern.

So wurden viele ZANU-Anhänger, die aus dem ganzen Land zur Begrüßungsfeier Mugabes aufgebrochen waren, von Polizeikräften und Gruppen der rhodesischen Armee daran gehindert, nach Salisbury zu fahren („FAZ“, 28.1.). In den Afrikaner-Vierteln der Hauptstadt, wo die Anhänger Mugabes seine Rückkehr feierten, kam es zu brutalen Übergriffen der Polizei. Der britische Gouverneur Soames ließ Wahlplakate und Agita-

tionsmaterial der ZANU beschlagnahmen, da dies(e) als „aufhetzend“ angesehen wurden („NZZ“, 29.1.). Außerdem verlängerte Soames den herrschenden Ausnahmezustand um ein halbes Jahr, womit die diskriminierenden Vollmachten der Behörden — unter anderem Ausrufung des Kriegsrechts, Zensur und Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, standrechtliche Erschießung — weiterhin in Kraft bleiben, was im krassen Widerspruch zur Abhaltung von „freien Wahlen“ steht („NZZ“, 20./21.1.). Ein großer Teil der politischen Gefangenen wird weiterhin in den Gefängnissen festgehalten („Guardian“, 1.2.).

Weiterhin wird die Rückführung der rund 250.000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern Mosambik, Sambia und Botswana massiv verzögert. Insgesamt sollen bis Ende Januar erst 3.200 Flüchtlinge nach umständlichen Untersuchungsprozeduren ins Land gelassen worden sein („Die Neue“, 30.1.). Eine Gruppe von 900 schwarzen Flüchtlingen aus Botswana wurde zunächst kurzerhand ins Gefängnis eingeliefert, um zu verhindern — wie ein Sprecher Soames' mitteilte — daß schwarze Guerillakämpfer als Zivilisten verkleidet nach Zimbabwe zurückkehren („NZZ“, 20./21.1.).

Smith lobt Nkomo!

Während die ZANU einer Verteufelungskampagne übelster Manier ausgesetzt ist, scheinen die Rassisten verstärkt auf das „kleinere Übel“ in der Patriotic Front, auf die ZAPU Nkomos, umzusteigen. Um die Auflösungserscheinungen der Patriotic Front zu verstärken und die ZANU zu isolieren, wird der traditionelle Opportunist Nkomo gegenwärtig offen von reaktionären Parteien, Industrie- und Farmerorganisationen hofiert, die ihn für ein Bündnis mit dem Ziel gewinnen wollen, „den von marxistischen Ideen beseelten Mugabe von der Macht fernzuhalten“ („FAZ“, 23.1.80). Offensichtlich hat man erkannt, daß die Marionette Muzorewa trotz reichlich fließender Geldmittel nicht über den geringsten Masseneinfluß verfügt und in der gegenwärtigen Situation nur bedingt einsetzbar ist. Sollte die Integration Nkomos in das imperialistische Lager gelingen, ist die militärische Zerschlagung einer dann möglicherweise allein im Untergrund operierenden ZANU wesentlich „glaubwürdiger“ durchzuführen. Einen Höhepunkt dieser Integrationsstrategie bildet eine Rede Ian Smith' vor weißen Farmern bei Bulawayo. Hier forderte er die Farmer in bekannter Manier auf, ihre Arbeiter vor den Gefahren eines Mugabe-Sieges zu warnen: „Sagt euren Arbeitern, daß die Marxisten ihnen alles wegnehmen



Noch sind die Kämpfer der Patriotic Front bewaffnet

werden, ihre Ziegen, Kühe und Hühner. Sagt ihnen, daß sie ihnen auch ihre Kinder wegnehmen werden“ („Guardian“, 1.2.). Gleichzeitig empfahl er den weißen Farmern, Nkomos ZAPU-Partei bei den Wahlen zu unterstützen, da seiner Meinung nach die „Weißen“ mit der gemäßigten Politik Nkomos leben könnten, ein Kompromiß mit Mugabe aber ausgeschlossen sei („Guardian“, 1.2.).

Ein Entgegenkommen Nkomos — der diese Angebote nicht zurückgewiesen hat — würde nicht überraschen, weil er in der Vergangenheit immer wieder zu Kungeleien mit den Rassisten und Imperialisten bereit war — zuletzt im August 1978, als er sich heimlich mit Smith in Lusaka traf, ohne die ZANU davon in Kenntnis zu setzen. Wie der „Guardian“ ebenfalls zu berichten weiß, sollen die Kontakte zwischen beiden seit dieser Zeit nicht mehr abgebrochen sein. Zweifelsohne würden die Imperialisten bei einem Einlenken Nkomos einer „internen Lösung“ mit scheindemokratischem Mäntelchen einen großen Schritt näher kommen.

Mobilmachung der Rassisten

Dennoch verlieren die Imperialisten eine „militärische“ Lösung nicht aus den Augen. Darüber kann auch der

propagandistisch aufgebauchte Rückzug von 250 süd-afrikanischen Soldaten, die an der Beit Bridge stationiert waren, nicht hinwegtäuschen („Guardian“, 31.1.). Vielmehr diene diese Operation zur Beschwichtigung der internationalen Öffentlichkeit, die immer stärker die Briten des offenen Vertragsbruches bezichtigt. Die auf insgesamt 6.000 Mann bezifferten süd-afrikanischen Truppen, als Soldner getarnt, stehen weiterhin im Lande.

In der Zwischenzeit ordnete Soames eine fünfjährige Dienstzeit von einem Teil der auf 35.000 Mann geschätzten weißen Polizei- und Heimwehr-Reservisten an. Die Eingezogenen sollen „für einen ungestörten Ablauf der Wahlvorbereitungen sorgen“. Für die regulären rhodesischen Streitkräfte gilt ab Mitte Februar Urlaubsverbot und erhöhte Alarmbereitschaft („SZ“, 31.1.). Muzorewas 20.000 Hilfstuppen terrorisieren noch wie vor die ländliche Bevölkerung. Wie es aussieht, rechnen die Imperialisten am allerwenigsten mit friedlichen „demokratischen Wahlen“. Mugabe zu dieser Entwicklung: „Wenn andere Leute uns verlassen wollen, den Krieg erneut zu beginnen, wir sind bereit“ („Guardian“, 7.2.80).

Afrika-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse hervorheben und sich eine eigene Programmatik schaffen. Schubart schlug vor, dabei von den Grundbegriffen radikalökologisch, radikaldemokratisch und antikapitalistisch auszugehen (dies wurde in der weiteren Diskussion noch durch „antifaschistisch“ ergänzt). Auch sollten auf kommunaler und Landesebene weiter Wahlbeteiligungen, wenn möglich im Bündnis mit den Grünen, anvisiert werden.

W. Kaiser und andere Sprecher der „KPD“ wandten sich gegen weitere Aufrufe zum massenhaften Eintritt in die Grünen. Majorisierungsversuche seien dort ohnehin zum Scheitern verurteilt, da der rechte Flügel der Grünen gegebenenfalls zu Spaltungen bereit sei. Die „KPD“-Genossen schätzten allerdings die gesellschaftliche „Relevanz“ der Bunt-/Alternativen äußerst gering ein (er wolle nicht in einer „Hundehütte“ bleiben) und setzten mehr auf die von Bahro vorgeschlagene „sozialistische Konferenz“. Kaiser meinte zwar, die Linke sei bei den Grünen nicht aufgehoben. Aus seinen Äußerungen läßt sich aber entnehmen, daß er sich möglicherweise in einem lockeren sozialistischen Rahmen derjenigen Linken, die ihre Arbeit in erster Linie auf die Grünen beziehen, „aufgehoben“ fühlen könnte. Bahro sei ein „Glücksfall“ für die Linke, meinte Kaiser, da er „Integrationskraft“ besitze. Die (von Bahro geforderte) Auflösung der „KPD“ scheint für ihn schon ausgemachte Sache zu sein.

Der Kongreß fand schließlich eine für die große Mehrheit der Anwesenden kompromißfähige und vernünftige Basis, indem die unmittelbar möglichen Schritte zu einer engeren Koordinierung der Bunten/Alternativen beschlossen wurden, und die Frage des „Dachverbands“ weiter zur Diskussion gestellt wird. Angesichts der Organisations-Frage kam vielleicht die Diskussion um eine gemeinsame Zeitung ein bißchen zu kurz. Zweifellos ist es richtig, auch diese Sache „pragmatisch“ anlaufen zu lassen, indem zunächst einmal ein Info an alle Interessierten herausgegeben und Er-

fahrungen gesammelt werden. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, daß der Kreis der an den Positionen der Bunten/Alternativen Interessierten in der „heißen Phase“ des Wahlkampfes weit über das unmittelbare Umfeld der Listen hinausgehen wird, und welche Möglichkeiten eine Zeitung dann eröffnen könnte.

Der Kongreß endete mit der Beschlussfassung über eine Reihe von Resolutionen, unter denen die Unterstützung für das Tribunal gegen den § 218 (Ende Mai in Frankfurt) und der Vorschlag, eine Kampagne zugunsten politischer Gefangener bzw Angeklagter zu initiieren, besonders hervorzuheben sind. Zu letzterem schlägt der Kongreß eine Serie von Kulturveranstaltungen zugunsten der folgenden Forderungen vor:

1. Zulassung des Antrags auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens P.P. Zahl und sofortige Außervollzugsetzung der Haftstrafe gegen ihn
2. Freispruch für Astrid Prohl
3. Sofortige Einstellung des Strafverfahrens gegen Brigitte Heinrich; Freilassung von Peter Egloff
4. Die Hochsicherheitsstrakte und andere Formen der Isolationshaft dürfen ab sofort weder für die Untersuchungshaft noch für den Strafvollzug Verwendung finden; die Hochsicherheitsstrakte sind für ihren bestimmungsmäßigen Gebrauch unbrauchbar zu machen; Normalvollzug für alle Gefangenen
5. Alle Gefangenen erhalten das Recht, interaktionsfähige Gruppen zu bilden; sie bestimmen selbst, mit wem sie diese Gruppen bilden.

Mit dieser Kampagne soll eine Geldsammlung zur Finanzierung des PPZ-Verfahrens und zugunsten anderer Betroffener durchgeführt werden.

Trotz des „grünen Sogs“ haben die Bunten/Alternativen Listen, denen ja von manchen Linken eine „eigene Identität“ abgesprochen wird, vorerst ihren Überlebenswillen unter Beweis gestellt. An dem ungünstigen Kräfteverhältnis zwischen Linken und „Wertkonservativen“ in der Wahlbewegung ändert das noch nichts. Immerhin wurde aber eine Voraussetzung geschaffen, dieses Kräfteverhältnis überhaupt wieder ändern zu können. Mehr konnte der Münsteraner Kongreß sicher nicht bringen. (Die Ergebnisse des Münsteraner Kongresses werden von der GAL wieder als Dokumentation herausgegeben.)

Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Buntten und Alternativen Listen gegenüber der neuen Grünen Partei haben innerhalb der Buntten/Alternativen zu deutlichen, teilweise ersten Konfrontationen geführt. Besonders in der Buntten Liste Hamburg ist durch diese Konfrontationen eine ernste Lage entstanden, die die Arbeit der BuLi behindert und die Gefahr einer weiteren Verhärtung der Fronten bis hin zur Spaltung beinhaltet.

Die Meinungsverschiedenheiten betreffen die Frage, ob und mit welcher Gewichtung Bunte/Alternative in der Grünen Partei mitarbeiten sollen, nachdem das ursprüngliche Ziel der Buntten/Alternativen, zu den Bundestagswahlen 1980 ein gleichberechtigtes Bündnis mit den Grünen herzustellen, nicht erreicht worden ist. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen ferner die Einschätzung der in Karlsruhe gefaßten Beschlüsse (Ausschluß von 'Doppelmitgliedschaft'), die Durchsetzbarkeit bestimmter Programm-Sätze in der Grünen Partei. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen zum Teil auch die Frage, ob und wie Bunte/Alternative Listen einen eigenständigen Platz im politischen Spektrum der BRD behalten sollen, wie gegenüber der grünen Wahlpartei an alten basisdemokratischen Grundsätzen festgehalten werden kann u.a.m.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen – insbesondere in der BuLi Hamburg – würden wir es für verhängnisvoll halten, wenn das bunt/alternative Treffen von Münster durch eine Konfrontation zwischen „grünen“ und „autonomen“ Buntten/Alternativen über die Frage der Mitarbeit in der Grünen Partei bestimmt würde. In dieser Frage gibt es unterschiedliche Vorstellungen und Praxis-Zusammenhänge, die vorerst nicht zusammenzubringen sind. Das Treffen von Münster würde wahrscheinlich chaotisch, unfruchtbar und für alle Beteiligten frustrierend ausgehen, wenn sich die Beteiligten noch einmal ihre längst wohl bekannten jeweiligen Argumente zur Mitarbeit in der Grünen Partei und zur unterschiedlichen Einschätzung des Karlsruher Kongresses um die Ohren schlagen.

Das Treffen von Münster kann nur zum Schritt nach vorn werden, wenn von vornherein Einigkeit hergestellt wird, die vorerst umstrittene Frage der Mitarbeit in der

Grünen Partei „auszuklammern“ und sich ganz auf die Punkte zu konzentrieren, wo gemeinsame Handlungsperspektiven noch möglich und diskutierbar erscheinen.

Dies könnten unserer Ansicht nach folgende Punkte sein:

- + Die Buntten/Alternativen innerhalb wie außerhalb der Grünen Partei stimmen darin überein, daß die bunt/alternative Programmatik und Praxis durch die Grüne Partei nicht abgedeckt wird, sondern das Weiterbestehen Bunter und Alternativer Listen notwendig ist.
 - + Die Buntten/Alternativen innerhalb wie außerhalb der Grünen Partei stimmen darin überein, ihre Arbeits- und Diskussionszusammenhänge nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern bewußt zu verstärken. Eine solche autonome Zusammenarbeit ist auch das wichtigste Mittel, um eine Veränderung der Verhältnisse in der Wahlbewegung nach links und damit auch zur positiven Einflußnahme auf die Grüne Partei zu bewirken.
 - + Die Buntten/Alternativen innerhalb wie außerhalb der Grünen Partei halten auf der Grundlage Ihre weitergehende Programmatik der Grünen Partei eine autonome Wahlkampfführung für notwendig. Diese Wahlkampfführung müßte unserer Meinung nach anstelle von ökologisch begründeten Verzichtsforderungen für die Forderungen der arbeitenden Klasse eintreten (z.B. Lohnkampf, Arbeitszeitverkürzung, Aussperrungsverbot u.a.m.); sie müßte die Forderungen der Frauen zur Geltung bringen (soziale Gleichstellung, Streichung des § 218, Weg mit den Leichtlohngruppen u.a.m.); sie müßte die Interessen der Kinder und Eltern vertreten, ebenso wie die Interessen rassistisch/national und sexuell diskriminierter „Minderheiten“. Sie müßte insbesondere eindeutig Front machen gegen die Kandidatur von Strauß, mit der versucht wird, die Voraussetzungen für eine weitere Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas nach rechts, für weiteren Abbau demokratischer Rechte und Ausbau des Polizei-Apparats, für eine aggressivere Außenpolitik u.a.m. zu schaffen. Ein zentraler Gegenstand eines selbstständigen bunt/alternativen Wahlkampfes sollte außerdem die verschärfte Kriegsgefahr sein, von der mehr noch als von der ökologischen Problematik heute eine akute Gefahr für das Überleben der Menschheit ausgeht.
- Wir schlagen vor, in Münster besonders über folgende anstehende Aufgaben der Buntten/Alternativen zu beraten:
- + Wie kann eine gemeinsame Plattform der Buntten/Alternativen zum Bundestagswahlkampf aussehen, wie kann sie konkret entwickelt werden, welche Hauptpunkte sollte sie enthalten?
 - + Wie kann eine engere Zusammenarbeit der Buntten und Alternativen Listen aufgebaut und organisiert werden (Stichwort: „Dachverband“)?
 - + Möglichkeiten einer gemeinsam herausgegebenen bunt/alternativen Zeitung zum Eingreifen in den Bundestagswahlkampf.

Beratungskongreß der Buntten/Alternativen Listen vom 2./3.2. in Münster

Erklärung:

Der Münsteraner Beratungskongreß stellt fest, daß Bunte und Alternative Listen erhalten bleiben sollen. Die Neugründung der Grünen Partei bedeutet nicht, daß sich eine eigenständige bunt/alternative Arbeit erübrigt. Dabei gibt es keine Trennung zwischen denen, die auf der Grundlage der in Frankfurt am Main verabschiedeten Plattform (Keine Leugnung des Klassenkampfes, Unterstützung der Forderungen der Frauenbewegung sowie der Schwulen- und Lesbenbewegung, Recht auf Widerstand ohne Einschränkungen, keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Kampf gegen alle Formen politischer Unterdrückung, Vorrang außerparlamentarischer Aktionen) oder der bunt/alternativen Programme ihrer Listen in die Grünen eingetreten sind und denen, die diesen Schritt nicht getan haben. Die Kongreßteilnehmer sind bereit, sich aktiv für einen engeren Zusammenschluß all derjenigen einzusetzen, die auf radikal-demokratischer, radikal-ökologischer und antikapitalistischer sowie antifaschistischer Grundlage der Herausforderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise begegnen wollen.

fortschrittlichen Bündnis auf überregionaler Ebene sein. Diese sofort aufzunehmende engere Zusammenarbeit sollte unmittelbar folgendes umfassen, wobei den Schwerpunkt die außersparlamentarische Arbeit bildet:

1. Entwicklung einer eigenständigen Programmatik auf radikaldemokratischer, radikalökologischer und antikapitalistischer sowie antifaschistischer Grundlage; diese Grundlage für die weitere Arbeit sind die Beschlüsse aus Frankfurt;
2. Erfahrungsaustausch und Koordinierung bezüglich der Kommunalpolitik;
3. Vorbereitung und Koordinierung politischer Aktionen, z.B. Initiativen für P.P.Zahl, Brigitte Heinrich, Astrid Proll und andere politische Gefangene und zur Abschaffung des Hochsicherheitstraktes, Aktionen zum Tribunal gegen den § 218, Aktionen zu Gorleben, Borken, Brokdorf u.a., Aktionen gegen Verurteilungen aufgrund der §§ 174, 175, 176 StGB. Solche und andere Aktionen sollen auch einen eigenständigen Beitrag der Bunten/Alternativen Listen zum Bundestagswahlkampf leisten.
4. Koordinierung der Arbeit zwischen den bunt/alternativen Mitgliedern in den Grünen und denen, die nicht in die Grünen eingetreten sind. Die Frage der Bundestagswahlen soll mit dem Ziel einer einheitlichen Haltung der Bunten/Alternativen Listen – entsprechend ihrem Charakter und ihrer Programmatik – diskutiert werden.
5. Herausgabe eines Info/Rundbriefs an alle Bunten/Alternativen Listen und interessierte Grüne. Dieses Info veröffentlicht auf basisdemokratischer Grundlage die Beiträge der Listen und Initiativen.
6. Auch in dem Zeitraum zwischen dem Erscheinen der Infos soll ein offener Informationsaustausch organisiert werden.

II. Die Listen sollten diskutieren, welche darüberhinausgehenden Formen der engeren politischen Zusammenarbeit und ob sie eine eigenständige bundesweite politische Organisation für sinnvoll halten.

Der Beratungskongreß empfiehlt, als vorläufiges Organ zur Koordinierung der Buntten und Alternativen Listen einen Ausschuß einzurichten. In diesen Ausschuß sollten je zwei Vertreter/innen der Listen aus NRW, Westberlin, Hamburg und Hessen, sowie ein/e Vertreter/in der Listen aus den übrigen Bundesländern delegiert werden. Dieser Ausschuß übernimmt bis zum 3. Beratungskongreß die Aufgabe, die Arbeit der Buntten/Alternativen Listen im Sinne der Beschlüsse des 2. Beratungskongreß zu koordinieren.

Hierzu gehört insbesondere die Erstellung eines überregionalen Informationsblattes. Das erste Info soll spätestens am 1. April erscheinen, um dadurch den Kongreß mit vorzubereiten. Die Initiativen werden aufgefordert, zahlreiche Beiträge an den Koordinierungsausschuß zu schicken. Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich, um dadurch den Kongreß mit vorzubereiten. Die Initiativen werden aufgefordert, zahlreiche Beiträge an den Koordinierungsausschuß zu schicken. Die Sitzungen des Ausschusses sind grundsätzlich öffentlich.

- III. Wir begrüßen den Vorschlag von R.Bahro, eine sozialistische Konferenz durchzuführen und fordern alle Listen auf, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Der Münsteraner Beratungskongreß empfiehlt, die radikaldemokratischen und sozialistischen Basisinitiativen schon bei der Vorbereitung dieser Konferenz weitgehend einzubeziehen. Wir erwarten, daß auf dieser Konferenz nicht nur über das Verhältnis der Linken zur Grünen Partei, sondern über die eigenständigen theoretischen und vor allem politisch-strategischen Aufgaben und Perspektiven der Linken insgesamt diskutiert wird.
- IV. 1. Wir unterstützen den Aufruf zu einem Tribunal gegen den § 21a (31.5. - 1.6. in Frankfurt).
2. Wir empfehlen allen am Kongreß teilnehmenden Listen, die Aktionen, die am 25. Februar zum Jahrestag der Verabschiedung des § 21a in den einzelnen Städten von den Frauen durchgeführt werden, in Wort und Tat zu unterstützen.
3. Wir schlagen vor, daß die Frauen aus den Bunten/Alternativen Listen und Initiativen überlegen, ob sie einen eigenen Beratungskongreß durchführen, da gerade im Moment die Angriffe auf die Frauen durch solche Diskussionen wie „Frauen zum Bund?“, § 218, Strauß u.a. besonders stark sind (Vorschlag: Treffen Ostern in Gorbelen?)
- V. Der nächste Beratungskongreß findet am 19./20.4. oder am 17./18.5. in Bremen oder Köln statt.

Teilnehmerliste in Münster:

Bei ca. 200 Teilnehmern waren Mitglieder aus folgenden Listen und Initiativen vertreten:

LDU Pinneberg und Flensburg; Bunte Liste Hamburg (darunter sechs namentlich angegebene Initiativen); AL Bremerhaven; AL Bremen; Grüne Bremen; AL Lüneburg; Grüne Bremerförde; Bunte Liste Initiative Hannover; Bunte Liste Initiative Braunschweig; Bunte Liste Initiative Göttingen; AL Westberlin; Bunte Liste Bielefeld; BI Umweltschutz Lipp-

stadt; AL/die Grünen Oberhausen; Beobachter aus Witten; GAL Münster; Die Grünen Bochum; Alternative und Grüne Liste Bonn; AKW-Initiative Duisburg; AL Ennigerloh; Wählergemeinschaft die Grünen Hamm; Bunte Liste Köln; GLH Frankfurt/Wiesbaden/Marburg/Schotten/Kassel; AL Trier; Bunte Liste Freiburg; Bunte Liste Initiative München; Mitglieder des Landesvorstands der Grünen aus NRW; Vertreter der Organisationen KB, „KPD“ und den Komitees für Demokratie und Sozialismus.

Anzeige

WAHL INFO

NR. 2 FEB. 80

6-seitiges Info des Kommunistischen Bundes
Zu beziehen über Verlag AK, Lerchenstraße 75, 2 HH 50
(nur gegen Vorauskasse) Preis DM -.50

INHALT:

An das LG des KB
(Ein Brief der ZL-Gruppe)

Entscheidung der GLH Mitglieder-
versammlung am 24.1.80

GLH:
Kommt die „K-Gruppen-Metz“
wieder groß in Mode!

Die AL Weerhain
und die Einheit der Bauern

Schwarzig Holstein:
„Autonom“ den UVB nach rechts
verschoben

Springmann will Urabstimmung über
„inhaltslos“ UVB

Mitgliederversammlung in Westberlin

Fälscher

Der KB geht bereits seit Wochen mit der Behauptung hausieren, die „Z-Gruppe“ würde sich gegen eine „Blockbildung der alternativen und bunten Listen“ sperren, ohne freilich bislang den Nachweis dafür zu erbringen bzw. sich damit auseinanderzusetzen, welche Art und Stoßrichtung linker Blockbildung wir politisch für schädlich halten. In der neuesten Ausgabe des „Arbeiterkampf“ (Nr. 170, 28.1.80) ist nun im Artikel „Bunte Liste vor der Spaltung?“ zu lesen: „J. Reents sprach in der kurz vor dem Karlsruhe-Kongreß erschienenen ersten ZL-Broschüre bereits davon, ... eine „Blockbildung“ der bunten/alternativen Listen sei nunmehr „irrelevant bzw. sogar hemmend geworden“. Das ist eine schlichte Fälschung. In dem gemeinsamen Artikel „Die Schwächung der Linken vor Karlsruhe“ in der Nr. 1 der „Z“ wird auf S. 7 aus einem LG-Rundbrief vom Ende November zitiert, daß „jede linke Blockbildung innerhalb der Grünen heute als Blockbildung außerhalb der Grünen beginnen muß“ (Sperren im Original), und es wird dann auf S. 8 zur Scheinheiligkeit dieser Aussage kommentiert: „Der KB (Mehrheit) hat bislang absolut nichts zu einer linken Blockbildung innerhalb der Grünen beigetragen; alles, was dort in diesem Sinne bislang überhaupt an Ansätzen erreicht werden konnte, konnte nur ohne ihn, und im Grunde sogar auch nur gegen seine Politik ...“ (hervorgehoben). „In diesem Sinne“ dürfte überhaupt an Ansätzen erreicht werden konnte, konnte nur ohne ihn, und im Grunde sogar auch nur gegen seine Politik erreicht werden. Absehbar ist auch jetzt nicht, daß sich daran zunächst etwas ändern wird. Für positive politische Entscheidungen bei der Gründung der grünen Partei ist seine Politik damit schon irrelevant, bzw. sogar hemmend geworden.“

Eine Polemik, die derartige Fälschungen nötig hat, diskreditiert sich selbst.

jr

Na, na, wer wird denn gleich...

Lieber jr, in deiner „Richtigstellung“ bezeichnest du mich als einen „Fälscher“. Ich bin für das beanstandete Zitat verantwortlich. Ich glaube, dein „Fälscher“-Vorwurf ist reichlich happig, richtig ist an deiner „Richtigstellung“ nur, daß der Gesamtzusammenhang deines Zitats, eure feinsinnige Taktik der Blockbildung außerhalb und innerhalb der Grünen auf das reduziert wurde, was eurer Politik und Praxis – übrigens auch deinen Aussagen in der Z-Zeitung entspricht: ein alleiniges Setzen auf massenhaftes Eintreten bei den Grünen und eure Boykottpolitik gegenüber der bunt/alternativen Blockbildung außerhalb der Grünen. Du selber bezeichnest diesen Versuch in Hinblick auf Karlsruhe ja wörtlich als „überflüssigen Test“. Bevor du laut „Fälscher“ rufst, lies deine Formulierung noch einmal genau: „Für positive politische Entscheidungen bei der Gründung der grünen Partei ist seine Politik damit schon irrelevant und hemmend geworden.“

„Seine“, des KB, Politik im Hinblick auf die Gründung der Grünen war, öffentlich erkennbar, der bunt/alternativen Blockbildung außerhalb eindeutig den Vorrang zu geben. Wieso ist es bei der Interpretation dieses Zitats – und ich wüßte nicht, welche andere du liefern willst – eigentlich Fälschung, wenn ich daraus gefolgert habe, daß damit der Versuch der Blockbildung der bunten und alternativen Listen „irrelevant und hemmend“ geworden ist? Ich verstehe deinen Fälscher-Vorwurf noch weniger, gemessen an eurer Praxis. Erwinnere dich doch bitte: schon in Offenbach hattest du Bauchschmerzen, als die Bunt/Alternativen sich gesondert in Darmstadt trafen. Das Treffen wäre nicht repräsentativ gewesen, sagtest du. In Frankfurt war eure Taktik, den Beratungskongreß vorher zu boykottieren (einig mit der taz), um ihn währenddessen und in der Interpretation hinterher auf möglichst viel Unverbindlichkeit zu reduzieren. In Karlsruhe wurden du und andere Z-Grün-Bunte bei den autonomen Delegierten niemals nicht gesehen und in Münster war eure Zwei-Mann-Delegation auffallend schweigsam – wußte sie doch vorher schon, daß dort ja nur der KB und Umfeld sind, auch wieder einig mit der taz. Es bleibt dabei, mit der Blockbildung außerhalb der Grünen habt ihr nichts im Sinn, oder sollte mir da etwas entgangen sein?

Mit solidarischen Grüßen, Hr.

Am 8.2. fand eine Mitgliederversammlung der Alternativen Liste in Westberlin statt, zu der rund 500 Mitglieder erschienen. Da die AL-MV vor Karlsruhe einen Eintritt in die „Grünen“ empfohlen hatte, ein Teil der Aktiven sich vollkommen an den „Grünen“ orientiert, der Delegiertenrat nur mit einer Delegation zum Münsteraner Beratungskongreß erschienen war und die Mitglieder ausdrücklich nicht mobilisiert hatte, konnte man auf die Ergebnisse einigermaßen gespannt sein.

Grundlage der Diskussion war ein Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses, der auch mit wenigen Änderungen schließlich angenommen wurde.

Darin heißt es, daß Schwerpunkt der AL die Basisarbeit in Bezirken und Bereichen und dortigen Initiativen sei. Man wolle eine „Erweiterung der in der AL vertretenen Strömungen“ und biete auch den Grünen, die nicht in der AL sind, eine solche Zusammenarbeit an. Dies dürfe aber „nicht auf der anderen Seite Ausgrenzungen zur Folge haben...“, sondern eine wirkliche Verbreiterung solle damit bewirkt werden. Die AL könne „sich nicht nur an einer solchen Bewegung beteiligen“.

Zum Karlsruhe Gründungskongreß kritisierte die AL die Ablehnung der „gleichberechtigten Teilnahme“ der autonomen Delegierten und das

Verbot der Doppelmemberschaft als „einen Schritt in Richtung einer politischen Partei mit einheitlichen politischen und weltanschaulichen Grundlagen“. Zur Stärkung der Oppositionsbewegung sei vielmehr eine „Offenheit“ dabei notwendig. Auch vor dem Programmparteitag scheine klar zu sein, „daß die „Grünen“ nicht alle diejenigen politischen Strömungen umfassen, an deren Zusammenarbeit wir interessiert sind“. Es erscheine „schon deshalb notwendig, daß die Alternative Liste Berlin als eigenständige Liste erhalten bleiben muß, und sich keineswegs in die „Grünen“ auflösen kann“.

Zum Knackpunkt der MVV wurde die dann folgende Passage: „Andererseits erkennen wir, daß auch in den Grünen politische Kräfte zusammengefaßt sind, mit denen wir eine kontinuierliche Zusammenarbeit anstreben. Ohne als AL in dieser Hinsicht eine Empfehlung auszusprechen, billigen wir es, wenn Mitglieder der AL in die „Grünen“ eintreten, um dort auf der Basis des Selbstverständnisses der AL zu wirken. Wir werden sie dabei solidarisch unterstützen“. Damit wird die Empfehlung des Eintrittes bei den Grünen nach Karlsruhe nicht aufrechterhalten. Noch mit dem letzten Mitgliederrundbrief war auch eine Empfehlung dazu (mit Eintrittsformular) verschickt worden, aber vollkommen ohne Resonanz. Es gab

nach Karlsruhe keinen einzigen Grünen-Beitritt aus der AL mehr, einige wenige wollen sogar ihren Austritt erklären. Die Kräfte um Ernst Hopflich beantragten die Formulierung: „Wir halten es für richtig“, daß AL-Mitglieder den Grünen beigetreten sind. In einer Kampfabstimmung erreichte diese Formulierung zwar eine knappe Mehrheit, was dann in der AL als nicht angenommen gilt. So heißt es dann schließlich, daß man die Arbeit in den Grünen „akzeptiert“ (mit großer Mehrheit angenommen). Zusätzlich wurde dann ein Antrag von Dirk Schneider angenommen, der lautet: „Die Arbeit innerhalb der Partei 'die Grünen' ist in diesem Sinne Teil der Gesamtarbeit der AL“.

Zur Zusammenarbeit mit den anderen Bunt/Alternativen Listen wird erklärt, man sei dafür, unter ihnen, „die Diskussion (zu) intensivieren und sich stärker (zu) koordinieren“.

Das betreffe „politische Aktionen und Erfahrungsaustausch in der parlamentarischen und kommunalpolitischen Arbeit“. Im Sinne der Münsteraner Beschlüsse wolle man sich „am dort beschlossenen Info und an der Vorbereitung der nächsten Treffen beteiligen“. Man begrüße außerdem eine Teilnahme von AL-Mitgliedern am Bahro-Kongreß und unterstütze das geplante Treffen der „Linken in den Grünen“.

Zum zukünftigen Landesverband der Grünen in Westberlin erklärte die AL, daß sie als „kommunalpolitische Interessenvertretung“ tatsächlich „von den meisten Bürger- und Basisinitiativen“ anerkannt werde und man daher davon ausgehe, daß sich „keine Konkurrenz“ zum grünen Landesverband entwickeln werde. Sie wolle mit diesen, auch denen, die der AL „ablehnend oder skeptisch“ gegenüberstünden, einen „gleichberechtigten Lernprozeß“, was nur möglich sei, wenn der Landesverband „nicht der AL einverleibt oder als ihr Ableger betrachtet wird“. Die AL befürwortet, „daß es 1983 in Berlin eine Kandidatur aller oppositionellen Kräfte geben sollte“.

Zudem beschloß die AL eine Aufforderung an ihre Bezirksabgeordneten, „in der Partei 'Die Grünen' auf Bundes- oder Landesebene keine Funktionen zu übernehmen“.

Frauen aus der AL brachten angesichts des Vorgehens in Baden-Württemberg zur Behandlung des § 218 eine Resolution ein; sie seien über die Vorgänge „erschrocken und empört“; sie sehen darin ein „Exempel“, wie auch mit wesentlichen Forderungen der Bunt/Alternativen in Saarbrücken verfahren werden solle und fordern deshalb grüne AL-Delegierte dazu auf, dort „kompromißlos“ für die Forderungen der Frauen einzutreten. Die Resolution wurde ebenfalls – ohne Gegenstimmen – angenommen.

Hamburger Autonome Gruppen über die Grünen

Hamburger Autonome Gruppen über die Grünen

„Die Grünen“ und die Situation innerhalb der Anti-AKW-Bewegung sind die Schwerpunktthemen einer ersten Broschüre Hamburger Autonome Gruppen, die eine „breitere politische Auseinandersetzung innerhalb der autonomen Bewegung in Hamburg“ einleiten soll. Im folgenden einige Stellungnahmen der autonomen Gruppen und Einzelpersonen zum „grünen Sog“:



A. aus der BI Altona

hält den parlamentarischen Weg nur unter ganz bestimmten Bedingungen für sinnvoll: Konzentration der Parlamentsarbeit auf Begründung und Verteidigung des praktischen Widerstands, imperatives Mandat der Parlamentarier, Eigenständigkeit linker Gruppen in der Wahlbewegung nach innen und außen.

Er wendet sich gegen die individuellen Beitritte zu den Grünen: „Dieser Weg ist von der Studentenbewegung in der SPD und den Jusos schon ausgetrampelt worden und zeigt heute ihren Zerfallsprozess. (...) Die Integration und Loyalität läuft an und Karlsruhe zeigt die Marschrichtung. Die Ereignisse werfen ihre Schatten voraus und sie heißen: keine fortschrittliche, sozialistische Perspektive, keine Überwindung des gesellschaftlichen Systems. Klassenkampf und Revolution sind verpönt und werden ersetzt durch Gewaltfreiheit. Widerstand, sofern die Damen und Herren nicht um die Frage kamen, wird verstanden als staatstragender Widerstand mit dem Grundgesetz unter dem Arm nach Mahlerscher-Baumscher Endvorstellung. Die Übergangslösungen, nach der die Landesverbände entscheiden, ob die Alternativen weiter in der grünen Partei mitarbeiten dürfen, bleibt eben doch Übergangslösung – weil die Grünen sonst gespalten hätten. Die Übergangslösung bedeutet aber auch, daß die Grünen verstärkt die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in anderen Landesverbänden durchziehen wollen. Und der Witz ist, daß ein Teil der Bunten-Grünen da auch noch mitzieht, wie in Karlsruhe geschehen. Zwar kann argementiert werden, der Weg ist noch offen, aber er ist klar vorgezeichnet. (...) Die Strategie der Olaf Dinees steht fest. In Karlsruhe wurde versucht, die Alternativen mit einem Schlag herauszukatapultieren, und da die Absicht nur halb gelang, versucht man es jetzt nach und nach. Langfristig mit eigenen grünen Landesverbänden, auch dort, wo es Alternative gibt. Dann ist es geschafft! Wer ist geschafft? Grüne und Linke? Die einen, weil sie wieder vor dem Ausgangspunkt (Anfangspunkt) stehen, und die anderen, weil sie eine mehr oder minder staatstragende Partei sind.“ Die

Anti-Atominitiative Hoheluft

lehnt eine Wahlbeteiligung generell ab und konstatiert: „Die Autonomen“ stehen nach Herausbildung der „Grünen“ isolierter da.“ Nach ihrer Auffassung „handelt es sich bei den Grünen in keiner Weise um eine fortschrittliche Umweltschutzbewegung, sondern um eine, mit einer reaktionären Ideologie des „Umweltschutzes“ und offen arbeitsteilender Verzichtspolitik ausgestatteten Bewegung. Personell wird dies auch durch die Mitgliedschaft bzw. mannigfache Querverbindungen zu Faschisten ausgedrückt (während Mitgliedschaft von Kommunisten verboten sein soll), organisatorisch durch einen absolut hierarchischen Parteaufbau.“ An der Linken wird kritisiert, „wie massenhaft und prinzipienlos sie zu den „Grünen“ überläuft um sich dort unterzuordnen.“

Anarchistische Jugend Deutschlands

Nach ihrer Auffassung soll mittels der „Grünen“, „vermieden werden, daß aus den Versäumnissen der großen Parteien eine kleine radikale Minderheit anwächst. Die „Grünen“ werden also versuchen, Aufgangsbekken für die sog. Aussteiger zu sein“. Gerade bei den „Grünen“ zeige sich „die Angreifbarkeit des Parlamentarismus“.

Freie Arbeiter-Union

Die anarchosyndikalistische FAU hält nach der absteigenden Linie Brokdorf-Grohnde-Hannover-Bonn „Parlamentarismus, bzw. Reintegration in das bestehende System“ für den „größten anzunehmenden Unfall“ und schlägt vor: „Nicht Einfall ohne Stoßkraft, sondern Vielfalt bei einheitlicher Stoßrichtung muß unsere Zielsetzung sein. Einfältig und bar jeder Stoßkraft sind schon die „Grünen“. Als hinreichend vielfältig hingegen könnte man die Menge der autonomen Gruppen in Hamburg und anderswo bezeichnen. Nur was ihnen bisher fehlt, ist die einheitliche Stoßkraft, die unserer Meinung nach nur durch eine gemeinsame, ideologische klare und kontinuierlich arbeitende Kampforganisation gewährleistet werden kann.“

Gruppe Autonome Linke Altona

Diese Gruppe beschäftigt sich am gründlichsten mit den „Grünen“ und der „Öko-Ideologie“, „die einen historischen Kompromiß aller zur Rettung der Weltzivilisation fordert und damit einer Volksgemeinschafts- und Verzichtsideologie sowie der Zusammenarbeit mit Faschisten in die Hände arbeitet.“

Dies wird mit einigen Bahro- und Dutschke-Zitaten belegt. Dann heißt es weiter: „Ohne Bahro und Dutschke damit mit den Faschisten gleichzusetzen, müssen wir uns klarmachen, inwieweit diese neue „Öko-Ideologie“ letztlich auf eine Art Volks-

gemeinschaftsideologie hinausläuft. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, wie schnell überall linke Positionen über Bord geschmissen werden.“

Die TAZ ist seit Beginn der Wahldebatte immer mehr zum Sprachrohr der „Grünen“ geworden und hat dabei sogar innerhalb der grün-bunten Auseinandersetzung eindeutig die rechteren grünen Standpunkte begünstigt und linke Kritiken – wenn überhaupt – nur sehr verkürzt gebracht.

Viele beobachten den Zerfallsprozeß/Krise der K-Gruppen (KPD/KB mit klammheimlicher oder größerer Freude. Man/frau sollte sich nur überlegen, daß bisher der größte Teil der ehemaligen „K-Grippler“ schnurstracks zu den „Grünen“ läuft, und sich mal fragen, was es heißt, wenn sich z.B. Jens Scheer und andere „Ex-K-Größen“ auf dem Frankfurter Kongreß hinstellen und die vorge-schlagenen Grundvoraussetzungen (die sogen. Essentials) als „maximalistische“ Forderungen bezeichnen, um gleichzeitig den Eintritt bei den Grünen zu propagieren.

Leute wie Hauptleiter (ehem. CSU, dann NPD, AUD-Vorsitzender und Vorstandsmitglied bei den Grünen), die eine „Nationalökonomie des Maßes“ verlangen und zum Teil offene rechte Standpunkte vertreten, gelten innerhalb der Wahlzone als „gute Ansprechpartner“.

Die GALA hält die Idee einer Bunten Liste nicht für grundsätzlich falsch. Die Äußerungen von Heinz Brandt zur Gewaltfreiheit („In Wirklichkeit geht es hier um zwei unvereinbare Lebenshaltungen: die kreative und die destruktive...“) schätzt die GALA so ein: „Heinz Brandt sagt glasklar und eindeutig, worum es hier geht: um die politische und ideologische Liquidierung des militanten Widerstandes. (...) Es handelt sich bei solchen führenden Grünen nicht um irgendwelche ehrlichen AKW-Gegner, die für ihre eigenen Aktivitäten vom Prinzip der Gewalt-

freiheit ausgehen und ansonsten zur ehrlichen solidarischen Auseinandersetzung bereit sind. Falls es diesen Kräften weiterhin gelingen sollte, ihre „Vorstellungen“ unwidersprochen im grünen Spektrum durchzusetzen, könnte das Kalkül aufgehen, mit den „Grünen“ einen Großteil der AKW-Bewegung zu integrieren und sie als Alibi zu benutzen, um den militanten Widerstand noch weiter zu isolieren und zu kriminalisieren.“ Dennoch hält es die GALA „für falsch und schädlich“, eine nichtssagende Wahlboykottkampagne mit der Stoßrichtung „Hauptfeind die Grünen“ durchzuführen.“ Ebenso wendet sich die GALA gegen eine resignative Grundhaltung und dagegen, „daß mal wieder Schuldfrage gestellt wird (schon wieder der KB) und verzweifelt nach Rezepten und Lösungsmöglichkeiten gesucht wird, die es unseres Erachtens nicht gibt. Es ist genauso dumm, den ideologischen Einfluß der „Grünen“ zu unterschätzen, wie ihn zu über-schätzen. Wenn irgendwelche ehemaligen Politgurus die neue Öko-Ideologie als das neue „Wunderheilmittel“ propagieren und bejubeln (und sich von der Grünen Partei ein politisches Comeback ihrer eigenen Karriere versprechen), so heißt das noch lange nicht, daß alle Linken (auch die, die jetzt zumindest auf die „Grünen“ abfahren) auf Dauer auf diesen Schwachsinn hereinfallen. Es ist gerade unsere Aufgabe, hier überall die Auseinandersetzung mit den ehrlichen und taktischen Anhängern der „Grünen“ zu führen.“ Konkret schlägt die GALA vor, „gemeinsame außerparlamentarische Aktionen zu organisieren, die auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß es auch noch eine andere Bewegung gibt. Dies ist wohl der beste Weg, die „Grünen“ zu einer Auseinandersetzung über unsere Standpunkte zu zwingen.“

diese Übersicht besorgte Ma.



Landesparteitag Baden Württemberg: „Wie alternativ sind die Grünen?“

Nach dem Karlsruher Gründungskongreß war der Landesparteitag der Grünen Baden-Württembergs am 26./27.1. in Eßlingen von besonderem Interesse. Auf ihm sollten die Satzung und das Programm in Hinblick auf die kommende Landtagswahl verabschiedet werden. Dabei setzten sich in allen wesentlichen Fragen die rechte Fraktion um den Achberger Kreis durch.

Eingestimmt wurde der Parteitag vom Vorsitzenden Hasenclever mit der dringenden Mahnung: „Jetzt muß endlich Schluss sein mit einer weiteren unfruchtbaren und die Bürger irritierenden Satzungsdiskussion.“ So wurde denn auch verfahren. Die Satzung wurde ohne große Diskussion einschließlich des Verbots der Doppelmemberschaft verabschiedet, obwohl diese Frage auf dem ersten Parteitag (Karlsruhe) noch heftig umstritten war. In der Programmdiskussion setzte sich mit 130:77:16 Stimmen ein Präambelvorschlag des Achberger Kreises durch. Darin wird die grüne Partei auf einen „ökologischen Humanismus“ festgelegt, die „Gewaltfreiheit“ wird zum obersten Prinzip jedes Widerstands erhoben, die Politik der Grünen wird innerhalb der Grenzen des Grundgesetzes festgeschrieben usw. Die Präambel und das verabschiedete Programm sind „verbindliche Handlungsgrundlage“ für alle Mitglieder. Um jedoch der „Einheit in der Vielfalt“ Rechnung zu tragen, dürfen Minderheiten, die mindestens 20% der Mitglieder hinter sich haben, ihre programmatischen Vorstellungen in unverbindlicher Weise und zu nichts verpflichtend veröffentlichten.

Die entscheidenden Abstimmungen wurden, wie von den Parteitägen der bürgerlichen Parteien bekannt, jeweils mit dem Hinweis auf die anstehenden Wahlen und der Einheit der Grünen durchgesetzt. Was durch diese Strukturen von einer „alternativen Partei“ noch übrig bleibt, kommt besonders krass an der Behandlung der Frauenfrage zum Ausdruck. Wir haben hierzu ein Gespräch mit zwei Delegierten aus dem Karlsruher Frauenarbeitskreis geführt:

Elke: Ich will erst einmal sagen, was wir hier in Karlsruhe machen. Wir haben einen Frauenarbeitskreis, der aber erst drei Mal getagt hat, das ist

noch ziemlich in den Anfängen. Wir haben diskutiert über den § 218, über den Entwurf für das Bundesprogramm der Grünen. Wir haben vor, über die Konzeption eines Frauenhausprojektes zu diskutieren und wir überlegen, ob wir mit der Frauenhausinitiative zusammenarbeiten.

Bei der Mitgliederversammlung der Grünen wurde zwei Mal über den § 218 diskutiert. Die Leute waren für die Streichung des Paragraphen und der Kreisverband hier hat den Antrag in Eßlingen eingebracht.

Frage AK: Wer hat den Antrag gestellt, die Diskussion zu verschieben?
Elke: Das war das Präsidium. Es hat den Vorschlag gegeben, die Frauenforderungen zusammen mit dem Punkt Minderheiten und Soziales und Friedenspolitik zu verschieben. Auf unseren Protest hin, hat man uns Frauen dann eine Stunde Redezeit gegeben, um ein Meinungsbild zu dem Punkt zu erstellen.

Petra: Dann haben wir gesagt, daß wir die restlichen Punkte wie Soziales usw. übernehmen können, aber eine Abstimmung über den § 218 haben wollen. Die Mehrheit der Delegierten stimmte für die Aufnahme der Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218, das hätten wir nicht erwartet. Dann stellte der Landesvorsitzende Hasenclever einen Antrag auf Wiederholung und Auszählung, dabei warnte er die Delegierten davor, für die Forderung nach Streichung zu stimmen, weil sich die Grünen dann spalten würden und somit die Wahl verloren sei. Danach stimmte dann die Mehrheit der Delegierten gegen unseren Antrag. Daraufhin verließen viele Frauen, aber auch Männer den Saal.

Frage AK: Haben die, die rausgegangen sind, diskutiert wie man weitermacht?

Petra: Noch nicht, wir haben aber vereinbart, daß wir uns zusammensetzen werden und diskutieren, wie wir da weiterarbeiten können.

Frage AK: Könnt ihr mal genauer die Stimmung beschreiben!

Petra: Wir wurden von einzelnen Männern und Frauen als aggressive Feministinnen bezeichnet. Wir sollten lernen, „ruhig zu bleiben“ und „nicht so emotional zu reagieren, dann könnten wir auch erwarten, als gleichberechtigt angesehen zu werden“. Mehr habe ich nicht mitbekommen, dann bin ich erst einmal rausgegangen, mir hat das gereicht. Wir kamen ja überhaupt erst am Sonntag um 18 Uhr dazu, darüber

zu reden. Die Leute waren schon ziemlich müde. Ich bin ziemlich frustriert, weil doch ein großer Teil da sehr konservativ war.

Während hier in Karlsruhe die Zusammenarbeit mit den Grünen ganz gut ist. Sie stehen voll hinter unserer Meinung.



AK Frage: Arbeitet ihr regional mit den Frauen in Heidelberg und Föbingen zusammen?

Petra: Haben wir vor.

Elke: Es ist ja auch eine Forderung, die nicht nur von uns Frauen sondern auch von der Linken vertreten wird.

Petra: Wir müssen auch einen Gegenpol zum Achberger Kreis bilden, die ziemlich stark sind. Der ist in vielen Fragen sehr konservativ und dogmatisch. Die hatten zu allen Programmpunkten ihr eigenes Programm. Beim Frauenpunkt sind sie aber nicht geschlossen aufgetreten. Eine Frau hat sogar für unsere Forderung gesprochen.

AK Frage: Wie stellt ihr euch eure weitere Arbeit vor?

Petra und Elke: Wir wollen uns dafür einsetzen, daß die Gelder für Pro Familia nicht gestrichen werden und mit der Frauenhausinitiative zusammenarbeiten, und uns für bessere Möglichkeiten für Frauen wie Kindertagesstätten usw. einsetzen. Wir wollen uns dabei an den bestehenden Initiativen orientieren. Wir sind offen dafür, daß Leute, die nicht bei den Grünen sind, bei uns ihre Vorschläge einbringen können. Wer Interesse hat, kann sich an folgende Adresse wenden:

Petra Moor, Schützenstr. 12, 75 Karlsruhe Tel. 661899 ab 18 h

AK: Vielen Dank

Gründung des grünen Landesverbandes in Schleswig-Holstein

Am 27.1.80 fand in Neumünster die mit Spannung erwartete Gründung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes der Grünen statt. Mit 220 abstimmungsberechtigten Mitgliedern nahm sich die Zahl der Gründungsmitglieder eher bescheiden aus. Zur Einstimmung war der berichtigte „Zeit“-Artikel von H. Bieber, der eine Isolationsstrategie gegenüber dem KB empfiehlt, auf allen Tischen zahlreich ausgelegt worden. Die Begrüßungsrede hielt Horst Mühlenhardt (Demokratische Bewegung Neumünster, ehemaliges SPD-Landesvorstandsmitglied), der die Bedeutung grüner Politik gerade in einer Arbeiterstadt wie Neumünster herausstellte. Er forderte, nicht den Karlsruher Kongreß zu kopieren und „ran an die tatsächlichen Sachprobleme zu gehen“.

Das sah dann so aus: Geringfügige Änderungen der Präambel der Bundesgrünen wurde der Vorzug vor einem fortschrittlichen Alternativantrag gegeben. Auch der Versuch, den Geist des „Hamburger Kompromisses“ (zwischen BL-Mitgliedern, AUD und GLU) im nördlichsten Bundesland einzugliedern zu lassen, wurde rasch abgemottet. Mit Formulierungsvorschlägen wie „Gewaltfreiheit schließt das Recht auf praktischen und materiellen Widerstand nicht aus“ wollte die Mehrheit (80%) nichts zu tun haben. Doch dies war nur Vorgeplänkel.

Die „Hauptkampflinie“ war natürlich die Frage der Mitgliedschaft (§3) bzw. der Unvereinbarkeitsklauseln. Hier ergriff zuerst der dem linken Flügel der GLSH zugerechnete M. Gärtner das Wort, der sich vehement für die Übernahme der Regelung aus der Bundessatzung einsetzte, allerdings nicht ohne den linken Grünen einschränkend vorzuhalten er sei „nicht einverstanden mit dem Freibrief (?), den die Bunten in HH, Berlin, NRW in Sachen Übergang ergattert zu haben glauben“. Dieser Wortbeitrag stieß jedoch auf Widerstand bei den dominierenden Rechten, die über die „Unzulänglichkeit“ des Karlsruher Beschlusses aus ihrer Sicht keinen Hehl machten. Stellvertretend für diese Strömung stellte Boje Maßen einen Antrag, der zu Recht Empörung unter den fortschrittlichen Teilen der Grünen auslöste:

„Mitglied der Partei kann jeder, der sich den fortschrittlichen Teilen der Grünen anschließt.“

„Mitglied der Partei kann jeder werden, der keiner anderen Partei oder parteiähnlichen Organisation, die gegen die Grünen bei Wahlen antritt und/oder Wahlempfehlungen gegen die Grünen ausspricht.“ Diese Formulierung richtet sich in erster Linie gegen die Mitglieder der LDU (Liste für Demokratie und Umweltschutz), denn die LDU hatte sich bei den Landtagswahlen nicht für die Grünen ausgesprochen, sondern teilweise für die SPD, teils wurde die Empfehlung offen gehalten.

Volle Zustimmung kam zu diesem Antrag von Leuten wie dem ehemaligen Jungen Union-Vorstandsmitglied Thomas, der unter dem heftigen Beifall der Konservativen ausrief, es müsse verhindert werden, „daß Wikinger-Jugend und KB eintreten könnten.“ Die Linken rührten sich zu diesem Zeitpunkt nicht. Es blieb dem liberalen Ex-SPD'ler Mühlenhardt vorbehalten, an die Anwesenden zu appellieren, „nicht ihre Interaktions-

fähigkeit nach links oder rechts (!) einzubüßten“, ein Antrag wie der von Maßen hätte „katastrophale Folgen“. Bei der Abstimmung über die vier vorliegenden Anträge gab es dann folgendes Bild, daß zugleich auch das gegenwärtige Kräfteverhältnis repräsentiert:

1. Kein UVB: ca. 40 Fürstimmen
 2. „Gemäßigter“ UVB (Mitglied kann werden, wer keiner Partei angehört, die sich zur Wahl stellt): ca. 50-60 Fürstimmen,
 3. Übernahme des UVB aus der Bundessatzung (Verbot der Doppelmemberschaft): klare Mehrheit
 4. Antrag B. Maßen: klare Mehrheit
- Damit standen Antrag 3 und 4 zur Schlußabstimmung und alles wartete gespannt darauf, ob und wie sich die linken Grünen zwischen Strick und Henker entscheiden würden. Nun, Antrag 4 wurde mit 110 zu 100 Stimmen knapp angenommen, die Linken stimmten nahezu geschlossen für das „kleinere Übel“ des UVB nach Karlsruher Machart. Wer sagt da etwas von linkem Feigenblatt?

Erst jetzt griff ein Mitglied der Zentrums-Gruppe (sie kokettierte sehr bewußt mit ihrem „Rauschmiß“ aus dem KB) in die Debatte ein und betonte einleitend, sie wolle sich nicht dem Verdacht aussetzen, demokratische Beschlüsse nicht anerkennen zu wollen. Aber sie müsse die Frage stellen, ob dies ein tragfähiges Abstimmungsergebnis sei und stellte Antrag auf neue Diskussion und Abstimmung. Außerdem appellierte sie an den GLSH-Vorstand, zu seinem Wort zu stehen, die Bundessatzung als bindend anzuerkennen.

Davon jedoch wollten diese Kreise nichts wissen und wiesen diesen Antrag schroff zurück. Daraufhin zogen ca. 40 linke Grüne in einen Nebensaal, mit ihnen Gärtner und Mühlenhardt. Ein kleiner Teil verließ den Veranstaltungsort ganz. Bei den Ausgezogenen bemühte sich Gärtner angestrengt, sie wieder in den Verhandlungssaal zu bekommen. Es sei ja alles sehr schlimm, aber man dürfe jetzt keine Spaltung provozieren. Mühlenhardt hielt eine Rede, die er später auch im Plenum vortrug: der Maßen-Beschluß bedeute eine stärkere Abgrenzung, als ihn die SPD habe. Dies sei seinem Verständnis nach keine Übergangsregelung, sondern eine Verschärfung gegenüber der Bundessatzung. Er werde den Beschlüssen seines Verständnisses nach keine Übergangsregelung, sondern eine Verschärfung gegenüber der Bundessatzung. Er werde den Beschlüssen offiziell anfechten und wenn er trotzdem so bliebe, würde er wieder austreten. Wenn man sich gegenüber dem KB abgrenze, habe er dafür Verständnis, aber nicht wenn dieses auch gegenüber der LDU geschehe. Die Genossen der Z-Gruppe griffen kaum ein. Nach einer Viertelstunde ging zurück in den Saal und die rechte Mehrheit ließ die Gelegenheit nicht aus, den Linken demonstrativ die kalte Schulter zu zeigen: Noch während Mühlenhardt zum Podium ging, um das Ergebnis der Beratung zu verkünden, zogen die Rechten cool die endgültige Abstimmung durch. Mit 40 Gegenstimmen wurde die Gründung des Landesverbandes beschlossen. Vorher hatte eine Vertreterin der Zentrums-Gruppe die weitere Bereitschaft zur Zusammenarbeit beteuert und bekam als Lohn einen Posten im kommissarischen Vorstand.

Falsches Spiel in NRW

Am 27.1. hat der grüne Bundesvorstand beschlossen, daß „angesichts der ungeklärten Situation in NRW“ der in Hersel gewählte Landesvorstand nur noch kommissarisch im Amt sein solle. Er beruft sich dabei auf angebliche Anfechtungen der Gründung. Gleichzeitig fordert er die Einberufung einer Landesdelegiertenversammlung (Schlüssel 1:15 und auf Basis der Mitgliederzahlen, die der Bundesgeschäftsstelle vorliegen). Kaum zwei Wochen nach Karlsruhe hat der Bundesvorstand damit die in §12 der Bundessatzung vorgesehenen Ordnungsmaßnahmen gegen einen ganzen Landesverband verhängt: dieser §12 erlaubt dem Bundesvorstand u.a. die „kommissarische Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte“ zu verfügen, aber ggf. sogar „die Amtsenthebung von Vorständen“ und die „Auflösung eines Gebietsverbandes“.

Den deutlichsten Protest gegen diese diktatorische Maßnahme hat der Münsteraner Beratungskongreß der bunten und alternativen Listen formuliert. Auf Antrag eines Landesvorstandsmitglieds aus der GAL Münster wurde eine Resolution verabschiedet, die den Landesvorstand u.a. auffordert, „alle Eingriffe in seine Arbeit auf Landesebene entschieden zurückzuweisen“, seine Anerkennung durch den Bundesvorstand zu fordern und eine Landesmitgliederversammlung einzuberufen.

Auf einem Treffen des Landesvorstands mit Mitgliedern des Bundesvorstands ist inzwischen folgendes vereinbart worden:

- der in Hersel gegründete Landesverband wird anerkannt;
- die Namen der Mitglieder des Landesverbandes werden unverzüglich dem Bundeswahlleiter mitgeteilt (was die faktische Anerkennung abschlies-

sen soll);

- der Bundesvorstand untersagt allen anderen Verbänden die sich gegründet haben oder gründen wollen, irgendwie den Namen der Grünen zu benutzen und kündigt gerichtliche Schritte an;

- die Euro-Wahlgelder (420.000DM) werden umgehend dem Landesverband übertragen;

- die Materialien der Marler Landesgeschäftsstelle werden nach Düsseldorf übergeben.

Wozu jedoch die angeblichen Anfechtungen (bisher ist davon keine dokumentiert worden) genutzt werden konnten, zeigte sich in den folgenden Verhandlungen. Alle an dem Treffen Beteiligten (außer Landes- und Bundesvorstand waren einige der „Fraktion der grünen Mitte“ zugegen) einigten sich auf die Absichtserklärung, „eine möglichst breite Basis bei der Einigung über anstehende Probleme auf der Grundlage von Landes- und Bundessatzung zu erzielen.“ Diese Einmütigkeit läßt für die am 23.2. in Gelsenkirchen stattfindende Landesmitgliederversammlung nichts Gutes erwarten. Dort wird die Frage der Angleichung der Landessatzung an die Bundessatzung anstehen. Die Mehrheit des Landesvorstands ist gegen eine Empfehlung an die Mitglieder, auf dem „Herseler Kompromiß“ (autonome Regelung des Aufnahmeverfahrens durch die Kreisverbände) zu bestehen. Der Bundesvorstand hatte schon vor der „Einigung“ seinerseits deutlich gemacht, daß er auch vom Landesverband NRW die Übernahme des Bundes-UVB fordert. Als Antwort auf den Antrag u.a. von Baldur Springmann, eine Urabstimmung über einen inhaltlichen Unvereinbarkeitsbeschluß (Bekanntnis zu einem „von neuen geistigen und sittlichen Werten erfülltes Leben auf

ökologischer Basis“ u.ä.) durchzuführen, hatte er folgende „Empfehlung“ beschlossen: „Der Bundesvorstand bittet die Antragsteller, den Antrag über Urabstimmung über die Doppelmemberschaft zu diesem Zeitpunkt zurückzustellen, und richtet an die Landesverbände in NRW, Hessen, Hamburg und Berlin die Bitte, deutlich zu erklären, noch vor dem 30.4.80 die Aufnahme von §2 der Bundessatzung vornehmen zu wollen“ (nach „Die Unabhängigen“, 9.2.). Gleichzeitig wird den Landesverbänden empfohlen, den Springmann-Antrag per Rundschreiben bekannt zu machen.

Zwar ist es nicht sicher, ob das vom Bundesvorstand vorgeschlagene Geschäft - „Wir erkennen euch an, dafür übernehmt ihr §2“ - auf der Mitgliederversammlung am 23.2. eine Mehrheit bekommt. Falls die erhoffte „möglichst breite Basis bei der Einigung über die anstehenden Probleme“ nicht erreicht werden kann, bleibt aber immer noch der Rückgriff auf §12 der Bundessatzung. Daß der Bundesvorstand bereit ist, diesen Katalog von Ordnungsmaßnahmen auch rücksichtslos anzuwenden, hat er schon unter Beweis gestellt. Wie gesagt ist bis heute keine der Gründungsanfechtungen schriftlich vorgelegt worden und keiner der angeblich sonst bestehenden vier grünen Landesverbände (außer der „Grünen Partei Deutschlands“) öffentlich in Erscheinung getreten. Trotzdem ist damit Politik zur Durchsetzung des §2 betrieben worden. Und leider gibt es immer wieder Kräfte, die auch auf schlecht getarnte Bluffs hereinfallen. Das läßt vermuten, daß der Bundesvorstand sein Erpresserspielchen fortsetzen dürfte.

Keine Diskussion!

Der Bundesvorstand der Grünen hat auf seiner letzten Sitzung wieder einige Lektionen in Sachen Basisdemokratie verabreicht. Zwar wurde der Springmann-Antrag, per Urabstimmung die Beendigung aller Doppelmemberschaften bis zum 30.4. durchzusetzen, nicht angenommen. Stattdessen wurde mit einem Aufruf zu „Kompromissen“ auf beiden Seiten die Kreisverbände und Landesverbände aufgefordert, ihre Satzungen an die Bundessatzung bis zum 30.4. anzupassen, außerdem soll der Springmann-Antrag überall bekanntgemacht werden.

Für den Saarbrücker Programmerteiltag, am 21. - 23.3. sollen dann keine Satzungsanträge mehr zugelassen werden.

Außerdem hat sich der Bundesvorstand ausgeheckt, daß der Beginn dort bereits am Freitag um 17 Uhr

sein soll, in der Hoffnung, daß die linke „Nordschiene“ noch nicht da ist. Sofort soll ein Präsidium gewählt werden und ein Abstimmungsverfahren vorgeschlagen werden, wo dann ohne Diskussion die verschiedenen Programmanträge durchgezogen werden sollen, ein Verfahren, daß sich unseres Wissens bisher noch keine etablierte Partei leisten konnte.

Auf der letzten Sitzung der Programmkommission wurde bereits vorgeführt, daß das Spielchen von Karlsruhe und Baden-Württemberg dabei fortgeführt werden soll: der Achberger Kreis hatte dort bereits zur Präambel bzw. entsprechenden Programmpunkte neue Entwürfe, die noch nicht in der Diskussion waren, zur Abstimmung gestellt, seine Anträge als „Synthese“ der bisherigen dargestellt und schwupp waren sie durch!

Hessen: „Linker“ Kreisverband fordert Unvereinbarkeitsbeschuß

Hatten nach dem Karlsruher Gründungsparlament der Grünen noch einige Linke gehofft, mit Hilfe der Übergangsregelung in § 18 der Bundessatzung das Verbot der Doppelmitgliedschaften (§2) auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, erweisen sich diese Hoffnungen immer mehr als trügerisch:

In Schleswig-Holstein führte die „Übergangsregelung“ im Gegenteil dazu, daß eine noch schärfere Fassung des Doppelmitgliedschaftsverbots (UVB) eingeführt wurde, wobei ein großer Teil der Linken schließlich für den §2 der Bundessatzung stimmte, als „kleineres Übel“ sozusagen. Allein, es war umsonst.

Wer nun glaubt, solche Versuche – möglichst schnell UVBs in den Ländersatzungen zu verankern – würden nur von den Rechten gestartet werden, sieht sich abermals getäuscht. Der eher dem linken Spektrum zuzurechnende Marburger Kreisverband faßte am 30.1. mit 19:10 Stimmen (bei einer Enthaltung) den Beschluß, sich auf dem nächsten hessischen Landesparteitag für die Übernahme des §2 einzusetzen. Antragsteller: ein bekanntes GLU- und SB-Mitglied, Jan Kunert. Kunert hatte schon vorher auf der letzten Bundesvorstandssitzung beruhigend gegenüber Springmanns Planung einer Urabstimmung über die Befristung der „Übergangsregelungen“ ohne UVB erklärt, es gäbe in Hessen schon Anträge zur Übernahme des §2 der Satzung. Bisher hatten linke Grüne die „Fortschrittlichkeit“ des hessischen Landesverbandes mit dem Fehlen von UVBs

begründet. Sie werden sich bald ein anderes Argument einfallen lassen müssen. Gerade in Marburg waren kurz vor Karlsruhe eine Menge (Ex-) Spontis und SBler (die teils zu Landeswahlkampfzeiten die GLH nicht unterstützten, weil sie ihnen „nicht sozialistisch genug“ war und/oder man „keine Illusionen ins Parlament schüren“ wollte) eingetreten, um linke Beschlüsse durchzusetzen. Sollte dieses Konzept etwa gescheitert sein...?

Auf der Kreisverbandssitzung ist auch schon spekuliert worden, inwieweit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Zukunft vielleicht ausgeweitet werden müßten.

Dabei wurde vertreten, daß der §2 selbstverständlich auch Mitglieder von bunten/alternativen Listen trafe, wenn diese sich zu einer bundesweiten Organisation zusammenschließen.

Auf derselben Sitzung der Grünen wurden die Delegierten für den nächsten Bundesparteitag gewählt. Dabei wurde in der Kandidatenbefragung der eine der beiden GLHler, die auch bei den Grünen sind, genauestens befragt, warum er denn überhaupt noch bei der GLH sei und für welche Seite er sich entscheiden würde, wenn Bunten/Alternativen sich bundesweit zusammenschließen usw. Diese Stimmungsmache führte schließlich dazu, daß er nur die viertmeisten Stimmen erhielt und damit im Gegensatz zur Wahl für Karlsruhe, wo er die zweitmeisten Stimmen bekam, kein Delegierter ist.

Schlechte Zeiten für Linke bei den Grünen.

KB/Gruppe Marburg

Anti-Strauß-Aktivitäten



Ein guter Einfall ... (Foto aus „Die Neue“)

Wir setzen hier die im letzten AK begonnene Vorstellung von örtlichen Anti-Strauß-Initiativen mit weiteren Berichten fort.

„Bürger gegen Strauß“ in Bremen

Die Initiative „Bürger gegen Strauß“ wurde im Zusammenhang mit dem Strauß-Besuch in Bremen Ende September 1979 ins Leben gerufen. Es beteiligten sich führende SPD-Leute wie Finanzsenator Henning Scherf. Ihren ersten großen Auftritt hatte sie mit der Parallelveranstaltung zum Strauß-Auftritt in der Stadthalle. Hierzu wurde aufgerufen, um sich mit Strauß mit „demokratischen Mitteln auseinanderzusetzen“, um die radikalen Anti-Strauß-Gegner von der Straße zu locken.

Zur Geschichte dieser SPD-„Bürgerinitiative“: Eine Broschüre zum Strauß-Besuch wurde im Alleingang von den SPD-Oberern herausgebracht. Kritik aus dem Plenum an der einseitigen SPD-Orientierung der Broschüre wurde abgewürgt, da die Broschüre schon in Umlauf sei. An einige Mitglieder der Initiative wurde ein Brief geschickt, in dem diese unterschreiben sollten, keiner anderen Partei mit Ausnahme der SPD und FDP anzugehören.

Der demokratisch gewählte Sprecherrat der Initiative, bestehend aus vier Frauen, wurde durch die Hintertür abgesetzt. Der Grund: eine der Frauen soll Mitglied in der DKP sein. Eine andere hatte von Anfang an Schwierigkeiten als angebliche Kandidatin der Alternativen Liste. An die Stelle trat nun ein 20köpfiges Kuratorium honorärer Persönlichkeiten, das über jeden Zweifel, irgendwelche „Roten“ zu beherbergen, erhaben ist. Durch massive Mo-

mers zur Folge gehabt hätte, bei einer Schmidt-Empfehlung zu einer „SPD-Wählerinitiative“ degradiert zu werden.

Auf Anregung des Antifaschistischen Arbeitskreises wurde keine Initiative oder Komitee gegründet, da insgesamt die Anti-Strauß-Basis durch Diskussion und Auseinandersetzungen wenigstens in Ansätzen vorhanden sein muß, damit nicht ein Komitee lediglich eine Ansammlung von Organisationsdelegierten und somit eine Wasserkopfinitiative ist.

Am 6. März trifft sich die Initiative wieder, um die dann entwickelten Ansätze zusammenzutragen.

Der Antifaschistische Arbeitskreis beginnt die Anti-Strauß-Arbeit mit einer umfangreichen Flugblattaktion.

Ein Hildesheimer Genosse

Kassel

Mit einem Aufruf „Strauß darf nicht Kanzler werden“ gingen 184 Gewerkschafter an die Öffentlichkeit. In dem Aufruf wird vor den Folgen einer möglichen Kanzlerschaft von F.J. Strauß gewarnt und gleichzeitig auf antidemokratische Tendenzen aufmerksam gemacht, die schon heute die gewerkschaftliche Praxis behindern.

Die örtliche Initiative unterstützt

diese Pöbelbriefe zeigen sehr deutlich, was Geistes Kinder fanatische Strauß-Freunde sind.

Am Schluß wird ein Prozeß gegen zwei Essener „Falken“ dokumentiert, die in ihrer Zeitung Strauß mit zwei „Blitzen“ (die aussehen wie SS-Runen) am Ende geschrieben hatten und dafür zu Geldstrafen verknackt wurden.

Leider haben sich die „Falken“ jedoch nachträglich auch dazu hinreißen lassen, sich von den „Krawallmachern“ zu distanzieren. Trotzdem: Insgesamt sehr interessant zu lesen. 82 Seiten, ca. 3 DM, zu beziehen über:

SJD – „Die Falken“
KV Essen, Jägerstraße 22,
43 Essen 1.

Anti-Strauß-Initiative in Frankfurt/Offenbach

Nach langen Diskussionen über die Bundestagswahl-Problematik trat eine Anti-Strauß-Diskussionsrunde am 31.1. erstmals mit einer Veranstaltung in Frankfurt vor eine größere Öffentlichkeit. 150 Interessierte hörten Referate zur Vergangenheit (u.a. Atompolitik) und zum politischen Programm von Strauß & Co. Frauen der Initiative hatten sich besonders um Frauen- und Familienpolitik der CDU/CSU gekümmert und wollen sich zukünftig – innerhalb

Buchhinweis

Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975 hrsgg. von Jan Peters mit Beiträgen von Bruno Buckler, Reinhard Feld, Ludwig Goergens, Joseph Huber, Lutz Jung, Jan Pätzold und Jan Peters, Verlag Klaus Guhl, 1980, 383 S., ISBN: 3-88220-144-4, DM 24,80.

Dieses Buch bringt einen Überblick über die Geschichte und Theorie der alternativen Projekte in den letzten 200 Jahren. Dabei werden viele Kollektive mit ihren Hoffnungen und Schwierigkeiten beschrieben. Das Spektrum reicht von den utopischen Sozialisten und ihren Kommunen in den USA im 19. Jahrhundert über die Lebensreformbewegung in Deutschland von der Jahrhundertwende bis zum Faschismus, Ascona, die Arbeitslosenbühnen und Coops in den USA, die Kollektive im spanischen Bürgerkrieg bis zu den Landkommunen und zur internationalen Jugendkultur- und Alternativszene von heute.

Besonderes Gewicht wurde auf die Probleme des täglichen Lebens und die ökonomische Organisation gelegt. Weiter geht es um die ökologische Krise und deren Überwindung, um das Problem der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und die neofaschistischen Einverleibungsversuche der Kollektivbewegung. Jan Peters diskutiert mit Rolf Schwendter, Arno Klönne, Walter Hollstein und Reimar Lenz den Charakter und die Zukunft der Alternativbewegung im Vergleich zur Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre.

Einzelbestellungen bitte bei Peter van Spall, Spenerstraße 2, 1 Berlin 21, nur gegen Vorkasse von 23 DM (Vorzugspreis) auf das Bankkonto 0240190041 bei der Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00.

die ökonomische Organisation gelegt. Weiter geht es um die ökologische Krise und deren Überwindung, um das Problem der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und die neofaschistischen Einverleibungsversuche der Kollektivbewegung. Jan Peters diskutiert mit Rolf Schwendter, Arno Klönne, Walter Hollstein und Reimar Lenz den Charakter und die Zukunft der Alternativbewegung im Vergleich zur Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre.

Einzelbestellungen bitte bei Peter van Spall, Spenerstraße 2, 1 Berlin 21, nur gegen Vorkasse von 23 DM (Vorzugspreis) auf das Bankkonto 0240190041 bei der Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00.

ANZEIGE



Strauß NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß – ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

erschienen im J. reent Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
in der 3. Auflage: 11.000

100 S.
DM
7,50

vier Frauen, wurde durch die Hintertür abgesetzt. Der Grund: eine der Frauen soll Mitglied in der DKP sein. Eine andere hatte von Anfang an Schwierigkeiten als angebliche Kandidatin der Alternativen Liste. An die Stelle trat nun ein 20köpfiges Kuratorium honorärer Persönlichkeiten, das über jeden Zweifel, irgendwelche „Roten“ zu beherbergen, erhaben ist. Durch massive Mobilisierung von SPD-Mitgliedern zum nächsten Treffen wurde das Kuratorium denn auch „demokratisch“ gewählt. Die Empörung der SPD-kritischen Initiativenmitglieder wurde größtenteils von der DKP aufgefangen, die trotz Kritik im Interesse der Sache weiter mitarbeiten will.

Durch einen weiteren Beschluß hat sich die „Initiative“ vor jeglicher unbequemen Kritik abgesichert. Sie beschloß, ihre Eigenständigkeit als Bremer Initiative zu wahren und sich entsprechend von außen kommenden Vorschlägen nicht anzuschließen. Mit dieser Begründung wurde bemerkenswerterweise sowohl eine Unterstützung der Staack-Initiative als auch eine Unterstützung der von Kühn initiierten „demokratischen Aktion – gemeinsam gegen rechts, stoppt Strauß jetzt“ abgelehnt.

Die Orientierung der Initiative liegt hauptsächlich darin, verunsicherte CDU-Wähler, die gegen Strauß sind, zu einer Stimmabgabe für die SPD zu gewinnen. Daß sie bei dieser Orientierung jeden Anschein von Linkslastigkeit vermeiden will, liegt auf der Hand. Für linke Strauß-Gegner gibt es so wohl keinen Grund, mitzuarbeiten.

KB/Gruppe Bremen

Hildesheim

Auf Einladung der VVN zu einer öffentlichen Veranstaltung (31.1.80), auf der über gemeinsame Aktivitäten gegen die Kanzlerkandidatur von F.J.S. diskutiert werden sollte, waren neben DKP, DFU, DFI, MSB sowie einigen Einzelpersonen (darunter SPD-Mitglieder) auch der Antifaschistische Arbeitskreis Hildesheim vertreten.

Einigkeit bestand unter den Anwesenden, in der Agitation gegen die CDU/CSU auf eine alternative Wahlempfehlung zu verzichten, um nicht, wie es ein Vorschlag eines Teilneh-



Diese demagogische Gleichsetzung der RAF mit F.J.S. stammt aus einem Aufruf der Initiative „Stoppt Strauß – jetzt“ in Gießen.

die bundesweite „Staack-Initiative „Freiheit statt Strauß“. Zugleich betont sie aber, daß sie den Versuch machen will, die bundesweite Spaltung der Anti-Strauß-Bewegung zu überwinden. Deshalb will sie über den örtlichen Rahmen hinaus ebenfalls die Bewegung „Stoppt Strauß“ unterstützen.

Schwierigkeiten bekam die Initiative bei Verbreitung ihres Aufrufs: die Kasseler Tageszeitung machte die Veröffentlichung von so unverschämten Auflagen abhängig, daß sie für die Gewerkschafter unannehmbar wurden. Die Initiative will mit gerichtlichen Schritten gegen die Zeitung vorgehen (aus: „NEUE“, 22.1.80).

„Strauß in Essen“ – ein Nachtrag

Eine Dokumentation über den Auftritt von F.J.S. in Essen haben jetzt die Essener „Falken“ herausgebracht. Dokumentiert wird die erfolgreiche Arbeit des Anti-Strauß-Komitees (damals), die Rede von Klaus Thüsing und die Reaktionen auf die Protestaktionen: Pressemeldungen, die Strauß-„Rede“, Pöbelbriefe gegen Thüsing („Der schmierigste Ausländer ist mir lieber als eine SPD-Sau ... Ihr seid Untermenschen, verkommenes Gesindel, ... ich schäme mich für Sie...“) und vieles mehr. Besonders

der jetzt gegründeten Initiative – in einem Frauenkreis treffen.

In der Initiative arbeiten Linke aus Offenbach und Frankfurt zusammen unter dem Konsens, daß ihre Arbeit an keine Wahlaussage gebunden ist; mit ähnlichen Gruppen, die aber eine Partei zur Wahl empfehlen, ist man punktuell zur Zusammenarbeit bereit. Bisher bilden Unabhängige, einzelne GLHler und Grüne, Arpo-Genossen (Arbeiterpolitik) und Mitglieder verschiedenster trotzkistischer Gruppen den Grundstock dieses Kreises. In den nächsten Wochen sollen Vorschläge für eine konkrete Arbeit beraten werden.

KB/Gruppe Frankfurt

Stoppt-Strauß-Veranstaltung in Fulda

Am 7. Februar fand in Fulda eine Veranstaltung unter dem Motto „Fuldaer Strauß-Gegner – Stoppt Strauß“ statt.

Die Veranstaltung, zu der über 200 Leute kamen, sollte dazu dienen, eine kontinuierliche Anti-Strauß-Arbeit in Fulda zu diskutieren. In der Einleitung wurde betont, daß im Aufbau eines Bündnisses es nicht

Fortsetzung nächste Seite

Anti-Strauß-Aktivitäten in Hamburg

Im folgenden berichten wir über Aktivitäten von Hamburger Anti-Strauß-Initiativen, die in den Stadtteilen arbeiten. In diesen Gruppen, die seit einigen Wochen arbeiten oder z.T. auch gerade am Entstehen sind, arbeitet ein zum Teil erfreulich breites Spektrum der Linken zusammen. Selbst von Seiten DKP/SDAJ ist auf dieser Ebene die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ungewöhnlich weit vorhanden. Demgegenüber hat sich auf Hamburger Ebene eine „Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß“, maßgeblich von DKP/SDAJ bestimmt, gegründet. Anlässlich der Aktionsberatungen zum Strauß-Besuch in Hamburg wird sich zeigen, inwieweit diese Initiative an der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Anti-Strauß-Initiativen ein tatsächliches Interesse hat und nicht nur in bekannter Manier Aktionäre für die eigene Firma sucht.

30.1.80: Altona, Werkstatt 3
Informationsveranstaltung des bayrischen Anti-Strauß-Komitees. Den ca. 25 anwesenden Personen wurde zu Beginn ein Dia-Vortrag gezeigt, der zum einen die Karriere des F.J.S. bis zur Großen Koalition aufzeigte, zum zweiten die Aktivitäten der Anti-Strauß-Komitees. Leider wurde die SPD dabei sehr offensichtlich geschont und auch die Aktivitäten der ASKs wurden ausschließlich positiv als lehrreiches Beispiel dargestellt. Ein ASK-Vertreter erzählte auch, daß sie ein Strauß-Seminar in Bayern planen, zu dem auch andere Strauß-Gegner kommen können. Es wurde vorgeschlagen, ihre Aufkleber zu vertreiben, ihre Anti-Strauß-Ausstellung zu kaufen. Sehr viel gab's bei dieser Veranstaltung leider nicht zu lernen.....

30.1.80: Langenhorn, Bürgerhaus
Veranstaltung der Anti-Strauß-Initiative; für Langenhorn Verhältnisse war die Veranstaltung mit 50 Leuten gut besucht. Das kurze Finlekturreferat befaßte sich im Wesentlichen mit der Vergangenheit von F.J. Strauß. Daran wurde ein Rollenspiel aufgeführt: Ein „Interview“ zwischen einem Redakteur des bayrischen Rundfunks und Dr. Dr. Prof. h.c. F.J. Strauß, wobei alle Antworten von F.J.S. aus Original-Zitaten „zusammengestellt“ waren. Daran schloß sich eine Diskussion an, die dadurch sehr belebt wurde, daß ein Juso äußerte, er komme sich vor wie auf einem Tribunal gegen Helmut Schmidt. Dadurch kam die Diskussion um die Rolle der SPD in den letzten Jahren erst richtig in Gang. Im letzten Teil der Veranstaltung wurde noch genauer auf das Programm von Strauß/CDU/CSU eingegangen.

6.2.80: Wandsbek – Veranstaltung des Anti-Repressions-Kreises
Trotz verhaltener Mobilisierung war die „Anti-Strauß-Veranstaltung“ mit 70 Leuten gut besucht. Sie verlief auch recht lebhaft, da interessan-

te 5-minütige Reden durch Sketche, Gedichte, Musikeinlagen bereichert wurden. Die kurzen Reden beinhalteten Straußens Außenpolitik, sowie seine innenpolitischen Ansichten mit Ausschnitten aus seiner „Sonthofener Rede“. Da niemand durch lange Reden „erschlagen“ war, schloß sich daran auch eine gute Diskussion an. Hier wurde festgestellt, daß die Diskussion um die Kanzlerkandidatur von Strauß bisher innerhalb der Linken noch unzureichend geführt wurde. Um weiter in die Bevölkerung mit der Anti-Strauß-Arbeit zu reichen, sei es zunächst nötig, die Kräfte innerhalb der Linken zusammenzuschließen. In Wandsbek soll in dieser Richtung weitergearbeitet werden, indem für andere Aktivitäten die in Frage kommenden Kräfte angesprochen und für eine Zusammenarbeit gewonnen werden.

6.2.80: „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“/ LV Hamburg
Lud ein zu einer Besprechung eines gemeinsamen Vorgehens anlässlich des Strauß-Besuchs in Hamburg. Von den zahlreichen eingeladenen Organisationen und Gruppen waren allerdings nur 5 erschienen, so daß eine solche Beratung wiederholt werden soll.

6.2.80: Die „Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß“
hatte zu einem Koordinationstreffen eingeladen. Zu dieser Initiative, die sich am 29.1. gegründet haben soll, gehören: DGB-Jugend, DAG-Jugend, Die Falken, SDAJ, Jusos, Landesantikonferenz, Hamburger Schülerkammer sowie Einzelpersonen wie A. Eggebrecht, H. Wader, N. Paech. Bei dem Koordinationstreffen weiter anwesend, aber nicht zur „Initiative“ gehörend, waren: DFG/VK, Hamburger Sportjugend, PAM, „Sozialistische Korrespondenz“, MSB, Schüler gegen Rechts, SSB-Schüler, SSB-Studenten, Anti-Strauß-Gruppen aus Harburg, Hamm, Altona, Bergedorf, Bramfeld. Die „Initiative...“ hat bereits eine Plattform verabschiedet; auf diesem Treff wurde kurz etwas zu den Prinzipien gesagt. Sie geben kei-

ne Wahlempfehlung, Vertreter von kandidierenden Gruppen sollen nicht rein, sie seien gegen Gewaltanwendung. Darüber wird sicher noch zu diskutieren sein. Auf diesem Treffen wurde hauptsächlich der Strauß-Besuch in Hamburg beraten. Mögliche Termine des Besuchs seien: 20.2. 21.2. oder 27.2. Angemietet wurde bisher von der CDU die Halle 6 auf dem Messegelände. Die Initiative wollte die Ernst-Merck-Halle anmieten, hat sie aber nicht bekommen und bemüht sich um zwei andere Hallen auf dem Messegelände. Bisherige Vorstellungen zum „Empfang“ von Strauß in Hamburg: Demonstration von der Innenstadt aus (mit Kundgebung) zum Messegelände, abends Rock gegen Strauß. Möglichst soll

mocracy“ gezeigt, der im letzten Jahr anlässlich der Carstens-Wahl zum Bundespräsidenten in Bonn stattfand. Daran schloß sich ein Beitrag des Schriftstellers Peter O. Chotjewitz an, der zur Rechtsentwicklung in der BRD und zu Strauß einen Prosatext und Gedichte vortrug.

In der anschließenden Diskussion wies Chotjewitz auf die Schwierigkeit hin, Aktionseinheiten in der Linken aufzubauen, woraus er ableitete, daß das Organisieren noch so kleiner Zirkel für die Anti-Strauß-Arbeit notwendig sei mit dem Ziel, das Aufklärungsdefizit in der Öffentlichkeit zum Komplex „Strauß“ abzubauen. Die Münchner stellten die laufenden Aktivitäten gegen Strauß in ihrer Stadt dar. Es müsse nicht unbedingt ein formelles Bündnis am Anfang der Anti-Strauß-Arbeit stehen. Wichtig seien gemeinsame Aktionen in der Öffentlichkeit.

Die Diskussion verlief schleppend, was weitgehend auf die Berührungsängste innerhalb der Linken bei Bündnissen zurückzuführen war. Waren zu den Vorbereitungsgesprächen zu der Veranstaltung noch Juso-HSG, DKP, DFI und MSB erschienen, so glänzten diese durch Abwesenheit (einige Tage vor der Veranstaltung hatte der Unterbezirk der SPD in einer Sitzung verlaun lassen, keine Zusammenarbeit mit „dubiosen“ Anti-Strauß-Komitees zu machen, sofern diese nicht zu einer Wahl für die SPD aufrufen würden) oder, wie die DKP (nahen)-Kräfte, durch Nichtteilnahme an der Diskussion.

Die Veranstaltung wurde organisiert von Mitgliedern Fuldaer Basisinitiativen (Stadtzeitung, Antifaschistischer Arbeitskreis, Bürgerinitiative Umweltschutz Fulda, GLH).

KB/Fulda

dies am Tag von Strauß' Eintreffen in Hamburg laufen. Falls dies nicht herauszubekommen ist, wird ein Tag festgelegt. Mit der Initiative „Rock gegen Rechts“ in Hamburg, die bereits für den 22.2. eine Musikveranstaltung in der Mensa (Uni) geplant hat, soll Kontakt aufgenommen werden, um abzuklären, ob diese Veranstaltung gemeinsam gemacht werden soll oder ob man eine zweite „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung macht, wobei aber zu jeweils beiden aufgerufen wird, um keine Konkurrenz entstehen zu lassen. Die „Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß“ schlug weiter vor, einen Flugblattentwurf vorzubereiten, mit dem gemeinsam gegen Strauß mobilisiert werden soll. Auf einer Seite des Flugblatts wollten sie gerne ihre Plattform abdrucken. Mehrheitlich wurde aber der



Gegenvorschlag der DGB-Jugendvertreterin begrüßt, die zweite Seite freizulassen, damit die einzelnen Gruppen und Initiativen sie selber mit einem eigenen Text bedrucken können. Die Flugblattberatung sowie die weitere Aktionsplanung findet am 14.2. um 19 Uhr in den AStA-Räumen der Uni statt (Durchgang von der Grindelallee zur Uni). Der Flugblattentwurf soll von der „Initiative...“ vorher verschickt werden, damit Änderungsvorschläge in den Gruppen diskutiert werden können.

8.2.80: Anti-Strauß-Veranstaltung von „Schüler gegen Rechts“ in der ESG

Sie wurde von 250 - 300 Schüler/innen besucht und war damit ein großer Erfolg; im Gegensatz zum SGR-Konzert in der Markthalle (Ende 1979) wurde diesmal das Gewicht auf Beiträge und Diskussion gelegt. Themen der Veranstaltung waren die bayrische Schulpolitik, z.B. die zum Gewohnheitsrecht legalisierte Anwendung der Prügelstrafe an Bayerns Schulen und das erlassene Plakettverbot gegen Dagmar H. (sie bekam einen verschärften Verweis und wurde eine Woche von der Schule beurlaubt). Auch die übrigen Themenvorträge (Gesamtschule, Sexualkunde und Bayrische Schulordnung) machten ziemlich klar, was bei einem Strauß als Bundeskanzler auch auf die Schüler hier im Norden zukom-

men könnte. Außerdem gab es was zu hören über Strauß' Zerschlagungspläne gegenüber den Gewerkschaften, seine Unterstützung durch die Kapitalisten, über Lockheed- und „Spiegel“-Skandal, sowie über seine Nazi-Vergangenheit. Ein weiterer wichtiger Teil des Programms waren selbst ausgedachte Sketche zu den oben genannten Themen. Es gab zwar einige technische Pannen und Durcheinander, aber dafür, daß konzentriertes Zuhören erforderlich war, war es eine der lebendigsten Veranstaltungen seit langem. Auch eine Schülerband trug dazu einiges bei. Die Anti-Strauß-Arbeit unter Schülern sieht also ganz gut aus. Im Mai ist dann wieder ein großes „Schüler gegen Rechts“-Konzert geplant.

(Eine Genossin des SSB/Schüler)

VORANKÜNDIGUNG: Anti-Strauß-Veranstaltungen in HAMBURG

- | | | | |
|----------|---|----------|--|
| 13.2.80: | 20.30 Uhr in der „Fabrik“ Barnerstr. 36) Diskussionsveranstaltung der Altonaer SPD „Freiheit statt Strauß“. Auf dem Podium sitzen: Klaus Staack, Freimut Duve, Axel Eggebrecht, Horst Gobrecht. | 20.2.80: | „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung in Harburg. |
| 14.2.80: | 19 Uhr im AStA der Uni: Koordinationstreffen der Hamburger Anti-Strauß-Initiativen und Organisationen zur Beratung der Aktivitäten gegen den Strauß-Besuch in Hamburg (s.o.). | 22.2.80: | „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung in der Mensa der Uni. |
| 15.2.80: | 19 Uhr im Gemeindehaus der Bethlehemsgemeinde: Podiumsdiskussion „Was tun gegen Strauß?“, bisherige Teilnehmer: Bunte, Grüne, DKP. Bisher wurde es leider versäumt, den KB einzuladen. | 28.2.80: | Informationsveranstaltung des Bergedorfer Anti-Strauß-Komitees. |
| 16.2.80: | Anti-Strauß-Veranstaltung in Harburg. | März 80: | Am 2. März kommt Otto Habsburg nach Rellingen bei Pinneberg. Er spricht dort auf einer CDU-Veranstaltung im „Rellinger Hof“ um 20 Uhr. Pinneberger Antifaschisten bemühen sich um ein Bündnis zwecks Gegenaktivitäten. |

P.S. Über die Verlagsadresse können alle, die in Stadtteilgruppen mitarbeiten wollen, die Kontaktadresse erfragen; bitte schriftlich! Über die Verlagsadresse kann ein Info bestellt werden, das die wichtigsten Stellungnahmen von Organisationen und Gruppen zur Kanzlerkandidatur von Strauß dokumentiert.

Strauß-Auftritte – Gegen-Aktivitäten

Strauß-Auftritte – Gegen-Aktivitäten

Strauß in Gießen

Am 26.1.80 wurde der Bundestagswahlkampf der CDU/CSU in Hessen eingeleitet: Strauß sprach auf einer Landesdelegiertenversammlung der CDU in der Gießener Kongreßhalle.

Gegen den Strauß-Auftritt protestierten ca. 1000 Menschen aus Gießen und anderen hessischen Städten auf einer Kundgebung und Demonstration in der Innenstadt, zu der die DKP-nahe Initiative „Stoppt Strauß – jetzt!“, der ASA, die Jusos, Basisgruppen, die GLH und Einzelpersonen aufgerufen hatten.

Außerdem fand im Jugendzentrum (JZ) eine ganztägige Veranstaltung „Kultur gegen Rechts“ mit ca. 400 Besucher(inne)n statt. Die Vorbereitung der Anti-Strauß-Aktivitäten wurde von der undogmatischen Linken weitgehend verschlafen und dem Revi-Bündnis überlassen.

Insgesamt zeichnete sich die Politik der Initiative „Stoppt Strauß – jetzt!“ durch strikte Geheimhaltung aus: so war bis zum Abmarsch nicht zu erfahren, ob die Veranstalter die Kongreßhalle als Ziel der Demonstration vorgesehen hatten. Wen das skeptisch machte, der sah sich voll bestätigt – unter dem Geleit der SDAJ und dem Motto „keine Konfrontation“ marschierte die „offizielle“ Demonstration zum JZ.

Ein Teil der Demonstranten, ca. 150, baute sich vor der Kongreßhalle auf, um mit Parolen gegen die Lautsprecherübertragung des Strauß-Auftritts in der Halle anzuschreien. Dank des hervorragenden Timings der Initiative hatte man/frau die Ankunft von Strauß verpaßt, entsprechend motivationslos stand man/frau vor der Halle.

Plötzlich wurde eine Demonstrantin von einem Mann (höchstwahrscheinlich ein CDUler) an den Haaren gepackt und brutal zu Boden geworfen. Andere, die ihr zu Hilfe eilten, prügelte er mit einer Lederknete, bis die Polizei, von Demonstranten aufgefordert, eingriff.

Doch nicht nur Strauß hatte am 26.1. seinen Auftritt.

Während der Gegenkundgebung wurde der Büchertisch der DKP (ca. 200 Meter vom Kundgebungsort entfernt) von einem Neo-Nazi-Grupp „VSB“ („Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“) kurz und klein geschlagen.

Kurz zuvor hatten die Nazis im Jugendzentrum, in dem während der Kundgebung kaum jemand war, Anti-Strauß-Plakate von den Wänden

gerissen und einen Info-Tisch zertrümmert.

Der Kundgebungsredner K.H. Funk (SPD) fühlte sich darauf hin verpflichtet, die Demonstranten aufzufordern, sich ja nicht provozieren zu lassen und eine „friedliche Demonstration“ (vorbei am zertrümmerten DKP-Stand) durchzuführen!

Eine Genossin aus Gießen

Strauß-Auftritt in Neumünster: Gemeinsam gegen Strauß? – ein Trauerspiel!

Zwei Demonstrationen gegen Strauß wurden den Neumünsteranern am 2. 2. geboten. Ein Demonstrationszug mit 250 Teilnehmern zog unter Beteiligung von KPD/ML, vielen unorganisierten Linken, KB und eines starken Blocks türkischer Genossen aus der Innenstadt zum Kundgebungs-ort. Strauß sprach vor über 5000 Zuhörern im Rahmen seines Ausrichtungswahlkampfes. Zur gleichen Zeit führte eine aus Kreisen um die DKP initiierte Demonstration mit ca. 200 (nach Aussagen Beteiligter) durch die Innenstadt.

Zur Vorgeschichte: Ende 1979 erfuhr Spontis über verschwiegene Wege von der geplanten Strauß-Veranstaltung. Einladungen zu Gesprächen über einleitende Gegenmaßnahmen wurden an eine breite Palette antifaschistischer Personen und Organisationen geschickt, die sich 1979 an Aktivitäten am Antikriegstag und anlässlich eines HIAG-Treffens unter Federführung der VVN zusammengefunden hatten. An diesen Treffen beteiligten sich zunächst auch die ASF, Frauengruppe, Grüne, Naturfreundejugend (nfj) sowie einige Jusos, VVN, SDAJ und DKP ließen nichts von sich hören und sahen.

Mitten in den Vorbereitungen zur Demonstration erfuhr das Bündnis, daß der inzwischen schon weit bekannte Aufruf „Gemeinsam gegen Strauß – stoppt Strauß jetzt!“ in Neumünster die Runde machte. Versuchen mit der Bekanntgabe eines weiteren Treffpunktes für eine zweite Demonstration. Von diesem Unternehmen ist das bereits arbeitende Aktionsbündnis nicht unterrichtet worden.

Nachdem der spalterische Plan der DKP/SDAJ bekannt geworden war, war ein Teil der Linken verwirrt, andere flüchten auf beide Kreise. Mobilisierend hat die Spalterdemonstration und die darum entbrannte Diskussion nicht gewirkt. Im Gegenteil

Die Jusos wollten bei dem ursprünglichen Kreis wegen der KPD/ML nicht mitmachen, andere Jusos vertraten, daß es aber auch Wahnsinn sei, auf einer bewußt auf Spaltung angesetzten Demonstration mit der SDAJ zu marschieren. Die zogen bei unserer Demonstration mit. Die Naturfreundejugend teilten sich 50:50 auf, um bei beiden Demonstrationen im Sinne einer Einheit gegen Strauß, aber auch gegen jegliche Unvereinbarkeitspolitik in antifaschistischen Bündnissen einzutreten!

Ein Genosse aus Neumünster

Strauß in Lübeck-Travemünde

Am 1.2.80 sprach F.J. Strauß im Hotel „Maritim“ in Lübeck-Travemünde. Vom „Landesvater“ Stoltenberg sind mehr als 3000 Einladungen an Persönlichkeiten aus dem evangelisch-kirchlichen Raum in Schleswig-Holstein verschickt worden.

Sein Thema war „Politik aus christlicher Verantwortung – Vertrauen für die Zukunft“.

Die Einladungspraxis stieß auf „scharfen Protest“. „...22 Theologen und kirchliche Mitarbeiter aus Hamburg und Südholstein“ beanstandeten, „daß zu dem am 1.2. in Travemünde geplanten Strauß-Vortrag... 3000 Christen und andere kirchliche Amtsträger gezielt eingeladen worden seien. Es mache die Unterzeichner zornig, daß für eine solche Strategie in der Kirche hilfreiche Bündnispartner vermutet und leider wohl auch gefunden“ würden“ („Lüb. Nachrichten“, 29.1.).

Dies war nicht der einzige Protest, der sich gegen Strauß meldete. Am Freitag, dem 1.2., fand gegen 16.30 Uhr eine Demonstration mit 250 Teilnehmern durch die Lübecker Innenstadt statt, danach ging es weiter mit dem Zug oder Auto nach Travemünde. Dort waren es noch 100 Demonstranten.

Diese Demonstration wurde organisiert von der „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (LDU).

Gemeinsam gegen Strauß? noch ein Trauerspiel!

Logisch sollte es sein, daß alle Demokraten trotz unterschiedlicher Auffassungen zu einer gemeinsamen Aktion gegen Strauß kommen. So waren auch die Vorstellungen der LDU. Sie lud ein zu einem Vorbereitungstreffen. Es kamen VVN, SDAJ, Jusos, Falken, Judos (ein Mitglied),

Fortsetzung nächste Seite



Majestätsbeleidigungsprozesse — CDU total auf Strauß-Linie

Nein danke!

Noch hat der Wahlkampf nicht einmal richtig begonnen und schon beginnen Strauß und seine Helfer ihre aktiven Gegner mit Repressalien und Prozessen zu überziehen. Schon in der Vergangenheit war Strauß als Prozeßhansel bekannt. Mal paßten ihm Plakate nicht, die über seine Vergangenheit informierten; mal fühlte er sich beleidigt, wenn die Schreibweise seines Namens verändert wurde, was z.B. den Verantwortlichen des AK eine Geldstrafe von 2.700 DM kostete. Auch der DGB-Vorsitzende Vetter mußte die beträchtliche Summe von 5.400 DM hinblättern wegen einer Äußerung, die Strauß beleidigt haben soll. 20 von Strauß wegen Meinungsäußerungen angestregte Prozesse fanden wir im Zeitraum von 1975 - 78, davon mindestens 12 Verurteilungen. Dies ist vermutlich nur ein kleiner Ausschnitt von Prozessen, mit denen Strauß in der Vergangenheit die Gerichte beschäftigte. Im Hinblick auf den Wahlkampf müssen sich Strauß-Gegner offenbar darauf einstellen, Strauß auch an der juristischen Front organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Wir bringen im folgenden eine erste Übersicht über uns bekanntgewordene neuere Fälle. Auch diese Übersicht ist mit Sicherheit unvollständig. Wir bitten alle Strauß-Gegner, uns ihre Erfahrungen, Flugblätter, Zeitungsausschnitte o.ä. zukommen zu lassen.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe/ AG Antifa
zu erreichen über AK-Verlag

Zur Abstützung der entstehenden Kosten dieser Arbeit bitten wir um Spenden auf das Konto:
Spendenkonto IKAH: 1244/365300 Bank für Gemeinwirtschaft
Stichwort: „Strauß und Co“

Beispiele für das Vorgehen gegen Strauß-Gegner

Strauß ./ IG Metall

Die IG Metall wurde im Dezember '79 dazu verurteilt, auf der Titelseite ihrer Mitgliederzeitschrift „Metall“ eine Gegendarstellung von Strauß abzuzeichnen. Einmalig hieran ist nicht nur die Tatsache, daß zum ersten Mal eine Zeitung eine Gegendarstellung auf ihrer Titelseite abdrucken mußte, sondern auch der Grund dafür: Im Juli '79 war auf der Titelseite der „Metall“ auf schwarzem Grund ein Zitat aus Straußens Sonthofener Rede abgedruckt. Nicht, daß Strauß das Zitat („und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“) bestreiten wollte, er wollte es nur „vollständig“ wissen. Zwar wurde im Inneren des Heftes vollständig zitiert, aber vom Durchschnittsleser, so die Richter könne nicht erwartet werden, daß dieser den Artikel mit dem ausführlichen Zitat auch finde.

Strauß setzte folgende „Gegendarstellung“ durch: „Dieses Zitat (gemeint ist das o.a. Zitat über die „Aufräum-Aktion“, IKAH) ist unvollständig. Sie zitieren mich, ohne zugleich mitzutellen, daß der Satz im Zusammenhang mit meinen Äußerungen über den deutschen Terrorismus steht.“ Und da ist bekanntlich alles erlaubt! Die Journalisten-Union kommentierte die nachgelieferte Interpretation so: „Aus der Freiheit der Berichterstattung wird somit ein Zwang zur Hofberichterstattung.“ Und ein Kommentator von „Radio Bremen“ schöpfte Verdacht, daß Strauß unter Banditen, denen man Interpretation so: „Aus der Freiheit der Berichterstattung wird somit ein Zwang zur Hofberichterstattung.“ Und ein Kommentator von „Radio Bremen“ schöpfte Verdacht, daß Strauß unter Banditen, denen man bis zum Ende dieses Jahrhunderts das Maul stopfen müsse, durchaus und gerade den politischen Gegner gemeint habe. „Daß ein konservativer Politiker sich nach wie vor auf die bundesdeutsche Justiz verlassen kann“, stellte die Zeitschrift „Metall“ dazu fest: „Die Grundgesetzgarantie ist für Richter nicht bedroht, vor allem nicht, wenn Strauß klagt.“

Fortsetzung von Seite 8

Lübecker Initiative gegen Atonanlagen (LIGA), Volksfront gegen Reaktion und Faschismus, KB, zwei Asten, Freitagsfrauengruppe, Gesamtschulblatt und einzelne Interessierte (die Grüne Liste war nicht anwesend, obwohl sie eingeladen worden war). Zuerst ging die Diskussion um den Demonstrationsort: ob nur in Lübeck oder in Lübeck und anschließend nach Travemünde. Eine Mehrheit war dafür, daß nur in Lübeck demonstriert wird. Es wurde sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt.

Eine Woche vor dem Strauß-Besuch erfuhr dann zufällig ein Genosse, daß die DKP-nahen Kräfte (VVN, SDAJ) nicht mehr mitmachen, weil der KB, die „Volksfront“ (KPD/ML-Wahlverein) und die LIGA (I) im Bündnis seien. Deswegen waren die Jusos auch schon am Überlegen, ob sie noch dabei bleiben wollten. Aufgrund dieser Geschehnisse und der noch verbleibenden kurzen Zeit entschloß sich die LDU, allein zur Demonstration aufzurufen. Angesichts dieser Vorkommnisse war die Demonstration doch ein (kleiner) Erfolg.

Die Absage der Jusos ist bei einigen ihrer Mitglieder auf Protest gestoßen, diese nahmen dann auch an der Demonstration teil.

Ein Lübecker Metallgenosse

Strauß ./ Plakatkleber

In Bremen wird derzeit gegen zwei engagierte Strauß-Gegner ermittelt, wegen des Verdachts der Verunglimpfung eines Verfassungsorgans (§ 90 b Strafgesetzbuch). Die beiden sollen Anti-Strauß-Plakate geklebt haben. Auf diesen Plakaten wird Strauß einmal als grobschlächtiger Metzger dargestellt und auf dem anderen ist ein Foto abgebildet, wo er gemeinsam mit Pinochet und anderen Faschisten vor einem Denkmal steht (Unterschrift: Was für einen Kanzler Strauß spricht ...). Strauß wurde durch die Bremer Staatsanwaltschaft auf die Möglichkeit einer Anzeige hingewiesen und kam dieser „Bitte“ gerne nach. Strauß fühlt sich nicht nur beleidigt, sondern hält eine verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen (er ist ja schließlich noch Ministerpräsident und mithin Verfassungsorgan) für gegeben. Hier wird ein schweres Geschütz gegen Strauß-Gegner aufgeföhren, denn die Höchststrafe beträgt 5 Jahre Gefängnis, bei Beleidigung (§ 185 StGB) „nur“ zwei Jahre. Dies dürfte deutlich machen, welche Umgangsformen mit dem politischen Gegner Strauß sich vorstellt.

Strauß ./ KPD/ML

Nach der Beschlagnahme eines Flugblattes der KPD/ML durch die Polizei, auf dem die Buchstaben am Ende seines Namens in Runenform geschrieben waren, erstattete Strauß Anzeige. Er fühlte sich beleidigt und man/frau lese und staune: als Hüter der Demokratie hat er auch Anzeige wegen Verherrlichung vor am Ende seines Namens in Runenform geschrieben waren, erstattete Strauß Anzeige. Er fühlte sich beleidigt und man/frau lese und staune: als Hüter der Demokratie hat er auch Anzeige wegen Verherrlichung verbotener Zeichen erstattet.

Strauß ./ Reents-Verlag

Ebenfalls beleidigt fühlt Strauß sich durch Ansteckbuttons. So beschlagnahmte die Hamburger Justiz im Herbst '79 5.000 Buttons, die (von Unbekannt) an den Reents-Verlag adressiert waren. Auf diesen war zu lesen, „Antifaschistische Aktion - Stoppt Strauß...“, wobei statt dieser beiden Punkte SS-Runenzeichen stehen sollen. Auch in diesem Fall kam Strauß der Aufforderung der Justiz nach und stellte den notwendigen Strafantrag.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Hamburg (IKAH)



Gefeuert wegen Strauß-Plakette



Verweis wegen Strauß-Plakette

Strauß-Freunde ./ Strauß-Gegner
Aber nicht immer muß der Dr.h.c. aus dem Süden dieser Republik selber aktiv werden, er hat nicht nur Freunde, die ihn auf die oft (noch) notwendige Anzeige hinweisen, sondern auch Freunde, die dieses Handwerk in seinem Sinne allein besorgen.

— So wurde kürzlich ein Arbeiter eines Messingwerkes fristlos gekündigt, weil er einen Anti-Strauß-Aufkleber auf seinem Arbeitskittel trug. Der Direktor sah hierin eine „Störung des betrieblichen Friedens“. Trotz Rechtsschutz durch die IG-Metall entschied das Arbeitsgericht Iserlohn, daß die Kündigung rechtmäßig sei.

— Eine Münchener Schülerin wurde für eine Woche von der Schule suspendiert, weil sie sich weigerte, eine „Stoppt-Strauß“-Plakette von ihrer Kleidung zu entfernen. Begründung: Dies sei politische Werbung in der Schule und die sei von der Bayerischen Schulordnung verboten. Mittels einer einstweiligen Anordnung, erwirkt durch ihren Vater, war sie zwar nach drei Tagen wieder an der Schule. Das Gericht traf die überaus demokratische Entscheidung, die Meinungsfreiheit sei zu schützen, darum dürfe sie in Zukunft die Plakette tragen - nur dürfe sie nicht zu sehen sein!

— Auch das Landratsamt Ansbach in Bayern wollte sich als treuer Diener seines Herrn Verdienste erwerben. So hatte ein Bauer im benachbarten Aurach an seine Scheune eine Szene aus dem Grimmschen Volksmärchen „Rotkäppchen und der Wolf“ malen lassen. Der Wolf im Bette liegend, davor Rotkäppchen fragend „...warum hast Du so ein großes Maul?“ Doch statt eines tierischen Wolfskopfes ein menschlicher, genauer gesagt, das Kontorfei von F.J.S. Man wählte hierdurch den Ministerpräsidenten beleidigt und ordnete die Entfernung des Schmuckstückes an. Doch anders als sonst wurde diese Geschichte bekannt. Wohl fast jede Zeitung in Bundesdeutschland von „Morgenpost“ bis „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichte ein Foto von der kunstvoll verzierten Scheunenwand mit Hinweis auf die Anordnung des Amtes. Es entstand Öffentlichkeit, Protest und Solidarität. Das Ergebnis war: Das Bild bleibt an der Scheunenwand, und der zuständige Regierungsrat wurde versetzt. So und nicht anders muß es sein!

Nachdem Strauß seine Krawall-Auftritte in NRW und Bremen abgespült hatte und nachdem in den letzten Wochen vor Jahresende die Einschöpfung der Partei-Funktionäre und Mitglieder auf Strauß durch diverse Auftritte von ihm selbst massiv betrieben wurde, ist man in der CSU-Zentrale jetzt der Meinung, daß die CDU geschlossen hinter Strauß steht.

Strauß-Auftritte

— Am 11./12.1.1980 fand die traditionelle Klausurtagung der CSU-Landesgruppe (Bundestag) in Wildbad Kreuth statt. Zu der diejährigen Sitzung konnten sich die CSUler die Unterwerfung der CDU aus den Mündern von Kurt Biedenkopf (Organisator des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen), Walter Leisler Kiep (Spitzenkandidat der CDU-Niedersachsen) sowie Dr. Hans Rühle (Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung) anhören. Friedrich Zimmermann (Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag) konnte feststellen, „daß es in der CDU keine Vorbehalte mehr gegen den Kanzlerkandidaten gebe. Gewisse Anlaufschwierigkeiten seien jetzt überwunden“ („Frankfurter Rundschau“, 14.1.80).

— Demonstrative Geschlossenheit der CSU/CDU sollte auch der Auftritt von Strauß in Mannheim auf einer Bundeskonferenz der Sozialausschüsse der Christlichdemokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zeigen. Bei diesem ersten Auftritt vor rund 500 Betriebs- und Personalräten nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten „bekannte“ er sich „zur Einheitsgewerkschaft“, wollte aber „einen Monopolspruch einer Organisation“ (=DGB) „nie zustimmen“ („Tagesspiegel“, 13.1.80).

— Seine enge Verbundenheit mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) zeigte Strauß am 10.1.80 während einer Konferenz mit dem Bundesvorstand des CGB. Neben der Familienpolitik wurden „Energieprobleme“ im Zusammenhang mit der „Afghanistan-Krise“, sowie Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsgesetz, der Vermögensbildung, Steuerpolitik sowie den anstehenden Sozialwahlen besprochen. Stoiber hatte schon Anfang Januar das CSU-Programm auf einer Veranstaltung des CGB erläutert.

— Eine ausgesprochene Jubelfeier sollte für Strauß natürlich auch stattfinden. Dazu eignete sich der CDU-Parteitag in Hessen unter Führung von Strauß-Fan Dregger am 26./27.1.80 in Gießen vorzüglich. In Hessen hatte Strauß - schon vor seiner Nominierung - starke Hilstruppen.

1. Laut „Bayernkurier“:

„Strauß wird nicht nur auf verschiedenen Kongressen im Wahlkampf sprechen, sondern hat überdies seine Zusage für insgesamt 24 Kundgebungen gegeben, davon je 12 im Rheinland und in Westfalen-Lippe“ (Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen).

1. Laut „Bayernkurier“:

„Strauß wird nicht nur auf verschiedenen Kongressen im Wahlkampf sprechen, sondern hat überdies seine Zusage für insgesamt 24 Kundgebungen gegeben, davon je 12 im Rheinland und in Westfalen-Lippe“ (Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen).

2. Laut Auskunft des Bonner CDU/CSU-Wahlkampfbüros:

Im Rahmen des Wahlkampfes Baden-Württemberg ist Strauß am 23.2. mittags in Mannheim, nachmittags in Stuttgart 6.3.17 Uhr in Karlsruhe, 20 Uhr in Göttingen 7.3. 12 Uhr in Ludwigsburg, 14 Uhr in Stuttgart, 17 Uhr in Sigmaringen 20 Uhr in Ravensburg

Franz-Josef Strauß publiziert im MSI-Verlag

Der Bundeskanzlerkandidat und bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß schrieb 1969 sein „Programm zur politischen Neuordnung Europas“, das dann 1970 im Stuttgarter Seewald-Verlag erschien.

Dieser Text deckt sich über weite Strecken mit den politischen Leitlinien der CSU, die sich inzwischen auch in der CDU durchgesetzt haben, wie die Kandidatur beweist. Die „Frankfurter Rundschau“ das KB-Organ „Arbeiterkampf“ und andere Zeitschriften meldeten vor einiger Zeit, daß dieser Text nun auch in einem weit-rechts stehenden italienischen Verlag herausgekommen sei. Nähere Einzelheiten erfuhr man dazu kaum. Inzwischen wissen wir, daß er bei Giovanni Volpe, Via Mercati 51, I - 10197 Roma, erschienen ist.

Gioacchino Volpe, Mussolinis Hofhistoriker und Vater des ehrenwerten MSI-Verlegers, ist gleich mit drei historischen Texten in dem goldbraunen „Katalog Generale“ vertreten. Besonders angepriesen wird einige Seiten weiter die „Storia e documenti sul Fascismo“, eine mehrbändige Abhandlung über das theoretische Selbstverständnis des italienischen Korporatismus, der seit einiger Zeit von Gruppen der „neuen Rechten“ - wie den grünen Aktivisten der „Solidaristischen Volksbewegung“ (SVB) so offensiv vertreten wird. Im gleichen Prospekt finden

Zur Eröffnung der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) in Garmisch-Partenkirchen hielt Strauß eine Begrüßungsrede.

— In der reaktionären katholischen „Deutschen Tagespost“ erschien am 25./26.1.80 eine etwa viertelseitige Anzeige: „Aufakt '80, Bürger für und mit Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß“. Unterzeichner sind: Initiative „Bürger für Strauß“, „Aktion ‚Freiheit durch Strauß‘“, Vorkapitalist, Arbeitnehmer, Gewerkschafter und Unternehmer für F.J.S. koordiniert durch die Bundesvorstandsleitung der Bundesbürgerinitiative Oktober 1980“.

„Sicherheits-“ und Außenpolitik im Wahlkampf

Für die CSU/CDU-Wahlkampfstrategie kam die „Afghanistan-Krise“ offenbar sehr gelegen. Am 2. Januar sprach Strauß von der „größten Herausforderung sein 1945“ - „Der Westen müsse seine weitgehend verlorene politische Führungskraft zurückgewinnen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 3.1.80).

Auf dem „Sicherheitspolitischen Kongreß“ der CDU am 11./12.80, der mit einer Protestkundgebung der JU gegen das sowjetische Vorgehen in Afghanistan begann, wurde ein Konzept dafür entworfen: Der Militär-Experte der CDU, Wörner, „plädierte dafür, die Aufgaben der Nato auf die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung Europas auszuweiten und die Beziehungen zu China auszubauen“ („FAZ“, 12.1.80). Dregger sprach sich für die Schaffung einer „europäischen Armee“ aus (übrigens auch eine Forderung von Habsburgs Paneuropa-Union) und forderte: „zur Ausbalancierung der sowjetischen Flottenpolitik müsse Europa im Bereich des Indischen Ozeans und des Südatlantiks mitwirken und Aufgaben übernehmen“ (ebenda).

Wahlpolitisch wurden diese Vorstellungen dadurch gewendet, daß Wörner Schmidt mitverantwortlich für das sowjetische Eingreifen in Afghanistan machte, weil dieser „die früheren sowjetischen Eroberungen verharmlost“ hätte.

Während der Bundestagsdebatte am 18.1. stieß Jürgen Todenhöfer (CDU) anlässlich einer CSU/CDU-Anfrage über das Verhältnis der BRD zu Afrika weiter in diese Kerbe. Er unterstützte die von Wörner geforderte Ausdehnung der Nato-Kompetenzen und verlangte „ausdrücklich gezielte Hilfe für unsere Freunde“ („Süddeutsche Zeitung“, 19.1.80).

Antifa-Kommission Hamburg

1. Laut „Bayernkurier“:
„Strauß wird nicht nur auf verschiedenen Kongressen im Wahlkampf sprechen, sondern hat überdies seine Zusage für insgesamt 24 Kundgebungen gegeben, davon je 12 im Rheinland und in Westfalen-Lippe“ (Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen).

1. Laut „Bayernkurier“:
„Strauß wird nicht nur auf verschiedenen Kongressen im Wahlkampf sprechen, sondern hat überdies seine Zusage für insgesamt 24 Kundgebungen gegeben, davon je 12 im Rheinland und in Westfalen-Lippe“ (Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen).

2. Laut Auskunft des Bonner CDU/CSU-Wahlkampfbüros:
Im Rahmen des Wahlkampfes Baden-Württemberg ist Strauß am 23.2. mittags in Mannheim, nachmittags in Stuttgart 6.3.17 Uhr in Karlsruhe, 20 Uhr in Göttingen 7.3. 12 Uhr in Ludwigsburg, 14 Uhr in Stuttgart, 17 Uhr in Sigmaringen 20 Uhr in Ravensburg

sich aber auch Texte von Gentile und Evola, die selbst innerhalb des MSI wegen ihres massiven Antisemitismus sehr umstritten sind. Der MSI war zwar immer rassistisch, aber im Gegensatz zur NSDAP nicht antisemitisch. Selbstverständlich sind dann noch der ehemalige faschistische Außenminister de Stefani, der berühmte Abessinien-General Graziani, andere Parteifunktionäre wie Benedetti, A.J.Gregor und L.Montini neben französischen OAS-Leuten wie Maurice Bardeche, M.Rocca, deutsche Rechtskonservative wie der „Nationalrevolutionär“ Ernst Jünger sowie R. Hildebrandt, Klaus Mehnert und Gerd-Klaus Kaltenbrunner in dem Verlagsangebot vertreten.

Für Anti-Strauß-Komitees und Antifa-Arbeitskreise ist dieser Katalog eine wahre Fundgrube. Er erleichtert die juristische Auseinandersetzung mit Strauß und dessen Gefolgsleuten. Daß dessen programmatische Schrift ausgerechnet in einem Verlag der italienischen Neofaschisten erschien, ist natürlich sehr bezeichnend. Wir überlassen es dem geeigneten Leser, selber einzuschätzen, wie weit rechts dieser Politiker einzuordnen ist. Ob sich noch liberale Medien finden, die diese Information aufnehmen?

Jan Peters

Vergewaltigung

- eine alltägliche Unterdrückung für Frauen



In der BRD werden jährlich etwa 7.000 Vergewaltigungen angezeigt. Nach offiziellen Schätzungen ist die tatsächliche Zahl aber fünfmal so hoch. Außerdem führen längst nicht alle Anzeigen zur Anklage und 34 % der Angeklagten werden nicht verurteilt, so daß schließlich nur ein Zehntel der Anzeigen zur Verurteilung führt. Berücksichtigen wir zudem die offiziell geschätzte Dunkelziffer, so werden nur etwa 2 % der Vergewaltigungen überhaupt verurteilt. Vergewaltiger führen also ein recht sicheres Leben.

Seit ca. 1975 beschäftigen sich in der BRD Frauengruppen mit dem Thema Vergewaltigung, geben Broschüren und Bücher heraus und demonstrieren gegen Gewalt an Frauen.

Große Teile der Linken und insbesondere linke Männer haben sich mit dem Thema bisher noch sehr selten auseinandergesetzt. Auch die noch anhaltende Diskussion um die Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte zeigt, daß das Bewußtsein über die Bedeutung von Vergewaltigung stark unterentwickelt ist.

So wurden Frauen, die im Sommer 1979 bekanntgemacht hatten, daß der Westberliner linke Rechtsanwalt Becker einen vergewaltigenden Zuhälter verteidigte, wegen ihrer Protestaktion

werden, je länger sie unbehandelt bleiben. Vor diesem Hintergrund bekommt die Tatsache, daß viele vergewaltigte Frauen erst nach Jahren über ihr schreckliches Erlebnis berichten, ein erschreckendes Gewicht. Von 84 vergewaltigten Frauen, die im „Rape Crisis Center“ anriefen, taten 20 % es erst nach einem Jahr oder mehr!

Aus Interviews mit 13 Vergewaltigungsopfern wurden bei allen betroffenen Frauen ähnliche Probleme deutlich: Unmittelbar nach der Tat leiden die Frauen unter Schock, Schrecken, emotionalem Zusammenbruch und Angst. Danach versuchen sie eine rein äußerliche Überwindung des Geschehens und eine Anpassung an das Alltagsleben. Während der dritten Phase macht die Frau Depressionen durch und verspürt das Bedürfnis, sich mitzuteilen, denn „das Opfer muß zu einer realistischen Einschätzung seiner Mittäterschaft gelangen (d.h. seine unbegründeten Schuldgefühle überwinden) und sich von einem anfänglichen Gefühl dem Täter gegenüber

auch Carol die Folgen einer Vergewaltigung nicht erspart. Sie sagte dazu selber: „Vor jenem Abend mochte ich jeden, und alles war schön. Jetzt bin ich von tiefergehenden Freundschaften abgeschnitten. Ich kann meine Gefühle nicht ausdrücken. Sie sind in mir, aber ich traue niemandem mehr. Jemand, der mich sehr mochte, sagte, du hast jetzt keine Gefühle mehr, du bist wie ein Stein.“ („Guardian“, 28.6.77).

Und aus dem Comeback, das die Schlagersängerin Connie Francis erfolgreich begonnen hatte, wurde,

- Vergewaltiger sind kranke Trieb-täter;
- Vergewaltigungen passieren nachts im Park, wo der Täter das ihm unbekannte Opfer plötzlich überfällt;
- für die Frau ist eine Vergewaltigung lustvoll;
- eine Frau, die nicht will, kann nicht vergewaltigt werden;
- die Frau hat die Vergewaltigung provoziert, durch ihr Äußeres, durch ihr Verhalten;
- ihre Anzeige ist eine falsche Anschuldigung (glaubt ca. jeder zweite Bürger, lt. „Hamburger Morgenpost“, 8.5.79), und zwar „weil die Frauen sich an einem Mann rächen wollen“ (39 %); „weil sie fürchten, ihrem Mann oder Freund unerlaubte sexuelle Beziehungen eingestehen zu müssen“ (45 %); „weil sie sich wichtig machen wollen“ (31 %); „weil sie fürchten, schwanger zu sein“ (39 %).

herrschafts- und Unterstellungsinstinkt steckt aber etwas von einem männlichen Sieg und einer weiblichen Unterwerfung. Der Mann freut sich besonders, wenn er einen weiblichen Widerstand überwunden hat, die Frau besonders, wenn sie sich der männlichen Stärke fügen mußte. Das sind Neigungen, die sicherlich aus den Liebeskampfinstinkten stammen. (...) Hat sich der Urinstinkt des Liebeskampfes bei einem Menschen erhalten, so daß er auch noch seine alte Gefühlskraft besitzt, dann kann er in seiner spezifischen Art hervortreten und zu charakteristischen Anomalien (Abweichungen, Anm. AK) des Sexualverhaltens führen. Es macht sich jetzt eine ungewöhnliche sexuelle Lust zu einer kämpferischen Auseinandersetzung mit dem Partner bemerkbar. Beim Mann kann diese Neigung gefährliche Wirkungen haben und Verbrechen im Sinne der Notzucht erzeugen, indem die Wollust, die in einem Kampf mit der Frau, die sich wehrt,



in „TAZ“-Leserbriefen massiv angegriffen. Wir möchten die Auseinandersetzung zum Anlaß nehmen, noch einmal grundsätzlich zum Problem Vergewaltigung Stellung zu nehmen und einige für Diskussionen über diese wohl brutalste Form der Unterdrückung der Frau notwendigen Fakten darzustellen.

Im wesentlichen stützen wir uns dabei auf eine Arbeit von Rolf Butzmühlen, dessen Buch „Vergewaltigung“ (2. Auflage 1978) in keinem Bücherregal einer/s Linken fehlen und dort auch nicht ungelesen stehen sollte.

Die Folgen bei den Frauen

Die erste Reaktion vieler Frauen nach einer Vergewaltigung besteht darin, den ganzen Vorfall vor sich selbst zu vertuschen, zu vergessen, zu verdrängen. Sie sprechen nicht darüber und auch nicht über Gefühle, Gedanken



und Ängste, die in der Folgezeit entstehen. Dazu sagen Frauen des Londoner „Rape Crises Center“ (der ersten Notruf- und Beratungsgruppe für vergewaltigte Frauen in Westeuropa) in ihrem „Ersten Bericht“ (März 1977): „Es ist unsere Erfahrung, und die anderer Zentren ebenfalls, daß Probleme, die sich aus einer Vergewaltigung ergeben, immer schlimmer

Selbstmord scheint für einige Frauen der einzige Ausweg aus der erlittenen Erniedrigung und Verletzung. Sandra Borges fand bei ihren Interviews mit Frauen, deren Selbstmordversuch verhindert werden konnte, einen Zusammenhang zwischen Selbstmordversuch und früherer Vergewaltigung: „Einige der interviewten Frauen gaben an, daß ihre Vergewaltigung zu einer niedrigen Selbstachtung, einer damit einhergehenden Unfähigkeit, eine normale heterosexuelle Beziehung einzugehen, und letztlich zu selbstmörderischem Verhalten führt“ (Borges und Weis, in: Butzmühlen, S. 37). Ein erhöhtes Trauma stellten Borges und Weis fest, wenn zwischen Täter und Opfer vorher eine emotionale Beziehung bestand.

Aus einer Bostoner Untersuchung zitieren Frauen aus Bielefeld in ihrer Broschüre „Vergewaltigung“: „Erste Phase unmittelbar nach der Tat: Die Opfer verkriechen sich, sprechen kaum; weinen, wenn der Ehemann, der Vater oder Mutter sie berührt. Sie träumen vom Verbrecher, schlafen schlecht und essen wenig, Unterleib und Kopf schmerzen. Sie können nicht still sitzen, dann wieder scheinen sie überhaupt nichts um sich herum wahrzunehmen. Die zweite Phase nach etwa drei Wochen: Die Frauen wollen das Geschehene mit aller Macht abschütteln und fliehen in aufgeregte Betriebsamkeit; sie möchten verreisen oder woanders hinziehen, nörgeln an Mann und Kindern herum, sie kaufen sich neue Unterwäsche und Kleider oder essen wie wild. Die dritte Phase, die oft ein Leben lang dauern kann: Die Alpträume kehren wieder, der Haß gegen Männer wächst; viele Ehen zerbrechen daran; es wird überhaupt für diese Frauen sehr schwierig, wieder Beziehungen mit Männern aufzubauen.“

In England wurde die damals 17jährige Carol Maggs von einem Arme-Angehörigen brutal vergewaltigt. Als es im Sommer 1977 „mit Rücksicht auf die Karriere“ des Angeklagten zum Freispruch kam, ging Carol Maggs protestierend an die Öffentlichkeit und informierte die Zeitungen. Ihre Familie ist stolz, daß sie den Mut dazu hatte. Diese Haltung ist leider eine Ausnahme. Trotzdem bleiben

nachdem sie vergewaltigt worden war, auch nichts. Nach Einschätzung ihres Psychiaters ist es ihr unmöglich, in den nächsten zehn Jahren ihre Karriere wieder aufzunehmen („Bild“, 24.2.77). Der Unterschied zwischen Connie Francis und der Durchschnittsfrau ist nur, daß es bei der Schlagersängerin halt auffällt, wenn sie sich verkriecht.

In einem Vergewaltigungsprozeß, der in Hamburg Ende November 1979 stattfand, wurde bekannt, daß die betroffene Frau noch Wochen nach der Tat häufiger nachts aufschreckte und in panischer Angst aus dem Haus lief. Sie befand sich zur Zeit des Prozesses (ein halbes Jahr nach der Vergewaltigung) in psychiatrischer Behandlung.

Umfassende Untersuchungen zu diesem Thema gibt es bisher jedoch nicht. Frauen sind eben Opfer...

Vorurteile über Vergewaltigung und ihre „wissenschaftliche“ Rechtfertigung

Die über Vergewaltigung herrschenden Vorstellungen sind schnell aufgezählt:

Die beiden ersten Vorurteile gehen von einem biologisch begründeten und unveränderbaren Triebmodell der beiden Geschlechter aus. Mediziner, Psychiater, Verhaltensforscher und Juristen kleiden ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der Ideologie vom aktiven Mann und der passiven Frau in wissenschaftliche Abhandlungen:

So formulierte K. Leonhard 1964: „Vielleicht neigt mancher dazu, die Gleichberechtigung der Frau bis zu einer Gleichheit im sexuellen Verhalten ausdehnen zu wollen: Er hätte damit sicher ganz unrecht. Mag die Frau sonst ebenso sicher im Leben stehen wie der Mann und alle Rechte mit ihm gemeinsam haben, ihre Neigung zur Passivität im Sexuellen wird dadurch nicht beseitigt. (...) Bei den biologisch so verschiedenen Aufgaben, welche Frau und Mann haben, wäre es ja wohl auch ein Widersinn, wenn sie biologisch die gleichen Neigungen besäßen. (...) Daher kann man der Frau die sexuellen »Unterstellungsinstinkte« auch nicht abgewöhnen oder ab-erziehen.“ Und zur Erklärung von Vergewaltigungen heißt es: „Im Be-

entsteht, so ansteigt, daß die Schranken des Erlaubten eingerissen werden“.

Aus derartigen Ideologien können Männer geradezu das Recht auf Vergewaltigung für sich ableiten; im Grunde beweist sich in der Vergewaltigung erst der richtige Mann, der „noch seine alte Gefühlskraft besitzt“.

Für den faschistoiden Anthropologen W. Schlegel (1966) ist der Grad der Willensfreiheit abhängig vom Geschlecht und dem „konstitutionsbiologischen Typus“ (etwa: Körperbau, Anm. AK). „Frauen sind im Hinblick auf ihre natürliche Passivität während des sexuellen Vollzuges selbst weniger der Instinktsteuerung unterworfen als Männer“. D.h.: Männer können nicht für ihre sexuellen Handlungen, sie sind instinktiv, nicht willensgesteuert.

So muß Schlegel auch zu dem Schluß kommen, daß Vergewaltigung ein, wenn auch sozial unerwünschtes, instinktgesteuertes (und damit unvermeidbares) Verhalten ist. Ein weiterer Grund für Vergewaltigung ist nach seiner Meinung ein unnötiger „Trieb-



stau". Die Triebstau-Theorie ist nur denkbar auf der Grundlage der Vorstellung von der Frau als Sexualobjekt. Bleibt noch zu sagen, daß Schlegel 1970 wegen seiner menschenverachtenden „Konstitutionslehre“ (Wert, Intelligenz und Charakterstärke des Menschen bemessen sich nach Größen wie Handumfang, Schädel- und Beckenformen) — von Hamburger Biologiestudent/innen von der Universität gejagt wurde!

Unfug wie der von Schlegel ist allerdings allerorten zu hören und wurde auch und gerade von Juristen übernommen: Schulz (1958) erklärt Vergewaltigung durch einen männlichen Sexualtrieb, der aus verschiedenen Gründen (Geistesschwäche, Pubertät, übermäßige Stärke, Kriegs- und Nachkriegserlebnisse, Alkohol) nicht im Zaum gehalten werden könne und sich durch Auslösung des Aggressionstriebes seine Befriedigung explosionsartig und gewaltsam verschaffe.

Lutz Keupp (1971) sieht in der biologisch bedingten Kopplung von Sexualität und Aggressivität beim Mann (im Gegensatz zur Frau) und der ihm angeborenen leichten sexuellen Erregbarkeit durch den Anblick von Frauen die Grundlage für Gewaltkriminalität im sexuellen Bereich.

Daß die herrschenden Verhältnisse zwischen Mann und Frau in unserer Gesellschaft alles andere als „natürlich“ sind, beweisen zahlreiche ethnologische Untersuchungen anderer (sog. „primitiver“) Völker: So sind z.B. bei den Truk- und Trobriant-Insulanern im Südwesten der USA „beide Partner im gleichen Maß aggressiv und lebhaft; eine passive Frau betrachtet man als uninteressant und nicht begehrenswert“ (Ford und Beach, 1968, in: Butzmühlen, S. 27).

Entsprechend gibt es auch Gesellschaften, in denen es keine Vergewaltigung gibt und die dementsprechend keinen Begriff davon haben. So berichtet M. Mead von den Arapesh: „Die Arapesh kennen keine Vergewaltigung; sie wissen lediglich, daß es bei den südöstlich von ihnen bewohnten Gugu etwas so Unerfreuliches gibt. (...) Ihre Auffassung von der männlichen Natur läßt keinen Raum für Vergewaltigung“ (M. Mead, 1970, in Butzmühlen, S. 27).

Opas Triebtäter ist tot

Die weitverbreitete Ansicht, Vergewaltiger seien psychisch krank, widerlegte Amir (1971) durch eine Untersuchung von 646 Vergewaltigungsfällen in Philadelphia: „Sexualtäter bilden keinen einzigartigen klinischen oder psychopathologischen Typ“. Laut Kanin (1967) geben 25 % von 341 befragten Studenten zu, während ihrer Studienzeit mindestens einmal mit Gewalt versucht zu haben, die Einwilligung zum Geschlechtsverkehr zu erzwingen (vgl. Butzmühlen, S. 40) — Alles Triebtäter?

Der Bewährungshelfer Alan Taylor, der mit Vergewaltigern in dem Gefängnis von St. Louis (USA) gearbeitet hat, schreibt: „Jene Männer waren die normalsten Männer unter den Gefangenen. Sie hatten eine Menge Fehler, aber das waren dieselben Fehler, die Männer haben, die draußen herumlaufen“ (Broschüre der Bielefelder Frauen).

Peter Volk, Universität Freiburg, kommt laut „TAZ“ vom 30.10.79 zu der Feststellung: „Unter den Tätern waren auffallend viele mit einem ausgeprägten traditionellen Frauenbild, die angaben, sie hätten geglaubt, das »Zieler« der Frau sei letztlich nur vorgetäuscht und könne mit Gewalt gebrochen werden. Solange die Vergewaltigung innerhalb der Ehe traditionell als erlaubt gilt und nach einer Allensbacher Umfrage 14 % aller verheirateten Frauen schon einmal eine Vergewaltigung in der Ehe erlebt haben, kann die kriminelle Vergewaltigung im Sinne des § 177 StGB als die Spitze eines Eisbergs aufgefaßt werden“.

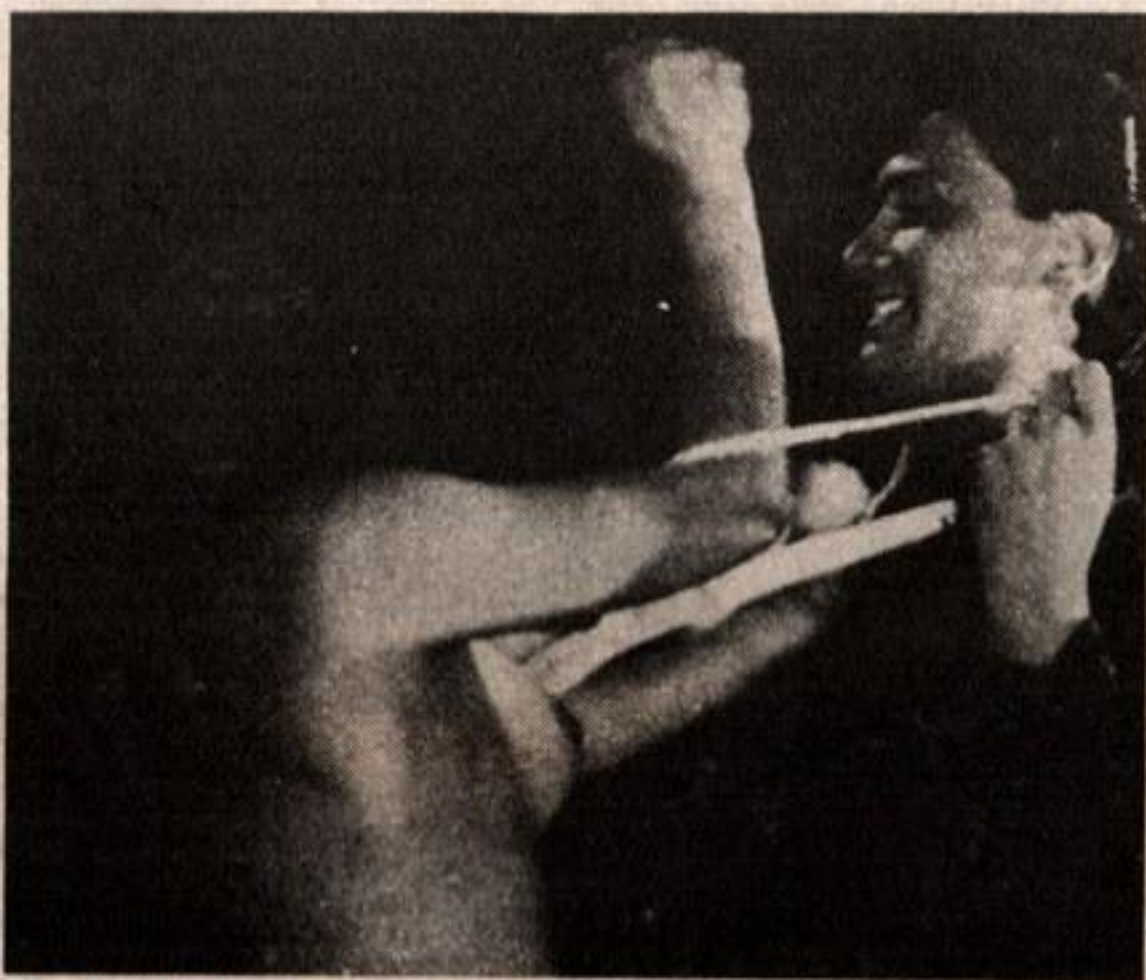
So wenig wie der Vergewaltiger also ein bedauernswerter kranker Triebtäter ist, so selten sind auch die Fälle von „Explosivhandlungen“ bei diesem Verbrechen. Es „überkommt“ ihn nicht, der Vergewaltiger plant (laut Amir in 70 % der von ihm untersuchten Fälle). Der Täter wurde arrangiert, eine sorgfältige Verführungstaktik ausgetüftelt, das Opfer sorgfältig ausgewählt. Noch 11 % der Fälle waren teilweise geplant.

In ihrem ersten Bericht geben die Frauen des „Rape Crisis Center“ auf der Basis von 72 Fällen folgende Prozentsätze an: Knapp 64 % waren geplant, weitere 24 % teilweise. Nicht geplant waren knapp 3 %. Volk stellte bei 102 untersuchten Fällen 82 geplante Vergewaltigungen fest: „Zum Teil war die Tat lange vor der Ausführung bis ins Detail in der Vorstellung des

Täters vorhanden, die Tat kann somit als eine Umsetzung der Phantasiewelt in die Realität gesehen werden“ (nach „TAZ“, 30.10.79).

Während die Berichterstattung in der Presse den Eindruck vermittelt, Vergewaltigung passiere meist draußen im Dunkeln, und Opfer und Täter seien einander völlig unbekannt, so machen selbst bei den angezeigten Vergewaltigungen laut Butzmühlen (S. 41) Bekannte, Nachbarn, Freunde und Verwandte fast die Hälfte aller Täter aus. Volk ermittelte sogar einen prozentualen Anteil von 70 %. Gerade in diesem Bereich ist außerdem eine verhältnismäßig hohe Dunkelziffer anzunehmen, da die Angst und Scheu, jemanden aus dem Bekanntenkreis anzuzeigen, für vergewaltigte Frauen noch viel größer ist, als wenn der Täter unbekannt ist.

Aus einer Befragung von College-Studentinnen geht hervor, daß 56 % der befragten 291 Studentinnen mindestens einmal Ziel sexueller Tätlichkeiten bei einer Verabredung während eines akademischen Jahres gewesen waren. Insgesamt waren es 1.022 Vorfälle. Alle befragten Studentinnen kannten den Täter; über die Hälfte aller Tätlichkeiten wurde von einem guten Freund oder dem Verlobten begangen. Keine einzige Studentin stellte Strafanzeige! (Kanin u. Krikpatrick, 1957, in Butzmühlen, S. 41). Daraus ergibt sich, daß der dunkle Waldweg nicht der typische Tatort einer Vergewaltigung ist, sondern das vertraute (eigene) Bett oder (in 15 %) das Auto.



Eine Vergewaltigung ist keine „Vergewaltigung“!

Eine Vergewaltigung ist keine „Vergewaltigung“!

Die Koppelung sexueller Lust an Schmerz und Leid ist nach Helene Deutsch charakteristisches Merkmal der Frau. Den praktischen Beweis, z.B. mit Hilfe von Befragungen, will sie dafür nicht antreten, denn „aus dieser bewußten Abkehr vom Schmerz (H.D. meint, daß die Frauen nicht sagen, daß sie Schmerz als lustvoll empfinden) können wir schließen, daß der Wunsch danach — wenn er wirklich besteht — unbewußt ist, und daß die Frau selbst ihm widerstrebt“ (H. Deutsch, 1959, in: Butzmühlen, Seite 30).

Kate Millett sagte dazu 1974: „Es ist überaus klug, Masochismus und Leiden als spezifisch weiblich zu beschreiben. Dies drückt nicht nur die männliche Einstellung gegenüber weiblichen Funktionen aus (sie sind schmerzhaft, erniedrigend usw.), es rechtfertigt auch jede vorstellbare Dominierung oder Demütigung, die der Frau damit als »natürlich« auferlegt werden kann. Denkt man diesen Gedanken logisch zu Ende, dann ist schlechte Behandlung für Frauen nicht nur gut, sondern genau das, was sie wollen (...). Man könnte keine bessere Rechtfertigung dafür finden, ein Opfer weiterhin zu quälen (...). Aufgrund dieser Theorie eines angeborenen weiblichen Masochismus findet beinahe jede Grausamkeit gegen Frauen eine Entschuldigung“.

Als Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, Frauen würden Vergewaltigungen genießen, werden „Vergewaltigungsträume“ von Frauen ins Feld geführt... Kinsey ermittelte in einer Untersuchung bei einer Gesamtzahl von 7.789 befragten Frauen nur 0,7 Prozent, die jemals Vergewaltigungsträume gehabt hatten (vgl. Butzmühlen, Seite 32).

Duhm (1972) indessen behauptet sogar, Frauen empfänden während einer Vergewaltigung ganz unerwartet große Lust und kämen oft sogar zum Orgasmus. Er nennt aber keine entsprechenden Umfrageergebnisse. Die Empörung von Frauen gegen Vergewaltigung erklärt er zum geheimen Abwehrkampf gegen ihre Wünsche.

Sie hat sich wohl nicht richtig gewehrt?

Daß eine Vergewaltigung gegen den Willen der Frau nicht passieren könne, ist ein weit verbreitetes Märchen. Diese Behauptung läßt außer Acht, daß Frauen es in der Regel nicht gelernt haben, ihre Körperkräfte zu entwickeln und realistisch einzuschätzen. Im Gegenteil, aggressives Verhalten, womöglich noch im Zusammenhang mit körperlicher Gewalt, wird Frauen systematisch abgerzogen.

Es ist unbedingt notwendig, das öffentliche Bewußtsein über sexuelle Gewalt gegen Frauen und in Beziehungen zwischen Männern und Frauen mit in die Überlegungen einzubeziehen, wenn wir uns über die Bedingungen der Gegenwehr Gedanken machen. Dazu Butzmühlen (Seite 80): „Nur unter gesellschaftlichen Verhältnissen, wo der Frau allgemein verwehrt wird, als Subjekt mit sexuellen Bedürfnissen zu handeln, ist es möglich, daß die Grenzen zwischen erlaubter und verbotener Sexualität, zwischen Sexualität mit und Sexualität ohne Zustimmung der Frau, zwischen Verführung und Vergewaltigung also, verschwimmen. Vergewaltigung und Verführung unterscheiden sich lediglich quantitativ, sie beinhalten verschiedene Grade der Objektivierung der Frau. Das offensichtlichste Kennzeichen einer Vergewaltigung ist die Gewalt des Täters und der Widerstand des Opfers. Aufgrund der von der

Frau geforderten sexuellen Passivität und Zurückhaltung und der vom Mann geforderten Initiative und Aktivität sind männliche Gewalt und weiblicher Widerstand bereits Elemente der normalen heterosexuellen Beziehung; denn es kann ja nur zum Geschlechtsverkehr kommen, wenn es dem Mann gelingt, den Widerstand der Frau zu brechen. Um sich eindeutig von einer Verführung zu unterscheiden, muß der Grad der angewandten Gewalt und des geleisteten Widerstands relativ hoch sein. Das trifft aber nur für einen Teil der Vergewaltigungen zu“.

„Das Opfer ist — bedingt durch seine Angst, die Aussichtslosigkeit der Situation oder die Fehleinschätzung der drohenden Gefahr — oft nicht zu überdurchschnittlicher Gegenwehr fähig. Konnte der Täter sie ohne brutale Gewalt einschüchtern, unterscheidet sich der Tathergang für den späteren Begutachter nicht sichtbar von einer Verführung. Der Übergang von einer vermeintlichen Verführung zur Vergewaltigung, der sich folgendermaßen beschreiben läßt, liefert nicht unbedingt Beweismaterial: „Der Stil der sexuellen Begegnung ändert sich: aus Überredung wird Zwang, was deutlich durch verbale und nicht-verbale Botschaften übermittelt wird. Der schmeichelnde Tonfall wird bitter, anklagend und drohend oder weicht einem unpersönlichen Schweigen. Während er sie bei seinem Verführungsversuch noch als Person, deren Wünsche man achtet, behandelt, wird sie nun vollkommen zum Objekt, ihre Wünsche sind für ihn belanglos. Er verfolgt nicht mehr das Ziel, ihre Teilnahme an einer angenehmen Handlung zur sexuellen Befriedigung zu gewinnen, jetzt will er sie demütigen und erniedrigen, seine Überlegenheit beweisen und gegebenenfalls sich Vergeltung verschaffen und ihr Schmerz zufügen“ (Borges und Weis, Butzmühlen, Seite 81f.).

Diese Beschreibung macht deutlich, warum Vergewaltigung oft gar nicht als solche zählt, ist es doch allgemein anerkannt, daß nach den sexuellen Wünschen der Frau nicht großartig gefragt zu werden braucht. Bei einem derartigen Verständnis von Sexualität können die Beschwerden

der Frau leicht als subjektiver Eindruck oder nachträglich konstruierter Vorwurf abgetan werden. Auch in klareren Situationen ist die Frau nur schlecht auf Gegenwehr vorbereitet. „Frauen sollen sich auch nicht unbedingt gegen sexuelle Angriffe wehren. Frauen sollen sich unterwürfig verhalten. Werden sie auf offener Straße belästigt, bleiben Frauen meist passiv und versuchen, der Situation zu entkommen. Daß Männer Frauen, die an ihnen vorbeigehen, nachpfeifen, Unverschämtes und Beleidigendes zurufen oder sie unsittlich berühren, gehört bereits zum alltäglichen Geschehen. Reagieren Frauen auf diese Art von Belästigung, indem sie die Männer anbrüllen oder (z.B. mit ihrer Tasche, einem Schirm oder ähnlichem) schlagen, riskieren sie, sich bei den Passanten lächerlich zu machen; Frauen sollen keine „Szene“ machen, vor allem nicht in der Öffentlichkeit. (...) Bleiben die Frauen passiv, geraten sie in ein Dilemma. Ihr fehlender Protest mag als Zustimmung zu seiner „Einladung“ erscheinen. Die Situation kann daher als sexuelles Vorspiel definiert werden. Daß die Belästigung eher ein „Vorspiel“ zu einer Vergewaltigung ist, wird dadurch verschleiern.“

Wenn es sich bei dem Angreifer um einen Mann handelt, den sie gut kennt (Verwandter, Bekannter, Freund oder Nachbar), ist sie in einer besonders verwundbaren Position. Die Frau lernt sehr früh, daß von Männern Gefahr ausgeht. Sie wird vor dem „bösen Onkel“ gewarnt, ohne zunächst zu wissen, worin die Gefahr besteht. Später wird ihr dann der Vergewaltiger als fremder Mann, der seine Opfer an einsamen Orten überfällt, beschrieben. Sie lernt, bei den Männern, die sie kennt, Schutz zu suchen. Zu ihnen hat sie Vertrauen. Ein sexueller Angriff von einem Vertrauten kommt für die Frau daher völlig überraschend. Aufgrund ihrer Beziehung zu diesem Mann erscheint es ihr abwegig, die Situation als Vergewaltigung anzusehen (und sie hat berechtigterweise Angst vor einem falschen Verdacht, Anm.AK). Jede andere Definition erscheint ihr plausibler. Es wird eine zeitlang dauern, bis die Frau zu einer realistischeren Einschätzung der Situation kommt. Sie muß ja nicht nur die Situation neu interpretieren, sondern die gesamte Beziehung infrage stellen. Sie wird seine tatsächlichen Motive lange leugnen. Ihre Reaktion auf seinen Angriff verzögert sich dadurch. Diese Verzögerung ist für den Mann von Vorteil. Bis die Frau sich darüber im klaren ist, daß sie sich in Gefahr befindet, mag es zu spät sein, sich zu wehren, zu fliehen oder um Hilfe zu rufen. Sie mag sich überhaupt davor scheuen, um Hilfe zu rufen, weil es ihr peinlich

zu fliehen oder um Hilfe zu rufen. Sie mag sich überhaupt davor scheuen, um Hilfe zu rufen, weil es ihr peinlich ist, vor einer dritten Person in einer intim erscheinenden Situation gesehen zu werden. (...).

Indem sie der stereotypen Vorstellung von Vergewaltigung aufsitzt, erkennt sie die drohende Gefahr oft zu spät. Die Verinnerlichung dieses Stereotyps mag sogar so weit gehen, daß sie selbst nach der Tat Schwierigkeiten hat, die Situation als Vergewaltigung zu begreifen“.

Aber selbst ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen sehen sich die Vergewaltigungsopfer oft einer aussichtslosen Situation gegenüber:

Bei den von Amir untersuchten 646 Vergewaltigungsfällen wurden 43% von zwei oder mehr Tätern begangen und die Frauen wurden in der Regel mehrmals hintereinander vergewaltigt. Bei diesen Fällen waren 85% der Opfer physischer Gewalt ausgesetzt, 57% massiver Gewalt (Ohrfeigen, Fausthiebe, Fußtritte, Würge); bei 87% wurden zumindest nichtphysische Gewalt (Zwang, Einschüchterung, Drohung mit einer Waffe) angewandt. 55% der Frauen unterwarfen sich laut dieser Untersuchung widerstandslos, 26% schrien um Hilfe oder versuchten zu entkommen, 18% wehrten sich. Angesichts dieser Zahlen ist die Behauptung, Frauen würden nicht vergewaltigt, wenn sie sich nur genug wehren, andernfalls hätten sie's im Grunde eben doch gewollt, blanker Hohn.

Wir wollen mit der Veröffentlichung dieser Zahlen aber auch nicht den Eindruck vermitteln, Widerstand wäre ohnehin zwecklos angesichts einer angeblich großen Übermacht des Mannes. Vergewaltigungen versuchen, also Fälle, wo sich die Frauen erfolgreich gewehrt haben, kommen noch viel weniger zur Anzeige und sind von daher für Untersuchungen viel schwerer zugänglich.

Die Frauen sind selber schuld?

Die Vergewaltigung selbst provoziert zu haben, ist ein Vorwurf, der gegen die betroffenen Frauen sehr häufig erhoben wird. Anfangs hat sie ihm „Hoffnungen“ gemacht, dann wollte sie auf einmal nicht mehr und aus

Enttäuschung hat er sich dann über ihren Widerstand hinweggesetzt.

Ist der Geschlechtstrieb beim Mann einmal in Gang gesetzt, läßt er sich eben nicht mehr aufhalten...

„Provozierte“ Vergewaltigungen scheinen recht selten vorzukommen. Zwei unterschiedliche amerikanische Untersuchungen kommen zu demselben Prozentsatz von Fällen, in denen die Frau anfängliches Entgegenkommen gezeigt hat. Während der Mann der Angreifende ist, hat die Frau lediglich die Aufgabe, die Grenzen zu setzen. Wenn er diese Grenzen überschreitet, hat sie versagt. Vorwürfe ähnlicher Art werden Frauen aber auch gemacht, wenn sie es „gewagt“ haben, nachts alleine nach Hause zu gehen oder spazieren zu gehen.

Der Kommentar Butzmühlen dazu: „Wenn die Frau zum „legitimen“ Opfer wird, weil sie nachts allein über die Straße gegangen oder per Anhalter gefahren ist, wird sie dafür bestraft, daß sie eigenständig gehandelt hat und auf den Schutz eines Mannes verzichtet hat. Sie hat den ihr zugewiesenen Platz in der Privatsphäre außerhalb der für sie erlaubten Gelegenheiten verlassen. Wer einer Frau dieses Verhalten zum Vorwurf macht, legitimiert damit, daß Männer eine Frau, die sich ohne Begleitung eines Mannes in die Öffentlichkeit wagt, insbesondere nachts als „Freiwillig“ betrachten und behandeln dürfen (...). Ob sie reist oder spazierengeht, Alkohol trinkt oder jemanden besucht, ihr werden jeweils sexuelle Motive unterstellt — Motive, die für alle Männer vorteilhaft sind und die der Vergewaltiger zur Rechtfertigung seines Tuns benutzen kann“.

Angezeigt werden kann nicht jeder

Nicht jede vorgefallene Vergewaltigung kann von der betroffenen Frau auch angezeigt werden. Ehefrauen z.B. können von ihrem Ehemann vergewaltigt werden, ohne daß das den Tatbestand der Vergewaltigung erfüllt, denn eine Vergewaltigung ist nach „unserem“ Gesetz immer außerehelich, und von diesem „Recht“ wird ja auch reichlich Gebrauch gemacht.

War die Frau mit dem Täter befreundet oder verlobt und hatte früher häufiger mit ihm geschlafen, so ist es nach bürgerlicher Denkweise logischerweise auch wahrscheinlicher, daß sie diesmal zugestimmt hat und ihn nur aus Rache oder dergleichen Motiven mit einer Anzeige verfolgen will.

Wirklich berechtigt ist eine Ver-



gewaltungsanzeige nur, wenn das Opfer ein sexuell völlig unerfahrenes Mädchen ist. Rolf Butzmühlen sagt in seinem Vorwort (1975): „In den zahlreichen Diskussionen mit Frauen wurde mir klargemacht, daß von Vergewaltigung alle Frauen und Männer betroffen sind, daß die Existenz von Vergewaltigung alle Frauen in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränkt und allen Männern Vorteile verschafft. Das bedeutet aber, daß Vergewaltigung ein Mechanismus männlicher Herrschaft ist und der Kampf gegen Vergewaltigung wichtiger Bestandteil einer auf die Beseitigung jeder Herrschaft ausgerichteten politischen Bewegung sein muß. Dieser Erkenntnisprozeß erweiterte mein bisheriges Verständnis von sozialistischer Politik... Dem wäre nichts mehr hinzuzufügen.“

AG Frauen Hamburg

P.S. Wir wollen in einem weiteren Artikel auf die Rechtsprechung bei Vergewaltigung eingehen. Prozeßberichte oder Erfahrungen vergewaltigter Frauen oder eine Frau, die zu einem Interview bereit wäre, sind uns sehr willkommen. Bitte an die Verlagsadresse schreiben.

Norbert Ney:

Männer gegen Gewalt gegen Frauen

Liebe Frauen, liebe Männer,

die gegenwärtig geführte Debatte über die Verteidigung von Vergewaltigten durch linke Anwälte zeichnet sich bemerkenswerterweise dadurch aus, daß sich Männer dieser Diskussion enthalten! Bemerkenswert deshalb, weil erstens Männer offenbar glauben, diese Frage sei für sie nicht relevant (es sind ja Anwälte, die hier zur Rede gestellt werden, und es sind ja andere Männer, die der Vergewaltigung angeklagt sind!) und deshalb die Debatte den Frauen (gruppen) überlassen; zweitens werden auch in der Antwort der Anwälte erstaunliche Widersprüche, um nicht zu sagen Schizophrenien sichtbar (darauf kommt ich am Schluß nochmal zu sprechen). Außerdem finde ich bemerkenswert, dies sei vorausgeschickt, daß ein Großteil der Diskussion an den eigentlichen Problemen bewußt (?) vorbeizieht, die Opfer dabei mehr und mehr außer Sichtweite gerückt werden.

Wie Männer mit — vermeintlichen — Frauenthemen umgehen, habe ich selber umfassend und nachhaltig erlebt, und dabei will ich mit meiner sehr privaten, subjektiven Stellungnahme beginnen: Ich habe noch sehr schmerzhaft in Erinnerung, wie ich versuchte (anno 1976/77), einen Verlag für mein Sterilisationsbuch zu finden (ich will hier keine Namen nennen, aber es waren sehr „progressive“ linke Verlage dabei, die das Buch schlichtweg als „männerfeindlich“ abtaten, es vermutlich nicht einmal lesen hatten...). Ich war selbst überrascht, daß sich dafür dann jedoch drei (!) von Frauen geleitete Verlage fanden, die das Buch sofort akzeptierten — aufgrund von persönlichen Beziehungen habe ich das Sterilisationsbuch dann an den Verlag Frauenpolitik in Münster gegeben und bin heute sehr froh darüber, denn die Zusammenarbeit ist sehr sympathisch und erfreulich. Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle, daß der Verlag Frauenpolitik dafür eine ganze Menge Ärger innerhalb der Frauenbewegung bekommen hat (was ich persönlich bis heute nicht ganz kapiert habe). Jedenfalls war das Buch bis heute ein richtiger „Renner“, obwohl es bislang meist nur in linken und Frauenbuchläden zu bekommen war. Auch hier ist zu bemerken, daß die linken und auch so alternativen Zeitungen (bis auf wenige Ausnahmen: „Was lefft“, AK, „Das Da/Avanti“, „TAZ“) sich bisher jeglicher Berichterstattung schlicht verweigert haben. Zufall, daß die meisten dieser Redaktionen von Männern bevölkert sind? Zufall auch, daß lediglich zwei Rundfunkstationen, schlicht verweigert haben. Zufall, daß die meisten dieser Redaktionen von Männern bevölkert sind? Zufall auch, daß lediglich zwei Rundfunkstationen, bei denen Frauen in den zuständigen Redaktionen sitzen, eine von mir erarbeitete Sendung zu diesem Thema brachten (Hessischer Rundfunk und Sender Freies Berlin)? Wohl kaum!

Genauso wenig Zufall wie die Tatsache, daß die Vergewaltigungsdebatte bislang nur von Frauen geführt wurde (wie übrigens auch die Kampagne zum § 218); man hat offenbar diese heiklen Punkte der Frauenbewegung überlassen, um sich nun ballastfrei der „großen“ Politik widmen zu können...

Gewalt gegen Frauen gibt es auf vielen verschiedenen Ebenen jeden Tag, selten wird sie jedoch einer größeren Öffentlichkeit sichtbar: Die Dunkelziffer dürfte noch größer sein als bei Kindesmißhandlungen, wo etwa vom Hundertfachen (!) der bekanntgewordenen Fälle auszugehen ist (vgl. Schaubild).

Von sexuell mißbrauchten Kindern war im übrigen in der Debatte bisher auch noch nicht die Rede!

Männer sind es, die ihre Kinder mißhandeln, ihre Töchter und Frauen sexuell mißbrauchen (von den mannigfaltigen seelischen Foltermethoden einmal ganz abgesehen, die nicht weiter in Statistiken und Berichten aufzählen), Männer sind es auch, die vergewaltigen, die Vergewaltigten verteidigen, die vergewaltigten Frauen, mißhandelten Frauen und Kindern in kommunalen Parlamenten Frauenhäuser verweigern, die Stellen wie Pro Familia die Gelder streichen, die über Paragraphen mehrheitlich entscheiden etc.

Aber gerade wegen der Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas „Gewalt gegen Frauen“ ist mir persönlich die bisher gelaufene Diskussion zu undifferenziert. Die Argumente Pro und Contra gehen wild durcheinander; dabei bleiben wichtige Ansätze und differenzierte Aspekte als erste auf der Strecke. Ich will versuchen, einmal die drei Ebenen, auf

denen m.E. hier diskutiert wird, herauszuarbeiten:

- 1. das Opfer
- 2. der/die Anwalt/Anwältin
- 3. der Täter

1. Das Opfer

Im Vordergrund steht zu Recht das Schicksal der betroffenen Frauen. Ebenso zu Recht wird (auch von den Anwälten) festgestellt, daß viele Frauen gar nicht wissen um ihr Recht, als Nebenklägerin (mit Anwalt/Anwältin) und nicht als Zeugin aufzutreten zu können vor Gericht. Nicht befreit werden sie dadurch jedoch von der seelischen Tortur, die Staatsanwalt und Richter und eben auch die Verteidiger des der Vergewaltigung Angeklagten durch die Art und Weise ihrer Beweisaufnahme bekauntemmaßen anrichten. Der Weg der Verteidigung geht zwangsläufig über den Versuch der „Erschütterung der Glaubwürdigkeit der Frau, des Opfers...“, „also zu Lasten des Opfers, und es ist mehr als fragwürdig, wenn ein Anwalt, der sich als links begreift, sich daran beteiligt. Ein solcher Anwalt ist also mehr als gut beraten, sich die Übernahme eines solchen Mandats sehr gut zu überlegen“ (AK 159, S. 27, Leserbrief). Anmerkung: Wie wär's, wenn er stattdessen die Interessen der Frauen vor Gericht wahrnehme?

Zu differenzieren gilt es m.E. in bezug auf das Opfer:

- Der entwürdigende Weg, überhaupt eine Anzeige bei der Polizei loszuwerden (wir kennen die Sprüche, die da geklopft werden!);
- Die Schwierigkeit, in einer solchen Situation auch noch einen klaren Kopf zu behalten und sich erstmal juristisch zu beraten (bei wem denn? wo?);
- Die Schwierigkeit, in einer solchen Situation auch noch einen klaren Kopf zu behalten und sich erstmal juristisch zu beraten (bei wem denn? wo? wie?);
- Überhaupt erstmal die Scham zu überwinden, eine Anzeige zu erstatten...;
- Daran zu denken, einen Arzt aufzusuchen, um sich die Verletzungen quasi „attestieren“ zu lassen etc.;
- Den Gerichtsweg zu beschreiten, um dort noch einmal dem Täter, aber auch dem Richter, dem Verteidiger, dem Staatsanwalt und zumeist auch Publikum gegenüberzutreten zu müssen...

Festzuhalten gilt für mich: Es reicht nicht, nun bloß darauf zu dringen, die juristischen Bedingungen zu ändern, für die Frauen zu verbessern — aber es ist ein wichtiger Aspekt! Von den betroffenen Verteidigern jedoch nur formaljuristisch vorgebracht, hilft es den betroffenen Frauen einen Dreck!

Die andere Frage wäre für mich: Wie könnten es die Frauen schaffen, ein Frauenberatungssystem aufzubauen, an das sich betroffene Frauen wenden können? „Nur sollten wir uns, sollte sich die Frauenbewegung überlegen, ob wirklich diese Justiz der Anwalt unserer Interessen sein soll, oder ob wir nicht dringend andere Formen des Öffentlichmachens, des Anprangerns, des Unmöglichmachens von Gewalt gegen Frauen brauchen“ (AK 159, S. 28). Ob hier die Anwälte nicht auch ihren Gutteil praktischer Mitarbeit einbringen könnten, jenseits von verbalen Solidarisierungen?

2. Die Verteidiger

Ich habe mir die Stellungnahmen von Uwe Maeffert und Hartmut Scharmer mehrmals durchgelesen; sie tiefer ich mich aber reinlese, desto mehr fallen mir Widersprüche auf. (Ich will die fallbezogenen und je nach Angeklagtem spezifischen Details mal außer Acht lassen, dazu ist genug geschrieben worden.) Uwe schreibt („TAZ“, 14.12.79, S. 3): „Ich komme daher zu dem Ergebnis, daß wir als Anwälte

mit sozialem und politisch »linkem« Engagement in Vergewaltigungsprozessen Männer in der Regel nicht glaubwürdig, engagiert und konsequent verteidigen können, solange wir vorgeben, mit der Bewegung der Frauen für ihre Emanzipation zu sympathisieren. Von dieser Regel gibt es Ausnahmen...“ Er führt drei Fälle an, die in der Tat sehr unterschiedlich gelagert sind und stellt auch selbstkritisch fest, daß er hier und da eine Verteidigung nicht wieder übernehmen würde. Uwe schließt an einer Stelle aber aus, daß diese Fälle nicht von vornherein zu recherchieren sind. Ich möchte das einmal bestreiten. Heinrich Hannover hat in einem Fall vorerzählt, daß ein Anwalt durchaus, wenn Zweifel an der Unschuld des dennoch Verurteilten auftauchen, seine Wege und Mittel hat, dies nachträglich oder im voraus zu tun (AK 159, S. 27).

Vielleicht erwarte ich von einem linken Anwalt hier zuviel, wenn ich davon ausgehe, daß er sich in allen Fällen über die vorliegenden Akten und Aussagen hinaus umhört und nachrecherchiert? Uwe meint dagegen: „Für die Verteidigung brauchen wir gegenseitiges Vertrauen. Wir würden es unsererseits zerstören, wenn wir ohne

sein Wissen Ermittlungen anstellen würden, um herauszufinden, ob er uns die Wahrheit gesagt hat oder

sein Wissen Ermittlungen anstellen würden, um herauszufinden, ob er uns die Wahrheit gesagt hat oder nicht, und von diesen Ermittlungen abhängig machen würden, ob wir ihn schließlich im Prozeß verteidigen“. Aber wie verträgt sich diese These mit Uwes zusammenfassender, selbstkritischer These, in Zukunft „solche Fälle“ nicht wieder zu verteidigen („TAZ“, 14.12.79)? Wie will er denn zukünftig herausfinden, ob er hier einen Unschuldigen oder einen Schuldigen vor sich hat? Berührt dies das Vertrauen zum Angeklagten tat-

sächlich so stark — oder handelt es sich hier nicht eher um ein Scheinargument, um persönliche Bequemlichkeit? Ist es nicht gerade in diesen „undurchsichtigen“ Fällen Aufgabe des linken, engagierten Anwalts, auch und gerade mit den Opfern, mit anderen Zeugen usw. Kontakt aufzunehmen zur Vorklärung des Falles, von der dann seine Entscheidung abhängig sein sollte?

Punkt 5 schließlich von Uwes „Plädoyer...“ halte ich schlicht für zynisch den Opfern gegenüber: „Besser als andere kann der »linke« Anwalt dem Mann, wenn er ihm gegenüber die Vergewaltigung zugibt, die Schändlichkeit seiner Tat ins Gewissen reden... Als Moralisten ändern wir kein Unrecht und zu Psychotherapeuten sind wir nicht ausgebildet“. Sein Punkt 7: „... Der Mandant sagt, er sei es nicht gewesen. In der Regel müssen wir ihm glauben, was er sagt.“ Wirklich, so einfach das Ganze? Na!

Ich will hier nicht die ganze Argumentation wieder aufrollen, nur

unerheblich verletzt hat. Wie es dazu gekommen ist, hat sich indessen nicht aufklären lassen.“ Dazu Uwe: „Über eine Verurteilung wäre ich bei dieser Beweislage empört gewesen“, aus AK 169, S.27 f). Abgesehen von tatsächlicher Schuld oder Unschuld des Angeklagten, werden hier nicht von den Verteidigern allzu leicht eben jene formal-juristischen Phrasen verwendet, die sie ansonsten dem Gericht als „imperialistisch und chauvinistisch“ übelnehmen? Darauf hätte ich gerne Antworten!

3. Der Angeklagte

Ich bin nicht der Meinung, daß das Strafmaß für Vergewaltigung heraufgesetzt wird, ich bezweifle jegliche „Besserung“ von Haft über-

haupt, ganz abgesehen von der Situation der Haftisolation, die die psychischen Gründe für Vergewaltigungen wohl insgesamt eher noch verschärfen, keinesfalls lösen werden. Beim gegenwärtigen Stand der nicht verfolgten Dunkelziffer allerdings wird es wichtig sein, mehr Frauen dazu zu ermutigen (durch das Angebot der Beratung durch Männer- und Frausolidarität!), Anzeige bei erfolgter Vergewaltigung zu stellen, um den Frauen mehr Schutz und Rechte vor Gericht (und auch bei den Polizeidienststellen) zu erkämpfen. Erst recht beim gegenwärtigen Stand der Rechtslage.

Nur bin ich — wie betont — der Ansicht, daß viel mehr Aufklärung betrieben werden muß, um den vergewaltigten Frauen den Mut zu geben, dies offen (was in diesem Fall heißt: öffentlich) zu legen, Anzeige zu erstatten. Hier sind auch die Mütter gemeint, die von den Mißhandlungen ihrer Männer gegen ihre Töchter wissen und oft aus Angst schweigen. Das heißt aber auch, daß sich Anwälte dazu bekennen müssen, dazu bereithalten müssen, solchen Frauen im entsprechenden (Not-)Fall juristische Hilfe, Beratung, Verteidigung anbieten müßten. Von der Verbesserung der Position betroffener Frauen vor Gericht habe ich weiter oben schon gesprochen. Unter Umständen würde hier ein bis zur höchsten Instanz durchgeführter „Musterprozeß“ Verbesserungen bringen? All diese Details müßten nun von den Verteidigern geklärt und vorgeschlagen werden, wenn sie tatsächlich „engagiert und konsequent“ für die Opfer, die Frauen, aktiv werden wollen.

Ansonsten würde sich jener Satz von Uwe in der „TAZ“ vom 14.12.79 nämlich in sein zynisches Gegenteil verkehren: „solange wir vorgeben (!), mit der Bewegung der Frauen für ihre Emanzipation zu sympathisieren...“ — ich hoffe stark, daß sie es nicht nur „vorgeben“.

P.S.: Dies wäre meines Erachtens der erste Schritt dazu, daß sich Männer gegen Gewalt gegen Frauen praktisch engagieren — und mithelfen, die Bedingungen zu verbessern. Ein anderer Schritt, den uns die Männer in den USA vorangegangen sind, ist: bekannt euch öffentlich (d.h. in Aktionen, Kampagnen, in der Presse, in eurem eigenen Verhalten) zur Aktion „Männer gegen Gewalt gegen Frauen“ und versucht, diese Gewalt schon im Ansatz zu verhindern, wo sie euch begegnet. In den USA gibt es unter obigem Titel eine Aktionsgruppe von Männern. Warum überlassen gerade wir „linken“ Männer hier in der BRD diesen Widerstand wieder nur den Betroffenen, den Frauen?



Gewalt

Die Kriminalität in der Bundesrepublik nimmt laufend zu. Während die Polizei 1976 noch 3,06 Millionen Straftaten registrierte, waren es im Jahr darauf schon 3,3 Millionen. Darunter überwiegen die Diebstähle. Sie füllen allein zwei Drittel des Strafregisters. Bei Mord und Totschlag (979 Opfer) stellt die Polizei hingegen einen Rückgang fest.

Stellungnahme einiger Anwältinnen und Anwaltsgehilfinnen (Hamburg)

Vorbemerkung: Dieses Positionspapier wurde innerhalb weniger Stunden von einigen Hamburger Anwältinnen und Anwaltsgehilfinnen anlässlich der Veröffentlichung des Offenen Briefes an Uwe Maefert und Hartmut Scharmer in AK 168 erarbeitet. Es handelt sich dabei um einen ersten Entwurf, der thesenartig die Meinung der Frauen wiedergeben soll. An einer differenzierten Stellungnahme wird derzeit noch gearbeitet.

Stellungnahme

Wir sind eine Gruppe von Frauen, die für sich ablehnen, einen der Vergewaltigung angeklagten Mann zu verteidigen. Dabei kommt es für uns weder darauf an, ob der Mann geständig ist oder nicht, noch unter welchen Umständen oder mit welcher Motivation die Tat begangen sein soll. Dieser Standpunkt ist Resultat unserer Situation als Frau und unserer Betroffenheit über ein derartiges Delikt, das an den Kern der Identität jeder Frau, egal, ob sie unmittelbar Opfer einer Vergewaltigung wurde oder nicht, geht.

Dennoch vertreten wir die Auffassung, daß die Position, wie sie insbesondere von den Unterzeichnerinnen des offenen Briefs im AK vertreten wird, formal wie inhaltlich zu kritisieren ist.

Es geht uns nicht darum, die Entscheidung männlicher Kollegen für Verteidigung zu legitimieren. Aber wir wehren uns gegen den Versuch, durch Erpressung und Diffamierung sowohl Einzelner wie auch der gesamten linken Anwaltschaft vermeintlich richtige Standpunkte durchzusetzen zu wollen.

Wir finden den Stil unsolidarisch; Stellungnahmen eines Anwalts werden aus dem Zusammenhang gerissen zitiert und beschimpft, ihm wird unterstellt, er wolle seine Mandantschaft sichern.

Es geht nicht an, einem Rechtsanwalt seine grundsätzlich fortschrittliche Haltung abzusprechen, wenn er - begründet - eine solche Verteidigung übernimmt, und das Problem im Kern auf „Männersolidarität“ zu reduzieren. Die Diskussion wird damit auf eine so unpolitische Schlagwortebene gerückt, daß man sich fragen muß, wie gerade „bewußte“ Frauen derart undifferenziert argumentieren können.

In eine differenzierte Diskussion gehört unserer Meinung nach folgendes:

1. Bei einer Entscheidung für oder gegen Verteidigung spielen politische wie moralische Kriterien eine Rolle. Jeder Verteidiger muß seine Entscheidungskriterien offenlegen, um sich der Kritik zu stellen. Letztlich hat er selbst im Einzelfall die Entscheidung zu treffen.

Sexuelle Belästigung durch ausländische Männer

Endlich ist im AK mal die Frage der ausländischen Männer angesprochen worden.

Seit Jahren plage ich mich mit etwas herum, von dem ich nie genau weiß, ob nicht doch etwas heimlicher Rassismus dabei ist, und wozu ich mich deshalb auch bisher nur im Kreise meiner engsten Vertrauten zu äußern wagte. Ich denke, anderen Frauen geht es ähnlich. Als ich noch „jung und unerfahren“ war, fing es an: auf der Straße, im Bahnhof, in der S-Bahn sprachen mich Farbige (natürlich gelegentlich auch andere Männer, aber erstens nicht so oft, und zweitens sind sie leichter abzuwimmeln) an, fragten nach der Uhrzeit, wollten wissen, wohin ich fahre, wo ich wohne, ob ich einen Freund hätte, ob ich vielleicht mit ihnen eine Tasse Kaffee trinken wolle, am Abend Zeit hätte und dergleichen mehr. Mit einem deutschen Typ wäre es nie soweit gekommen, weil ich schon vorher sauer reagiert hätte: „Was geht Dich das an?“. Aber bei einem Ausländer? Diskriminiert, fremd, keine Kontakte... Wenn ich gleich ablehnend reagiere, weggehe, mich woanders hinsetze, macht das doch einen ganz schön rassistischen Eindruck. Also war ich freundlich, versuchte zu erklären, warum ich an einem Kontakt kein Interesse hatte, ging manchmal sogar zum Schein auf Verabredungen ein, um endlich meine Ruhe zu haben, und hatte deshalb hinterher noch ein schlech-

Leserbrief

An die Unterzeichnerinnen des Offenen Briefes, an die Rechtsanwälte Maefert und Scharmer

Liebe Frauen! Eure Auseinandersetzung zu dem Auftreten linker Verteidiger in Vergewaltigungsprozessen erregt - trotz der allgemeinen Berechtigung zur offensiven Vertretung der Interessen der Frauen in dieser Frage - unseren Unmut und unsere Kritik! Wir halten die von Euch geführte Diskussion von der Form her für falsch und in ihren inhaltlichen Aussagen für undifferenziert und fortschrittschwendend im Sinne einer Vereinheitlichung der Auffassungen zur Vertretung in Prozessen gegen Vergewaltiger.

Der Offene Brief argumentiert holzschnittartig, pauschal und unsolidarisch. Er grenzt an die Aufforderung zum Boykott linker Anwaltsbüros, die aus der Tatsache der Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen allgemein begründet wird, ohne im Konkreten dafür überzeugende, be-

legende Fakten anzuführen. Es gab u.E. keine „klare Entscheidung“ (AK 167) von H. und U., sich in einem Vergewaltigungsprozeß auf die Seite des Unterdrückten zu stellen. Eine „objektive“ Einschätzung dieser Frage eliminiert hier jede „subjektive“ Motivation, die es für die beiden Verteidiger zu ihrer Entscheidung gab, und übergeht die Unsicherheiten, die es in der Anwaltschaft insgesamt zur Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen gibt.

Daß „die Sache von vornherein klar war“ (AK 167 - nämlich die Anschuldigung des Vergewaltigungsversuchs in dem von H. vertretenen Fall), ist eine Interpretation, die ihr aber nicht belegt. Daß es „für die Verteidigung einer Vergewaltigung ... für einen linken Verteidiger keine Begründung“ (AK 167) gibt, ist eine These, die aber nur durch ihre Behauptung keine Überzeugungskraft liefert. Daß H. und U. sich mit ihrer Haltung „auf der anderen Seite der Barrikade“ (AK 167) befinden, ist eine Einschätzung, die u.E. aber so grobstrastig ist, daß die beiden als Klassenfeinde erscheinen, die zu ihrer eigenen Besserung nur noch den Weg nach Canossa antreten können. Sind die beiden Anwälte, die bekanntermaßen kritische und solidarische Interessenvertreter der Linken in ihrer gesamten Berufsrolle aufgetreten sind, aufgrund der von ihnen behaupteten Ausnahmen - bei ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zum Auftreten in Vergewaltigungsprozessen - plötzlich Menschen ohne linkes Rückgrat? Wir

Vergewaltigungsfrage ausgegangen. Es ist eben nicht so, daß die Position dazu bereits in einem eindeutigen Votum gegen die Verteidigung in solchen Prozessen liegen würden, und H. und U.'s Vorgehen deshalb als besonders gravierende Ausrutscher erscheinen können. Vielmehr toben hier die Widersprüche noch mit aller Heftigkeit und die verschiedensten Argumente werden bemüht, um ein Auftreten in diesen Prozessen zu legitimieren. Dabei erscheinen H. und U. in ihren Stellungnahmen sogar noch als die „Linksaußen“ in diesem Meinungsspektrum. Darüber habt Ihr aber ganz offenbar keine Recherche angestellt, denn anders läßt es sich nicht erklären, wie Ihr vom prinzipiellen Standpunkt der Frauenbewegung aus - ohne die Argumente, die in der Anwaltsszene, die Ihr doch auch mit dem Offenen Brief als von Euch adressierte Ansprech- und Bündnispartner meint, aufzugreifen und zu widerlegen - zu allgemeinen Statements über die Berechtigung „linker“ Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen kommt. Diese Eure Thesen vermögen aber den in sich kontroversen Diskussionsprozeß nicht zu klären oder voranzutreiben, sondern versuchen, ihn in der „Alles oder Nichts-Entscheidung“ abzukürzen, drohen ihn damit aber abzuwürgen.

Zum anderen scheint uns, daß Ihr eine sehr oberflächliche Vorstellung zum Umgang mit Bündnispartnern in der Auseinandersetzung zur Frauenfrage in diese Debatte hineintragt. Nach dem Motto: Wir Frauen wissen, was eine Vergewaltigung bedeutet (und wir stimmen mit Euch überein, wenn Ihr diese Situation mit aller Deutlichkeit und Schärfe in den Köpfen von uns Männern klarmachen wollt), macht Ihr allein diese Frage zum Kriterium eines Standpunktes zur Vergewaltigungsdiskussion, ohne daß Ihr bereit seid, an den Auffassungen, die heute im Bündnisbereich dazu geäußert werden, anzusetzen, mitzudiskutieren und hier in einen Widerstreit der Argumente einzusteigen. Mit der Widerlegung dieser auch u.E. falschen Auffassungen werdet Ihr doch aber weit überzeugender sein, als wenn Ihr prinzipielle Standpunkte vor den Kopf knallt, die Ihr in Euren bisherigen Erörterungen noch nicht einmal zu erläutern und zu belegen gesucht habt. Eine Diskussion lebt aber doch gerade von der Beweiskraft der Argumente; anderenfalls verzerrt sie und schafft falsche Fronten. So ist es eben nicht richtig, wenn Ihr behauptet, auf einem „Jour fix“ in Hamburg sei nunmehr zum Standpunkt der linken

„Linken“, wenn im „Jour fix“ in Hamburg sei nunmehr zum Standpunkt der linken Anwaltsszene geworden, daß „nicht mehr über die Grundfrage, ob linke Anwälte Vergewaltiger überhaupt verteidigen sollen, diskutiert werden sollte, sondern nur noch, wie sie dies am frauenfreundlichsten gestalten könnten“ (AK 169). Es soll gar nicht bestritten werden, daß es bei einzelnen Anwälten auch solche Vorstellungen in ihren Köpfen gibt (und sogar noch schlimmere). Der Tenor auf dem „Jour fix“ war aber der, daß die Frage, ob in Vergewaltigungsprozessen verteidigt werden kann, an der Auseinandersetzung überprüft und beantwortet werden sollte, wie man denn überhaupt in Vergewaltigungsprozessen die Interessen der Frauen vertreten könnte. Nicht Ausnahmen und Schutzräume für eine Verteidigung linker Anwälte sollten also gefunden werden, sondern über die konkreten Möglichkeiten linker Verteidigung sollte geklärt werden, ob es eine Verteidigung überhaupt geben kann. Das aber ist eine ganz andere Motivation, als Ihr sie den Anwälten/innen in Eurer verzerrenden Darstellung unterstellt. Zu dieser Auffassung war man gekommen, weil man/frau aus vorgehenden Diskussionen den Eindruck gewonnen hatte, daß man auf der prinzipiellen Ebene („ob“) keine Vereinheitlichung der Standpunkte herbeiführen könnte. U.E. liegt gerade darin ein Ansatzpunkt zur Diskussion, der auch von der Frauenbewegung aufgenommen werden sollte, indem sie ihre Erfahrungen aus Vergewaltigungsfällen und ihre Erfahrung aus Prozessen einbringt. Es scheint uns offensichtlich, daß Ihr dabei gleich dutzendfach Argumente anführen könntet, die nunmehr auch im Konkreten den von Euch anzusprechenden Bündnispartner die Einsicht vermitteln können, daß es für linke Verteidiger in Vergewaltigungsprozessen keine Möglichkeiten zur effektiven und umfassenden Vertretung und Wahrung der Fraueninteressen geben kann, daß sie diese eben nur als auch von ihnen ernst genommene Interessen verteidigen können, wenn sie sich allein auf die Seite der Frauen (als Nebenkläger) in diesen Prozessen stellen.

H. (IKAH) und N. (IKAH und ZL-Fraktion)



gende Fakten anzuführen. Es gab u.E. keine „klare Entscheidung“ (AK 167) von H. und U., sich in einem Vergewaltigungsprozeß auf die Seite des Unterdrückten zu stellen. Eine „objektive“ Einschätzung dieser Frage eliminiert hier jede „subjektive“ Motivation, die es für die beiden Verteidiger zu ihrer Entscheidung gab, und übergeht die Unsicherheiten, die es in der Anwaltschaft insgesamt zur Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen gibt.

Daß „die Sache von vornherein

Auch wenn ich mir total sicher bin, daß ich mit fast allen anderen Männern genausowenig Lust hätte, mich zu verabreden (wozu auch?), ich könnte nicht mit Sicherheit behaupten, daß ich ganz frei von rassistischen Vorurteilen wäre. Nicht nur wegen meiner größeren Skrupel und ihrer größeren Aufdringlichkeit habe ich mit den Annahmen ausländischer Männer mehr Ärger. Ich fühle mich ihnen gegenüber auch hilfloser, weil zu der körperlichen Unterlegenheit auch eine größere psychologische Wehrlosigkeit kommt. Deutschen Männern gegenüber kann ich mich z.T. sprachlich wehren, zumindest kann ich meine Aggressionen besser abregieren, sie verstehen mich wenigstens. Ich kann sie u.U. dadurch verunsichern, daß ich sie irgendwie bloßstelle, ihre Potenz anzweifle (worauf sie meist nicht gefaßt sind) o.ä. Aber das funktioniert natürlich nur bei Männern, die meine Sprache verstehen. Gegenüber Angehörigen von Nationalitäten, in denen Frauen sowieso nicht als Subjekt betrachtet werden, kann ich erzählen was ich will, es wird als Äußerung einer Frau per definitionem keinerlei Effekt haben.

Die Schwierigkeit ist nun, wie geht frau damit um? Was tun gegen eine Plage, die frau nicht öffentlich benennen kann, weil das politisch in die falsche Richtung laufen würde?

Co. / Hamburg





Zeugenaussage von Heidi Kempe-Böttcher Ein Streiflicht auf die Ermittlungen in der Frage meiner Folterung

Inzwischen war die Analyse meiner Kleidungsstücke erfolgt. Die Geschichte dieser Expertise ist nicht weniger jammervoll: Zusammen mit meiner Klage hatte ich beim Richter meinen zerrissenen BH, mein beflecktes T-Shirt und vor allem den Schlüpferr hinterlassen, den ich am 21. März getragen hatte und der mit Flecken bedeckt ist, um diese Kleidungsstücke chemisch untersuchen zu lassen. Eine solche Analyse hätte in der Tat helfen können, den Ursprung meiner Verbrennungen zu bestimmen, und hätte es eventuell erlaubt, zu erfahren, ob ich vergewaltigt worden bin.

Unzählige mündliche und schriftliche Anfragen seitens meiner Anwältinnen und mir waren nötig, - die Herausgabe der 2. Broschüre des „Frauen-Solidaritäts-Kollektivs mit Heidi“ (die französischsprachige Broschüre „Heidi gefoltert - Wir haben einiges zu sagen“, herausgegeben im März/April 79 vom „Frauen-Solidaritäts-Kollektiv mit Heidi“, c/o MLAC, 34 rue Vieille du Temple, 75004 Paris), die die Tatsache enthüllte, daß meine Kleidungsstücke noch immer nicht untersucht waren, war nötig, damit Mitte Mai 79, 14 Monate nach meiner Folterung, der Richter endlich die Untersuchung verordnete.

Nach all dieser Zeit war es klar, daß die Expertise nichts mehr brachte. Aber vielleicht liegt es nicht nur am Zeitfaktor, daß wir durch sie nichts neues erfahren konnten - wenn mensch bedenkt, daß die „Analyse“ zum großen Teil darin bestand, die Etiketten in meinen Kleidungsstücken zu zitieren, d.h. Größe, Zusammensetzung des Stoffes, Waschanleitung..., und daß andererseits nicht einmal vermerkt wurde, daß der Träger meines BH's zerrissen war....

Letzte Woche war ich also erneut bei den Gerichtsmedizinern vorgeladen. Da ich befürchtete, daß die „Untersuchung“ wiederum eher den Charakter eines Verhörs unter besonders entwürdigenden Bedingungen haben würde, ging ich dieses Mal mit einigen Freundinnen, meinem Freund und meiner Ärztin hin. Aber sie haben uns reingelegt: Meine Freundinnen und meinen Freund haben sie gar nicht erst reingelassen, nicht mal ins Wartezimmer: sie haben sie alle, außer meiner Ärztin und mir, in der Kälte vor der Tür der Praxis im Hausflur warten lassen. Und meine Ärztin wurde auch nicht ins Untersuchungs-zimmer mit hineingelassen, wie wir es vorgesehen hatten.

Ich wurde also ganz allein, einzeln mit hineingelassen, wie wir es vorgesehen hatten.

Ich wurde also ganz allein „empfangen“ - und mit eisiger Kälte.

Auf dem Schreibtisch lag dieses Mal ein skandalöser Artikel, der kürzlich im „Nouvel Observateur“ (normalerweise eine linksliberale Illustrierte) veröffentlicht worden war, und der behauptete, daß es „zwei Hypothesen“ zur „Erklärung“ meiner Folterung gäbe: entweder würde es sich um einen „Polizeiübergriff“ handeln oder um eine „politische“ Kontroverse, um dann fortzuführen: „Müssen wir, wie es die Polizei diskret durchblicken läßt, eine andere Möglichkeit ins Auge fassen: Heide, engagierte Linksradikale in der BRD, wäre von einer politischen Gruppe bestraft worden, die sie nicht preiszugehen will.“ (Ich habe eine Richtigstellung zu diesem Artikel verfaßt, die jedoch trotz Zusage der Redaktionsversammlung des „Nouvel Observateur“ und der Journalistin, die den betref-

fenden Artikel verfaßt hatte, diese in der Nummer vom 21.01.80 abgedruckt, nicht veröffentlicht worden ist.)

Wieder einmal mußte ich mich ausziehen. Die „Untersuchung“ begann diesmal damit, daß der eine der Gerichtsmediziner (es ist immer derselbe; wie das erste Mal stand der andere etwas abseits, ruhig, ohne etwas zu sagen, ohne etwas zu tun) mir reichlich lange meine Brüste befummelte und sie drückte, um dann schließlich hinterher zu bemerken, daß ich ja wohl nichts auf den Brüsten gehabt hätte - was richtig ist, aber hier nur dazu diente, mir klarzumachen, daß er mich extra begrabselt hat, allein um mich zu schikanieren.

Danach mußte ich das T-Shirt anziehen, das ich am 21. März 78 getragen hatte. Ich bemerkte, daß ich damals - wie immer - meinen BH darunter hatte. Ein rascher Blick in die Akte: „... bekleidet mit einem T-Shirt...“ - da der BH nicht ausdrücklich erwähnt ist, hatte ich für diese „Herren“ also keinen BH an - meine Aussage zählt nicht. Sie wollen mich fotografieren, ich erkläre ihnen ein zweites und ein drittes Mal, daß, wenn sie etwas „Reelles“ machen wollen, sie mich schon meinen BH anziehen lassen müssen. Ihre „Antwort“: sie fotografieren mich ohne BH.

mich außerhalb der Anwesenheit meiner Anwältinnen zu verhören und eine Photoserie zu machen, die vorgeblich die Situation „rekonstruierte“, in der mich die Bullen in meiner Wohnung gesehen hatten, ohne sie jedoch zu rekonstruieren, wie sie wirklich war - und all das in einem entwürdigenden Klima von schikanierenden Maßnahmen.

Sie haben mich z.B. mit meinem T-Shirt und meinem Schlüpferr fotografiert, obwohl ich am 21. März 78 zwar meinen BH, nicht aber meinen Slip anhatte, als die Bullen kamen - mich jedoch mit T-Shirt und Schlüpferr zu fotografieren, hat den Sinn, meine Verbrennungen auf dem unteren Teil des Bauches „verschwinden zu lassen“, um dann sagen zu können, daß, wenn die Bullen in meiner Wohnung keine Verletzungen auf meinem Körper bemerkt haben, das nicht daran liegt, daß ich noch keine Verletzungen hatte, sondern daran, daß sie sie nicht sehen konnten...; außerdem haben sie nur meinen bekleideten Oberkörper fotografiert, nicht aber meine Beine, auf denen ich noch immer, auf den ersten Blick sichtbar, verschiedene Narben habe... Es ist klar, daß all das nicht viel mit einer „Suche nach dem Ursprung meiner Verbrennungen“ zu tun hatte, wofür sie „eigentlich“ ernannt worden waren!

Wenn ich all dies beschrieben habe, schwarz auf weiß, so nicht deshalb, weil es mir leicht fiel, darüber zu sprechen. Es ist entwürdigend, degradierend, es tut weh. Aber ich meine, daß das wirklich Entwürdigende daran ist, daß es sich ereignet hat, daß es sich so hat abspielen können. Nicht darüber zu sprechen, macht das, was geschehen ist, auch nicht weniger entwürdigend.

Als ich nach meiner Folterung Klage erhob, wußte ich, daß mir ein harter, schwerer und langer Kampf bevorstehen würde. Aber ich wußte nicht, in welchem Ausmaß mein Privatleben, mein Körper „öffentliche Gegenstände“ werden würden - sowohl in Bezug auf diese Gerichtsmedizin, als auch in Bezug auf die Fragen, die mir manche Journalisten manchmal so stellen.

Ich habe diese Zeugenaussage gemacht, um selbst durchzuhalten, aber auch, um Konkret zu enthüllen, was eine Frau durchzumachen hat, die Opfer von Gewalt geworden ist und sich entschlossen hat, sich zu wehren. Und schließlich habe ich diesen Bericht auch gemacht, um eine gewisse Art der Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Medizin (und Presse?) Es ist sicherlich kein Zufall, daß sich gerade der skandalöse Artikel des „Nouvel Observateur“ auf dem Schreibtisch der Herren Gerichtsmediziner befand...?) aufzuzeigen: Sämtliche Fragen, das gesamte Vorgehen der Gerichtsmedizin hatte zum Ziel, die Bullen „reinzuwaschen“ - sie haben Methoden angewandt, die sich momentan weder die Justiz, noch die Polizei mir gegenüber hätten erlauben können - und da sie vorgaben, „die Ursache meiner Verbrennungen zu suchen“, was ich selbst immer wieder beantragt hatte, war ich nicht einmal in der Position, mich weigern zu können.

Ich habe die Unterstützung eines Frauen-Solidaritäts-Kollektivs hinter mir - wie soll eine Frau, die das nicht hat, das alles durchstehen?

Paris, den 21.01.80
Heidi Kempe-Böttcher



Nach diesen Photos gab es, wie könnte es anders sein, noch eine „Untersuchung“ meines übrigen Körpers, meiner Scheide, weitere Photos, etc., obwol sie all das schon vor einem Jahr beguckt und fotografiert hatten.

Nach Beendigung ihrer „Untersuchung“ ließen sie meine Ärztin rufen, um sie mehr oder weniger anzumachen, daß sie mit mir gekommen war, obwohl sie keine Spezialistin für Verbrennungen ist... Dann haben sie uns rausgeschmissen, ohne sich zu verabschieden oder sonstwas zu sagen - sie fühlten sich so stark, daß sie es nicht einmal nötig hatten, uns was vorzuspielen.

In Wirklichkeit hatte ihr Vorgehen sowohl bei der ersten als auch bei dieser „Untersuchung“ nur ein Ziel:

Um die Fakten nur kurz in Erinnerung zu rufen: Am 21.03.78 wurde ich bei mir zuhause in Paris von der Polizei abgeholt, um mich einige Stunden später mit schweren Verbrennungen an der Scheide, auf dem Bauch und den Schenkeln im psychiatrischen Krankenhaus Ste. Anne wiederzufinden. Abgesehen von einzelnen Bildern habe ich ab dem Augenblick, wo ich im Polizeiwagen saß, keine Erinnerung an das, was geschehen ist.... - Ich habe Klage erhoben gegen „Unbekannt“ wegen „vorsätzlicher Körperverletzung“, „illegaler Verhaftung“ und willkürlicher „Freiheitsberaubung“.

Ich will hier nicht alle Details des Ermittlungsverfahrens schildern, welches generell mir und den mir Nahestehenden gegenüber mit sehr viel mehr Gründlichkeit und Mißtrauen geführt worden ist als den in dieser „Affaire“ verwickelten Bullen gegenüber. - Ich will mich hier auch nicht zu lange damit aufhalten, mich darüber zu „wundern“, daß der Richter Emile Cabie anscheinend die Zeit gefunden hat, persönlich die Redaktionsräume des „Canard Enchaîné“ (relativ bedeutende links-satirische Zeitung in Frankreich) zu durchwühlen, während er in den 22 Monaten, die seit meiner Folterung verstrichen sind, anscheinend nicht die Zeit gefunden hat, um z.B. den Bullen mit der „Carte Orange“ zu verhören, ein Bulle, der meinem Freund gegenüber zu verstehen gegeben hat, daß er mich nach meiner Entführung verhört hat, und der demzufolge die ganze „Affaire“ etwas aufhellen könnte - wenn er wollte.

Ich will von einem ganz kleinen Stückchen des Ermittlungsverfahrens sprechen, das ich als genauso abscheulich wie bezeichnend gefunden habe. Es handelt sich um meine „Untersuchung“ durch die „Gerichtsmedizin“:

Es ist offensichtlich, daß die Frage des Ursprungs meiner Verbrennungen immer eine Schlüsselrolle in dieser Affaire gespielt hat. Jedoch - die ersten vom Richter ernannten medizinischen „Experten“ waren Allgemeinmediziner, die inkompetent im Bereich der Verbrennungen, nur überprüfen konnten, ob ich auch tatsächlich an den Stellen meines Körpers „Flecken“ hatte, an denen sie im ärztlichen Attest vermerkt waren.

Mitte Januar 79 schließlich, zehn Monate nach den „Geschneissen“, wurden zwei „Gerichtsmediziner“ ernannt, um mich zu „untersuchen“. Ich weiß nicht, ob es sich bei ihnen um Spezialisten für Verbrennungen handelt, alles was ich weiß, ist, daß der eine von ihnen, bei dem die „Untersuchung“ stattfinden sollte, in einem anderen Fall zwecks einer psychiatrischen Untersuchung ernannt worden war.

Die „Untersuchung“ ist folgendermaßen abgelaufen:

In einer Art Bibliothek mit einem Untersuchungsbett in einer Ecke mußte ich mich vollkommen auszie-

hen und wurde gleich angemacht, weil ich mich für ihren Geschmack nicht schnell genug und nicht vollständig genug auszog. Als ich dann ganz nackt war, wurde ich von den beiden Männern verhört, die beide einen normalen Anzug, d.h. keinen weißen Kittel trugen. Anwesend war auch eine Frau in elegantem Kleid mit einem Stenoblock in der Hand, die die ganze Zeit Notizen machte....

Während dieses Verhörs haben sie mich an den Stellen fotografiert, wo meine Verbrennungen sind, d.h. vor allem an der Scheide, mit Bemerkungen wie: „Bein hoch, ich kann nichts sehen“, und wobei sie mich reichlich hart anpackten.

Auf ihrem Schreibtisch waren die Bullenaussagen über die „Ankunft in Claude Bernard“ die sie neben den ärztlichen Attesten als Ausgangspunkt ihrer „Untersuchung“ nahmen. (Die Bullen behaupteten, mich sofort ins Krankenhaus Claude Bernard gebracht zu haben, und wenn sie auch bestätigen, bei mir in der Wohnung keine Verbrennungen auf dem Körper gesehen zu haben, obwohl mein Unterleib unbekleidet war, so wollen sie doch sofort bei meiner Ankunft in „Claude Bernard“ die Verletzungen bemerkt haben.)

Die Fragen, die mir gestellt wurden, gingen alle davon aus, daß ich in meiner Wohnung, vor der Ankunft der Bullen, gefoltert worden war - meine Zeugenaussage und die meines Freundes wurden als null und nichtig behandelt. Sie bestanden darauf, daß ich meine Wohnung beschreibe, welches Reinigungsmittel ich verwendete, mindestens viermal fragten sie mich, ob ich wirklich keinen Gasherd gehabt hätte (warum?), dann Fragen im Stile: „Und was nehmen sie zum Bumsen?“, „Womit reinigen sie sich ihre Scheide? Sie reinigen sich doch wohl die Scheide...“

Als ich sie am Ende der „Untersuchung“ fragte, ob sie eine Idee hätten, wodurch meine Verbrennungen verursacht sein könnten, antworteten sie mir: „Selbst wenn wir es wüßten, würden wir es ihnen bestimmt nicht sagen!“ - Ja, es muß wirklich ein schweres Verbrechen sein, das ich begangen habe, um mich so behandeln lassen zu müssen: ich habe die „Freiheit“ gehabt, mich foltern zu lassen, nachdem ich mich von den Bullen habe entführen lassen... (Mein Chef scheint übrigens die gleiche Überlegung angestellt zu haben: er hat mir dafür meinen Arbeitsplatz gekündigt.)

Aber die Herren Gerichtsmediziner haben nicht nur mir ihre Schlussfolgerungen nicht mitgeteilt, sondern sie haben ihren Bericht auch nicht an den Richter geschickt, obwohl es „normalerweise“ eine Frist von zwei Monaten hierfür gibt. Nach einem Jahr des Wartens und mehrerer schriftlicher Anfragen seitens meiner Anwältinnen beim Richter, uns endlich den Bericht der Gerichtsmedizin zu beschaffen, wurde ich von ihnen erneut vorgeladen, um meine „Akte abschließend zu vervollständigen“.

Interview mit dem Sozialistischen Frauenbund Westberlin (SFBW)

Im Dezember 1979 hatten wir die Gelegenheit, mit Petra, Uschi, Isabell, Marliese und Elsa vom „Sozialistischen Frauenbund Westberlin“ (SFBW) ein Interview zu machen. Der SFBW entstand 1972 aus dem Westberliner „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“, hat heute etwa 100 Mitgliederinnen und gibt ungefähr alle 4 Monate eine Zeitung namens „PELAGEA“ heraus.

Frage: Der SFBW ist aus dem „Ak-

tionsrat zur Befreiung der Frau“ entstanden - der ersten autonomen Frauengruppe in der BRD -, der von Frauen aus dem SDS gegründet wurde. Ihr seid damit die erste und einzige sozialistische Frauenorganisation der BRD und Westberlins. Welche Diskussionen führten zu Eurer Gründung? Könnt Ihr etwas zu Gruppenaustritten anderer politischer Strömungen aus dem „Aktionsrat“ sagen? Gibt es im SFBW auch heute noch ähnlich unterschiedliche Auf-

fassungen?

Isabell: Also, ich beziehe mich jetzt nur mal auf die Geschichte. Da war es so, daß eine Trennung entstanden ist zwischen den sog. „Theorie-Frauen“ auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Frauen, die mehr orientiert waren auf praktische Aktionen und auf Gefühle ausleben, Gefühle füreinander haben und zeigen - ich glaub, die wurden „Die Müttergruppe“ genannt, weil das nämlich



auch Frauen mit Kindern waren. Dann haben sich diese „Mütter-Frauen“ zusammengetan, es waren ganz wenige und haben „Brot und Rosen“ gegründet. Heute existieren sie noch als Restchen über die Zeitschrift „Frauen und Film“; u.a. sind Helke Sander und Sarah Schumann dabei.

Frage: Könnt Ihr in Abgrenzung zu den sog. „Mütter-Frauen“ etwas zu Euren Vorstellungen sagen? Warum habt Ihr Euch den Beinamen „Sozialistisch“ gegeben?

Uschi: Das resultiert u. a. daraus, daß dieser „Aktionsrat“ aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist, d.h. da waren schon politisch interessierte und engagierte Frauen drin, so daß der Schritt, die Frauenbefreiung und die Frauenbewegung mit einer sozialistischen Zielrichtung zu begreifen, eigentlich nicht so weit war.

Frage: Und warum habt Ihr dazu eine Frauenorganisation gegründet und Euch nicht beispielsweise einer linken Gruppierung angeschlossen?

Uschi: Nun, es ist eine Erfahrung gewesen, daß in den linken Studentengruppen zwar Frauen drin waren und auch den Willen und Wunsch hatten, die Gesellschaft zu verändern, daß es aber nichtsdestotrotz unglaublich schwer war, gegen die Vorherrschaft des Mannes, die Dominanz in der Aneignung von politischem Wissen, anzukommen. Das machten eben Männer, während Frauen Protokolle und Flugblätter tippten, das Mechanische machten.

Isabell: Es war quasi der zweite Schritt. Die Politisierung war vorher schon durch die Arbeit im SDS vorhanden und dann kam halt noch das Frauenproblem dazu, und dadurch wurde klar: es muß sowohl politisch als auch frauenspezifisch sein.

Frage: Und wie ist das heute? Ist der SFBW völlig einheitlich oder gibt es da auch noch bestimmte Strömungen?

Petra: Ich glaub, es wäre ganz schlimm, wenn man heute von einer Organisation behaupten würde, sie wäre grundsätzlich einer Meinung. Es ist abhängig von den gerade aktuellen, wenn man heute von einer Organisation behaupten würde, sie wäre grundsätzlich einer Meinung. Es ist abhängig von den gerade aktuell anstehenden Problemen, wie weit die Meinungen auseinandergehen. Wenn es z.B. jetzt um den § 218 geht, merkt man, daß man wieder viel stärker einer Meinung ist; bei anderen tagesspolitischen Ereignissen geht es wieder viel stärker auseinander.

Isabell: Man könnte aber vielleicht einen Dauerkonflikt benennen, und das ist der zwischen den sogenannten „Kopf“- und „Bauch“-Frauen. **Uschi:** Es ist immer ein Konflikt und wird es wohl auch immer bleiben, weil diese beiden Strömungen Sachen sind, wo sich zum einen Frauen rausentwickeln wollen, zum anderen sich aber im Laufe der Zeit und durch die Erziehung Sachen angeeignet haben. D.h. das ist ein Konflikt, der den Konflikt „Frau insgesamt“ widerspiegelt. Wir kriegen laufend wieder neue Frauen rein, die mit dem „feministischen Touch“ behaftet sind.

Frage: Welche Kritik habt Ihr am Feminismus? Seht Ihr Berührungspunkte mit Feministinnen, strebt Ihr eine Zusammenarbeit mit ihnen an und an welchen Fragen hat es eine solche Zusammenarbeit vielleicht schon gegeben, bzw. worin seht Ihr die Gründe eines Scheiterns solcher Zusammenarbeit?

Marliese: Also, Berührungspunkte sehen wir schon. Wir haben z.B. letztes Jahr versucht, mit dem Frauenzentrum zusammenzuarbeiten; das ist daran gescheitert, daß die uns absprechen, daß wir autonom sind.

Uschi: Allein die Tatsache, daß sie sich mit Frauenproblemen im besonderen beschäftigen, ist schon ein Berührungspunkt. Man muß natürlich versuchen, mit den Organisationen, die überhaupt Frauen aktivieren, die begriffen haben, daß eine spezifische Art der Unterdrückung von Frauen vorhanden ist, zusammenzuarbeiten, einfach, um die Kräfte zu stärken. Zum anderen muß man ja sehen, daß das, was sich „Feminismus“ nennt, ein Konglomerat ganz verschiedener Strömungen ist. Wenn das Kräfteverhältnis im feministischen Lager günstig ist, trifft man auf eine ganze Menge Frauen, die die gleichen Interessen haben, die sich politisch engagieren, die Frauenunterdrückung als politische Frage begreifen.

Frage: Könnt Ihr konkrete Beispiele für solche Versuche der Zusammenarbeit nennen und daran ausführen, warum Feministinnen z.B. solche Zusammenarbeit ablehnen, weil sie

Euch nicht als autonome Frauengruppe akzeptieren?

Petra: Ein sehr wichtiger Faktor dabei ist, daß sie uns vorwerfen, wir würden die Frauenfrage nur als Nebenwiderspruch des Hauptwiderspruchs „Klassenfrage“ sehen. Das ist das erste Argument, das immer kommt. Wenn sie politisch aktiv sind, sind sie in der Gesellschaft aktiv, ohne dabei die Klassenfrage zu berücksichtigen, und in dem Moment, in dem wir diese miteinbeziehen, sind wir für sie eben keine autonome Frauenorganisation mehr.

Uschi: Noch ein konkretes Beispiel: Wir haben vor kurzer Zeit eine Aktion gegen Frauenarbeitslosigkeit gemacht. Das ist ein Punkt, von dem wir dachten, daß er auch eine ganze Menge Frauen der feministischen Richtung interessieren würde. An diesem Punkt haben wir zwar mit einer ganzen Reihe von Frauengruppen zusammengearbeitet, bis hin zu einem gemeinsamen Kongreß, aber der ganze Bereich um das Frauenzentrum herum konnte von uns nicht einbezogen werden, weil – so haben sie das begründet – wir z.B. mit Gewerkschafts-Frauen und nicht-autonomen Frauenorganisationen wie den Jusos-Frauen zusammenarbeiten. Daran zeigt sich, an welchen Punkten sie Autonomie festmachen, nämlich nicht, ob man sich unabhängig von politischen Organisationen zu punktuellen Bündnissen entschließt, sondern sie sagen: es ist uns ganz egal, ob das vernünftige Forderungen sind, wir ziehen auf jeden Fall die Sache allein durch.

Petra: Das war jetzt der globale Aspekt der Begründung, es gibt aber auch noch weitergehende Gründe. Sie haben uns von vornherein vorgeworfen: Arbeitslosigkeit bei Frauen, das gibt es gar nicht. In dem Moment, wo sie für Lohn für Hausarbeit eintreten, heißt das für sie, daß die Frau ja nie ohne Arbeit ist, das Problem der Arbeitslosigkeit stellt sich somit nicht. **Uschi:** Darauf haben wir uns aber eingelassen und gesagt, gut, dann nennen wir es „gegen Frauenerwerbslosigkeit“. Wir wollten es nicht an dem Begriff „Arbeit“ festmachen; obwohl wir eine andere Definition von Arbeit haben.

Frage: Welche Kritik habt Ihr am Feminismus?

Petra: Ich würde sagen, der Hauptkritikpunkt ist die Nichtberücksichtigung der Klassenunterschiede. Wenn sie einfach sagen, „Frauen, solidariert Euch alle“, und dann ist es egal, ob das z.B. Frau Henkel ist. Oder z.B. jetzt die Frauenpartei; das stellt zwar schon ein gesellschaftspolitisches Engagement dar, aber eben nicht weit genug, der Klassenwiderspruch wird nicht einbezogen bzw. sogar negiert. Und wenn, dann gibt's eben diesen Streit: Wer war zuerst da, die Henne oder das Ei? Ist nun der Kapitalismus aus dem Patriarchat oder das Patriarchat aus dem Kapitalismus entstanden?

Uschi: Das halte ich aber insofern für eine müßige Frage, weil es die Frauenunterdrückung vor dem Kapitalismus gab. Die Frauenunterdrückung ist älter als der Kapitalismus; von daher kann man nicht sagen, daß die Frauenunterdrückung durch den Kapitalismus entstanden ist.

Petra: Ja, sicher, aber sie sehens noch weiter zurück, in der Entstehung der Besitzformen, daß sich Privatbesitz gleichzeitig mit patriarchalischen Strukturen manifestiert hat. Und wenn man von den ersten Warenbeziehungen ausgeht, die sich dann bis zum Kapitalismus hin entwickelt haben, dann stimmt's schon.

Isabell: Vielleicht noch ein Beispiel, wie sich diese unterschiedliche theoretische Herangehensweise praktisch äußert: Sie haben es ja geschafft, das Frauenhaus hier zu erkämpfen. Das ist eine unheimlich gute Sache. Der Haken ist aber daran, u.E., daß es nicht reicht, sich ein Frauenhaus zu erkämpfen, sondern daß man sich langfristig dafür einsetzen muß, daß ein Frauenhaus überflüssig wird, d.h. daß Verhältnisse bestehen, wo es keine geschlagenen Frauen mehr gibt. Wir meinen, daß das Frauenzentrum diese langfristige Perspektive nicht mitberücksichtigt, sondern eigentlich nur auf die momentanen Probleme eingeht – weshalb sie auch so erfolgreich sind – und damit auf der Ebene des „Symptom-Kuriers“ steckenbleiben. Von daher wäre ein Zusammengehen unheimlich gut!

Uschi: Das wäre das eine. Zum anderen weiß ich aber nicht, warum ich

als Frauenorganisation Sozialarbeit leisten soll. Ich finde diese Arbeit ungeheuer wichtig und sage nicht, es solle keine Frauenhäuser oder Krankenhäuser geben, oder keine Aktionen gegen das Schlagen von Kindern; aber es ist m.E. keine zentrale Aufgabe einer Frauenorganisation, sich um Sozialarbeit zu kümmern.

Petra: Ja, ausschließlich darum.

Uschi: Nein, auch nicht nicht-nur-ausschließlich. Ich würde tatsächlich sagen, es ist Sozialarbeit und zwar im positiven Sinne; aber deswegen bin ich nicht in einer Frauenorganisation; das ist keine Möglichkeit, die Frauenunterdrückung abzuschaffen. Wenn fünf Frauen in einem Frauenhaus sind, ändert das noch nichts daran, daß hier die Strukturen offenbar so sind, daß man(n) Frauen schlagen muß.

Petra: Aber das ist doch ein bißchen zu einseitig. Obwohl sie als Frauenorganisation so an aktuelle Probleme herangehen, bewirken sie nichtsdestotrotz gleichzeitig eine Öffentlichkeitsarbeit, indem sie andere Frauen mobilisieren; und in dem Augenblick haben sie als Frauenorganisation für mich wieder die Berechtigung, solche Aktionen zu starten.

Uschi: Das sind nicht die politischen Aufgaben, die ich in einer Frauenorganisation suche.

Petra: Aber ich sehe trotzdem eine politische Wirkung in ihrem Tun.

Isabell: Aber da verwechselst Du zwei Sachen. Auf der einen Seite den Effekt, den sie vielleicht noch auslösen, auf der anderen Seite aber ihren Anspruch. Und Du kannst ja nicht ihren Anspruch rechtfertigen, nur weil Du siehst, sie kommen gut in der Bevölkerung an.

Petra: Ich habe auch nur von ihrem Effekt geredet, und der ist z.T. eine Berechtigung für ihre Existenz und ihr Tun, auch wenn in ihrem Tun die langfristige Perspektive fehlt.

Frage: Eine ziemlich verbreitete und

PELAGEA

MATERIALIEN ZUR FRAUENEMANZIPATION NR. 12, A980 DM 300
Sozialistischer Frauenbund Westberlin



SOZIALISMUS - FEMINISMUS

alte Forderung der autonomen Frauenbewegung ist ja seit den § 218-Aktionen die nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Frau“. Da hat es ja oft Konflikte gerade mit linken Organisationen z.B. der DKP, gegeben, die eine Fristenregelung fordert, und der von der autonomen Frauenbewegung vorgeworfen wird, sie würden ebenfalls den Frauen das Selbstbestimmungsrecht absprechen. Wie steht Ihr zu dieser Forderung?

Isabell: Als es noch die großen Demonstrationen und die Bewegung gegen den § 218 gab, haben wir uns für die Abschaffung des Paragraphen eingesetzt. Als allerdings abzusehen war, daß eine Abschaffung nicht

durchsetzbar war, aber eine Fristenregelung in Parlament eine Mehrheit erreichen würde, haben wir uns für die Fristenregelung eingesetzt, weil wir dachten: lieber Fristenregelung als überhaupt nichts. Wir haben das quasi als Zwischenschritt begriffen.

Uschi: Aber es ist anders angekommen... Es ist z.B. gesagt worden: mit dem SFBW arbeiten wir deshalb nicht zusammen, weil sie sich an diesem Punkt gegen die Frauen entscheiden. **Frage:** Im Unterschied zu einigen Feministinnen, die den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den „Privat“-Bereich legen, meßt Ihr der Teilnahme der Frau am Produktionsprozeß die größte Bedeutung für ihre Emanzipation bei. Könnt Ihr erläutern, warum Ihr der Meinung seid, daß selbst die monotonste Fließbandarbeit besser für die Frau ist als Hausarbeit, weil sie dadurch zum gesellschaftlichen Fortschritt beiträgt? (PELAGEA Nr. 4, Okt. 77). Glaubt Ihr nicht, daß solch eine Argumentation gerade Arbeiterinnen und Hausfrauen eher abschreckt? Und wird das nicht auch an Eurer eigenen Zusammensetzung deutlich?

Marliese: Daß wir kaum Arbeiterinnen und Hausfrauen ansprechen, hängt nicht mit dem Konzept des SFBW's zusammen, sondern liegt an dem generell geringeren Organisationsgrad von Arbeiterinnen und Hausfrauen überhaupt.

Frage: So allgemein ist das natürlich richtig, aber es kommt ja auch darauf an, wie sehr man sich bemüht, Arbeiterinnen und Hausfrauen anzusprechen. Und angesichts der Tatsache, daß gerade Fließbandarbeit von Frauen nicht gemacht wird, weil sie es befriedigend finden, sondern weil es für die Familie finanziell notwendig ist, und weil viele Frauen sicher lieber heute als morgen wieder damit aufhören und „Nur-Hausfrau“ sein wollen, frage ich mich, ob solche Aussagen Arbeiterinnen und Hausfrauen nicht ziemlich abschrecken?

Uschi: Das stimmt nicht. Gerade diese Frauen sind es, im Gegensatz zu

mit, nicht vom Mann abhängig sein zu wollen. Die mittelständischen Frauen können dagegen mit diesen Problemen viel besser umgehen – wir haben das alles in einer Untersuchung über psychische Folgen der Arbeitslosigkeit herausgefunden. Das ist ein Punkt; weiterhin ist es so, daß ohnehin der Anteil von Arbeiterinnen zugunsten von Angestellten immer mehr abnimmt. Das ist keine Erklärung dafür, warum wir keine Arbeiterinnen im SFBW haben, sondern zeigt nur, daß es wesentlich ist, ganz viele Frauen unabhängig davon, ob sie nun Arbeiterinnen oder Angestellte sind, anzusprechen.

Marliese: Nochmal zu der eigentlichen Frage nach der Bedeutung der Teilnahme am Produktionsprozeß für die Emanzipation der Frau: Wenn man arbeitet, muß man auch mit anderen zusammenarbeiten und dann sieht man auch die Mängel und kann gemeinsam dagegen Widerstand leisten. Der „Privat“-Bereich, an dem die Feministinnen ansetzen, ist dagegen ein Bereich, in dem man nur individuell etwas verändern kann, sodaß sich grundsätzlich an der Stellung der Frau in der Gesellschaft nichts verändern kann.

Uschi: Wir gehen davon aus, daß der Mensch ein wesentliches Bedürfnis nach Produktivität hat, sowohl als Mann als auch Frau, nach Arbeit, gemessen am gesellschaftlichen Stand. Das ist in unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr Arbeit, wie sie die Hausfrau tut – eine Arbeit, die aus vielen Einzeltätigkeiten besteht und die sie auch noch völlig isoliert ausführt, sondern z.B. Kooperation, miteinander arbeiten, aufeinander angewiesen sein. Das sind ganz wesentliche Bedürfnisse des Menschen. Das ist natürlich gerade bei Fließbandarbeit nur schwer nachzuvollziehen, warum gerade dies eine Sache sein soll, die dem menschlichen Bedürfnis entspricht. Nichtsdestotrotz ist es zum einen nicht möglich, diese Zusammenarbeit in der Hausarbeit zu verwirklichen; andererseits kann niemand sagen: wir als Frauen warten solange, bis es diese miese Arbeit nicht mehr gibt, und dann gehe ich hin und mache nur noch tolle Arbeiten; das ist ein stark ungesellschaftlicher Standpunkt, bei dem man gehe ich hin und mache nur noch tolle Arbeiten; das ist ein stark ungesellschaftlicher Standpunkt, bezogen auf die anderen Menschen, die diese Arbeit heute verrichten. Und zum dritten wird die Frau aus der Entwicklung, die ein Mensch durch Arbeit erfährt, praktisch herausgehalten durch solche Argumentation. Selbst wenn es nur noch ganz tolle Arbeit geben würde, würden sich Frauen dann nicht mehr im Produktionsprozeß zurechtfinden.

Frage: Ist das auch die Begründung, warum Ihr gegen „Lohn für Hausarbeit“ seid und meint, diese Forderung sei reaktionärer als die nach „Erziehungsgeld“ von der CDU?

Marliese: Wenn wir sagen, daß Hausarbeit einen bestimmten Zustand festhält, daß die Frau sich überhaupt nicht entwickeln kann, immer wieder das Gleiche macht, würden wir ja durch „Lohn für Hausarbeit“ diesen Zustand stabilisieren. So könnten Mann und Kinder mit dem Argument „Du wirst ja dafür bezahlt“ verlangen, nichts mehr im Haushalt zu tun.

Isabell: Wobei dem dann sofort von anderer Seite entgegengehalten wird, es sei ja kein „Hausfrauenlohn“, sondern „Lohn für Hausarbeit“, ebenso gut kann der Mann diese Arbeit tun, oder beide wechseln sich ab. Wenn sich beide abwechseln, gilt für Mann und Frau die Behinderung der menschlichen Entwicklung und von daher kann das immer noch kein Grund dafür sein. Und dann sind es auch nicht so sehr die inhaltlichen, auch durchaus produktiven Tätigkeiten, wie z.B. Nähen, Kuchen backen etc., sondern mehr die Form, in der das passiert, in der Privatheit, Isoliertheit, ja damit Ungesellschaftlichkeit. Damit kann das Bedürfnis nach vielfältigen menschlichen Beziehungen, was ja auch über Arbeit vermittelt ist, nicht befriedigt werden.

Frage: Stellt ihr dann eher Forderungen auf, wie daß Hausarbeit vergesellschaftet werden sollte, und sollten solche vergesellschafteten Arbeiten dann bezahlt werden?

Uschi: Das wird ja heute schon bezahlt und gesellschaftlich erledigt, wie z.B. Wäschereien, Kindergärten etc. zeigen. Hausarbeit, wie sie heute gemacht wird, ist wirklich ein Überbleibsel aus vergangenen Zeiten.

Isabell: An die Forderungen nach Berufstätigkeit für Frauen sind gleichzeitig immer Forderungen nach Veränderung der Arbeitsbedingungen geknüpft, wie „Gleicher Lohn für

gleiche Arbeit", daß die Arbeitsplätze verbessert werden, regelmäßige Weiterbildung ...

Frage: Aber es ist doch schon absehbar, daß gerade typische Frauenarbeitsplätze, sei es Fließbandarbeit, Sekretärinnenfunktionen etc., zunehmend der Rationalisierung zum Opfer fallen, so daß wir in Zukunft einfach objektiv immer mehr „Nur-Hausfrauen“ haben werden. Haben diese Frauen dann nicht auch ein Anrecht z.B. auf eine ökonomische Unabhängigkeit von ihrem Mann? Ist die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ nicht gerade angesichts dieser Tatsache eine Möglichkeit, diese Frauen in einen Kampf für die Emanzipation der Frau einzubeziehen?

Petra: Aber wenn Du diese gesellschaftliche Entwicklung, daß immer mehr heraus aus dem Produktionsprozeß herausgedrängt werden, als Argument anführt, zementierst Du doch gerade diese private Form von Arbeit im Haushalt. Stattdessen kannst Du doch fordern, daß alle Frauen berufstätig werden müssen, zusammen mit der Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, und so viel weiter gehen. Man kann auch heute nicht mehr überall gegen Rationalisierung sein, weil sie auch menschenunwürdige Arbeit abschafft. Man muß dann eben fordern, daß alle Menschen unter besseren Bedingungen arbeiten, länger zur Schule gehen, daß jeder die gleiche Chance erhält, einen qualifizierten Beruf zu erlernen; der gesellschaftliche Fortschritt muß eben gleichberechtigt auf alle verteilt werden. Dazu gehört auch die Arbeitszeitverkürzung für alle, wodurch jede(r) einen Arbeitsplatz erhält. Es muß nicht so sein, daß die Frau durch zunehmende Rationalisierungen an Heim und Herd zurück muß.

Frage: Könnte man nicht eine Parallele zu Eurer Forderung nach der Fristenregelung ziehen, wo Ihr gesagt habt, es sei ein Zwischenschritt zur endgültigen Abschaffung des § 218?

Uschi: Das ist ein Unterschied. Die Fristenregelung geht in die gleiche Richtung wie das eigentliche Ziel. Dagegen geht die Zementierung des Hausfrauendaseins von der eigentlichen Zielrichtung weg. Wenn man sagt, die Arbeiterinnen gehen deshalb arbeiten, weil das Geld für die Familie sonst nicht ausreicht, und sollen nun die Hausarbeit bezahlt bekommen, fordert man sie auf, einen Schritt zurück zu gehen. Andererseits sehe ich es überhaupt nicht ein, den Frauen, die es sich leisten können, zu Hause zu bleiben, dafür auch noch zusätzlich Geld zu geben.

Frage: Feministinnen sehen in dem Widerspruch zwischen Mann und Frau den entscheidenden Wider-

Frage: Feministinnen sehen in dem Widerspruch zwischen Mann und Frau den entscheidenden Widerspruch überhaupt. Welche Bedeutung meßt Ihr der Unterdrückung durch den Mann bei? Wie drückt sich das in Eurer Arbeit inner- oder außerhalb des SFBWs aus?

Isabell: Das macht sich schon an der Zielsetzung des SFBW fest. Wir organisieren uns unter Frauen, um in diesem Freiraum ohne Männer zu lernen, handlungsfähig zu werden, so daß wir in allen Bereichen, auch in denen, wo wir mit Männern zu tun haben, durchsetzungsfähig sind. Und dieses Ziel, daß jede einzelne diese Handlungsfähigkeit lernt, ist ein Eingehen auf den Mann-Frau-Widerspruch.

Frage: Dabei wird Euch oft von der autonomen Frauenbewegung vorgeworfen, Ihr würdet Euch den herrschenden männlichen Normen anpassen?

Petra: Das erscheint vielleicht so. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß das gesellschaftlich akkumulierte Wissen aufgrund von Arbeitsleistung etc. sich hauptsächlich noch in den Händen (Köpfen) der Männer befindet, und wir da schon sagen: Warum sollen wir da nicht dem Mann gleich sein? D.h. der Mann hat sich aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung über Jahre hinweg Wissen aneignen können und da müssen wir dem Mann gleich sein. Wir müssen den gleichen Stand erreichen, und das ist bei den Frauen viel nachzuholen.

Frage: Ich würde im Zusammenhang mit dem Produktionsbereich gern noch von Euch wissen, welchen Stellenwert Ihr in Gewerkschafts-Frauenarbeit seht? Viele Frauen, die aus dem SFBW ausgetreten sind, haben in Gewerkschaften Frauenarbeit gemacht. Welche Erfahrungen habt Ihr damit, gerade wo eine spezifische

Frauenarbeit bei den Gewerkschaften keineswegs selbstverständlich ist?

Petra: Es ist natürlich so, daß Frauen, die berufstätig geworden sind, in Gewerkschaften aktiv wurden und dann das Problem hatten, bleibe ich nun im SFBW oder arbeite ich in den Gewerkschaften. Es ist eine Frage der Kräfte, mehrere Sachen gleichzeitig zu machen.

Isabell: Es läuft aber nur über die Einzelinitiative von Frauen. Es gibt kein organisiertes Eingreifen des SFBW in die Gewerkschaften.

Uschi: Es ist allerdings eine Gruppe zu Frauenarbeit in Gewerkschaften in Gründung. Im Moment sieht unsere Arbeit auf dem Gebiet so aus, daß wir versuchen, engen Kontakt zu Frauengruppen in Gewerkschaften zu halten. Im Rahmen unseres Kongresses gegen Frauenverwerfbarkeit hat diese Zusammenarbeit sehr gut funktioniert.

Marliese: Wir arbeiten im Moment



Frauen des SFBW

recht gut mit ÖTV-Frauen zusammen. Mit der GEW, weil viele von uns in der GEW organisiert sind. Dort gibt es aber z.B. keinen Frauenausschuß.

Uschi: Und der Vorsitzende des Frauenausschusses in der ÖTV ist ein Mann.

Petra: Ich wollte dazu noch mal ein Beispiel nennen. Als ich vor drei Jahren in den SFBW mitgetreten bin, bin ich in die Gruppe „Gewerkschaft“ gegangen, wir waren alle berufstätig: Sekretärinnen, Zeichnerinnen usw., und es fand ein Austausch über Frauenarbeit auf gewerkschaftlicher Ebene statt. Diese Gruppe hat sich inzwischen aufgelöst und alle Frauen sind jetzt voll engagiert und z.B. Betriebsrätinnen geworden. Leider läuft zwischen ihnen und dem SFBW kein Erfahrungsaustausch mehr, auch wenn alle dem SFBW sehr wohlgesonnen sind.

Frage: Viele Frauen haben den SFBW mit der Kritik verlassen, daß er nur „Durchlaufröhre“ war, d.h. sich auf reine Klassikerschulungen beschränkte und die Frauen danach in andere linke Organisationen entbzw. sich selbst überließ. Dieses Selbstverständnis hat sich verändert. Was ist heute die Funktion des SFBW?

Warum meßt Ihr die Vermittlung von gesellschaftspolitischen Wissen so große Bedeutung bei?

Isabell: Früher hat es „Kapital“-Schulungen in Seminarform gegeben, da war aber nichts Frauenspezifisches dabei. Heute gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, nach Themenschwerpunkten zusammengefasst, z. „Frau und Familie“, „Frau und Berufstätigkeit“, „Psychische Folgen der Arbeitslosigkeit“ usw. In jeder AG sind 10-15 Frauen, sie treffen sich wöchentlich. Jede AG hat eine oder zwei AG-Leiterinnen, das sind Frauen, die schon ein Jahr im SFBW sind und bereits eine AG mitgemacht haben, und die aufgrund ihrer Erfahrungen in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht so eine AG vorantreiben können. Wobei inhaltliche Entscheidungen immer von der ganzen Gruppe gefällt werden. Die AGs tagen einmal pro Monat zusammen als Plenum; dort werden alle Aktivitäten des SFBWs nach innen und ausen entschieden. Das ist sozusagen der Kernpunkt unseres basisdemokratischen Modells, wo alles von allen beschlossen wird. Weiterhin haben wir noch eine Öffentlichkeitsgruppe, in der 10 Frauen fest arbeiten. Eine

Aufgabe dieser AG ist es, den Kontakt nach außen herzustellen zu anderen Organisationen, auf Zeitschriftenartikel zu reagieren, selbst welche zu schreiben, Veranstaltungen ausfindig zu machen, hinzugehen und auch andere Frauen dazu zu mobilisieren. Hier findet auch immer eine Kopplung der AGs untereinander statt, denn aus jeder AG ist eine Delegierte dort vertreten. Damit haben wir die Möglichkeit, übers Plenum hinaus auch schnell zu reagieren und alle Frauen zu informieren, da diese Öffentlichkeits-AG wöchentlich tagt.

Uschi: Ganz wesentlich finde ich diese Doppelfunktion des SFBW: Einerseits die Frauen nach innen zu stärken, handlungs- und einflussfähig zu machen, und andererseits zu lernen, nach außen zu treten. Dabei merken wir auch – um noch mal auf das Arbeiterinnen-Problem zurückzukommen – daß nicht nur die Arbeiterinnen es sind, die sozusagen die Weltrevolution verhindern, sondern alle Frauen viele Dinge nicht können,

mal versucht, eine ähnliche Aktion für Schulabgängerinnen zu machen. Wir haben dabei allerdings gemerkt, daß wir die Schulabgängerinnen falsch angesprochen haben. Wir wollten auf der Veranstaltung mit Schulabgängerinnen Gründe diskutieren, warum sehr viele von ihnen nur Anlernberufe oder gar keine Berufsausbildung machen, und welche Möglichkeiten bestehen, da raus zu kommen, natürlich konnten wir denen keine Lehrstelle vermitteln. Wir haben versucht, die SchülerInnen über Gewerkschafts-Vertrauenslehrer anzusprechen, und das hat nicht geklappt. Wir hätten sie schon direkt ansprechen müssen; es ist kaum eine Schulabgängerin zur Veranstaltung gekommen.

Jetzt soll es im SFBW eine AG geben, in der mit Mädchen zusammen über ihre Probleme und Erfahrungen gesprochen werden soll, was dann in Form eines Mädchenbuches veröffentlicht werden soll.

Uschi: Eine weitere Möglichkeit für uns, nach außen zu treten, ist, neben 1. Mai und 8. März, die jährlich stattfindende Sommeruniversität für Frauen. Wir bemühen uns, uns dort einen Platz zu erkämpfen. Dieses Jahr sollten wir zunächst nicht daran teilnehmen, haben dann aber unser Thema verändert; das sah so aus, daß wir erst etwas zu Frauenarbeitslosigkeit sagen wollten und dann etwas zu Beziehungen zwischen Lesben gesagt haben, was uns schwer fiel, weil das kein ständiges Arbeitsgebiet von uns ist. Mit diesem Thema haben wir dann eine Veranstaltungsmöglichkeit bekommen. Auf den beiden Sommerkursen davor haben wir ebenfalls Veranstaltungen gemacht. Daneben gibt's noch unser Öffentlichkeitsorga, die PELAGEA.

Petra: Die PELAGEA hat etwa 150 Abonnentinnen, darunter einige Büchereien in der BRD.

Uschi: Wir haben eine Auflage von 2000 und erscheinen viermal im Jahr. Wir verkaufen die nicht innerhalb der drei Monate, sondern praktisch laufend. Die Nr. 4 (1977) gibt's fast nicht mehr.

Petra: Wir haben einmal einen Verkauf zusammen mit Theater und Sketchen auf dem Kurfürstendamm gemacht. Dabei haben wir innerhalb kurzer Zeit etwa 100 Zeitungen verkauft.

Frage: Im SFBW werden bestimmte Anforderungen an die Frauen gestellt. Nach einer gewissen Zeit muß jede Frau ihre erlernten Fähigkeiten weitergeben, indem sie selbst eine AG anleitet; Frau muß eingreifen und sich für den ganzen SFBW verantwortlich fühlen. Meint Ihr nicht, daß diese Anforderungen einen ziemlich großen Druck auf die Frauen ausüben und zu Hierarchiebildung führen könnten? Oder fühlen sich die Frauen zu diesen Anforderungen einen ziemlich großen Druck auf die Frauen ausüben und zu Hierarchiebildung führen zwischen „Neuen“ und denen, die „geschafft“ haben? Bereits 1974 hat es ja Kritik an hierarchischen Strukturen im SFBW gegeben, besonders Fr. wurde als „Führerfrau“ angegriffen?

Petra: In der heutigen Gesellschaft, wo alle Menschen so unterschied-

lich entwickelt sind, kann es nicht ausbleiben, daß es für andere so erscheint, als gäbe es eine Hierarchisierung. Wenn neue Frauen in den SFBW kommen und das erste Mal andere Frauen, die schon länger dabei sind, erleben, was will man da gegen den Eindruck, es gäbe eine Hierarchie, sagen?

Uschi: Natürlich gibt's diese Hierarchie auch wirklich.

Frage: Euch wird ja von der autonomen Frauenbewegung vorgeworfen, Ihr fördert diese Hierarchie durch Eure Struktur.

Uschi: Nein, das ist nicht so. Der Anspruch ist so, daß Wissen, was sich angeeignet wird, verallgemeinert werden und nicht im machtpolitischen Sinne gegen andere verwandt werden soll. Diese Hierarchie soll so abgebaut werden, daß es selbstverständlich eine Elite von allen Frauen geben soll, wenn man das so sagen kann.

Elsa: Da ist zwar eine Hierarchie, aber wir tun alles, daß sie nicht bestehen bleibt. Es ist einfach eine ständige Schwierigkeit, auch in anderen Organisationen. Ich glaube, Frauen, die neu in den SFBW kommen, sehen Frauen, die schon länger drin sind, als ziemlich stark an, genauso wie Männer; mir ging es früher auch so. Andererseits ist auch für die Frauen, die schon länger drin sind, ein Problem, daß sie denken, schon ein Stück geschafft zu haben und stolz darauf sind, was ja auch richtig ist. Ich hatte dann aber z.B. als Schulungsleiterin die Schwierigkeit, durchscheitern zu lassen, daß soetwas durchaus aufholbar ist und das man noch nicht alles weiß.

Marliese: In diesem Zusammenhang ist unsere nächste Plenardiskussion interessant, weil wir über die Frage sprechen wollen, wie wir untereinander ein Vertrauen, in erster Linie in den AGs, entwickeln können – ist es unter Frauen automatisch schön und behaglich, oder reicht dazu nur „Frau-sein“ nicht aus –, welche Funktion AG-Leiterinnen haben, ob sie sich autoritär verhalten... Wir versuchen also, durch eine Reflexion dieses Problems es ein Stück zu lösen.

Elsa: Es ist ja bei jeder Organisation das Problem, wie weit man sich als Individuum mit der Organisation identifiziert. Was will ich vom SFBW und was macht „der SFBW“ mit mir? Und man empfindet das dann als fremdbestimmt, wobei Frauen dann den besonders hohen Anspruch haben – und den finde ich auch richtig – sich direkt mit möglichst vielen Zielen des SFBW identifizieren zu wollen, um motiviert arbeiten zu können. Es ist unheimlich schwer, aber wirklich der einzige Weg, – sich direkt mit möglichst vielen Zielen des SFBW identifizieren zu wollen, um motiviert arbeiten zu können. Es ist unheimlich schwer, aber wirklich der einzige Weg.

Und wir haben es wenigstens schon geschafft, kontinuierlich darüber zu reden.

Wir danken Euch für dieses Gespräch.

(Das Interview machte eine Genossin der AG Frauen/KB Hamburg)

Braunschweig:

Frauentag an der Fachhochschule

„Fraueninitiativarbeit in Stadt und Land – ein Thema für die Sozialarbeit?“

Mit dieser Diskussionsveranstaltung am Vormittag wurde das Programm eingeleitet. Die Arbeitsgruppe des Frauenreferats „Frauenprojekt an der Fachhochschule“ hatte als Referentinnen Vertreterinnen des Landfrauenverbands, der Frauengruppe Peine und Edda Jansen, die in Dortmund in einer Stadtteilarbeit mit Arbeiterfrauen tätig ist, eingeladen.

„Warum macht Ihr Frauenarbeit – wie spricht Ihr Frauen an – Hilfe zur Selbsthilfe oder Stellvertreterpolitik – Selbsterfahrung und/oder politisches Handeln?“. 85 Frauen und Männer waren gekommen, um sich unter diesen Fragestellungen über die vorgestellten Arbeitsfelder zu informieren. So berichteten die Landfrauen über die Situation und Akti-

vitäten der Frauen in den ländlichen Gebieten um Braunschweig; die Frauengruppe Peine stellte ihre Seminarartigkeit an der Volkshochschule und ihr Engagement im Peiner Frauenhausverein vor. Edda Jansen beschrieb die Frauenstadtteilarbeit in Dortmund, die sich durch ein breites Spektrum von Frauenaktivitäten auszeichnet: Mitarbeit in Initiativen gegen den Abriss der Zechensiedlungen, ständige Arbeit der Frauen an sich selbst, um ihre Interessen dort selbst einzubringen und nicht immer die Männer reden zu lassen, Forderungen nach Verbesserung der Infrastruktur im Stadtteil, Diskussion über Lohn für Hausarbeit und Hausfrauengewerkschaft.

Lebhaft wurde die Diskussion an der Frage: „Wie können gerade in einer solche Arbeit die Männer miteinbezogen werden, können wir ihnen ein Verständnis für Frauen-



aktivitäten geben?“. Abschließend faßte Edda Jansen ihre Erfahrungen zu diesem Thema zusammen: Wir Frauen haben gerade angefangen, etwas für uns zu tun. Warum sollen wir dann – unserer Rolle gemäß – uns wieder gleich über andere den Kopf zerbrechen anstatt über uns selbst?

Mit über 100 Teilnehmer/innen ging es am Nachmittag weiter. Friederike Frei las Gedichte zu den Themen „Männer-Frauen, Liebe, Sexualität, Emanzipation“. Beiträge aus dem Publikum kamen nicht zu kurz, einzelne Frauen begleiteten die Gedichte mit Gitarrenmusik, trugen eigene Gedichte vor, es wurde über das Gehörte diskutiert.

Den ganzen Tag über gab es auf Wandzeitungen Informationen über die Frauenarbeit an der Fachhochschule, eine Fotoausstellung zweier Kinderinitiativen und eine Unterschriftensammlung für das geplante § 218-Tribunal der Frauenbewegung.

Abends standen noch ein Diavortrag und ein Bericht der Braunschweiger Kinderinitiativen über ihre Arbeit und die Wichtigkeit fortschrittlicher Kindererziehung gerade für Frauen und Mädchen auf dem Programm. Weiter gab es ein Straßentheaterstück der Theatergruppe des Frauenzentrums zum Thema Mode und einen Bericht der Frauenzentrumsberatungsgruppe zum § 218-Tribunal. Mit der anschließenden Fete also ein gelungener Abend – aber:

Auch die Chauvis sind mit von der Partie ...

Einige Männer hatten das Fest mit einem ganz besonderen Verständnis besucht: „Ich bin hier, weil ich mir Frauen angucken will“, konnte frau hören, und eine Gruppe von Männern suchte sich Frauen aus, indem sie sich die Getränke verkaufenden Frauen betrachteten und sich so in der Schlange anstellten, daß sie von der Frau ihrer Wahl ihr Bier bekamen. Leider sind diese Vorfälle auf dem Fest nicht breit bekannt geworden, so daß frau keine Gegenaktionen starten konnte. Überlegt werden sollte allerdings, ob nicht bei solchen Erfahrungen ein reines Frauenfest vorzuziehen ist. Viele Frauen haben in diesen Tag und das Fest viel Energie gesteckt, identifizieren sich mit diesem Ergebnis ihrer Arbeit und müssen sich dann noch mit solcher Mißachtung ihres Angebots, auch Männer über Frauenarbeit zu informieren, auseinandersetzen!

Vorlesungsfrei am Frauentag – der Rektor sagt nein!

Vorlesungsfrei am Frauentag – der Rektor sagt nein!

„Vorlesungsfrei am 17. Januar“ hatte das Frauenreferat gefordert und dem Fachbereichsrat (FBR) einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Ein überraschend frauenfreundlicher FBR stimmte diesem Antrag zu, doch zu früh gefreut: der Beschluß mußte dem Rektor zur Genehmigung vorgelegt werden, der – mit einem Paragraphen des niedersächsischen Hochschulgesetzes – den vorlesungsfreien Tag wieder verbot. In einem Fraueninfo protestierten die Frauen gegen diese Maßnahme; am Frauentag wurden Dozenten und Studenten aufgefordert, sich gemäß ihrer Abstimmung im FBR zu verhalten und die Seminare zu verlegen. Mit vielen Wandzeitungen wurde erreicht, daß während der Veranstaltungen nur vereinzelt Seminare stattfanden.

Insgesamt gesehen war dieser Frauentag – nicht zuletzt durch die an der Fachhochschule erstmals so breite Beteiligung an Frauenaktivitäten – ein großer Erfolg und für das Frauenreferat sicherlich eine Bestätigung, die begonnene Arbeit im nächsten Semester fortzusetzen.

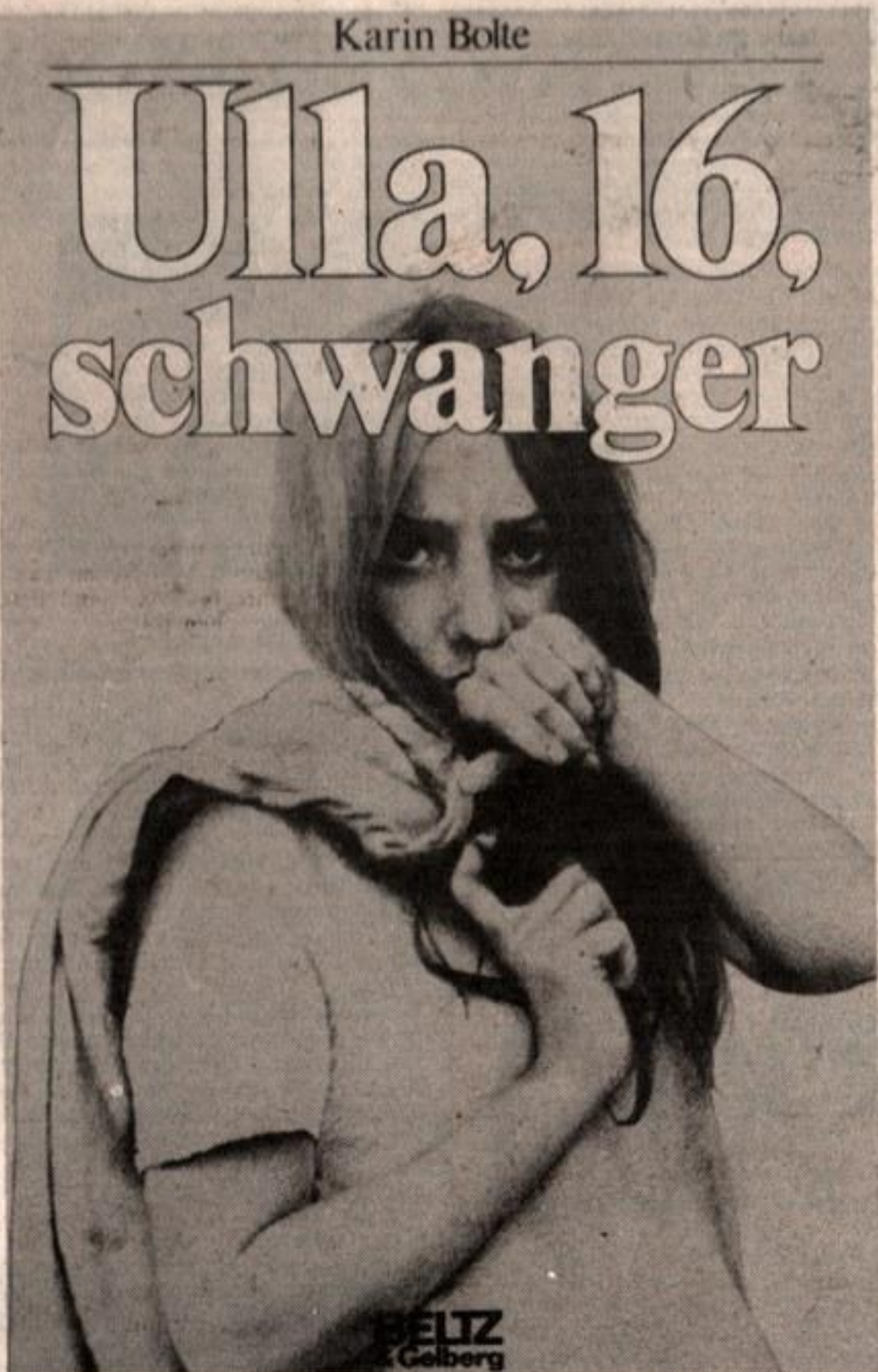
Eine Genossin aus Braunschweig

Leserbrief zu: »Chauvinistische Grauzonen im KB-Frankfurt?«

(AK 168)

Als ich die ersten Zeilen dieses Artikels gelesen hatte, dachte ich zuerst, D. (meine Freundin) hätte ihn geschrieben – so verblüffend waren die Parallelen. Ich möchte deshalb im folgenden selbstkritisch daran anknüpfen: Als sich herausstellte, daß D. (ungewollt) schwanger war, bedeutete das für sie, daß der langgehegte Wunsch nach einem Kind in Erfüllung gehen könnte. Für mich hingegen, der ich kein Kind haben wollte, ein unangenehmes Problem, mit dem ich mich auseinandersetzen mußte. Diese Sicht des „lästigen Problems“ spiegelte sich dann auch darin wider, daß ich das Ergebnis des Schwangerschaftstestes zeitungslesend-gleichgültig aufgenommen hab!

Es gab dann zwei Diskussionen in unserer Wohngemeinschaft, da D. sich nicht sicher war, ob sie das Kind



Beltz & Gelberg Verlag, 12,80 DM (im Arbeiterbuch Hamburg erhältlich)

Buchbesprechung

Karin Bolte beschreibt in ihrem neuen Buch die Geschichte der 16-jährigen Ulla. Sie ist schwanger. Ulla lebt mit der Mutter zusammen und geht noch zur Schule. Wie viele Mädchen ist Ulla nicht aufgeklärt. Daß sie mit einem Jungen schläft, gehört halt dazu, denkt sie. Die Mutter ist Ulla nicht aufgeklärt. Daß sie mit einem Jungen schläft, gehört halt dazu, denkt sie. Die Angst, schwanger zu werden, sind auch für Ulla eine böse Erfahrung. Erleichterung tritt immer mit dem besagten Tag alle 4 Wochen ein. Ein Versuch, beim Arzt sich die Pille verschreiben zu lassen, scheitert, denn sie braucht die Genehmigung der Mutter, sie ist eben erst 16 Jahre alt. Das Vertrauen ist nicht da für ein verständnisvolles Gespräch mit der Mutter, obwohl diese selbst das Opfer einer Früh-ehe geworden war. Auch sie war mit 16 schwanger, heiratete, hängte den Beruf an den Nagel und zog Ulla groß. Gesellschaftlich blieb sie isoliert, der Vater von Ulla machte sich irgendwann davon. Sein schlechtes Gewissen tilgt er mit finanziellen Mitteln.

Auf einer Trampelfahrt nach West-Berlin lernt Ulla Anne kennen; Anne merkt bald, daß Ulla schwanger ist. Anne ist 10 Jahre älter als Ulla und hat selbst eine Abtreibung hinter sich. Damals war sie 18 Jahre, der mitbeteiligte Mann verheiratet (er konnte sich gerade noch auffaffen, Geld und einen Arzt zu besorgen). Der Arzt, einer aus der Hamburger Kurpfuscherzene, kratzte ihr die Gebärmutter aus ohne Betäubung – damit die Frauen beim nächsten Mal besser aufpassen, mein-

te er zynisch. Anne versucht, mit Ulla im Auto zu reden, Ulla weiß zu diesem Zeitpunkt nicht einmal, wie oder was ein Schwangerschaftstest ist. Anne erklärt es Ulla und versucht, aus ihr herauszukriegen, ob sie das Kind haben will, und was es für sie bedeutet, ein Kind zu haben. Ulla hört zwar aufmerksam zu, versucht aber immer wieder, den Eindruck zu erwecken, daß sie das alles gar nicht so problematisch findet. Anne und Ulla verbringen noch eine Nacht in der Wohnung von Ulla's Freund in West-Berlin. Erst am nächsten Morgen erfährt Anne, daß Ulla Anne wegen der Mäuse in der Wohnung nicht gehen lassen wollte. Anne ist empört, fühlt sich ausgenutzt und läßt Ulla allein, um endlich ihren Besuch bei der Freundin anzutreten. Die Freundin aktiv in der West-Berliner-Frauenbewegung, kritisiert Anne, sie hätte Ulla helfen müssen, doch Anne wehrt sich verzweifelt. Die Freundin versucht Ulla aufzusuchen, doch Ulla ist nicht mehr da.

Wochen später, Anne ist wieder in Hamburg, sitzt Ulla eines Tages vor der Tür. Sie hat noch immer keinen Schwangerschaftstest gemacht, aber sie weiß, daß sie schwanger ist. Anne, die mit einer Frau zusammenlebt, will sofort alles nachholen, was sie in West-Berlin unterlassen hat; Ein Test bestätigt, daß Ulla ein Kind bekommt. In der Hamburger Frauenkneipe soll ein Beratungsgespräch mit einer Frau aus einer Beratungsgruppe stattfinden. Ulla fühlt sich unwohl und überhaupt fin-

det sie alles übertrieben, wie „die“ über Frauen denken. Sie versteht noch nicht, daß Anne ihr helfen will, weil sie eine Frau ist.

Die Beratungsfrau steht unter Zeitdruck und erzählt Ulla im Telegrammstil, was sie machen muß/kann, wenn sie das Kind haben will. Für alles braucht sie die Genehmigung der Mutter. Sie würde auf eine Schule für Schwangere kommen. Das Kind bekommt vom Jugendamt einen Vormund, der auch von Verwandten beantragt werden kann. Wenn das Kind da ist, kann sie in ein Mütterheim gehen, da gibt es auch eine Krippe, damit die Mütter arbeiten gehen können. Wenn der Vater des Kindes keinen Unterhalt zahlt, kümmern sich die Leute von der Jugendbehörde darum. Ulla versteht nicht, was das alles mit ihr zu tun hat, sie will doch nur das Kind haben. Die Beratungsfrau bemerkt die Unsicherheit und sagt: „So ein Kind, weißt du, wenn das erstmal entstanden ist, dann ist es keine Privatsache mehr. Es ist eben nicht deins. Viele haben da mitzureden. Und schon überhaupt wenn das Kind von einer Mutter ist, die noch nicht volljährig ist und noch nicht einmal verheiratet. Das schreit doch gerade nach Betreuung und Amtsausübung. Weißt du, als Mutter bist du nur soweit wichtig, wie du als Mutter funktionierst. Ich meine damit, daß du als Person nicht mehr wichtig bist, sondern nur noch in deiner Funktion. Ob du bist wie Mann sich Mutter vorstellt. Ist das klar?“ Ulla versteht nichts mehr. Die Beraterin rappelt noch den Weg herunter, den Ulla gehen muß, wenn sie eine Abtreibung machen will. Anne und ihre Mitbewohnerin merken bald, daß es so nicht geht. Alle reden auf Ulla ein, sie soll sich entscheiden, und keine fragt danach, was Ulla wirklich will. Die Folge ist dann auch, daß Ulla sich tagelang nicht meldet, und Anne hilflos und verzweifelt darüber nachgrübelt, wie sie Ulla helfen kann. Sie diskutiert mit vielen Frauen über Ulla, denkt darüber nach, ob sie nicht mit Ulla zusammen das Kind groß ziehen will, aber die Freundin rät ihr, in dieser Situation keine Entscheidung zu fällen.

Endlich hat Anne die „Erleuchtung“, sie findet eine Wohngemeinschaft mit Frauen und Kindern, die Ulla am liebsten gleich einquartieren würden. Aber Ulla ist verzweifelt, sie hat ihr Problem der Mutter erzählt und die ist gleich zum Jugendamt gerast, um die Vormundschaft für das Kind zu beantragen. Ulla will nicht, daß ihr Kind genau wie sie wird, sie will es anders machen. Die Mutter soll das Kind nicht haben, lieber will Ulla abtreiben. Anne und Ulla gehen auch zur Jugendbehörde, dort machen sie die verückte Erfahrung, daß die Beratung zwar von einer Fürsorgerin durchgeführt, letztlich aber von Männern entschieden wird, was mit Ulla geschieht. Die Fürsorgerin unterstützt glücklicherweise das Projekt mit der Wohngemeinschaft.

Ulla lebt in der Wohngemeinschaft und wartet auf ihr Kind. Anne beneidet sie fast, es ist ihr klar, daß dies ein Versuch ist, einem Mädchen mit 16 Jahren die Chance zu geben, ein Kind zu haben.

Das Buch „Ulla, 16, schwanger“, hat mich sehr beeindruckt. Es wird so deutlich, welche Hilfe die Frauenbewegung nicht nur für ein Mädchen haben kann, das abtreiben will, sondern auch was zu tun ist, wenn Frau das Kind haben möchte. Während ich dieses Buch las, dachte ich immer, warum treibt Ulla denn nicht ab? Ich selber habe mit 16 ein Kind bekommen, und genau das Gegenteil von Ulla erfahren müssen. Die ersten Monate verbrachte ich damit, einen Arzt zu finden, denn daß Frau ein Kind wegmachen lassen kann, wußte ich. Die sagten mir nicht einmal, daß ich die Genehmigung meiner Mutter bräuhete, sondern setzten mich gleich vor die Tür.

Die Beziehung zu meiner Mutter war nicht gerade vertrauensvoll. Endlich gegen Ende des 7. Monats (die Schwangerschaft war mir kaum anzusehen) erzählte ich ihr, daß ich schwanger war. Die Frage der Abtreibung stellte sich längst nicht mehr, aber meine Mutter war froh, als ich ihr berichtete, daß ich von zu Hause weg will und das Kind adoptieren lasse. Irgendwo hatte ich davon mal gelesen. Nur wenige Tage dauerte es und ich war mit Hilfe der Jugendbehörde in einem Mädchenwohnheim mit einer Schwangerenabteilung. Damals hatte ich fast ein Jahr meiner Lehrzeit um, und für meinen Chef war ich wohl auch keine schlechte Arbeitskraft. Darum bot er mir an, meine Schwangerschaft vor den Kunden geheimzuhalten und mich in ein anderes Geschäft zu versetzen. Es war mir eh alles egal, ich ließ mich darauf ein. Damals (es ist mehr als 10 Jahre her) war ein Mädchen, das mit 16 Jahren ein Kind bekam, total in Verruf. Ich traute mich nicht einmal, in der Berufsschule mit meinen Freundinnen darüber zu reden, daß ich schwanger war. Bis Ende des achten Monats gelang es mir, durch geschicktes Kleiden meinen Bauch zu verstecken; dann war ich eben krank für den Rest der Schwangerschaft. Als ich vier Wochen später wieder auftauchte, hatte keiner meiner Mitschüler etwas gemerkt. Nur mein Berufsschullehrer, der mich für völlig „asozial“ hielt, weil ich im Heim war, geiferte am ersten Tag: „Na, was ist es denn geworden?“

Es ließ sich nicht verheimlichen, bald war auch der Kundschaft zu Ohren gekommen, daß ich ein Kind bekommen hatte. Das allein war schon schlimm aber noch schlimmer war, daß ich es zur Adoption freigegeben hatte. Szenen einer ungeheuerlichen Diskriminierung spielten sich ab, es gab Frauen, die sich weigerten, von mir bedient zu werden. Oder fremde Leute schrien auf der Straße hinter mir her: „Rabenmutter“. Keiner fragte danach, wie es mir ging; die Heimleitung und die Verantwortlichen in der Jugendbehörde drängten mich zur Einwilligung in die Adoption, machten mir die neuen Eltern schmackhaft für mein Kind, die ich selbst nie kennenlernen sollte und deren Name mir immer unbekannt blieb.

Drei Monate nach der Geburt mußte ich mich entscheiden; einen anderen Weg konnte ich nicht finden. Ich wußte zwar, daß es Ledigenmütterheime gab, aber davon hörte ich nur Horror-Geschichten, und mein Kind sollte es doch mal besser haben als ich. Beim Notar unterschrieb ich eine Urkunde, die de facto eine für immer und ewig Verzichtserklärung

Kind sollte es doch mal besser haben als ich. Beim Notar unterschrieb ich eine Urkunde, die de facto eine für immer und ewig Verzichtserklärung für mein Kind war. Für die Bürokraten war alles erledigt, für mich nicht. Immer wieder dachte ich mir Geschichten aus, mein Kind zu suchen und es mit zurückzuholen. Die Angst, was dann werden würde und dabei allein zu sein, siegte immer wieder. Ich kann nicht sagen, wie oft ich schon gedacht habe: ein Mädchen mit 16 Jahren hat keine Rechte, die gesellschaftlichen Bedingungen erlauben ihr weder eine alleinige Entscheidung auf Abtreibung, noch ein Kind zu haben. Mit 16 kann frau zwar schwanger werden, sie findet aber nicht die Situation vor, die sie braucht, um ein Kind großzuziehen, aber eine Verzichtserklärung, die Narben hinterläßt, darf sie unterschreiben.

Das Buch von Karin Bolte, „Ulla, 16, schwanger“ zeigt einen neuen Weg für Mädchen, die in eine derartige Situation geraten, zeigt, daß sich das Klima verändert hat, zeigt, daß die Frauenbewegung verständnisvolle und hilfreiche Frauen hervorgebracht hat. Mit Rat und Tat stehen sie anderen Frauen bei. Ich wünsche, ich hätte auch so eine Anne zur Freundin gehabt.

Eine Hamburger Genossin

einige (Eltern-)Genossen „etwas gehört hatten“ und nun von sich aus in unsere Debatte eingriffen. Durch mehrere Diskussionen mit diesen und anderen Genoss/innen wurden unsere frauen- und kinderfeindlichen Standpunkte dann doch ein wenig zurechtgerückt.

Es gab nach diesen Gesprächen auch eine Selbstkritik, wobei ich eine Wandlung vollzogen hab', die einige Genossen zu Recht als unglaublich-würdigen Pendelschlag gekennzeichnet haben: Von dem Standpunkt, ich will (und kann) nichts mit dem Kind zu tun haben, über die Bereitschaft, eine Art Ersatzeltern zu sein, bis zum völligen Akzeptieren der „Vaterrolle“, so daß frau mir zur Zeit unter den Bedingungen meiner recht wackeligen Einstellung zu Kindern kein Kind anvertrauen würde.

D. hat sich dann aufgrund dieser Vorgeschichte (und des Zeitdrucks) dazu entschlossen, das Kind nicht zu kriegen. Im wesentlichen, weil sie das Kind mit mir zusammen haben wollte; ich aber meine Bedenken, an der Erziehung eines Kindes zur Zeit aktiv mitzuwirken, aufrecht erhalten hab'. (Wobei natürlich teilweise nicht mehr zu unterscheiden war, ob dies D.'s eigener Entschluß war, oder nicht doch mehr auf den Druck zurückzuführen war, den wir anfänglich auf sie ausgeübt haben).

Alles in allem meine ich, daß sich hier realistische „Fehlströmungen“ auftun, gegen die ein – wohlverstandenes – „scharferes Konturenziehen“ sinnvoll erscheint! In diesem Sinne...

M., BO Harburg
KB Hamburg

3.Vorbereitungstreffen für ein § 218-Tribunal im Mai/Juni

Am 26. Januar fand in Dortmund in den Räumen der FAD (Frauen Aktion Dortmund) das 3. Treffen zur Vorbereitung eines § 218-Tribunals statt. Es waren Frauen gekommen aus den Städten Neu-Isenburg, Hamburg, Bremen, Bochum, Oberhausen, Dortmund, West-Berlin, Duisburg, München, Aachen, Freiburg, Essen, Darmstadt, Dietzenbach und Köln.

Die Resolution, mit der Unter-schriften gegen die frauenfeindliche Abtreibungspraxis in der BRD gesammelt werden, ist mit einer Auflage von 10.000 Stück schon vergriffen. Geplant ist, in nächster Zeit eine weitere Liste nachzudrucken. Bis dahin kann die Liste der Erst-unterzeichnerinnen noch erweitert werden. Wenn genügend Spenden für das Tribunal zusammenkommen, soll die Resolution mit den bis dahin vorliegenden Unterschriften zum 25. Februar möglichst in einer der großen Tageszeitungen erscheinen.

Den größten Raum nahm die Diskussion um die Materialsammlung zum Tribunal ein. Es sollten nicht nur exemplarische Fälle von besonderen Schwestern beim Schwangerschaftsabbruch zusammengestellt, sondern auch Material über die Gesamtsituation gesammelt werden, um so insgesamt die Situation um den § 218 in der BRD darstellen zu können. Alle Frauen, die noch Material zum § 218 haben, sind gebeten, dies

für das Tribunal zur Verfügung zu stellen. Gebraucht wird Material zu den Punkten: Ärzte und Krankenhäuser (Erfahrungen beim Abbruch, z.B. Sterilisationszwang, Erniedrigungen der Frauen usw.), Beratung (wie ist die Beratung, wird die soziale Indikation ausgestellt, wo fallen Beratungsstellen der staatlichen Willkür zum Opfer usw.), Pharmaindustrie (wo wird überall mit Prostaglandine geforscht?), Medien (Hetze gegen Ärzte, Beratungsstellen und Menschen, die sich für den Schwangerschaftsabbruch aussprechen), Kirche und Politiker (Material über die Angriffe und rechte Propaganda gegen den Schwangerschaftsabbruch und fortschrittliche Ärzte, Beraterinnen, Beratungsstellen usw.).

Da von Frauen, die an der Vorbereitung des Tribunals nicht direkt beteiligt sind, immer wieder Fragen kommen, wie der Plan für das Tribunal zustande gekommen ist und wie sie daran mitarbeiten können, wollen die Frauen der Vorbereitungsgruppe eine kleine Dokumentation und Materialien über die bisherigen Ideen für's Tribunal herausgeben. Die Dokumentation ist gegen einen Betrag von 1,- DM in Briefmarken + Porto zu beziehen über: Eve Daub, 43 Essen, Grevelstr. 23, Tel. 0201/74 39 52 und Doris Pfeiffer, Backwinkelstr. 68, 43 Essen, Tel. 0201/32 53 70.



Kurzmeldungen



GEW Hamburg: Frauenausschuß beschlossen

Auf der Vertrauensleuteversammlung vom 21.1.80 wurde dem Antrag auf Einrichtung eines Frauenausschusses zugestimmt. Damit hat die seit Mitte des vergangenen Jahres sich entwickelnde Frauenarbeit innerhalb der GEW einen formalen Rahmen, d.h. sie hat künftig einen Etat zur Verfügung, mit dem die Frauen arbeiten können.

Daß von den Frauen noch einiges zu erwarten ist, zeigt die Einrichtung von 7 Arbeitsgruppen, in denen bisher jeweils bis zu 6 Frauen arbeiten, und die u.a. auf dem alle 4-6 Wochen stattfindenden Plenum ihren Arbeitsbereich darstellen und diskutieren wollen.

Folgende Arbeitsgruppen wurden eingerichtet: AG Rollenverhalten, AG Mutterschutz AG Frauen in anderen Gewerkschaften, AG Frauen und Uni, AG Kinderbetreuung, Betriebskindergärten, AG § 218, AG Zeitungsarbeit, AG Schulbücher (nach: HLZ 2/80 S.40).



Mutterschaftsurlaub: Junge Frauen sind unerwünscht

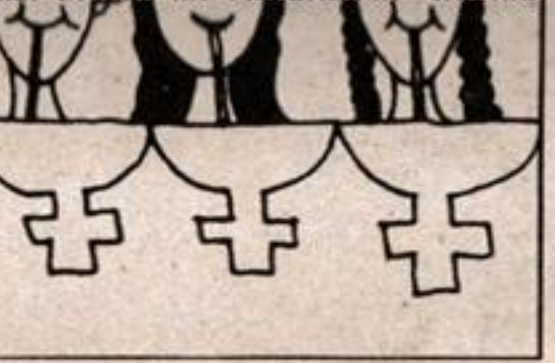
42 Unternehmer aus dem Dortmund-Einzelhandel haben jüngst eine Erklärung verfaßt, „... sie würden wegen des Gesetzes über den halbjährigen Mutterschaftsurlaub nach der Geburt eines Kindes keine jungen Frauen mehr einstellen“ (Hamburger Abendblatt, 24.1.80). Die Begründung machen sich die Kapitalisten wie immer einfach: es sei unzumutbar, Hilfskräfte für den Ausfall der Mütter zu finden. Die Frauen der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherung) reagierten schnell mit Protest: „Der Versuch, junge Frauen dafür zu bestrafen, daß sie Kinder gebären, bedeutet jedoch eine weitere Verschärfung dieser Praxis und verdient das Prädikat „unerträglich“. Die HBV habe sich seit Jahren für ein besseres Mutterschutzgesetz eingesetzt. Sie werde jetzt nicht tatenlos zusehen, wenn aus wirtschaftlichem Kalkül versucht werde, die Neuregelung ins Gegenteil zu verkehren“ (Welt, 30.1.80). Der Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes, Bläß, wies die Kritik der HBV-Frauen „empört“ zurück. „Seine Organisation habe sich erlaubt, sachliche Kritik an einem „sozialen Gesetz zu üben, und damit gerät man bei uns natürlich sofort in den Verdacht, selbst uns sozial zu sein“. Herr Bläß sagte dies, ohne rot zu werden!



Hamburger Frauenhaus im Finanzplan der Stadt

Seit Jahren wehren sich die Frauen gegen die vorherrschende Finanzierung der Frauenhäuser über den § 72 des Bundessozialhilfegesetzes. Sie lehnen die „Kopfgeldzahlung“ (Tagesgeld pro Frau und Kind zur Stellenfinanzierung) ab und fordern die Finanzierung der Frauenhäuser als Projekte.

Nach einjähriger Verhandlung und Öffentlichkeitsarbeit haben Hamburger Frauen ihr Ziel erreicht: 300.000 DM für das Frauenhaus wurden für 1980 in den Finanzplan der Stadt aufgenommen. Die gleiche Summe liegt für ein zweites, bewohntes Frauenhaus auf Eis, bis die endgültige Zusage für einen längerfristigen Mietvertrag eintrifft. Beide Frauenhäuser sind bereits überfüllt. Die Frauen im Verein „Frauen helfen Frauen“ suchen jetzt ein drittes Haus (nach „TAZ“ 16.1.80).



Hamburger Frauenhaus im Finanzplan der Stadt

Seit Jahren wehren sich die Frauen gegen die vorherrschende Finanzierung der Frauenhäuser über den § 72 des Bundessozialhilfegesetzes. Sie lehnen die „Kopfgeldzahlung“ (Tagesgeld pro Frau und Kind zur Stellenfinanzierung) ab und fordern die Finanzierung der Frauenhäuser als Projekte.

Nach einjähriger Verhandlung und Öffentlichkeitsarbeit haben Hamburger Frauen ihr Ziel erreicht: 300.000 DM für das Frauenhaus wurden für 1980 in den Finanzplan der Stadt aufgenommen. Die gleiche Summe liegt für ein zweites, bewohntes Frauenhaus auf Eis, bis die endgültige Zusage für einen längerfristigen Mietvertrag eintrifft. Beide Frauenhäuser sind bereits überfüllt. Die Frauen im Verein „Frauen helfen Frauen“ suchen jetzt ein drittes Haus (nach „TAZ“ 16.1.80).



Historikerinnentreffen in Bremen

Angeregt durch das Historikerinnentreffen in Westberlin im Juni 1978 („Frauen in der Weimarer Republik und um Faschismus“) fand im Januar ein Frauenarbeitstreffen zum Thema „Muttersein und Mutterideologie in der bürgerlichen Gesellschaft“ in Bremen statt. Expertinnen und viele andere historisch interessierte Frauen – insgesamt ca. 200 Frauen – diskutierten 2 Tage in verschiedenen Arbeitsgruppen: zur Situation der Frauen in der Zeit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft, im 18. und 19. Jahrhundert, in der Weimarer Republik und im Faschismus, Situation in Gewerkschaften und linken Organisationen, die Familienpolitik der 50er Jahre und die Bedeutung von Mütterlichkeit und Mutterideologie in der neuen Frauenbewegung. Der große Zulauf zu der AG zu „Weimarer Republik und Faschismus“ und die Fülle der Forschungsarbeiten zur Lage der Frauen in dieser Zeit zeigten ein zunehmendes Interesse in der Frauenbewegung, sich gerade mit der lange totgeschwiegenen Zeit des deutschen Faschismus auseinanderzusetzen. Eine Zeit, die das Leben unserer Mütter stark bestimmte und von der wir trotzdem so wenig wissen.

Die für das Abschlußplenum vorgesehene Diskussion über „Mutterideologie in der Neuen Frauenbewegung“ konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr wie geplant stattfinden. Der Bezug zu unserer heutigen Situation blieb weitgehend ausgespart.



SPD Mitglieder mischen mit gegen das Ladenschlußgesetz

„Die Front derjenigen, die für die Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes waren, weicht auf. Insbesondere aus dem Lager der SPD hört man/frau immer mehr Stimmen, den Verbraucherinteressen doch endlich nachzukommen, und die Geschäfte länger als 18.30 Uhr zu öffnen.“

Antje Huber, Familienministerin und einst Mitglied im Vorstand der IG-Metall, will durch einen „wissenschaftlichen Großversuch, ... die Auswirkungen einer geänderten Öffnungszeit und Reaktionen der Beteiligten darauf klären“ („Frankfurter Rundschau“, 18.1.). Es geht Frau Huber um einen Test, denn schließlich ist das Ladenschlußgesetz ja „kein Tabu“. Die DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft) und der Einzelhandelsverband kontexten mit „wissenschaftlichen Fakten“. Umfragen hätten schon lange ergeben, daß 97,5% der Beschäftigten im Handel gegen Modellversuche und für die Beibehaltung des geltenden Ladenschlußgesetzes seien. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ weiß von einer gegenteiligen Untersuchung zu berichten. Danach „würden 67% des befragten Personals an zwei Abenden länger arbeiten, wenn dafür ein Freizeitausgleich gewährt wird; rund 46% wollten (dafür) mehr Geld“ („FAZ“, 23.1.).

SPD Mitglieder mischen mit gegen das Ladenschlußgesetz

Die Front derjenigen, die für die Beibehaltung des Ladenschlußgesetzes waren, weicht auf. Insbesondere aus dem Lager der SPD hört man/frau immer mehr Stimmen, den Verbraucherinteressen doch endlich nachzukommen, und die Geschäfte länger als 18.30 Uhr zu öffnen.

Antje Huber, Familienministerin und einst Mitglied im Vorstand der IG-Metall, will durch einen „wissenschaftlichen Großversuch, ... die Auswirkungen einer geänderten Öffnungszeit und Reaktionen der Beteiligten darauf klären“ („Frankfurter Rundschau“, 18.1.). Es geht Frau Huber um einen Test, denn schließlich ist das Ladenschlußgesetz ja „kein Tabu“. Die DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft) und der Einzelhandelsverband kontexten mit „wissenschaftlichen Fakten“. Umfragen hätten schon lange ergeben, daß 97,5% der Beschäftigten im Handel gegen Modellversuche und für die Beibehaltung des geltenden Ladenschlußgesetzes seien. Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ weiß von einer gegenteiligen Untersuchung zu berichten. Danach „würden 67% des befragten Personals an zwei Abenden länger arbeiten, wenn dafür ein Freizeitausgleich gewährt wird; rund 46% wollten (dafür) mehr Geld“ („FAZ“, 23.1.).

Von den Kapitalisten und ihren Sprechern haben wir ja nichts anderes erwartet, daß sich jetzt aber auch SPD-Frauen gegen das Arbeitsschutzgesetz, das insbesondere für Frauen seine Bedeutung hat, auflehnen, ist schon von Übel. Daß Frau Huber ihren Vorstoß mit den „arbeitenden Frauen“ begründet, die nach Feierabend einkaufen gehen wollen, ist ein billiger Trick.



Schwangere Frauen haben Kündigungsschutz

Die Arbeitsgerichte Oldenburg, Hannover und Hamburg legten dem Bundesverfassungsgericht mehrere Kündigungsklagen von schwangeren Frauen vor, die auf unzumutbare Art und Weise gekündigt worden waren. Während der bisherigen 14-tägigen Kündigungsfrist war es einigen Frauen nicht möglich, ihre Schwangerschaft nachzuweisen, weil Ärzte Fehldiagnosen stellten oder Zyklusstörungen vorlagen. Obwohl schwangere Frauen zu einem späteren Zeitpunkt nachweisen konnten, daß sie zur Kündigungszeit bereits schwanger waren, blieb die Entlassung wirksam.

Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Januar entschieden, das Mutterschutzgesetz um den Kündigungsschutz für werdende Mütter zu erweitern. Danach kann die Kündigung mit dem Tag, wo ärztlich festgestellt wurde, daß die Frau ein Kind erwartet, rückwirkend aufgehoben werden.



Frankfurter Frauenhaus in Gefahr!

Die Arbeit im Frankfurter Frauenhaus ist gefährdet, weil Stadt und Arbeitsamt nicht bereit sind, weiterhin die Stellen von 3 Mitarbeiterinnen zu finanzieren. Bisher zahlte das Arbeitsamt die Gehälter im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Diese Zahlungen sind auf ein Jahr befristet und laufen jetzt aus. In einer Pressekonferenz erklärte der Sozialdezernent der Stadt Frankfurt, daß dem Verein „Frauen helfen Frauen“, der ein Haus für mißhandelte Frauen und Kinder unterhält, das definitive Angebot gemacht wird, eine Sozialarbeiterin zu finanzieren und „Sachmittel“ in Höhe von 60.000 DM zur Verfügung zu stellen. Damit seien die Unterstützungsmöglichkeiten erschöpft. Die Betreuung der Kinder, die bisher von drei Mitarbeiterinnen geleistet wurde, ist somit nicht mehr möglich („TAZ“ 23.1.80).

Spendenkonto: Frauen helfen Frauen e.V. Postcheckkonto U.Domer Konto Nr. 35 60 97-606 (Frankfurt)

Arbeitsamt nicht bereit sind, weiterhin die Stellen von 3 Mitarbeiterinnen zu finanzieren. Bisher zahlte das Arbeitsamt die Gehälter im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Diese Zahlungen sind auf ein Jahr befristet und laufen jetzt aus. In einer Pressekonferenz erklärte der Sozialdezernent der Stadt Frankfurt, daß dem Verein „Frauen helfen Frauen“, der ein Haus für mißhandelte Frauen und Kinder unterhält, das definitive Angebot gemacht wird, eine Sozialarbeiterin zu finanzieren und „Sachmittel“ in Höhe von 60.000 DM zur Verfügung zu stellen. Damit seien die Unterstützungsmöglichkeiten erschöpft. Die Betreuung der Kinder, die bisher von drei Mitarbeiterinnen geleistet wurde, ist somit nicht mehr möglich („TAZ“ 23.1.80).

Spendenkonto: Frauen helfen Frauen e.V. Postcheckkonto U.Domer Konto Nr. 35 60 97-606 (Frankfurt)



Frauen-Fest in Lüneburg

Am 26.1. fand in der Lüneburger „Alternative“ seit langem einmal wieder ein Frauenfest statt. Obwohl die Fete sehr kurzfristig von einigen Frauen aus verschiedenen Frauengruppen geplant worden war (außer einem Artikel in den „Lüneburger Nachrichten“ handgemalten Plakaten und viel Mundpropaganda war nichts „gelaufen“) kamen immerhin ca. 80 (davon ca. 40 „neue“) Frauen.

Zu Beginn stellten sich alle Gruppen kurz vor und berichteten über ihre Arbeit. In diesem Rahmen wurde auch auf den Mai/Juni stattfindende § 218-Tribunal hingewiesen und eine kurze Information über den bisherigen Stand gegeben. Daran interessierte Frauen wurden aufgefordert, an einem Vorbereitungstreffen zu dieser Thematik teilzunehmen.

Anschließend wurde der Abend mit Musik, Tanz und Gedichten fortgesetzt.

Obwohl wir leider nicht mehr zu den geplanten Diskussionen (Weiterarbeit im Frauenzentrum, Aktionen zum 25.2./8.3.) gekommen sind, war das Fest ein Erfolg!

Es war ein erster Schritt, den Informationsfluß und die Koordination der Arbeit im FZ zu verbessern. Einige Frauengruppen konnten sich an diesem Abend über neue Mitarbeiterinnen freuen.

KB-Frauengruppe Lüneburg

Weg mit dem § 218!

RAUS AUS DER KIRCHE!

Zum Kirchenaustritt ruft die Frauenuniongruppe Mainz auf. Seit der erneuten Hetze gegen Abtreibung („Abtreibung ist Massenmord“ etc.) auch und gerade von kirchlicher Seite sehen die Frauen keinen Grund mehr, in der Kirche zu bleiben, die in den südlichen Gefilden ja noch eine viel größere Rolle spielt als im kühlen Norden.

Alle Frauen, die diesen Schritt demonstrativ unternehmen und damit dafür sorgen wollen, daß ihre Konsequenz auch öffentlich bekannt wird, sollten ihre Austrittserklärung an die Mainzer Gruppe schicken. Kontaktadresse ist: Cardabela Buchladen, Am Kronbergerhof 1, 65 Mainz (nach „Emma“ 2/80).

num dann eine sehr angeregte und weitgehende Diskussion, wobei gerade älteren Kolleginnen von ihren schweren Erfahrungen aus früheren Zeiten erzählten. Verabschiedet wurde eine Entschließung, in der ein Durchführungsgesetz für den § 218 für Niedersachsen gefordert und die Fristenlösung als ein erster Schritt zur Abschaffung des § 218 insgesamt gesehen wird.

Notstandsgebiet

In Bayern und Oberfranken gibt es nun schon seit über einem Jahr keine Möglichkeit mehr für einen legalen Schwangerschaftsabbruch. Besonders in Bayern tun sich die Reaktionen mit ihrer Formel „Mord im Mutterleib“ extra militant hervor. Die Regensburger § 218-Gruppe hat daher beschlossen, nun aktiv zu werden.

num dann eine sehr angeregte und weitgehende Diskussion, wobei gerade älteren Kolleginnen von ihren schweren Erfahrungen aus früheren Zeiten erzählten. Verabschiedet wurde eine Entschließung, in der ein Durchführungsgesetz für den § 218 für Niedersachsen gefordert und die Fristenlösung als ein erster Schritt zur Abschaffung des § 218 insgesamt gesehen wird.

Notstandsgebiet

In Bayern und Oberfranken gibt es nun schon seit über einem Jahr keine Möglichkeit mehr für einen legalen Schwangerschaftsabbruch. Besonders in Bayern tun sich die Reaktionen mit ihrer Formel „Mord im Mutterleib“ extra militant hervor. Die Regensburger § 218-Gruppe hat daher beschlossen, nun aktiv zu werden und sich Möglichkeiten zu überlegen, aus diesem „Notstandsgebiet Bayerischer Urwald“ herauszukommen. Bei der Frauengruppe kann frau Aufkleber bestellen: gegen Vorauszahlung auf das Konto 22608 der Kreissparkasse Regensburg, Ulrike Kriß, Initiative § 218. Ulrike ist auch Kontaktfrau: Telefon 0941/536 74 (nach „Emma“ 2/80).

Münchener „Indikationsstelle“ geschlossen

Die Münchener „städtische Indikationsstelle“ im Gesundheitsamt ist vorerst geschlossen worden. Die dort arbeitenden Ärztinnen haben die Arbeit niedergelegt. „Nicht nur Frauen aus der Landeshauptstadt, sondern aus ganz Bayern kamen hierher, wenn sie ein Gutachten brauchten, wie es für einen legalen Schwangerschaftsabbruch nötig ist.“

Den entscheidenden Schlag gegen die städtische Indikationsstelle führte Münchens christsozialer Oberbürgermeister Erich Kiesl. Mitte Dezember wies er die Ärztinnen an, für ihre Gutachten nicht mehr das amtliche Papier mit dem Briefkopf der Gesundheitsbehörde zu verwenden, sondern nur noch private Briefbögen. Begründung: „Nicht die Indikationsstelle als Institution, fertige die Atteste aus, sondern die „einzelnen Ärzte“. Privates Briefpapier an Stelle der „offiziellen“ städtischen Bögen bedeutet praktisch das Ende der sozialen Indikation in München. Denn die meisten Ärzte und Krankenhäuser erklären sich – wenn überhaupt – nur dann zu einem Abbruch der Schwangerschaft aus sozialen Gründen bereit, wenn dafür ein „städtisches“ Gutachten vorliegt. Unter diesen Umständen sehen die Ärztinnen jedenfalls keine Möglichkeit mehr, „sinnvoll zu arbeiten“. Die städtische Indikationsstelle schloß vorerst ihre Pforten. Die Stadt München suchte nun nach Ärzten, die bereit sind, privates Briefpapier zu verwenden, keine Abbruchärzte zu nennen und keine Krankenhausbetten mehr zu vermitteln.“ (aus „Stern“ 5/80)

AG Frauen, KB Hannover

Veranstaltung in Hannover

Unter dem Motto „§ 218 in Gefahr“ veranstalteten DGB-Frauen in Hannover am 2.2.80 eine Podiumsdiskussion. Sieben Frauen, neben der DGB-Vertreterin eine Ärztin, Mitarbeiterinnen der Pro Familia Bremen, die FDP-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, eine Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt und eine Sprecherin der Gruppe „Frauen gegen den § 218“ außerdem zwei Männer, ein Landtagsabgeordneter der SPD und der Landtagsvorsitzende der Pro Familia Niedersachsen, diskutierten mit etwa 150 anwesenden Frauen.

Die DGB-Frauen hatten sich betroffen gefühlt durch die Angriffe von konservativen Politikern und Kirchenkreisen auf die Praxis des § 218 und forderten die volle Durchführung der Fristenlösung, am besten in einem Schwangerschaftskonfliktzentrum ähnlich dem Bremer Modell. Der Pro Familia-Vorsitzende von Niedersachsen deutete an, daß er sich bei Verhandlungen um die Zulassung neuer Beratungsstellen ständig vor der CDU rechtfertigen müsse. Die Ärztin zeigte sehr eindringlich auf, daß Schwangerschaften oft durch mangelhafte Information der Frauen zustandekommen, z.B. durch Anwendung des unsicheren „Patentexoval“ oder durch unnötige Pillepausen. Die Beratung über Verhütungsmittel müsse sich immer an der konkreten Situation und den Möglichkeiten der Frauen orientieren. Die Frauen aus Bremen stellten ihre Modell-Beratungsstelle vor, in der die Frauen außer Aufklärung auch medizinische Hilfe bekommen können. Sie betonten vor allem, daß so ein Projekt erkämpft werden muß. Die „Frauen gegen den § 218“ stellten dar, daß Frauen selbst etwas tun können, und zwar durch gemeinsames Untersuchen und Veröffentlichung der Situation am Ort. Sie riefen die anwesenden Frauen auf, das geplante Tribunal gegen den § 218 zu unterstützen. Die FDP-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat verwies in ihrem Beitrag auf die bestehenden politischen Mehrheiten auf Bundes- und Landesebene und meinte, daß daher weitergehende Forderungen sinnlos wären. Es ergab sich im Ple-

USA — kein Paradies für Schwule

Für viele Lesben und Schwule ist in den vergangenen Jahren die Entwicklung der Schwulenbewegung in den USA zum leuchtenden Vorbild geworden. Das ist nicht ohne (positive) Auswirkungen auf das hiesige Vorgehen geblieben. Daß freilich auch in den USA staatlicherseits schwulenfeindliche Politik gemacht wird, bekommen die Schwulen oft schon an der Grenze dieses „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten“ zu spüren.

Im Sommer 1979 wurde diese bislang peinlich verschwiegene Praxis weltweit bekannt, als der schwule britische Fotograf Carl Hill am 13.6. nicht in San Francisco einreisen durfte. Er wollte am Gay Pride March dort teilnehmen, dem größten Ereignis der gesamten schwulen Welt, und hatte sich eine entsprechende Plakette angeeignet. Die Passprüfer schickten ihn daraufhin zum medizinischen Prüfungsausschuß, welcher ihn (kraft Gesetzes) für „krank“ und damit einreiseunfähig erklärte.

Erst nach langwierigen Verhandlungen engagierter Anwälte und der Schwulenorganisationen von San Francisco gelang es, eine befristete Aufenthaltserlaubnis bis zur gerichtlichen Entscheidung zu erkaufen. Als kurz darauf ein ähnlicher Fall durch die Weltpresse hyschte, kam massiver Protest — besonders von Schwulen und Lesben, die die US-Botschaft in London bombardierten (mit Protestbriefen).

Nicht umsonst. Denn am 2.8. verkündete der Chef des Öffentlichen Gesundheitswesens, daß Homosexualität nicht länger von den staatlichen Ärzten als „Krankheit“ eingestuft werde. Daher entfällt die Untersuchung „verdächtiger“ Reisender vor dem Ausbruch. Am 14.8. erklärte dann die Einwanderungsbehörde, daß sie der Einreise von Schwulen vorübergehend nichts in den Weg legen werden. Doch nur zwei Wochen später war schon wieder alles vergessen, als einige hundert Lesben aus Canada zum Vierten Jahres-Frauen-Musikfestival nach Michigan wollten: Einiges aus ihrem persönlichen Eigentum wurde beschlagnahmt und 50 Frauen wurden zurückgewiesen („Torch“, 15.1.80).

Am 26.12.79 nun kam der Pferdefuß unter der Amtsrube zum Vorschein, als Beamte des Justizministeriums zu dem (nicht überraschenden) Ergebnis kamen, daß medizinische und psychologische Erkenntnisse für die USA ohne jede Bedeutung seien, da der Congress im Jahre des Kalten Krieges 1952 entschieden habe, daß Homosexualität eine „Krankheit“ sei, die einreiseunfähig mache. Gegen diesen Congress-Beschluß könne weder von Ärzten noch von Einwanderungsbehörden wirksam vorgegangen werden. Allerdings würde die Durchführung des Gesetzes nun durch die Entscheidung der Ärzte

nicht gerade erleichtert („International Herald Tribune“, 28.12.79).

Nur wenige Tage später wurde der mexikanische Modeschöpfer Jaime Chavez Carrillo in San Francisco 14 Stunden festgehalten. Carrillo, der kein Englisch spricht, mußte eine englische Erklärung unterschreiben, daß er schwul sei und wurde genötigt, seiner sofortigen Rückreise zuzustimmen. Nachdem er schon im Flugzeug gegessen hatte, wurde ihm doch noch eine Anhörung gewährt, in deren Verlauf ihm ein zweiwöchiger „Aufenthalt auf Bewährung“ gestattet wurde („Torch“, 15.1.80).

Die Regierung ist sich wohl darüber im Klaren, daß San Francisco nicht gerade der beste Ort ist, eine Konfrontation in dieser Sache zu suchen.

Inzwischen hat Chavez in einer Klage gegen die Einwanderungsbehörde 1 Million Dollar gefordert wegen „gesetzwidriger Festnahme, Durchsuchung und Gefangenschaft, sowie vorsätzlicher und fahrlässiger Zusage seelischer Grausamkeit“ (Workers World, 18.1.80). Neben der Behörde werden noch zwei Fluglinien sowie der Wachdienst des Flughafens angeklagt.

Für eine mögliche Änderung des Gesetzes laufen derzeit vielfältige Verfahren. Die revolutionäre italienische Schwulengruppe FUORI verklagte die USA bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg. Anfang Januar appellierten 90 % des niederländischen Parlaments an die USA, die Einreisebeschränkungen gegen Schwule aufzuheben. Einer der Initiatoren, ein sozialdemokratischer Abgeordneter, will im Europaparlament ähnliches erreichen. Ferner planen er und ein Vertreter der IGA (Internationale Schwulen Organisation) einen Kaffeepausch mit dem (Kalten Krieger) Carter („TAZ“, 16.1.80).

8000 fordern schwule Rechte

Am 13.1. zogen 8.000 Demonstranten vor das Capitol der Kalifornischen Hauptstadt Sacramento. Sie forderten die unverzügliche Annahme zweier Gesetze gegen Diskriminierung von Schwulen und Lesben am Arbeitsplatz (sprich Rausschmiß) und in der Bezahlung. Sollten die Gesetze nicht bis zum 31.1. angenommen sein, würden sie für zwei Jahre zurückgestellt. Über den Ausgang liegen noch keine Nachrichten vor. — Eine weitere Hauptforderung haben. Einer der Initiatoren, ein sozialdemokratischer Abgeordneter, will im Europaparlament ähnliches erreichen. Ferner planen er und ein Vertreter der IGA (Internationale Schwulen Organisation) einen Kaffeepausch mit dem (Kalten Krieger) Carter („TAZ“, 16.1.80).

8000 fordern schwule Rechte

Am 13.1. zogen 8.000 Demonstranten vor das Capitol der Kalifornischen Hauptstadt Sacramento. Sie forderten die unverzügliche Annahme zweier Gesetze gegen Diskriminierung von Schwulen und Lesben am Arbeitsplatz (sprich Rausschmiß) und in der Bezahlung. Sollten die Gesetze nicht bis zum 31.1. angenommen sein, würden sie für zwei Jahre zurückgestellt. Über den Ausgang liegen noch keine Nachrichten vor. — Eine weitere Hauptforderung der Demonstranten war die Beendigung der reaktionären Gewalttaten gegen Schwule und Lesben (Workers World, 18.1.80).

Ähnliche Demonstrationen sind für Florida, New York und andere Bundesstaaten in Vorbereitung.

»Die Wärme entdecken, die in uns steckt«

Treffen der Schwulen Aktion Südwest in Freiburg vom 22.-24. Februar 1980

Beim letzten südwestdeutschen Schwulentreffen vom 26. — 28. Oktober 1979, das in Stuttgart stattfand, wurde von den anwesenden Schwulengruppen die „Schwule Aktion Südwest“ (SAS) gegründet.

„Ziel dieser Aktion ist vor allem der persönliche und politische Zusammenschluß der regionalen Gruppen. Wir wollen im Bündnis z.B. auf Fälle von Repression gegen Schwule mehr Öffentlichkeit herstellen und schlagkräftiger reagieren können.“

Konkrete Projekte der Aktion sind: — Organisation einer Schwulendemo im Frühsommer in einer kleinen oder mittelgroßen Stadt im Südwesten (Christopher-Street-Day); — Unterstützung der kleineren Provinzgruppen durch Koordinations-treffen auf dem Land mit Öffentlichkeitsaktionen;

— Förderung von schwulen Projekten, Vermittlung von Erfahrungen schwuler Wohn- und Arbeitsgemeinschaften;

— Gemeinsame Aktionen zur Bundeswahl;

— Zusammenarbeit mit der Zeitung „Rosa Flieder“ (Freiburg). Die Unterstützung des „Rosa Flieder“ soll die Mitarbeit in anderen Schwulenzweigen nicht einschränken.“

Straftat ohne Opfer

Presseerklärung zum Prozeß gegen Kurt K.

Selt dem 20.11.1978 befindet sich der 43-jährige Arbeiter Kurt K. in Karlsruhe in U-Haft.

Vorgeworfen werden ihm homosexuelle Beziehungen zu 27 Jugendlichen, wobei zwei dieser Jugendlichen zu Beginn der Beziehung noch 13 Jahre gewesen seien.

In der Anklageschrift meint die Staatsanwaltschaft, daß neben einer längeren Haftstrafe gegen Kurt K. auch die Unterbringung in die Sicherungsverwahrung zu verhängen sei: Da der Beschuldigte „in massiver Weise höchstpersönliche Rechtsgüter verletzt habe, sei er für die Allgemeinheit gefährlich“ („gefährlicher Hantler“).

Wer hier wessen Rechtsgüter verletzt, wurde in der seit dem 26.1.1980 vor der großen Strafkammer des Landgerichtes Karlsruhe stattfindenden Hauptverhandlung bei der Vernehmung der bisher 24 Zeugen überdeutlich:

Fast jeder der Zeugen erzählte von einer kameradschaftlichen bzw. väterlichen Beziehung zu Kurt K., der einem zuhören konnte, bei Schul- und anderen Schwierigkeiten half, wo man sich wie zuhause fühlte, und wo das sexuelle „ganz natürlich dazugehörte“ — wie ein Zeuge es ausdrückte — und Spaß machte, die Jungen sich immer als gleichberechtigte Partner fühlten und wofür sexuelle Wünsche von Kurt K. auch akzeptiert wurden.

In den von der Polizei über die Aussage dieser Zeugen gefertigten Protokollen hatte es sich anders gelesen. Hielt der Staatsanwalt das jeweilige Protokoll den Zeugen vor, so bekam er sofort zu hören: „Bei der Polizei, da war das unmöglich“. Einem Zeugen wurde mit Widerruf seiner Bewährung gedroht, einem anderen mit Weltersagen an die Freundin, einem dritten mit dem Verlust der Lehrstelle, ein vierter erzählte, er sei dauernd angeschrien worden, einem fünften gegenüber hatte der vernehmende Beamte zu erkennen gegeben,

daß das etwas Schlimmes gewesen sei, was er da gemacht habe, und so weiter und so fort.

Wie die Zeugen ausführten, wurden sie dabei zu bestimmten Aussagen — sei es, sie hätten Analverkehr gehabt, sei es, das Ganze sei gegen Geld passiert, geradezu gedrängt.

Nur ein einziger der Zeugen wollte, daß K. bestraft werden sollte. Alle anderen Zeugen wandten sich dagegen und brachten daneben auch zum Ausdruck, daß sie sich in keiner Weise durch diese Beziehung geschädigt fühlten.

Die Unsinnligkeit der Verhandlung „Straftat ohne Opfer“, wo die „Opfer“ ersichtlich nur unter den Verhören und dem Zerrn an die Öffentlichkeit litten, wurde so überdeutlich, daß selbst der Vorsitzende Richter der Strafkammer, Dr. Beader, zu verstehen gab, er fände es auch besser, wenn der Mantel des Schweigens über dem Geschehen liegen geblieben wäre — „aber es gibt nun einmal den Paragraphen“.

Die zu Anfang des Verfahrens von selten der Verteidigung eingebrachte Anregung, das Verfahren auszusetzen und das Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 175 und 176 StGB anzufragen, hat das Gericht abgelehnt und auch ausdrücklich zu erkennen gegeben, es halte — auch auf den Hinweis der Verteidigung auf den neuesten Stand der Forschung — die Paragraphen für verfassungsmäßig.

Die nächsten Verhandlungstermine sind für den 12.2.80, 13.2.80 und 15.2.80, jeweils 9.00 Uhr im Landgericht Karlsruhe angesetzt.

Aune Riehl
Rechtsanwältin

Wir werden auf den Prozeß im nächsten AK zurückkommen.

Schwulengruppe des KB



US-Schwulenbewegung gegen „Cruising“



US-Schwulenbewegung gegen „Cruising“

Die große nationale Kundgebung am 14. Oktober 79 war sicherlich ein bedeutendes Ereignis für die Schwulenbewegung. Doch es bleibt weiterhin genug zu tun. Neben der Unterstützung der Angeklagten von San Francisco (AK 165) ist der Kampf gegen den Hetzfilm „Cruising“ dabei ein Mittelpunkt.

„Cruising“ (wörtlich: kreuzen; neudeutsch: auf Anmache gehen) soll die schwule Szene schildern, in der es regiemäßig zu planvollen Morden kommt. Also die alte Leier, wie hundertfach in „Bild“ erprobt: Schwule sind Kindermörder wie Bartsch und Haarmann, Lesben sind Gattenmörder wie Judy Andersen — und das ganze immer gleich serienweise...

Schon während der Aufnahmen im New Yorker Szene-Viertel Greenwich Village kam es im vergangenen Sommer zu heißen Auseinandersetzungen mit Filmern und Polizei. Alle Proteste waren vergebens. Bürgermeister Koch sagte, ein Verbot des Filmes wäre eine Verletzung der Meinungsfreiheit. Wesentlich ehrlicher war die Filmzensurbehörde als sie eine Rücknahme der erteilten Lizenz wegen Schädigung der Schwulen und Lesben New Yorks mit der Begründung verweigerte, alles, was New York 7 Millionen Dollar (!) einbringe, sei gut für New York („Torch“, 15.1.80). Fast die gesamte Drehzeit protestierten Hunderte lautstark vor Ort.

Nun ist es soweit. In 600 Kinos soll der Film gleichzeitig anlaufen. Eröffnung soll am 15. Februar im Chicagoer McClurg Court Theatre sein. Eine Aktionseinheit hat bereits am 16.1. mit der Vorbereitung eines möglichst wirkungsvollen Protests begonnen.

Da der Film sicher nicht von den wachsamsten Einreisebehörden aufgehalten wird, ist damit zu rechnen, daß das blutrünstige Werk auch hier bald zur Belustigung der vereinigten Schwulenfeinde über die Leinwand

flimmern wird. Die anregende Wirkung derartiger Drogen auf Kinobesucher — wie nach anderen Filmen — muß ernstlich befürchtet werden. Also, Äuglein auf, Schwulenbewegte aller Länder — aus USA wird noch zu berichten sein...

... und noch ein Hetzfilm! Protest gegen Anti-Lesben-Film

Am 18.1. versammelten sich 300 Demonstranten, vorwiegend Lesben, vor zwei Kinos im Herzen Manhattan. Dort startete der Film „Windows“, in dem die übelsten Lügen über Lesben und Vergewaltigung aufgewärmt und auf die Spitze getrieben werden.

Der Film schildert eine psychotische lesbische Mörderin, die einen Mann anheuert, der ihre „beste Freundin“ — in die sie heimlich verliebt ist — vergewaltigt. Ein großes Bündnis hatte zu dem Protest aufgerufen, zu dem trotz des strömenden Regens über 300 Leute kamen. Gegen die Anpreisung als „romantischer Thriller“ durch die Filmindustrie aus Hollywood, die durch Wiederholung abgenutzter Stereotypen über die Gleichung „Lesben = Geisteskrankheit plus Gewalt“ einige fixe Dollars machen will, setzten die Organisatoren Fakten. Sie zitierten einen parlamentarischen Untersuchungsbericht, nach dem Vergewaltigung und sexuelle Belästigung in den USA epidemische Ausmaße erreicht haben. Danach ist jede vierte, bzw. jede dritte Frau davon betroffen! Die Story des Films, wonach eine Frau die Vergewaltigung einer anderen bewirkt, kann da nur als eine maßlose Verzerrung gelten.

Forderungen nach Aufführungsverbot wurden u.a. auch noch in Los Angeles und Seattle lautstark vor die Kinos getragen (Workers World, 25.1.80).

»Grundsätzliche Zweifel am parlamentarischen Spiel«

Zum Interview mit Corny Littmann (AK 170)

Zu einer ausführlichen Beschäftigung mit Cornys Aussagen und Ansichten fehlt mir jetzt die Zeit — ich will das in der nächsten Ausgabe der „Rosa“ nachholen. Jetzt nur eine Richtungsangabe: Corny sagt im Interview über schwule/lesbische Kandidaten: „Konkret in Bielefeld war kein Schwuler bereit zu kandidieren. Obwohl er einen sicheren Listenplatz zugesichert bekommen hätte“. Das mag Cornys Wünschen entsprechen, ist ansonsten aber nicht wahr. Die Bielefelder Schwulengruppe hat bereits in den Vorgesprächen zur Bildung einer Bunt-Liste klargestellt, daß für sie eine Beteiligung daran nicht in Frage kommt, weil sie grundsätzliche Zweifel an dem parlamentarischen Spiel hat, auf das auch die BL bereit war einzugehen. Dazu wurde der BL-Initiative auch ein Papier vorgelegt, das sie allerdings nicht veröffentlichte. Zu einer Diskussion über offen schwule Kandidaten auf sicheren Listenplätzen ist es in Bielefeld nie gekommen.

Wenn ich mir heute — wo die BL im Bielefelder Rat vertreten ist — ansehe, wie sie sich dort windet, arrangiert, dementiert und zeitweilig auch einschläft, so bin ich umso froher über die rechtzeitige Entscheidung der Schwulengruppe.

Detlef Stoffel, Bielefeld

Offener Brief der Bunten und Alternativen Listen an die Schwulengruppen in der BRD

(Diese Resolution wurde auf dem Beratungskongreß der Bunten und Alternativen Listen in Münster am 2./3.2. einstimmig verabschiedet)

Die zu neuen Zusammenhängen strebende bunt-alternative Bewegung braucht zur Vertiefung ihres emanzipatorischen Bewusstseins und zur glaubwürdigen Gestaltung ihrer radikal-demokratischen Politik vor allem in der Beziehung zu Minderheiten die engagierte Mitarbeit von Lesben und Schwulen.

Unsere umfassende Vielfalt im Kampf um aktuelle Lebens- und Überlebensfragen läßt jeden möglichen Integrationsprozeß der autonomen Schwulenbewegung zu. Wir stehen nicht im Gegensatz zu den vielen Initiativen der Schwulen, wie z.B. dem Engagement Schwuler Jusos, Judos, Parteigrüner, kirchlicher Schwuleninitiativen, schwuler Ärzte, Lehrer und Juristen, sondern werden sie nach Kräften unterstützen. Wir bitten die autonome Schwulenbewegung, ihre vielfältigen Möglichkeiten in Beziehung zu uns und im Zusammenhang mit uns differenziert einzuschätzen und damit mitzuhelfen, gemeinsame Lern- und Solidaritätsprozesse einzuleiten oder zu verstärken.

Offener Brief der Bunten und Alternativen Listen an die Schwulengruppen in der BRD

(Diese Resolution wurde auf dem Beratungskongreß der Bunten und Alternativen Listen in Münster am 2./3.2. einstimmig verabschiedet)

Die zu neuen Zusammenhängen strebende bunt-alternative Bewegung braucht zur Vertiefung ihres emanzipatorischen Bewusstseins und zur glaubwürdigen Gestaltung ihrer radikal-demokratischen Politik vor allem in der Beziehung zu Minderheiten die engagierte Mitarbeit von Lesben und Schwulen.

Unsere umfassende Vielfalt im Kampf um aktuelle Lebens- und Überlebensfragen läßt jeden möglichen Integrationsprozeß der autonomen Schwulenbewegung zu. Wir stehen nicht im Gegensatz zu den vielen Initiativen der Schwulen, wie z.B. dem Engagement Schwuler Jusos, Judos, Parteigrüner, kirchlicher Schwuleninitiativen, schwuler Ärzte, Lehrer und Juristen, sondern werden sie nach Kräften unterstützen. Wir bitten die autonome Schwulenbewegung, ihre vielfältigen Möglichkeiten in Beziehung zu uns und im Zusammenhang mit uns differenziert einzuschätzen und damit mitzuhelfen, gemeinsame Lern- und Solidaritätsprozesse einzuleiten oder zu verstärken.

Wir fordern die Schwulengruppen und Initiativen der BRD deshalb auf, die radikal-demokratischen, radikalökologischen und antikapitalistischen Fragen unserer Gesellschaft gemeinsam mit uns zu erörtern und durch konsequentes Einbringen ihrer Interessen zu unserem Entwicklungsprozeß beizutragen.

Jü., Schwulengruppe des KB

Schulbücher — Zensur alltäglich

Im folgenden Artikel wollen wir uns mit der Entwicklung verschiedener Aspekte in den westdeutschen Schulbüchern auseinandersetzen. Besonders aufschlußreich für die jeweils vorherrschende Richtung ist das „Deutschlandbild“, das in den Schulbüchern vermittelt wird.

Die Schulbücher der 50er und teilweise noch der 60er Jahre sind geprägt von scharfem Antikommunismus, bis hin zur Anlehnung an faschistisches Gedankengut. Die Phase der späten 60er und beginnenden 70er Jahre ist geprägt durch die Neue Ostpolitik der „sozial-liberalen“ Koalition, durch die APO-Revolution und einen Eingang fortschrittlicherer und kritischer Inhalte auch in den Schulen. In dieser Zeit wurden Schulbücher wie „Sehen, Beurteilen, Handeln“ und andere entwickelt, die auch gesellschaftskritische Aspekte hatten. Diese neuen Schulbücher waren sofort einer Kampagne der CDU/CSU und ihrer Elternvereinigungen ausgesetzt. Zensur und Verbot einzelner Bücher für den Schulunterricht waren die Folge. Diese Kräfte blieben nicht bei der Diffamierung fortschrittlicherer Schulbücher stehen: Seit etwa 1975 bemühten sie sich um das Vordringen einer reaktionären, „staatsbejahenden“ Ideologie zur Zurückdrängung reformistischer Ansätze.

Restauration im Bildungswesen nach 1945

Im Potsdamer Abkommen hieß es nach der Zerschlagung des Faschismus durch die alliierten Siegermächte: „Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“.

Zum Erziehungswesen speziell hieß es: „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird“.

Diese Bestimmungen wurden weitgehend ignoriert. Mit Gründung der BRD wurden viele fortschrittliche Bestrebungen zu Grabe getragen. Es wurde das dreigliedrige Schulsystem mit entsprechenden Bildungsprivilegien für Bourgeoisie und Mittelschichten und der achtklassigen Volksschule für die Arbeiterkinder eingeführt. Privat- und Bekenntnisschulen wurden massiv gefördert. Außerdem betrieben zahlreiche halbstaatliche Stellen die Indoktrination der Schüler. So z.B. die „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht“, der Organisationen wie „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher“, „Deutsche Jugend des Ostens“, „Ostdeutsches Volkskunde Archiv“ angehörten. Insgesamt nennt ein „Graubuch“ aus der DDR 17 einschlägige Organisationen. (1) — Daneben verbreitete auch die „Bundeszentrale für politische Bildung“ vielfältiges Material, Preisausschreiben usw. zur „deutschen Frage“.

Für Gott und Vaterland

Für Gott und Vaterland

Damit die Schüler nicht etwa auf die Idee kamen, daß die Ordnung in diesem Land aus ganz profanen weltlichen Motiven, wie etwa der Machterhaltung des Kapitals, geschaffen wurde, mußte die gottgewollte Autorität der herrschenden Verhältnisse wieder herhalten.

So hieß es z.B. im Gesetz zur Ordnung des Schulwesens von Nordrhein-Westfalen: „Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung“ (2). Auf der Adenauer-Regierung ruhte in den Schulbüchern Gottes Segen: „Die staatliche Gewalt hat ihren Ursprung im Willen Gottes. Die Autorität wie der Gehorsam sind daher von Gottes Gnaden“ (3). Auch die Chefs hatten noch ihre Gewalt von Gott: „Wir müssen den Vorgesetzten gehorchen, weil ihre Gewalt von Gott kommt“ (4).

Auch der Rassismus stand unter Gottes schützender Hand: „Im Religionsunterricht ist auch der tiefe Unterschied zwischen der abendländischen und der asiatischen Menschenbewertung als tiefste Ursache für das Verbrechen der Heimatverbreitung und zugleich als entscheidende Begründung für die Bildung einer westlichen Solidarität zu erarbeiten“ (5). — Die Rückgewinnung der „polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete“ und die Befreiung der unterdrückten Menschen in der „Zone“ gehörten in jeden Lehrplan.

Revanchismus in den Schulbüchern

Um revanchistische Bestrebungen wachzuhalten und weiterzubreiten, wurden in den Schulen „ostdeutsche Wochen“ durchgeführt, wurde die „Besinnung auf den deutschen Osten“ gepredigt. So formulierte der „Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“: „Deutschland aber ist politisch verstümmelt, solange Gebiete, die zum Heimatboden des Geistes gehören, nicht in Freiheit ihren Beitrag zur Neugestaltung Deutschlands leisten können“ (6). Dazu gab es auch praktische Belehrung, wie die Befreiung der „deutschen Ostgebiete“ aussehend könnte. Die „bayerische Schu-

le“ empfahl strategische Planspiele mit folgenden Aufgaben für die Schüler: „Kreise die Polen im Korridor ein, vernichte die Hauptmacht der Polen im Kessel von Radom usw.“. „Am Ende der Unterrichtseinheit stand der Merksatz, der alle Namen der ruhmreichen Heerführer Hitlers zum Auswendiglernen verewigt“ (7).

Ende der 60er Jahre untersuchte das Magazin „deutsches Panorama“ das Erdkundebuch „Seydlitz“, das schon seit Generationen im Unterricht verwendet wurde: „Das deutsche Reich wurde 1945 zerstört — kein Wort über die Vorgeschichte (...). „Durch den Zweiten Weltkrieg kam schweres Leid über das Land an Weichsel, Pregel und Memel. Fast alle Deutschen haben das Land verlassen müssen“ — kein Wort über andere Volksstämme, denen ebenfalls zu dieser Zeit schweres Leid zustieß“ (8). „Unerhört groß war die Not der Flüchtlinge aus Ostdeutschland. Die Deutschen in Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg wollten nicht nur der Front und den Kampfhandlungen ausweichen, sondern auch einem Gegner, der keinerlei Rücksicht auf Frauen, Kinder und Greise nahm. ... Tausende starben an Erfrierungen, Hunger und Durst, am Übermaß der Anstrengungen. Andere verbluteten unter dem Beschuß russischer Flugzeuge. Manche gingen freiwillig in den Tod. Oft wurden Trecks von russischen Panzern überholt, zersprengt, geplündert“ (9). Kein Wunder, daß zu Beginn der 60er Jahre 71 % der Schüler in einer Umfrage angaben, daß sie die Russen am meisten hassten (10).

Zugleich wurde die Nazidiktatur in vielen Schulbüchern beschönigt: „Vom Parteiprogramm der NSDAP“ Zugleich wurde die Nazidiktatur in vielen Schulbüchern beschönigt: „Vom Parteiprogramm der NSDAP heißt es, daß es auch im Nürnberger Prozeß nicht als verbrecherisch bezeichnet werden konnte“ (11). „Im November 1938 kam es zu einem besonders unwürdigen Ereignis. Ein zugereister Jude hatte in Paris einen deutschen Diplomaten erschossen, der selbst alles andere als ein Judenfeind gewesen war ...“ (12).

Weitere faschistoide Kostproben aus westdeutschen Schulbüchern druckte die Zeitung der GEW, „Ehre und Wissenschaft“, 1977 ab: „(Hitler war) ein guter Organisator mit klugen und raffinierten Einfällen ... Herrliche Autobahnen wurden gebaut ... Hitler wagte viel, aber (er hatte) Glück ... Hitler schaffte alles! Und die Erfolge Hitlers schienen das Vertrauen in ihn zu rechtfertigen. Hitler — so mußte es scheinen — schaffte einfach alles: Er schuf Ordnung im Staat, die Arbeitslosigkeit ging zurück bald stellten sich außenpolitische Erfolge ein, große Gemeinschaftsleistungen (Winterhilfswerk: keiner sollte hungern und frieren!) wurden vollbracht. Wer hätte da nicht zustimmen sollen?“.

Die Phase der offenen nationalistischen und antikommunistischen Ausrichtung der Schulbücher paßte nach dem Regierungswechsel 1969 nicht mehr in die Politik engerer wirtschaftlicher Kontakte mit den RGW-Ländern und in das liberale Image, das sich die Brandt-Regierung gab. Auch die heftige Kritik der APO am westdeutschen Schulwesen beeinflusste neue liberalere Unterrichtsformen und -Inhalte, die die SPD halbherzig zuließ. Im Gefolge reformistischer Veränderungen des Schulwesens wurden auch die Schulbücher modernisiert, mit gesellschaftskritischen Passagen und Ansätzen von Kapitalismuskritik angereichert.

Diese neuen Schulbücher riefen bald die Reaktionäre auf den Plan.

Der erste „Schulbuchstreit“

Der erste Schulbuchstreit entzündete sich im Sommer 1972 in Hessen an dem Buch „Sehen — beurteilen — handeln“, einem Lese- und Arbeitsbuch zur Sozialkunde und Gesellschaftslehre für das 5./6. Schuljahr. Initiator dieses Streits war der stell-

vertretende Landesvorsitzende der CDU und jetzige Oberbürgermeister Frankfurts, W. Wallmann. In einer noch nie dagewesenen Kampagne versuchte die CDU im hessischen Landtag und in der Hamburger Bürgerschaft, in Rundfunkdiskussionen, Fernsehinterviews und Pressemitteilungen, die Auslieferung des Buches an die Schulen wegen „einseitiger und tendenzloser“ Darstellung zu verhindern:

- „Das ist Sozialkunde eindeutig im Sinne kommunistischer Indoktrination“ („Welt“, 14.9.72).
- „Anleitung zur Zerstörung unserer Gesellschaft“ („Hochschulpolitische Informationen“ des Bundes Freiheit der Wissenschaft, 1.9.72).
- „Das ist krasser Stalinismus“ (ein CDU-Abgeordneter in der „Zeit“, 1.9.72 — zit. nach „Schulbuchschelte“, S. 50F).

Dem damaligen Kultusminister von Hessen, v. Friedeburg, warf die CDU vor, daß er „sozialistische Propaganda“ in den Schulen dulde und Schulbuchautoren fördere, die „marxistische Klassenkampfpapieren“ zum Unterrichtsstoff machten (ebenda, S. 54).

Bei dem Vergleich der beiden deutschen Staaten z.B. vermied die CDU die Aussage, welcher von beiden der bessere sei und als solches auch vom Schüler anerkannt werden müsse: „Hier wird in Frage gestellt, was keine Frage ist. Es wäre richtig gewesen festzustellen, daß die Grundrechte typischerweise in allen sozialistischen Staaten, also auch drüben in der Zone, den Menschen verweigert werden“ („Schulbuchschelte“, S. 57). So Wallmann in einem Rundfunkinterview.

Die „Welt“ vom 8.8.72 stieß unter der Überschrift „Kommunismus — die beste Lösung?“ ins gleiche Horn: „Endgültig entlarven sich die Lehrbuchschreiber bei der Gegenüberstellung von der Bundesrepublik und der DDR“. Die Verwirklichung des Grundrechtskatalogs in unserer Demokratie und damit der wichtigste Unterschied zwischen allen Zwangssystemen und der freiheitlichen Ordnung fällt unter den Tisch. Zur Beurteilung der DDR erscheint eine Selbstdarstellung der Arbeiter- und Bauernrepublik aus einem Ostberliner Staatsbürgerkunde ohne jeden kritischen Kommentar“ („Schulbuchschelte“, S. 52).

Die „Welt“ beschwerte sich außerdem: „Die Arbeitswelt der Bundesrepublik wird durch eine Karikatur demonstriert, die Arbeiter beim Betreten einer Fabrik zeigt. Der Fortführer hebt ein Schild hoch: „Achtung! Sie verlassen den demokratischen Sektor der Bundesrepublik!““.

Das Thema „Arbeit“ werde „ideologisch verengt“ behandelt und mit „klassenkämpferischen Illustrationen“ untermalt. „Die Entwicklungshilfe“, kritisierte die „Welt“ weiter, „wird als Ausbeutung dargestellt, und die Autoren maßten sich auch an, darüber zu entscheiden, welche Kriege als gerecht oder ungerecht zu bezeichnen sind. Den Völkern in den Entwicklungsländern bleibt nach ihrer Ansicht nichts weiter als der bewaffnete Aufstand.“ („Schulbuchschelte“, S. 52).

CDU macht Schulbuchkritik zum Wahlkampfthema

Unter dem Motto: „Stoppt den Mißbrauch der Schule durch linke Systemveränderer!“ startete die CDU in einer Anzeigenkampagne in allen Tageszeitungen Niedersachsens 1974, wenige Tage vor den Landtagswahlen, eine zweite Großoffensive gegen ein fortschrittliches Schulbuch. Es handelte sich dabei um das Lesebuch „drucksachen“, Band 8, für Gymnasien bestimmt. Das Faksimile einer dieser Anzeigen rechts oben auf dieser Seite.

Nach dem Debüt in Niedersachsen wurde die Polemik gegen die „drucksachen“ in der regionalen und überregionalen Presse unter der parteipolitischen Stoßrichtung der CDU/CSU weitergeführt. Auf dem CDU-Parteitag im Juli 1974, kurz nach der niedersächsischen Anzeigenkampagne, nahm der damalige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Carstens, auf das Lesebuch „drucksachen“ Bezug: „In anderen Schulen, in den sozialdemokratisch regierten Ländern, wird ein Schulbuch für die achte Gymnasialklasse empfohlen, in dem gehetzt wird gegen Polizei, gegen Jesus Christus, gegen Konrad Adenauer, gegen Lehrer und Eltern. Die Lehrer werden als Schweinehunde deklariert, und von den Eltern wird gesagt, daß die Kinder ihnen in die Fresse rotzen“ sollten. Wenn Tausende von Schülern in unserem Lande mit solchen Reden und mit solchen Versen konfrontiert werden, dann ist es wohl Zeit, daß die

gesamte deutsche Öffentlichkeit davon erfährt und darüber in Kenntnis gesetzt wird“ („Schulbuchschelte“, S. 36).

In der rechten Presse hieß es:

- „Roter Schmutz auf Schulkinder“ („Bayernkurier“, 7.9.74).
- „Lernt lesen mit Ulrike Meinhof“ („Deutsche Zeitung“, 4.10.74).
- „Schweineereien im Lesebuch“ („Rheinischer Merkur“, 27.9.74).
- „Skandal um deutsches Lesebuch — es enthält 215 Schimpfwörter“ („Bild“, 1.10.74).

Neben der Werbewirkung für den CDU-Wahlkampf wurde auch erreicht, daß von dem Buch „drucksachen“ in Windeseile eine zweite gesäuberte Auflage gedruckt wurde.

Kapitalistenverband greift direkt ein

Auch der CDU-Wirtschaftsrat schaltete sich mit eigenen „Recherchen“ in die Kampagne gegen fortschrittliche Schulbücher ein. In einem Rundschreiben an alle Mitglieder schrieb der Vorsitzende dieser Kapitalistenvereinigung, Dr. Philipp von Bismarck: „Der Marsch der Linken durch unsere Institutionen geht durch die Schulen — und durch die Schulkinder!“ „Es geht uns darum, weiterer Diffamierung und Denunzierung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den Schulbüchern und anderen Lernmaterialien nicht länger tatenlos zuzusehen... Die Stunde für eine solche Aktion ist in der gegenwärtigen bildungspolitischen Lage günstig“. Es gehe darum, herauszufinden, „in welchen Sozialkundebüchern unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — die soziale Marktwirtschaft — in verfehlter Weise dargestellt wird“.

Ein Fragebogen unterscheidet zwischen „unzulänglichen“ und „besonders gut für den Sozialkundeunterricht geeigneten“ Büchern.

Das Ziel dieser Aktion formulierte der CDU-Wirtschaftsrat so: „...mit lokalen, mit unserer Unterstützung getragenen Initiativen und/oder durch zentrale überlokale Aktionen dafür zu sorgen, daß untaugliche Materialien verbessert und/oder notfalls im Unterricht nicht mehr zentral verwendet werden“.

Diese „Aktion Schulbuch“ war ein Aufruf, jetzt nicht mehr nur vereinzelt gegen „linke“ Schulbücher zu schießen, sondern aus allen Rohren gegen alles zu hetzen, was nach Sozialkritik aussieht. Besondere Höhepunkte erreichten diese Kampagnen jeweils zu Wahlzeiten. So stellte die Hamburger CDU pünktlich zum Hamburger Wahlkampf eine „Große Anfrage“ betreffend „linksradikale Indoktrination im Schulunterricht“.

Die Beweise für den Vorwurf der „linksradikalen Indoktrination“ waren fünf Punkte:

- Eine Unterrichtsstunde, in der über die NS-Vergangenheit von Schleyer informiert wurde;
- Die Verwendung des Süverkrüpp-Gedichtes „Weihnachten“ im Unterricht;
- Die Duldung des Aushangs einer Wandzeitung über Berufsverbote;
- Die Behandlung einer „Rechtfertigungserklärung“ von Horst Mahler aus dem Jahre 1972 im Sozialkundeunterricht;
- Die Analyse von RAF-Thesen in einem Oberstufen-Geschichtskurs.

Die Reaktion der SPD-Regierung: Der damalige Senator Apel teilte die Kritik der CDU in einigen Fällen und kündigte eine „unverzügliche Untersuchung“ an.

Die ständige Hetze gegen fortschrittliche Schulbücher trug auch sonst Früchte. Die in allen Bundesländern üblichen Zulassungsverfahren für Schulbücher wurden verschärft. Es häuften sich Ablehnungen wegen „Linkslastigkeit“ oder „Unausgewogenheit“, oft unter dem Deckmantel von pädagogisch verbrämten Begründungen.

Zulassungsverfahren von Schulbüchern

Schulbücher werden in der BRD vor der Zulassung zum Unterricht vom Staat überprüft. Offizielle Entscheidungsverfahren für dieses Zulassungsverfahren sind die Kultusministerien der Bundesländer.

Entsprechend der Kulturhoheit der Bundesländer sind die Zulassungsverfahren unterschiedlich geregelt, z.B. was den Gebrauch von nicht genehmigten Schulbüchern betrifft: In

ACHTUNG, ELTERN!

„Du sollst deine Eltern lieben
Wenn sie um die Ecke
glotzen
Sollst sie in die Fresse
rotzen.
Wenn die Uhr achte
schlägt
kommt der Lehrer
angefegt
Mit dem Stöckchen unterm
Röckchen
Haut den Kindern blaue
Fleckchen
Blaue Fleckchen sind
gesund
Lehrer ist ein
Schweinehund.“
So steht es in „Drucksachen“, Lesebuch für die 8. Klassen der Gymnasien, Verlag Pro Schule GmbH, Düsseldorf, das für Niedersachsens Schulen zugelassen ist. Stoppt den Mißbrauch der Schule durch die linken Systemveränderer! Deshalb am 9. Juni

CDU

Westberlin ist er untersagt, in Bremen auf besonderen Antrag möglich, Hamburg macht dazu keine Angaben. (Jahrbuch für Lehrer, S. 388). Allgemein verbindlich jedoch für alle Bundesländer sind die Überprüfungsverfahren, die am 29.3.72 von der Kultusministerkonferenz verabschiedet wurden:

- Verfassungsmäßigkeit und Rechtsnormenkonformität;
- Lehrplankonformität;
- wissenschaftliche und didaktische Qualität.

Längere Zeit war umstritten, ob eine solche Prüfung überhaupt Aufgabe der Kultusministerien ist.

Längere Zeit war umstritten, ob eine solche Prüfung überhaupt Aufgabe des Staates sei. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, daß im Zusammenhang mit der staatlichen Schulaufsicht auch die staatliche Schulbuchprüfung erlaubt sei. Dieses Urteil bedeutet, daß das Zulassungsverfahren sich jeglicher öffentlicher Kontrolle entziehen kann.

Praktisch sieht das so aus: Ein Verlag reicht einem Kultusministerium in entsprechender Stückzahl ein Schulbuch mit der Bitte um Zulassung für den Gebrauch an Haupt-, Realschulen und Gymnasien ein. Das Kultusministerium läßt sich im darauf folgenden Zulassungsverfahren von Gutachtern (Fachlehrer, Wissenschaftler), die von der Behörde ausgesucht werden, beraten. Diesen Gutachtern gewährleistet das Kultusministerium völlige Anonymität. Um zusätzlich zu verhindern, daß gutachtliche Äußerungen ans Licht der Öffentlichkeit geraten, haben die Kultusminister die Schulbuchverlage verpflichtet, etwaige Ablehnungsbescheide nicht zu veröffentlichen! („HLZ“ 7/79, S. 24).

Ein Schulbuchredakteur, dem viele ablehnende Gutachten bekannt sind, beschreibt die Gutachter-Praxis folgendermaßen: „Es gibt nach meinen Erfahrungen mit Zulassungs- bzw. Ablehnungsbescheiden heute kaum noch ein Gutachten, in dem die politische Beurteilung des eingereichten Werkes nicht als ausschlaggebendes Kriterium für die Genehmigung bzw. Ablehnung durch die oft dürftige pädagogisch-didaktische Bemäntelung hervorsieht“ (ebenda, S. 25).

Hinweise auf nebulöse Gefahren wie „gefährliche Indoktrination“ in Text und Bild, wie „politisch linksorientierte Denkrichtung“ („HLZ“ 8/1977, S. 25) oder Formulierungen wie: „... daß das Schulbuch verfassungswidrig, antiliberal und antiphrastisch ist“ (Gert Stein, Schulbuchschelte, S. 92) genügen, um Schulbücher abzuschließen.

Daß häufig auch die politische Gesinnung des Verfassers ausschlaggebend ist für die Ablehnung eines Schulbuchs, zeigt folgendes Beispiel: „Die Position des Verfassers bewegt sich zwar im Rahmen des Grundge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 20

Wohnraum-Rettungs-Initiative Münster:

Wir sind entschlossen und bleiben drinnen!

setzes, geht aber (1) von einem dynamischen Verständnis des GG aus und versteht politische Bildung ausgesprochen im Sinne der Emanzipation" (zit. nach: 3. Russell-Tribunal, Zensur, S. 140 f.).

In der BRD werden die Schulbücher insbesondere für die Fächer Deutsch, Geschichte und Geographie zensiert. Die Quote der abgelehnten Bücher liegt je nach Bundesland und Fach zwischen 10 und 30 % (Jahrbuch für Lehrer '77, S. 385). In Schleswig-Holstein z.B. ist 1978 jedes dritte von den Verlagen zur Genehmigung vorgelegte Schulbuch abgelehnt worden.

Um sich dem Geruch der Zensur zu entziehen, empfiehlt die Kultusministerin Laurien (CDU) den Schulbuch-Verlagen, von sich aus bei der Behandlung des Marxismus/Leninismus, des Verhältnisses der DDR zur BRD sowie der Darstellung der Bundesrepublik, die nach Auffassung der Ministerin überproportional kritisch ausfällt, von vornherein Selbstzensur zu üben: „Ich möchte die mir als besonnen und demokratisch bekannte Vereinigung der Schulbuchverleger anregen, eine Selbstkontrolle einzuführen, damit nicht Schulbücher überhaupt in Miskredit geraten“ („Welt“, 28.1.78).

Die Zensurwelle rollt

In Bayern wurde u.a. das „Deutsche Lesebuch“ auf den Index gesetzt, weil es Texte von Biermann, Fried, Wallraff und Fichte enthielt („Referendar + Lehrerzeitung“, 16.2.78). Ebenfalls in Bayern wurde das Religionsbuch „Schritte“ zensiert, weil es zur sozialen Frage u.a. Textauszüge des kommunistischen Manifests einer Denkschrift von Johann Hinrich Wichern gegenüberstellte.

Beim Thema „Modelle des Zusammenlebens“ wurde kritisiert, daß Kleinfamilie, Großfamilie und Wohngemeinschaft wertneutral gegenübergestellt wurden. Grund für die Zensur war auch eine Reportage von Wallraff über Fließbandarbeit.

Ein anderes Buch hat das göttliche bayerische Kultusministerium abgeschossen, weil zum Thema „Erlösungsvorstellungen“ auch folgende Passage aus der Internationalen zitiert wurde: „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“. Allerdings wurde dies Buch nur für den Unterricht in Hauptschulen verboten, für Gymnasien jedoch zugelassen („Schulbuchschelte“, S. 62).

Rechte Kampagnen gegen Schulbücher werden von der bürgerlichen Presse begleitet: „Schmutz in Lesebüchern“, „Exerzierfeld für Klassenkampf“, „Roter Schmutz auf Schulkinder“, „Schweineereien im Lesebuch“ usw. (s. „Schulbuchschelte“, S. 32).

Reaktionäre Elternverbände wie der „Hessische Elternverein“ oder der „Hamburger Elternbund“ werden als empörte Eltern aufgeführt. Dieses reaktionäre Kreuzfeuer blieb nicht ohne Wirkung: SPD-Kultusministerien haben dadurch „gute Argumente“, um kritische Schulbücher zu entschärfen oder aus dem Unterricht zu verbannen. Schulbuchautoren und Verlage wagen es kaum noch, kritische Inhalte in die Schulbücher aufzunehmen. Durch Denunziationskampagnen (z.B. durch die „Schülerunion“ der CDU) und durch die Drohung des Berufsverbots werden Lehrer davon abgeschreckt, fortschrittliches Unterrichtsmaterial zu verwenden. Gleichzeitig werden konservativ-reaktionäre Klischees verstärkt in die Schule getragen und in Bücher verwurzelt.

Der Bundeswehr wird die Schule geöffnet, Vaterlandsverteidigung und „Heimatliebe“, Familienideologie und reaktionäres Frauenbild sollen verstärkt propagiert werden. Der Unternehmer stellt sich in den Schulbüchern wieder als Garant für sichere Arbeitsplätze und als der gute „Sozialpartner“ dar. Auch die geistige Vorbereitung für einen dritten Weltkrieg dürfte in den nächsten Jahren Eingang in den Schulunterricht finden.

Kinderkommission Hamburg

Quellenhinweise

1. Erziehung und Klassenkampf Nr. 1/1971, S. 55
1. Graubuch, DDR 1967, S. 303
2. Erziehung und Klassenkampf Nr. 1/1971, S. 55
3. ebenda, S. 56
4. ebenda, S. 56
5. ebenda, S. 56
6. ebenda, S. 55
7. ebenda, S. 55
8. Deutsches Panorama 1967 Nr. 3 nach Graubuch S. 305/306
9. Graubuch, S. 308
10. ebenda, S. 308/309
11. ebenda, S. 308
12. ebenda, S. 308

Am 26.1. hat die Wohnraum-Rettungs-Initiative des Arbeitskreises Umwelt in Münster ein Haus an der Sertürnerstraße besetzt, das in zwei Jahren einer Westtante zum Opfer fallen soll. Das Haus war von der Stadt aufgekauft worden und durch Zumauern von Fenstern und Türen unbewohnbar gemacht worden – in einer Zeit, in der ca. 2000 Studenten und Einkommensschwache in Münster keine Bleibe haben. Preiswerter, aber gut erhaltener Wohnraum in alten Häusern wird zwecks Einrichtung profitträchtiger Neubauten, Bankpalästen oder Kaufhäusern abgerissen. Die Wohnungspolitik der Stadt sieht so aus, daß diese Entwicklung noch gefördert wird. Der Stadtrat und Wohnungsdezernent Kelm streitet sogar die Existenz einer Wohnungsnot ab.

Das wollten die Hausbesetzer, die von den Ästen der Fachhochschule, der Universität und der Pädagogischen Hochschule unterstützt werden, nicht länger hinnehmen: „In diesem Haus werden wir zunächst Wohnraum für ca. 50 Personen schaffen, und außerdem Räume für Initiativen und Arbeitsgruppen zur Verfügung stellen. Wir sind bereit, der Stadt als Eigentümerin des besetzten Hauses eine Miete von 15 % des Netto-Einkommens der Bewohner zu zahlen. Von der Stadt fordern wir die Wiederherstellung der Versorgung mit Wasser, Strom, Heizung und Müllabfuhr, die Anerkennung der Besetzer als neue Bewohner bzw. Mieter und natürlich, daß die Polizei neutral bleibt und unsere Verhandlungen mit der Stadt nicht durch unbedachte und voreilige Schritte

stört. Jeden Versuch der Einschüchterung oder gar einer gewaltsamen Räumung durch die Polizei werden wir durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit usw. abwehren“ (Presseerklärung vom 26.1.).

Statt Verhandlungen stellte der Oberstadtdirektor Fechtrop Strafanzeige und der Hauptausschuß des Rates drohte eine gewaltsame Räumung an.

Den Strafantrag hatten die Besetzer nicht erwartet, denn „wo liegt eine Straftat vor, wenn brachliegende Häuser, die dem Besitzer keinen Nutzen mehr bringen, angesichts der Wohnungsnot wieder bewohnbar gemacht werden?“ (Presseerklärung vom 30.1.).

Nachbarn und über 40 Organisationen und Privatpersonen begrüßten die Hausbesetzung und erklärten sich solidarisch. Unterstützung bekamen die Besetzer auch von der Katholischen Hochschulgemeinde und der Ratsfraktion der Grünen Alternative Liste, die erklärte: „dieses Verfahren (müsse) als ein Akt der Notwehr und der Selbsthilfe betrachtet werden. Nicht die Besetzer setzen sich ins Unrecht, sondern die Stadt sitze seit langem am zwar legalen, aber unmoralischen Hebel“ (Die Neue, 1.2.80).

Außer der Strafanzeige und der Räumungsaufforderung wurde die Stadt weiter aktiv. In einem Flugblatt berichtet die Wohnraum-Rettungs-Initiative: „Wahrscheinlich als Reaktion auf unsere Hausbesetzung tauchten in einem Haus am Enschedeweg, das abgerissen werden soll und nur noch in der linken Hälfte von einer Frau und

ihrem blinden Mann bewohnt ist, ein Rollkommando auf und zerschlug in der rechten Hälfte alles, was nicht niet- und nagelfest ist. Die SPD-Ratsfrau Machemer sprach davon, daß dies Kommando der Gemeinnützigen Wohnstättengesellschaft, der das Haus gehört, dort wie die Vandalen gehaust hat. Durch diese illegale Aktion soll das dort wohnende Ehepaar unter Druck gesetzt werden, dort ausziehen. Die Bewohnerin sagte zu Vertreter(inne)n des Arbeitskreises Umwelt, daß sie nun die Äußerung von Wohnungsdezernent Dr. Kelm, sie können dort so lange wohnen bleiben, wie sie sich dort wohlfühlt, richtig verstehe. Denn das skandalöse an diesem Vorgang ist nicht nur, daß weder

eine Abbruchgenehmigung noch ein Bebauungsplan für das Haus vorliegt, sondern auch, daß die Gemeinnützige Wohnstättengesellschaft (im Aufsichtsrat sitzt übrigens kein Geringerer als Oberstadtdirektor Fechtrop) diese Zerstörungen auf Empfehlung der Stadt durchgeführt hat. Wir sind der Auffassung, daß unser Recht auf zivilen Widerstand jetzt von uns in Anspruch genommen werden muß.“

Die Wohnraum-Rettungs-Initiative wird weiter gegen die Abrisspolitik der Stadt Front machen, u.a. mit einem Solidaritätskonzert „Rock gegen Bagger“.

Wohnungskommission



Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

1979 ist die Förderung des „Sozialen Wohnungsbaus“ weiter zurückgegangen. Nach den jetzt vom Bonner Städtebauinstitut veröffentlichten Zahlen sind lediglich 100 000 Wohnungen bewilligt worden. 1978 wurden noch rund 135 000 Wohnungen gefördert. Mehr als die Hälfte waren davon Eigenheime. Der Mietwohnungsbau lag unter 50 000 Wohnungen. (Die Neue, 31.1.)

Lockvögel

Peter S. aus Frankfurt sucht eine Wohnung. Er hatte bisher Gelegenheit, eine ganze Reihe von Tricks aus dem Repertoire von Maklern kennenzulernen:

- Makler versteckten sich hinter privat aufgemachten Anzeigen.
- Die Wohnung ist schon vergeben, wenn die Zeitung erscheint.
- Der Mietpreis ist höher als im Inserat angegeben, wofür dann der Druckfehler teufel herhalten muß.

Die Spitze seiner Erfahrungen war jetzt allerdings, als er seine „Wohnung nach Maß“ fand, aber 1500 DM an den Makler für Möbelübernahme zahlen sollte, ohne überhaupt den Namen des Vermieters und die Bedingungen des Mietvertrages zu kennen. Und diesen hätte dann der Vermieter beliebig ausfüllen können, da man die Möbel ja schon gekauft hatte. Peter S. verzichtete auf die Wohnung.

Der Frankfurter Mieterschutzverein, der bei der heutigen Wohnsituation „jedes Loch“ für vermietbar hält, bezeichnete es als bekannte Praxis der Makler, gute Wohnungen als „Lockvögel“ zu inserieren. Wohnungssuchenden wird bei Nachfrage dann erklärt, diese Wohnung sei schon weg, aber man könne eine andere anbieten... Wenn eine privat aufgemachte Anzeige von einem Makler kommt, rät der Mieterschutzverein zu einer Anzeige: Nach dem Wohnungsvermittlungsgesetz droht ein Bußgeld bis zu 5000 DM (FR, 29.1.80).

Mietwohnung versteigert

Die „Süddeutsche“ berichtete kürzlich vom Wohnungsmarkt in Mün-

chen: „Nicht vermieten, sondern versteigern scheint die neueste Variante des Münchner Wohnungsmarktes zu heißen, mit der bereits einige Hausbesitzer und Wohnungseigentümer ein weiteres, trauriges Kapitel auf diesem Gebiet begonnen haben.“

Nach dem Motto „Konkurrenz belebt das Geschäft“ lud so zum Beispiel ein Schwabinger Hausherr vor kurzem die „Anwärter“ auf eine von ihm annoncierte Fünfzimmerwohnung zum gemeinsamen Rundgang durch die Räumlichkeiten. Anschließend traf man sich im Hausflur, wo der Eigentümer schier beiläufig die zuletzt gezahlte Miete nannte ... und abwartete. Nicht allzu lange, wie sich herausstellte, denn auf der Stelle setzte unter den rund dreißig angetretenen Bewerbern eine „muntere“ Preistreibe ein: Man überbot sich gegenseitig in der Hoffnung, den endgültigen Zuschlag zu erhalten. Selbst vereinzelt Mahnrufe („Macht doch da nicht mit!“) konnten diese Versteigerungstaktik nicht bremsen. Kopfschüttelnd, aber auch verzweifelt, verließen die meisten Interessenten schließlich den Schauplatz. Der Hausbesitzer dagegen konnte wenig später händereibend seinen neuen Mieter begrüßen, der exakt 250 Mark mehr geboten hatte als sein Vorgänger – er hatte das Rennen gemacht ... Das Schwabinger „Musterbeispiel“ ist, wie so mancher Wohnungssuchende berichten kann, leider kein Einzelfall.“

Rekordzuwachs bei Mietervereinen

1979 haben viele Mietervereine Rekordzahlen bei ihren Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Der Deutsche Mieterbund kommentiert, daß durch die neue Wohnungsnot, die Hochzinspolitik und die hohen Heizkosten die Wohnungsprobleme steigen und die Mietervereine bei entsprechender Öffentlichkeitsarbeit und guter Rechtsberatung gute Chancen haben (Mieterzeitung 1/80).



Das besetzte Haus

München: Kirchenbesetzung

Das besetzte Haus

München: Kirchenbesetzung gegen Wohnungsnot

Ca. 100 junge Leute besetzten am 1. Februar die Matthäuskirche in der Münchner Innenstadt, um auf die Wohnungsmisere in der Stadt aufmerksam zu machen.

Die Besetzer, die z.T. wohnungslos sind oder in menschenunwürdigen Behausungen leben, schreiben in einem Flugblatt: „Auch das Sozialamt kann uns und vielen anderen nicht helfen. Ca. 20.000 Bürger sind mit der höchsten Dringlichkeitsstufe vorgemerkt, d.h. ca. ein Jahr Wartezeit. Dabei stehen laut Münchner Merkur etwa 7000 Wohnungen leer [aus Spekulationsgründen: Umbau zu Eigentumswohnungen, Luxusapartements oder wegen Abriss sowie überhöhter Mieten]. Das Elend der Mieter und Wohnungssuchenden ist unübersehbar geworden. Wohnungen werden in München nicht mehr gemietet, sondern versteigert. Nicht nur die sozial Schwachen, sondern auch Angehörige der

Mittelschicht sind nunmehr Opfer jahrzehntelanger Spekulation. Angesichts dieser hoffnungslosen Situation sehen wir keine andere Möglichkeit als mit diesem Akt [Schlafen in der Kirche] auf unsere Lage aufmerksam zu machen und auf Abhilfe zu drängen. Wir sind nicht länger gewillt, diese katastrophalen Zustände hinzunehmen!“

Die Besetzer forderten ein leerge-räumtes Haus der Stadt und ein Ende der Sanierungspolitik, die vor allem Minderbemittelte ihrer billigen Wohnungen beraubt.

In einem Gottesdienst wies auch der Pastor auf die Wohnungsnot hin. Anschließend setzten die Besetzer ihre Aktion aus, nachdem ihnen ein Hearing in der Kirche mit Stadträten, Kirchenleitung und Presse zugesagt wurde (nach TAZ, 4.2.).

Wohnungskommission

Kaußen spekuliert weiter

Der für seine berüchtigten Methoden bekannte Althaus-Spekulant Kaußen hat wieder zugeschlagen: In Düsseldorf erwarb er 58 Mietshäuser, in denen etwa 1000 Menschen wohnen, die jetzt um ihre Bleibe fürchten. Mit Terrorismethoden hat Kaußen bisher immer Altmietern unter Druck gesetzt und von neuen Mietern für Bruchbuden oft die doppelte und dreifache Miete verlangt. Der Deutsche Mieterbund befürchtet für die Düsseldorfer Mieter „Jahrschicht der künftigen Gestaltung der Mietverhältnisse das Schlimmste“ (Mieterzeitung 12/79).

Zur gleichen Zeit kaufte Kaußen von der Bundesvermögensverwaltung in Euskirchen 80 Wohnungen, in denen vornehmlich kinderreiche Familien, einkommensschwache Bürger, Ausländer und Sozialhilfeempfänger wohnen. Das Bundesvermögensamt Aachen hat diese Mieter jetzt zum 31.1.80 gekündigt, „da der neue El-

gentümer Günter Kaußen die Häuser bis zu diesem Termin in geräumtem Zustand wünscht.“ Die Stadt Euskirchen sieht keine Chancen, die bisherigen Mieter unterzubringen, da auch in den Nachbargemeinden die Obdachlosensituation ähnlich schlecht wie in Euskirchen ist.

Besonders skandalös ist, daß in Euskirchen der Bund Kaufs Praktiken Vorschub leistet. 1973 hat der Bundesminister Apel vor Hamburger Mietern Kaußen als „Wohnungshyäne“, „Schweinehund“ und als „Mann, der Psychoterror macht“ bezeichnet. Kaußen Praktiken sind also schon lange bekannt. Der Mieterbund fragt besorgt: „Wie kann es da die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesvermögensverwaltung Aachen wagen, ausgerechnet an einen solchen Spekulanten Wohnungen zu verkaufen?“

Wohnungskommission

10 Tage Unifrauenklinik Jeder Tag ein Skandal

Zehn Tage anstatt der vorher angekündigten zwei verbrachte ich wegen einer Abtreibung in der Frankfurter Uni-Frauenklinik. Bei der Absaugung war die Hälfte in der Gebärmutter „vergessen“ worden, so daß ich 4 Tage später noch eine Ausschabung über mich ergehen lassen mußte. Inzwischen hatten sich natürlich schon die Eierstöcke entzündet, sodaß sich das Ganze noch länger hinzog. Aber mein „Fall“ ist noch verhältnismäßig harmlos im Vergleich zu anderen „Alltagsfällen“, obwohl sich da auch schon Sachen zutragen, die einem die Haare zu Berge stehen lassen:

zweimal sollte ich schon entlassen werden, bevor man sich endlich dazu entschloß, durch eine Ultra-Schall-Untersuchung die Schlampe festzustellen, weil ständig die Ärzte wechselten und dabei der eine das, was sein Vorgänger als sicheres Symptom für eine Entzündung bezeichnet hatte, als „psychische Nebenerscheinung bei einer Abtreibung“ abtat - und umgekehrt.

Als ich mich nach einigen Verwechslungen bei Blutuntersuchungen immer ganz genau danach erkundigte, was mir jeweils gespritzt oder abgenommen wurde, kriegte ich Antworten wie: „Sie können mal froh sein, daß wir Ihnen das überhaupt weg gemacht haben, jetzt seien Sie mal ruhig!“

Und daß man als Frau, die gerade eine Abtreibung mitmachen muß, nicht gern mit hochschwangeren Frauen auf einem Zimmer liegt, scheint auch keinen zu berühren - da macht man sich lieber Gedanken darüber, warum so viele Frauen „angeblich“ ungewollt schwanger werden und kommt zu der „revolutionären“ Erkenntnis, daß Frauen (da wegen des „reichhaltigen Angebots“ an Verhütungsmitteln keine mehr ungewollt schwanger werden muß) im Grunde ständig mit so einem Bedürfnis nach Schwangerschaft herumlaufen: so der Chefarzt in dem Entlassungsgespräch zu mir!

Aber jetzt zu dem, was ich - ohne großes Zutun - in den 10 Tagen mitgekriegt habe:

gleichzeitig mit mir wurde Frau F. eingeliefert wegen starker Blutungen. Frau F. war im 5. Monat schwanger und wurde daher als erstes unter den Ultraschall gelegt. Mitten in der Untersuchung, Frau F. liegt weiterhin wehrlos unter dem Gerät, geht der untersuchende Arzt raus und läßt die Tür offen. Vorbei kommt zufällig der Chefarzt, der gerade mit einem Schwarm von Assistenten und Studenten Visite macht, sieht durch die offene Tür den Bildschirm des Ultraschallgerätes, geht rein, erklärt:

„Hier sehen Sie, meine Damen und Herren, ein typischer Fall von ... das Kind, wohl im 5. Monat, ist tot.“ Mit diesen Worten schwebt er samt Anhang wieder raus. Frau F. will erst nicht glauben, begreift dann aber doch, daß sie gemeint ist ...

A., meine Bettnachbarin, wird eingeliefert mit einem relativ guten Allgemeinbefinden - und entlassen mit einer Blasenentzündung und einer ganz starken und anfangs unerklärlichen Übelkeit, die sie zwei Wochen

lang nicht los wird. Ursache: die Blasenentzündung hat sie sich auf dem OP-Tisch geholt, auf dem sie, halb unter Narkose, völlig nackt, angeschnallt eine halbe Stunde lang liegen gelassen wurde, weil auf den operierenden Arzt gewartet werden mußte. Die Übelkeit resultierte von einer Hormonspritze (mit einer Dosis von ca. 20 Antibabypillen!), die versehentlich - anstatt in den Muskel - in die Vene gespritzt wurde.

Mir gegenüber lag D., eine 16-jährige Schülerin, die nach einer Abtreibung in einem anderen Krankenhaus eine so dicke Eierstockentzündung hatte, daß ein Eierstock herausgenommen werden sollte. Daß das einen ziemlich fertig macht, interessiert die Mutter nicht besonders, wichtiger war ihr, ihrer Tochter bei jedem Besuch ein Riesentheater zu machen darüber, daß es zu einer Abtreibung kommen mußte; daß das nicht ginge mit ihrem Freund - und daß sie jetzt gefälligst sofort die Pille schlucken soll. Und da mischten die Ärzte voll mit: vor versammelter Mannschaft mitten in einem Sechsbetten-Zimmer „erörtere“ der behandelnde Arzt mit D. ihre „wohl nicht ganz glücklich gelöste Kontrazeption“ und verordnete kurzerhand - über die Tatsache einer Eierstockentzündung und die wohl berechtigten Bedenken von D. hinweg - die sofortige Einnahme der Pille. Für eine Erörterung der Entzündung von D.'s Eierstöcken war D. allerdings ihrer Meinung nach zu jung. Das machten sie lieber mit ihren Eltern!

Nach drei Tagen wurde Frau S. eingeliefert. Sie sprach kein Deutsch, da sie Iranerin ist, aber konnte sich ganz gut auf Englisch verständigen. Aber das schien den Herren Ärzten zu mühsam zu sein: zwei Tage lang bekam Frau S. weder Medikamente noch was zu essen, weil niemand wußte, was man mit ihr vorhatte - sich aber auch kein Arzt mal an ihr Bett setzte zu einem der sonst üblichen Aufnahmegeräusche. Dabei blutete sie ununterbrochen und wurde zusehends schwächer. Nach zwei Tagen stellte ein Arzt nach einem zehnmütigen Gespräch fest, was sie hatte, verordnete ihr Essen und Medikamente - nach drei Tagen konnte sie gesund wieder nach Hause.

Neben an lag Frau G., im 8. Monat schwanger. Sie erzählte uns, daß dies ihre fünfte Schwangerschaft sei, die anderen vier Kinder hatte sie alle in der Uniklinik entbunden, alle sind kurz nach der Geburt gestorben aus bis vor kurzem angeblich unerklärlichen Gründen. Bei dieser Schwangerschaft ist durch Zufall (!) ein Professor auf ihren Fall neugierig geworden, hat sich die Unterlagen besorgt und festgestellt, daß jedesmal eine - keineswegs unbekannte - Blutunverträglichkeit vorgelegen hat, der man heute mit Medikamenten usw. problemlos beikommen kann.

Frau H. wurde zwei Tage vor meiner Entlassung eingeliefert: bei ihr sollte in der rechten Brust ein vor zwei Tagen entdeckter Knoten untersucht und evtl. - bei entsprechend bösartigem Befund - gleich die ganze

Brust abgenommen werden. Frau H. war unheimlich nervös. In Gesprächen mit ihr kam heraus, daß sie überhaupt nicht über die verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten von Brustkrebs bzw. Rehabilitationsmöglichkeiten für Brustamputierte informiert war. Aus dem OP kam sie - wie befürchtet - ohne Brust zurück. Zum Glück waren liebe Mitpatientinnen bei ihr, als sie aufwachte. Die Ärzte hielten es erst am nächsten Tag für nötig, vorbeizukommen, um dann auch noch zu erklären, daß der Befund über eine evtl. Bösartigkeit des Knoten noch nicht da sei, da aber „das Ganze so komisch“ (Originalton) ausgesehen habe, habe man sicherheits halber die ganze Brust abgenommen. Erst zwei Tage später erzählt man ihr von den Möglichkeiten einer Brustplastik. Von meinem Frauenarzt erfahre ich hinterher zufällig, daß der behandelnde Oberarzt sich mit Brustplastiken in der Hierarchie der Uniklinik hochzuarbeiten versucht ...

Frau E. kommt zu uns von der Entbindungsstation, wo sie vor drei Wochen eine Tochter geboren hat. Frau E. ist Prostituierte und war während der Schwangerschaft drogenabhängig. Die Entbindung war ziemlich schwierig: man hat nicht, wie fast überall üblich, den Damm geschnitten, sondern reißen lassen, was die Geburt unnötig verlängert und sehr schmerzhaft ist. Aber damit nicht genug: Prostituierte werden - scheint's - doppelt bestraft: der Riß wird nicht genäht, sondern „in Ruhe gelassen“, so lange, bis Frau E. selbst stutzig wird, weil es anfängt komisch zu riechen. Nach vier Tagen wird dann festgestellt, daß das Fleisch nicht verheilt, sondern im Gegenteil zu verfaulen beginnt. Nach einer Woche ergebnisloser Behandlung mit Spülungen usw. wird das Ganze noch mal geschnitten und endlich genäht - was inzwischen so kompliziert geworden ist, daß Frau E. zwei Tage mit zusammengebundenen Beinen ganz stramm im Bett liegen muß - ohne Essen und Trinken!

Jeder dieser Fälle wäre was für's Gericht oder zumindest was für die breite Öffentlichkeit. Aber wer traut sich schon, vereinzelt gegen die - bei sowas immer sehr geschlossene - Ärzte-Mafia anzugehen? Und eine Frauenklinik scheint ein besonders beliebtes Feld für Experimentierer und Menschenfeinde zu sein - im Gesundheitswesen steht Frauenfeindlichkeit hoch im Kurs! Ich hatte noch Glück: in unserem 6-Betten-Zimmer hatte sich eine richtige Gemeinschaft entwickelt, die zwar noch nicht stark in die Offensive ging (das ist auch wohl nicht möglich bei so einem Aufenthalt), aber zur Selbsthilfe griff, indem wir uns über die uns widerfahrenen Schweinereien viel unterhielten, uns trösteten, teilweise nur noch gemeinsam mit Ärzten sprachen und zu zweit oder mehreren zu Untersuchungen gingen usw.

Zu einigen der Frauen habe ich sogar noch Kontakt, Frauen, die eigentlich nicht zu meinem sonstigen Freundeskreis passen ...

Eine Frankfurter Genossin

Kurzmeldungen

Nach Klinikschließung - Direktor verhaftet

Köln. Nach dem jahrelangen Veruschen der Zustände in psychiatrischen Kliniken und Anstalten („Landeskrankenhäuser“ - LKH) seitens des Staates und der „freien Träger“, haben es Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen etc. in letzter Zeit erfolgreicher verstanden, den Schleier des Schweigens zu lüften. Erreicht worden sind mehrere Artikel in der bürgerlichen Presse, sowie Ermittlungs- und Strafverfahren gegen die Verantwortlichen. Bestes Beispiel dafür sind die in der letzten Zeit stark ins Gerde gekommenen LKH's in Nordrhein-Westfalen.

LKH Brauweiler

Am 10.12.79 wurde ein ehemaliger Krankenpfleger des (aufgrund von Skandalen, die an die Öffentlichkeit gelangten) mittlerweile geschlossenen LKH Brauweiler zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte in einer „Beruhigungszelle“ des LKH einem Patienten „so massive Schläge

auf die Kinn- und Halspartie versetzt, daß der Patient am darauffolgenden Tag an den Verletzungen ... starb“ („Kölner Rundschau“, 11.12.79).

Dann, am 9.1.80, wurde gegen den ehemaligen Direktor des LKH, Stockhausen, Haftbefehl erlassen. Stockhausen wurde - da „Fluchtgefahr“ bestand - festgenommen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen Totschlags in zwei Fällen, schwerer Körperverletzung sowie Gefangenbefreiung! Konkret: Patienten einer geschlossenen Station für Suchtkranke seilten sich über die „Eiger Nordwand“ (Patientenjargon) nach draußen ab, um sich dort Alkohol zu organisieren. „Die Fenster, die eigentlich zum Schutz der Patienten geschlossen und verriegelt sein mußten, seien auf Anweisung von Dr. Stockhausen seit 1973 nicht mehr gesichert gewesen ... Doch für den Arzt hätten die Fluchtgedanken nur bewiesen, daß sich der Patient auf dem Wege zur Besserung befinde, da er „Eigeninitiative“ entwickle“ („die Neue“, 11.1.). Dieser blanke Zynismus forderte zwei Todesopfer, die abstürzten, und 28 Schwerverletzte (einer ist querschnittsgelähmt).

Das LKH Brauweiler war schon eine ganze Zeit vorher ins „Gerde“ gekommen „und zwar zunächst nicht wegen der nächtlichen Klettertouren, sondern wegen der allgemein unhaltbaren Zustände. Von mangelhafter Therapie war die Rede, von pflegerischen und technischen Mängeln bei der Versorgung der Patienten, von fehlenden Ärzten, von einem Ton wie auf dem Kasernenhof, von einer Atmosphäre wie im Gefängnis, von Patienten, die wie Tiere eingesperrt seien“ („Süddeutsche Zeitung“, 16.1.).

LKH Düren

Letztes Jahr verbrannte ein Patient in seiner Zelle, ein anderer hängte sich auf - Grund genug für die SSK („Sozialistische Selbsthilfe Köln“) die Zustände in dieser „Klinik“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Immerhin ist dann dieses LKH für 750.000 DM renoviert worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Aber grundlegend geändert hat sich in Düren bis heute nichts.

Gesundheitskommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag

Gerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 5902

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wilmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum

Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg

Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen

Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurlenplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelsstraße 39

Kamen

Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2

Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheyd
(Fußgängerzone)

Köln

Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel

Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro

Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinststraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
Fußgängerzone / Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bücherstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg

AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe

Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart

Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Platzbesetzung bei der nächsten Tiefbohrung



Dem Landesvater - sein treues Volk?

Am Rande des Trebeler Treffens wurden von der Polizei drei Autos geknackt. Darin wurde die typische „Terroristenausrüstung“ von militanten AKW-„Chaoten“ gefunden: Dazu gehören Taschenlampen, Spaten, Thermosflasche ebenso wie das Klappmesser. Man kennt diese Bilder alle von Brokdorf, Grohnde oder Kalkar. Die Veröffentlichung solcher Bilder war allemal ein Anzeichen für geplante Polizeieinsatzübungen.



Am 2.2. fand zur Diskussion des weiteren Widerstands im Landkreis in Zusammenarbeit mit der BI Lüchow-Dannenberg ein „Trebeler Treffen“ statt. Allerdings wollten Teile der autonomen Spontis lieber eine „Ortsbesichtigung“ eines Bohrloches vornehmen, woran sich gut zwei Drittel der Anwesenden (von 120 insgesamt) beteiligten.

Die BI Lüchow-Dannenberg-Vertreter berichteten, daß inzwischen die ersten beiden Anlagen gegen Landwirte wegen der sogenannten „Gülle-Aktion“ liefen, wegen „Sachbeschädigung zum Nachteil der Bohrfirma“ (sie hatten neben einem Bohrloch mit JAWE gedüngt). Außerdem wolle die DAWE nach der Verurteilung von Undine von Blottnitz auch noch 10.000 DM Schadenersatz „wegen Arbeitsausfall“ fordern. Die BI-Vertreter erläuterten, daß durch kleinere Blockadeaktionen derzeit nicht viel zu machen sei. Sie schlugen vor, bei der folgenden Tiefbohrstelle (1004), wo im April/Mai die Bohrungen beginnen sollen, eine größere, ca. einwöchige bundesweite Aktion zu organisieren, in dessen Rahmen der Platz und die Zufahrtswege besetzt gehalten werden sollen. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß eine solche Besetzung aus der Bevölkerung heraus getragen werden könne. Dazu wollen sie in nächster Zeit eine Art Umfrage im Landkreis machen.

Zur konkreten Beratung soll am 2.3. im Landkreis (Beginn 10 Uhr in den Trebeler Bauernstuben) erneut ein Treffen stattfinden, zu dem die BI mit einer schriftlichen Erläuterung ihres Vorschlages einladen will.

Norddeutsches BI-Treffen

Lars Hennings hat erklärt, er wolle mit Rücksicht auf die Entwicklung des örtlichen Widerstands eine erneute Aktion erst nach Baubeginn. Der Koordinationsausschuß der LDU, der ebenfalls das BI-Treffen unterstützt, schloß sich dieser Meinung an.

Die BUU sprach sich für eine Demonstration im März aus, will aber für ein möglichst breites Bündnis eintreten, und sich entsprechend erst zu einem späteren Zeitpunkt endgültig festlegen.

Das Autonomien-Plenum der BUU sprach sich einstimmig für eine einwöchige Aktionswoche mit einer Aktion am Zaun im März/April aus. Die BI Umweltschutz Kieler Förde hatte unmittelbar nach der Dezember-Aktion eine Landeskonferenz vorgeschlagen, um noch Ende Februar/Anfang März eine bundesweite Großdemonstration zu organisieren. Ein anderer Teil der BI war ebenfalls für eine Aktion unmittelbar nach Baubeginn.

Noch im November hatte sich der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie für einen neuen Bauplatzbesetzungsversuch in Brokdorf ausgesprochen.

Am 23.2. findet in Brunsbüttel um

14 Uhr ein Treffen der BIs aus Norddeutschland statt. Auf dem Treffen soll „über die weitere Arbeit gegen die Inbetriebnahme des AKW-Brunsbüttel, das Urteil zum AKW Brokdorf und den Stand des AKW Krümmel“ beraten werden. Das Treffen wird vom Arbeitskreis Brokdorf Dorstraße 19

2209 Krempdorf
Tel.: 0424/2596

koordiniert. Stellungnahmen, die bisher vorliegen, sollen zur Vorbereitung zugesandt werden.

Nachdem die Urteile der Kläger gegen das AKW-Brokdorf samt und sonders vor Gericht abgeurteilt worden sind, ist es für die Atombetreiber nur eine Frage des „günstigen Zeitpunkts“, wann dort weitergebaut werden soll. Kurz vor Weihnachten kam es trotz kurzfristiger Mobilisierung zu einer Demonstration mehrerer Tausend AKW-Gegner, bei dem auch versucht wurde, ein Stück Zaun mitzunehmen, um es beim NWK-Gebäude abzustellen, was leider mißlang. Die Grünen hatten sich von der Aktion distanziert (s. AK 169).

Bisher gibt es die verschiedensten Vorstellungen über weitere Aktionen.

Stoltzenberg-Skandal Der Schuldige wurde jetzt endlich gefunden

Mit dieser erfreulichen Meldung konnte am 1.2. die „Hamburger Morgenpost“ die Bevölkerung beglücken. Nachdem es sogar kürzlich noch so aussah, als müsse der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine ganze Arbeit noch einmal von vorne beginnen, weil die befragten Behördenangestellten ihre Aussagen untereinander abgesprochen haben, kann nun die Sache zügig zu Ende gebracht werden: alle Parteien haben sich darauf geeinigt: „Verurteilt wird der Ausschuß vielmehr etwas ganz anderes: Die unübersichtbare Gesetzes- und Verordnungsflut, die für kaum einen Beamten noch zu übersehen war. Dadurch wurden – so wiederum ein Ausschußmitglied – Eigeninitiativen einzelner Beamter unterbunden“ (s.o.). Die „Einschüchterung“ über die Verordnung hat so angeblich verhindert, daß der Skandal schon längst vorher hätte beseitigt werden können. Mit diesem beruhigenden Ergebnis konnte dann auch die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Ex-Senator Dahrendorf einstellen. Dahrendorf hatte zurücktreten müssen, weil er in den Ruch gekommen war, den Skandal bewußt vertuscht zu haben. Es waren Schrei-

ben bekannt geworden, daß er gute Kenntnisse über die Verhältnisse bei Stoltzenberg besaß – wahrscheinlich hat auch ihn die „Gesetzesflut“ eingeschüchtern, aber das ist jetzt ja richtiggestellt. So gibt es im Stoltzenberg-Skandal nur noch Auszeichnungen: Denn 42 Angehörige der Bundeswehr erhielten den Verdienstorden der BRD durch Minister Apel für ihre Verdienste bei der Räumung. So endet der Stoltzenberg-Skandal mit einem erneuten Skandal!

Hannover: Das Verfahren gegen den Leiter der Kampfstoffmittel-Beseitigungsgruppe Munster, Peter Lichters, ist auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes eingestellt worden.

Dieser hatte sich wegen „Vortäuschung einer Straftat“ verantworten müssen und war in erster Instanz zu vier Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Peter Lichters, der 1975 den Diebstahl von 53 Litern des Kampfstoff Lost in Munster vortäuschte (s.a. AK 63), wollte hiermit auf die ungelöste Kampfstoffbeseitigung aufmerksam machen. („HAN“, 19.1.)

AKW-Nein-Kommission

machen. („HAN“, 19.1.)

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen

„Rasterfahndung“ jetzt auch bei der Anti-AKW-Sonne?

Die Freiburger Polizei beeilt sich zu versichern, daß die in einem internen Brief verwendete Passage, „aus hiesigen Unterlagen“ sei erkennbar, daß bei Demonstrationen gegen Kernkraftwerke mehrmals Fahrzeuge mit bestimmten Kennzeichen „aufgefallen“ seien, nicht den Schluß zulasse, daß AKW-Gegner (motorisiert, mit Aufkleber) systematisch erfaßt würden. Vielmehr würden Registrierungen von Personen und Kraftfahrzeugen nur im Zusammenhang mit „konkreten Ermittlungen“ vorgenommen. Solche Ermittlungen müßten sich allerdings nicht unbedingt gegen die Besitzer richten; sofern Daten über Personen und Autos auch im Zusammenhang mit anderweitigen Ermittlungen von Bedeutung seien, würden sie aufgenommen.

Sicher hegt nicht nur der SPD-Landtagsabgeordnete Meyer den Verdacht, daß diese Ermittlungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der Polizei auf neue Auseinandersetzungen um den Bau des AKW Wyhl stehen.

„Kurskorrektur“

Jawohl, eine Kurskorrektur unserer (schlechten) Gewohnheiten könnte mehr erreichen als aller nur denkbare Umweltschutz: „Eine zu hohe Zufuhr an sich unschädlicher Lebensmittel ist heute gefährlicher als alle Umweltgifte zusammen“. Dies erklärte jüngst Professor Wolfram von der Poliklinik in München. Über 2000 Befragungen mit dem Institut Allensbach hatte der „Verband der Ärzte Deutschlands“ (Hartmannbund) herausgefunden, daß zwei Drittel der Bevölkerung an schlechten Ernährungsgewohnheiten leide, 20 Mio. an Übergewicht, 16,5 Mio. an Bluthochdruck, 24 % (9,8 Mio.) über Verstopfung, 14 % (6,3 Mio.) über Leber-, Nieren- und Gallen-Erkrankungen, 5 % (2,25 Mio.) haben Zucker usw. usf.

wicht, die Folgen sind „bekannt“: 38 % (16,5 Mio.) klagen „deshalb“ über Herz- und Kreislaufbeschwerden, 24 % (9,8 Mio.) über Verstopfung, 14 % (6,3 Mio.) über Leber-, Nieren- und Gallen-Erkrankungen, 5 % (2,25 Mio.) haben Zucker usw. usf.

Komisch, wir hatten gedacht, es läge an den falschen Trinkgewohnheiten, insbesondere übermäßigem Alkoholkonsum, ... oder am Zigarettenskonsum oder ... Zu gut deutsch, wer richtig ißt, trinkt, etc., der bleibt gesund und da soll niemand mit diesem neomodischen Umweltschutz kommen.

(Alle Angaben nach „Hamburger Abendblatt“, 26./27.1.80)

AKW-Brunsbüttel auf Fischfang

Wie die Untersuchung des schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministeriums ergab, werden jährlich am Einlauf des AKW sechzig Tonnen Fisch im Wert von ca. 200 000 DM angesaugt. Somit ist erwiesen, was die Fischer seit Jahren erklären: Die installierte Fischsperre versagt völlig, so daß ihnen die Fische regelrecht vor der Nase weggesaugt werden.

Die HEW will in Brunsbüttel ab März dieses Jahres nicht nur Fisch ansaugen lassen, sondern auch wieder Luft und Wasser mit Radioaktivität versuchen lassen. Laut Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Westphal steht einer Wiederinbetriebnahme nach einer positiven Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission nichts mehr im Wege.

Leck im AKW Fessenheim

Der Reaktor Eins des französischen AKWs Fessenheim mußte zwei Tage lang wegen einer Panne stillgelegt werden. Wie jetzt bekannt wurde, war radioaktives Wasser aus einem Leck im Primärkreislauf in einen Sicher-

heitsbehälter geflossen.

Gau durch Erdbeben?

Tagelange Erdstöße in Kalifornien haben im größten atomaren Waffenforschungszentrum der Welt bereits einigen Schaden verursacht. Radioaktives Wasser und Gas ist bereits freigesetzt worden. Die 7200 Beschäftigten mußten evakuiert werden. Aber das Zentrum des Bebens bewegt sich weiter auf das Labor in Livermore zu. Direkt vor dem Gebäude verläuft eine Erdspalte, die bald aktiv werden kann. Nun gibt es in dem Gebäude einen Reaktor und es lagern dort 400 Pfund Plutonium.

Vor der Küste San Franciscos, etwa 40 Meilen von Livermore entfernt, liegen 60 000 Fässer mit Atomkern. Aber Atomreaktoren seien „erdbebensicher“ hat ja die Atomindustrie immer behauptet.

Supertanker absichtlich versenkt

Offensichtlich um eine Öllieferung an die Republik Südafrika zu vertuschen und gleichzeitig den Wert der Ladung ein zweites Mal zu kassieren (Versicherungswert ca. 60 Millionen Dollar für Öl, 24 Millionen für das Schiff), hat der Ölkonzern „Shell“ einen seiner Tanker vor der afrikanischen Küste von der Mannschaft versenken lassen. Das behauptet zumindest einer der Besatzungsmitglieder. Erst sechs Stunden nach der Explosion wurde ein Notruf losgeschickt, und das auch erst, nachdem ein weiterer Tanker bereits zwanzig Minuten in Sicht war. Nach dem Sinken sei fast kein Ölteppich entstanden, außerdem sei das Schiff zwölf Tage länger unterwegs gewesen, als gewöhnlich.

Sicher eine lukrative Variante, den Ölboykott gegen Südafrika zu unterlaufen.

Straßensperren gegen geplantes AKW in der Bretagne

Hunderte von Bewohnern der Gemeinde Plogoff (Süd-Finistere) protestierten am 31. Januar gegen das geplante AKW. Gegenüber standen sich die Einwohner und die Polizei, die vier „Informationsbusse“, von der Bevölkerung ironisch „Mobiles Rathaus“ getauft, begleiteten.

Diese vier Kleinbusse sollen vom 31.1. - 14.3. in den umliegenden Gemeinden aufgestellt werden und dort eine „öffentliche Umfrage“ über das geplante AKW durchführen. Beim Anrücken der Polizei entzündeten die Demonstranten ein Feuer aus alten Reifen und blockierten die Straße mit ihren Landmaschinen. Die Polizei setzte daraufhin Planieraupen und Panzerwagen ein, die die Straße räumten. Nach der Räumung der Straße kam es dann zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Bauern und der Polizei. Es gab einige leicht Verletzte.

Der Unmut über das geplante AKW in Plogoff wächst bereits seit mehreren Wochen. Auch in den benachbarten Orten Primelin, Goulien und Clédén-Cap-Sizun wurden am 31.1. Straßensperren errichtet.

Denn die „Umfrage“ zeigt, daß die wirkliche Entscheidung über ein AKW längst gefallen ist. Mehrere Parteien der Linken und die Gewerkschaften haben zu einer Versammlung am 31.1. eingeladen und für kommenden Sonntag wird eine größere Demonstration erwartet. (Informationen aus „Le Monde“ vom 1.2.80)

AKW-Nein-Kommission

Aus bisherigen Kämpfen lernen um die künftigen zu meistern!



„Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atomkraft zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“.

Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit. 48 Seiten A4 DM 2.-



Brokdorf – ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeiüberfälle auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffi-

de und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizeioffiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienst-Anweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten. 87 Seiten A4 DM 3,50



Kalkar am 24.9.

80 Seiten illustriert, DM 3,50

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW-Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bildokumentation enthalten, in dem die bisher größte bundesrepublikanische Polizeiaktion eindrucksvoll belegt ist. 64 Seiten A4 DM 3,50

Bundesregierung für ungehemmten Ausbau der Kernenergie und Kriegskurs

Bundeskanzler Schmidt hatte in seiner Neujahrsansprache "härtere Zeiten" für die 80er Jahre angekündigt. Immer wieder beschäftigte ihn die Frage, "ob es uns auch im nächsten Jahrzehnt gelingt, den inneren und äußeren Frieden zu bewahren" ("Wirtschaftswoche", 24.12.79). Diese Frage hat er zumindest für "den äußeren Frieden" gleich verneint, denn er hält einen Krieg gegen die Dritte Welt für wahrscheinlich, der Ölmarkt schaffe "Spannungen, die sich eines Tages entladen könnten" (ebd.).

Nun liegt der Bundesregierung eine "brillante Studie" (so die "Wirtschaftswoche") zu den "Gefahren der Energieversorgung für die Bundesrepublik" vor, deren Text recht interessant ist, weil er uns Aufschluß darüber gibt, was in den herrschenden Kreisen so gehandelt wird. Die Studie geht von einem wachsenden Energieverbrauch aus, der sich bis zum Jahre 2.000 verdoppeln und bis 2.030 verdreifachen könnte. Die erdöl-exportierenden (Opec) Länder besäßen 65 % und die RGW-Länder rund 15 Prozent der Weltölvorräte. Die RGW-Länder, die jetzt noch große Mengen Erdöl exportieren würden (1978: 55 Mio. Tonnen), würden ab 1990 gezwungen sein, große Mengen Öl einzuführen (bis 1990: über 100 Mio. Tonnen). Als Grund dafür werden organisatorische, technische, klimatische und Transportprobleme der Sowjetunion bei der Erschließung neuer Ölfelder genannt. Die politischen Folgen dieser Annahmen stellt die Studie so dar: "Die Energieabhängigkeit der RGW-Partner dürfte für die Sowjetunion ein Mittel sein, den Zusammenhalt des von ihr beherrschten Raums zu sichern, sie sieht sicherlich Gefahren für die wirtschaftliche und politische Stabilität in den osteuropäischen Ländern, wenn deren Energieversorgungsprobleme wachsen. Eine daraus resultierende politische Verhärtung innerhalb des Ostblocks könnte das Ost-West-Verhältnis berühren". Eine weitere Eskalation des Kalten Krieges ist mit so einer "Einschöpfung" vorprogrammiert.

"Eingungen" ebenso wie wegen der "sich abzeichnenden Energieversorgungsprobleme des Ostblocks" sei die Sowjetunion im Nahen Osten, "in diesem für den Westen lebenswichtigen Raum politisch, militärisch und maritim (auf See, Anm. AK) präsent (Afghanistan, Süd-Jemen, Äthiopien)". Zwar sei die Sowjetunion "mit der militärischen Besetzung Afghanistans ... näher an das wichtigste Ölversorgungszentrum der Welt und die Öltransportwege der Region herangerückt", das schaffe ihr "größere Einwirkungsmöglichkeiten", allerdings wird ihr "einstweilen eine pragmatische Außenpolitik" bescheinigt, die als "Hauptziel" die Konsolidierung ihrer "Brückenköpfe" verfolge. Allerdings setze die SU "längerfristig auf den Zusammenbruch der jetzigen Systeme und zugleich auf den Verfall des westlichen Einflusses am Golf". Diese Labilität der pro-westlichen Systeme ist auch der Grund, warum diese Studie "über

die Gratwanderung am Abgrund" den "Nahostkonflikt" als "die gefährlichste Störquelle für die internationale Ölversorgung" bezeichnet. Zwar habe "der ägyptisch-israelische Frieden die Kriegsgefahr erheblich vermindert", "die politischen Spannungen in diesem Raum sind aber nicht geringer geworden". Da seien die Palästinenser, "eine beachtliche Minderheit in den meisten ölproduzierenden Staaten", die mit "Anschlägen auf Erdölinstallationen" drohen könnten. Noch größer sei die Gefahr, "daß die Großmächte in einen lokalen Konflikt (auch interne revolutionäre Vorgänge) miteinbezogen werden oder bei einem globalen Konflikt versuchen, sich die Ölleitungen durch einen raschen Zugriff zu sichern, den Zugriff der anderen Seite durch Zerstörung auszuschließen oder die Transportwege zu unterbrechen". Deshalb gelte es, "den Sowjets rechtzeitig deutlich zu machen, welche Risiken sie bei dem Versuch eingehen würden, ihre Einflußzone in dieser Region weiter auszuweiten". D.h., der Nahe Osten müsse klipp und klar als "Einflußzone" des Imperialismus festgeschrieben werden. Doch so oder so, "die Position der OPEC-Länder bleibt bis in die neunziger Jahre stark". Die "Ölwanne" könne "selektiver und subtiler" angewendet werden, das führe zu einer "Belastungsprobe" unter den imperialistischen Ländern, wegen des Wettlaufs um das knappe Öl.

Die OPEC-Staaten müßten als "unmittelbare Verursacher" der Notlage in den Ländern der 3. Welt, "eine besondere Verantwortung" tragen, denn 1979 stünden 50 Milliarden Dollar Ölrechnung lediglich 22 Milliarden Entwicklungshilfe gegenüber. "In möglichst großem Umfang" müsse das OPEC-Geld in diese Länder "rückgeschleust" werden, bzw. ansonsten durch "Anlagestreue" die Ölländer befriedigt werden. Entscheidend sei für die Imperialisten, um ihre Verfügung über die Finanzmärkte, insbesondere das Eurobankensystem, dabei auszunutzen, die "Stabilität" dieser Finanzmärkte.

Die besondere Lage der BRD ergebe sich daraus, daß "unser Land arm an Energierohstoffen" sei. Sie müsse sich "durch langfristige Verträge und/oder Beteiligungen den Zugang zu ausländischen Quellen sichern". Auch "kostengünstige Lagerstätten (würden) weltweit zunehmend wirtschaftlich". Zwar müsse der Staat die "Suche nach neuen, geographisch weit gestreuten Versorgungsquellen politisch weiterhin unterstützen. Direkte Verträge von Staat zu Staat" seien allerdings "zweischneidig, weil sie einer weiteren Politisierung des Weltölhandels Vorschub" leisteten.

Insgesamt könne die BRD durch ihre "nationale Energiepolitik" nur "begrenzt globale Wirkung" erzielen, "extreme deutsche Anstrengungen beim Ölsparen" seien ebenso sinnlos wie "ein deutscher Verzicht auf Kernenergie". Die BRD müsse sich gegen die "Verzuchung zu na-

tionalen Alleingängen" wenden. Die BRD habe "besonderes Interesse, aber auch Verantwortung, den internationalen Abstimmungsprozeß aktiv zu fördern; eine vermittelnde und initiiierende Rolle in der energiepolitischen Zusammenarbeit" solle die BRD einnehmen. Leider sei es "unrealistisch", daß Großbritannien seine Ölsouveränität in der Nordsee "zugunsten der Gemeinschaft auch nur teilweise" abtrete, die USA behinderten "nach wie vor (mit) administrativ niedrig gehaltenen Energiepreisen die Entwicklung der Alternativen und des Sparwillens der Bevölkerung". Enge bilaterale Beziehungen müsse die BRD auch zu den "Förderländern" zum "Ausgleich und gegenseitigen Verständnis" pflegen. Die BRD solle bei der Lösung der Probleme der "wirtschaftlichen und sozialen Strukturen" beitragen, d. h. helfen, diese Systeme am Leben zu halten.

Die "gravierendste Schwachstelle" bei der "internationalen Abstimmung" sei aber "das unzulängliche Tempo des Ausbaus der Kernenergie". Derzeit seien weltweit über 220 Kernkraftwerke mit rund 125 Gigawatt in Betrieb. "Informationen der Regierungen lassen bis 2.000 für die Welt - ohne Staatshandelsländer (!) - einen Zubau auf 850 bis 1200 Gigawatt erwarten (650 bis 900 Kraftwerke vom Biblis-Typ - beziehungsweise jährlicher Zubau von 30 bis 45 Kraftwerken). Bis 2025 erwarten internationale Studien einen Ausbau auf 1800 bis 3900 Gigawatt". Bei diesem Zubau werde das Uranangebot "bereits Anfang des nächsten Jahrhunderts kritisch werden". Dazu sei die Nutzung "zum Beispiel Schneller Brüter" ab Anfang des nächsten Jahrhunderts nützlich, "in jedem Falle" müßten "mit höheren Anstrengungen im technischen Bereich ... und bei der Finanzierung" neue Uranlagerstätten aufgeschlossen werden.

Außerdem sei "die Wiederaufarbeitung zwingend" und die BRD müsse sie "spätestens in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre betreiben, um Plutonium für die Erstausrüstung von Brütern nach 2000 zur Verfügung zu haben".

Die zu erwartende Ölpreissteigerung von 100 % bis Ende des Jahrhunderts wird nicht etwa den Ölmultis angelastet, die kürzlich 21 Mrd. DM Profite für das letzte Jahr melden konnten, nein, diese seien sogar von den Maßnahmen der Ölförderländer besonders betroffen, die Armen ... So dürfe auch nicht mit "massiven Eingriffen" in die Marktmechanismen gegen die "notwendige Investitionsbereitschaft" eingegriffen werden. Es gelinge um so mehr, die Preise auf die Bevölkerung abzuwälzen, "je mehr es gelingt, das Bewußtsein der Bevölkerung, das sich in Konsumgewohnheiten und Kaufentscheidungen ausdrückt, zu ändern".

Für die Industrie müsse die billige Importkohle eingeführt werden können, um von Öl auf Kohle umzustellen, in den Haushalten solle das Öl durch Atomstrom ersetzt werden.

AKW-Nein-Kommission

Auch in Japan: Atomstaat - Polizeistaat



Obgleich die Anti-AKW-Bewegung in Japan noch lange nicht die Breite und Schlagkraft erreicht hat wie in der BRD, macht sich der Staatsapparat daran, jeden Widerstand schon im Keim zu zerschlagen. Im vergangenen Herbst gab der Leiter der Polizeibehörde Shizuhiko Yamamoto im Polizeipräsidium der Fukui Präfektur folgende Erklärung ab: "Die Polizei untersucht gerade, wie die Bevölkerung im Falle eines AKW-Unfalls am sichersten evakuiert werden könnte. Dabei muß auch die Möglichkeit einer Sabotageaktion gegen Atomanlagen berücksichtigt werden. Hierfür ist eine internationale Überwachung notwendig. Es ist unumgänglich, daß eine bewaffnete Sicherheitstruppe eingesetzt werden muß. Für das Fiskaljahr 1979 wird dies mit in den Haushaltsentwurf eingehen. Gegenwärtig wird ein überregionaler Einsatz verstärkt und enge Verbindungen zu den AKW-Betrieben aufrechterhalten. Bezüglich der Anti-AKW-Bewegung wird alles getan, um Daten einzusammeln. Falls die Aktionen (gegen AKWs, Anm. AK) sich eskalieren, müssen direkte Maßnahmen ergriffen werden." ("Rodo Joho", Nr. 59).

Bereits früher hatte ein AKW-Betrieb mitgeteilt: "Da die Protestaktionen aufgrund des Three Mile Island-Unfalls sich gesteigert haben, muß die Zusammenarbeit mit der Polizei noch verstärkt werden. Wir müssen uns auf die Sicherheitsvorkehrungen der Polizei verlassen können." (ebenda).

Zur Illustrierung dieser Sicherheitsvorkehrungen zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit: Am 26.11.79 wurde ein Experten-Treffen anlässlich des Harrisburg AKW-Unfalls in Tokyo abgehalten. Veranstalter waren der Wissenschaftsrat Japans und die Nukleare Sicherheitskommission der japanischen Regierung. Eingeladen wurden - wie auch nicht anders zu erwarten war - fast ausschließlich pro-AKW-Wissenschaftler. Eine Gruppe von "nur" 100 Demonstranten, darunter auch nicht anders zu erwarten war - fast ausschließlich pro-AKW-Wissenschaftler. Eine Gruppe von "nur" 100 Demonstranten, darunter auch viele Wissenschaftler, wurde von wild praelenden Bullen aus dem Tagungssaal geschmissen. Drei Demonstranten wurden verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt.

Am 29.11.79 hatte eine Gruppe von 40 Leuten ein friedliches Sit-in in der Hauptverwaltung der Toa Brennstoffgesellschaft in Tokyo veranstaltet. Sie waren zum Teil von der Amami Insel in Süd-Japan angereist und protestierten gegen den geplanten Bau eines Mammut-Öltanklagers sowie einer Wiederaufbereitungsanlage auf der Insel. Als die Protestgruppe sich unverrichteter Dinge zurückzog (einige befanden sich schon in der nahegelegenen U-Bahn-Station), wurde sie von 100 bewaffneten Bullen überfallen und allesamt verhaftet. Und dies, obwohl kein Sachschaden entstanden war und kein Räumungsbefehl von seiten des Polizeipräsidiums vorlag. Bis zum Jahresende waren zwar alle wieder freigelassen worden, doch gegen drei laufen Anklagen wegen Obstruktion (alle Informationen aus "Rodo Joho", Nr. 59 und "Kyuon", Nr. 129).

Asien-Australien-Kommission



Anti-Akw-Demo in Japan.

»Marxismus und Ökologie«

Unter dem Arbeitstitel "Hintergründe des Atomprogramms/Marxismus und Ökologie" führten wir im November/Dezember in Freiburg mehrere Schulungs- und Diskussionsabende durch. Folgende Themen haben wir durch kurze Referate eingeführt und anschließend debattiert:

Militärische Hintergründe des Atomprogramms:
Wie aus "friedlichen" Atomanlagen Atomwaffenfabriken werden können; Westdeutsche Atomexporte; Westdeutsche Atomwaffenpolitik auf NATO-Ebene; Testet die BRD Cruise Missile in Zaire?

Marxismus und Ökologie:
Umweltschweineereien im "realen Sozialismus"; Die Position der marxistischen Klassiker; Positive Beispiele für Umweltschutz im Sozialismus; Ist Umweltschutz eine Systemfrage? Kritik am "Industriesystem" oder am Imperialismus? Ökologische Katastrophen in der 3. Welt. Die Aktualität des Marxismus. Aktuelle Kontroversen: Die Unabhängigkeitsbestrebungen der BRD auf dem Energiesektor. Werden die Rohstoffe knapp? Warum werden die Beizpreise erhöht? Was verspricht sich die Bundesregie-

rung/der Umweltschützer vom "Energiesparen"?

Wahlbewegung:
Kommunisten und Wahlen. Das Konzept "Bunte Liste". Was bringen die Grünen für den außerparlamentarischen Kampf? Die Grünen als "historischer Kompromiß" zwischen Linken und Rechten? Aktueller Stand und Chancen für Linke bei den Grünen. Die vier Schulungsabende wurden im Durchschnitt von 20 Leuten besucht, was für Freiburger Verhältnisse ganz gut ist.

Etwa die Hälfte der Leute will weiter mit uns zusammenschaffen. Wir haben vor, das Thema "Ökologische Katastrophen in der 3. Welt" etwas genauer zu erarbeiten und auch was darüber zu schreiben.

Nicht zuletzt hat die Sache uns (d.h. die 3 KB-Genossen der Vorbereitungscrew) qualifiziert und auch Spaß gemacht.

Um auch andere Gruppen, die so eine Schulung durchführen wollen, zu unterstützen, haben wir unsere wichtigsten Grundlagentexte und Diskussionspapiere in einer Arbeitsmappe zusammengestellt. Sie kann für DM 5,- bezogen werden über KB c/o Buchladen Jos Fritz Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg

Ein Genosse aus Freiburg



NATO-Gruppenbild

Den Antifaschistischen Bundeskongreß vorbereiten!

Aufruf zur Durchführung eines antifaschistischen Bundeskongresses

4. - 6. April (Ostern) 1980 in Frankfurt *

Die Unterzeichner rufen alle antifaschistischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen dazu auf, sich zu beteiligen an der Vorbereitung und Durchführung eines

Antifaschistischen Bundeskongresses
4. - 6. April (Ostern) 1980

Dieser Bundeskongreß soll allen antifaschistischen Kräften ohne Ausgrenzung und Unvereinbarkeitsbeschlüssen zur gleichberechtigten Diskussion offenstehen.

In den letzten Jahren ist in der BRD und in Westberlin eine neue antifaschistische Bewegung entstanden, die sich in vielfältiger Weise gegen Formen des Faschismus richtet. Sie tritt ein gegen neonazistische Banden, gegen die provokativen Auftritte der NPD und anderer alt- und neofaschistischer Organisationen, gegen die kriminellen Übergriffe in- und ausländischer Faschisten. Sie wendet sich gegen jede Verharmlosung sowohl des historischen Faschismus wie auch seiner heutigen Nachfolger, gegen den Schutz neofaschistischer Aufmärsche, dessen Kehrseite die Diffamierung und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements ist. Sie tritt dafür ein, daß die Verbrechen des Faschismus nicht vergessen werden und dafür, daß die Opfer des Faschismus und insbesondere der antifaschistische Widerstand den ihnen gebührenden Platz im Bewußtsein der Bevölkerung erhalten.

Ebenso wendet sie sich gegen Zensur, Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote; gegen die Aufrüstung der Polizei und der Geheimdienste und gegen jede Einschränkung der demokratischen Freiheiten.

So vielfältig und breit diese neue antifaschistische Bewegung ist, hat sie doch bisher kein Forum des gegenseitigen Erfahrungsaustausches, der solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit. Viele Aktivitäten laufen parallel, gemachte Erfahrungen können nicht genutzt werden. Initiativen erreichen wegen ihres örtlichen Charakters oft zu wenig Stoßkraft oder verlaufen im Sande, weil sie die Kraft der einzelnen Gruppe übersteigen.

Ernsthafte Schritte zur Organisation dieser Diskussion sind notwendig, weil nach wie vor die wesentlichen antifaschistischen Ziele nicht erreicht sind. Nach wie vor sind die neofaschistischen Organisationen nicht verboten, nach wie vor werden Antifaschisten kriminalisiert; nach wie vor findet kaum eine antifaschistische Erziehung statt und nach wie vor erhalten die Opfer des Faschismus nicht die ihnen zustehende moralische, politische und materielle Entschädigung. Nach wie vor werden Demokraten mit Berufsverbot belegt, werden vor dem Hintergrund verschärfter wirtschaftlicher Widersprüche und unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung demokratische Freiheiten beschnitten und untergraben.

Darüber hinaus wirft die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß in aller Schärfe die Frage auf, wie unter diesen Bedingungen der antifaschistische Kampf zu führen ist.

Die Organisation einer solchen breiten Diskussion erscheint uns aber auch möglich, weil diese neue antifaschistische Bewegung ihre bisherige Stärke vor allem auch dadurch entwickelt hat, daß sie in ihren Aktivitäten jede Unvereinbarkeits- und Machtpolitik zurückwies zugunsten einer solidarischen Zusammenarbeit.

Der Bundeskongreß soll ein erster Schritt dazu sein, das Nebeneinander innerhalb dieser neu entstandenen Bewegung zu verringern. Er soll dazu beitragen, die offene und gleichberechtigte Auseinandersetzung unter allen Kräften des Antifaschismus zu fördern und Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten zu eröffnen.

Wir fordern alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung dieses Bundeskongresses zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

gemeinsamer Aktivitäten zu eröffnen.

Wir fordern alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung dieses Bundeskongresses zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

Unterzeichner des Aufrufs:

1. Personen:

Heidi Bierbaum, Rats-Frau der Bunten Liste Bielefeld; Mona Boenigk, Rats-Frau der Bunten Liste Bielefeld, Bundesvorsitzende der SPV „Die Grünen“; Cumali für Arbeiterjugendvereine der Türkei, Westberlin; Kai Ehlers, Journalist, Hamburg; Bural Gayer, Rats-Frau der Grünen Alternativen Liste, Münster; Bernhard Hoffmann, Mitarbeiter der Koordinationsgruppe Türkei bei Amnesty International; Reinhard Krämer, Rats-Frau der Bunten Liste Bielefeld; Franz-Herrmann Lammersdorf, Rats-Frau der GAL Münster; Harald Loch, Mitglieder des Berliner Landesvorstands der FDP; Rosalinda von Ossietzky-Pahn, Stockholm/Schweden; Peggy Parnas, Gerichtsreporterin, Schauspielerin, Hamburg; Dr. Friedhelm Peters, Rats-Frau der Bunten Liste Bielefeld; Jan Peters, Journalist, Westberlin; Jürgen Roth, Schriftsteller, Frankfurt; Ursula Scharr, 1. Vorsitzender der GEW-Neukölln/Westberlin; Dirk Schneider, Mitglied des Westberliner Bezirksparlaments, Alternative Liste Westberlin; Alexander Schubert, Grüne Liste Hessen; Süreya Turikan, Mitglied der Ausländerkommission der GEW-Westberlin; Doris Wiek, Mitglied des Antifaschistischen Arbeitskreises Fulda; Hendryk M. Broder, Journalist, Köln.

2. Gruppen

Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, Nürnberg; Antifaschistische Arbeitsgruppe der allgemeinen homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Westberlin e.V.; Antifaschistische Arbeitsgruppe im Kinderhaus Heinrichstraße Hamburg; Antifaschistische Arbeitskreise aus: Augsburg, Bielefeld, Erlangen, Freiburg, Harburg, Münster; Antifaschismuskommission des Kommunistischen Bundes; Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen; AstA der Hochschule für Bildende Künste, Hamburg; Initiative fortschrittlicher Filmemacher - IF, Hamburg; Initiativkomitee Arbeiterhilfe - IKAH, Hamburg; Schüler gegen Rechts, Hamburg; Vorstand der Bunten Liste Hamburg

* aus organisatorischen Gründen sind die Räume in Frankfurt noch nicht endgültig fest; Ausweichmöglichkeiten bestehen in Göttingen.

V.J.S.d.P.: Michael Bretkopf, Buddestraße 9, 4800 Bielefeld 1

Spendenaufwurf

Die Vorbereitung und Durchführung des Bundeskongresses kostet natürlich eine ganze Menge Geld. Allein das Drucken und Verschicken der Materialien und des Aufrufs sprengt bei weitem die Finanzkraft der unmittelbar Beteiligten. Allein die „Materialien“ zum Bielefelder Arbeitstreffen wurden an ca. 800 Adressen verschickt. An ebenso viele geht nun der Aufruf.

Finanziert wurde das ganze bisher aus Spenden von Arbeitskreisen und Einzelpersonen sowie durch zwei größere Beträge, die als Darlehen zur Verfügung gestellt wurden (zusammen 1.500 DM).

Die Vorbereitung des Kongresses wird noch weitere Kosten verursachen: Druck des Aufrufs, evtl. eines Plakats, Herstellung einer Kongreßmappe, Versicherungen, Kosten für Anlagen, Projektoren etc.

Deshalb die dringende Bitte:

Spendet für den Bundeskongreß!

Spendenkonto:
G. Nitzsche - Sonderkonto
Postcheckkonto 54730 - 855
BLZ: 760 100 85
Postbankamt Nürnberg
Stichwort: Bundeskongreß



Der Antifaschistische Bundeskongreß gewinnt jetzt an Konturen: Ein Aufruf mit einer Liste von Erstunterzeichnern liegt vor, und es sollte möglich sein, innerhalb der nächsten Wochen noch weitere Einzelpersonen und antifaschistische Gruppen sowohl zur Unterstützung des Aufrufs wie zur Mitarbeit zu gewinnen. Insgesamt wird es in den nächsten Wochen darauf ankommen, konkret in die Vorbereitungen einzusteigen und offen die aufgetretenen und sich abzeichnenden Schwierigkeiten zu diskutieren, damit der Bundeskongreß zu einem Erfolg der antifaschistischen Basisbewegung werden kann.

Vorbereitungstreffen in Kassel
am 23./24.2.1980

Um die weiteren Vorbereitungen zu koordinieren, lädt der Vorbereitungsausschuß für den 23./24.2.1980 zu einem Vorbereitungstreffen nach Kassel ein. Auf diesem Treffen sollen alle aufgetretenen Fragen erörtert werden, eine endgültige Struktur des Kongresses verabschiedet, Absprachen zwecks Vorbereitung der Arbeitsgruppen getroffen werden etc. Bis dahin eingegangene Unterschriften werden bei der nächsten Auflage des Aufrufs berücksichtigt werden.

Um einen Überblick über bisherige Vorstellungen zu einzelnen Themen, Meinungen und Kritiken zum Bundeskongreß zu bekommen und sie zugänglich zu machen, fordert der Vorbereitungsausschuß dazu auf, bis zum 18.2. ihm diese Materialien zur Verfügung zu stellen, damit schon zum Kasseler Treffen eine Arbeitsmappe vorgelegt werden kann, die dann auch den Grundstock zu einer „Kongreßmappe“ bilden soll (Bestellungen bitte per Überweisung von DM



Vorbereitungskonferenz in Kassel

am 23./24. Februar 1980

Vorbereitungskonferenz in Kassel

am 23./24. Februar 1980

Ort: ESG-Kassel, Goethestr. 96

Anmeldung an:

G. Nitzsche, Hallerstr. 4, 8500 Nürnberg 90, Tel. 0911/37 40 45

Beginn: 24.2., 15 Uhr

Ende: 25.2., ca. 14 Uhr

Vorgesehene Tagesordnung:

Samstag, 23.2., 15 Uhr: Bericht des Vorbereitungsausschusses. Stand der Vorbereitungen, Reaktionen bisher.
Abends: Diskussion und Vorbereitung der einzelnen Arbeitsgruppen, Verabredung vorbereitender Arbeiten etc.
Sonntag, 24.2., 10 Uhr: Diskussion über die beiden Plenumsthemen des Bundeskongresses. Diskussion und Beschlußfassung über den Ablauf des Kongresses; Erweiterung des Vorbereitungsausschusses.

Vorgesehener Ablauf des Kongresses

Freitag, 4.4.1980, 18 Uhr: Plenumsdiskussion zum Thema: „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“
Samstag, 5.4.1980: 9 Uhr: Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

1. Kampf gegen Neonazis
Kontakt: Dietrich Schulze-Marmeling, 4400 Münster, Hornstraße 30, Tel. 0251/56669
2. Rock gegen Rechts
über: Michael Bretkopf, Buddestraße 9, 4800 Bielefeld 1
3. Prozesse gegen Antifaschisten, Strauß' Prozesse gegen politische Gegner
IKAH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, c/o j. reents verlag
4. Verjährung/Altnazis
über: Michael Bretkopf
5. Ausländische Faschisten
Jürgen Michaelik, Nostitzstraße 17, 1000 Berlin 61
6. Revanchismus/Landsmannschaften
über: Michael Bretkopf
7. Schwule und Faschismus
Antifa-Arbeitsgruppe der aha Westberlin e.V., Suarezstraße 50/51, 1000 Westberlin 19
8. Antifaschistische Jugendarbeit
Jürgen Seeger, Höfstraße 6, 3016 Seelze 7
9. Grundgesetz/Staatsapparat
über: Michael Bretkopf
10. Braune bei den Grünen
Antifa-Kommission des KB, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50
11. Frauen und Faschismus
Oktavia Fehse, Am langen Kampe 4, 3000 Hannover 51
12. Wirtschaftliche und politische Entwicklung in der BRD
über: Michael Bretkopf
13. Arbeiterbewegung und Faschismus
Gerd Habermann, Postlagerkarte AO 22314, 2390 Flensburg

15 Uhr: Erfahrungsaustausch über Probleme der antifaschistischen Arbeit „vor Ort“

Abends: Antifaschistisches Kulturprogramm

Sonntag, 6.4.1980, 10 Uhr: Berichte aus den Arbeitsgruppen. Plenumsdiskussion zum Thema: „Antifaschistische Politik heute - ein Erfahrungsaustausch“

Nie wieder
Faschismus



Wehret den
Anfängen!

5,- auf das Spendenkonto des Vorbereitungsausschusses, siehe Kasten).

In dieser Materialmappe sollen auch die bisherigen Auseinandersetzungen um den Bundeskongreß dokumentiert werden. Dies betrifft u.a. die Auseinandersetzung mit der VVN (siehe AK 169 und 170); der Vorbereitungsausschuß hat sich mittlerweile mit einem „Offenen Brief“ an die VVN gewandt und hat noch einmal seine Bereitschaft erklärt, an dem von der VVN initiierten Kongreß (anläßlich des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus) mitzuwirken.

der VVN initiierten Kongreß (anläßlich des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus) mitzuwirken.



Zum Stand der Vorbereitungen

Der Stand der Vorbereitungen im einzelnen ist sehr unterschiedlich. Mit am weitesten fortgeschritten sind die Vorbereitungen der Arbeitsgruppe zu „Ausländischen Faschisten“, die unter Federführung der Alternativen Liste Westberlin schon ein Wochenendtreffen organisiert hat. Zu den Arbeitsgruppen „Antifaschistische Jugendarbeit“ sowie zu „Schwule und Faschismus“ liegen erste schriftliche Überlegungen vor; ähnliche Papiere sind angekündigt zu „Arbeiterbewegung und Faschismus“, „Justiz“, „Neonazis“, „Braune bei den Grünen“ und „wirtschaftliche und politische Hintergründe“. Auch zum Thema „Frauen und Faschismus“ sind erste Vorüberlegungen beim Vorbereitungsausschuß bekanntgeworden. Keine Reaktion liegt bisher vor zu den Themen „Revanchismus“, „Altnazis“, „Grundgesetz und Staatsapparat“ und „Rock gegen Rechts“.

Zum letzten Thema allerdings ist im Gespräch, sich vom Bundeskongreß aus an einer „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung zu beteiligen, die in Frankfurt für den Ostersonntag, 5.4. in Vorbereitung ist.

Zur weiteren Ausgestaltung des Kongresses hat die „Initiative Fortschrittlicher Filmemacher“ einen Film über das „RGR“-Festival vom 16./17.6.79 angekündigt und es besteht die Möglichkeit, eine Ausstellung über das Warschauer Ghetto zu bekommen.

Auf dem Kasseler Treffen sollte — wenn möglich — auch über ein Plakat, über Anstecker, Aufkleber etc. beraten werden, wozu Ideen und Entwürfe erbeten sind.

Antifa-Kommission

Interview mit Jürgen Roth

Anlässlich der Demonstration gegen den Terror der „Grauen Wölfe“ am 8.12.79 in Frankfurt (seinerzeit wurden 4 türkische Arbeiter z.T. lebensgefährlich verletzt – siehe AK 168) hatten wir Gelegenheit, mit dem Schriftsteller Jürgen Roth über die Gefahr zu sprechen, die türkischen Faschisten und religiöse Fanatiker heute in der BRD und Westberlin darstellen.

Den von Jürgen Roth angesprochenen Aspekt, daß auf dem für Ostern geplanten „Antifaschistischen Bundeskongreß“ stärker auf die sozialen, ökonomischen und kulturellen Hintergründe des Einflusses der türkischen Faschisten eingegangen werden sollte, halten wir für richtig.

Der „Antifaschistische Bundeskongreß“ sollte darüber hinaus natürlich Möglichkeiten des gemeinsamen Widerstandes entwickeln helfen; etwa indem bundesweite Kampagnen gegen die „Grauen Wölfe“ oder die „Islamischen Kulturzentren“ vorbereitet werden.

Antifa-Kommission Westberlin

AK: Wie schätzt du die Stärke der türkischen Faschisten in der BRD ideologisch und organisatorisch ein? Hat sich die Situation der MHP hier nach den Wahlen in der Türkei verändert und inwieweit wird sich die Situation der MHP in der BRD dadurch verändern, daß Strauß Kanzlerkandidat der CDU/CSU ist?

Jürgen Roth: Über die Stärke der MHP bzw. der „Türk-Föderation“ (Westeuropäische Tarnorganisation der MHP – Anm. AK) gibt es unterschiedliche Angaben, die schwanken zwischen 20- und 40 000 Mitgliedern. Unzweifelhaft ist natürlich, daß die „Türk-Föderation“ die stärkste türkische Organisation in Europa ist. Daß ist daseine, daß die MHP jetzt durch die veränderten politischen Bedingungen in der Türkei Aufwind bekommt, weil Demirel (reaktionärer türkischer Ministerpräsident – Anm. AK) bekanntlich auf die Stimmen der MHP mit angewiesen ist.

Das bedeutet, daß die gesamten staatlichen Organe im Gegensatz zu der Zeit, als Ecevit an der Regierung war, nicht mit den Mitteln gegen die „Grauen Wölfe“ oder die Mörder vorgehen.

Das wird sich auch auf die Situation in der Bundesrepublik auswirken, und zwar nicht deswegen, weil die türkischen Staatsorgane wieder mit den „Grauen Wölfen“ zusammenarbeiten, bzw. die wieder an die Oberfläche kommen, sondern weil die politische Eskalation, die in der Türkei zu beobachten ist, sich zwangsläufig auch in der Bundesrepublik niederschlägt, und sich in der Form manifestiert, daß die Einschüchterungsmaßnahmen, die terroristischen Aktivitäten hier noch stärker werden.

Dafür spricht auch, daß die „Türk-Föderation“ in den letzten Monaten eine Phase der Konsolidierung durchgemacht hat.

Es ist sehr viel auf konspirativen

Dafür spricht auch, daß die „Türk-Föderation“ in den letzten Monaten eine Phase der Konsolidierung durchgemacht hat.

Es ist sehr viel auf konspirativen Ebenen gelaufen, es gab sehr viel konspirative Kontakte zu den einzelnen Kulturorganisationen in den verschiedenen Städten, mit dem Ziel, die Arbeit der „Türk-Föderation“ noch schlagkräftiger – in jeder Beziehung zu machen.

Inwieweit die Strauß-Kandidatur jetzt auf die Politik der „Grauen Wölfe“ in der Bundesrepublik Einfluß hat, kann man bislang nicht sagen, weil Strauß noch nicht Bundeskanzler ist. Solange das nicht der Fall ist, werden auch die Übereinstimmungen in der Ideologie – insbesondere was den Antikommunismus angeht – nicht in dem Maße zum Tragen kommen.

Das die Kontakte, insbesondere auch mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund und den Christlichen Arbeitnehmervereinigungen sehr intensiv geworden ist – und die sich ja ganz klar auf die Seite der „Grauen Wölfe“ stellen – zeigt aber, daß hier, als Prozeß der im Entstehen ist, die Zusammenarbeit sehr intensiv wird. Wenn man weiß, daß der Türke („Führer“ der faschistischen MHP – Anm. AK) über bekannt gute Beziehungen zum Franz-Josef verfügt, und nicht nur, daß die einen Meinungsaustausch über die weltpolitische Lage machen und daß die Kontakte, die noch auf den unteren Parteebenen mit der MHP-Führung in Ankara bestehen – auch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ beispielsweise – die zeigen ja, daß hier das schlagkräftige Potential benutzt wird, um gegen die linke Bewegung zu kämpfen, mit der Hilfe der „Grauen Wölfe“.

AK: Neben den Aktivitäten der MHP – die, wie du sagst, stärker werden – arbeiten in der BRD ausländische religiös-faschistische Organisationen. Eine davon, das „Islamische Kulturzentrum“ (IKZ) Köln, hat ei-

nen Antrag auf Förderungswürdigkeit seiner Organisation gestellt.

Es ist bekannt, daß die Führung des IKZ faschistisches Gedankengut vertritt.

Es ist außerdem bekannt, daß in der Organisation der IKZs, die bundesweit die größte Ausländerorganisation ist, viele MHP-Mitglieder arbeiten.

Wie bewertest du den Antrag der IKZs, als eine förderungswürdige Organisation anerkannt zu werden?

Jürgen Roth: Ich bewerte diesen Antrag – genauso wie die MHP und die „Türk-Föderation“, die als Vereine hier auch operieren können – als eine Form von politischer Betätigung, die unseren demokratischen Zielen und Vorstellungen nicht entspricht.

Insbesondere die Politik, die die Süleymanci (die IKZs gehören der türkischen Süleymancilar-Sekte an – Anm. AK) betreiben, geht natürlich auf einen ganz klaren Konfrontationskurs gegenüber unseren Kulturgewohnheiten. Das ist an sich ein berechtigtes Verfahren, berechtigt deswegen, weil es Türken sind, die aus einem anderen Kulturkreis kommen und andere Traditionen haben, unter Umständen ein anderes Weltbild. Auf der anderen Seite gibt es ein legitimes Verlangen der türkischen Arbeitnehmer, daß man sich hier auch um ihre Situation kümmert. Die linken Organisationen haben es bisher nicht zustande gebracht – über politische Parolen hinausgehend – sich um das Schicksal der türkischen Arbeitnehmer hier zu kümmern.

Wenn hier mit religiösen Parolen oder auch verbrämte faschistische Idealziele Politik betrieben wird ist es ganz klar, daß die IKZs großen Zulauf bekommen.

Es ist eben Reaktion auf unsere Fehler, daß die Islamische Bewegung oder die türkischen Faschisten hier so einen großen Zulauf bekommen.

Es ist eben Reaktion auf unsere Fehler, daß die Islamische Bewegung oder die türkischen Faschisten hier so einen großen Zulauf bekommen.

AK: Wie schätzt du die Chance ein, daß der Antrag der IKZs nach Anerkennung durchkommt, welche Möglichkeiten siehst du, daß zu verhindern?

Jürgen Roth: Daß der Antrag durchkommt, halte ich bei der gesamten Politik, die bisher gegenüber der „Türk-Föderation“ und den IKZs praktiziert worden ist – auf Grund dessen, daß sie einen legalistischen Anstrich haben – für sehr groß. Da habe ich gar keine Illusionen,

daß hier staatliche Behörden sagen würden, „nee, die kriegen nicht ihre Anerkennung“.

Ich sehe aus diesem Grund nur die eine Möglichkeit, daß die politischen Institutionen, die unter Umständen Einwirkungsmöglichkeiten auf solche Entscheidungen haben – das sind im wesentlichen Gewerkschaften, der DGB hat sich schon entschieden gegen solche Bewegungen gewandt; das sind auch demokratische und linke Organisationen – entsprechenden Druck auf die staatlichen Behörden ausüben und offenlegen, welche Organisation das IKZ ist und welche Politik die verfolgen, daß dann u.U. solche Antragsverfahren rückgängig zu machen sind.

Aber wenn das nicht in der nächsten Zeit geschieht, werden die IKZ ganz klar legal operieren können!

AK: Erfahrungen, die wir z.B. in Westberlin gemacht haben zeigen, daß es möglich ist, mit vielen linken und demokratischen Organisationen zusammenzuarbeiten und an konkreten Punkten Erfolge gegen die türkischen Faschisten und religiösen Fanatiker zu erzielen.

Siehst du in dem für April geplanten „Antifaschistischen Bundeskongreß“ Möglichkeiten zu einem koordinierteren Vorgehen gegen türkische Faschisten?

Jürgen Roth: Das Wort „Antifaschismus“ mobilisiert sicher die verschiedensten politischen Gruppierungen und vereint sie unter dem Dach des Antifaschismus.

Ich meine, daß allein mit dem antifaschistischen Kampf die Probleme die dazu führen, daß die türkischen Faschisten derart viel Möglichkeiten der Mobilisierung haben, damit nicht verändert werden.

Insbesondere dann nicht verändert werden, wenn es wieder nur darum geht, sozusagen das gemeinsame antifaschistische Bewußtsein zu bekunden und zu bekunden, daß man die „Grauen Wölfe“ in der Türkei bekämpfen muß.

In dem Moment, wo man aber die ökonomischen und sozialen und kulturellen Probleme der türkischen Arbeitnehmer hier in der Bundesrepublik nicht mit einbezieht, und sie auf eine wichtige politische Ebene trägt, d.h. ihr die Priorität einräumt, bei so einem Bundeskongreß ist so ein Antifaschistischer Bundeskongreß für die Katz und löst keine Probleme.

AK: Der „Antifaschistische Bundeskongreß“ sollte sich also an seinen Inhalten qualitativ von dem oft geführten unkonkreten Gerede unterscheiden, das immer noch üblich ist.

Jürgen Roth: Davon bin ich überzeugt. Wenn das nicht gelingt, ist das wieder was von den Parolen, die scheiden, das immer noch üblich ist.

Jürgen Roth: Davon bin ich überzeugt. Wenn das nicht gelingt, ist das wieder was von den Parolen, die man auch an den Wänden liest, die aber wirklich nur Parolen sind, leer, da steht nicht dahinter, allenfalls eine ideologische Wissenschaft. Wenn die politischen Gruppen nur kommen, um ihr Selbstverständnis vorzutragen, und nicht bereit sind, selbst Lernprozesse mitzumachen, Erfahrungen auszutauschen, und sich selbst in ihrer Argumentation ein bißchen zu verändern, dann bleibt es eben bei deiner Frage, daß es nur Parolendrescherei wird.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.

Neonazis vor Gericht

2 Jahre (mit Bewährung) für Nazi-Terroristen

In Lüneburg stand jetzt der ehemalige Unteroffizier Joachim Döhring vor Gericht. Dies war eins der vom „Bückeburger Nazi-Prozeß“ gegen Michael Kühnen, U. Rohwer, L. Schulte u.a. (Sommer 79) abgetrennten Verfahren. Wenige Tage vor dem Überfall der Bande auf das NATO-Übungsgelände Bergen-Hohne (Febr. 78), an dem bis auf M. Kühnen sämtliche damals Angeklagten beteiligt waren, hatten Schulte und Döhring dasselbe schon einmal versucht: Am 31.1. schlichen sie maskiert und bewaffnet auf das Gelände, um nach Waffen zu suchen. Sie wurden von einer Wache gestellt, bedrohten diese, schließlich flüchteten sie. Dieser gemeinsame Überfall war kein Zufall: Döhring und Schulte kannten sich seit Jahren! Gemeinsam waren sie in der Wentorfer Kaserne stationiert (die später von Schulte überfallen wurde), gemeinsam befanden sie sich in einem Kreis von Neonazis innerhalb der Kaserne, der Führergeburtstagsfeiern, „Sandkastenspiele zur Befreiung von Rudolf Heß“ und einen besonderen „Fahnenritt“ inszenierte. Und gemeinsam flogen sie wegen Untergehebenmissethandlung aus der Bundeswehr. Das Gericht hielt jedoch Döhring für einen gänzlich unpolitischen Menschen; er sei Schulte nur aus „sportlich-militärischem Interesse“ gefolgt! Urteil: 2 Jahre auf Bewährung. Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß dieser Prozeß in aller Stille stattfand. („tat...“, 1.2.80).

gen der Bande wurde veröffentlicht, die Fotos der Beteiligten wurden taktvoll mit Balken versehen, um die Gesichter unkenntlich zu machen usw. . . . Trotzdem konnten immerhin zwei Namen herausgebracht werden: Es handelt sich um Rolf Gebauer aus Stahle und Udo Niemann.

Antifa-Kommission NRW

★

1 1/2 Jahre Knast für Christian Worch!



Christian Worch am 19.5.1978 in Hamburg

„Höxter-Bande“ jetzt endlich vor Gericht?

Gegen acht Mitglieder der im Februar letzten Jahres ausgehobenen „NS-Kampfgruppe Ostwestfalen-Lippe“ aus dem Raum Höxter/Holzminde/Stahle hat die Staatsschutzstelle der Staatsanwaltschaft Dortmund Anfang 1980 Anklage erhoben. Die Beschuldigten, im Alter zwischen 19 und 29 Jahren, müssen sich vor der Staatsschutzkammer in Dortmund wegen Anstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung der BRD und ähnlichem verantworten. Desweiteren lautet die Anklage auf Brandstiftung, verbotener Umgang und Besitz von Sprengstoffen, sowie Besitz von Kriegswaffen. Außerdem werden drei der acht (wieso nur drei, ist unbekannt) der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung beschuldigt. Laut Anklage hielten die acht regelmäßige paramilitärische Übungen ab (zuweilen nannten sie sich auch „Wehrsportgruppe“) und fügten über ein umfangreiches Waffenarsenal, mit Maschinenpistolen, Handgranaten, Gasmasken, Stahlhelmen etc.

Die Bande, die schon seit etwa 1972 aktiv war, war Anfang Februar im Anschluß an „Holocaust“ sehr publicityträchtig „ausgehoben“ worden. Doch schon damals fiel auf, daß die Ermittlungsbehörden hier im Gegensatz zur sonstigen Fahndung nach „Terroristen“ wenig ernsthaften Einsatz bewiesen. Kaum wurden Namen bekannt, nichts über die Verbindun-

Am 4.2. ergingen die Urteile im Prozeß gegen einen Teil der (inzwischen wohl zerfallenen) Hamburger „Hansa“-Bande. Verhandelt wurden insgesamt 9 Aufmärsche in der Zeit von Januar bis September 78. Erfreulich das Urteil gegen C. Worch, Stellvertreter von Bandenchef Michael Kühnen und inzwischen „Ziehvater“ einer neuen Bande in Bokel (b. Pinneberg): Für 1 1/2 Jahre soll er in den Knast. Ausgesprochen glimpflich dagegen erging es Frank Stubbemann, dessen Karriere von der „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“ Bremen über die NPD-Jugendorganisation JN schließlich zur „Hansa“-Bande („Gauführer“) führte. Vorbestraft ist er wegen Diebstahls von 670g Natrium-Cyanid (genug um eine mittelgroße Stadt zu vergiften) und wegen Planung von Überfällen und Sprengstoffanschlägen (1 Jahr auf Bew.). Der Anklagepunkt der Terroristischen Vereinigung wurde damals fallengelassen, ein weiteres 129a-Verfahren steht aber noch aus. Nun, Richter Bogatzki glaubte an das Gute im Menschen und gab ihm diesmal 4 Monate auf Bewährung. Thomas Bohn erhielt 8 Monate auf Bewährung. Und Lothar Wrobel kam mit einer Geldstrafe von 3000 DM davon.

Wieder Terror der »Kampfgruppe Priem«

Freiburg. Als bei einer Einbruchstour zwei Jugendliche (im Alter von 15 und 16 Jahren) von der Polizei geschnappt wurden, stellte sich nach und nach heraus: Zumindest einer von ihnen ist Mitglied der „Kampfgruppe Priem“, einer faschistischen Schlagertruppe, die bis Mitte '79 durch Hakenkreuzparolen, Tereoreinsätze gegen Linke etc. von sich Reden machte. Der 15jährige Nazi hatte zusammen mit einem 17jährigen Lehrling und einem 22jährigen Fotolabo-

ranten während der Weihnachtsfeiertage den jüdischen Friedhof in Freiburg mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen beschmiert. Die beiden jugendlichen Einbrecher hatten außerdem zwei Wochen zuvor nachts eine Frau brutal vergewaltigt!

Die beiden Vergewaltiger sitzen derzeit in U-Haft, die anderen Neonazis sind frei.

Antifa-Kommission Baden-Württemberg

Ekkehard Weil ist wieder da!

Anfang Februar lachte den Antifaschisten das Herz, als sie in der Zeitung lasen, daß Weil schon im Januar in Brüssel aufgrund einer Interpol-Fahndung festgenommen wurde. Weil hatte am 18. Oktober 1979 einen Hafturlaub genutzt, um in Westberlin aus dem Knast zu fliehen. In Brüssel wartet man jetzt noch auf das Auslieferungsurteil der westdeutschen Behörden. (Wer nicht weiß, von wem die Rede ist: Weil hatte u.a. 1970 einen sowjeti-

schen Soldaten am Westberliner Ehrenmal durch Schüsse schwer verletzt). E.W. sitzt zur Zeit eine Strafe wegen menschengefährdender Brandstiftung auf ein SEW-Büro ab. Frage: Warum kann Interpol nicht auch nach dem flüchtigen Roeder fahnden? Bisher hieß es immer, Interpol könne in politischen Fällen nicht tätig werden.

Antifakommission Westberlin



»Wehrsportgruppe Hoffmann« verboten

Die Bande gehört in den Knast

Ende Januar wurde die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die größte bewaffnete Nazi-Bande der BRD, verboten. Laut Bundesinnenminister Baum sollte damit ein „Signal“ dafür gesetzt werden, daß in der BRD entschlossen gegen den Neonazismus vorgegangen werde. Die paramilitärischen Umtriebe der Bande wurden besonders im Ausland mit zunehmender Besorgnis betrachtet, zumal jahrelang keinerlei ernsthaften Schritte gegen sie unternommen wurden. Das jetzt ausgesprochene Verbot ist deshalb nicht zuletzt im Blick auf diese ausländischen Stimmen erfolgt. Zugleich ist es aber auch das Ergebnis beharrlicher Proteste und Forderungen vieler Antifaschisten in der BRD. Diese Maßnahme läßt aber zahlreiche Fragen offen. Daß mit dem Verbot ein „nachhaltiger Schlag“ gegen den Rechtsextremismus geführt worden sei, gehört jedenfalls in das Märchenreich des bayrischen CSU-Innenminister Tandler („Welt“, 31.1.). Außer der vorläufigen Beschlagnahme eines großen Teils der WSG-Ausrüstung soll nichts weiter folgen: Keine Verhaftungen, kein Prozeß wegen NS-Umtrieben, keine Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Mit welchen Glace-Handschuhen dieser „nachhaltige Schlag“ ausgeführt wurde, geht aus einem „kleinen Zwischenfall“ hervor, der bei der Hoffmann-Auflösung passierte: Hoffmann richtete seine Pistole auf die frühmorgens in seine Wohnung eindringenden Polizisten. In völlig unüblicher Zurückhaltung kam es hier nicht zur polizeilichen „Putativnotwehr mit Todesschuß“, sondern Hoffmann wurde unbeschädigt entlassen. Dieser verständnisvolle Umgang mit der Nazi-Bande wie auch die anschließende Baum-Erklärung, an der „Auffassung der Bundesregierung, der Rechtsextremismus insgesamt stelle keine Gefahr“ dar, habe sich nach wie vor „nichts geändert“ („Welt“, 31.1.), lassen nur einen Schluß zu: Die Hoffmann-Aktion war nicht viel mehr als eine Propaganda-Show. Der SPD/FDP-Staat nicht nur ein Softi, sondern auch ein Antifaschist?!... Antifaschisten werden sich mit dem bloßen Verbot nicht zufriedengeben können. Denn noch ist unsere langjährige Forderung nicht erfüllt: Hoffmann und seine Bande muß hinter Gitter!

Die Aktion gegen die Hoffmann-Bande

In den frühen Morgenstunden des 30. 1. wurde mit einem großen Polizeiaufgebot das Hauptquartier der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ sowie über 20 andere Wohnungen und Unterschlupfe ausgehoben. Ab 6 Uhr früh wurde über Rundfunk verbreitet, daß die Hoffmann-Bande verboten worden sei. Initiative und Organisation zu der Großaktion war vom Bundesinnenministerium, in Abstimmung mit den Länderinnenministern, ausgegangen. Das Verbot war schon am 16.1. beschlossen worden. („FR“, 31.1.80)

Insgesamt wurden 23 „Objekte“ durchsucht, u.a. in Heroldsberg bei Nürnberg (Hoffmanns Wohnung), auf Schloß Ermreuth – dem nahegelegenen Fürth, Ingolstadt, Neuburg (Donau) – wo die Jugendabteilung der Hoffmann-Truppe stationiert war – sowie in Eichstätt. Auch in Hessen und Baden-Württemberg wurden Durchsuchungen durchgeführt. Die Aktion der Polizei führte zum Abtransport von 25 Last- und Geländefahrzeugen der WSG. Außerdem wurde beschlagnahmt:

– ein 12 Tonnen schweres Kettenfahrzeug (Panzer), 20 Lastwagen-

ladungen mit Beweismitteln, davon allein zwei mit Schriftmaterial. Die anderen 18 Lastwagen waren gefüllt mit Bergen von Stahlhelmen, Gasmasken, Bajonetten, Tarnanzügen, Pistolen, Munition, Handgranaten, Karabinern, Uniformen, Orden, Geschirrt mit NS-Emblemen, Original-Blankoausweise aus dem Nazi-Reich und einer Hitlerbüste. Außerdem wurde eine 2-cm-Flak in gebrauchsfertigem Zustand gefunden („NN“, „NZ“, 31.1. und 1.2.).

In einer Pressekonferenz bedauerte der Nürnberger Polizeipräsident Krauß, daß die „großangelegte Blitzaktion“ in Bezug auf die Waffenfunde „nicht den erhofften Erfolg“ gebracht hätte. „Vielmehr sei davon auszugehen, daß ein größeres Waffenlager unentdeckt geblieben sei, da bei der Observation, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt habe, das Vorhandensein funktionsfähiger Waffen zweifelsfrei festgestellt worden sei“ („NZ“, 31.1.).

Die Bereitschaftspolizei, bei der das brisante Gut lagert, erklärte: „Alle sichergestellten Gegenstände sind so untergebracht, daß an ihnen kein Schaden entstehen kann. Ob sie später eingezogen oder vernichtet oder zurückgegeben werden, steht noch nicht fest“ („NN“, 1.2.).

Nach dem Verbot: Die meisten Fragen offen

Nachdem die Verbots-Euphorie der Medien vorbei ist, stellt sich die Lage etwas nüchternder dar:

– Das Verbot bedeutet keineswegs das Ende der Hoffmann-Bande: Hoffmann selbst, wie alle seine Komplizen, sind frei und haben keine juristischen Folgen zu befürchten – bis auf ein Ermittlungsverfahren, mit dem er wegen eventuell funktionstüchtiger Waffen „vorläufiglich“ rechnen muß („FR“, 1.2.80). Die WSG-Zeitschrift „Kommando“ ist im übrigen bislang nirgendwo als verboten bezeichnet worden. Das wäre aber notwendig, wie das Beispiel der unverändert in der BRD verkauften Ustaša-Zeitung „Obrana“ lehrt, deren Urheberorganisation, ein Exil-Kroatenverein, schon vor Jahren in der BRD verboten wurde. Auch dafür, wie es mit der Wirksamkeit des Verbots von Nazi-Organisationen steht, gibt es ein lehrreiches Beispiel: Der Nazi-Aktivist W.-D. Eckart, dessen „Bund Nationaler Sozialisten“ 1969 verboten wurde, führte sein Geschäft – unter gleicher oder leicht veränderter Firmierung – ungestört jahrelang weiter (bis 1976/77), bevor das Verbot mittels Prozeß und Verurteilung durchgesetzt wurde.

Mehr als zweifelhaft dürfte auch sein, ob die WSG materiell entscheidend getroffen wurde. Immerhin

Mehr als zweifelhaft dürfte auch sein, ob die WSG materiell entscheidend getroffen wurde. Immerhin sprechen Baum/Tandler in ihren Erklärungen von rund 80 Mitgliedern des „harten Kerns“ der Bande sowie ca. 400 „Sympathisanten“. Die Durchsuchungen in rund 25 Orten, davon die meisten in Bayern, haben also zweifellos nur einen Teil der Bande ausgehoben. Sie ist ja auch nicht nur in den drei betroffenen Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen aktiv. Längst ist bekannt, daß sie „seit einigen Jahren schon im gesamten Bundesgebiet tätig“ ist („FR“, 31.1.). Bekannt ist z.B., daß ein Mitglied des „WSG-Freundeskreises“, P. Weinmann, in Bonn ansässig ist. Ein anderer „WSG-Freund“, J. Koesling, wohnt in Westberlin.

Völlig im Dunkeln ist bisher die Frage nach den Geldquellen der Hoffmann-Bande. Derselbe Tandler, der noch im letzten Jahr – ganz auf der Strauß'schen KGB-Spur – über die DDR-Finanzierung der Hoffmann-Bande phantasierte (siehe AK 158), gab jetzt zum besten, das WSG-Vermögen werde zwar eingezogen, es sei aber ohnehin „gering“ („taz“, 31.1.). Freilich, dann lohnt's sich auch gar nicht erst, über seine Herkunft weiter zu reden...

Baum hat erklärt, „daß die (sonstigen) militanten neonazistischen Gruppen, die einen erheblichen Mitgliederzuwachs hätten, mit der straff organisierten Wehrsportgruppe Hoffmann nicht zu vergleichen“ seien („Welt“, 31.1.). Natürlich stimmt dieses alte Lied von der Uneinheitlichkeit und Uneinigkeit der einzelnen Nazi-Gruppen, zwischen denen angeblich keine Zusammenhänge bestehen, gerade im Fall der WSG nicht. Hoffmanns Truppe war schließlich auf verschiedenste Weise mit allen denkbaren Sektoren der Nazi-Szene verbunden und verbunden: Mit der norddeutschen ANS/„Hansa“-Bande um Kühnen/Rohwer, mit Schönborn und seinem Frankfurter Nazi-Nest (zu dem u.a. die Rodgauer „Wehrsport“-Nazis gehören, siehe AK 170), mit der „Wiking“-Jugend und dem DVU-Chef und „National-Zeitung“-Herausgeber Dr. Frey, bei dessen Aufmärschen Hoffmanns WSG ebenso zur Stelle war wie bei Zusammenrottungen der NPD. Die Kette der Hoffmann-Verbindungen könnte noch weiter geführt werden:



Show gehört zum Propagandageschäft – Polizeiaufmarsch vor Hoffmanns Villa



Auch ein Schützenpanzer gehört zum beschlagnahmten Waffenarsenal der rechtsextremen „Wehrsportgruppe Hoffmann“

„Stahlhelm“, HTS, „Volkssozialisten“, Christophersen/„Bauernschaft“ usw. usf.

Die Baum/Tandler-Erklärungen schweigen sich jedoch über die Tatsache aus, daß Hoffmanns WSG in der gesamten Nazi-Szene verankert war.

Der neue Nazi-Trend: „Wehrsport“

Der neue Nazi-Trend: „Wehrsport“

Interessant ist Baums Feststellung, Hoffmanns Truppe habe in letzter Zeit zunehmend „Signal- und Sogwirkung“ auf die Nazi-Szene ausgeübt. Tatsächlich läßt sich feststellen, daß verschiedenste Nazi-Gruppen und Gruppen sich die WSG zum organisatorisch-ideologischen Vorbild genommen haben, wobei Hoffmann selbst oft seine Finger mit im Spiel hatte.

Entscheidend ist, daß die Hoffmann-Bande einen bestimmten Typ neonazistischer Aktivität darstellt, der für die Neo-Nazis in der BRD Leitfunktion hat: Straffe, militärische Organisation, gezielte Vorbereitung von Aktionen (paramilitärisch/terroristischer Art) und Praktizierung dieser Militanz (also: Durchführung von paramilitärischen Übungen; aktiver „Saalschutz“; Überfälle usw.) zusammen mit ideologischer Schulung auf „NSDAP“-Kurs, ohne daß damit in jedem Fall und immer im Stil der „Hansa“-Bande usw. offene „NSDAP“-Propaganda verbunden sein muß (im Gegenteil kann man sich durchaus auch eine Weile harmlos, als hilfsbereiter Jugendverein o.ä. geben) – das sind die Merkmale von Hoffmanns Konzept, das mittlerweile auch von einer Vielzahl ähnlicher Gruppen praktiziert wird. Allein schon aus diesem Grund ist das Verbot der Hoffmann-Truppe, selbst wenn es wirksam wäre, auf keinen Fall hinreichend. Wie breit diese neue „Wehrsport“-Militanz in der Nazi-Szene Anklang gefunden hat, macht die folgende – keineswegs vollständige – Zusammenstellung deutlich, zu der die seit vielen Jahren veranstalteten aktiven paramilitärischen Übungen des „Stahlhelms“, der „Wiking-Jugend“ und des BJL oder der JN hinzugefügt werden müßten:

– In Schleswig Holstein leitete der Ex-NSDAP'er und „Wiking“-Jugend-„Gauführer“ Uwe Rohwer von seinem Hof in Dörpstedt aus seit Jahren den Aufbau einer militanten Nazi-Gruppe, die „Wehrsport“ nach Muster der WSG Hoffmann – und in Kontakt mit ihr – betrieb. Die Rohwer-Gruppe arbeitete mit der ANS/„Hansa“-Bande um Kühnen zusammen, bis Rohwer eingeloht wurde.

– Mit dem Zerfall der „Hansa“-Bande in Hamburg hat sich seit Anfang 1979 um Tibor Schwarz und Christian

Worch in Bokel bei Pinneberg eine neue militante Gruppe eingestell. Ausgehend von einem Bauernhof treibt die Bande „Wehrsportübungen“, schmiert Nazi-Parolen und terrorisiert die Umgebung: Zahlreiche Überfälle, Mordanschläge, Einbrüche u.a. gehen auf ihr Konto (siehe AK 168).

– In Hannover-Letter trat bis 1978 eine „Wehrsportgruppe Germania“ auf, hauptsächlich Schüler...

– In Hannover-Letter trat bis 1978 eine „Wehrsportgruppe Germania“ auf – hauptsächlich Schüler –, zu deren Aktivitäten paramilitärische Übungen (in Uniform etc.) und die Verbreitung von neofaschistischer Propaganda gehörte. Kontakte bestanden und bestehen zur „Wiking“-Jugend; Hoffmanns WSG wurde von „Germania“-Chef Haushalter besucht. – Im Frühjahr 1978 wurden zunächst Nazi-Umtriebe in Alfeld/Leine bekannt (unter Mittelschülern): im Mai 78 enthüllte das Hildesheimer Anzeigenblatt „Kehrwieder am Sonntag“, daß es im Raum Hildesheim eine Gruppe gibt, die sich „Neue Niedersächsische Waffen-SS“ nennt, die offensichtlich in Kontakt zu Hoffmanns WSG steht und entsprechende „Übungen“ durchführt. In der Nähe Hildesheims gibt es darüber hinaus eine sogenannte „Haseder Schutz-Staffel“ („HAS“, 21.5.78).

– In Emden gibt es (laut der Zeitung der SJD/Die Falken, „Arbeiterjugend“ 10/79) verstärkte Umtriebe von jugendlichen Nazis, die mit Uniformen aufmarschieren und in zwei Fällen Morddrohungen verschickten. Unterschrift: „Wehrsportgruppe Emden“.

– In Ostwestfalen wurde im Februar '79 eine Nazi-Bande ausgehoben, die in Höxter und Umgebung eine „Nationalsozialistische Kampfgruppe Ostwestfalen-Lippe“ gebildet und reichlich Waffen zusammengebracht hatte. Unter Führung von Rolf Gebser wurden Nazi-Feiern veranstaltet, Überfälle und Einbrüche durchgeführt und Schießübungen veranstaltet. Zu zahlreichen ähnlichen Grüppchen und zur gesamten Nazi-Szene gibt es Verbindungen. („Antifasch. Aktion“, hrsg. v. Afak Bielefeld, 1.5.1979).

– Mindestens seit 1978 ist in Bielefeld eine Gruppe jugendlicher bekannt, die regelmäßig „Wehrsportübungen“ veranstaltet – mit Gummiknüppeln, Waffen, Kampfanzeichen, SS- und SA-Abzeichen, Hitlergruß und Nazi-Sprüchen („Ausländer raus“, „Weg mit der Demokratie“). Ein kirchlicher Jugendtreff wird total terrorisiert. („Neue Westf.“/„Bielef. Tagebl.“, 30.10.79).

– Im Mai 1979 wurde die Existenz einer „Wehrsportgruppe Neub“ aufgedeckt, die paramilitärische Übungen durchführt. Sie besteht aus



Hoffmann in Aktion

Einige Fakten zu Hoffmann

Streng militärisch ausgerichtet, agiert die Hoffmann-Truppe seit 1974 nach den Zielsetzungen eines 19-Punkte Programms, in dem „militante Kader als Speerspitze einer Bewegung“ die Zerschlagung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen und die Errichtung eines Führerstaates betreiben sollen („NZ“, 31.1.80). Dies ist in einem „Manifest der Bewegung zur Verwirklichung der rationalpragmatischen Sozialhierarchie“ festgehalten. In der Praxis heißt das, daß die militanten „Wehrsport“-Aktivisten regelmäßig an paramilitärischen Übungen und ideologischen Schulungen teilnehmen. Jedes Mitglied wird einer eingehenden Prüfung und langfristigen Beobachtung unterzogen, um die Truppe vor einer Unterwanderung zu schützen.

Bis Ende 1978 tritt Hoffmann entschieden ab, auch politisch tätig zu sein. Zahlreiche Äußerungen seinerseits offenbaren aber seine undemokratischen, faschistischen Ansichten. Im Oktober 1978 sprach Hoffmann erstmals über sein politisches Programm auf einer Veranstaltung, seitdem gibt er auch zu, seine Truppe zu schulen.

Seit Januar 1979 gibt er die Zeitschrift „Kommando“ heraus, die in bis zu 6 Sprachen geschrieben ist, mit der er im In- und Ausland für seine Truppe wirbt und in der auch immer klarer der von ihm nach wie vor gelegnete Bezug zum Nationalsozialismus herauskommt.

Im Laufe der Zeit hat die WSG auch Stützpunkte außerhalb ihres angestammten Gebietes um Nürnberg aufgebaut, sogenannte „Stammabteilungen“, die nach militärischem Vorbild durchstrukturiert sind.

So gibt es die „Stürme“ 7.8 und 9 in Hessen und eine Jugendabteilung in Neuburg/Donau, außerdem Ortsgruppen in Tübingen, Köln und Bonn (lt. „NN“, 31.1.80). Zu den vielfältigen Verbindungen mit der BRD-Nazi-Szene kommen Kontakte ins Ausland hinzu, auf jeden Fall nach Belgien, England, Rhodesien, Italien.

Ihren bisher brutalsten Auftritt hatte die WSG im Dezember 1976 in Tübingen, wo einige Mitglieder unter Anführung von Hoffmann und unter Beteiligung des „Hochschulrings Tübinger Studenten“ sieben Antifaschisten krankenhaufreig schlugen.



Hoffmanns
„Wehrsport-Maiden“

zwei Dutzend Jugendlichen, Höchstalter 19 Jahre. („asta-info“, PH-Neuß, 20.5.79).

Seit Juni 1977 betreibt die NPD/JN (neben dem „Harting-Banden“-Hof in Kamen) in Watten-scheid-Günningfeld ein Ausbildungszentrum, von dem zunehmend Jung-Nazi-Umtriebe ausgehen und in „dem sich unter anderem ein Schießstand im Keller und Hundezwinger im Hof befinden“ („tat“, 3.8.79).

In Baden-Württemberg tauchten im Mai/Juli '79 im Raum Stuttgart/Karlsruhe Propagandaschriften der „NSDAP Kreisleitung Gau Württemberg-Hohenzollern“ auf, und Anfang September wurde in Offenburg ein Nazi-Unterschlupf aufgedeckt: Gefunden wurden „NSDAP/AO“-Propaganda, Waffen und Munition, weitere militärische Ausrüstungsgegenstände sowie Pläne für verschiedene Terrorakte. Darunter befanden sich auch „Aufzeichnungen über den organisatorischen Aufbau der Wehrsportgruppe Hoffmann, Trupp Ortenau“ („Stuttg. Nachr.“, 31.10.79).

Bereits Ende Dezember 1977 kam es an einer Kornwestheimer Schule zu Aktionen von Neonazis, meist Schüler, die eine Veranstaltung zugunsten von „amnesty international“ hatten „sprengen“ wollen. Ihre Ausrüstung: Nagelschuhe, Ledergürtel mit Nazi-Emblemen, Armbinden mit Hakenkreuzen usw. Der Anführer, ein 16-jähriger Michael B., gab anschließend zu, er habe „Kontakt zu der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann und zu dem rechtsradikalen „Studentenführer“ Heinzmann“ („Stuttg. Nachr.“, 17.1.78).

In München formierte sich 1979 um den ehemaligen Bundeswehr-Soldaten Willibald Kraus eine Gruppe von Jugendlichen, die eine „NSDAP“-Gruppe bilden wollte. Seit Juli '79 wird Kraus steckbrieflich gesucht (AK 167). Von ihm unterzeichnete Nazi-Flugblätter tauchten unlängst in Frankfurt auf, wo die Schönborn/VSBD-Bande zusammen mit „WSG Hoffmann“-Mitgliedern, Terror-Überfälle durchführte (siehe AK 170). Eine weitere Gruppe von Jugendlichen flog in München im November '79 auf, die sich „Wehrwolf“ nannte. Zuvor war eine ähnliche Gruppe, die Waffen- und Munitionslager angelegt hatte, im Landkreis Regen aufgedeckt worden. („tat“, 10.8.79).

In Westberlins eng verquickter Neonaziszene (mit langer terroristischer „Tradition“) bildete sich Anfang '79 eine „Wehrsportgruppe Pohl“. Diese WSG, unter Führung des JN- und „NSDAP“-Mitglieds Pohl (dem ein Waffendiebstahl zusammen mit dem „Wehrsportler“ Rohwer angelastet wird), terrorisierte im März '79 eine antifaschistische Veranstaltung und überfiel wenig später eine Gruppe Journalisten. Bei Pohl fand sich NS-Material und Waffen. WSG-Mitglieder wurden zu Nazis „in Norddeutschland“ verschickt, um sie in der „Untergrundarbeit“ zu trainieren („Nazi in Berlin“, hrsg. v. DJD, 1979).

Nicht locker lassen!

Das Verbot der Hoffmann-Bande zum jetzigen Zeitpunkt ist ohne Schwierigkeiten als Wahlgewinn in den von Baum gegenwärtig betriebenen Liberalisierungs-Rummel einzuordnen. Niemand wird den Antifaschist(in)en der BRD einreden wollen, daß mit dieser Art verbalen Akten ernsthaft der Ausbreitung neonazistischer Banden entgegengetreten werden könnte. Die Duldung, Nicht-Beachtung, z.T. offene Ermunterung neo-faschistischer Umtriebe und Propaganda sind hierzulande ja schon fast sprichwörtlich: Schließlich ist die Hoffmann-Bande ein Ergeb-

nis eben dieser jahrelangen Duldung und Deckung seitens CDU/CSU, ebenso wie SPD/FDP. So magerstüchtig das Verbot aber auch ist, so ist es doch auch nicht nutzlos. Immerhin stellt es doch andere Handhaben – auch juristische – gegen Hoffmann zur Verfügung, als die offene Legalität, die ihm bislang zugute kam. In diesem Sinne sollte das Verbot auch begrüßt und vor allem genutzt werden.

- Was ansteht, ist:
- Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten im Zusammenhang des Tübinger Hoffmann-Prozesses!
 - Vollständige Veröffentlichung des Verbots und der Verbotsbegründung gegen die Hoffmann-Bande!
 - Aufdeckung aller Erkenntnisse über die Bande: Wer? Wann? Wo?
 - Aufdeckung der Hintermänner: Woher kommt das Geld? Woher stammen die Waffen?
 - Überprüfung der bisherigen Ermittlungen und Urteile gegen Hoffmann!
 - Wiederaufnahme aller eingestellten Verfahren gegen WSG-Mitglieder!
 - Ermittlungen und wirksame Schritte gegen die militante „Wehrsport“-Nazi-Szene!
 - Hoffmann und seine „Wehrsport“-Nazis in den Knast!

KB/Gruppe Nürnberg und Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

VSBD-Treffen verhindert

Frankfurt, letzte Meldung. Am 9.2. konnte der Versuch der VSBD-Faschisten („Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“), einen Landesverband Hessen zu gründen, von Antifaschisten verhindert werden. Durch die Ankündigung einer Gegenkundgebung seitens der in Frankfurt-Bornheim gegen den Nazi-Buchladen arbeitenden Bürgerinitiativen konnte zunächst erreicht werden, daß die Saalbau GmbH den Faschisten die im Bürgertreff Bornheim angemieteten Räume kündigte. Es wurde aber bekannt, daß die VSBDler in eine Kneipe im Stadtteil Bonames ausgewichen waren. Daher zogen rund 150 Antifaschisten von ihrer Kundgebung aus dorthin. Als der Kneipenwirt erfuhr, welche illustre Gesellschaft sich bei ihm eingemietet hatte, löste er eben-

falls den Vertrag wieder auf. Die VSBDler mußten auch hier wieder abziehen. Unter den ca. 30 Leuten fanden sich bekannte Gesichter wie z.B. Busse, Schubert, Kexel, Müller. Schubert hatte im Januar den brutalen Angriff der VSBDler auf Antifaschisten und Passanten in der Frankfurter Innenstadt geleitet. Als kräftige Person war er am Mittag des 9.2. offenbar dazu ausersehen worden, vor dem Bürgertreff Posten zu schieben, um die eintreffenden VSBDler in die Bonameser Kneipe umzuleiten. Dort passierte es ihm, daß er anscheinend einige zufällig vorbeikommende Antifaschisten angreifen wollte, was bei ihm eine Beule auf dem Kopf hinterließ.

KB/Gruppe Frankfurt

Schönborn gründet »NSDAP«

Nicht einmal 12 Stunden nach dem Verbot der Hoffmann-Bande gab Erwin Schönborn am 30.1. bekannt, daß er mit 30 Frankfurter „Kameraden“ eine „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistische Demokratische Arbeiterpartei“ gegründet habe. Ziel soll es sein, die „NSDAP“ als legale moderne und demokratische Partei funktionsfähig zu machen. Zwei Tage später gab die Frankfurter Staatsanwaltschaft bekannt, sie habe gegen die „Arbeitsgemeinschaft“ ein Verfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. Schönborn ließ daraufhin verlauten, die „Arbeitsgemeinschaft“ sei aufgelöst und unter seinem Vorsitz sei inzwischen eine „NSDAP“ gegründet worden.



Legt man die Reaktionen der Behörden auf die bisherigen Versuche Schönborns, die NSDAP wieder hoffähig zu machen, zugrunde, so sind seine Aussichten, mit dieser frechen Provokation durchzukommen, gar nicht mal gering:

- Von einem Frankfurter Gericht ist seine Hetze über die angeblich von „Idioten und Verbrechern“ erfundenen Juden-Vergasungen als „freie Meinungsäußerung“ erlaubt worden.
- Ralf Platzdasch, mit Schönborn Betreiber eines Nazi-Ladens in Frankfurt-Bornheim, gründete im August 1979 einen „Nationalsozialistischen Schülerbund“. Damals gegen den „NSB“ eingeleitete Ermittlungen sind inzwischen im Sande verlaufen.
- Schließlich ist es sicherlich kein Zufall, daß der Zeitpunkt der Gründung der Schönborn'schen „NSDAP“ mit dem Verbot von Hoffmanns „WSG“ zusammenfiel. Baum hatte die Aktion gegen die „WSG“ vor allem mit der Aufmerksamkeit begründet, die die militärische Formierung der „WSG“ hervorgerufen habe. Im übrigen aber, so Baum, habe die „geistig-politische Auseinandersetzung... mit dem Extremismus“ Vorrang vor der Anwendung von Verboten.

Dies hat Schönborn offenbar als Ermutigung aufgefaßt. Mit Blick auf seine Nazi-Szene erreicht er damit, daß das Verbot der Hoffmann-Bande psychologisch wirkungslos bleibt. Gleichzeitig zur neuen „NSDAP“ tritt auch eine bisher unbekannte „Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Gau Hessen-Nassau“ (ANS) in Erscheinung, deren „Gaulitung“ eine Postlagerkarte in Wiesbaden als Kontakt angibt. Dies trägt Schönborns typische Handschrift: die illegale Bandenbildung wird parallel vorangetrieben. Die südhessische SPD hat inzwischen ein Verbot der Schönbornschen Neugründung gefordert, da diese dieselben Ziele verfolge wie die „WSG“. Auch der neue Frankfurter OB-Kandidat der SPD, Martin Berg, forderte ein schärferes Vorgehen gegen die Frankfurter NS-Szene. Sein Spruch-

lein hat ebenso Innenminister Gries (FDP) im Namen der Landesregierung abgegeben. Er sprach von einer „angeleglichen“ Gründung der „NSDAP“ durch Schönborn. Die neonazistischen Aktivitäten wolle er „sehr genau beobachten, ob sich diese Bestrebungen organisatorisch so verfestigen, daß Verbotsmaßnahmen zulässig und geboten“ seien. Allerdings habe Schönborn schon an die 20 Vereine gegründet, die meistens „nach kurzer Zeit wieder spurlos verschwunden“ seien („FR“, 7.2.). So unterbeleuchtet kann unserer Meinung nach auch ein hessischer FDP-Politiker nicht sein, daß ihm (noch dazu als Innenminister!) entgeht, daß 1. diese „Vereinigungen“ niemals „spurlos“ verschwanden, sondern ihre Spuren eindeutig in neuen Vereinigungen hinterließen; 2. diese „Bestrebungen“ organisatorisch ausgezeichnet „gefestigt“ sind und funktionieren – sowohl mit legalen wie auch mit illegalen Stützpunkten, die allesamt bei Schönborn zusammenlaufen; 3. und daß alle diese „Vereinigungen“ seit jeher das erklärte Ziel hatten, eine neue „NSDAP“ zu gründen.

Dies ist nun geschehen, und aus der Erklärung von Gries geht hervor, daß man gegen die „NSDAP“ vorerst nichts unternehmen will. Offensichtlich fällt der hessischen und besonders der Frankfurter Nazi-Szene derzeit eine „Führungsrolle“ in der BRD zu, wie sie zeitweise von der Hamburger „Hansa“-Bande wahrgenommen wurde. Wir rufen alle Antifaschisten auf, mitzuhelfen, daß dieses „Hauptquartier“ möglichst rasch zerschlagen werden kann.

Sofortiges Verbot der neuen „NSDAP“!

Schließung des Nazi-Buchladens in Frankfurt-Bornheim!

Schönborn in den Knast!

KB/Gruppe Frankfurt

NPD-Faschisten tummeln sich im Staatsdienst

Daß der Radikalerlaß nur gegen Links beschlossen wurde, ergibt sich schon aus dem Zeitpunkt der Verabschiedung, nämlich 1971/72, also der Zeit des erfolgreichen Aufkommens von kommunistischen Organisationen, und nicht etwa 1967, dem erfolgreichsten Jahr der NPD. Darüber hinaus zeigen auch die Fakten immer deutlicher, daß der Staat auf dem „rechten Auge“ blind sein will, mehr noch: die NPD ausdrücklich vom Radikalerlaß ausnimmt!

Nach Angaben der Bundesregierung sind 82 Mitglieder der NPD im Bundesdienst beschäftigt (im Vergleich dazu sind es nur 69 DKPler). 31 davon sind Funktionsträger der NPD (DKP: 6), 13 haben für die NPD schon zu Landtags- oder Bundestagswahlen kandidiert (DKP: 5).

Bisher ist aufgrund von Parteimitgliedschaft in 16 Fällen „disziplinarisch“ ermittelt worden, davon in der Mehrzahl in Fällen von DKP-Mitgliedschaft! Zur Entlassung sollen jetzt drei Fälle führen – alle begründet mit DKP-Mitgliedschaft!

Die Bundesregierung weiß sich mit dieser Praxis durchaus einig mit den Landesregierungen und den Gerichten.

Der Vorsitzende des NPD-Bereichs Oberpfalz, Wilhelm Wiedermann, leitet als Studiendirektor immer noch eine Schule, obwohl seine NPD-Mitgliedschaft seit langem bekannt ist. Nur einmal, 1977, führte dies zu einer Anfrage, jedoch ohne jede Konsequenz.

Wiedermanns Stellvertreter, Polizeihauptwachmeister Anton Kollroß, darf weiterhin seinen Dienst versehen (und auf Demokraten einschlagen).

Zwar hatte ihn das bayerische Innenministerium vom Dienst suspendiert, von der bayerischen Verwaltungskammer wurde dies jedoch aufgehoben. In der Entscheidung heißt es, die NPD sei zwar „extrem nationalistisch“ und „regierungsfeindlich“, aber eine „verfassungswidrige Grundtendenz“ sei nicht festzustellen. Außerdem konnte Kollroß nachweisen, daß seine NPD-Aktivitäten dem Innenministerium seit langem bekannt waren. Seit Jahren wurden ihm sogar für jede Landtags- und Bundestagswahl zehn Wochen bezahlter „Wahlkampfauftrag“ gewährt.

Auch gegen einen weiteren Stellvertreter Wiedermanns, Justizoberinspektor Hans Jürgen Beimler, wurden bisher keine Maßnahmen ergriffen.

Der NPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Polizeimeister Jürgen Schützinger, darf ebenfalls seinen Dienst weiter versehen. Zwar hatte auch hier das Innenministerium eine Suspendierung vom Dienst verfügt, die jedoch vom berichtigten Mannheimer Verwaltungsgerichtshof (von hier kommen einige der schwersten Urteile gegen DKPler) zumindest bis zur Hauptverhandlung aufgehoben wurde (damit wurde einer Forderung nach einer einstweiligen Verfügung stattgegeben). Da dieser Fall mit Sicherheit auch in der Hauptverhandlung zu einem späteren Zeit-

punkt wieder vor diesem Gericht landen wird, ist die Begründung von besonderem Interesse. Es heißt dort, „daß die NPD nach dem derzeitigen Erkenntnisstand keine verfassungswidrigen Ziele verfolge“. Deshalb sei „die Mitgliedschaft in der NPD allein nicht geeignet, die Verfassungstreue eines Gewerbers in Frage zu stellen“ (nach „tat“, 1.2.).

Ein weiterer Fall erregt seit Jahren die demokratischen Gemüter: Rolf Kosiek, NPD-Funktionär und Verfasser mehrerer einschlägiger Bücher. Er wurde in Rheinland-Pfalz als Beamter abgelehnt und verlor nun endgültig seine Berufung vor dem Bundesverwaltungsgerichtshof. Damit hat zum ersten Mal ein Nazi in einem solchen Verfahren verloren. Allerdings: Während in Rheinland-Pfalz das Verfahren gegen Kosiek lief, wurde er – gelobt sei christdemokratische Solidarität! – in Baden-Württemberg verbeamtet. Dort erhielt Kosiek in allen Verfahren Recht, bis jetzt auch dort seine Entlassung verfügt wurde, in der allerdings noch die Berufung aussteht. Aber auch diese Entlassung wird nicht mit der NPD-Mitgliedschaft begründet, sondern bezieht sich allein auf seine Bücher, in denen der offene Nazismus nicht zu übersehen ist. Ausdrücklich wurde auch hier vom Gericht hervorgehoben, daß nicht jeder NPD-Funktionär die berühmten „Zweifel rechtfertige...“. So bestehen auch in diesem Fall „erhebliche Zweifel“, ob das Urteil gegen Kosiek tatsächlich als Signal gegen die NPD zu werten ist.

Hrsgb. Jan Peters
Nationaler „Sozialismus“ von Rechts - Beiträge zu einem „neuen Trend“
Band I April 1980
antifaschistische Texte dazu von Jean-Michel Berthoud, Ernst Bloch, Erich Fried, John de Graaf, Michael Hepp, Arno Klönne, Shanne Marks, Jan Peters, Dietrich Schulte-Marmeling, Hans-Christoph Schulz, Richard Stöss und Reinhard Strecker
Band II Mai 1980
DOKUMENTE UND PROGRAMME DER „NEUEN“ GRÜNBRÄUNEN REAKTIONÄRE (NPD/JN, UAP/JBA, NPV, VSDP, ANS/HANSA, ROEDER, NEUE RECHTE etc.)
Texte von Jan Peters, Richard Stöss und Caren Teichmann



Einzelfallprüfung gibt es nicht

Nach der Verschärfung der Berufsverbotspraxis bei Bahn und Post und der Ersetzung der Regelanfrage durch das sog. „Erklärungsmodell“ im sozial-liberal regierten Nordrhein-Westfalen scheint jetzt auch die hessische SPD/FDP-Landesregierung daran zu gehen, wieder die harte Welle in der Berufsverbotsfrage praktizieren zu wollen. Mit Datum vom 4.10.79 verfaßte die Landesregierung einen Schriftsatz, der vervielfältigt in mehreren anstehenden Verfahren gegen DKP-Mitglieder (mindestens 4 Fälle) beim Verwaltungsgerichtshof eingereicht wurde. Das Darmstädter Verwaltungsgericht hatte einen Teil dieser Berufsverbote mit der Begründung aufgehoben, daß keine Einzelfallprüfung stattgefunden habe und die Mitgliedschaft in der DKP alleine zur Ablehnung nicht ausreiche. Hierzu erklärte nun die Regierung in besagtem Schriftsatz:

„Es ist einzuräumen, daß die Bedeutung der – freiwilligen – Mitgliedschaft, verbunden mit dem ernsthaften Eintreten für die Ziele der als verfassungsfeindlich anzusehenden Partei einem Automatismus nahekommt, die Mitgliedschaft begründet in der Regel die Vermutung, daß der Bewerber als Beamter die

Eignungsvoraussetzung der Treuepflicht nicht erfüllt. Ein solcher Automatismus, der für eine angemessene Beurteilung durch die Einstellungsbehörde keinen Raum mehr läßt, wird zwar mit dem Hinweis auf den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 regelmäßig theoretisch verneint. Die Praxis der Verwaltungsrechtsprechung folgt dem im konkreten Fall jedoch nicht....

Nach dieser Rechtsprechung genügt es ..., wenn zusätzlich zu der Tatsache der Mitgliedschaft festgestellt wird, daß der Bewerber freiwillig in die DKP eintrat und daß aufgrund seiner Mitgliedschaft zu politischer Aktivität für die DKP in Pflicht genommen wird. Dies wird, wie bereits dargelegt, aus dem Statut der DKP geschlossen. Zweifel an der Verfassungstreue eines DKP-Mitglieds könnten nach dieser Rechtsprechung nur dann ausgeschlossen werden, wenn der Bewerber an wesentlichen Programmpunkten der DKP offene Kritik übt. Ein solcher Fall ist jedoch bei einer Kaderpartei wie der DKP nicht denkbar, da der Bewerber „grundsätzlich sofort ausgeschlossen“ würde, da eine solche Kritik mehr bloße Inaktivität wäre.

Folgt man dieser Rechtsprechung – und der Beklagte (das Land) ist hieran gebunden – so bedeutet dies, daß eine Berufung eines DKP-Mitglieds in das Beamtenverhältnis faktisch ausgeschlossen ist, selbst wenn keine Bedenken bestehen, daß der Bewerber sich im Dienst pflichtgemäß und loyal verhalten wird....

Das ist mehr als deutlich. Eine „Einzelfallprüfung“, immerhin von der SPD und speziell auch von den Jusos-Führern in den letzten Jahren immer wieder als Kernstück einer „liberalen“ Handhabung der Berufsverbote gepriesen, kann es nach diesem offenen Bekenntnis der hessischen SPD gar nicht geben. Mitglieder kommunistischer Organisationen fallen nach dieser Erklärung automatisch unter Berufsverbot. Daß die SPD/FDP-Regierung dies auch will und die Praxis der Oberverwaltungsgerichte hierin voll unterstützt, wird daran deutlich, daß sie in den genannten „Fällen“ gegen positive Entscheidungen unterer Instanzen Berufung eingelegt und diese damit überhaupt erst vor das OVG gebracht hat.

Berufsverbote-Kommission

Demonstration in Stuttgart



Die Initiativen „Weg mit den Berufsverböten“ in Baden-Württemberg hatten anlässlich des 8. Jahrestages des Radikalerlasses zu einer Demonstration nach Stuttgart aufgerufen. Unterstützt wurde die Demo von der VVN, der DKP, den Jusos. Es beteiligten sich ca. 3000 Menschen, darunter auch eine Reihe von unabhängigen Linken. „Auffällig war, daß nach den Schlägereinsätzen von DKP-Ordern gegen Schwule auf der letzten Demo diesmal ein anderes Auftreten der Ordner zu erkennen war. ARBEITERKAMPF-Verkäufer blieben unbehelligt. Anarchistische Genossen wurden mit einem Transparent: „Keine Berufsverbote in Ost und West“ im Demozug geduldet!“ (Nach einem Bericht eines Genossen)

Ein VS-Agent sagt aus

Vor dem Oberverwaltungsgericht Hamburg fand der Prozeß um die Einstellung des Fernmelde-Ingenieurs Manfred W. bei der Bundespost statt. Manfred W. hatte sich nach Beendigung seiner Ausbildung an der Fachhochschule Hamburg 1972 als technischer Postinspektorenanwärter beworben. 1975 wurde er nach zwei Anhörungen zunächst für 17 Wochen beurlaubt und anschließend entlassen. Der Grund: Mitgliedschaft in der DKP und Mitarbeit beim Arbeitskreis demokratischer Soldaten (ADS).

Seit Januar 1976 ist er arbeitslos, über 30 Bewerbungen bei Privatfirmen verliefen ergebnislos. Bei den Hamburger Stahlwerken, bekannt durch seine guten Verbindungen zum Hamburger Verfassungsschutz, wurde er nach zwei Monaten, also in der Probezeit, wieder entlassen. Seine Klage auf Einstellung durch die Post wurde 1976 in erster Instanz vom Verwaltungsgericht Hamburg zurückgewiesen. Jetzt, nach 5 Jahren (!), kommt das Verfahren in die zweite Instanz. Am ersten Verhandlungstag, am 20.11.79, war die Post verpflichtet worden, dem Gericht Zeugen für die „verfassungsfeindliche Betätigung“ von Manfred W. zu benennen. Ein solcher „Zeuge“ wurde nun am zweiten und dritten Verhandlungstag dem Gericht präsentiert. Es handelt um einen Herrn Regierungsdirektor Heier, seines Zeichens Leiter der Abteilung „Auswertung“ beim Hambur-

ger Landesamt für Verfassungsschutz. Die Befragung drehte sich dann zunächst um die Person des Herrn Heier, einen eher unauffälligen Mittelfürer mit etwas undurchsichtiger Vergangenheit. Er habe vor 1950 ein Studium begonnen, dies aber dann abgebrochen, sei dann 3 Jahre arbeitslos gewesen und anschließend in den Hamburger Staatsdienst gegangen. Für den Verfassungsschutz sei er erst seit 1963 tätig. Die Frage der Anwälte, ob er vielleicht vor 1945 Mitglied einer terroristischen Vereinigung gewesen sei, wurde vom Gericht als nicht zur Sache gehörend zurückgewiesen.

Im Folgenden trug dann Herr Heier sein Dossier über Manfred W.'s „verfassungsfeindliche Aktivitäten“ vor. Die Angaben bezogen sich wesentlich auf den Zeitraum 1971 – 74 und enthielten Punkte wie die Teilnahme an verschiedenen Sitzungen der DKP-Hochschulgruppe, Kandidatur zu einer Studentenschaftswahl und Wahl zu einer Kreisdelegiertenkonferenz der DKP; nichts weitbelegendes also. Auf die Frage, wie er zu diesen „Informationen“ komme, erklärte Herr Heier, diese kämen sowohl aus offenen wie aus geheimen Quellen, über die er aus Gründen des Quellenschutzes nichts aussagen könne. Immerhin ließ er sich nach längeren Bohren dazu herab, zuzugeben, daß ein Mitglied der besagten DKP-Hochschulgruppe „Geheimer Mitar-

beiter“ des VS gewesen sei! Ob er noch heute Mitglied der DKP sei bzw. immer noch „Geheimer Mitarbeiter“ des VS, wollte er nicht sagen.

Auch die Frage, ob V-Leute bezahlt werden, wollte er nicht beantworten. Hierzu reiche seine eingeschränkte Aussagegenehmigung nicht aus, da es sich um Einzelheiten des Geschäftsbetriebes innerhalb des VS handle.

Die Anwälte stellten daraufhin an das Gericht den Antrag, den „Zeugen“ zur Beantwortung dieser Frage zu zwingen, da es für die Bewertung einer Zeugenaussage äußerst wichtig sei, ob ein Zeuge für seine Aussage bezahlt werde oder nicht. Darüber hinaus sei die Tatsache der Bezahlung von Spitzeln offenkundig (allgemein bekannt). Über „offenkundige“ Tatsachen könne Herr Heier auch nach seiner Aussagegenehmigung aussagen. Auch dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt. Die Tatsache der Bezahlung von Spitzeln sei keineswegs offenkundig.

Um die Frage der Bezahlung von Spitzeln und ihrer daraus abzuleitenden Glaubwürdigkeit ging es dann allerdings auch noch im weiteren Verlauf.

Manfred W.'s Anwälte erklärten, daß, wenn V-Leute für ihre Informationen bezahlt werden, es natürlich ihr Interesse sei, möglichst viele Informationen abzuliefern, um möglichst viel Geld zu kassieren, wobei

es auf den Wahrheitsgehalt nicht mehr so genau ankomme. So sei in einem Fall nachweisbar, daß eine in dem VS-Dossier enthaltene Information, Manfred W. habe zu einem bestimmten Zeitpunkt an einer bestimmten Sitzung teilgenommen, frei erfunden sei, da sich Manfred W. zu diesem Zeitpunkt gar nicht in Hamburg aufgehalten habe.

Frage an Herrn Heier, ob er die betreffenden V-Leute überhaupt kenne und wie er die Richtigkeit ihrer Informationen überprüfen könne. Hierzu erklärte Herr Heier, daß er die V-Leute nicht kennen würde, weil die Abteilung „Beschaffung“ von der Abteilung „Auswertung“ im Landesamt streng getrennt sei. Er halte sie aber trotzdem für zuverlässig. Die Möglichkeit einer Überprüfung von Informationen auf ihre Richtigkeit sei durch die „Folge von Mitteilung“ gewährleistet. Im übrigen würden ja auch nicht alle gesammelten Informationen weitergegeben. Die Auswahl der weiterzugebenden Informationen hänge davon ab, ob dadurch eine Quelle gefährdet werden könne.

Für die weitergegebenen Informationen ist das Landesamt bereit, den Beweis anzutreten. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Informationen bestehe darin, daß er hier vor Gericht auftrete und die Richtigkeit bezeuge! Das Verfahren ist noch nicht beendet.

Berufsverbote-Kommission

6 Prozesse gewonnen und noch immer nicht eingestellt

Kassel. Nachdem in den letzten zwei Jahren Arbeits- und Landesarbeitsgerichte in einer ganzen Reihe von Berufsverbots-„Fällen“ positive Urteile für die Betroffenen gefällt hatten – gegen die die beklagten Regierungen in der Regel Revision einlegten – sind die ersten dieser Verfahren inzwischen vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel angelangt.

Ein Vergleichsvorschlag wurde vom 5. Senat des BAG im Fall der Kölner Realschullehrerin Beate B. angeregt, wonach sie bis zur endgültigen Klärung des Rechtsstreites als Teilzeitangestellte im öffentlichen Schuldienst weiterbeschäftigt werden solle. Ob die Prozeßbeteiligten diesem Vorschlag zustimmten, wurde noch nicht bekannt. Beate B. hat in den letzten vier Jahren bereits 6 (!) Prozesse gegen das Land NRW gewonnen, ohne eingestellt zu werden. Erst nach Androhung eines Zwangsgeldes von 30.000 DM bequeme sich das Land dazu. Ein weiteres Beispiel für die „liberale“ Handhabung der Berufsverbote durch SPD/FDP-Regierungen.

Radikalenfrage – erneut Knackpunkt in der Hamburger SPD?

Nachdem im letzten Herbst in Hamburg 16 Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet wurden, obwohl ihnen anfänglich Zweifel an ihrer Verfassungstreue vorgeworfen worden war, richtete sich die Aufmerksamkeit der Berufsverbotegegner auf die sogenannten alten Berufsverboteffälle. Da wurde als erster Fall der von H.-W. Schäfer aktuell, dessen Entlassungsbescheid schon seit 1977 läuft und der im November 1979 seinen ersten Verhandlungstermin hatte. Nachdem diesem Verfahren eine relativ breite Öffentlichkeitsarbeit vorausgegangen war, erklärte sich die Behörde bereit, den Fall in einer neuen Anhörung, auf der Grundlage einer zum Prozeß von dem Betroffenen abgegebenen Erklärung, erneut zu überprüfen.

Als nächster heißer Fall stand die Verbeamtung von Thomas Erdner (Vorsitzender des Personalrats der Gymnasiallehrer und DKP-Mitglied)

an. Erdner hatte vom Verwaltungsgericht ein positives Urteil für seine Verbeamtung erhalten und wartet nun seit langem auf seine Verbeamtung. In den letzten Monaten wurde dieser Fall in der „Bild“ mit Verleumdungen und antikommunistischer Hetze wieder aufgeköchelt (u.a. wurde behauptet, Thomas Erdner unterhalte ein kommunistisches Schulheim). Der Fall kam erneut vor die Bürgerschaft, der Senat ordnete eine erneute Prüfung der Vorwürfe durch den Verfassungsschutz an und entschied nach erfolgter Prüfung, die die Unhaltbarkeit der Vorwürfe bestätigte, die Verbeamtung des Lehrers.

Hier jedoch trat die Hamburger Besonderheit ins Spiel. Die endgültige Entscheidung trifft nämlich der Beamtennennungsausschuß. In diesem Ausschuß endete zunächst einmal der lange Traum vom Lebenszeit-

beamten für Thomas Erdner. Der frühere SPD-Seanort und Mitglied dieses Ausschusses, Otto Hackmack, an dessen Stimme eine positive mehrheitliche Entscheidung hing, trat zurück.

Hackmack, ein Vertreter der rechten Kräfte in der Hamburger SPD boykottierte hiermit die Entscheidung des Senats und vor allem des liberalen Senators J.Grolle.

Wer meint, die SPD hätte nun einen neuen Vertreter in den Ausschuß gewählt, der die offizielle Senatspolitik „besser“ trägt, hat weit gefehlt. Als Nachfolger von Hackmack wurde Caesar Meister, ebenfalls ein Rechter, bestämmt. Auch über ihn wird jetzt schon öffentlich gemunkelt, daß er sich gegen die Senatsentscheidung stellen wird („Morgenpost“, SPD-Zeitung).

Berufsverbote-Kommission

DKP: Solidarität mit schwulem Berufsverboteopfer ist nicht!

Paul S. (32), Techniker bei der Post in Essen und DKP-Mitglied seit 1970, trat aus dieser Partei aus, weil es anscheinend illusorisch ist, weiterhin mit DKP-Solidarität rechnen zu können. „Wenn man sich als Opfer eines Berufsverbotsverfahrens gleichzeitig offen als Schwuler bekannnt. Genau das aber hatte Paul S. im Herbst 1978 in einem „Stern“-Artikel gemeinsam mit 682 weiteren Schwulen getan. Seitdem war es mit der öffentlichen Solidarität der DKP für das Berufsverbotsopfer Paul S. weitgehend vorbei.

Schon bald nach Erscheinen des

„Stern“-Artikels wurde Paul S. zum DKP-Kreisvorsitzenden vorgeladen, der sein öffentliches Bekenntnis zunächst deshalb kritisierte, weil viele Eltern ihre Kinder nicht mehr an den DKP-Ferienaktionen teilnehmen ließen, wenn „Soweltche“ dabei wären. Außerdem sei Schwulsein ein „Ausfluß bürgerlicher Ideologie“, die der wissenschaftlichen Weltanschauung von der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ widerspreche. Bestenfalls sei Homosexualität Privatsache, die nicht an die Öffentlichkeit gehöre.

In einer weiteren Diskussion mit

Paul S. meinte der DKP-Kreisvorstand sogar, er würde dafür sorgen, daß „so einer“ wie Paul S. aus der Schule geworfen würde, falls er seinen Sohn unterrichte.

Daneben riet man Paul S. von Seiten der DKP immer wieder, sich doch wegen seiner Homosexualität psychotherapeutisch behandeln zu lassen. Daß dieser parteiinterne Druck auf schwule DKPler nicht ohne Wirkung bleibt, zeigt der Fall eines schwulen Genossen von Paul S.: Er machte zunächst eine Aversionstherapie und heiratete dann, um nach außen als Heterosexueller zu erscheinen.

Radikalerlaß wird Wahlkampfthema

Der Bundesvorstand der FDP hat auf einer Sitzung zur Vorbereitung der Bundestagswahlen „Liberalen Thesen zur Stärkung des freiheitlichen Rechtsstaates“ beschlossen. Ein Schwerpunktthema ist darin der Radikalerlaß und die daraus resultierende Berufsverbotspraxis.

Der FDP-Vorstand fordert darin als entscheidende Veränderung eine „Differenzierung zwischen Funktionen und zwischen dienstlichem und außerdienstlichem Verhalten im Hinblick auf das geforderte Maß an Verfassungstreue“. Nicht angetastet wird darin (natürlich) die Existenz eines Radikalerlasses. Auf einer Pressekonferenz wurde diese These dahingehend konkretisiert, „daß der Staat z.B. vom Präsidenten des Verfassungsschutzes ein Mehr an Verfassungstreue verlangen kann als vom Lokomotivführer“ (FR, 31.1.). Etwas skurril mutet dies Beispiel schon an. Denn welcher Linksradikale bewirbt sich schon für den Posten eines Verfassungsschutzpräsidenten, während die Rechtsradikalen ja die Träger dieses Geheimdienstes sind. Andererseits ist bekannt, daß gerade beim Verfassungsschutz nicht die Verfassungstreue zählt sondern die Fähigkeit, die Verfassung im Kampf gegen die Linksradikele zu brechen. Manch einem mögen die Forderungen dennoch als „Liberalisierung“ erscheinen, verglichen mit dem, was heute Praxis ist; insbesondere wenn es tatsächlich zu einer Unterschei-

dung zwischen „dienstlichem und außerdienstlichem“ Verhalten kommen würde. Dann aber stellt sich die Frage, wie ernsthaft diese Thesen tatsächlich gemeint sind.

Es fällt dabei auf, daß die Thesen als Vorlage für den im Dezember stattfindenden FDP-Parteitag geschrieben wurden. Erst dann stehen sie zur Entscheidung an. Auffällig ist dabei vor allem, daß erstmals der Vorstand einen Vorstoß in dieser Frage unternimmt, während er sonst nur auf Druck fortschrittlicher Teile (vor allem der Jungdemokraten) reagiert hat. Weiterhin haben die Thesen keinerlei Chance durchgesetzt zu werden. Innenminister Baum (FDP) hat eine Differenzierung in „dienstliches und außerdienstliches“ Verhalten schon strikt abgelehnt und kann sich dabei auf die gesamte Bundesregierung stützen. Zur Frage der Differenzierung nach Funktionen hat das Bundesverfassungsgericht einen Grundsatzentscheid gefällt, wonach dies nicht statthaft ist. Dies Urteil müßte also gekippt werden, wie dazu äußert sich der FDP-Vorstand nicht. Dies alles weiß natürlich auch der FDP-Vorstand. So ist denn auch eher zu vermuten, daß diese Thesen speziell für die Bundestagswahlen geschrieben wurden. Ob sie dann im Dezember auf dem Parteitag noch behandelt werden und vor allem in dieser Form verabschiedet werden, braucht heute keinen FDP-Politiker zu kratzen.

Lübeck: Hunger- und Durststreik gegen den Toten Trakt

Im Knast Lübeck sind seit Oktober letzten Jahres fünf Frauen gefangen, die wegen „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung“ verurteilt sind. Es ist bekannt, daß im Lübecker Frauenknast Lauerhof seit einiger Zeit ein Toter Trakt eingerichtet wurde, der in punkto Isolation auf dem „höchsten Stand“ der modernen „Folterforschung“ steht. Nach einer provokatorischen Durchsuchungsaktion der Zellen der gefangenen Frauen, die die Bundesanwaltschaft unter dem fadenscheinigen Vorwand einer Fernsteuerung der „Terroristen“ aus dem Knast inszeniert hatte, sollten die Frauen in den „moderneren“ Flügel des Traktes verlegt werden. Die Verlegung ging einher mit üblen Mißhandlungen der Frauen durch die Schließer bis hin zum Ausreißen von Haarbüscheln und ähnlichen Brutalitäten. Christa Eckes, Annerose Reiche, Christine Kubly, Brigitte Asdonk und Inga Hochstein gingen daraufhin am 23.1.1980 in den Hungerstreik.

Die Anstaltsleitung kündigte ganz im Sinne eines „harten Kurses“ sofort an, im Knast eine Zwangsernährung durchzuführen, obwohl dafür weder die medizinischen, noch die personellen Voraussetzungen auch nur im mindesten gegeben waren: es gibt in Lübeck noch nicht einmal ein Gefängnis Krankenhaus; alle behandlungsbedürftigen Gefangenen werden aufgrund einer Ländervereinbarung in das Hamburger Zentralkrankenhaus verlegt. Nachdem der im Bereich der Zwangsernährung noch unerfahrene Gutachter den Eindruck hatte, es sei möglich, eine gefahrlose Zwangsernährung durchzuführen, wurde der Antrag auf Verlegung nach Hamburg abgelehnt. Schein-Konzession: Ridder sollte jederzeit Zugang und Kontrolle über Zustand und Behandlung der eingesperrten Frauen haben, insbesondere nach dem 2.2.1980. Von diesem Tag an bestand die akute Notwendigkeit, den Gefangenen zwangsweise Flüssigkeit zuzuführen. Die Realität wurde allerdings - wie aus dem Bereich der Staatsschutzprozesse bekannt - nicht von dem Inhalt des Gerichtsbeschlusses bestimmt, sondern von den Machtbefugnissen der Anstaltsleitung. Die medizinische „Betreuung“ der Frauen wurde nicht von Ridder, sie wurde von einem völlig inkompetenten Knastarzt wahrgenommen. Erst nachdem sich diese offene Mißachtung des Gerichtsbeschlusses durch den Vollzug handgreiflich bewiesen hatte, konnte sich das Gericht am 4.2.1980 dazu durchringen, eine Verlegung der Gefangenen in eine

Isolierstation der medizinischen Hochschule Lübeck anzuordnen. Hier waren die Frauen bei Redaktionsschluss (6.2.1980) immer noch. Änderungen waren nur insofern eingetreten, als der Vollzug zwischenzeitlich begonnen hatte, die Station festungsartig auszubauen. Im Toten Trakt Lübeck wurde ein (!) Zimmer mit einem (!) Bett eingerichtet, in das die Frauen im Fall der Zwangsernährung gebracht werden sollten. Medizinische Geräte z.B. zur Kreislauf- und Blutkontrolle waren nicht vorhanden, ganz zu schweigen von der Zumutung, ein einziges Bett für fünf Personen vorzusehen. Ärztliches Personal war ebenfalls nicht vorhanden. Die Anwältin der Frauen beantragten daher beim Gericht sofort den Erlaß einer einstweiligen Anordnung, um zu verhindern, daß durch kraß fahrlässiges Verhalten der Anstaltsleitung Lebensgefahr für die Mandantinnen heraufbeschworen wird: eine eventuell nötige Zwangsernährung sollte nur in Hamburg stattfinden dürfen, weil nur dort die notwendigen Vorkehrungen zur medizinischen Versorgung der Gefangenen getroffen werden konnten. Am 29.1. traten die Frauen, da sich bis dahin nichts getan hatte, in den Durststreik. Das Gericht zog als Sachverständigen den Lübecker Professor Dr. Ridder hinzu, um sich über die Möglichkeiten einer Zwangsernährung im Knast beraten zu lassen. Nach einer Ortsbesichtigung sagte Ridder: unter diesen Bedingungen könne eine gefahrlose Zwangsernährung nicht stattfinden. Am 29.1. traten die Frauen, da sich bis dahin nichts getan hatte, in den Durststreik. Das Gericht zog als Sachverständigen den Lübecker Professor Dr. Ridder hinzu, um sich über die Möglichkeiten einer Zwangsernährung im Knast beraten zu lassen. Nach einer Ortsbesichtigung sagte Ridder: unter diesen Bedingungen könne eine gefahrlose Zwangsernährung nicht stattfinden.



runge nicht stattfinden. Reaktion der Knastleitung: kosmetische Korrekturen. Es hatte den Anschein, als würde aus dem Hamburger Gefängnis Krankenhaus fieberhaft Gerät herbeigeschafft, um zumindest die Apparate dort stehen zu haben, wenn man sie mangels qualifizierten Personals schon nicht richtig einsetzen konnte.

Keine Rückverlegung in den Toten Trakt!!!

Die Versuche der Knastleitung, das Gerichtsurteil zu unterlaufen, haben bei den Gefangenen und den Anwälten den begründeten Verdacht hervorgerufen, daß bei einer Rückverlegung nach Lübeck oder in einen anderen Trakt ständig mit Provokationen oder zumindest Versuchen dazu zu rechnen ist. Es wurde deshalb nach der Verlegung in die „zivile“ medizinische Hochschule die Forderung aufgestellt: „Keine Rückverlegung in den Lübecker oder einen anderen Toten Trakt!“ Die Verteidiger stellten einen formellen Antrag, eine Rückverlegung aus der medizinischen Hochschule allenfalls in eine nicht-abgeschlossene Abteilung einer Justizvollzugsanstalt vorzunehmen. Gleichlautende Anträge gingen an den Bundesjustizminister und die Länderjustizminister. Es kommt in dieser Situation darauf an, der Forderung „Keine Verlegung in die Hochsicherheitstrakte!“ zum Durchbruch zu verhelfen. Lübeck ist ein weiterer Beweis dafür, daß die politischen Gefangenen von der Unterbringung in den Toten Trakt nichts Gutes zu erwarten haben, selbst wenn sie von den räumlichen Bedingungen her noch so vorzeigend konstruiert sein mögen: sie bieten dem Vollzug praktisch unbegrenzte Möglichkeiten, ohne Kontrolle machen zu können, was der Staatsschutz will. Die Lübecker Frauen haben ihren Durststreik unterbrochen, bis eine Entscheidung über ihren weiteren Verbleib getroffen wurde. Nehmen wir die West-Berliner und die Lübecker Ereignisse zum Anlaß,

auch für andere Städte die Schließung der Hochsicherheitstrakte zu fordern oder dafür zu sorgen, daß sie nicht erst in Betrieb genommen werden!

Keine Verlegung in Tote Trakte!

IKAH

Letzte Meldung 8.2.

Am 6.2. sind die 5 Frauen in das Zentralkrankenhaus des Hamburger Untersuchungsgefängnisses verlegt worden. Sie haben daraufhin zunächst ihren Hunger- und Durststreik abgebrochen. In ca. 3 Wochen fällt die Entscheidung darüber, ob die Frauen nach Lübeck zurückverlegt werden.

Verteidigt die Verteidigung

Skandalöses Urteil im Ehrengerichtsverfahren gegen RA Heinisch

Wieder einmal ist es soweit:

Verteidigt die Verteidigung

Skandalöses Urteil im Ehrengerichtsverfahren gegen RA Heinisch

Ein engagierter Verteidiger politischer Gefangener steht auf der Abschußliste. Der Westberliner Rechtsanwalt Philipp Heinisch, Verteidiger von Günter Sonnenberg und Ilse Schwipper (Jandt), wurde am 30.1.80 in Westberlin vom „Ehrengericht“ zur Zahlung von DM 7.500 verurteilt. Zusätzlich erhielt Heinisch einen Verweis mit der Drohung eines partiellen Berufsverbots beim nächsten Ehrengerichtsverfahren. Mit diesem Urteil ist das „Ehrengericht“ noch über den Antrag des Staatsanwaltes hinausgegangen, der „nur“ eine Geldstrafe von DM 5.000 gefordert hatte. Vorgeworfen wurde Heinisch hauptsächlich, daß er im Prozeß gegen Günter Sonnenberg die Schuhe ausgezogen, die Robe und die Hose geöffnet hatte, um gegen die entwürdigenden Leibesvisitationen zu protestieren.

Im „Ehrengerichts“prozeß versuchte Heinisch lang und breit, seinen „Kollegen“ (die „Ehren-Richter“ sind Rechtsanwälte) zu erklären, wie unerträglich es ist, als Anwalt wie ein Schwerverbrecher behandelt zu werden: anders als Sonnenbergs damaliger Zwangsverteidiger mußte Heinisch jedesmal vor Prozeßbeginn die Schuhe ausziehen, sich abtasten lassen und seine Hose öffnen (bekannt geworden als „Hosenladenerlaß“). Letzteres um zu sehen, ob der Metall-detektor wirklich nur wegen des Reißverschlusses an dieser Stelle ansprach! Der Vorsitzende Richter Fischer hatte ihm zynisch vorgeschlagen, er solle sich doch eine Hose mit einem Reißverschluß aus Plastik kaufen.

Nachdem alle Rechtsmittel gegen diese Kontrollen keinen Erfolg gehabt hatten, sah Heinisch keine andere Möglichkeit mehr, seinen Protest zum Ausdruck zu bringen, als im Prozeß zu demonstrieren, wie man ihn behandeln.

Die „Ehren-Richter“ aber fanden die Leibesvisitationen angemessen und rechtfertigten sie mit der Stammheim-Legende, daß Anwälte schließlich sogar Waffen in den Knast geschmuggelt haben sollen.

Unter Hinweis auf die Urteile vor-

angegangener „Ehrengerichts“verfahren gegen andere Anwälte bezeichnete das Gericht auch die Unterzeichnung eines Telegramms an den Bundesjustizminister im Herbst 77 als „grob standeswidrig“.

In dem von RA Heinisch mitunterzeichneten Telegramm hatten die Rechtsanwältin der Gefangenen, die von der damaligen Kontaktsperre betroffen waren, Zugang zu ihren Mandanten gefordert. Sie befürchteten, daß ihren Mandanten das gleiche passieren würde wie den Stammheimern und bezweifelten in diesem Zusammenhang die Selbstmordthese.

Das „Ehrengericht“ interpretierte daraus die Behauptung, die Stammheimern seien kaltblütig ermordet worden. Dies sei „absurd“ und auch im Telegramm sei die „unerhörte Behauptung“ durch nichts begründet worden. Mehr glaubte das Gericht zu diesem Punkt nicht sagen zu müssen.

Daß RA Heinisch ebenfalls im Herbst 77 seiner Mandantin Ilse Jandt während einer angeordneten Zeitungssperre für inhaftierte „Terroristen“ (bürgerliche) Zeitungen als Anwaltspost in den Knast gebracht hatte, war der dritte Vorwurf.

Das Gericht sah darin ein bewußtes Umgehen der Zeitungssperre. Wenn Heinisch geglaubt habe, Artikel über die damalige Kontaktsperren-Debatte seien für die Verteidigung von Bedeutung, so hätte er diese fotokopieren müssen. Es wäre ja möglich gewesen, daß etwa im Anzeigen-teil eine verschlüsselte Nachricht abgedruckt gewesen sei.

Obwohl der Staatsanwalt „nur“ 5.000 DM „Bußgeld“ für Heinisch forderte, hielt das Gericht eine Strafe von 7.500 DM für erforderlich, um ihn „spüren zu lassen, daß - wenn er so weitermacht - Heinisch nicht mehr länger Anwalt sein kann“. Offensichtlich sei Heinisch nicht bereit, aus früheren Verurteilungen in „Ehrengerichts“verfahren die notwendigen „Lehren“ zu ziehen. Das nächste Mal müsse er mit einem partiellen Berufsverbot (etwa Vertretungsverbot für alle Strafsachen) rechnen.

Das nächste Verfahren steht schon an: Heinisch wird wegen eines Briefes zum Schmuckerprozeß u.a. an Innenminister Baum vorgeworfen, seinerseits dem Gericht „versteckt“ (!!) Rechtsbeugung vorgeworfen zu haben (siehe AK 169)!

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Werden Verteidigergespräche im Hochsicherheitstrakt abgehört?

Am 29.1.80 stellte RA Panka, Vertrauensanwalt von Till Meyer, im Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni“ den Antrag, die Verteidigergespräche in den alten Sprechzellen der Untersuchungshaftanstalt Moabit stattfinden zu lassen, bzw. das Verfahren bis zur Klärung dieser Fragen auszusetzen, da „Verteidigergespräche in den neuen Anwaltsprechzellen nicht möglich sind“ (RA Panka, Antrag vom 29.1.80).

Andere Vertrauensanwälte schlossen sich diesem Antrag an.

Rechtsanwalt Panka führte u.a. aus: „Ich habe sichere Hinweise darauf, daß in den neuen Sprechzellen die darin geführten Gespräche abgehört werden.“

Bei meinen Besuchen meines Mandanten nach seiner Verlegung in den Hochsicherheitstrakt ist es mir mehrfach aufgefallen, daß in unregelmäßigen Abständen unvermittelt aus dem oberen Bereich der Trennscheibe, in dem - was wir bei der Besichtigung des Hochsicherheitstraktes erfahren konnten - die Elektronik der Anlage beherbergt ist, undefinierbare Geräusche zu vernehmen waren. Diese Geräusche sind mir nur so zu erklären, daß sie dadurch entstehen, daß eine über der Trennscheibe untergebrachte Abhöranlage ein- und ausgeschaltet wird.“

Rechtsanwalt Panka forderte die Aufklärung dieser merkwürdigen Geräusche.

„Auch unabhängig von der Frage der akustischen Belauschung in diesen Räumen (gemeint ist das mögliche Existieren einer Abhöranlage) sind die neuen Anwaltsprechzellen für Verteidigergespräche unzumutbar: Die Türen zum Gang schließen nicht. Durch die Hellhörigkeit des neu errichteten Betonsilos ist ohne Schwierigkeit auch ohne Abhöranlage jedes in diesen Zellen geführte Gespräch mit Leichtigkeit wörtlich in der Zentrale vor den Anwalts-

sprechzellen deutlich zu verfolgen. So wie ich in der Sprechzelle die Gespräche und Geräusche aus der Zentrale vernahmen kann, muß es umgekehrt gleichermaßen möglich sein.“

Zu den schon baulich vorhandenen (eingepflanzten?) Abhörmöglichkeiten kommen noch eine Reihe weiterer Verschlechterungen für Verteidiger/Mandantengespräche im Hochsicherheitstrakt hinzu:

„Ein Gespräch ist in diesen Zellen für mehr als wenige Minuten nicht zu führen, ohne daß Ermüdungserscheinungen, Kopfschmerzen und eine klaustrophobieartige Beklemmung eintritt.“

Die Akustik in diesen Zellen ist katastrophal. Es herrscht ein überstarker Halleffekt, den zu überwinden man mit noch lauterer Stimme bemüht ist. Dadurch jedoch wird die Verständigung noch unmöglicher, da dann eine Echowirkung eintritt. Geht man schließlich dazu über, leise zu sprechen, um der Hall- und Echowirkung entgegenzuwirken, wird man auf der Gegenseite der Trennscheibe nicht mehr verstanden.

Insgesamt führen die Verständigungsschwierigkeiten zu einer Anspannung, die ein präzises Gespräch unmöglich machen. Ich bin noch niemals so oft in einem Gespräch gebeten worden, etwas zu wiederholen und ich habe selbst, obwohl keineswegs schwerhörig, sooft nachfragen müssen, weil ich etwas nicht verstanden hatte, wie bei meinen Besuchen in diesen Sprechzellen.

Nach jedem meiner bisherigen Besuche dort fühlte ich mich wie erschlagen.

Alle Besuche in diesen Sprechzellen, sowohl bei meinem Mandanten Till Meyer als auch bei meiner Mandantin Monika Berberich mußte ich frühzeitiger als geplant abbrechen, weil uns eine Fortführung des Gespräches aus physischen Gründen nicht möglich war.

Die Belüftung und Beleuchtung der Sprechzellen ist unzumutbar: Die Belüftung reicht keinesfalls aus. Auch verstärkt der Ventilator, wenn er eingeschaltet ist, die Unmöglichkeit der akustischen Verständigung. Die Beleuchtung schafft eine Spiegelung auf der Trennscheibe, die visuell verwirrt. Man ist ständig gezwungen, das Gegenüber durch sein eigenes Spiegelbild zu suchen, oder sich so zu setzen, daß der Spiegeleffekt nicht stört. Auch dieser Umstand stört in nicht hinzunehmender Weise das Verteidigergespräch.

Letztlich fehlt das natürliche Licht. Der Besuch der Sprechzellen erinnert an Bunkeraufenthalte. Auf die schwerwiegenden Folgen eines längeren Aufenthaltes in Räumen, die nur künstlich belichtet werden, wird mit Argumenten aus dem Bereich der Medizin noch einzugehen sein.

Hier sei nur betont, daß durch den Besuch dieser Trennscheibenzellen eine innere Beklemmung eintritt, die sich auch psychisch auf das in ihnen geführte Gespräch auswirkt.“

Die Befürchtungen der Anwälte, daß Gespräche mit den Mandanten abgehört werden, sind seit dem „Stammheimer Abhörskandal“ allemal berechtigt.

Nicht so jedoch für die Bundesanwaltschaft, die Rechtsanwalt Panka mal wieder „verfahrensfremde Zwecke“ und „Verfolgungswahn“ unterstellte. Das Gericht, der erste Strafsenat mit dem Vorsitzenden Richter Geus lehnte diesen Antrag zunächst mit formellen Begründungen ab, will sich aber noch einmal mit diesen Fragen beschäftigen. Man darf gespannt sein, was dabei herauskommt!

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Interview mit Brigitte Heinrich

Seit 2 1/2 Monaten läuft vor dem Karlsruher Landgericht der Prozeß gegen Brigitte Heinrich. Brigitte, jetzige Präsidentin des Studentenparlaments an der Uni Frankfurt, ist eine seit über 10 Jahren engagierte Linke, immer aktiv in der Frankfurter Studentenpolitik und „Expertin“ für Imperialismusfragen (Autorin des Buches „DM-Imperialismus“). Seit fünf Jahren kann sie sich weder beruflich noch politisch frei bewegen, da der Prozeß gegen sie und dessen Vorgeschichte ihr Leben völlig in Beschlag nehmen: wöchentliche Meldepflicht bei dem zuständigen Polizeirevier; Verlassen der BRD nur nach Hinterlegung einer Kaution möglich; faktisches Berufsverbot; Hausdurchsuchungen, wann immer der Staatsschutz einen Anlaß findet... Ende 1974 wurde Brigitte, damals Lehrbeauftragte an der dafür, mit ihr im Zuge der bundesweiten Fahndungsaktion „Winterreise“ verhaftet, mit ihr noch zahlreiche andere engagierte Linke, die alle für mehrere Wochen in U-Haft landeten. Brigitte saß bis April 75 in Einzelhaft unter Haftbedingungen, die sie schwer erkrankten ließen. Über den Verlauf des Prozesses haben wir folgendes Gespräch mit Brigitte geführt:

AK: Wie kann man den Prozeßverlauf charakterisieren? Welche Prozeßstrategie wird hier von Seiten der Anklage verfolgt? **Brigitte Heinrich:** Der erste Punkt ergibt sich aus der Vorgeschichte des Verfahrens: daraus, daß die Tatzeugen und die Anklagepunkte gegeneinander ausgetauscht wurden. D.h. alte Anklagepunkte wurden fallengelassen und neue präsentiert. Das zweite ist, daß in der Anklageschrift angelegt ist, daß die Beweisführung für den Anklagepunkt der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung geführt werden soll über das „Rechtsinstitut“ der sogenannten Täterpersönlichkeit, d.h. diese „Täterpersönlichkeit“ soll den direkten Tatbeweis ersetzen. Das Dritte ist, daß die Beweisaufnahme, also der wichtigste Teil des Verfahrens in die Schweiz verlagert worden ist: die Vernehmung der Zeugen. Dazu gehört auch, daß der einzige direkte Zeuge der Anklage, der in der BRD kam, um hier im Prozeß auszusagen, im Gerichtssaal verhaftet wurde.

Zum ersten Punkt, dem Austausch von Zeugen und Anklagepunkten: als ich 1975 im Zuge der „Aktion Winterreise“ verhaftet wurde, da ging es um die Zeugen Rolf Mauer und Jürgen Bodeux, die mir in ihren Aussagen vorwarfen, ich sei Anlaufstelle für falsche Papiere, ich hätte erklärt, ich könnte jemanden in den Untergrund schleusen, ich hätte erklärt, ich könnte Waffen besorgen, ich hätte eine Reise nach Syrien vorbereitet usw.. Um diese ganzen Anklagepunkte, wegen denen ich fast 5 Monate in U-Haft gesessen habe, geht es bei diesem Prozeß nicht mehr. Nicht mehr insofern, als sie nicht Gegenstand der Anklage sind. Es geht aber insoweit noch um diese „Winterreise“, obwohl das Ermittlungsverfahren eingestellt ist, als sie dazu verhalten muß, das Bild der „Täterpersönlichkeit“ zu basteln. Damit bin ich beim 2. Punkt: Die Anklage in diesem Verfahren wirft mir vor, dabeigewesen zu sein, als Tretminen und Handgranaten von der Schweiz in die BRD transportiert worden seien, und zwar Handgrana-

ten und Tretminen, die aus Schweizer Armeedepots gestohlen worden sein sollen. Fünf dieser Tretminen sind in Hamburg und Frankfurt bei der RAF-Nachfolgeorganisation „4.2.“ (das ist die Gruppe, die am 4.2.74 verhaftet wurde) aufgefunden wurden. Nun will die Anklage beweisen, daß diese Tretminen durch mich in die Hände dieser RAF-Nachfolgeorganisation gelangt sind. Einen direkten Beweis dafür kann die Anklage nicht vorlegen. Also argumentiert die Rebmann'sche Anklageschrift so: da Brigitte Heinrich 1971 schon einmal verdächtigt wurde, die RAF unterstützt zu haben, indem sie Jan Carl Mauer eine Schlafstelle besorgte, da Mauer dies und jenes, da Bodeux das und das ausgesagt hat, da Brigitte Heinrich publizistisch diese und jene Meinung vertreten hat, da sie aus dem Gefängnis heraus eine Kampagne gegen die Haftbedingungen angeleitet hat, da sie dies alles getan hat, gibt es keine andere Möglichkeit als die, daß sie es war, die der RAF „4.2.“ diese Tretminen zukommen ließ. Der Versuch, den direkten Tatbeweis durch das Rechtsinstitut der Täterpersönlichkeit zu ersetzen, ist nach bundesdeutschem Recht illegal. Dieses Rechtsinstitut der Täterpersönlichkeit hatte Geltung in der Zeit des Nationalsozialismus, wo es darum ging, sozial oder politisch schädliche Personen aus dem politischen Leben oder ihren sozialen Zusammenhängen zu eliminieren. Lediglich in den Mordparagrafen hat dieses Rechtsinstitut der Täterpersönlichkeit seinen Eingang gefunden. In allen anderen Fällen sind die Gerichte per Gesetz verpflichtet, einen direkten Tatbeweis zu erbringen. Zum dritten Punkt - die Verlagerung der Beweisaufnahme in die Schweiz: Bereits bevor die Hauptverhandlung eröffnet war, hatte sich das Gericht in die Schweiz begeben, um dort die drei Zeugen der Anklage, Urs Städeli, Daniel von Arb und Peter Egloff zu vernehmen, weil diese auf eine Anfrage des Gerichts, ob sie bereit wären, in die Bundesrepublik zu kommen, um hier gegen mich aus-

zusagen, nicht geantwortet haben. Ferner wurden in der Schweiz 8 Schweizer Vernehmungsbeamte vernommen, die 1975 die drei Schweizer Zeugen befragt hatten. Bei dieser Vernehmung hatte Peter Egloff erklärt, er würde in die BRD kommen, um in Karlsruhe auszusagen, unter der Voraussetzung, es werde ihm freies Geleit zugesichert. Daniel von Arb und Urs Städeli waren nicht bereit, über ihre vor Jahren gemachten Angaben hinaus auszusagen. Somit gab es für die Verteidigung auch keine Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit der Zeugen und den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen zu überprüfen. Damit aber die Jahre alten Aussagen in den Prozeß eingeführt werden konnten, wurden bei dieser kommissarischen Vernehmung die Schweizer Vernehmungsbeamten befragt. Diese Schweizer Vernehmungsbeamten hatten ursprünglich keine Aussagegenehmigung erhalten. Damit war mein Prozeß bereits im Vorverfahren geplatzt. Später wurde dieses Aussageverbot umgewandelt in das Verbot einer Dienstreise in die BRD und es wurde angeboten, die Vernehmungsbeamten in der Schweiz zu vernehmen. Ich vermutete, daß zwischen diesem Aussageverbot und dem Angebot der Vernehmung in der Schweiz irgendwas im Hintergrund zwischen der Schweiz und bundesdeutschen Justiz gedreht worden ist. Mit dem Rechtshilfeersuchen des Landgerichts (LG) Karlsruhe an die Bezirksanwaltschaft Zürich waren den Schweizer Vernehmungsbeamten die Fragen des LG-Karlsruhe und der Staatsanwaltschaft vorher schriftlich zugesandt worden. Diese Fragen sind auch in die Hände der Vernehmungsbeamten gelangt, und die haben dann anhand dieser schriftlich vorliegenden Fragen aus den alten Vernehmungsprotokollen schriftlich ihre Antworten formuliert. Diese schriftlichen Antworten wurden in Zürich dann von den Beamten bei der kommissarischen Vernehmung einfach verlesen. Sowas ist nach bundesdeutschem Recht ein Ding der Unmöglichkeit, weil hier das Prinzip der unmittelbaren Beweisaufnahme gilt, d.h. der Zeuge muß direkt vom Prozeßgericht vernommen werden, und er hat dort nur die Sachen zum Besten zu geben, an die er sich noch erinnert, nicht aber etwa schriftlich vorgefertigte Berichte zu verlesen. Diese in der Schweiz in der eben geschilderten Weise fabrizierten Vernehmungsprotokolle der Polizisten und Ermittlungsbeamten wurden jetzt in Karlsruhe in den Prozeß eingeführt und verlesen. Darüber hinaus wurden auch polizeiliche Vernehmungen aus der Schweiz verlesen, was nach bundesdeutschem Strafrecht auch nicht geht. Weil's nach den Zürcherischen Strafprozeßrecht möglich ist, wurden also die polizeilichen Vernehmungen aus der Schweiz verlesen. Nach Meinung der Verteidigung hätten diese Protokolle im Prozeß vor allem deshalb nicht verlesen werden dürfen, weil ich als Angeklagte nicht die Möglichkeit hatte, bei den Vernehmungen in der Schweiz anwesend zu sein. Außerdem widerspricht die Einführung der Protokolle dem deutschen Strafrecht, dem zürcherischen Strafrecht, dem europäischen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen und den internationalen Menschenrechtskonventionen.

Dazu haben sich deutsche und schweizer Justiz folgendes einfallen lassen: Ich zitiert mal aus einem Brief des Landgerichts Karlsruhe, in dem es heißt: „... hat Herr Bezirksanwalt ... mitgeteilt, daß die Angeklagte die Möglichkeit habe, sich rechtzeitig vor dem Vernehmungstermin... an der Schweizer Grenze zu melden. Sie werden dann zwar aufgrund des bestehenden Haftbefehls in U-Haft genommen (1), könne aber zum Vernehmungstermin vorgeführt werden. Freies Geleit sei mit dieser Möglichkeit aber nicht verbunden. Frau Heinrich müsse vielmehr danach mit einem Strafverfahren in der Schweiz rechnen.“ Das Gericht hat die auf so merkwürdige Art und Weise zustande gekommenen Protokolle und auch die polizeilichen Vernehmungsprotokolle aus der Schweiz prinzipiell an dieser kommissarischen Vernehmung hätte teilnehmen können, daß ich lediglich aus Gründen meiner persönlichen Sicherheit nicht erschienen wäre. Daß damit der Karlsruher Prozeß geplatzt wäre, wird dabei verschwiegen.

AK: Kannst du noch mal was zu der spektakulären Verhaftung des einzigen Zeugen Peter Egloff sagen? **Brigitte Heinrich:** Peter Egloff wurde vom Oberstaatsanwalt Enz wegen des Verdachts der unethischen Falschaussage verhaftet. Daß sowas

passieren würde - damit haben weder die Verteidiger noch ich gerechnet. Im Nachhinein hab ich sehr stark den Eindruck, daß es der Anklage überhaupt nicht darum geht, daß Zeugen im Prozeß befragt werden, daß frühere Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden, sondern daß der Prozeß ohne direkte Zeugenbefragung durchgeführt werden soll, daß man sich von vornherein auf die Verleserei von in „Geheimsitzungen“ zustandegemachten Protokollen beschränken wollte. Egloff war der einzige direkte Zeuge der Anklage hinsichtlich des Tatvorwurfs des Sprengmitteltransports. Seine Aussagen, die sich übrigens mit seinen früheren Aussagen im großen und ganzen deckt, hat wohl dem Oberstaatsanwalt nicht ins Konzept gepaßt.

Einen ganz merkwürdigen Beweis für Egloffs „Straftat“, nämlich den Vorwurf der Falschaussage, zaubert die Strafkammer 1 des LG-Karlsruhe in einem Beschluß, in dem die Haftentlassung von Peter Egloff abgelehnt wird, hervor: „... seine Bereitschaft, in die Bundesrepublik zu kommen und hier als Zeuge in einer Hauptverhandlung auszusagen“. Inzwischen sind die Haftbeschwerden von Peter Egloffs Verteidigung durch alle Instanzen hindurch im Eilverfahren abschlägig beschieden worden... Auch das OLG-Karlsruhe hat bei seiner letzten Entscheidung Peter Egloff nicht aus der Haft entlassen, es hat nicht einmal die Beschwerdeabgrenzung von Egloffs Anwalt abgelehnt, auch nicht ein angekündigtes Rechtsgutachten zur Frage des freien Geleits von Prof. Hassemer. Das heißt, daß in dieser Sache nur noch eine Verfassungsbeschwerde offen steht. Dieses Vorgehen gegen Peter Egloff bedeutet, daß sowohl in meinem Prozeß als auch in anderen Prozessen, in denen ausländische Zeugen gehört werden müssen, diese sich sehr wohl überlegen werden, ob sie der Zusage freien Geleits durch die BRD noch vertrauen werden.

AK: Die Prozeßführung der Staatsanwaltschaft, die ja auch einen Einfluß auf die mehr äußeren Bedingungen des Prozesses hat, deutet auf ganz bestimmte Ziele hin. Das heißt, auf der einen Seite wird die Solidaritätsarbeit ungeheuer erschwert, indem der Prozeß z.B. von vornherein nach Karlsruhe verlegt wird, indem die Prozeßbesucher ziemlich mies behandelt werden, einmal schon aus dem Gerichtssaal herausgeprügelt wurden. Auf der anderen Seite werden alle Anträge, die Du bzw. Deine Verteidiger stellen, grundsätzlich abgelehnt. Wie schätzt Du diese Entwicklung ein?

Brigitte Heinrich: Ja, daß der Prozeß in Baden-Württemberg, also in Karlsruhe stattfindet, wo eine CDU- oder Filbinger-Tradition herrscht, und nicht in Frankfurt, wo er ebensogut ruhe stattdünde, wo eine CDU- oder Filbinger-Tradition herrscht, und nicht in Frankfurt, wo er ebensogut hätte stattfinden können bzw. hätte stattfinden müssen, weil ich in Frankfurt meinen ersten Wohnsitz habe, darin sehe ich eine politische Entscheidung, die bereits im Vorverfahren getroffen worden ist. Zu der Behandlung der Zuschauer in Karlsruhe möchte ich sagen, daß es in Karlsruhe im Vergleich zu Stammheim immer noch zivil zugeht - das hat möglicherweise was mit den äußeren Umständen dieses Verfahrens zu tun: Ich bin nicht im Knast, sondern frei, und der Prozeß hat darüberhinaus eine ziemlich große Öffentlichkeit unter der Frankfurter Linken. Das heißt, an den meisten Prozeßtagen ist der Zuschauerraum im Gerichtssaal voll besetzt. Das heißt ja nun, daß die Genoss/innen hier um sieben losfahren, um trotz Schnee und Regen nach Karlsruhe zu fahren und sich zum Prozeß begeben...

AK: Ein bemerkenswertes Beispiel an praktischer Solidarität war ja auch bei deiner Verhaftung 1974 das Verhalten der Studenten, die in deinen Seminaren saßen und die sofort erklärten: die Seminare machen wir weiter. So wurde doch gleich demonstriert: auch wenn sie eine von uns einsperren, kann wenn sie einzelne von uns kleinzukriegern versuchen - die Arbeit kriegen sie nicht kaputt. Wie bewertest Du das selber, und wie ist das damals praktisch gelaufen?

Brigitte Heinrich: Die Kampagne, die die Studenten aus meinem Seminar damals angeleitet haben, daß sie die Seminare weitergemacht haben usw., hat für mich im Knast bedeutet, daß die Isolation ein ganzes Stück an Wirksamkeit verloren hat... Ich hab im Knast dann praktisch an den Dingen weitergearbeitet, an denen ich vorher draußen auch gearbeitet hatte; habe Stellungnahmen zum Verlauf des Seminars rausgeschickt, die wurden dann - wenn auch mit

Wochen Verzögerung durch die Zensur - diskutiert und ein paar Wochen später habe ich dann wieder die Antworten auf meine Stellungnahmen bekommen. Das ist zwar eine sehr behinderte Arbeit, aber irgendwo hatte man den Eindruck, daß was weitergelaufen ist, daß wir drinnen und draußen am gleichen Thema - am gleichen Projekt gemeinsam arbeiten. **AK:** Heute sieht es ja so aus, daß zwar innerhalb der Linken in Frankfurt, speziell von der SHI (das sind die den AStA stellenden linken Gruppen) eine Stadttellin und mehrere Frauengruppen mit erstaunlich viel Elan eine Unterstützungsarbeit geleistet wird, d.h. regelmäßig in der linken Presse berichtet wird, Veranstaltungen gemacht werden, Go-Ins bei bürgerlichen Zeitungen veranstaltet werden usw., aber trotzdem sich die bürgerliche Presse nach wie vor in Schweigen hüllt, was deinen Prozeß angeht.

Brigitte Heinrich: Während der bisherigen Verhandlungstage hatte ich den Eindruck, daß die bürgerliche Presse von einer Ausnahme abgesehen, direkt von der Staatsanwaltschaft bestellt wurde. An einem Prozeßtag Ende Oktober z.B. hatte der Oberstaatsanwalt offensichtlich damit gerechnet, daß ich etwas „gestehen“ und eine Distanzierungs-klärung abgeben würde. So jedenfalls haben mir das einige Vertreter der Presse ausgeplaudert, die dann am selben Tag auch schon das Urteil erwarteten. Als es dann nicht so lief wie erwartet, hat keiner der anwesenden Pressevertreter auch nur ein Wort in seinem Blatt verloren, obwohl an diesem Tag der wichtigste Ermittlungsbeamte vernommen wurde, der immerhin seit Mitte 1974 hinter mir hergerichtet hat. Ich hab den Eindruck, der Prozeß soll keine Öffentlichkeit haben, weil darin - so sehe ich das - Präzedenzfälle geschaffen werden, dies sich dann später auf andere Prozesse auswirken. Zum Beispiel die Verlagerung der Beweisaufnahme ins Ausland. In der Konsequenz würde das für andere Prozesse bedeuten, daß künftig Bundesbürger von x-beliebigen „Zeugen“ im Ausland belastet werden können, ohne daß ein auf diese Weise Beschuldigter die Möglichkeit hat, solche belastenden Aussagen direkt zu hinterfragen, d.h. sich dagegen zu verteidigen. Es könnte natürlich auch sein, daß Teile der Justiz ein Interesse daran haben, das alte „Rechtsinstitut“ der Täterpersönlichkeit aus der Nazizeit nach und nach in der BRD wieder Praxis werden zu lassen.

AK: Wie hat sich der Prozeß, die gesamten fünf letzten Jahre auf dich, auf dein Leben ausgewirkt?

Brigitte Heinrich: Die letzten drei Jahre vor Prozeßbeginn hab ich praktisch dauernd damit gerechnet, daß der Prozeß innerhalb der nächsten Wochen beginnen wird. Das heißt, ich hatte Angst, langfristige Arbeiten anzufangen, weil ich fürchten mußte, durch den Prozeß daran plötzlich nicht mehr weitermachen zu können. Diese ganze Melderei wöchentlich beim zuständigen Polizeirevier ist da neben praktisch zur Gewohnheit geworden, obwohl sie niemals aufgehört hat, lästig zu sein. Daß das eigentlich eine Unverschämtheit ist, hab ich mit der Zeit fast vergessen. Was für mich schwieriger ist, seitdem der Prozeß läuft, ist folgendes: ich hab den Eindruck, daß bei Diskussionen mit Leuten außerhalb der Szene man sich weniger mit meinen Argumenten auseinandersetzt, als daß man sich, indem man sich gedanklich in die Terroristenschablone packt, leicht aus der Affäre zieht.

AK: Wie ist der Stand des Prozesses jetzt, also wie sieht es mit der Beweisaufnahme aus, und wie geht es in der nächsten Zeit weiter?

Brigitte Heinrich: Bis jetzt haben die Zeugen, die im Prozeß direkt befragt wurden, mich alle entlastet und der Anklage widersprochen. Egloff hat bestritten, daß ich mit den Transporten von Handgranaten und Tretminen etwas zu tun hatte. Die Leute von der RAF „4.2.“ haben übereinstimmend gesagt, daß sie in der Zeit, in der sie im Untergrund waren, überhaupt keinen Kontakt mit mir hatten, und daß sie von mir auch keine Tretminen erhalten haben. Eberhard Becker, der im Prozeß gegen mich die Aussage verweigert hat, wurde in Beugehaft genommen. „Natürlich“ hat sich auch hier das Gericht sehr rigide verhalten! Das Gericht wird sich in der nächsten Zeit mit den Beweisanträgen der Verteidigung beschäftigen und dazu gehört auch, daß wir von unserer Seite einige Zeugen laden wollen.

AK: Wir wünschen Dir und uns, daß bei diesem Prozeß herauskommt, was herauskommen muß: ein Freispruch!

Wieder ein Stammheimer Wunder

Wieder ein Stammheimer Wunder Zu den Urteilen im Müller/Neverla-Prozeß

Am 31.1. wurden in Stammheim die beiden Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Neverla die Urteile gesprochen. Gegen Arndt Müller verhängte das Gericht 4 Jahre und 8 Monate Knast, gegen Armin Neverla 3 Jahre und 6 Monate. Das Gericht übersah elegant alle im Prozeß aufgetauchten offensichtlichen Widersprüche und verurteilte die beiden Anwälte wegen Waffen- und Sprengstoffschmuggels in den Stammheimer Knast. Zusätzlich - um die Verbindung der beiden zur RAF 'nachuweisen' - wird beidseitig die Herausgabe der „Texte der RAF“ zur Last gelegt, was für dieses Gericht selbstverständlich die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung beweist“ (alle Informationen nach TAZ, 4.2.).



Schlußwort der Angeklagten

In ihrem Schlußwort stellten Arndt und Armin den Beweisanspruch, Carter, d'Estaing, Callaghan und Schmidt als Zeugen zu hören „zum Beweis der Tatsache, daß die Gefangenen in Stammheim durch fremde Hand getötet wurden“. Der gesamte Krisenstab und die ganzen verantwortlichen Politiker sollen als Zeugen gehört werden in bezug auf den Tod aller bisher im Knast umgekommenen RAF-Gefangenen. Ebenso Baden-Württembergs Polizeichef Stümper, die Verantwortlichen der Geheim-

dienste; und die Verantwortlichen für die öffentliche Erörterung der Möglichkeit, die Gefangenen umzubringen (die Äußerung von Schmidt, Kühn, Strauß und Zimmermann während der Schleier-Entführung). Arndt und Armin erklärten, das Ziel ihrer Verhaftung sei gewesen, zu verhindern, daß nach dem Tod der Gefangenen in Stammheim eine Aufklärung der Öffentlichkeit stattfinden könne, so wie es das IVK (Internationales Verteidiger-Komitee) nach dem Tod von Ulrike Meinhof gemacht hat.

Eine Genossin aus Baden-Württemberg

Werner Schlegel

Berichtigung

Mea culpa!

In meiner 2. Antwort an Erich Fried (AK 168, S.42) schrieb ich am Schluß: „Vorgestern schrieb mir ein Kollege, nach der öffentlichen Auseinandersetzung Zahl/Mahler/Roth habe der Rotbuchverlag sein Angebot, daß Mahler dort arbeiten könne, zurückgezogen mit dem Argument, sie könnten Käufer verlieren, sobald diese Sache bekannt sei.“ Ich wertete dies als „ein Zeichen mehr für die verkommene politische Kultur der Linken“ in diesen finsternen Zeiten. Und beging damit genau das, was ich hauptsächlich in den vorherigen Zeilen kritisiert hatte - 150%ig sicher ein Übel zu konstatieren, das keines war.

Der Rotbuchverlag kritisierte zwischenzeitlich mit Recht, es wäre meine solidarische Pflicht gewesen vor Veröffentlichung eines solchen Vorwurfs dort anzufragen. Erklärung, nicht Entschuldigung, weshalb ich dies versäumte:

a) Wenn ein solches, zum Fakt getrimmtes Gerücht jemand „drinnen“ erreicht, wiederum von einem anderen Genossen von „drinnen“ mitgeteilt, muß die „Information“ weit verbreitet sein. (Sie ist es leider). Nie aber las ich irgendwo eine dementierende Erklärung vom Rotbuchverlag. b) „Drinnen“ sollte Mensch sich darauf verlassen können, daß von Genossen derart imperativ formulierte, übermittelte Informationen zutreffend seien. Wenn - wie sich zeigte - selbst auf als integer bekannte Genossen also kein Verlaß mehr ist, stellt sich die Frage, ob die politische Kultur der Linken nicht noch weit schlimmer auf den Hund gekommen

als es aus der Betonschließfläche mir bisher schien. Ein gut Teil dieser Degeneration mag an Oberflächlichkeit im Umgang mit anderen liegen. Oberflächlichkeit, m.E. zwangsläufige Folge der Fluchtbewegung in die „Neue Innerlichkeit“, deren utopisches Ziel die egozentrische Vergötterung des eigenen Bauchnabels ist. Wer den nur noch sieht, kann nicht solidarisch handeln. Oberflächlichkeit ist ein Symptom mangelnden Solidaritätsbewußtseins. Im vorliegenden Fall handelte auch ich oberflächlich, damit unsolidarisch. Wenn auch aus anderen Gründen. Der situationsbedingt erzwungene Verzicht auf unmittelbare Kommunikation mit Genoss(inn)en über Jahre (5 werden's in 3 Wochen) bedeutet Entfremdung. Auch Entfremdung führt zu Oberflächlichkeit. Der Fehler wird mir eine Warnung sein und Mahnung, verstärkt die eigene Sensibilität den Entfremdungsmechanismen entgegenzusetzen.

Was wirklich geschehen war, kann hier aus Gründen die in der (Noch)-Knastsituation von Mahler liegen, nicht im Detail dargelegt werden. Eines jedoch wurde mir von einem Mitglied des Rotbuch-Kollektivs - wie auch kurz vorher von P.P. Zahl - absolut glaubwürdig bewiesen: Zu keiner Zeit zog Rotbuch sich aus kommerziellen Erwägungen, noch überhaupt von der damaligen Vereinbarung zurück!

Gegen das - bezeichnenderweise durch Formulierungen der Berlin-Springerpresse aufkommende! - anderslautende Gerücht konnte sich der Verlag nicht zur Wehr setzen. Aus den gleichen, für mich nachvollziehbaren Gründen, weshalb ich auf eine detaillierte Schilderung des Sachverhalts verzichte. Mit ambivalenten Gefühlen übrigens: Ungerne einerseits, da ich damit jemandes Interessen schütze, den ich aufgrund seiner öffentlichen Äußerungen als politischen Gegner (nicht Feind!) betrachtete. Sehr bewußt andererseits, da zur Wiedererichtung einer diesen Namen verdienenden politischen Kultur - nicht nur der Linken! - auch die Verteidigung der berechtigten Interessen aller Andersdenkenden gehört. Und die Auferstehung einer solchen politischen Kultur ist dringend notwendig, ist Voraussetzung, um die „sozialistischen (und radikal-demokratischen) Kräfte im Lande (...) eine politisch-organisatorische Widerstandskraft“ (R. Dutschke) werden zu lassen. Die Arbeit dafür hat im Kleinen, im Alltag zu beginnen. A u c h deshalb diese selbstkritische Berichtigung!

Rheinbach, 28.1.80
Freiheit & Glück!
Kein Knast im Knast!

»Mordversuch wird geehrt«

Bremen: So und ähnlich lauten die Schlagzeilen, mit denen Bremens CDU und andere rechte Kräfte eine wahre Hetzkampagne gegen die Literaturpreisverleihung an Peter-Paul Zahl entfacht haben. Besonders ereifert sich da ein uns wohl bekannter Herr, CDU-Chef Neumann, der traurige Berühmtheit erlangte, als er seinerzeit öffentlich erklärte, Gedichte von Erich Fried würde er lieber verbrannt sehen.

Dieser Neumann will den „Skandal höchsten Ausmaßes“ vor die Bremer Bürgerschaft bringen. Er fordert, daß das Bremer Landesparlament sich von der Preisvergabe distanzieren. „Unmöglich und blamabel“ findet Neumann, daß der SPD-Senator für Wissenschaft und Kunst, Franke durch seine Anwesenheit der Preisverleihung „das staatliche Dekor“ gegeben hat. Für Neumann und seine Freunde ist P.P. Zahl ein „Schwerverbrecher“, der zum „Kern der Anarchoszene“ gehört, der „geistiger Wegbereiter des Terrorismus“ ist, und bis heute seine Taten nicht bereue. Den Beweis liefert angeblich gerade P.P. Zahl's prämiertes Buch „Die Glücklichen“, das laut CDU Zahl's „indirektes Ja zum Terror“ ausdrücke. Neumann kann nicht verkraften, daß ein „Schwerverbrecher“ öffentliche Gelder bekommt, damit „hoffähig“ gemacht wird, vor allem aber, daß dieses Buch in die Regale der Stadtbibliotheken wandern wird und - oh Graus! - für den Unterricht an Bremens Schulen eingesetzt wird. „Da streut sich bei mir alles“ (Neumann, alle Zitate in „Bremer Nachrichten“ und „Weserkurier“, vom 1.2.80).

Der Grund für die Hetzkampagne: Am 26.1.80 erhielt P.P. Zahl neben Peter Rühmkorf den Bremer Literatur-Förderpreis verliehen für seinen im Knast geschriebenen Roman „Die Glücklichen“. Nicht genug damit, daß hier ein „rechtskräftig verurteilter und einsitzender Straftäter“ preisgekrönt wird, er kommt noch selbst nach Bremen, um sich den Preis, (der mit 5000 DM dotiert ist) abzuholen. Ein Tag „Freiheit“ für P.P. Zahl konnte erst in letzter Sekunde per einstweiliger Verfügung erreicht werden, weil die Knastleitung in Werl den Haft-Urlaub nicht genehmigt hatte und rief natürlich den Polizeiparagrafen auf den Plan. P.P. Zahl wurde zwar „nur“ von 4 Beamten begleitet, die auf einer Pressekonferenz erklärten, daß sie sich freiwillig gemeldet hätten, dafür wurden aber Bremens „Ordnungshüter“ mobil gemacht: das Auto mit P.P. Zahl und seinen Begleitern bekam „Geleitschutz“, das ganze Viertel, in dem die Veranstaltung der Preisverleihung stattfand, wimmelte vor allem von zivilen Bullen. Es hieß, es sei mit „Aktionen Außenstehender und der Terrormiliz nahestehender Gruppen“ zu rechnen. Dafür fehlte der Gewerkschaft der Polizei (GdP) jegliches Verständnis. In der Presseerklärung der GdP heißt es dazu: „Um wieviel mehr müssen sich Polizeibedienstete im Lande Bremen, sowie im gesamten Bundesgebiet betroffen fühlen, die die Feststellung zu registrieren haben, daß hier eine Person geehrt wird, die wegen Mordversuchs an Polizeibeamten verurteilt wurde!“ (nach BN 29.1.). Und diesem ihrem Feind sollen Bremens Polizisten nun auch noch „Schutz“ gewähren...

Und die SPD?

Die hüllt sich in Schweigen! Ganz offensichtlich ist sie sehr bemüht, den Konflikt zu vermeiden. Vor der Preisverleihung hat (vielleicht in Absprache mit der CDU?) keine öffentliche Diskussion über die Preisverleihung stattgefunden. Die Kampagne setzte erst DANACH ein. Daß P.P. Zahl kommen könnte, war nur in Insiderkreisen bekannt. Es wurden wohl Sympathiekundgebungen befürchtet. Außer Senator Franke hat sich in der Öffentlichkeit noch kein SPD-Sprecher aus Bremen zu dem „heiklen“ Thema geäußert.

Und Franke? Er war bei der Veranstaltung zur Preisverleihung bemüht, ihr die politische Brisanz zu nehmen: „Der Preis ist P.P. Zahl für ein bestimmtes literarisches Werk verliehen worden. Ob er diesen Preis verdient, kann und soll diskutiert werden. Es darf aber in diesem Zusammenhang nicht diskutiert werden, ob der Lebenswandel des Künstlers den Preis rechtfertigt...“ (WK, 28.1.). Trotz der Aufforderung, die Diskussion in diesem Rahmen zu halten, gelingt es einer Frau aus der Bremer Knastgruppe am Ende der Veranstaltung einen Beitrag zu der geplanten Hochsicherheits-Etage im Bremer Knast Oslebshausen zu halten. Vor allem P.P. Zahl läßt sich nicht auf ein abstraktes literarisches Gleis abschieben. Seine Rede während dieser Feierveranstaltung ist auch eine Anklage gegen die Hochsicherheitsstrakte (siehe dazu Abdruck der Rede in diesem AK).

Nach der Feierveranstaltung ging P.P. Zahl nicht zum Essen mit den Juroren, sondern zu einer Pressekonferenz, auf der seine Anwälte über

das Wiederaufnahmeverfahren für P.P. Zahl berichteten, das am 24.12.79 beantragt wurde. Hier wird es ganz sicher auf eine breite Solidaritätskampagne aller Linken und Demokraten ankommen.

Eine Genossin aus Bremen

Letzte Meldung (nach Redaktionsschluß): P.P. Zahl ist in den Knast nach Berlin (Tegel) verlegt worden („TAZ“, 8.2.80).

Die Rechtsanwälte von P.P. Zahl haben Anfang dieses Jahres einen Antrag auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens gestellt! Aus diesem Anlaß hat die 'Initiativgruppe P.P. Zahl' eine Broschüre herausgebracht, die neben dem Antrag selbst u.a. Beiträge von S. Cobler und R. Dutschke enthält.

Sie ist zu beziehen über die 'Initiativgruppe P.P. Zahl' c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58 6 Frankfurt/M., gegen Vorauszahlung von 5 DM einschließlich Porto auf: Postscheckkonto Frankfurt, Eva Michel, Konto-Nr. 51 77 14 - 607, Stichwort: P.P. Zahl. Auf dieses Konto erbittet die 'Initiativgruppe P.P. Zahl' auch Spenden für die Öffentlichkeitsarbeit, RA-Kosten u.a.m.

p.p. zahl

Über die Stille und das Grelle

Bremer Rede anlässlich der Verleihung des Förderpreises für Literatur, 1980.

Am Anfang stand ein Programm. Das Programm stammt vom Bundeskriminalamt (BKA). Das Programm steht für die Vernichtung der physischen und psychischen Gesundheit von politischen Gefangenen. Das Programm heißt - harmlos - „Häftlingsüberwachung“. Seit kurzem hat es seinen architektonischen Ausdruck gefunden: die „Hochsicherheitsstrakte...“

Die „Häftlingsüberwachung“ existiert seit etwa zehn Jahren. Ich unterlag ihr vom ersten Tag der Haft an, seit dem 14. Dezember 1972. Dem Innenausschuß des Bundestages wurde sie erst 1977 von Dr. Herold, BKA, vorgestellt. Dr. Herold baut vor. Er

ist ein ehrenwerter Mann, er schafft Tatsachen, welche die bewußt uniformierte gehaltene Legislative nur noch - im Nachhinein - absegnen muß. Zu den Tatsachen gehörte auch die „Kontaktsperre“. Im Deutschen Herbst, 1977, fuhr der Staatsschutz reiche Ernte ein: die Toten in Stammheim und Stadelheim und für die Gefangenen, die das Kainsmal „Häftlingsüberwachung“ in den Akten tragen, ein Katalog von „Maßnahmen“. Nach den Haftrichtern wurden die Führungen der Justizverwaltung durch das BKA entmachtet. Die Weiße Folter - vordem höchst unterschiedlich praktiziert - erhielt die Weihen von Ministererlassen. Der, aus dem wir nun zitieren, stammt vom 6. Dezember 1977, trägt das Aktenzeichen 4510 - IV A.61, wurde in

Düsseldorf unterschrieben - was gegenüber Gerichten frech geleugnet wurde - und schreibt die „Anlage zur Niederschrift über die Dienstbesprechung am 24.10.77“ fest:

Sicherheitsvorkehrungen bei Gefangenen, die der Häftlingsüberwachung unterliegen

- 1.11 Unterbringung in einem ausbruchsicheren Einzelhaftstraum mit Gittern aus gehärtetem Stahl
- 1.12 Sicherung des Fensters durch Füllgitterabspannung
- 1.13 Sicherung der Tür durch ein zweites Schloß
- 1.14 Sicherung, zusätzlich, der Tür durch die Kette in Zellen verdünnter personeller Besetzung der Anstalt.
- 1.16 Die Ausstattung des Hafttraums darf seine Übersichtlichkeit nicht gefährden.
- 1.17 Entfernung eventuell vorhandener Fußleisten.
- 1.18 Die Hafträume unter, über und neben dem Haftraum des der Häftlingsüberwachung unterliegenden Gefangenen dürfen nicht belegt werden.
- 1.19 Verlegung des Gefangenen...in unregelmäßigen Abständen.
- 1.31 Der Haftraum darf nur von mindestens zwei Bediensteten gemeinsam geöffnet und betreten werden.
- 1.32 Die Ausgabe der Mahlzeiten ist durch mind. zwei Bedienstete durchzuführen.
- 1.35 Kontakte zu anderen Gefangenen sind zu unterbinden.
- 1.35.2 Der Gefangene ist von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen - auch vom Kirchgang - auszuschließen.
- 1.35.3 Der Aufenthalt im Freien wird zu unregelmäßigen Zeiten als Einzelhaft durchgeföhrt.
- 1.35.4 Beim Baden darf der Gefangene nicht mit anderen Gefangenen zusammenkommen.
- 1.41 Der Gefangene ist vor und nach jedem Besuch in einem besonderen Raum...bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen.
- 1.41.2 Die Überwachung der Besuche erfolgt durch Beamte des BKA bzw. des LKA und durch einen Bediensteten der Anstalt.
- 1.43 Sämtliche ein- und ausgehende Post...ist zunächst dem Leiter des Sicherheits- und Ordnungsdienstes vorzulegen. (wo sie formelmäßig erfaßt) und dem LKA gemeldet wird; jede „Kontaktperson“ gerät auf diese Weise in den BKA-Computer PIOS).
- 1.51.1 Unabhängig von den in anderem Zusammenhang vorgesehenen Durchsuchungen sind der Gefangene, seine Sachen und sein Haftraum...täglich zu durchsuchen.
- 1.51.2 Mindestens einmal wöchentlich wird eine Durchsuchung des Hafttraums in Gegenwart des Leiters des Sicherheits- und Ordnungsdienstes und des Leiters des allgemeinen Vollzugsdienstes durchgeföhrt. Hierbei sind der Gefangene umzukleiden und das Mobilier sowie das sonstige Inventar auszutauschen.
- 1.51.3 Unauffällige Beobachtung des Gefangenen bei Tag und Nacht...

Wissenschaftler nannten dies ein Programm zur Herbeiföhhrung sozialer und sensorischer Deprivation, verbunden mit andauernder Streßmanipulation. Ich nannte und nenne dies Programm: Folter.

Sie führte in einigen Fällen - Astrid Proll etwa und Werner Hoppe - zu Haftunfähigkeit und akuter Lebensgefahr. Es wird weitergeföhrt.

Ich z.B. unterlag den „Maßnahmen zur Häftlingsüberwachung“ - mit verschiedenen Abstufungen - offiziell bis Ende März 1979, die letzten wurden im Dezember 1979 abgesetzt. Der Zeitpunkt der Aufhebung der Weißen Folter bei mir war auch der Zeitpunkt der Beendigung meiner sechsjährigen Arbeit an dem Schelmenroman „Die Glücklichen“!

Er wurde verfaßt „unter Bedingungen, unter denen von uns die wenigsten auch nur eine Zeile zu Papier brachten“, schrieb H.P. Piwitt in seiner Rezension. Piwitt unterschätzt damit sich und andere. Was Nerven und Zeit und Kraft kostet, kann auch Nerven und Zeit und Kraft geben. Schreiben ist: Widerstand leisten.

Die Kenntnis des „Falles“ Zahl und die in heutigen Zeiten ungewöhnliche Form des Romans machten und machen, dessen war ich mir bereits bei der Abgabe des Manuskripts bewußt, die Rezeption der „Glücklichen“ nicht leicht.

Der Schelm ist hemmungslos - und hemmungslos parteiisch: für die Unten. Das stört die Oben. Was sich da (angeblich) „schrill“ oder „grell“ ausnimmt, ist nur die Kakophonie der kapitalistisch und bürokratisch ungeordneten Welt. Der Schelm spielt auf zum Tanze gegen die Oben - nicht die Schelmeien. Aber, und da stehe ich hinter meinem Protagonisten, er ist auch gegen die „Geschichtsfälscher und Pazifizierer der 60-er Bewegung“ (Dutschke). Vor der Kritik des Schelmen ist nichts sicher. Nicht einmal er selbst, und der Autor schon gar nicht. Der Schelm ist an der Veränderung der Welt interessiert. Nicht an seinem Nabel - er ist kein Mittelständler. Schon „bei Grimmelshausen haben wir es mit einer Stiltart zu tun, die formal nicht das Schlichte, sondern das Grelle, motivisch nicht das Gewöhnliche, sondern das Abnorme, Stofflich nicht das Nächste, sondern das Fernste sucht...“ (...). „Verzerrt“ jedoch kann die Sicht des Schelmen nur jenen vorkommen, die eine andere Optik haben - die herrschende Optik, die da ist die Optik der Herrschenden; und „schrill“ kommt der Gesang des Schelmen jenen vor, denen ein Monatsgehalt von über 5.000 DM (= Höhe der Summe des Förderpreises für Literatur) die Ohren gründlich verstopft hat.

Fortsetzung nächste Seite

Frankreich verweigert Croissant die Einreise



Klaus Croissant wird nun zum zweiten Mal Opfer der guten bundesrepublikanisch-französischen Zusammenarbeit bei der „Terrorismuskämpfung“. Ende 1977 gegen massiven Widerstand der französischen Öffentlichkeit an die BRD ausgeliefert, verweigerte das französische Innenministerium dem Genossen Croissant nun nach zwei Jahren Haft in Stammheim die Einreise.

Das französische Innenministerium begründet seine Entscheidung damit, Croissant hätte „eine gewisse Zahl von Aktivitäten an den Tag gelegt,

die seine Anwesenheit der französischen Regierung nicht wünschenswert erscheinen lassen“ („Neue“, 30.1.80).

Frankreichs Justizminister Peyrefitte wollte Croissant zwar einreisen lassen und machte sich in „Le Monde“ dafür stark. Entscheidungsbefugt ist das Justizministerium in dieser Angelegenheit trotz aller wohlklingenden Worte allerdings nicht.

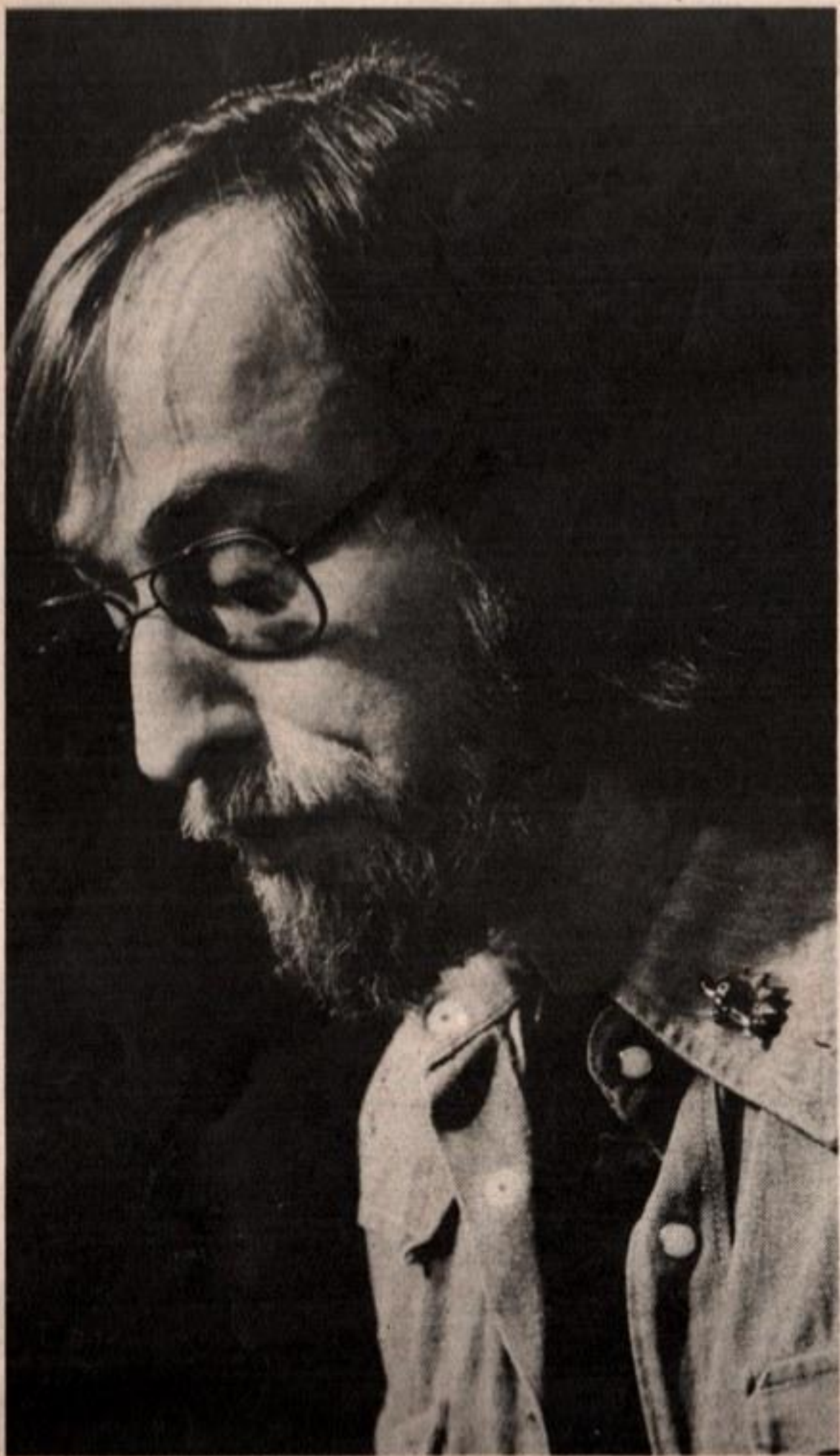
Interessant sind die Kommentare der bürgerlichen Zeitungen der BRD, die vor zwei Jahren die Auslieferungsforderungen der BRD mit einer massiven Hetzkampagne unterstützt hatten:

In der „FR“ vom 29.1.80 ist Klaus Croissant nun der „freie Bürger“, für den in Frankreich kein Platz sei. „Da muß der Verdacht aufkommen, daß man sich für ihn vor allem nur deshalb interessierte, weil sich sein Fall dazu eignete, nach Uraltrezepten Stimmung gegen den Nachbarn zu machen“.

Die Entscheidung Frankreichs wird wohl eher darauf zurückzuführen sein, daß man befürchtet, Genosse Croissant könne durch sein Engagement für die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik den Widerstand in Frankreich gegen das „Modell Deutschland“ und seine weitere Übertragung auf Frankreich stärken.

Laut „TAZ“ vom 30.1.80 wollen Klaus Croissants französischen Anwälte die Einreiseverweigerung gerichtlich anfechten. Auf die erneute Entscheidung der französischen Justiz im „Fall Croissant“ darf man gespannt sein.

Westberliner Antirepressionskommission des KB



P. P. Zahl:

„Die Große Stille zu bekämpfen, die in „Stillen Trakten“, müssen wir noch sehr, sehr laut werden.“

Ich habe „Die Glücklichen“ 1970, 1971 — „draußen“, in dem, was „Freiheit“ genannt wird — in etwa entworfen; im Knast habe ich sie geschrieben und — naturgemäß — radikalisiert. In einer Zeit wie dieser, in einem Land wie diesem, ist ein Großteil der Literatur durch Resignation, falsche Innerlichkeit, politische Apathie und moralische Erkältung gekennzeichnet. Wenn ich aber einen Roman verfassen wollte, der auf der Höhe der Zeit sein sollte, also, wie Carlos Fuentes schrieb, „eine Mischung aus dem ‚Ulysses‘ von Joyce und dem ‚Graf von Monte Christo‘ von Dumas“ („Frankfurter Rundschau“, 13.10.79), mußte ich auf vorder- und nach-, in jedem Falle aber unbürgerliche Formen zurückgreifen. Hier, wo zum „Stillen Trakt“ geschwiegen wird, muß einer zu Pauken und Trompeten greifen, bunt und rücksichtslos werden. Wer sich nicht wehrt, lebt nicht nur verkehrt, der hat auch nichts zu lachen.

Lachen Sie noch? Haben Sie „die furchtbare Nachricht/nur noch nicht empfangen“ (Brecht)? Wie lachen Sie? Lachen Sie das Lachen des Widerstands, oder lachen Sie als Komplize der bestehenden, schlechten Zustände? Wer nichts gegen Folter unternimmt, wer schweigt zu „Häftlingsüberwachung“ und „Hochsicherheitstrakten“, macht sich zum Komplizen der Folter. Die Große Stille zu bekämpfen, die in „Stillen Trakten“, müssen wir noch sehr, sehr laut werden.

Wer im Knast ist, gar in Isolation, kann gar nicht anders, als „das Beste aus der Lage machen“. Wer's nicht tut, wird „Muselmann“ — Prof. Rasch, der die Stammheimer untersuchte, stellte ein „KZ-Syndrom“ bei ihnen fest. Der westdeutsche Staatsschutz will alle politischen Gefangenen zu „Muselmännern“ machen. Nun wurde der Hochsicherheitstrakt in Berlin belegt, die in Celle, Straubing, Frankenthal sind's schon lange, diese „Mausoleen für die negativen Helden der Nation“ (Rasch). Selbst Innenminister Baum nannte die Hochsicherheitstrakte (in der „Frankfurter Rundschau“) „unmenschlich“. Sie sind es! Sind sie architektonischer Ausdruck für spätsozialliberale Justiz geworden, wie Dachau und Auschwitz es waren für die Nazi-Justiz? Haben die Sozialliberalen nicht einst mit Justiz- und Knastreform begonnen, sind Neuberger (NRW) und Heinemann tot als tot? Macht da mal wieder „einer der

Bluthund“ (Noske)?

Lebend und schreibend leiste ich Widerstand. Nicht allein. Ich war und bin privilegiert; meine Eltern, mein Bruder, meine alten und neuen Freunde und Genossen hielten zu mir, die Anwälte kämpften, Initiativgruppen bildeten sich, Schriftsteller und Musiker von A wie Andersch und B wie Biermann bis Z wie Zwerenz, Kollegen im Ausland, Schriftstellervereine, PEN-Clubs unterstützten mich, Menschen aller Couleur — außer Reaktionen. In all der Zeit der Haft war ich nie richtig allein.

Wie aber steht es mit den namenlosen politischen und sozialen Gefangenen und denen mit Namen in Bunkerhaft, Isolation, hinter Trennscheiben; den euphemistisch „Sicherungsmaßnahmen“ genannten Torturen unterworfen? Wir bleiben dabei: wir sagen: A m B e i s p i e l P. P. Zahl...

Warum dulden Sie „Häftlingsüberwachung“ und „Kontaktperrre“, Prozesse in Polizeikasernen, „Hochsicherheitstrakte“ und Terrorurteile? Gehören Sie nicht zum „Volk“, in dessen Namen geurteilt wird, das da geschieht? Wie vereinbart es sich, im Fernsehen „Holocaust“ zu sehen — und Stammheim und die Folgen zu verdrängen? „Übertreibt“ der Zahl „mal wieder“? Ist denn Torutr eine Sache der Quantität?

Ich habe die Klaus Dorffs gesehen, hier und heute, im Modell Deutschland. Noch wirken sie im Kleinen und Geheimen, quasi als Handwerker, morgen aber schon können sie industriell, im Großen Stil arbeiten — dazu muß man sie nur von der Leine lassen... Beamte, die ihre Menschlichkeit bewahrt haben, erlebte ich auch; dann aber arbeiteten sie gegen die Vorschriften, verstießen sie gegen Erlasse, Verfügungen, Befehle.

Wenn ich an der jahrelangen Tortur nicht zerbrochen bin, die Spannungen noch schöpferisch aushalten kann, wer oder was gibt Ihnen das Recht, dies von allen betroffenen Gefangenen zu verlangen? Ein Unglücklicher schrieb „Die Glücklichen“; selbst jene, die ihn quälten, waren nicht glücklich. Wie hoch ist da der Preis der Kultur?

Ist der Förderpreis für Literatur 1980 Kulturpolitik — oder sagen die Hochsicherheitstrakte nicht viel mehr aus über (...).

Kurt Tucholsky schrieb, der Kulturstandard eines Landes sei danach zu beurteilen, „wie es seine politischen Gegner behandelt“. Reden wir

mal nicht von Chile, Südafrika, Korea Nord oder Süd, fragen wir doch einmal nach dem „Kulturstandard“ hier! Sagen wir es doch offen: Es ist Zufall, daß der Zahl noch lebt — und lacht und versucht, ein wenig das Lachen zu lehren mit den „Glücklichen“; Zufall in einem Lande, in dem Benno Ohnesorg, Petra Schelm, Thomas Weißbecker, Günther Routhier, Ulrike Meinhof, Rudi Dutschke und ungezählte andere so starben.

Soll doch einmal anderen das Lachen im Halse stecken bleiben: Der P.P. wird „geehrt“, und er ist nicht mal verfügbar und tot! Den Richtern soll das Lachen im Halse stecken bleiben, die meinen Schelmenroman kassieren (OLG Düsseldorf, VI 1/79, 3.12.79), und jenen Kritikern, die es nur zum halben Lesen bringen, in der Rechten meinen Roman, in der Linken ein Kompendium „Wie schreibt man heute — in Zeiten der Tendenzwende — Romane?“, den Verleumdern von „Welt“ und „Bayernkurier“, den Huren des Staatsschutzjournalismus und den Ministern und Senatoren, die wider besseres (Ge-) Wissen foltern lassen, und den Terroristen, die unter dem Vorwand „Terroristen“ zu jagen, Stück für Stück ein Terrorregime installieren!

Ich danke der Jury der R.-A.-Schroder-Stiftung.

Ich danke den Bremer Steuerzahlern für den Förderpreis. Wir benötigen das Geld dringend: Am 24. Dezember 1979 stellten meine Anwälte den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens.

Mit Geduld, List und Energie, unermüdlich, bitter und heiter, unerbittlich aber müssen wir die „Hochsicherheitstrakte“ bekämpfen, müssen wir all den anderen Gefangenen helfen, denen im Trakt, im Bunker, in Einzelhaft, in Arrestzellen, in der psychiatrischen Abteilung, denen im „Mausoleum“, allen. Also uns, nehmen wir unser Menschsein ernst. Was kurzfristig nützt, ist dies:

— Normalvollzug für alle Gefangenen, und zwar jetzt!

Was längerfristig nützt, ist dies: — die Amnestie für alle Gefangenen!

Ich hoffe, ganz im Ernst, mit Hölderlin sagen zu können: „Bald aber wird, wie ein Hund, umgehn — in der Hitze meine Stimme auf den Gassen der Gärten — in denen wohnen Menschen...“

Werl, im Januar 1980

Einschätzung der FAU des Baum-Mahler-Gesprächs

Wir haben einen Fehler begangen

Du sollst geäußert haben: wir Haben einen Fehler begangen, deshalb Willst du dich trennen von uns.

Du sollst gesagt haben: wenn Mich mein Auge ärgert Reiß ich es mir aus. Damit wolltest du immerhin andeuten Daß du dich uns so verbunden fühlst wie

Ein Mensch sich verbunden fühlt Mit seinem Auge.

Das ist schön von dir, Kamerad, aber Gestatte, daß wir dich darauf hinweisen:

Der Mensch in diesem Bild, das sind wir, du

Bist nur das Auge. Und wo hat man gehört, daß das Auge Falls der Mensch, der es besitzt, einen Fehler begeht

sich einfach entfernt? Wo will es denn leben? B. Brecht

FAU: Herr Mahler, gestatten Sie uns einige Fragen zur Situation in deutschen Gefängnissen. Mahler: Oh geil, ein Interview. Was wollen Sie hören? Ach ja, zur Situation in den Vollzugsheimen... ja, also, die ist glänzend. Gibt es in der Zone, in Bautzen beispielsweise, Farbfernseher im Knast? Konnte Bahro vielleicht mit Honneker plauschen? Was meinen Sie, warum ich mich damals nicht gegen Lorenz hab austauschen lassen? FAU: Aber Herr Mahler, was ist denn mit den Hochsicherheitstrakten? Wie starben Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Ulrike Meinhof, Siegfried Hausner, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Ingrid Schu... Mahler: Was wollen Sie eigentlich? Wer sind sie? FAU: Wir kommen von der Freien Arbeiter-Union... Mahler: Alarm! Anarchisten! Schließer, zu Hilfe!

So endete unser Versuch, Horst Mahler zu interviewen. Und weil das ja nicht sehr erziebig war, forderten

uns die Genossinnen und Genossen vom KB auf, hilfsweise im AK eine Einschätzung des Baum-Mahler-Spiegel-Gesprächs abzugeben. Wir kommen dem gerne nach und begrüßen die spätestens seit der gemeinsamen Stammheim-Veranstaltung vom 18. 10.79 beim KB erkennbar gewordene Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung und solidarischen Zusammenarbeit mit anderen revolutionären Organisationen wie uns Anarchisten und Anarchosyndikalisten aus der FAU

Daß es keine Liberalisierung gibt, daß es absurd ist, überhaupt davon zu sprechen, versteht sich für jeden, der — egal wo und wie — Widerstand zu leisten versucht, von selbst. Der Unterschied zu der Politik der letzten Jahre liegt lediglich darin, daß die Herrschenden eine neue, bessere Technik der Repression anwenden, indem sie die verschiedenen Bewegungen systematisch aufspalten und integrieren bzw. kriminalisieren oder vernichten. Das geschieht mit den Gefangenen, die, sofern sie nicht abschwören und durch den Baumschen Tunnel kriechen, in Toten Trakten zerstört werden; das geschieht mit den AKW-Gegnern, die, sofern sie ihre Aktivitäten nicht auf die grüne Parlamentskasperei beschränken, die ganze militärische Macht des Staates zu spüren bekommen, und das geschieht mit Hilfe der Gewaltverherrlichungs- und Staatsverunglimpfungsparagrafen mit jedem Revolutionär, der seine Meinung öffentlich äußert.

Angeichts dieser Situation halten wir es für unbedingt notwendig, den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte gegen dieses System herbeizuführen und über die Organisationsgrenzen hinweg praktisch (z.B. in Betriebszellen oder antifaschistischen Stadtteilgruppen) zusammenzuarbeiten und die Diskussion über Strategien und Taktiken im gemeinsamen Widerstand offen und solidarisch zu führen. Vielfalt mit einheitlicher Stoßrichtung muß die bestehende Einfalt ohne Stoßkraft ersetzen.

Um dies zu erreichen, halten wir eine Analyse der heutzutage so oft und gerne verurteilten RAF-Politik für unabdingbar. Zugegeben, auch

wir haben Schwierigkeiten mit den Guerilleros aus der RAF und den ihre Politik bedingungslos unterstützenden Gruppierungen. Im Gegensatz zur RAF sind wir mit der Bewegung 2. Juni einig darin, daß die höchstentwickelten Länder in Ost und West nicht nur das Hinterland der in der Dritten Welt gelegenen revolutionären Hauptfront sind, sondern daß der dauerhafte Sprung in den Sozialismus nur dort geschafft werden kann, wo die Produktivkräfte hinreichend entfaltet sind, wo die Güternappigkeit weitgehend überwunden ist, wo die Massen nicht mehr ausschließlich für quantitative Verbesserungen (mehr zu essen), sondern für qualitative (besser zu leben, Aufhebung der Entfremdung, Beendigung der Umweltzerstörung) kämpfen. Aufgrund dieser Einschätzung solidarisieren wir uns selbstverständlich mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, halten sie jedoch nicht für die Speerspitze der Weltrevolution, da wir aus den o.g. Gründen meinen, daß sie wie die Sowjetunion, China, Portugal, Vietnam oder Nicaragua — notwendig, eben wegen des Zwangs zur vorrangigen Entfaltung der Produktivkräfte, in einen Privat- oder Staatskapitalismus zurückfallen müssen, selbst wenn ihnen kurzfristig ein Vorpreschen in den Sozialismus gelingt. Diesen Rückfall halten wir wie gesagt für historisch und politisch notwendig und schwätzen deshalb auch nicht moralisierend wie die Neuen Philosophen oder Cohn-Bendit von stalinistischen Fratzen oder wie die ML'ler von revisionistischem Verrat. Wir stellen uns nicht wie die RAF bedingungslos in den Dienst der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und halten es für falsch, unter faktischem Verzicht auf den Aufbau einer revolutionären Bewegung hierzulande eine rein militärische Konfrontation mit dem Staat (sschutz) als dem Drahtzieher der Counter-Banden der Dritten Welt zu suchen. Wir sagen nicht: Für die sich irgendwo in der Dritten Welt einschleifende Weltrevolution kann man ruhig ein Flugzeug mit deutschen Mallorca-Urlaubern entführen, sondern wir wollen mit diesen Urlaubern

hier eine Revolution entfesseln, um den Völkern der Dritten Welt eine wirkliche und endgültige Befreiung vom Imperialismus zu ermöglichen. Dazu müssen wir die deutschen Urlauber agitieren, und das wird nicht eben leicht, wenn die RAF sie für korruptiertes Pack hält, das man getrost als Geiseln nehmen kann.

Dennoch sehen wir in den Guerilleros von der RAF Genossen, die konsequent für dasselbe Ziel wie wir kämpfen und — das wird erst die Geschichte zeigen — vielleicht die richtigere Analyse haben.

Nur wer dies begriffen hat, kann verstehen, warum die gefangenen Kämpfer aus der RAF die keineswegs „Schwachsinnige“ (PPZ) sondern sich durchaus konsequent in ihre Politik einpassende Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention und Zusammenlegung zu 15 er-Gruppen aufstellen, während die 2. Juni-Gefangenen — ebenso konsequent gemäß ihrer Politik — die Integration in den Normalvollzug verlangen.

Wir unterstützen die Forderung der 2. Juni-Gefangenen, weil wir sie für richtig halten, aber wir akzeptieren auch die Forderung der RAF-Gefangenen und diffamieren sie nicht als nährisch oder erpresserisch. Allerdings haben wir Verständnis für Genossen, die sich zu solchen Diffamierungen hinreißen lassen, denn es ist die RAF, die sich fortwährend und ausschließlich einer solchen Auseinandersetzungsform befleißigt. Und es ist die RAF, die jeden Diskussionsansatz abwürgt, indem sie alle nicht auf ihrer Linie liegenden Einschätzungen als Schweinepropaganda denunziert, ohne dabei zwischen andersdenkenden Genossen wie Teufel, Kröcher, Roth oder Zahl und Verrätern wie Ruhland, Klein oder Mahler einen wirklich klaren Trennungsstrich zu ziehen. Das ist nicht nur un-solidarisch, sondern verhängnisvoll, denn es erschwert die Entlarvung der Verräter und macht unser aller revolutionäre Propaganda unglaubwürdig.

Das ist es, was wir der RAF vorwerfen. Aber es ist kein Grund für uns, ihr die Solidarität aufzukündigen oder sie zu einem karitativen Gesei-

ber verkommen zu lassen, denn wir wissen, daß der Feind nicht die dogmatischen, „stalinistischen“ Genossen sind — selbst dann nicht, wenn sie uns, wie schon so oft in der Geschichte liquidieren —, sondern die Imperialisten in Ost und West.

Und diese klare Sicht lassen wir uns weder verstellen durch die verräterische rechtsopportunistische Versöhnlerpropaganda eines Cohn-Bendit oder Mahler, die da von Liberalisierung reden, wo der Klassenfeind die lange vorbereitete Vernichtungsstrategie gegen jeglichen Widerstand in die Tat umzusetzen beginnt, noch durch die blindwütigen Rundumschläge der RAF gegen jeden, der nicht ihre Analyse teilt.

Die da wegkönnen

Die da wegkönnen, sollen weggehen. Sie sollen nicht gebeten werden, zu bleiben.

Bleiben sollen nur, die nicht wegkönnen.

Wie soll man den halten können Der auch gehen kann? Leute, die in Bedrängnis sind Können niemand halten.

Aber auch in den guten Zeiten Sollen sie niemand halten, der gehen kann.

Denn es können schlechte Zeiten kommen.

Mit uns in den Kampf gehen werden nur

Die wie wir bedroht sind Was nützt es uns, wenn den andern Unsere Gesichter gefallen?

Sagen wir ihnen doch: heute Ist die Straße noch frei, die von uns wegführt

Der Ring um uns ist noch nicht geschlossen.

Jeder kann weg, der woanders einen Schlupfwinkel hat

Wer bei den Feinden einen Freund hat Der kann jetzt noch weggehen.

Damit wir endlich allein sind, lauter Leute Die nicht weggehen können.

B. Brecht

»Grausame Schlacht« in der IG Chemie erwartet

Der Konflikt in der IG Chemie spitzt sich zu. Der Hauptvorstand dieser Gewerkschaft, die in Wort und Tat Wohlverhalten und „Sozialpartnerschaft“ gegenüber den Unternehmern auf die Spitze treibt, holt derzeit zum Schlag gegen die innergewerkschaftliche Opposition und die Reste von Demokratie aus. Andererseits regt sich an der Basis der IG Chemie-Funktionäre Widerstand gegen den massiven Rechtskurs der Vorstandsmafia um Karl Hauenschild. „Der Gewerkschaftsvorstand der IG Hauenschild sagte ... für den nächsten Gewerkschaftstag eine „grausame Schlacht“ zwischen links und rechts voraus“ (Welt, 8.2.80).

Im Mittelpunkt der politischen Kontroverse steht die Person Paul Plumeyer, der aus dem Vorstand entfernt werden soll. Plumeyer (der eines von acht Mitgliedern im geschäftsführenden Hauptvorstand ist, dem sog. „Rat der Götter“) hatte bereits Anfang 1979 gegen den Versuch des GHV opponiert, die nahezu vollständige Kontrolle über die Bestimmung von Vertrauensleuten in Vorstandshand zu legen. Der Beirat (das höchste beschlussfassende Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen) sollte die Satzung in dem Sinne ändern, daß Vertrauensleute ernannt werden können. Hierüber gab es heftige innergewerkschaftliche Kontroversen, in deren Rahmen der GHV den Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden, Ferdinand Patschkowski, als vermeintliche Zentralfigur der Opposition entließ. Diese Entlassung mußte nach Protesten zurückgenommen werden. Plumeyer hatte in diesem Konflikt ver-

sucht, seine oppositionelle Meinung über die Zeitung „gewerkschaftspost“ den Mitgliedern bekanntzumachen. Chefredakteur und Vorstandsmitglied Manfred Mentzel untersagte dies!

Die Satzungsänderung Nr. 2: Beschwerdeausschuß

Die satzungsmäßige Einrichtung der IG Chemie, der Beschwerdeausschuß, soll nach neuesten Vorstellungen aus dem GHV beschnitten werden. Der Ausschuß kann von allen Mitgliedern der IG Chemie als Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen der Gremien angefordert werden. Der Beschwerdeausschuß hatte im Frühjahr letzten Jahres dem Vorstand bei der Entlassung Patschkowskis einen Satzungsverstoß nachgewiesen. Die Entlassung war nicht mit dem Vorstand der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden abgesprochen worden. Im Gegenteil, dieser stellte sich einmütig hinter Patschkowski. Dieser Rest von Einspruchsmöglichkeit ist dem GHV nun ein Dorn im Auge. Für den Gewerkschaftstag im September ist deshalb ein Satzungsänderungsantrag vom Vorstand verabschiedet worden. Einziges Gegenstück: Paul Plumeyer. Nach diesem Antrag sollen „arbeitsrechtliche Konflikte zwischen dem GHV als dem Arbeitgeber aller Beschäftigten in der IG Chemie und dem einzelnen Beschäftigten ... aus den Zuständigkeiten des Beschwerdeausschusses ausgeklammert werden“ (FR, 7.2.). Zukünftig kann der Ausschuß nicht mehr intervenieren, wenn Angelegenheiten, „die das Arbeitsverhältnis der hauptamtlich Beschäftigten

betreffen, auch soweit mit dem Arbeitsverhältnis verbundene Wahlfunktionen berührt sind“ (FR, 31.1.80). Dazu bedient sich der GHV einer sehr eigenwilligen Satzungsinterpretation, nach der die Formulierung, eine Entlassung erfolge „im Einvernehmen mit dem Verwaltungsstellenvorstand“ (FR, 31.1.) nur bedeute, daß die Verwaltungsstelle, die ihren Geschäftsführer gewählt hat (!), nur „informiert werden müsse“ (Manfred Mentzel gegenüber der FR, 31.1.).

Gegen dieses GHV-Vorgehen hat der Gesamtbetriebsrat der IG Chemie nunmehr protestiert. Der Fall Patschkowski z.B. sei nicht hauptsächlich ein arbeitsrechtlicher Konflikt gewesen. Vielmehr haben Mitglieder – in diesem Fall sogar eine ganze Verwaltungsstelle – „ihre Rechte durch ein Organ der IG Chemie verletzt“ gesehen. Deshalb haben sie den Fall vor den Beschwerdeausschuß gebracht. Damit sei der Fall „gewerkschaftsförmlich“ geworden. Die jetzt geplante Satzungsänderung aber sei eine „Beschränkung der Schutzrechte von Mitgliedern“ (FR, 7.2.).

Mit dieser Satzungsänderung würde der GHV sich ein weiteres Mittel zur totalen personalpolitischen Reglementierung des IG Chemie-Funktionärskörpers schaffen, die Vorstandsallmacht wüchse damit ins nahezu Grenzenlose.

Plumeyer das Mißtrauen ausgesprochen

Am 4. Februar trat der Hauptvorstand zu einer Sondersitzung zusammen, um Paul Plumeyer zu verurteilen. Mit 14 gegen 1 Stimme (Plumeyer bei 1 Entlassung (Werner Vitt) wurde Plumeyer das Mißtrauen ausgesprochen und sein Name von der Vorstands-Vorschlagsliste für den kommenden Gewerkschaftstag gestrichen. (Hinter)Grund ist eine Rede Plumeyers auf der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden (siehe AK 171). Die TAZ hatte über die Versammlung berichtet (ebenso die FR), und dabei hienüßig Widersagen von einer „Hauenschild-Mafia“ sowie der Existenz einer „oppositionellen Fraktion“ in der IG Chemie gebracht. Dies wurde als Auslöser für den folgenden Konflikt benutzt. An dieser Rede bemängelte der Hauptvorstand im einzelnen:

- Plumeyer habe es „mehr als einmal erlebt, daß sich ehrenamtliche, gestandene Gewerkschafter in freier Abstimung selbst entmachteten“ (FR, 6.2.).
- in Bezug auf den Beschwerdeausschuß: „Selbstentmündigungsbeschlüsse dieser Art kann ich mir mit meinen Verstandeskräften nicht mehr erklären. Manchmal werde ich den Eindruck nicht los, als wenn sich mancher gläubige Kollege auch noch meinen Versprechungen nicht mehr erklären. Manchmal werde ich den Eindruck nicht los, als wenn sich mancher gläubige Kollege auch noch einen Zoo als Jagdrevier aufzusuchen lassen würde“ (ebenda).
- außerdem soll Plumeyer gesagt haben, daß nicht die Sorge bestehe, „daß Kommunisten in der IG Chemie, Papier, Keramik das Sagen bekommen, sondern daß Ausmauscher überhand nehmen“ (FR); das Wort „Ausmauscher“ wurde als „antisemitisch“ gewertet!
- schließlich habe er gesagt, daß „die ehrenamtlichen Kollegen des

Hauptvorstands gläubig mitmarschiert“ seien und er habe eine Verbindung zur Machtergreifung der Nazis gezogen.

Um der „möglichen Entsolidarisierung“ (Manfred Menzel) in der Mitgliedschaft entgegenzuwirken, habe der Hauptvorstand „ein Signal gesetzt“, damit nicht der Eindruck entstehe, „die in Hannover lassen sich auf der Nase herumtanzen“ (FR, 6.2.).

gewöhnlich starken Beifall“ (FR, 5.2.80). Auf der Versammlung wurden Anträge verabschiedet:

- Wahl statt Ernennung von Vertrauensleuten
- Entlassung und Beurlaubung von Hauptamtlichen nur nach Zustimmung des Verwaltungsstellenvorstands
- zukünftig soll der Beirat nur noch aus gewählten Vertretern aus Bezirken und Verwaltungsstellen zu-

„Diejenigen, auch in den Gewerkschaften des DGB, die da herumschwadronieren von der Unterwanderung, sollten sich lieber dafür einsetzen, daß überall, auch für das einzelne Mitglied, transparente demokratische Strukturen eingerichtet werden. Meine Sorge ist eher, daß Ausmauscher überhandnehmen.“

(Aus der Rede von Paul Plumeyer)

Plumeyer hat sich von seinen Äußerungen nicht distanziert. Gegenüber der TAZ erklärte er, daß er nicht zurücktreten werde. Das Manuskript seiner Rede, die er am 2.2. in Duisburg wiederholte, liege dem Hauptvorstand vor. Gegenüber dem Vorwurf der Gleichsetzung von IG Chemie-Vorständen mit Nazis erklärte er: „Es handelt sich hier um den untauglichen Versuch, mich bei meinen Kollegen draußen in Mißkredit zu bringen. Ich habe den Hauptvorstand nie – weder in der Vergangenheit, noch jetzt, noch in der Zukunft – mit der Machtergreifung Hitlers in eine gedankliche Verbindung gebracht, sondern bin zu einer persönlichen Erkenntnis gelangt, die sich auf Vorgänge im ADGB-Vorstand beziehen“ (TAZ, 6.2.).

Die rechte Mafia versucht, kräftig an Plumeyers Stuhl zu sägen. Gleich nach Bekanntwerden seiner Rede ist Egon Schäfer aus dem GHV zur dortigen Bezirksvorstandssitzung (seine Hausmacht) gefahren, um antragsmäßig das Mißtrauensvotum gegen Plumeyer vorzubereiten. In gleicher Weise agierten Menzel, Schäfer, Hauenschild und Bauer (alle Hauptvorstand bzw. GHV) auf der Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie. Sie erreichten, daß dort mit 63 gegen 21 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Verurteilung Plumeyers erfolgte, ohne daß den Delegierten dessen Rede bekannt war (Neue, 7.2.).

Die Linke mit dem Rücken an der Wand

Nach Hannoversch-Münden fand am 2.2. in Duisburg die nächste Delegiertenversammlung der IG Chemie statt. Plumeyer erhielt für seine Rede „un-

- sammengesetzt sein
- in der Tarifpolitik sollen zukünftig Vertrauenskörper vor Abschluß eines Ergebnisses angehört werden
- eine Änderung der Befugnisse des Beschwerdeausschusses wurde abgelehnt.

Alles in allem zeigt die Situation in der IG Chemie, daß hier ein Gewerkschaftsvorstand mit unglaublicher Machtfülle seine Willkür noch steigert. Vor dem Hintergrund der weiteren Rechtsentwicklung der IG Chemie-Führer (siehe Kasten zu Hauenschild) muß man die derzeitigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen als einen Kampf um den Erhalt bzw. den Abbau minimaler demokratischer Rechte begreifen. Der Widerstand in der IG Chemie nimmt zu, aber vor dem Hintergrund, daß dieser Vorstand fortschrittlichen Gewerkschaften zunehmend die Luft zum Atmen nimmt. Wofür die Opposition, wofür Plumeyer kämpft, das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Da ist überhaupt nichts besonders. Längst schon gar nicht agieren hier Revolutionäre. Doch schon dabei müssen sie sich vorwerfen lassen, „Unruhe in die Organisation hineingetragen zu haben“ (FR, 31.1.). Dieser unverblühte Ausbau der IG Chemie zu einer rechten, einer „gelben“ Gewerkschaft ist atemberaubend. Der Gewerkschaftstag im September bekommt große Bedeutung. Setzt sich der Hauenschild-Kurs vollständig durch, dürfte fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit in der IG Chemie kaum noch möglich sein.

Kommision Betrieben & Gewerkschaft



Hauenschild und seine Mafia kontra Paul Plumeyer



Hauenschild und seine Mafia kontra Paul Plumeyer

Hauenschild — ein Bourgeois

„Nüchternheit und Sachverstand, Augenmaß und Prinzipienfestigkeit sind für die Bewältigung der vielen Zukunftprobleme erfolgversprechender als Schlagwort und Köstlichkeiten“ (Welt, 1.2.80). Der gleiche Sprecher wies „mit Nachdruck“ den Vorwurf zurück, das Programm seines Verbandes „enthalte Elemente von Klassenkampf“ (ebenda). Der so sprach ist Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, der drittgrößten Gewerkschaft im DGB. Mit diesen Worten eröffnete er die Bundesangestelltenkonferenz seiner Organisation.

Mehr als jeder andere DGB-Führer geht Hauenschild mittlerweile auch dazu über, seine direkte Verbundenheit mit der Unternehmerrschaft öffentlich zu propagieren, da nimmt er kaum noch ein Blatt vor den Mund. Ein paar Beispiele aus der NDR-Talkshow vom 11.1.80: Zu Multis und Benzinpreiserhöhungen: „Es ist ärgerlich, daß ausgerechnet in der Zeit, in der Benzin und Heizöl teuer wurden, die Rede von der großen Gewinnexplosion war, obwohl man dabei wissen muß, daß ein paar Jahre vorher dabei dicker Verlust gemacht worden sind ... es kommt mir nicht so sehr darauf an, was verdient wird, es kommt mir mehr darauf an, was mit den Gewinnen gemacht wird.“ Und bei all dem: Was investiert werden muß, das weiß Unternehmerr Hauenschild, da benötigt der Multi „ein bestimmtes Kapital, einen bestimmten Gewinn, um die vielen Aufgaben zu erfüllen“. Er weiß aber noch mehr: „Na ja, Sie müssen auch mal wissen, am Liter Benzin wird im Augenblick ein Pfennig verdient. Von den Mineralölgesellschaften ... Sie müssen es mir deswegen glauben, weil ich in

dem Aufsichtsrat einer großen Gesellschaft, bei der VEB, bin, und ich habe also nicht die Möglichkeit, das zu kontrollieren, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß der VEB-Vorstand seinen ganzen Aufsichtsrat belügen würde, was dieses betrifft, und das ist bei anderen Gesellschaften ähnlich“. 3 Wochen später ging der „gutgläubige“ Hauenschild an die Öffentlichkeit und erklärte gegenüber der Presse: „Die jüngste Benzinpreiserhöhung ist gerechtfertigt“ (FR, 4.2.80).

Zur Lohnpolitik der IG Chemie formuliert er: „Ich glaube also mit Sicherheit, daß es in dieser Lohnrunde gelingen wird, den Arbeitnehmer einen realen Einkommensverzicht zu ersparen ... ich glaube, es kommt nicht so sehr darauf an, wie hoch die Forderung ist, es kommt am Ende darauf an, wie das Ergebnis aussieht“. Zur Erinnerung: Im letzten Jahr verzichtete die IG Chemie-Führung überhaupt darauf, eine Forderung aufzustellen, sondern ließ sich von den Unternehmern den Abschluß servieren!

Zu Atomkraftwerken:

„Wenn wir im Moment viel Geld ausgeben, um Kohlelieferungen und Kohleverbrennung technologisch in den Griff zu kriegen, dann wird sich das rentabel nur machen lassen, wenn die Prozesswärme dafür aus Atomkraftwerken kommt, ... selbst wenn die Dinger ganz gefährlich wären (siehe ich) nicht viel Sinn darin, sie bei uns stillzulegen, und in der DDR jeden Tag 'n neues zu haben“.

Wer's beim Lesen vergessen hat: Hauenschild ist Gewerkschaftsboß. Seine Position machen innergewerkschaftliche Konflikte wesentlich verständlicher.

Kündigung bei der BSE wegen Anti-Strauß-Aufkleber

Trägt das zwischen Strauß und DGB-Boß Vetter geschlossene Stillhalteabkommen auch innergewerkschaftliche Früchte?

Beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (BSE) wurde jetzt einer vierunddreißigjährigen angestellten Kollegin nach achtjähriger Betriebszugehörigkeit gekündigt. Sie hatte auf ihrem Kartenlocher einen Anti-Strauß-Aufkleber angebracht. Ihr Abteilungsleiter forderte die Kollegin ultimativ auf, das Anti-Strauß-Bild binnen einer Stunde zu entfernen, andernfalls habe das arbeitsrechtliche Folgen.

Der von der Kollegin voraussetzende der Hauptverwaltung der BSE rief ihr, den Aufkleber zu entfernen. Dem kam sie nicht nach.

Daraufhin wurde sie vom gesamten Betriebsrat zu einer Sitzung im Haus vorgeladen. Auf die Frage, warum sie den Aufkleber angebracht habe, bestritt sie, die Kollegin dies mit vielen Beiträgen, die sich in Gewerkschaftspresse und auf Gewerkschaftstagen (u.a. auch auf dem 11. BSE-Gewerkschaftstag in Westberlin vom Oktober 79) für einen

offensiven Anti-Strauß-Wahlkampf ausgesprochen hätten. Gegenüber der Gewerkschaftsangehörigen argumentierte ihr Betriebsrat (!), daß politische aktiven Gewerkschaftern selbstverständlich das Recht zustünde, gegen Strauß Stellung zu nehmen, nicht jedoch ihr als Angestellter. Ihr wurde eine fristgerechte Kündigung (6 Monate) wegen des Aufklebers vom Betriebsratsvorsitzenden angekündigt. Man rief ihr nochmals, den Aufkleber sofort zu entfernen, um eine fristlose Kündigung zu vermeiden.

Die Kündigung durch den Hauptvorstand erfolgte dann fristgemäß und ohne Begründung mit Zustimmung des Betriebsrates.

„Dieser Grund, den ich für Kinderreife halte (?), hat in keiner Weise zur Kündigung geführt“, erklärte in der „Frankfurter Rundschau“ vom 5.2.80 Personalchef und Hauptvorstandsmitglied Carl. Tatsächlich sei es so, daß die Kollegin „ihre Arbeitspflichten nicht erfüllt habe“, und das bei der Gewerkschaft so ist: „Aus sozialen Gründen haben wir recht lange zugeguckt“.

Tatsächlich dürfte eine Rolle spielen, daß sich die Kollegin von ihren

Vorgesetzten nicht immer alles hat gefallen lassen und deshalb auch zweimal angemahnt worden war. In einem Fall hatte sie bei einer Auseinandersetzung mit ihrem Abteilungsleiter doch tatsächlich darauf bestanden, daß der Betriebsrat hinzugezogen wird, ein durch das Bundesarbeitsgericht in Kassel verbrieftes Recht (Aktenzeichen 6 AZR 69/77), auf das man makaberweise ausgerechnet bei der Lektüre der BSE-Zeitung „Grundstein“ 30/9 vom September 79 stößt.

Offensichtlich ist auch ihre Mitgliedschaft in der Grünen Liste Hessen den Herren des Vorstandes und des Betriebsrates der SPD-Firma BSE ein Dorn im Auge.

Mit SPD-Plakaten wird jedenfalls in der Hauptverwaltung der BSE insbesondere zu Wahlzeiten bei weitem nicht so streng verfahren wie jetzt mit einer Anti-Strauß-Kette.

Man darf gespannt sein, ob die BSE im Kündigungsverfahren vor dem Arbeitsgericht den Aufkleber doch noch als Begründung anführt; andere „Kündigungsgründe“, nämlich dürften kaum Aussicht auf Erfolg haben.

KB-Gruppe Frankfurt

Zur Diskussion um die gewerkschaftliche Jugendarbeit

IG Metall greift DGB-Schwab an

Seit mehr als zwei Jahren steckt die gewerkschaftliche Jugendarbeit in einer schweren Krise, die nach außen hin ihre Höhepunkte in der Kampagne gegen eine angebliche „kommunistische Unterwanderung“, in der Entlassung des DGB-Bundesjugendsekretärs Hawreluk vor einigen Monaten und in der Entlassung der Redaktion der Gewerkschaftsjugendzeitung „ran“ kurz vor Weihnachten 1979 zeigte.

Die administrativen Maßnahmen des DGB-Bundesvorstandes zur Reglementierung der Jugendarbeit, die durch Karl Schwab (Mitglied des Bundesvorstands, 65 Jahre alt, zuständig für Jugendarbeit!) repräsentiert werden, stoßen allerdings innergewerkschaftlich auf starkem Widerstand. Zu den Wortführern dieses Widerstands hat sich die Jugendabteilung beim Vorstand der IG Metall gemacht, die eine umfassende Dokumentation zur Entwicklung der Auseinandersetzung erstellt hat, herausgegeben von den IG Metall-Vorstandsmitgliedern Georg Benz und Hans Preis (die Frankfurter Rundschau hat diese Dokumentation in ihren Ausgaben vom 12.1. und 14.1.80 veröffentlicht). Benz und Preis konzentrieren sich in ihrer Kritik auf das Konzept der gewerkschaftlichen Jugendarbeit der DGB-Bundesjugend-Oberursel, die sich als Zentrum einer „undogmatischen“ gewerkschaftlichen Bildungsarbeit begreift und Anfang 1979 Aufsehen erregte mit der Veröffentlichung des „Oberurseler Papiers“ zur Strategie und Taktik von DKP/SDAJ in den Gewerkschaften.

Im folgenden sollen die Entwicklung des Konflikts, die unterschiedlichen Konzepte (IGM einerseits, Oberursel andererseits) dargestellt werden und eine Bewertung der Auseinandersetzung vorgenommen werden, als Einstieg in die Diskussion um linke Perspektiven gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

Nur am Rande wird die Rede sein von einer der politischen Hauptlinien des aktuellen Konflikts im DGB, der nicht auf den Jugendsektor beschränkt ist, nämlich dem antikommunistischen Druck auf die Gewerkschaften (Strauß, Stoiber-Papier, Anti-DKP-Kampagne) und der zunehmenden Rechtsausrichtung des gewerkschaftlichen Funktionärsapparats. Dies ist Gegenstand einer Vielzahl von ARBEITERKAMPF-Artikeln im letzten Jahr gewesen.

Die Integration der Lehrlingsbewegung in geordnete DGB-Bahnen

Die Integration der Lehrlingsbewegung in geordnete DGB-Bahnen

Mit der Entwicklung der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) entstand auch eine radikale Bewegung der Lehrlinge und der Arbeiterjugend, die sich in den Jahren 1969 - 1972 in Lehrlingszentren und sogenannten „Jour fix“ traf und Probleme der Berufsausbildung, des Jugendfreizeitbereichs und der Autorität im Elternhaus aufgriff und vielfältige Aktionen unternahm. Diese Bewegung war Anziehungspunkt für verschiedenste politische Strömungen (u.a. die SDAJ, trotzkistische Gruppen, die Jusos, aber auch die Vorläufer der späteren „K-Gruppen“) die auf diesen Treffen ihre Schlachten um die sozialistische Perspektive schlugen. In dieser Bewegung, die sich in Hamburg beispielsweise als „Jour Fix“ im Gewerkschaftshaus traf, gab es starke Auseinandersetzungen um die Frage des Verhältnisses zu den Gewerkschaften. Das antiautoritäre Element geriet natürlich schnell in Konflikt mit der herrschenden Hierarchie im DGB und war so ohne weiteres nicht in die Gewerkschaften integrierbar. Die radikalen Teile dieser Lehrlingsbewegung wollten diese Integration in die Gewerkschaften auch nicht, während die gemäßigten (heute meist Jusos oder SB-nahe, aber auch die SDAJ) auf die Integration in den DGB hinarbeiteten.

Letztendlich gelang die Integration. Viele derjenigen, die sich beugten, vor allem die studentischen Teile traten den langen Marsch durch die DGB-Institutionen an und verlegten sich insbesondere auf den Sektor der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Andere gingen selbständige politische Wege. So entstand in Hamburg z.B. das „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ), eine der Gründungsorganisationen des KB.

Die Tatsache der Integration eines großen Teils dieser Bewegung wird von den eingangs erwähnten IGM-Vorstandern Benz und Preis positiv vermerkt: „daß wir in der Lage waren, diese Tendenzen (Anm.: antiautoritäre Bewegung) abzufangen und

positiv in unsere Arbeit umzusetzen“ (FR, 12.1.80).

In den Jahren 1971/72 war dieser Integrationsprozeß abgeschlossen. Die selbständige Lehrlingsbewegung außerhalb der Gewerkschaften, die gleichzeitig in die Gewerkschaften hineinwirkte, war tot. Die übriggebliebenen Reste beteiligten sich am Prozeß der Herausbildung kommunistischer Zirkel bzw. verlagerten den Kampf in die Gewerkschaft und machten sehr schnell Bekanntschaft mit dem hierarchisch aufgebauten Gewerkschaftsapparat, der sehr schnell nach Integration dieser Bewegung ihre Ausrichtung auf „ordnungsgemäße“ innergewerkschaftliche Strukturen vornahm.

In den Jahren 1973 bis 1975 gab es innergewerkschaftliche Nachwehen der APO. Große Teile der kommunistischen Zirkel hatten eine systematische Arbeit im Gewerkschaftsjugendbereich aufgenommen und begonnen, gewerkschaftliche Jugendgruppen in den Betrieben und auf Verbandsebene (Orts- und Kreisjugendausschüsse) aufzubauen, bzw. in diesen mitzuarbeiten. Diese Arbeit stieß sehr schnell an die Grenzen dessen, was von den Gewerkschaftsoberen geduldet wurde. Die Gewerk-

schaften sollten wir auch nicht, daß nicht geringe Teile der Jungsozialisten in der SPD sich in ähnlicher Weise verhielten. Und erwähnt werden muß auch, daß nicht wenige der heutigen Kritiker der Politik von DKP/SDAJ aus den Reihen der Oberurseler, den Kreisen um Crusius/Wilke und aus dem SB-Dunskreis sich in diesen Jahren einfach „raushielten“, sprich: sie schwiegen zu Verfolgung der Linken in den Gewerkschaften, sie schwiegen zu Gewerkschaftsausschlüssen – ging es doch „nur“ gegen die „Chaoten“.

DGB-Jugendarbeit 1975 - 1980: keine Antwort auf die Krise

Die Linken machten vor allem die Frage der betrieblichen Interessenvertretung, der gewerkschaftlichen Tarifpolitik und der betrieblichen Berufsausbildung zum Thema ihrer Jugendarbeit – mit dem Anspruch, diese ausgehend von Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen anzupacken. Später folgte eine Ausdehnung auf die Berufsschulen, den Blockunterricht und Kampf gegen die dequalifizierende Stufenausbildung.

Von seiten der Gewerkschaftsführung wurde vor allem Wert darauf ge-

giedebatte, die jedoch zunächst ergebnislos blieb, allerdings bereits die Konturen für die Polarisierung der 1978/79 aufgebrochenen Kontroverse anzeigte. Der Konflikt brach nicht etwa auf inhaltlichen Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, sondern vor allem am Vorwurf „kommunistischer Unterwanderung“ der Gewerkschaftsjugend (gemeint und genannt wurde hier vor allem die SDAJ). Die SDAJ wurde zum Sündenbock für die Misere der gewerkschaftlichen Jugendarbeit erklärt, weil die Bundesjugendkonferenz des DGB es abgelehnt hatte, sich mit dem seinerzeit noch inhaftierten R. Bahro zu solidarisieren – und die gleiche Versammlung vorbehaltlos die Weltjugendfestspiele in Kuba unterstützte. Mit dem Vorwurf „kommunistisch unterwandert“ zu sein, wurden fortan alle jene Formen der Jugendarbeit belegt, die in den Jahren vorher von oben gefördert wurden: streng nach Richtlinien reglementierte, begrenzte Aktivitäten.

Im Frühjahr 1978 wurde mit Heinz Hawreluk ein aus der IG Metall kommender Sekretär zum Bundesjugendsekretär ernannt, dessen Hauptaufgabe es sein sollte, den Einfluß von DKP/SDAJ in den Gremien zurückzudrängen.

Ende 1978 Anfang 1979 steigerte sich der Konflikt. Die Gegenströmung zur bisher vorherrschenden Jugendpolitik formierte sich und meldete sich lautstark zu Wort. Das politische Spektrum umfaßte linke Juso-Kreise, Teile des Langen Marsch/Westberlin, SB-nahe Kreise. Die Kritiker sind ausnahmslos selber ohne Basis in der Arbeiterjugend und gehören der studierten Intelligenz vor allem im Gewerkschaftsbildungsbereich an. Sammelpunkt der Kritiker ist die DGB-Bundesjugend-Oberursel unter ihrem Leiter Hinrich Oetjen. Die Oberurseler vertreten das Konzept „basistischer Gewerkschaftspolitik“ mit dem Ziel, die betroffenen Arbeiterjugendlichen ihre Probleme selber in die Hand nehmen zu lassen (dazu später noch). Zum Angriffspunkt ihrer Kritik machten die Oberurseler, ebenso wie DGB-Führer Karl Schwab, die DKP/SDAJ. In ihrem Papier zur „Strategie von DKP/SDAJ in den Gewerkschaften“ werden diese praktisch zum Haupthindernis für die Entwicklung fortschrittlicher Gewerkschaftspolitik erklärt. Neben der Tatsache, daß das Papier denunziatorischen Charakter hat (da werden Stamokap- und DKP-Anhänger gleichgesetzt; da werden Organisationen, die mit der DKP zusammenarbeiten mit dieser identifiziert; da werden Sozialdemokraten aufgefordert mit gesetzt; da werden Organisationen, die mit der DKP zusammenarbeiten mit dieser identifiziert; da werden Sozialdemokraten aufgefordert mit den genannten keine Bündnisse mehr einzugehen) erklärt es die DKP zu einem selbständig agierenden Faktor

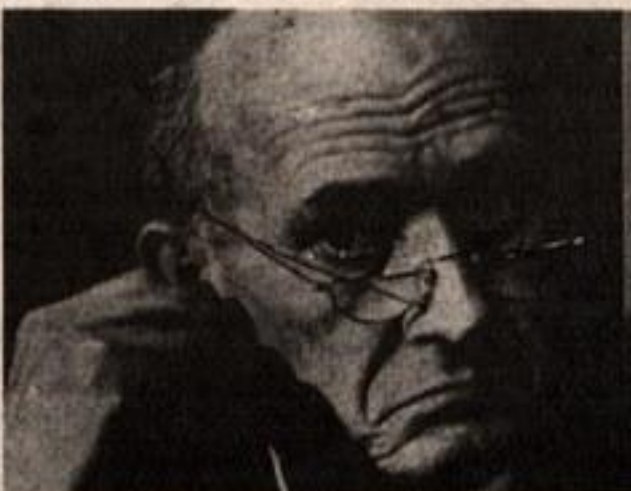
lerweile ein Standardwerk geworden ist.

Innergewerkschaftlich steigerte sich der Konflikt: völlig zu Recht sahen sich nicht nur DKP/SDAJ angegriffen, sondern auch diejenigen Gewerkschaften, die bisher das von den Oberurselern angegriffene Konzept der Jugendarbeit praktizierten. Besonders die IG Metall wehrte sich. Ihre Stärkeposition (auf der Bundesjugendkonferenz stellte sie 46% der Delegierten) setzte sich zunächst durch: im höchsten Jugendgremium, dem Bundesjugendausschuß, erreichte sie die Nichtbehandlung des Oberurseler Papiers mit knapper Mehrheit. Im nächsten Schritt sollte der Angriff auf die Bundesjugend-Oberursel und die Absetzung von dessen Leiter Hinrich Oetjen folgen.

Doch es kam zunächst anders: Karl Schwab ergriff offen für die Oberurseler Partei, ohne daß er damit ihre inhaltlichen Vorstellungen übernahm. Im Juni 1979 unterstellte er sich die Bundesjugend-Oberursel und entzog sie damit dem Einfluß des Bundesjugendausschusses und der dort dominierenden „IG-Metall-Linie“. Die Vollmachten des Schulleiters Oetjen wurden erweitert, gleichzeitig aber wurde die Kontrolle durch den DGB-Bundesvorstand verschärft. Oetjen erhielt den Auftrag, ein neues Bildungskonzept auszuarbeiten. Ein offener Affront gegen die Jugendabteilung der IG Metall.

Doch damit nicht genug. Schwab setzte – in Abstimmung mit dem Bundesvorstand – zur Säuberung des Funktionärskörpers an, deren erstes Opfer Bundesjugendsekretär Hawreluk wurde. Ende 1979 wurde dieser entlassen, gezielt als U-Boot der „Stamokaps“ diffamiert (ganz auf Linie des „Oberurseler Papiers“). Hawreluk, der selber aus der IG Metall auf den Jugendsekretärsposten kam, ist Anhänger der „IG-Metall-Linie“. Schwab stellte fest, daß das „Vertrauensverhältnis“ zwischen ihm und Hawreluk gestört sei. Vorausgegangen waren der Entlassung folgende Vorgänge:

Unter Hawreluks Verantwortung war von prominenten Gewerkschaftslinken eine Broschüre der DGB-Jugend zum Antikriegstag 1979 erstellt worden, die der DGB-Bundesvorstand kurz vor ihrem Erscheinen im August 1979 verbot. Dies und eine Reihe beschönigender Äußerungen von DGB-Chef Vetter ließen die zentrale DGB-Veranstaltung zum Antikriegstag eine erstaunliche Entwicklung nehmen: vor 15.000 überwiegend jugendlichen Gewerkschaftern wurde Vetter dermaßen ausgepöffelt, daß er teilweise erstaunliche Entwicklung nehmen: vor 15.000 überwiegend jugendlichen Gewerkschaftern wurde Vetter dermaßen ausgepöffelt, daß er teilweise nicht zu Wort kam. Dieser „unerhörte“ (ungewohnte) Vorgang wurde in der zentralen DGB-Presse (völlig zu



Karl Schwab



Hans Preis

schaftsbürokratie war zwar bereit und interessiert, die Jugendlichen in die Gewerkschaften aufzunehmen, nicht aber, ihnen Spielraum für die Entwicklung eigener Aktivitäten zu geben. Jugendgruppen wurden unter Aufsicht gestellt. Ihre Arbeitsprogramme wurden von oben reglementiert, Publikationen zensuriert und verboten. Jede Aktivität mußte angemeldet werden. Dort wo Jugendliche trotzdem auf Entwicklung eigener Aktivitäten bestanden, wurde sehr schnell administrativ zugeschlagen. Jugendgruppen wurden aufgelöst, ja sogar ganze gewerkschaftliche Gre-

aktivitäten bestanden, wurde sehr schnell administrativ zugeschlagen. Jugendgruppen wurden aufgelöst, ja sogar ganze gewerkschaftliche Gremien (ausführlich dokumentiert in dem von uns herausgegebenen „Rotbuch über die Gewerkschaftsausschlüsse“). Schließlich wurde gezielt mit Gewerkschaftsausschlüssen gegen linke Gewerkschafter gearbeitet. In Hamburg beispielsweise wurde auf diese Art rücksichtslos die erfolgreiche Jugendarbeit in einigen Großbetrieben zerschlagen. Eine widerliche Rolle bei dieser Formierungs- und Liquidierungspolitik des Gewerkschaftsapparats spielte häufig die DKP-Jugendorganisation SDAJ. Nachdem sie auf der Welle der antiautoritären Lehrlingsbewegung mitgeschwommen war, betrieb sie einen Kurs der Anpassung an den Apparat und der Besetzung von Positionen in den Gremien. Mehr noch: Mitglieder von SDAJ/DKP machten sich zu willfährigen Erfüllungsgehilfen der restriktiven Politik des Gewerkschaftsapparats und waren sich nicht zu schade, als Denunzianten gegen linke Gewerkschafter aufzutreten. Der Ordnungsfaktor SDAJ wurde auf unterer Ebene vielfach zum direkten Gegner der linken Gewerkschaftsjugendlichen. Durch diese Handlangerdienste der SDAJ wurden bei anderen Linken häufig der Blick dafür versperrt, daß von dieser Seite nur das schmutzige Geschäft der Gewerkschaftsführung betrieben wurde. Das Wohlverhalten hat der DKP/SDAJ neben einigen Positionen die Duldung in den Gewerkschaften eingebracht, obwohl sie als „Moskau-Kommunisten“ natürlich auch der in den Gewerkschaften herrschenden Staatsdoktrin Antikommunismus unterlagen und weiterhin unterliegen. Dieser ambivalente Zustand schwebt wie ein Damoklesschwert über den DKP/SDAJ-Mitgliedern in den Gewerkschaften und derzeit sieht es so aus, daß die „Verräter“ von einst zu Verfolgten werden, ohne daß sie bisher erkennbare Schlüsse daraus ziehen. Im Gegenteil wird von revisionistischer Seite ungebrochen der Gewerkschaftsführung die Treue geschworen.

legt, die Ansätze an der Basis zu zerschlagen. Betriebsgruppenaufbau gehörte nicht zum Konzept. Dafür wurden um so stärker abgehobene und abgeschlossene, meist nicht-öffentlich tagende Gremien gefördert und ein über die Bildungsarbeit ausgerichtetes Funktionärskörper geschaffen. Nach der Zerschlagung linker Basisansätze waren damit aber nicht die Probleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit gelöst:

Die kapitalistische Krise schlug voll gegen die Jugendlichen los. Keine Lehrstellen, Jugendarbeitslosigkeit, eine immer weniger rosige Zukunftsperspektive, schließlich keine Freizeitangebote – in der Folge steigender Drogenkonsum und Kriminalität (vor allem in den Großstädten des Ruhrgebiets), die zunehmende Verelendung ausländischer Jugendlicher in der BRD. All dies war nicht auf dem Zettel gewerkschaftlicher Arbeit. Der Apparat war viel zu wenig flexibel und bereit, sich diesen Fragen zu stellen und sie zum Gegenstand der Entwicklung von Widerstand und Hilfe für die Jugendlichen zu machen. Zwar gab es 1975 und zum Teil auch noch 1976 erhebliche Mobilisierungen für Demonstrationen gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit. Doch lag hierin keine längerfristige Perspektive, waren diese Massenmobilisierungen doch eingebunden in Mitbestimmungsforderungen. Die Orientierung auf staatliche Hilfe überzog das ernsthafte Bemühen, eine stabile Kampffront an der Basis aufbauen zu helfen.

Seit 1976 stagniert die gewerkschaftliche Jugendarbeit, befindet sie sich in der Krise. Die Reglementierung der Arbeit an der Basis, das im Keim Erstickern der Aktivitäten lähmte den Ausbau der Arbeit. Diejenigen, die in den Jahren vorher willkommene Erfüllungsgehilfen der Politik der Gewerkschaftsbürokratie waren, fielen in Ungnade, wurden in ihrem Führungstreuen Eifer eher zum Hemmschuh bei der Entwicklung neuer, von oben geduldeter Strategien zur Gewinnung der Arbeiterjugend. Dies ist eine der inneren Bedingungen in den Gewerkschaften für den zunehmenden Druck auf DKP/SDAJ, wengleich die politische Rechtsentwicklung und der reaktionäre Druck von außen entscheidend sein dürfen.

DGB-Bundesjugendkonferenz 1977: Die Krise bricht auf

Im November 1977 fand die DGB-Bundesjugendkonferenz im Zeichen der Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit statt. Ihr voraus ging eine von Karl Schwab eingeleitete Strate-



Zielscheibe innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen: DGB Jugend-Oberursel

im DGB, gegenüber dem die gesamte herrschende Sozialdemokratie im Japarat in den Hintergrund tritt – ja, sich sogar den „Vorwurf“ gefallen lassen muß, sie „paktiere“ mit der DKP und lasse sich zu deren „nützlichen Idioten“ machen. Diese Verdrehung der Wirklichkeit machte es der DGB-Führung um Schwab und rechten Gewerkschaftsführern (IG Bergbau) so leicht, das Oberurseler Papier zum Bestandteil ihrer antikommunistischen Kampagne zu machen. Die gleiche Wirkung hatte der Angriff von Manfred Scharrer (Langer Marsch) auf das von DKP-nahen Autoren geschriebene Buch zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Diese Kritik wurde mit Hilfe der Oberurseler in die Gewerkschaftspresse lanciert und hatte eine offen antikommunistische Kampagne zur Kritik an „parteilichem Kommunismus“ und für eine neue sozialdemokratische Geschichtsschreibung zur Folge. Die Bedeutung dieses angegriffenen Buchs liegt darin, daß es als Schulungsmaterial in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mitt-

Unrecht) der DKP/SDAJ in die Schuhe geschoben. Hawreluk wurde vorgeworfen, diese Blamage für den DGB-Chef nicht verhindert zu haben.

Vorläufig letzter Akt der Schwabschen Säuberungen (offensichtlich in Absprache mit Vetter): die Entlassungen in der „ran“-Redaktion, der Versuch einer Neukonzeption der Jugendzeitungen des DGB, „ran“ und „Solidarität“. Gleichzeitig sollen zukünftig nur noch aus dem DGB-Apparat stammende Funktionäre in die Redaktionen solcher Zeitungen gesetzt werden. Auch die Tatsache, daß das Mitglied der Abteilung Jugend beim DGB, Dieter Gaartz, die provisorische Leitung der „ran“ übertragen bekommen hat, ist Ausdruck des Schwab-Vetter-Kurses: Gaartz hat nach den Oberurselern ein Papier über „DKP-orientierte Politik in den Gewerkschaften“ geschrieben (ein Oberursel-Verschnitt), das bezeichnenderweise in einer der rechtsten Funktionärzeitungen des DGB, der „Umschau“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 35

(IG Chemie), veröffentlicht wurde.

Die IG Metall kontert

Differenzen gibt es in der DGB-Führung wohl kaum in der Frage der Beurteilung von DKP/SDAJ, wohl aber in der Frage der Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Der gefeuerte Jugendsekretär Hawreluk hatte deutlich betont, daß für ihn die Frage nur stehe, wie sinnvollerweise der Einfluß von DKP/SDAJ zurückgedrängt werden könne. Schwab-Vetter waren für den kompromißlosen Kampf mit harten Bandagen.

Schwab ist allerdings zu weit gegangen, wo er seine Angriffe auf die Jugendarbeit der IGM ausdehnte. Die aus dem Hause Schwab kommende Denunziation Hawreluks als „U-Boot der Stamokaps“ veranlaßte Eugen Loderer, den Vorsitzenden der IG Metall, zu einer öffentlichen Loyalitätserklärung für Hawreluk. Die beiden IG Metall-Vorstandsmitglieder Georg Benz und Hans Preiß haben ein umfangreiches Dokument vorgelegt, das scharfe Angriffe gegen Karl Schwab, vor allem aber gegen die Bundesjugend-schule Oberursel und ihren Leiter Hinrich Oetjen enthält.

In der Beurteilung des Eingreifens von Karl Schwab heißt es: „Trotz intensiver Gespräche haben die Oberurseler und auch Karl Schwab bis heute keine Bereitschaft gezeigt, die Kontroverse politisch zu bereinigen. Im Gegenteil, Karl Schwab hat die bereits sich in Gang befindende notwendige Klärung abgebrochen.“ („FR“, 12.1.80). Im einzelnen kritisieren die beiden: — die Behandlung der Bundesjugend-konferenz 1977. „Der Kollege Schwab hat voreilig mit Rückschlüssen, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten, dem Gerede von der ‚kommunistischen Unterwanderung‘ der Gewerkschaften Vorschub geleistet.“ („FR“, 14.1.80).

— Schwab habe durch die direkte Unterstellung der Bundesjugend-schule unter seinen Einfluß eine Maßnahme getroffen, die „logischerweise als eine Entscheidung für die Bildungsarbeit in Oberursel und damit gegen die IG Metall verstanden werden“ muß. Damit habe er die Einflußnahme des Bundesjugendausschusses und der Einzelgewerkschaften auf die inhaltliche Gestaltung der Bildungsarbeit abgekappt, „ein inhaltlich notwendiger Klärungsprozeß wurde durch eine administrative Entscheidung verhindert.“ („FR“, 14.1.80).

Die von Preiß und Benz eingeschlagene Sprache ist deutlich und ungewöhnlich für innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen auf Führungsebene.

schlagene Sprache ist deutlich und ungewöhnlich für innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen auf Führungsebene. Gleichzeitig droht die IG Metall-Jugendabteilung unverhüllt, ihr ganzes Gewicht als einflussreichste Einzelgewerkschaft in die Waagschale zu werfen, um eine Jugendbildungsarbeit in ihrem Sinne durchzusetzen. Bereits heute werden von der IG Metall und anderen Gewerkschaften die Bildungsseminare in Oberursel weitgehend boykottiert, was einige (ehemalige) Oberurseler so beschreiben: „Dieser Widerstand...konnte sich schlicht praktisch dadurch vollziehen, daß zu den Oberurseler Lehrgängen keine Teilnehmer mehr entsandt wurden, daß die Oberurseler Arbeit durch Boykott stark beeinträchtigt werden konnte.“ (Brock, Mückenberger, Negt in „Kritik“ 22).

Preiß und Benz werden aber noch deutlicher, wenn sie eine ganze Reihe von Schuldigen für den derzeitigen Zustand beim Namen nennen. Auch das ist ein ungewöhnliches Vorgehen in den Gewerkschaften. So schreiben die beiden: „Nicht wir haben es deshalb zu vertreten, wenn man die Einheit der DGB-Gewerkschaftsjugend unter Mißachtung der vom DGB-Bundeskongreß beschlossenen Inhalte in Frage stellt. Insbesondere beteiligen sich daran: 1. das Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel, 2. einzelne gewerkschaftliche Presseorgane („Einheit“ — IG Bergbau und Energie, „umschau“ — IG Chemie/Papier, Keramik), 3. Vertreter von Einzelgewerkschaften (Anm.; an anderer Stelle werden insbesondere die IG Chemie und die Drupa genannt), 4. Einzelpersonen, u.a. auch Karl Schwab.“ („FR“, 12.1.80).

Oberursel unter Beschuß

Wer nun allerdings glaubt, daß Benz und Preiß in Ablehnung administrativer Maßnahmen von Schwab eine Demokratisierung der Bildungsarbeit fordern, sieht sich getäuscht. Das Gegenteil ist der Fall. Oberursel und ihrem Leiter Hinrich Oetjen wird vorgeworfen: — „die Forderungen des DGB nach wirtschaftlicher und qualifizierter Mitbestimmung sowie Investitionslen-

kung in Frage“ zu stellen; — sich nicht ausreichend an Beschlüsse und Satzungen der Gewerkschaften zu halten. So wird folgende Passage aus dem Oberurseler Papier scharf verurteilt: „Auch offizielle DGB-Forderungen müssen immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie in der (schwieriger werdenden) gewerkschaftlichen Praxis brauchbar sind“.

— sie wollten die Gewerkschaftsjugendarbeit nicht „als integrierten Teil der gewerkschaftlichen Organisation“ begreifen, sondern eher die „Gewerkschaftsjugend als einen eigenständigen autonomen Jugendverband oder Jugendsektor entwickeln“; — die Kritik an Stellvertreterpolitik „stellt die Gewerkschaftsorganisation in Frage“;

— „Oberursel greift die gewerkschaftlichen Strukturen an, um eine ‚alternative Gewerkschaftspolitik‘ durchzusetzen“;

— „Oberursel stellt gewerkschaftliche Reformpolitik in Frage und verneint die Reformfähigkeit der Gesellschaft durch den Staat. Oberursel distanzisiert sich damit vom Grundsatzprogramm des DGB.“ (alle Zitate aus „FR“, 12.1.80).

Damit wird ganz klar der weiteren Reglementierung der Jugendarbeit das Wort geredet. Die Oberurseler werden hierbei als Hemmnis betrachtet, da nach ihrer Meinung „eine Bildungsarbeit unreglementiert, unkontrolliert und somit nicht geplant praktiziert werden muß“, wie Benz und Preiß unterstellen. Demgegenüber entwickeln die IGM-Vorstände ihr Konzept, wonach „der Betrieb wichtigstes Betätigungsfeld gewerkschaftlicher Arbeit ist und die aus den Bedingungen abhängiger Arbeit resultierenden Konflikte Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Bildungsarbeit sind.“ („FR“, 12.1.80). Die IG Metall setze sich daher für eine streng an Leitlinien orientierte Bildungsarbeit ein, die nur im Rahmen der Gesamtorganisation und ihrer Beschlüsse stattfindet. Dazu heißt es in These 14 der IGM zur Bildungsarbeit: „Die Toleranz und Freiheit zur Meinungsvielfalt findet ihre Grenzen an der Satzung, den Beschlüssen der Organe der IG Metall, dem Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB.“ Der Rahmen ist also sehr eng gesteckt, die Anbindung an die Zentralgewalt des Gewerkschaftsvorstandes zwingend vorgeschrieben.

Strikt abgelehnt wird jeder Versuch, eine autonome Gestaltung der Jugendbildungsarbeit zu erreichen. „Eine solche Politik würde gegen die Satzung des DGB und die Leitsätze der Gewerkschaftsjugend verstoßen und stünde im Widerspruch zu den objektiven Interessen der Lohn-satzung des DGB und die Leitsätze der Gewerkschaftsjugend verstoßen und stünde im Widerspruch zu den objektiven Interessen der Lohnabhängigen, einschließlich der Auszubildenden.“ Im Mittelpunkt des IG-Metall-Konzepts steht daher die Jugend-Funktionärsausbildung, deren Tätigkeit eingebettet werden soll in das herrschende Gremienverständnis der IG Metall: „Entscheidende Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken der Jugendfunktionäre ist die enge Zusammenarbeit mit den organisierten Betriebs- bzw. Personalratsmitgliedern und den Vertrauensleuten und die ständige aktive Beteiligung der jungen Funktionäre an der Arbeit der betrieblichen Vertrauenskörper. Die Arbeit auf örtlicher Ebene setzt funktionierende DGB-Kreisjugendausschüsse der Gewerkschaften voraus.“ Doch damit nicht genug der Gremien: „Diese Jugendausschüsse haben sich in ihrem jeweiligen Organisationsbereich verstärkt mit tarifpolitischen und anderen Möglichkeiten der Interessenpolitik für die jugendlichen Arbeitnehmer auseinanderzusetzen und Einfluß zu nehmen auf die Vertretung der jugendlichen Mitglieder in Tarifkommissionen, Berufsschulbeiräten, Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen bei Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und in allen anderen Gremien, in denen eine konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Jugend möglich und nötig ist“ (zitiert aus „FR“, 12.1.80).

Die Oberurseler „Alternative“

Oskar Negt, Ulrich Mückenberger und Adolf Brock, alles erfahrene „Oberurseler“ (Negt ist sozusagen „Ziehvater“ des Bildungskonzepts), beschreiben ihr Vorhaben folgendermaßen: ihr „Lehrgangstyp setzt nicht bei feststehenden Inhalten an, die den Teilnehmern zu vermitteln wären, sondern bei Konflikten und Problemlagen, die die Lehrgangsteilnehmer einbringen. Das Ziel ist, bei den Teilnehmern, durchweg jugendlichen Gewerkschaftsfunktionären aus verschiedenen Regionen und DGB-Landesbezirken der Bundesrepublik, das Bewußtsein für ihre eigenen Probleme und diejenigen der Jugendlichen, mit denen sie täglich zu tun haben,

zu schärfen, reflexive Fähigkeiten für die Durcharbeitung dieser Problemlagen zu entwickeln und selbstbewußte Problemlösungskompetenz, ‚strategische Phantasie‘, zu entfalten“ („Die Jugendschule wird erwachsen“, in „Kritik“ 22).

Dies steht tatsächlich im Gegensatz zu dem Konzept von Preiß und Benz. Entsprechend greifen Anhänger der Oberurseler zunehmend die scharfe Funktionärsausbildung, die Gremien- und Stellvertreterpolitik und die gewerkschaftlichen Aktionsformen (die Aktionen „Stop Jugendarbeitslosigkeit“, die damit verbundenen Demonstrationen als aufgesetzte Massenaaktionen etc.) an. Sie sehen darin keine Anleitung zum Handeln und zur Veränderung und wenden sich vor allem gegen „Fremdbestimmung“ der (schließlich nicht mehr mobilisierbaren) Jugendmassen. Die Oberurseler wollen stattdessen das Prinzip, daß auch Gewerkschaftsarbeit Spaß machen muß, daß nicht nur der Betrieb, sondern auch der Freizeitbereich und dementsprechende Kultur der Jugendlichen Bestandteil der Bildungsarbeit mit Jugendlichen sein muß.

Unseres Erachtens machen die Oberurseler mehrere falsche Ansätze. Wenngleich wir die allgemeinen Grundzüge ihres Konzepts für jugendfreundlicher halten als das der Gewerkschaftsbürokraten, wie es von Benz und Preiß vorgelegt wird, so machen die Oberurseler u.E. doch mehrere Fehler in ihrem Ansatz. Auch aus dem Oberurseler Lager kann nicht mehr angeboten werden als letztlich eine Therapie für Jugendliche, wenn nicht die Auseinandersetzung um die Frage geführt wird, wie reale Veränderungen erreicht werden können, wie die Lage der Arbeiterjugend (Beseitigung der Ausbildungs-

misere und Jugendarbeitslosigkeit) tatsächlich verändert wird. Da können die Oberurseler auch keine Antwort geben und zeigen sich eher anfällig für Alternativprojekte (Arbeitslosenhilfen, selbstverwaltete Jugendzentren). Wir greifen hier natürlich nicht derartige Projekte an, nur halten wir eine gesellschaftliche Veränderungsstrategie, zudem noch über die bestehenden Gewerkschaften, auf solcher Basis für illusionär, wie überhaupt der Oberurseler Ansatz offensichtlich von der Illusion ausgeht, dieses Konzept mit Hilfe des gewerkschaftlichen Apparats umsetzen zu können. Wer versucht, mit diesen Leuten machtpolitisch seine „undogmatisch-basisnahen“ Vorstellungen durchzusetzen (wie dies Oetjen, Scharrer u.a. getan haben), braucht sich nicht zu wundern, daß dieser Apparat ihn nur als „nützlichen Idioten“ für seine antikomunistische Ausrichtungskampagne einsetzt, wie Schwab dies mit den Oberurselern gemacht hat und weiterhin versucht.

Bereits im Papier der Oberurseler zur DKP-Strategie in den Gewerkschaften haben diese die DKP/SDAJ zum selbständig agierenden Faktor in den Gewerkschaften aufgewertet und nicht begriffen, daß DKP-Politik heute im wesentlichen Umsetzung von Direktiven des sozialdemokratischen Führungsapparats ist. Auf die DKP einzuhacken, z.T. sogar den Apparat dabei als „Verbündeten“ benutzen wollen, ist eine kaum verständliche Blindheit oder bedeutet die bewußte Verniedlichung der realen Machtverhältnisse im DGB. Negt, Mückenberger und Brock machen den gleichen Fehler im oben zitierten Aufsatz, wenn sie beklagen, daß der Widerstand gegen Oberursel aus einer Koalition aus Studenten und Teamern „gewerkschaftlicher Orientierung“ (vor allem aus der „Marburger Schule“) und aus Jugendfunktionären der Einzelgewerkschaften und DGB-Landesbezirke besteht und nicht dabei sehen, daß diese sich wiederum stützen können auf entsprechende Direktiven aus den Vorständen des DGB und der Einzelgewerkschaften. Der jetzt vorgetragene Angriff der IG Metall macht die wirklichen Macht-konstellationen deutlich und zeigt, daß es eben nicht um das „Problem DKP“ geht. Weil es darum nicht geht, und nur deshalb, wehrt sich die IG-Metall-Führung auch so vehement gegen „das Gerede von der kommunistischen Unterwanderung“.

Wir halten das Oberurseler Konzept, das von SB-nahen Kreisen unterstützt wird, deshalb für falsch, weil es außergewerkschaftliche und gewerkschaftsoppositionelle Ansätze in den Gewerkschaftsapparat integrieren will und damit letztlich dazu beitragen würde, diese vom Apparat zerschlagen zu lassen, wofür es in den letzten Jahren reichlich Beispiele gegeben hat.

Klärung findet in den Vorstandsetagen statt

Die IGM-Kritik hat bereits Folgen gezeigt. Im Februar tagt der DGB-

Bundsvorstand, um sich mit diesem Problem zu befassen. Im März soll der DGB-Bundesausschuß, das höchste beschlußfassende Gremium zwischen den Kongressen, neue Richtlinien zur Jugendarbeit festlegen. Derzeit ist man im DGB-Vorstand bemüht, die Wogen des konzeptionellen Streits zwischen der IGM und „Jugendopa“ Schwab zu glätten. Mit Sicherheit dürfte das IGM-Konzept sich weitgehend durchsetzen. Die Bundesjugendschule wird dann vermutlich wieder stärker der Kontrolle der Einzelgewerkschaften unterworfen. Neben der Funktionärsausbildung darf Oetjen dort „Forschungsaufgaben“ nachgehen, um „auf deren Basis neue Wege gewerkschaftlicher Jugendpolitik zu erschließen“ („Kri-

tik“ 22). In die Röhre schauen dürfen auf jeden Fall die Betroffenen. Sie erfahren entweder gar nicht davon oder — wenn sie Funktionäre sind — erhalten demnächst ein kleines Heftchen mit neuen Richtlinien.

Auch in der Frage DKP hat man sich zunächst mit Schwab geeinigt. IGM-Pressesprecher Barczynski vertritt „zwar ebenso wie die DGB-Jugendfunktionäre die Auffassung, daß DKP-Mitglieder um ein Vordringen in den Gewerkschaftsgremien bemüht seien. Dem könne jedoch nur durch eine für die Jugend interessante Gremienarbeit begegnet werden, was in der IG Metall auch gelungen sei“ („TAZ“, 28.1.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»Hofberichterstattung« für Strauß?

Das Urteil im Prozeß Strauß gegen die IG Metall (siehe AK 171) hat große Empörung geweckt. Die Deutsche Journalisten Union in der IG Druck und Papier schreibt dazu:

„Für die Presse und Rundfunk wird es zunehmend gefährlich, über Franz Josef Strauß anders zu berichten als im Stile der Hofberichterstattung. Es ist erschreckend, daß das Oberlandesgericht Frankfurt am Main in zweiter Instanz Strauß recht gegeben und die Zeitschrift der IG Metall verpflichtet hat, eine von Strauß nachgelieferte Erläuterung des Zitats zu veröffentlichen, die ihn vor einer ihm unangenehmen Wirkung seiner

eigenen Worte schützt. Wenn es bei diesem Urteil bleibt, tun alle Journalisten gut daran, künftig nicht mehr exakt zu berichten, was Strauß gesagt hat, sondern immer erst bei ihm anzufragen, was er nachträglich gesagt haben möchte. So wird aus der Freiheit der Berichterstattung ein Zwang zur Hofberichterstattung.“

Das Frankfurter Gerichtsurteil steht in einer Reihe mit der Entscheidung des Südwestfunks, einen Bericht über die Reaktionen der namhaftesten Schriftsteller unseres Landes auf die Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten vom Programm abzusetzen, weil die Reaktionen durchweg ablehnend ausgefallen waren.“

»Einfach totgeschwiegen«

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ am 31.1.80 einen Leserbrief der stellvertretenden Landesstudentensprecherin der GEW Baden-Württemberg C. Schmidt. Nach einem Lob für die Verbesserung der „WdA“ schreibt sie:

„Langfristig aber wird es der Leser als Mangel verstehen, daß sich die WdA im Grunde als „Verkündungsblatt des Bundesvorstands“ versteht. (...) Ein bedrückendes Beispiel für diese Art „Vorstandstreue“ ist die Tatsache, daß die WdA die skandalösen Entlassungen von „ran“-Redakteu-

ren — laut Spiegel nach „alter Unternehmerart“ — einfach totgeschwiegen hat. Die WdA darf sich den Konflikten innerhalb unserer Organisation nicht arrogant (oder gar wegen der zur kurzen Leine?) entziehen, sonst hat die Zeitung keine Zukunft!“

Dieser kommentarlos abgedruckte Leserbrief ist das bisher einzige Wort zu den „ran“-Entlassungen. Anscheinend ist es für die „WdA“-Redaktion nicht möglich, anders als durch Abdruck von Leserbriefen Stellung zu nehmen.

Lehrlingskommission

Proteste gegen 'ran'-Rausschmiß

Nicht ein einziger Protestbrief von der Basis, sondern die CDU in Gestalt von Maria Weber (stellvertretende DGB-Vorsitzende) hatte die Entlassung der Redaktion der Gewerkschaftsjugendzeitung „ran“ in die Wege geleitet. Hunderte Protestbriefe waren die Antwort, doch Vetter und sein „Rat der Götter“ im DGB-Vorstand meinen, die Angelegenheit mit diesem Schreiben endgültig vom Tisch zu haben. Sie sollten ihre Ruhe nicht bekommen. Die Proteste müssen weitergehen.

HEINZ OSKAR VETTER
VORSITZENDER
DES DEUTSCHEN
GEWERKSCHAFTSBUNDES

HANS-BÖCKLER-HAUS
HANS-BÖCKLER-STRASSE 99
4000 DÖSSELDORF
TELEFON 4301200

31. Januar 1980

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

die Zahl der Briefzuschriften, in denen aus der Organisation oder auch von außerhalb gegen die personellen Vorgänge in der Redaktion unserer Jugendzeitschrift „ran“ protestiert wurde, ist außerordentlich eindrucksvoll. Eindrucksvoll deshalb, weil sie deutlich macht, daß die Rolle der Zeitschrift „ran“ in der Gewerkschaftsjugend und darüber hinaus anerkannt ist. Die ausschlaggebende, aber repräsentative Veröffentlichung von Leserbriefen in „ran“ zeigt jedoch auch, daß niemand der Diskussion ausweicht.

Wollte ich jedes Schreiben beantworten, würde viel Zeit vergehen. Wesentlich mehr Zeit zumindest, als es einer aktuellen Diskussion guttun kann. Deshalb sei mir die Erwiderung in dieser Zusammenfassung und in der Form gestattet, die sich aus den erwähnten Gründen anbietet.

Zur Sache stelle ich noch einmal fest: Niemand im DGB-Bundsvorstand hat sich mit seiner Entscheidung im Fall „ran“ leicht getan. Immerhin aber ist sie vom gesamten Bundesvorstand getroffen worden.

Die Entscheidung mußte so fallen, weil die Grenzen der Toleranz überschritten worden sind, die für die Einheitsgewerkschaften des DGB gelten müssen. Der Bundeskongress 1972 hat schließlich die Gewissensfreiheit eines jeden Gewerkschaftsmitglieds in der persönlichen Entscheidung zur Frage des § 218 ausdrücklich manifestiert. Darin hat sich gezeigt, wie sehr politische und religiöse Toleranz, die Achtung insbesondere gegenüber Mindermeinungen als Fundament der Einheitsgewerkschaft wirken. Und weil wir schließlich wissen, unter wieviel Opfern die Arbeitnehmerschaft zur Erkenntnis gelangt ist, daß die Einheit ihrer Gewerkschaften auch deren Kraft und Stärke ausmacht, wollen wir hier der geminderten Verantwortung eines leichtfertigen „Witzchens“ keine Chance lassen.

In diesem Falle handelte es sich um eine Situation, in der unsere selbstgefundene Zurückhaltung aus Solidarität gefordert war und ständig gefordert bleiben wird.

Alle Leser werden schon erkannt haben oder sehr schnell merken, daß die tatsächliche journalistische Freizügigkeit, die „ran“ bisher genossen hat, auch in Zukunft erhalten bleibt. Es ist kein leeres Wort, sondern erklärte Absicht: „ran“ bleibt „ran“.

Mit freundlichem Gruß

Metalltarifrunde kurz vor dem Abschluß

Einem schnellen Ende scheint sich die diesjährige Metalltarifrunde zu nähern. Zwar spielen sowohl Gewerkschaften als auch der Unternehmensverband noch einmal den harten Mann, aber man feilscht nur noch um kleine Details. In Baden-Württemberg wird noch mal gewarnt, so haben am 7.2. in Neckarsulm 6.000 Metallarbeiter gestreikt und gegen den „ultimativen Verhandlungsstil“ der Unternehmer protestiert:

- Folgendes „letzte Angebot“ der Unternehmer liegt auf dem Tisch:
 - Lohnerhöhungen von 6,8%
 - zusätzlich gestaffelte Einmal-Zahlungen von 150 DM (Lohngruppe 2) bis 25 DM (Lohngruppe 6).
- Das ergibt ein Gesamtvolumen von 6,9%.

Die Staffelung gilt als die „soziale Komponente“, die alleiniger Streitpunkt ist. Die 6,8% (bei einer Ausgangsforderung von 10,5%) hat die IGM akzeptiert. Doch auch bei der „sozialen Komponente“ wird Kompromißbereitschaft signalisiert. Ursprünglich wurde als diese Komponente angegeben: die Staffelung der Lohnerhöhung in eine Hälfte prozentualer und die andere Hälfte linearer Erhöhung (ein Festbetrag). Sinn dieser Mischforderung sollte es sein, den immer größer werdenden Unterschied zwischen unteren und oberen Lohngruppen abzustoppen. Hier von ist die IGM abgerückt. Sie akzeptiert die Definition der „sozialen Komponente“ durch die Unternehmer. Sie streitet nur noch um die Höhe der einmaligen Zahlung (228 DM für Lohngruppe 2 und 42 DM für

Lohngruppe 6). Damit, so die IG Metall, wäre das Gesamtvolumen knapp über 7%, was die Optik wesentlich verbessert. Umstritten ist außerdem noch, daß die IGM die einmaligen Zahlungen auf Urlaubsgeld und Leistungszulagen angerechnet wissen will.

Der Streitpunkt ist also gering. Ähnliches vollzieht sich in der Stahltarifrunde, wo 5,8% (IGM-Forderung: 9,5%) geboten wurden. IGM-Betriebsleiter Herb: „Ein Schritt in die richtige Richtung“.

Die Unternehmer wollen das Ergebnis auf jeden Fall unter 7% halten. Sie sind dabei besonders böse auf Wirtschaftsminister Lambsdorff, der sich dazu hinreißen ließ, öffentlich eine Lohnerhöhung von 7% für gerechtfertigt zu erklären, obwohl im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 6 - 6,5% vorgegeben waren. Ähnlich böse reagierten die Unternehmer auf eine vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangte Umfrage des Handelstages (DIHT), der gute Gewinnaussichten prognostizierte („FAZ“: diese Umfrage sei „unglücklich präsentiert“, 9.2.). Pannen, die sich sicher ausbügeln lassen werden. In dieser Lohnrunde ist zu befürchten, daß sich in den Gewerkschaften mal wieder die „gesamtwirtschaftliche Verantwortung“ durchsetzt. Darüber dürfen auch nicht die Warnstreiks im tarifpolitisch disziplinierten Baden-Württemberg hinwegtäuschen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»Gesamtmetall sucht Streit — wir sind bereit!«

Mit dieser Parole und Transparenten wie: „4,3% mehr Lohn, das ist blanker Hohn“ und „Dürr will es so, na fein, heizen wir ihm ein“, besetzten am 28.1. etwa 400 Metallarbeiter zu Beginn der dritten Verhandlungsrunde im Bezirk Nordwürttemberg/Nordbaden den Verhandlungssaal im Stuttgarter Hotel „Graf Zeppelin“.

Am gleichen Tag legten in diesem Bezirk rund 20.000 Metallarbeiter in über einem Dutzend Betrieben kurzfristig die Arbeit nieder.

Schon vorher und an den Tagen danach protestierten mit weiteren Arbeitsniederlegungen die baden-württembergischen Metallarbeiter gegen das provokatorische 4,3 und später 4,8 Prozent-Angebot.

Am 29.1. legten etwa 8.000 Kollegen vor allem aus den Stuttgarter Daimler-Benz-Werken kurzzeitig die Arbeit nieder.

Am 30.1. streikten erneut 24.000 Metallarbeiter, davon allein 15.000 bei Daimler in Sindelfingen.

Rund 1000 Opel-Arbeiter aus Rüsselsheim zogen am 4.2. nach Bad Nauheim zum Verhandlungsort für die hessische Metallindustrie.

Nach Angaben der IG Metall beteiligten sich an den Warnstreiks insgesamt etwa 70.000 Metallarbeiter.



Die Tarifexperten bekommen Besuch in ihrem Nobelhotel. Stuttgarter Metallarbeiter auf dem Weg zur Tarifverhandlung.

Auf diese Welle von Warnstreiks reagierten die Metall-Kapitalisten mit einer weiteren Verschärfung. Sie beantragten beim Arbeitsgericht Stuttgart eine einstweilige Verfügung, mittels der die IGM-Vorstand gezwungen werden sollte, „auf die Mitglieder einzuwirken, die rechtswidrigen Arbeitsniederlegungen für die Dauer der Friedenspflicht zu unterlassen“ („FAZ“, 2.2.80).

Gleichzeitig drohten sie an, gegebenenfalls Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Aus der Tatsache, daß die Warnstreiks auf das Gebiet Baden-Württembergs beschränkt blieben, schlossen die Bourgeois, daß die örtlichen Funktionäre und insbesondere Bezirksleiter Steinkühler diese zumindest förderten.

Sie forderten deshalb den IGM-Vorstand auf, genauso wie beim Abwürgen der Nachschlagsdebatte im Sommer/Herbst '79, seine „Führungsqualität unter Beweis zu stellen und Ordnung zu schaffen.“

Aussperrung: Starke Worte — nur kein Kampf



Dieses Bild charakterisiert durchaus treffend die derzeitige DGB-Kampagne gegen die Aussperrung. Kluncker (ÖTV), Loderer (IG Metall), Döding (NGG), Hauenschild (IG Chemie) und DGB-Chef Vetter (von links) posieren für die Kamera auf der DGB-Kundgebung am 26.1. in Hannover. Knapp 4.000 Gewerkschafter besuchten diese eher schlappe Eröffnung einer Kampagne, deren Hoffnung darin besteht, daß das Bundesarbeitsgericht Anfang April die Aussperrung für ungesetzlich erklärt. Das gleiche Bundesarbeitsgericht, das bereits in zwei Grundsatzurteilen 1955 und 1971 die Aussperrung legalisiert hat. „Wir werden die Aussperrung aus dem Felde fegen, wenn wir nur wollen“, so soll Eugen Loderer gesagt haben („FR“, 31.1.). Der konservative Deutsche Richterbund mißbilligte dies „scharf“ und bestand auf der „Unabhängigkeit“ der Richter. „Jede Aussperrung ist eine Kriegserklärung an den gesamten DGB“, erklärte DGB-Chef Vetter („Welt“, 28.1.). Die DGB-Führer delegieren die „Kriegsführung“ der Gewerkschaften an die Gerichte. Ein böses Erwachen ist zu befürchten.

Jetzt sieht auch die „Express“ Gespenster

Ein Gespenst geht um im DGB, das Gespenst der „kommunistischen Unterwanderung“. Erst kürzlich muß es die Redaktion der „Express-Zeitung“ für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (herausgegeben von Sozialistischen Büro) heimgesucht haben. In der Januar-Ausgabe der Zeitung (vom 23.1.80) ist ein namentlich nicht gezeichnetes Kommentar veröffentlicht: „Gegen Strauß — aber wie?“ Da heißt es: „Klaus Staack war einer der ersten, der eine Initiative gegen Strauß gründete und dafür unter Gewerkschaftlern eine große Unterstützung fand. Seine Initiative 'Freiheit oder Strauß' drückte sich nicht vor der politischen Konsequenz, damit auch die SPD gegen Strauß zu unterstützen.“ (Hervorhebungen von uns). Wer will es dem SPD-Mitglied Staack verdenken? Wer will es aber den vielen Gewerkschaftlern, die 10 Jahre SPD-Regierung mit etwas anderen Augen sehen

und ihre Erfahrungen gemacht haben, verdenken, daß sie bei einer so durchsichtigen Pro - SPD - Wählerinitiative mißtrauisch sind und Überlegungen zu einer parteiunabhängigen Anti - Strauß - Initiative anstellen? Die „Express“ kann dies offensichtlich nicht verstehen: Die Unterzeichner „haben offensichtlich nicht damit gerechnet, daß in den Gewerkschaften auch bei einer solchen Aktion DKP-Interessen ins Spiel kommen. Wer glaubt, auf die Unterstützung der DKP und DKP-orientierter Kollegen angewiesen zu sein, der hat jetzt so seine Schwierigkeiten mit einer Anti-Strauß-Aktion, wenn damit auch offen die Unterstützung der SPD betrieben wird.“ Zur Tatsache, daß Überlegungen zu einer SPD - unabhängigen Initiative existieren, heißt es, daß „mit Rücksicht auf die DKP und ihren Anhang verschämt auf die SPD-Empfehlung verzichtet“ werde. Und die DKP-verdächtigten Gewerkschafter sind auch

gleich identifiziert: „L. Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, soll zu diesen Leuten gehören... Beim Barte von Vätern Stalin, da sind bestimmt noch Kollegen von der HBV dabei“, wenn's keiner glaubt, Stoiber springt mit Sicherheit drauf an.

Es ist wirklich peinlich, daß das SB einen derart undifferenzierten, direkt antikommunistischen Kommentar abdruckt, der nichts weiter tut, als jeden, der heute nicht mehr von der SPD-Wahl überzeugt ist, in eine ganz bestimmte Ecke zu drängen versucht. Ist den „Express“-Leuten vielleicht entgangen, daß die Zahl derer wächst, die nicht SPD wählen, was beileibe nicht Verdienst der DKP ist? Wie heißt es zum Schluß des Kommentars: „Eine erbärmliche Taktiererei“. Dem ist nichts hinzuzufügen, außer, daß wir von dieser Seite doch etwas mehr Niveau gewohnt sind.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Tarifrundnachrichten

Urabstimmung der 40.000 Holzarbeiter in Niedersachsen

Statt Streik wie von 94 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in der niedersächsischen Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie in einer ersten Urabstimmung Ende Januar beschlossen, mußten sie ab 4.2. über ein geringfügig verbessertes Unternehmerrangebot erneut abstimmen. Nach Bekanntwerden des eindeutigen Votums für Streik unterbreiteten die Unternehmer ein Angebot, das insgesamt eine Lohnerhöhung von sieben Prozent vorsieht.

Die Gewerkschaftsführer setzten daraufhin den geplanten Streikbeginn aus (nach knapper Kampfabstimmung aus „unserer Gruppe“).

stimmung in der Tarifikommission) und empfahlen, bei der Urabstimmung das Ergebnis anzunehmen.

Für die 30.000 Beschäftigten im Speditionen- und Transportgewerbe sowie den Hafenumschlagbetrieben Baden-Württembergs empfiehlt die ÖTV-Führung eine Lohnerhöhung von neun Prozent mindestens jedoch 185 Mark.

Für die am 5.2. beginnenden Tarifverhandlungen für die 90.000 Beschäftigten im hessischen Großhandel hat die HBV Tarifikommission Lohn und Gehaltserhöhungen zwischen 130 und 240 Mark beschlossen.

Hamburg: 5.000 gegen Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand



Gegen Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand hatten die DGB-Jugend sowie verschiedene Jugendverbände am 1. Februar in Hamburg zu einer Demonstration aufgerufen. Etwa 5.000 überwiegend Jugendliche waren gekommen. Da gab es Transparente gegen die geplante flächenbedeckende Einführung des Berufsgrundbildungsjahres. Auszubildende aus Krankenhäusern demonstrierten in Arbeitskleidung für einen besseren Manteltarifvertrag; etwa 30 HDW-Lehrlinge trugen in einem Sarg Arbeitsplätze zu Grabe. Ein bunt aufgemachter Schülerblock forderte: „Für eine Schule, die Spaß macht“. Aber auch Parolen und Transparente gegen Strauß, gegen Aufrüstung und Atomraketen wurden mitgeführt.

Auf der Abschlussskundgebung sprach Christian Goetz, Chefredakteur der HBV-Zeitung „Ausblick“. Er forderte die Fortsetzung der Spannungspolitik und warnte davor, sich „ins Schlepptau der USA zu begeben“. Der Begriff „Nachrüstung“ sei ebenso hohl, wie das Gerede von der „Sozialpartnerschaft“. Er distanzierte sich vom Gerede über die „kommunistische Unterwanderung“ des DGB, das dazu diene, gewerkschaftliche Aktivitäten zu bremsen. Vielmehr sollte die Gewerkschafter aufgerufen, den Vormarsch der Reaktion unter Franz Josef Strauß zu stoppen.

Nach einem Bericht eines Lehrlingsgenossen

HSW-Prozeß:

Ein Schnüffler namens Schnupper

Während das Bundeskriminalamt die Kundenkartei von Elektrizitätswerken und Banken durch seine Computer laufen läßt, während die Justiz die Enthüllungen über die hemmungslose Zusammenarbeit von Uni-Verwaltungen und Geheimdienst mit der Durchsuchung der Redaktionsräume der Studentenzeitung "rote blätter" beantwortet, ficht vor dem Hamburger Verwaltungsgericht der frühere HSW - Arbeiter Rainer Grimm seinen Strauß mit dem "großen Bruder" aus. Er war 1976 entlassen worden und erfuhr erst viel später, daß der Verfassungsschutz bei seinem Rauschmiß mitgedreht hatte.

Es geht ihm darum, die Vorgänge aufzuklären, die seinerzeit zu der Entlassung geführt hatten und seine Rehabilitierung zu erreichen. Außerdem will er in diesem exemplarischen Prozeß gegen das Landesamt für Verfassungsschutz Schadensersatz verlangen. Immerhin war er nach seiner HSW-Zeit in vier Firmen jeweils vor Ablauf der Probezeit unter fadenscheinigen Begründungen entlassen worden und war lange Zeit arbeitslos. Vieles deutet daraufhin, daß hier auch der Verfassungsschutz mitgeholfen hat.

Der zweite Verhandlungstag versprach interessant zu werden, waren doch als Zeugen der frühere Personalchef Käppeler geladen sowie der seinerzeit für HSW zuständige Mann vom Verfassungsschutz. Zwischen diesen beiden war, soviel ist unumstritten, der Informationsaustausch abgewickelt worden, der als "HSW - Skandal" Anfang 1978 Schlagzeilen machte. Interessant vor allem deshalb, weil die Gegenüberstellung der Aussagen dieser Männer möglicherweise ein Loch in die Mauer des Schweigens hätte reißen können, die der Verfassungsschutz erwartungsgemäß um seine Aktivitäten aufgebaut hat. Käppeler jedoch kam nicht. Das Gericht hatte seine jetzige Adresse erst kurz vor dem Prozeß ausfindig machen können.

Verfassungsschutz zielt sich

Vor der Zeugenvernehmung kam es jedoch noch zu einem Streit darüber, ob und unter welchen Umständen der Verfassungsschutz zukünftig Erkenntnisse über den Kollegen Grimm an Unternehmer oder andere nicht-staatliche Stellen weitergeben darf. Im Kern ging es darum, daß der Verfassungsschutz seine eigene Interpretation der Gesetze hat und sich da in keiner Weise festlegen wollte. Insbe-

sondere wollte sich der Prozeßbevollmächtigte, Regierungsdirektor Lamprecht, nicht darauf festlegen lassen, daß auch schon die Auskunft, es bestünde "keine Bedenken" gegen eine Beschäftigung Grimms, eine Weitergabe von Erkenntnissen ist. Am liebsten wollte er zu dieser Frage gar nichts ins Protokoll aufnehmen lassen. Erst als der vorsitzende Richter zu verstehen gab, daß das Gericht eine Entscheidung in dieser Sache treffen müßte, wenn Lamprecht nicht eine für Grimm befriedigende Erklärung in dieser Sache abgeben würde, stimmte Lamprecht dem folgenden Wortlaut zu: "Das LfV wird künftig bei Aussagen jeglicher Art, die den Kläger betreffen, gegenüber nicht-staatlichen Stellen den § 6 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Hamburg strikt beachten." Wobei Lamprecht darauf bestand, daß vor das Wort "künftig" noch ein "auch" eingefügt würde.

Der § 6 besagt, daß grundsätzlich keine Geheimdienst-Erkenntnisse an nicht-staatliche Stellen weitergegeben werden dürfen, mit der Einschränkung, daß der Innensenator als oberster Dienstherr unter bestimmten Voraussetzungen über Ausnahmen entscheiden kann.

Grimm und sein Anwalt deuteten

an, daß sie diese Erklärung akzeptieren könnten. Damit war dieser Punkt zunächst vom Tisch.

Bleibt festzuhalten, daß die Frage nicht geklärt ist, ob die Mitteilung "keine Bedenken" an einen Personalchef eine Weitergabe von Erkenntnissen darstellt. Und hier könnte noch ein gefährlicher Haken sein; immerhin ist es in Expertenkreisen bekannt, daß diese Formulierung eine interne Sprachregelung ist für: es gibt Erkenntnisse, aber es wird aktuell nicht gefahndet.

Schnupper tritt auf

Eine indirekte Bestätigung für diese Befürchtung brachte der Auftritt des Verfassungsschutz-Agenten Gerhard Schnupper (39). (Frage von Grimms Anwalt an Lamprecht: "Sagen Sie, ist das ein Deckname?"). Nachdem Schnupper dem Richter die von allen Prozeßbeobachtern erwartete beschränkte Aussagegenehmigung überreicht hatte, nach der er nichts sagen darf über die interne Organisation des Amtes, nichts über die Methoden, Wertungen und sonstige Einzelheiten, bot der Westentaschen-James-Bond, der einen stark übernützigen Eindruck machte, dem Richter bei der Befragung zur Person eine Auskunft seinen Personalausweis an, nicht ohne mit einem kurzen Blick über die Schulter auf die vielleicht vierzig-köpfige Schar der Prozeßbeobachter - einige Jura-Studenten, Presseleute und eine Reihe von Freunden und Unterstützern Grimms von der Bunten Liste, die den kleinen Saal randvoll besetzt hatten - eine verständnisreiche Geste zur Untermauerung seines Sicherheitsbedürfnisses anzufügen.

Es habe damals eine Anfrage der Personalleitung gegeben, ließ Schnupper sich ein. Seine Aufgabe sei es gewesen, die Überprüfung durchzuführen, und er habe dann "eine Erkenntnis" mitgeteilt. Da es zur Person Grimms im Amt "keine relevanten Erkenntnisse" (wörtlich!) gegeben habe, sei die dann übermittelte Beurteilung gewesen: "Keine Bedenken".

Diese Formulierung, aus beruflichem Munde, verdeutlicht das Funk-

tionieren der schon erwähnten Sprachregelung: immerhin bedeutet "keine relevanten Erkenntnisse" noch längst nicht, daß "keine Erkenntnisse" vorliegen. Diese Auskunft ist für den Personalchef ein deutlicher Fingerzeig darauf, daß es zumindest eine Akte Grimm beim Verfassungsschutz gibt.

Unzweideutig widerlegt ist durch Schnappers Aussage auch die Behauptung des Regierungsdirektors Lamprecht vom ersten Verhandlungstag, daß es gar keine Akte Grimm gäbe.

Die weiteren Aussagen Schnappers sollten offenbar mehr verdunkeln als erhellen. Zwar stellte sich Schnupper als den seinerzeitigen zentralen Kontaktmann für HSW dar, ließ seine Funktion dabei aber auf die eines Boten zusammenschrumpfen. So habe er Zuarbeiters, die die eigentliche Recherche vornehmen würden ("Innendienstkräfte"), und wenn die ihm mitteilen, daß es "keine relevanten Erkenntnisse" gäbe, habe er auch nicht die Möglichkeit, da weiter nachzufragen. Die Bewertung dieser Zuarbeiter-Mitteilung nehme dann auch nicht er selbst sondern sein Vorgesetzter vor. Der gute Schnupper hat also nichts anderes zu tun, als den Briefträger zu spielen. Und da es sich bei der Tätigkeit seiner Zuarbeiter um einen rein technischen Vorgang handle, könne er sich heute auch nicht mehr daran erinnern, wer dies damals erledigt habe. Außer ihm sei nur manchmal sein Vorgesetzter mit zu HSW gegangen. Bei dieser Aussage sprach Schnupper zunächst von "meinem Referenten", bezeichnete diesen aber im weiteren nur noch als seinen Vorgesetzten. Schnupper war sich aber sicher, daß er das Grimm betreffende Gespräch mit Käppeler allein geführt habe, und er habe dabei lediglich die Mitteilung gemacht, es bestünde "keine Bedenken" gegen Grimm.

Schnupper schloß auch aus, daß jemand anders detaillierte Einzelerkenntnisse an HSW gegeben haben könnte, mußte auf Nachfragen allerdings einräumen, daß er dies nicht selbst nachgeprüft habe. "Das ergibt

sich aus meiner damaligen alleinigen Kompetenz für HSW."

Dieser Aussage steht die Erklärung des damaligen stellvertretenden Personalchefs Schmid entgegen, der in einem Fernseh-Interview konkrete Details aus Verfassungsschutz-Informationen über Grimm geschildert hatte und damit den HSW-Skandal auslöste. Schnupper meinte, das könne er sich auch nicht erklären.

Es bleibt spannend

Das Gericht entschied daraufhin, die Akte des inzwischen abgeschlossenen Kündigungsschutzverfahrens beizubehalten, das Grimm gegen HSW angestrengt hatte. Das Arbeitsgericht hatte in seiner Urteilsbegründung die Schmid - Aussage ausführlich gewürdigt.

Außerdem soll die Verfassungsschutzakte über Grimm auf dem Verwaltungswege beschafft werden. Danach soll entschieden werden, welche weiteren Zeugen geladen werden sollen. Insbesondere wird eine Vernehmung von Käppeler wohl notwendig sein, da nach wie vor ungeklärt ist, wie die Detail-Informationen ins Werk gelangen konnten.

Beim nächsten Prozeßtag dürfte auch der "anhaltende Spionageverdacht" zur Sprache kommen, mit der Innensenator Staak die HSW-Schnüffeleien u.a. zu rechtfertigen gesucht hat. Grimms Anwalt Piontek überreichte dem Gericht eine Reihe von Zeitungsausschnitten, aus denen ersichtlich ist, daß das angeblich so spionagegefährliche Produktionsverfahren bereits 1972 an die Sowjetunion verkauft worden ist.

Ein Ende des Prozesses ist also noch nicht in Sicht. Der AK wird weiter berichten.

Kontakt: Rainer Grimm, Heysestr. 20
205 Hamburg 80, Tel. 040/720 68 25

Spendenkonto:
218 28 32 600 Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 200 101 11
Stichwort: HSW - Geschädigte

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Streik gegen Betriebsurlaub

Still Hamburg

Erneut haben die Kollegen von Still bewiesen, daß sie bereit sind, ihre Interessen, notfalls auch mit Streiks zu verteidigen.

Als die Geschäftsführung Anfang Januar mit dem Betriebsrat Verhandlungen über die Einführung von Betriebsurlaub aufnahm, entstand sofort "Unruhe", und etwa 900 Kollegen des Hauptwerkes Berzeliusstraße forderten auf Unterschriftenlisten die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Bevor die allerdings stattfinden konnte, kam es dann am 18.1. zu einem "wilden Streik", als die unnachgiebige Haltung der Geschäftsführung in den Verhandlungen bekannt wurde.

Die Aktion verlief noch wesentlich geschlossener als die Arbeitsniederlegung für einen Nachschlag im Oktober des letzten Jahres.

Aus allen Abteilungen, auch aus den Angestelltenbereichen, zogen die Kollegen ins Fahrzeugwerk. Viele mit frisch gedruckten Aufklebern gegen den Betriebsurlaub an der Jacke. Dort wurde eine Protestversammlung abgehalten und das Erscheinen des

Betriebsrates gefordert. Der Bericht des Betriebsrates über die laufenden Verhandlungen steigerte noch die Empörung der Kollegen. Nachdem ein Vertreter der Geschäftsführung vergeblich versuchte, die Kollegen über Megaphon zum Abbruch des Streiks aufzufordern und nur Pfiffe und Buh-Rufe erntete, konnte der Betriebsrat dann die erste Erfolgsmeldung geben. Für dieses Jahr wolle die Geschäftsführung keinen Betriebsurlaub mehr einführen.

Das reichte den Kollegen aber nicht aus. Es wurde beschlossen, sich die Verhandlungen einmal aus der Nähe anzusehen.

Die Geschäftsführung konnte aus dem Fenster des Verwaltungsgebäudes beobachten, daß alle Kollegen das Fahrzeugwerk wieder verließen. Sie hatte kaum aufgetaucht, als sie feststellen mußte, daß hierzu leider nicht der geringste Anlaß bestand. Denn die Kollegen gingen nicht wieder an die Arbeit, sondern kamen Pölenrufend auf das Verwaltungsgebäude zumarschieren. Im 4. Stock (Sitz der Geschäftsführung) brach daraufhin fast Panik aus. Die Tür zum Treppenhaus wurde abgeschlossen,

und Polizei sollte gerufen werden. Der Betriebsrat konnte das gerade noch verhindern und schloß auch die Tür wieder auf. So kam die Geschäftsführung dann doch noch in den Genuß, die Wut der "lieben Mitarbeiter" einmal aus nächster Nähe zu spüren. Einer der Herren fand sogar unversehens einen Aufkleber "Weg mit dem Betriebsurlaub" an seinem Anzug. Als das seinen Blutdruck in gefährliche Höhen trieb, bot ihm ein Kollege an, dieses Ärgernis zu entfernen, allerdings für 100 DM und natürlich bar auf die Kralle. Die Stimmung war jedenfalls bombig!

Als die Kollegen dann die Besichtigung des 4. Stocks für ausreichend hielten, wurde noch ein bißchen durchs Werk demonstriert, bevor man sich dann zu einer etwas unüblichen Zeit gemütlich in der Kantine niederließ. Um 13 Uhr war man dann der Meinung, daß sich das Arbeiten sowieso nicht mehr lohne und ein verlängertes Wochenende (es war Freitag) ja auch was Schönes sei. Die meisten gingen also nach Hause.

Am Montag wurden dann von der GF kleine Zettel verteilt, auf denen sie Maßnahmen gegen die Streiken-

HINWEIS

ARBEITSNIEDERLEGUNGEN (STREIKS) SIND IM GEGENWÄRTIGEN ZEITPUNKT UNZULÄSSIG. WER SICH AN SOLCHEN ARBEITSNIEDERLEGUNGEN - AUCH NUR FÜR KURZE ZEIT - BETEILIGT, VERSTÖßT GEGEN DAS RECHT UND SEINEN ARBEITSVERTRAG. ER HAT KEINEN LOHNSPRUCH, KANN FRISTLOS ENTLASSEN UND WEGEN EVENTUELL ENTSTEHENDER SCHÄDEN HAFTBAR GEMACHT WERDEN.

WIR FORDERN UNSERE MITARBEITER AUF, SICH NICHT AN ARBEITSNIEDERLEGUNGEN ZU BETEILIGEN. BEI VERSTÖßEN WERDEN WIR UNSERE RECHTE WAHRNEHMEN.

STILL GmbH

HAMBURG, 21. JANUAR 1980

Die Geschäftsführung versuchte vergeblich, die Kollegen einzuschüchtern.

den androhte (siehe Faksimile).

Aber die Belegschaft hatte ja noch ein Druckmittel in der Hand: die geforderte außerordentliche Betriebsversammlung. Allen war klar, in der jetzigen Situation wird sie nicht gerade kurz und wohl auch nicht besonders ruhig. Der Geschäftsführung war das auch ein Dorn im Auge, und sie fragte telefonisch beim Betriebsrat an, ob er denn nicht vielleicht davon absehen könnte.

Nach längerer Diskussion einigte sich der Betriebsrat dann darauf, der Geschäftsführung einen Tausch an-

zubieten: keine Betriebsversammlung, und dafür auch keinerlei Maßnahmen gegen die Kollegen, also keine Entlassungen, keine Verwarnung und auch keine Eintragung in die Personalakte. Außerdem Aussetzung der Verhandlungen über den Betriebsurlaub 1981 bis zur nächsten ordentlichen Betriebsversammlung. Nach einigem Zögern ging die Geschäftsführung darauf ein. - Ein Kuhhandel zwar, aber ich meine, ein vertretbarer.

Ein Genosse von Still

HDW-Hamburg: Programmlohn vorerst verhindert

„Die meisten sind hier ja doch Kommunisten!“

Ist die Belegschaft der Howaldtswerke - Deutsche Werft (HDW) in Hamburg - bisher nicht gerade in der Spitzengruppe kämpferischer Betriebe zu finden - über Nacht zur Vorhut der Revolution geworden? Weit gefehlt! Es handelt sich hierbei bloß um wütende Äußerungen rechter Betriebsräte, nachdem eine Mehrheit der Vertrauensleute es gewagt hatte, zu den Plänen von Unternehmens-Vorstand und Betriebsrats-Mehrheit, den Programmlohn (PL) einzuführen, mit NEIN zu stimmen.

Im Rahmen der verschärften Rationalisierung auf den Werten spielt der Programmlohn eine wichtige Rolle. Mit diesem neuen, verschärften Lohnsystem wollen die Kapitalisten die Produktivität um 20%-30% steigern! (Die Kollegen sollen davon einen kleinen Teil als Lohnhöhung abbekommen; siehe AK 165). Daher läuft seit mehreren Monaten eine breite Kampagne, um den Kollegen den PL schmackhaft zu machen. Mit

Begeisterung unterstützt wird diese Kampagne von den rechten Betriebsräten (die die Mehrheit stellen) und ihren Nachbarn unter der Belegschaft. Auf Betriebsversammlungen und im Vertrauenskörper (VK), bei Gruppengesprächen und auch in „Einzelbearbeitung“ preisen sie unermüdlich die angeblichen Vorteile dieses Systems für die Kollegen. Es wurden sogar zweimal Tagesseminare für die Gewerksprecher durchgeführt (während der Arbeitszeit und vom Betrieb bezahlt!). Beim zweiten Mal wurden allerdings die Kieler Vertrauensleute aus den dortigen Programmlohnbereichen von HDW, mit denen zusammen zum konkreten Informationsaustausch das Seminar überhaupt stattfinden sollte, vom Kieler HDW-Betriebsratsvorsitzenden an der Teilnahme gehindert. Sie hätten ja vielleicht den Hamburgern auf Grund ihrer Erfahrung was „Falsches“, sprich Negatives erzählen können!

Auf der anderen Seite gibt es aber auch immer mehr Kollegen, die dem Programmlohn kritisch gegenüber-

stehen oder ihn sogar prinzipiell ablehnen. Auch von dieser Seite wurde zunehmend in die Debatte eingegriffen und auf breiter Ebene Diskussionen geführt. So wurde der PL immer mehr zum Hauptthema auf der Warte. Daher warteten alle mit Spannung auf das Ergebnis der Sitzung des IGM-Vertrauenskörpers (VK) am 30.1.80. Einziges Thema: Schlußdiskussion und Abstimmung über Programmlohn. Vorher hatte Heinz Bracker von der IGM-Bezirksleitung zugesichert, daß die IGM nicht gegen den Willen der Kollegen einen Tarifvertrag über PL mit dem Unternehmen abschließen werde.

Auf der sehr turbulenten Sitzung wurde nach einem 1 1/2-stündigen Referat von Heinz Bracker (im Namen der IGM für PL!) von vielen Kollegen in einer lebhaften Debatte massive Kritik geübt. PL wurde als Teil der Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmens dargestellt. Ein Kollege warf einigen Betriebsräten Mißbrauch ihrer Freistellung vor, da sie diese dazu nutz-

ten, einseitig für den PL zu werben und rumzulaufen. Insgesamt haben auch manche Kollegen Beiträge gehalten, die sich bisher nie zu Wort gemeldet hatten. Die Vertrauensleute aus den Bordmontage-Abteilungen brachten eine Resolution zur klaren Ablehnung des PL ein. Zur Abstimmung gelangte aber eine andere Vorlage der VK-Leitung: Aufforderung an den Betriebsrat, eine Kommission zu bilden, um mit dem Vorstand über die PL-Einführung zu verhandeln! Dieser Vorschlag wurde mit 141 gegen 80 Stimmen abgelehnt! Ein großer Erfolg für die Kollegen, den (in dieser Höhe) kaum jemand erwartet hatte. Zum ersten Mal hatte sich der VK - früher mehrheitlich ein bedingungsloses Ja-Sager-Gremium für den Betriebsrat - durchgesetzt gegen Unternehmens-Vorstand, IGM-Vertreter, Betriebsrats-Mehrheit und Mehrheit der VK-Leitung! Für HDW fast schon eine halbe Revolution. Während die rechten Betriebsräte aus ihrer Enttäuschung und Wut kein Hehl machten,

herrschte bei den meisten Kollegen große Freude und Genugtuung.

Dieser Erfolg war möglich, da sich die Aktivitäten einiger entschiedener PL-Gegner verbunden hatten mit denjenigen Kollegen, die zwar nicht generell den PL ablehnen, aber eine kritische Haltung dazu einnehmen. Gefördert wurde diese „Ablehnungsfront“ noch durch das harte Vorgehen der PL-Befürworter, deren Kampagne z.T. schon überzogen war. Insgesamt hat dieser Erfolg das Selbstbewußtsein vieler Kollegen gestärkt und auch neue Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen und unter den Vertrauensleuten aufgezeigt.

Der Programmlohn ist zwar vorläufig gestoppt, aber noch längst nicht endgültig verhindert worden. Die Kapitalisten werden weiterhin alles dransetzen, um doch noch ihr Projekt auf anderem Weg durchzusetzen, in das sich so etliche Millionen reingesteckt haben.

Betriebszelle HDW
KB/Gruppe Hamburg

Putzfrauen — Teilzeitarbeiterinnen ohne Rechte?

85 Prozent aller Teilzeit-Beschäftigten sind Frauen. Einer der wesentlichen Bereiche, in denen Teilzeitarbeit seit langem möglich ist, ist die sogenannte Gebäudereinigung. Vor einigen Jahren begannen die Gebäudereinigungsunternehmen ihr dickes Geschäft. Nachdem früher die Frauen bei den einzelnen Firmen, in denen sie schufteten, fest angestellt waren, übernahmen die Gebäudereinigungs-Unternehmen die Putzfrauen, um den großen Reibach mit ihnen zu machen. Sie arbeiten ohne Steuerkarte, im Gegensatz zu früher. Daß heißt, Renten- und Krankenversicherung und Beiträge zum 624-Mark-Gesetz fallen für sie weg. Bei einer Übernahme aus der alten Firma fällt für den Gebäudereiniger selbst die Einarbeitungszeit weg, da die Frauen „ihre alten Reviere“ gut kennen.

Daß die Frauen jetzt stundenweise bezahlt werden, bedeutet aber meist nicht, daß ihr Revier kleiner wird. Im Gegenteil, sie müssen bei weniger Stunden die gleiche Arbeit leisten wie früher. Da sie ohne Papiere arbeiten, müssen sie unter 15 Stunden pro Woche bleiben. Das bedeutet dann zunehmende Arbeitshefte, oder nach „Feier“abend wird unbezahlt weitergeschuftet. Der Unternehmer legt die Quadratmeterzahl fest, die in einer Zeitvorgabe geschafft werden muß. Der Druck auf die Frauen ist groß. Wenn sie ihre Arbeit nicht schaffen, oder gar krank werden, fliegen sie halt raus. Bei Krankheit haben sie zwar ein Recht auf Lohnfortzahlung; für den Unternehmer ist es jedoch ein leichtes, sie stattdessen einfach zu feuern.

Auch im Gebäudereinigungsgewerbe gibt es deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Bezahlung. Während der männliche Vorarbeiter z.B. pro Stunde DM 11,98 erhält, wird eine Vorarbeiterin von mehr als 15 Arbeiterinnen mit DM 8,17 abgespeist. Sogar die zuunterst eingestufte männliche Hilfskraft erhält mehr Lohn als diese Vorarbeiterin. Sogar die zuunterst eingestufte männliche Hilfskraft erhält mehr Lohn als diese Vorarbeiterin.

Da die Frauen in diesem Bereich häufig ihre Rechte nicht kennen, weil die Meinung, wer ohne Papiere arbeitet, hat auch sonst keine Rechte, vorherrscht, benutzen die Kapitalisten allerlei Tricks, um sie noch mehr auszubeuten: Ein Unternehmer versuchte, den Frauen nur eine Nachschichtzulage zu bezahlen, wenn sie von 22 bis 6 Uhr arbeiten. Wenn sie um 23 Uhr anfängt und um 4 Uhr aufhört, geht sie leer aus. Tatsächlich steht ihr natürlich für jede Stunde in diesem Zeitraum eine Zulage zu. Da die Bezahlung derart mies ist, werden teilweise Scheinverträge mit irgendwelchen Verwandten

abgeschlossen, so daß die Frauen doppelt ranklotzen, um dementsprechend mehr Lohn zu erhalten.

Mittlerweile herrscht unter den einzelnen Gebäudereinigungs-Unternehmen, die es inzwischen wie Sand am Meer gibt, ein starker Konkurrenzdruck, so daß die Kapitalisten sich immer neue Schliche ausdenken. Nicht nur, daß der Lohn sowieso schon sehr niedrig ist, neuerdings gehen sie teilweise dazu über, die Frauen nicht nach Stunden zu bezahlen, sondern schließen Verträge mit sogenannten „Revierpreisen“ ab. Die Putzfrauen erhalten dann rund 360 DM. Das ist sogar noch unter dem Tariflohn, der bei 390 DM monatlich liegt. Da in den Pauschalpreisverträgen aber keine Stundenzahlen genannt sind, wird dieser Betrug geschickt verschleiert.



Ein Dorn im Auge sind den Unternehmern natürlich die Frauen, die gewerkschaftlich organisiert sind. Sie kennen ihre Rechte besser und können sich gegen die üblichen Unternehmerroutinen leichter wehren. In einem Fall sollen 19 Frauen in einem Betrieb gezwungen worden sein, schriftlich ihren Austritt aus der Gewerkschaft vor den Augen des Kapitäns zu erklären. Andernfalls wären sie rausgeschmissen worden.

Auch in diesem Bereich sind immer noch zu wenige Frauen bis jetzt gewerkschaftlich organisiert. Allerdings haben sie in der IG Bau, Steine, Erden auch noch einen schweren Stand. War diese bis vor kurzem eine reine Männergewerkschaft, übersteigt jetzt immerhin die Zahl der weiblichen organisierten Mitglieder in der Fachgruppe Gebäudereinigung die Anzahl der Männer. Doch auf Schulungen sind die Frauen stark unterrepräsentiert, und in Funktionskreisen fehlen sie ganz.

Flugblattaktion gegen Entlassung von Frauen bei AEG-Hannover

Seit einiger Zeit ist bekannt, daß AEG-Telefunken 13.000 Kolleginnen entlassen wird. Betroffen hiervon sind viele Frauen. Im Werk II in Hannover z.B., das ganz dicht gemacht wird, arbeiten z.Zt. 90% Frauen. Bei mörderischer Akkordhetze kriegen sie dafür durchschnittlich 1.000 bis 1.200 DM netto im Monat.

Eine Gruppe ausländischer und deutscher Frauen, die sich seit circa einem Jahr im Frauenzentrum Hannover trifft, hat jetzt ein Flugblatt in Türkisch, Spanisch und Deutsch zur Situation bei Telefunken gemacht: „Wir haben jetzt die Schnauze voll!!! Die Entlassungen bei Telefunken sind beschlossene Sache. Wie immer werden die Frauen von Entlassungen besonders betroffen. Wo sollen Frauen in Hannover Arbeit finden? ... Sprengel macht zu ... Bahlsen will sein Werk verlegen. Besonders für uns ausländische Arbeiterinnen gibt es Probleme bei Entlassungen. Nur wenn wir die unbefristete Aufenthaltserlaubnis und die besondere oder die unbefristete Arbeitserlaubnis haben, können wir einigermaßen sicher sein, in Deutschland zu bleiben.“

Wir fühlen uns in dieser Situation von der Gewerkschaft und besonders von den führenden Gewerkschaftsfunktionären im Stich gelassen. Die Gewerkschaft hat uns

Türkisch und Spanisch übersetzt, obwohl es gerade jetzt darauf ankommt, daß wir alles genau verstehen.

Wir fordern die Gewerkschaft auf, uns künftig besser zu informieren und sich eindeutig auf unsere Seite zu stellen. Die Gewerkschaft soll auch dafür sorgen, daß die Arbeitsstunden vom Streik am Donnerstag, den 16.11.79, bezahlt werden.

Wir sind Menschen und keine Maschinen! Wir haben ein Recht, als Menschen behandelt zu werden! Gruppe ausländischer und deutscher Frauen, Frauenzentrum Hannover.

Einer Frau aus der Gruppe wurde vom Arbeitsamt schon gesagt, einen Arbeitsplatz in der Fabrik könne man(n) ihr in Hannover nicht mehr vermitteln. Sie könne nur in einer Gaststätte, einem Hotel oder als Putzfrau arbeiten. Von Umschulungsmaßnahmen ganz zu schweigen. Die Stimmung unter den Frauen bei Telefunken wird eher resignativ eingeschätzt: „Wir können die Entlassungen nicht verhindern.“ Sie haben Recht, wenn sie sagen: „... trotzdem wollen wir nicht auf das verzichten, was wir tun können: möglichst viele Leute über die Situation, besonders der Frauen bei Telefunken zu informieren. Auch für uns als Gruppe ist dieses Flugblatt wichtig. Wir wollen unsere Wut nicht runterschlucken, sondern ausdrücken.“

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Protestaktionen der ÖTV-Jugend für einen neuen Manteltarifvertrag

Ca. 200 Kolleginnen und Kollegen der Hamburger ÖTV-Jugend versammelten sich am 29.1. um 14 Uhr, also für viele noch während der Arbeitszeit, um für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV-A) zu demonstrieren. Im Aufruf der ÖTV heißt es dazu: „Kommt alle, auch während der Arbeitszeit, zu unserer Veranstaltung am 29. Januar 1980. Laßt Euch von Euren Vorgesetzten nicht davon abbringen, diese Veranstaltung aufzusuchen. Die ÖTV wird dafür Sorge tragen, daß niemand, der an dieser Veranstaltung teilnimmt, irgendwelche Benachteiligungen erfährt.“

Mit Bussen wurden die Kolleginnen und Kollegen aus den Krankenhäusern und Betrieben abgeholt. Unterstützt wurde diese Aktion u.a. durch Solidaritätsresolutionen des Ortsjugendausschusses der IG Metall, durch den Personalrat und Vertrauensleutekörper des Allgemeinen Krankenhauses Heidelberg und durch den Betriebsrat der Gesamthafenbetriebe. Beschlossen wurde von der Versammlung ein Offener Brief an Bürgermeister Klose und eine Protestrevolution, die die Hauptforderungen bekräftigte.

„Dabei fordern wir die ÖTV-Tarifkommission auf, bei den Verhandlungen von folgenden Punkten nicht abzuweichen:

- Einbeziehung der Auszubildenden in der Krankenpflege in den Geltungsbereich des MTV-A.
- Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber
- Verkürzung der Probezeit auf einen Monat
- Ein Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei der Stufenbildung
- Weiterbeschäftigung aller ausgebildeten Jugendlichen in einem Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht
- 10 Tage Freistellung vor der Prüfung“

Diese Protestveranstaltung war Teil eines bundesweiten Aktionstages am Tag vor der Verhandlungsrunde am 30.1.

Die Arbeitgeber zeigten sich jedoch davon völlig ungerührt und legten

auch an diesem zweiten Verhandlungstag wie schon am 29.11.79 kein vernünftiges Angebot vor.

Jetzt muß die ÖTV zu massiveren Aktionen greifen! Lehrlingskommission



Der Mann als Haus-Frau

... unter dieser oder ähnlichen Überschriften wurde Ende Januar in der bürgerlichen Presse das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem jetzt auch alleinstehenden Männern ein bezahlter „Putztag“ im Monat zugestanden wird, laut bejubelt. Karlsruher Richter stellten fest, daß „es mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes unvereinbar sei, wenn alleinstehenden Frauen mit eigenem Hausstand, nicht aber Männern in gleicher Lage Anspruch auf einen Hausarbeitstag gewährt werde“ (Aktenzeichen: I BvR 631/78).

Aktenzeichen: I BvR 631/78. Karlsruher Westfalen hatte, nachdem seine Klage beim Arbeitsgericht abgelehnt wurde, Verfassungsbeschwerden dagegen eingelegt, daß

offenbar noch immer an längst überholten Rollenvorstellungen festgehalten werde, daß nämlich der Mann im Berufsleben zu stehen und die Frau lediglich den Haushalt zu führen habe.

Den Karlsruher Herren ging ein Licht auf — sie entschieden: „Es gehört nicht zu geschlechtsspezifischen Eigenheiten von Frauen, Haushaltsarbeiten zu verrichten“ („FAZ“, 30.1.) Und weiter: „Die Beschränkung des Hausarbeitstages auf die Frau könne auch nicht mit deren geringerer Leistungsfähigkeit gerechtfertigt werden.“

Natürlich finden wir es schön, daß jetzt auch endlich den Männern vergönnt ist, einmal im Monat einen bezahlten Hausarbeitstag einzulegen.

Doch wie ist es z.B. mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes vereinbar, wenn es um die Abschaffung der Leichtlohngruppen für Frauen geht?

Das Gesetz ist übrigens in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Für Hamburg gilt z.B. die Regelung nur für Alleinstehende, die mindestens 40 Stunden/Woche malochen und ein Klein- oder Schulkind vorweisen können. Wenn kein Kind da ist, muß Frau/Mann sogar 48 Stunden schuften, um in den „Genuß“ eines Putztages zu kommen. Unter diesen Bedingungen ist eine Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 35 Stunden sowieso schon lange fällig.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

GEW Berlin: DGB macht wieder Schwierigkeiten

Als die Landesdelegierten der Westberliner GEW auf ihrer LVV am 19.12.79 ihre politische Erklärung entsprechend den Vorschlägen Erich Fristers änderten, taten sie dies in dem Bewußtsein, damit endlich die innergewerkschaftlichen Querelen mit dem DGB zu beenden. Bekanntlich hatte der DGB Landesbezirk Berlin die Bestätigung des GEW-Vertreters in diesem Gremium unter Hinweis auf die angeblich satzungswidrige politische Erklärung verweigert. Die GEW-Delegierten haben jedoch den Grad reaktionärer Verkommenheit der DGB-Führer unterschätzt: Unter Federführung des Westberliner DGB-Chefs Sickert weigert sich der DGB-Landesbezirk nach wie vor, den Vertreter der GEW-Berlin, Gerhard Schmidt, in seine Reihen aufzunehmen. Begründet wurde dies damit, daß der LVV-Beschluß zur Änderung der politischen Erklärung lediglich „taktisch“ bedingt und nicht Ausdruck eines Sinneswandels sei. Damit gibt es in Westberlin seit der Fusion im Juni 1979 die groteske Situation, daß die GEW zwar Beiträge an den DGB entrichtet, ihr die Beteiligung an den Gremien jedoch verweigert wird.

Der Streit um die politische Er-

klärung (darin wir o.a. die grundsätzliche Gegnerschaft zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen festgehalten) währt seit ihrer Verabschiedung auf der LVV im Dezember 1978, wo sie als Geschäftsgrundlage für die Fusion gedacht war. Die GEW-Bund hatte die Erklärung zum Anlaß genommen, die Fusion zeitweilig zu stoppen und hatte Sanktionen angedroht, wenn sie nicht zurückgenommen würde. Auch der Westberliner DGB hatte Gerhard Schmidt unter Hinweis auf diese Erklärung den Zugang zu den DGB-Gremien versperrt. Um eine „satzungsgemäße“ Neuformulierung zu sichern, legte Erich Frister zur LVV vom 19.12.79 Formulierungsvorschläge vor (abgedruckt im AK 168, S. 17), die dann auch von der LVV so übernommen wurden (der LVV-Beschluß ist im AK 169, S. 12 abgedruckt).

Wenn jetzt der DGB-Landesbezirk die Verabschiedung der Frister-Formulierungen als „taktisch“ bewertet, so ist dies natürlich auch ein Affront gegen Fristers Linie zur Beilegung des Konflikts. So ist zu erwarten, daß Frister dem DGB-Bundesvorstand, dem jetzt die endgültige Entscheidung über die Vertretung der GEW-Berlin in den DGB-Gremien zu-

kommt, die Aufnahme der Westberliner GEW empfehlen wird. Sollte der DGB hier Fristers Vorschläge nicht folgen, so wäre dies eine erhebliche Schlappe für Fristers Kurs, die seine beabsichtigte Karriere im DGB (Frister spekuliert auf den DGB-Vorsitz, vgl. „Stern“ 3/80) zunichte machen würde.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Impressum

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 55,— im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,—; erscheint 14-tägig. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe 9.300. Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

Das Ende des NDR: Schwarzfunk und Verlegerfunk staatsvertraglich abgesegnet!

Am 7. Februar unterzeichneten die Regierungschefs der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Albrecht und Stoltenberg, einen Staatsvertrag über die Einrichtung einer Zwei-Länder-Rundfunkanstalt und besiegelten damit das endgültige Ende des Norddeutschen Rundfunks NDR als gemeinsame Sendeanstalt mit dem Land Hamburg. Mit der Unterzeichnung des neuen Vertrages unterstreicht die CDU/CSU den Triumph ihrer Medienstrategie, die ein erklärtes Etappenziel erreicht hat. Die Zwei-Länder-Anstalt ist vollständig in der Kontrolle der Partei und undemokratischen „Programmrichtlinien“, sie macht den Weg frei zur Durchsetzung einer vertraglichen Regelung, welche die elektronischen Medien direkt dem Zugriff einflussreicher, finanzstarker Kapitalgruppen öffnet.

Der neue Staatsvertrag zementiert den Schwarzfunk

Der von Albrecht und Stoltenberg am 11. Januar vorgelegte Staatsvertragsentwurf enthält gegenüber dem bisher gültigen NDR-Vertrag zahlreiche Vorschriften und Reglementierungen für den Inhalt der Rundfunkprogramme. Speziell für die Landesprogramme für Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist vorgeschrieben, daß sie dazu dienen sollen, „das öffentliche Geschehen, das Wirken der Verfassungsorgane ... angemessen darzustellen“ (§6 des Entwurfs).

Sollte der NDR immerhin noch „die internationale Verständigung fördern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur zur Wahrheit verpflichtet sein“ (§4 Abs. 2 des NDR-Vertrags), wird dies im neuen CDU-Funk nicht mehr erwünscht sein. Dafür sollen die Journalisten ganz nach dem Vorbild in Springers Hetz- und Lügenfabrik „für die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit eintreten und die Einigung Europas fördern“ (§7, Abs. 2, 3) und „Ehe und Familie als grundgesetzlich geschützte Institution respektieren“ (§7, Abs. 2, 5). War nach dem alten NDR-Vertrag generell „die weltanschaulichen und künstlerischen Richtungen zu berücksichtigen“ (§4 im NDR-Vertrag), ist diese schwammige Aussage im neuen CDU-Vertrag dahingehend eingegrenzt worden, daß die „bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte“

eingegrenzt „wollen, daß ... die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen im Sendegebiet ... angemessen zu Wort kommen können“ (§8 Abs. 1, 1). Dieser Paragraph 8 zur „Programmausgewogenheit“ verpflichtet die Journalisten des neuen NDR, besser (C)DR, „daß die Auffassungen der wesentlich betroffenen Personen, Gruppen oder Stellen angemessen und fair berücksichtigt werden“ (§8, Abs. 1, 3). Logisch auch, daß keine Kritik mehr an Staat und Gesellschaft geleistet werden darf, ohne daß nicht noch in der selben Sendung Vertreter und Saubermänner der „FDGO“ gehört werden müssen. (§8 Abs. 3). Absatz 4 legt dann auch noch fest, daß „wertende und analysierende“ Einzelbeiträge in ihrer „Gesamtheit der Vielfalt der Meinungen zu entsprechen“ habe. Die Redakteure müssen damit rechnen, daß ihnen ihre Beiträge mit dem Hinweis auf Verstoß gegen die „Vielfalt“ gestrichen werden, was ihre eigene politische Enthaltsamkeit und Anpassung verstärken wird, wenn sie ihres Arbeitsplatzes nicht beraubt werden wollen.

Daß dies nicht nur Befürchtungen bleiben, dafür sorgen entsprechende Regelungen im Staatsvertrag.

Kontrollinstanzen voll in der Hand der CDU

Der Vertrag sieht vor, daß der Rundfunkrat im Rahmen der oben skizzierten „Grundsätze der Programmgestaltung“ Programmrichtlinien ausarbeitet, die die „unmittelbaren Pflichten und Rechte für die Mitarbeiter des NDR begründen“ (§ 11). Besteht im Rundfunkrat Anlaß zu der Annahme, „daß gegen Grundsätze der Programmgestaltung oder der Richtlinien verstoßen worden ist, hat der Intendant ... die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen“ (§11, Abs. 2).

ren“ (§11, Abs. 2).

Es liegt ausschließlich in der Interpretation des Rundfunkrats, was „Verstöße“ gegen die Programmgrundsätze sind und was nicht. Die Zusammensetzung des Rundfunkrats dokumentiert dann auch die absolute Dominanz von CDU-, oder CDU-nahen Vertretern:

- 8 Parteienvertreter aus CDU und SPD entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in den Parlamenten,
- 2 weitere Vertreter der FDP
- 2 von der evangelischen Kirche
- 2 von der katholischen Kirche
- 1 von den jüdischen Kultusgemeinden
- 2 vom DGB
- 1 DAG
- 1 Deutscher Beamtenbund
- 2 Arbeitgeberverbände
- 1 von den Bauernverbänden
- 1 vom Gesamtverband Handwerk
- 1 vom freien Wohlfahrtsverband
- 2 von den Heimatverbänden
- 1 von den Frauenverbänden
- 1 von den Jugendringen
- 1 vom Sportbund
- 1 von den Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern
- 1 vom Börsenverein d. Buchhandels
- 1 vom Deutschen Journalisten-Verband
- 1 von den „Heimatvertriebenen“
- 4 aus gesellschaftlich „relevanten“ Gruppen, die bisher nicht genannt sind, „die einvernehmlich von den Regierungschefs der Länder ausgewählt werden“.
- 3 aus den Bereichen Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Kunst und freie Berufe, „einvernehmlich von den Regierungschefs der Länder“ auszuwählen.

Neu ist auch die direkte Anwesenheit von zwei Regierungsvertretern im Rundfunkrat, die durch die Regierungschefs jederzeit austauschbar sind.

Die CDU hat sich ihre Mehrheit abgesichert, indem sie den Regierungschefs das Sonderrecht einräumt, insgesamt 7 Vertreter ihrer Wahl in den Rundfunkrat zu schicken. Bezeichnend ist ebenfalls, daß DAG und der konservative Beamtenbund genauso viel Sitze haben, wie der DGB, obwohl dieser neunmal soviele Mitglieder hat.

Dieses reaktionäre Gremium ist mit Vollmachten ausgestattet, die nur mit der Weimarer Rundfunk-Neuordnung von 1926 und 1932 in Form der „Überwachungs- und Kulturschüsse“ vergleichbar sind.

Diesen gegenüber waren die Rund-

turausschüsse vergleichbar sind. Diesen gegenüber waren die Rundfunkgesellschaften verpflichtet, „sich in allen Fragen der politischen Programmgestaltung mit dem Überwachungsausschuß in Verbindung zu setzen und seine Entscheidungen abzuwarten“ (Nach Peter Dahl, Arbeitssender und Volksempfänger, S. 33).

Im neuen Staatsvertrag des (C)DR sind die Kontrollfunktion des Rundfunkrates u.a. so festgelegt:

„Der Rundfunkrat berät den Intendanten in Programmangelegenheiten und der Programmrichtlinien und faßt die dazu erforderlichen Beschlüsse. Er kann feststellen, daß einzelne Sendungen gegen die Grundsätze ... der Programmrichtlinien verstoßen, und den Intendanten anweisen, einen festgestellten Verstoß nicht fortzusetzen oder künftig zu unterlassen“ (§20 des neuen Vertrages).

Während der Rundfunkrat die inhaltliche Arbeit der Rundfunkanstalt überwacht, ist der Verwaltungsrat nach dem neuen Vertrag zuständig für die Überwachung der Geschäftsführung, vor allem im Bereich der Finanzen. Der zehnköpfige Verwaltungsrat besteht aus den Landtagspräsidenten der beiden vertragschließenden Länder, sechs vom Rundfunkrat gewählten Mitgliedern und - auch hier - je einem Vertreter der beiden Landesregierungen. Der Verwaltungsrat wählt (?) den Intendanten.

Auch im Verwaltungsrat hat sich die CDU die absolute Dominanz gesichert. Daß der neue Intendant ein Mann der CDU sein wird, ist damit auch schon klar.

In Zukunft auch offiziell Fahndungshilfe des BKA?

Anläßlich des Strauß-Besuchs in Bremen im Oktober letzten Jahres

Kam es zu einer größeren Protestaktion vor der Bremer Stadthalle durch mehrere tausend Demonstranten. Dabei filmte der NDR die Szenen, aus denen die Bremer Staatsanwaltschaft sich erhoffte, Beweismaterial gegen Demonstranten herauskloppen zu können, um die Strafverfolgung einzuleiten. Der Staatsanwalt forderte vom NDR die Herausgabe des Filmmaterials, was dieser mit Hinweis auf „Einschränkung der Pressefreiheit“ zurückwies.

Daraufhin ließ die Staatsanwaltschaft das Material beschlagnahmen. Eine Beschwerde des NDR vor Gericht wurde abgelehnt. Nach Auffassung der DJU-Niedersachsen/Bremen wurde mit dieser Entscheidung das Zeugnisverweigerungsrecht ad absurdum geführt. „Mehr noch: Journalisten geraten in Gefahr, gegen ihren Willen zum Helfer von Polizei und Justiz zu werden.“ („FR“, 16.11.79). Auch hier hat die CDU eine vertragliche Regelung getroffen, die die Befürchtungen der DJU noch übertrifft: „Wer ein berechtigtes Interesse schriftlich glaubhaft macht, kann Einsicht in die Aufzeichnungen verlangen“. Diese Aufzeichnungen „können nach Ablauf von sechs Wochen gelöscht werden, soweit keine Beanstandungen mitgeteilt worden sind“. Jedes Mitglied des Rundfunkrates kann darüber hinaus die Verlängerung der Aufbewahrung der Aufzeichnungen verlangen (§15 Aufzeichnungspflicht, Absatz 1-6).

In Zukunft gilt für alle Demokraten: Vorsicht, Kamera !!

Die Tür zum Verlegerfunk ist aufgestoßen!

Mit dem neuen Vertrag hat die Union Buchstabe für Buchstabe durchgesetzt, was ihr von Anfang an die Auseinandersetzung mit einer der zentralen Punkte war: Die Einbeziehung privater Träger in die Medien. Auf einer Tagung des mediopolitischen Beirats der CDU/CSU am 20. September letzten Jahres formulierte Albrecht:

„Wir haben den Staatsvertrag gekündigt, weil wir nicht mehr bereit waren, den NDR so hinzunehmen, wie er ist.“ Das schwierigste Problem sei aber in der Tatsache zu suchen, daß die Mehrheit im Sender nicht auf CDU-Linie liege. In Albrechts Terminologie klingt das so: „Der NDR ist ein Sender ohne Ausgewogenheit, ohne Rücksicht auf die Pluralität der Gesellschaft, und dies ist ein Sender ohne Ausgewogenheit, ohne Rücksicht auf die Pluralität der Gesellschaft, und dies ist das schwierigste Problem. Er, Albrecht, ist schnell zu dem Schluß gekommen, daß auf diesem Gebiet wenig zu erreichen ist, wenn man das so betreibt wie bisher ... Außerdem besteht die Schwierigkeit, immer mit den Journalisten ins Gehege zu kommen. Das hängt mit dem falschen Medienverständnis beim NDR zusammen. Folgerung: Einzige Chance, etwas zu ändern, ist die Sicherung von Pluralität durch so viel Programme, wie finanziell darstellbar sind.“ („FR“, 15.10.79).

Der Medienexperte der CDU/CSU Schwarz-Schilling, äußerte sich dazu in der Westfälischen Rundschau am 19.10.79:

Der CDU/CSU gehe es darum, „die privaten Alternativen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk/Fernsehen stärker und konkreter deutlich (zu machen). Dabei muß für die Öffentlichkeit aber auch für die Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten klar werden, daß es sich hier um konkrete Möglichkeiten handelt, die von der CDU nicht nur unterstützt, sondern aktiv gefördert werden. Dies um einmal das etablierte System zu verunsichern, zum anderen, um auch den Rundfunk- und Fernsehmitarbeitern alternative Ausweichmöglichkeiten aufzuzeigen.“ (Aus dem CDU-Strategie-Entwurf zur Eroberung des WDR 1978).

Im neuen Vertrag kann der NDR „zur Erläuterung und Begleitung seiner Programme Videotext mit Zustimmung der Regierungen der Länder nutzen. Eine Nutzung von Videotext darüber hinaus und durch andere Veranstalter ist im gesamten Gebiet zulässig.“ (§2 des Vertrages)

Noch weitergehender sind die Festschreibungen in §47, Abs. 3. Danach „wird der NDR die für die Durchführung eines Hörfunkprogramms erforderlichen UKW-Fre-

quenzen auf Verlangen der Regierung eines Landes im Gebiet dieses Landes nicht mehr nutzen“ (ab 1982). Der NDR soll „Sendungen eines anderen Veranstalters ... auf dessen Antrag ausstrahlen, soweit der NDR die entsprechenden sendetechnischen Einrichtungen betreibt“ (Abs. 2). Die Zeitungsverleger Niedersachsens sind jetzt schon dabei, ihre Vorbereitungen zur Übernahme einer NDR-Sendefrequenz für den Hörfunk abzuschließen.

„Für die Ausstrahlung des Verleger-Funks sollen dann die technischen Anlagen des NDR bei Erstattung der Kosten mit genutzt werden“ („FR“, 28.1.80).

Die Verleger wollen auch nicht ganz aus „eigener Kraft“ produzieren, sondern Sendungen von Radio Luxemburg übernehmen.

Demagogie, die ihre Vorbilder hat

Im Zuge der Auseinandersetzung um die Zerschlagung des NDR hat vor allem Ernst Albrecht des öfteren erkennen lassen, wo die Vorbilder seiner Medienpolitik zu finden sind. In einem Interview mit der „Bild“ vom 12.11.79 erklärte Albrecht: „Mir mißfällt übrigens auch, daß im heutigen Fernsehen ständig Pessimismus verbreitet wird. Unsere Welt ist doch auch schön ... Sendungen müssen für die Bürger und

nicht für die Journalisten gemacht werden. Die Linken preisen stets den „mündigen Bürger“, aber sie bestreiten ihm die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, was er sehen und hören will. Ich bin allerdings gegen das heutige Überangebot an gesellschaftspolitischen Quark, weil den die Bürger immer weniger essen wollen“. 1935 gab Josef Goebbels das Programmkonzept für den Rundfunk der nächsten Jahre aus. Danach solle „besonderer Bedacht gerade auf die Entspannung und Unterhaltung gelegt werden, weil die weitgehend überwiegende Mehrzahl aller Rundfunkteilnehmer meistens vom Leben sehr hart und unerbittlich angefaßt wird, in einem nerven- und kräfteverzehrenden Tageskampf steht und Anspruch darauf hat, in den wenigen Ruhe- und Mußestunden auch wirklich Entspannung und Erholung zu finden. Demgegenüber fallen die wenigen, die nur von Kant und Hegel ernährt werden wollen, kaum ins Gewicht“ (Peter Dahl, Arbeitssender und Volksempfänger, S. 116).

Nach dem Sieg des Schwarzfunks im norddeutschen Raum steht jetzt eine härtere Gangart beim WDR bevor. Die jüngsten Ereignisse wie die Notstandsübungen vom 19.12.79 (siehe AK 169) sowie die Absetzung der Jugendsendung „Radiothek“ kündigen einen „scharfen Wind von rechts“ an.

Medienkommission KB/Gruppe HH

Neues von der Springer-Mafia

So unabhängig wie die BILD selbst scheint auch ein gewisser Hamburger Richter Engelschall zu sein, der das Urteil gegen Günter Wallraffs erstes BILD-Buch, „Der Aufmacher“, fällt. Engelschall, dessen Tochter eine Stelle in der Hamburger BILD-Redaktion bekam, verbot den weiteren Nachdruck des „Aufmachers“. Er selber wurde nun jüngst vom deutschen Zeitungsverlegerverband in den Presserat entsandt. Er wurde auch Vorsitzender eines Ende letzten Jahres eingesetzten Untersuchungsausschusses, der Günter Wallraffs Vorwürfe gegen die BILD prüfen soll. Befangenheit? Woher denn! Nach zwei Sitzungen des Ausschusses im Januar wurde eine Klärung verweigert, da der Springer-Verlag erst zu acht von zwölf Anschuldigungen Stellung genommen habe.

In einer vom 3. Programm des

NDR am 27.1. ausgestrahlten Sendung, in „Tatort Gericht“, hatten zwei Journalisten Opfer der BILD-Zeitung interviewt und mehrere Fälle nachrecherchiert. Richter Engelschall sowie dem Springer-Verlag war angeboten worden, ebenfalls im Rahmen der Sendung Stellung zu nehmen. Sie zogen es jedoch vor, zu schweigen.

Dagegen fand sich ein mutiger BILD-Redakteur aus der Kölner Redaktion bereit, vor der Kamera zu bestätigen, was G. Wallraff in seinem zweiten Buch enthüllt hatte. Ex-BILD-Mann Willman bezeugte, daß von BILD-Köln Günter Wallraffs Telefon angezapft und sämtliche ein- und ausgehenden Gespräche mitgehört und geschrieben worden waren.

Fortsetzung nächste Seite

220 Volt im Boot

Grzimeks
Todeswunsch:
Löwen zerissen

Wer etwas Ehrgefühl hat sollte dieses
Lügenblatt
siehe unten nicht kaufen

Aus Angst vor Frühjahrsputz: Hausfrau erschlug sich mit Hammer

Die Bohrer können sich nicht überwinden
Mit etwas Ehrgefühl und
Verstand hat, sollte dieses Lügenblatt
nicht kaufen

Entwurf: Klaus Steach, 1980

Fortsetzung von Seite 40

Darüberhinaus strafe er der Behauptung des Verlages Lüge, es habe sich um Zufall oder eine Einzelaktion einiger BILD-Leute gehandelt. Chefredakteur Prinz war von der Kölner Redaktion nach Inbetriebnahme des Tischaussprechers informiert worden. Diese Aussage hat Willman, zuvor durch einen Anwalt notariell beglaubigt, schriftlich abgegeben. Auf einer Veranstaltung in der Hamburger „Fabrik“ schilderte Günter Wallraff wie dieser Zeuge jetzt selber Opfer der BILD wurde: er wurde von mehreren Männern in seiner Wohnung überfallen und traktiert und im Fahrstuhl geschlagen und mit einer brennenden Zigarette mißhandelt. Der Mann mußte jetzt untertauchen.

Günter Wallraff wußte, wovon er sprach, als er gegenüber der „TAZ“ über die Macher des Blatts sagte: „Gleichzeitig bieten sie ein kaum zu überbietendes Potential an krimineller Energie, an Formen der Verhetzung, Intrigen, der Fälschung und des Rufmords“ („TAZ“, 18.1.)

2. Versuch des Giganten

Der erste Versuch, Günter Wallraffs Buch „Zeugen der Anklage“ zu stoppen, scheiterte vor einem Bochumer Gericht (siehe AK 168). Jetzt steht der 2. Versuch ins Haus.

In Saarbrücken schlich sich ein Gerichtsvollzieher in eine interne Gewerkschaftsrunde ein und überreichte dem dort anwesenden Wallraff eine einstweilige Verfügung, die die Nennung eines Rechtsanwalts Müller I. untersagen soll (siehe Kapitel: der Fall Ingrid Stengel).

Wallraff sieht dem Prozeß mit Freuden entgegen, da die geschilderten Fälle durch Zeugen abgedeckt sind. Wieder eine Gelegenheit, um sichtbar zu machen, was bei „BILD“ läuft. Wallraff zur weiteren Auseinandersetzung vor Gericht: „Auf dieses Verfahren in Saarbrücken werden weitere Prozesse folgen. Ich hoffe nur, daß sie dann endlich mal selbst auftreten. Ich möchte gern die ses Verfahren in Saarbrücken werden weitere Prozesse folgen. Ich hoffe nur, daß sie dann endlich mal selbst auftreten. Ich möchte gern die Rechtsverweserin Damm aus Springers Rechtsverhinderungsabteilung den Chefredakteur Prinz und seinen Stellvertreter, den Berufs-, Tarr- und Untergrundkatholiken Bilges, der die Kirche und den christlichen Glauben als Feigenblatt benutzt, und die vielen anderen im Buch genannten im Gericht erleben. Ich bin da in einer sehr guten Ausgangsposition. Ich warte ab, die sollen sich erst mal um Kopf und Kragen lügen, ich laß die richtig kommen, bis zu Eiden, und dann kommen wir.“

Anti-Springer-Aktivitäten:

+ Zur Organisation und Koordination der Anti-„BILD“-Aktivitäten wurde in Frankfurt vor kurzem ein Büro gegründet. Eine große Plakataktion und Aushänge für Betriebe sind in Planung.

+ In Dortmund hat sich eine Anti-„BILD“-Initiative gebildet, die schon mit mehreren Flugblättern an die Öffentlichkeit getreten ist. So anlässlich einer von BILD organisierten „Super-disco-Rakete“, zu der in einem Flugblatt Enthüllungen aus dem 2. „BILD“-Buch gebracht wurden.

+ In der „Druck und Papier“ vom 14.1. (ZO der IG Druck und Papier) empfiehlt Detlef Hensche, Mitglied des Hauptvorstandes, nach einer Inhaltsübersicht über die „Zeugen der Anklage“: „sie gehören nicht nur in die Hand eines jeden Journalisten, eines jeden politisch interessierten Bürgers, sondern in die Hand eines jeden Lehrers.“

+ Wallraffs Tip: „In den einzelnen Städten sollte man BILD genau verfolgen, da ist fast in jeder Woche eine gewaltverherrlichende oder volksverhetzende Sache drin. In solchen Fällen kann man organisieren, daß man BILD im großen Rahmen einsammelt und sie der nächsten Staatsanwaltschaft abliefern und Anzeige erstattet.“

Zitate aus: Wallraff-Interview in „Die Neue“ vom 8.1.80

Wer selber Informationsmaterial braucht oder hat, wer selber ANTI-Springer-Aktivitäten ergreifen will, kann sich wenden an: GEGEN-BILD-Stelle 6 Frankfurt 1 Kleine Hochstraße 5

Medienkommission

Portugal Interview mit Otelo de Carvalho

Im Rahmen der gegenwärtigen Tournee von José Afonso durch verschiedene Städte der BRD hatten wir in Frankfurt Gelegenheit zu einem gemeinsamen Interview von „TAZ“, „Neue“ und AK mit Otelo de Carvalho.

Dem folgenden (etwas gekürzten) Abdruck dieses Interviews durch die „TAZ“ vom 7.2.80 wollen wir noch einige Ergänzungen zufügen. Insbesondere interessierte uns, welche Positionen Carvalho zur Frage Kriegsgefahr und zum Komplex Einmischung der BRD via SPD in Portugal einnimmt.

Carvalho vertrat zum ersten Punkt die Ansicht, Weltkriege seien heute relativ unwahrscheinlich aufgrund des massiven nuklearen Rüstungsaufgebots der beiden Großmächte, SU und USA. Ein dritter Weltkrieg würde in diesem Zusammenhang gesehen eine totale Zerstörungsstrategie bedeuten. Daher sei er der Meinung, die Imperialisten würden heute eher punktuelle, lokalisierte Kriege vorziehen, etwa im Nahen Osten, Afrika oder Lateinamerika. In dem Zusammenhang erwähnte er als ein „Beispiel“ die „Invasion“ Kambodschas durch Vietnam ...

Zum zweiten Punkt sei er von den massiven Einmischungsversuchen seitens der SPD in Portugal überzeugt, allerdings gäbe es für ihn dazu keine konkreten Beweise. Die Tatsache der ehemaligen Gründung der portugiesischen PS in Bonn würde jedoch schon für sich sprechen. Eine weitere Frage betraf die Konsequenzen des EG-Eintritts für Portugal. Abgesehen von den natürlich katastrophalen Konsequenzen für die Politik und Wirtschaft Portugals wies Carvalho auf den seiner Meinung nach einzigen Vorteil des EG-Eintritts hin: Freizügigkeit für die 3 bis 4 Millionen portugiesischen Arbeiter/innen in der EG. Allerdings müsse dies eine Sorge

Vorteil des EG-Eintritts hin: Freizügigkeit für die 3 bis 4 Millionen portugiesischen Arbeiter/innen in der EG. Allerdings müsse dies eine Sorge der portugiesischen Regierung selber sein und nicht Aufgabe eines supranationalen Organs.

KB/Gruppe Frankfurt

TAZ: Ende Januar habt ihr in Portugal eine neue linke Organisation gegründet, die an den Parlamentswahlen im September dieses Jahres teilnehmen wird. Warum?

Otelo: Diese Volkseinheit („unidade popular“) existierte meiner Meinung nach in Portugal schon längst, in verbreiteter, aber nicht-organisierter Form. Sie wird gebildet aus den Hunderttausenden, die sich weder in der Sozialistischen Partei (PS) noch in der Kommunistischen Partei (PCP) zu Hause fühlen, diese bei irgendwelchen Wahlen nicht wählen und im übrigen links von diesen beiden Parteien stehen. Sie haben bisher keine Alternative, der sie ihre Stimme geben könnten.

TAZ: In einem Interview (TAZ v. 21.1.80) hast du neulich gesprochen vom verbreiteten Mißtrauen gegenüber den Parteien in Portugal einerseits; demgegenüber steht das Projekt der Volkseinheit, das eben auch auf der parlamentarischen Ebene eingreifen will. Wie gehst du mit diesem Widerspruch um?

Otelo: Der Widerspruch ist offensichtlich, aber er ist kein wirklicher. Die revolutionäre Linke, für die ich hier spreche, betrachtet den Parlamentarismus als eine Instrument, das sich die Bourgeoisie geschaffen hat, um die Arbeiter zu beherrschen. Und wir glauben, das Terrain der Wahlen benutzen zu müssen (wo wir am besten an die Massen herankommen) weil es das Terrain des Gegners ist.

Falls wir nach den Wahlen eine Gruppe im Parlament haben, werden wir von innen heraus gegen den Parlamentarismus der Bourgeoisie kämpfen. Und wir werden versuchen, legislative Maßnahmen im Interesse der Arbeiter durchzusetzen.

Vertrauen auf die eigene Kraft

TAZ: Welches sind die Hauptpunkte eures Programms?

Otelo: Noch gibt es kein Programm. Wir werden zunächst eine Führung für die Volkseinheit bilden, die aus sechs Personen besteht. Dieses Exekutivorgan wird dann sechs Kommissionen bilden: für die Ausarbeitung eines Programms, für den Aufbau der Organisation, für Agitation und Aufklärung, für Massenmedien und Information und schließlich für Finanzbeschaffung. Unsere drei Hauptziele sind: Kampf für eine neue demokratische Praxis, Kampf für eine neue demokratische Praxis, Kampf für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kampf für eine neue Stellung Portugals in der Welt. Um es mit dem maoistischen Satz zu sa-

gen: Wir trauen auf unsere eigenen Kräfte.

TAZ: Wie ist euer Verhältnis zu PS und KP - denn in dem Punkt hat es ja wohl Mißverständnisse gegeben?

Otelo: Was die KP angeht, da mach ich immer die Unterscheidung zwischen dem Politbüro und der Basis, die vor allem in den Produktionsbereichen der Wirtschaft zu finden ist. Ich meine den Unterschied im Denken, im Handeln, in der Praxis. Die Führung der KP sieht in mir einen gefährlichen Feind, der sie zerstören wolle. Ich sehe in ihr einen ideologischen Gegner. Denn ich bin u.a. ein Gegner von jedem Avantgardeanspruch. Und für autonome Organisationsformen der Arbeiter, für direkte Demokratie, für einen Sozialismus der Basis.

Deswegen versucht die KP-Führung permanent mit den unterschiedlichsten Mitteln, mich zu diffamieren und zu zerstören. Und sie ist darin der extremen Rechten in Portugal sehr ähnlich. Was die PS angeht - die ist offener, zwischen den Klassen angesiedelt und fast ausschließlich auf Wahlen ausgerichtet. Sie besitzt keine ausgeprägte Organisationsstruktur. Sie ist am ehesten zum Dialog bereit. Ein Beispiel: vergangene Monat wurde mir angeboten, in der PS-Zeitung „Portugal Hoje“ (Portugal heute) jede Woche eine Kolumne zu schreiben - ohne jede Zensur; im ersten Artikel z.B. habe ich scharfe Kritik an der PS geübt.

Neue: Die PS versucht, die Gewerkschaftsbewegung durch eine neue Gewerkschaft zu spalten. Wie siehst du das?

Otelo: Wir betrachten die „Intersindical“ als wichtige Gewerkschaft, obwohl sie faktisch von der KP dominiert wird. In ihr sind die meisten Arbeiter aus dem Produktionssektor organisiert. Gemeinsam mit der PSD (Sozialdemokraten) versucht die PS eine neue Gewerkschaft aufzubauen, die UGT; in ihr sind bereits die meisten Bank-, Versicherungs- und Büroangestellten Mitglied. Demgegenüber gibt es in der revolutionären Linken zur Zeit zwei Strömungen: aufzubauen, die UGT; in ihr sind bereits die meisten Bank-, Versicherungs- und Büroangestellten Mitglied. Demgegenüber gibt es in der revolutionären Linken zur Zeit zwei Strömungen.

Die eine betrachtet die Intersindical weiterhin als den einzigen Gewerkschaftsverband. Die anderen sehen die UGT inzwischen als Realität an. Sie versuchen, in beiden revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu machen.

Eine neue MFA?

AK/TAZ: Portugal war und ist Mitglied der NATO. Wie aber ist die Situation innerhalb des Militärs, das ja, in wichtigen Teilen, der Motor für den Sturz der Diktatur am 25. April 1974 war, heute?

Otelo: Der Einfluß der NATO in Portugal heute ist stärker als vor dem 25. April; das militärische Material kommt überwiegend aus den USA und der BRD, Offiziere werden dort geschult, und es arbeiten etwa 80 NATO-Offiziere als Ausbilder in Portugal. Im portugiesischen Militär haben die rechten Offiziere nach dem 25. November 1975 ihren Einfluß sehr schnell zurückgewonnen. Heute ist es völlig in ihrer Hand, in den Generalstäben der drei Waffengattungen, in den Kommandos der einzelnen Einheiten. In den beiden Jahren nach 75 bereiteten sich Passivität und Apathie unter den Kameraden der MFA (Bewegung der Streitkräfte) aus. Soweit, daß die militärische Rechte sich die Bedingungen für einen Militärputsch verschaffen konnte. Die Formen

von Triumphalismus und die negativen Aktivitäten der militärischen Rechten aber haben bewirkt, daß etwa seit 1978, die jungen progressiven Offiziere der MFA, die den 25. April durchgeführt hatten, auch einige Konservative und Liberale, die keinen Faschismus wollen, sich wieder zu erkennen geben; das hat bewirkt, daß der 1974 offen aufgebrochene Antagonismus innerhalb des Militärs wieder vorhanden ist. In den verschiedenen Einheiten des Landes versuchen die Progressiven wieder der Organisationsformen aufzubauen, um zumindest einem Militärputsch Widerstand entgegenzusetzen zu können. Deshalb scheint es mir heute in Portugal unmöglich, daß von der rechten ein Staatsstreich erfolgreich unternommen werden kann.

Was ist ein SU-Satellit?

AK: Was ist deine Position gegenüber der sowjetischen Invasion in Afghanistan?

Otelo: Die ist klar. Ich bin mit der revolutionären Linken völlig dagegen. Wir sind gegen diese Form der militärischen Invasion, wie sie die afghanische Regierung gefordert haben soll. Denn die Sowjetunion hat eine Regierung gestürzt, um ihr statt dessen eine andere genehme zu installieren. Aber wir sind genauso gegen ähnliche Aktionen des amerikanischen Imperialismus. Und wir lassen uns deshalb nicht von der westlichen Hass-Propaganda gegen die SU benutzen.

AK: Es gibt Leute, die die ehemaligen portugiesischen Kolonien, vor allem Angola und Mozambique, ebenfalls als sowjetische Satelliten ansehen. Was hältst du davon?

Italien

1 Jahr Haft für LC-Redakteur

Michele Taverna, verantwortlicher Redakteur von der italienischen Tageszeitung „Lotta Continua“, ist zu einem Jahr Haft verurteilt worden. Das Urteil wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Anlaß: Die Zeitung hatte am 18. 1. 79 einen Brief abgedruckt, in dem eine Terroristin 'Marta' den be-

Otelo: Ich bin genau der gegenteiligen Meinung. Ich weiß relativ gut, was in Angola passiert, und ziemlich gut, was in Mozambique passiert. Und ich kann ohne jeden Zweifel sagen, daß beide Staaten keine Sowjet-Satelliten sind. Ich kenne persönlich z.B. den Präsidenten von Mozambique, Samora Machel, und ich weiß genau, daß er gegenüber der SU und der KP-Portugal eine sehr kritische Position hat. Aber er hat ein Prinzip: nie öffentlich ein kritisches

Wort über die Sowjetunion sagen! Außerdem: Mozambique hat weiterhin, seit der Unabhängigkeit, gute Beziehungen zur Volksrepublik China; es unterstützt, bis zu den letzten Konsequenzen, den Kampf der Eritreischen Befreiungsfront gegen die äthiopische Regierung - die ihrerseits von der Sowjetunion unterstützt wird. Es unterstützt bedingungslos die Polisario gegen Marokko, was wiederum von der Sowjetunion unterstützt wird. Die Unabhängigkeit von Mozambique ist also klar!

AK: Hier in der Bundesrepublik gibt es eine Krise der Linken, eine Krise des Marxismus, heutzutage und anders als vor 10 Jahren. Gibt es ähnliche Verhältnisse in Portugal?

Otelo: Es gibt in der Linken Debatten über den Anspruch der Arbeiterklasse. Und es gibt Positionen, daß bestimmte Schichten im Kleinbürgertum eine wichtige Rolle im Klassenkampf spielen. Die marxistische Theorie muss den heutigen Bedingungen angepaßt werden, aber sie hat weiterhin ihre Gültigkeit. Meine persönliche Position ist eher luxemburgistisch als leninistisch.

Türkei

Solidarität mit den Arbeitern

Türkei

Solidarität mit den Arbeitern und Studenten von Izmir

Wie wir im AK 170 bereits berichtet hatten, kam es in der letzten Januarwoche zu heftigen Kämpfen zwischen Arbeitern einer landwirtschaftlichen Genossenschaft und der Polizei. Dabei ging die Polizei mit Schusswaffen gegen die sich verbarrikadierenden Arbeiter vor. Auch die am nächsten Tag folgenden Solidaritätsdemonstrationen der Studenten wurden brutal beantwortet. Gegen dieses Vorgehen der Polizei hat jetzt der Universitätsvorstand von Izmir protestiert. In Istanbul kam es zu einer militanten Solidaritätsdemonstration in deren Verlauf vier Bankfilialen in Brand gesetzt wurden („Cumhuriyet“, 25. 1. 80) Ungeachtet dieser Proteste sind jetzt 1000 Arbeiter der landwirtschaftlichen Genossenschaft entlassen worden („Cum.“, 6. 2. 80)

Die Jagd auf Lehrer geht weiter

Die von der Regierung und dem Militär ausgelöste Jagd auf Lehrer geht überall weiter. Nachdem die Polizei und die Kriegsverfahrensabteilungen alle

Lehrer festgenommen hatten, die im Verdacht standen, an der Protestaktion anlässlich des ersten Jahrestages der blutigen Zwischenfälle in Kahramanmaraş teilgenommen zu haben (s. AK 169), befinden sich von den insgesamt 14 132 verhafteten Lehrer noch etwa tausend in Haft. Das Sekretariat und alle Zweigstellen der Vereinigung der Lehrer (TÖB-DER) sind bereits von den Kriegsverfahrensabteilungen geschlossen worden („Info-Türk“).

Verhaftet, weil sie die Internationale sangen

7 Gewerkschaftsführer der Metallgewerkschaft Maden-Is wurden während ihres Kongresses im Dezember wegen „Propaganda für den Kommunismus verhaftet, weil sie die Internationale sangen. Nachdem die sieben vom Militärstaatsanwalt wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, sind sie nunmehr erneut, nach dem Ultimatum der Generäle, verhaftet worden („Info-Türk“, 1/80).



Folter in der Türkei

Kaum zwei Monate nach dem Regierungswechsel durch Demirels Gerechtigkeitspartei werden wieder brutales Vorgehen der Polizei gegen die Linken gemeldet. Oruc Korkmaz (Bild), der am 9.1. in der ostanatolischen Stadt Kars verhaftet wurde, starb an den schweren Folterungen. Seine Frau, die ebenfalls gefoltert wurde, befindet sich mit schweren psychischen Depressionen im Krankenhaus. Gülden Gülken, die erst dreieinhalb Monate nach ihrer Verhaftung ins Gefängnis gebracht wurde, ist in verschiedenen Städten gefoltert worden. Ihr wurden die Füße und die Scheide mit der Rasierklinge zerschnitten, außerdem wurde sie eine Woche lang in eine Zelle zusammen mit psychisch kranken Soldaten gesperrt - es kam mehrfach zu Vergewaltigungen. Döndü Durmaz, die sich seit sieben Monaten im Militärgefängnis von Ankara befindet, hatte durch Folgen der Elektroschocks eine frühzeitige Geburt gehabt. Weil der Militärarzt die Geburtshilfe verweigerte, wurde das Kind in der Zelle geboren und starb nach 10 Tagen an einer Entzündung, die durch die Schere hervorgerufen wurde, mit der es abgenabelt werden mußte.

Spanien: »Gelber« Sozialpakt der UGT – Eintrittskarte in die EG?

Am 5. Januar unterzeichnete die spanische sozialdemokratische Gewerkschaft UGT, die massiv von SPD/DGB finanziert wird, ein sog. „Rahmenabkommen“ mit dem spanischen Kapitalistenverband (CEOE), das einen derart weitgehenden Sozialpakt-Charakter hat, wie ihn selbst unsere westdeutschen sozialdemokratischen DGB-Gewerkschaften ihn sich nicht leisten könnten. Die UGT hat sich mit diesem „Rahmenabkommen“ des auch nur geringsten Anspruchs als Kampforganisation entledigt und befindet sich in vollster Erfüllung ihrer Aufgabe als „gelbe Gewerkschaft“. Diese Rolle „muß“ sie übernehmen, um die Auflagen eines Eintritts Spaniens in die EG zu erfüllen, zu denen vor allem eine sozialdemokratisch beherrschte und manipulierbare Arbeiterbewegung gehört.

Seit etwa Mitte letzten Jahres hat die UGT (auf Drängen der sozialdemokratischen PSOE/„Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens“) ihre Linie der Spaltung und „Zähmung“ der spanischen Arbeiterklasse verschärft. In einem Abkommen im letzten Jahr hatte sich die UGT verpflichtet, das Wirtschaftsprogramm der spanischen Regierung (d.h. der Kapitalistenklasse) zu unterstützen sowie das von der Regierungspartei vorgeschlagene arbeiterfeindliche „Arbeiterstatut“ (vergleichbar unserem Betriebsverfassungsgesetz) mit zu tragen. Die UGT hat alles darangesetzt, die konkurrierenden und einflussreicheren „Comisiones Obreras“ zu isolieren. Die „Comisiones Obreras“, die in der Führung stark revisionistisch beeinflusst sind, haben die Sozialpaktabkommen der UGT nicht mitunterzeichnet, haben aber die notwendige Mobilisierung der spanischen Arbeiterklasse gegen die sozialdemokratischen Knebelungsversuche nur sehr halbherzig betrieben und orientieren im Kern auf Verständigung und Einheit mit der UGT.

Die wirtschaftliche Lage der spanischen Arbeiterklasse verschlechtert sich rapide. Es gibt inzwischen laut offizieller Statistik 1,2 Mio. Arbeitslose, die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen wird auf 2 Mio. beziffert, das sind über 15 % der erwerbstätigen Bevölkerung! In einigen Regionen liegt die Arbeitslosigkeit bei 20 %. Die Inflationsrate von 26 % im Jahr 1977 wurde zwar gesenkt, aber nur aufgrund drastischer Sparmaßnahmen auf dem Rücken der spanischen Arbeiter. Die Löhne der spanischen Arbeiter liegen (was die reale Kaufkraft betrifft) weit unter dem europäischen Durchschnitt, während die Länge der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit mit 42 - 44 Stunden erheblich darüber liegt.

Dazu kommt, daß die spanische durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit mit 42 - 44 Stunden erheblich darüber liegt.

Dazu kommt, daß die spanische Industrie technologisch veraltet ist. Der Konkurrenzdruck durch die EG-

Staaten, speziell angesichts des bevorstehenden Eintritts Spaniens in die EG ist enorm und hat bereits zu scharfen Rationalisierungen geführt. Die Verelendung der spanischen Arbeiterklasse insgesamt und gerade auch der Landarbeiter (für den Beitritt Spaniens zur EG wird u.a. die Rodung der Hälfte des Olivenbestandes in Andalusien gefordert...) nimmt immer größere Ausmaße mit den Versprechungen auf eine „bessere Zukunft“ im Rahmen der EG an. In dieser Situation des ökonomischen Drucks der spanischen Kapitalistenklasse auf die Lohnabhängigen setzt die UGT (und letztlich auch die Spitze der „Comisiones Obreras“) alles daran, die traditionelle Kampfbereitschaft der spanischen Arbeiterklasse zu brechen und die Ideologie der Sozialpartnerschaft zu verankern.

Das „Arbeiterstatut“ – keine Rechte für Betriebsräte und Gewerkschaften

Das „Arbeiterstatut“, das mit Unterstützung der sozialdemokratischen PSOE die Parlamentshürden schon genommen hat, beschränkt die Rechte von Betriebsräten („Betriebskomitees“) ausschließlich darauf, über die Maßnahmen der Kapitalisten informiert zu werden und der Werksleitung Vorschläge zu machen. Personelle Maßnahmen wie Kündigungen, betriebliche Strafen gegen einzelne Arbeiter, usw. werden dem Betriebsrat lediglich zur Kenntnis gegeben. Selbst die minimalen Einspruchsrechte, die den Betriebsräten in der BRD im BetrVG zugestanden werden, sind den Betriebsräten in Spanien gesetzlich verwehrt – und das angesichts einer Kampfradition unter dem spanischen Faschismus, die der hiesigen Arbeiterbewegung weit überlegen ist. Die Rolle der Gewerkschaften im Betrieb ist praktisch gleich Null. Sämtliche gewerkschaftliche Aktivitäten müssen außerhalb der Arbeitszeit stattfinden.

Dazu kommen solche Bestimmungen wie der Ausschluß aller Arbeiter und Angestellten öffentlicher Betriebe von der Geltung selbst dieses Gesetzes. Die dürften also nicht einmal einen Betriebsrat wählen... oder Bestimmungen wie die fast schrankenlose Freiheit, die den spanischen Kapitalisten für Kündigungen gegeben wird.

Nach diesem „Arbeiterstatut“ soll das ganze System der Tarifverhandlungen zentralisiert werden, was einen elementaren Eingriff in die bisherige Praxis bedeutet. Bisher verhandelten entweder die Arbeitervertreter einzelner Betriebe über Haustarife oder höchstens wurden Verhandlungen

Praxis bedeutet. Bisher verhandelten entweder die Arbeitervertreter einzelner Betriebe über Haustarife oder höchstens wurden Verhandlungen einzelner Industrie-Sparten und in den einzelnen Regionen getrennt geführt.

Diese Art der Verhandlungen gab relativ viel Spielraum für den Kampfwillen und die Kampfkraft einzelner Betriebe oder Industriezweige. Damit soll Schluß gemacht werden.

Im Baskenland streikten am 7. Dezember 1979 eine halbe Million Arbeiter gegen dieses Gesetzesvorhaben. Außer der PSOE (und der Regierungspartei UCD) traten alle anderen baskischen Parteien dafür ein, daß im Baskenland ein eigenes Arbeitsrecht autonom beschlossen wird und nicht das Regierungsprojekt den baskischen Arbeitern aufzuzwingen wird, die sich in jahrzehntelangen Kämpfen bereits wesentlich mehr betriebliche Rechte erobert haben, als ihnen jetzt per Gesetz zugestanden werden sollen. Dafür traten die baskischen Arbeiter in einen Generalstreik.

Der Pakt der UGT mit den Kapitalisten

Nicht genug damit, daß das „Arbeiterstatut“ mit Unterstützung der sozialdemokratischen Partei im Parlament durchkam – die sozialdemokratische Gewerkschaft UGT fühlte sich bemüht, dieses Gesetz durch ein eigenes Abkommen mit dem spanischen Kapitalistenverband noch einmal zu bestätigen und abzusichern sowie ein Lohndiktat für die nächsten zwei Jahre zu vereinbaren, um damit eine eigene „Tarifhoheit“ durchzusetzen. Der Chef des spanischen Unternehmerverbandes, Ferrer Salat, konnte in aller Öffentlichkeit dieses Abkommen sogar noch als gnädige Handlung des Kapitalistenverbandes gegenüber der UGT darstellen: „Wenn wir das Rahmenabkommen nicht unterzeichnet hätten, wäre die UGT aufgeschnitten. Die ganze Strategie der UGT würde zusammenbrechen, und wir würden einen möglichen (?) Verbündeten auf dem Gewerkschaftsfeld verlieren“ (aus „Servir al Pueblo“, 10.1.80).

In dem Text dieses Abkommens, das zwei Jahre Geltung haben soll, wird einleitend gesagt, daß „außerordentliche Situationen“ (nämlich die Wirtschaftskrise) „außerordentliche Maßnahmen“ erfordern. Der Sozialpakt steht unter der Hauptparole „Erhöhung der Produktivität“ und „Kampf den Fehlzeiten“. „Das Thema von Produktivität und Absentismus (= Fehlzeiten), bisher ein Tabu, wurde in seinem ganzen Umfang diskutiert. Die geeignete Behandlung dieser Themen ist unabdingbar, damit die Betriebe die Konkurrenzfähigkeit erreichen, die ihnen heute fehlt, und um die Investitionsfreudigkeit zu steigern, die allein eine größere Sicherheit der Arbeitsplätze garantiert“. Um die spanischen Kapitalisten nicht zu sehr um die Investitionsfreudigkeit zu steigern, die allein eine größere Sicherheit der Arbeitsplätze garantiert“. Um die spanischen Kapitalisten nicht zu sehr um die Investitionsfreudigkeit zu steigern, die allein eine größere Sicherheit der Arbeitsplätze garantiert“. Um die spanischen Kapitalisten nicht zu sehr

haltung einer Erhöhungsspanne zwischen 13 % und 16 % (vgl. Inflationsrate von ca. 20 %!), und das gleich für zwei Jahre! Eine „Revision“ der Erhöhungsspanne ist dann möglich, wenn Mitte 1980 die Preiserhöhungen über 6,75 % liegen, wobei ausdrücklich die Benzinpreise als Faktor der Berechnung ausgeklammert wurden!

Zum Thema „Fehlzeiten“ heißt es im Vorspann: „Beide Seiten sind sich der Notwendigkeit einer generellen Verbesserung der Produktivität bewußt und der Notwendigkeit, daß alle Produzenten sich dazu dem Produktionsablauf eingliedern müssen...“ – also weniger „krank feiern“ dürfen.

Anschließend werden dann einige „objektive Faktoren“ aufgeführt, die zu Fehlzeiten führen, wie mangelnde Arbeitsschutzbestimmungen. Da gelte es seitens der Kapitalisten Verbesserungen einzuführen (welche wird nicht gesagt). Dann gebe es natürlich noch andere Gründe für Fehlzeiten wie Geburt eines Kindes, Tod von Familienangehörigen, usw. Dies alles dient dann dazu, die gerechtfertigten von den „betrügerischen“ Fehlzeiten sauberlich zu trennen...! „Um zu einer Reduzierung und Kontrolle der Fehlzeiten aus ungerechtfertigten und betrügerischen Ursachen zu kommen, werden die legalen Vertreter der Arbeiter und des Unternehmens gemeinsam jede Art von Maßnahmen ergreifen...“. Kann eine Gewerkschaft noch tiefer absinken?

Ebenso unglaublich ist der ausdrückliche Verzicht der UGT auf jede Art gewerkschaftlicher Aktivität in den Betrieben in diesem Abkommen. Es wird dort ausdrücklich vereinbart, daß gewerkschaftliche Versammlungen, die Verteilung gewerkschaftlicher Informationen sowie die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen „außerhalb der Arbeitszeit und ohne Störung des Produktionsablaufs“ zu erfolgen haben. In Betrieben mit über 100 Beschäftigten dürfen die Gewerkschaften ein „Schwarzes Brett“ anbringen – das ist aber auch alles. In Betrieben mit über 250 Beschäftigten und über 15 % Gewerkschaftsmitgliedern darf es einen Delegierten der Gewerkschaft geben (der „möglichst Mitglied des Betriebsrates sein soll“). Der darf dann ohne Stimmrecht an Betriebsratsitzungen teilnehmen und genießt ähnliche „Rechte“ wie die rechtlosen Betriebsräte... (nämlich informiert zu werden über die geplanten arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Kapitalisten ohne etwas dagegen tun zu dürfen...). Von einer Einrichtung wie gewerkschaftliche Vertrauensleute ist in dem Pakt nicht die Rede und die soll es auch laut „Arbeiterstatut“ nicht geben.

Als eine Fortführung der Praxis der faschistischen Einheitsgewerkschaft (vertikales Syndikat) unter

Als eine Fortführung der Praxis der faschistischen Einheitsgewerkschaft (vertikales Syndikat) unter

Franco ist folgende Regelung in dem „Rahmenabkommen“ zu sehen: Ein Arbeiter, der sich gewerkschaftlich organisieren will, „wird an die Werksleitung (!) ein Schreiben richten, in dem er deutlich aufschreibt, wie er seinen Beitrag entrichten will, die Gewerkschaft nennt, der er beitreten will, die Höhe des Beitrags nennt und seine Kontonummer ... angibt“. Das muß man/frau sich mal überlegen, was das bedeutet, wenn dies von einer Gewerkschaft selbst unterstützt wird, daß die Kapitalisten volle Übersicht darüber haben, wer welcher Gewerkschaft beiträgt, und die Beitragszahlung über den Kapitalisten abgewickelt wird.

Mit diesem Abkommen, das noch eine ganze Reihe anderer schlimmer Vereinbarungen enthält, hat sich die UGT endgültig als 5. Kolonne des Klassengegners profiliert (alle Zitate zum „Rahmenabkommen“ aus „El Pais“, 6.1.80).

Das Abkommen wurde inzwischen auch von der Führung der kleinen Gewerkschaft USO unterschrieben, die bisher immer noch einen wenigstens linkssozialdemokratischen Charakter aufrechterhalten hat, nachdem ein großer Teil der Mitglieder in einem sog. „Vereinigungskongreß“ von der UGT aufgesogen worden war.

Einige Internas aus der UGT

Aus einem internen Papier der UGT geht hervor, daß sie wegen der geringen Beitragszahlung ihrer Mitglieder, die sie mit insgesamt 1,5 Mio. angibt, schon längst finanziell ruiniert wäre, – wenn, ja wenn es nicht die „internationale Solidarität“ gäbe, sprich die reichlich fließenden Quellen speziell aus der BRD. Wieweit hieran nur die SPD oder auch der DGB selbst beteiligt ist, können wir im Augenblick nicht sagen. In dem „Haushaltsplan“ der UGT für das Jahr 1979 waren Ausgaben in der Höhe von 169 Mio. Peseten (ca. 4,5 Mio DM) vorgesehen. Die UGT selbst geht davon aus, daß sie etwa ein Viertel dieses Budgets nicht aus Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen bestreiten kann. Doch selbst dies basierte auf der Spekulation, daß sich die Zahlungsfreudigkeit der Mitglieder erhöhen würde. Insgesamt geht aus diesem internen Papier hervor, daß die UGT nur auf Pump existiert und die Abdeckung aufgenommener Kredite äußerster Schwierigkeiten bereitet, wenn es nicht die Großzügigkeit der Brüder und Schwestern im europäischen Ausland geben würde. Und daß diese „Großzügigkeit“ ihren Preis in europäischer Währung hat, d.h. Anpassung der spanischen Arbeiterbewegung an europäisches Niveau, das geht aus der gewagten Offensive der UGT hervor.

Anpassung der spanischen Arbeiterbewegung an europäisches Niveau, das geht aus der gewagten Offensive der UGT hervor.

Spanien-Kommission

Streik bei SEAT: Die Probe aufs Exempel

SEAT (spanische Niederlassung von FIAT) ist mit 26.600 Arbeitern der größte Betrieb in Katalonien. Die Arbeiter dieses Betriebes sind streik- und kampferfahren. Im Januar stand für SEAT die Verhandlung des neuen Tarifvertrages auf der Tagesordnung, und weil die Konzernleitung sich weigerte, die Forderungen der Arbeiter nach 16 % Lohnerhöhung und Reduzierung der Arbeitszeit zu erfüllen (weil der Konzern sich „in der Krise“ befinde), rief die Verhandlungskommission von SEAT für den 10. und 11. Januar zum Streik auf. Dieser Streik bei SEAT wurde von allen Beteiligten als eine Art Nagelprobe darauf betrachtet, ob es gelingt, die Kollegen in staatsloyale und sozialpartnerschaftliche Bahnen zu lenken, wie sie in schamloser Weise von der sozialdemokratischen Gewerkschaft UGT propagiert und vertragsmäßig mit den Kapitalisten abgesichert wurden (s. Artikel in diesem AK). Ein Sprecher der „Comisiones Obreras“ (Arbeiterkommissionen) sagte: „Bei diesem Streik geht es nicht nur um SEAT, sondern auch um die Politik der CEOE (spanischer Kapitalistenverband – AK) und die Zukunft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Spaniens“ („El Pais“, 11.1.80). Wenngleich dies nicht mehr als ein Spruch eines Vertreters der „Comisiones Obreras“ (CCOO) war, da diese nichts dafür taten, diesen Streik zu einem Sieg der Arbeiterbewegung über die arbeiterfeindlichen Machenschaften der UGT zu machen, stimmt es doch, daß dieser Streik einen gewissen exemplarischen Charakter hat-

te, nämlich inwieweit die Arbeiter sich mit der ihnen zugedachten Rolle als Statisten des betrieblichen Geschehens abfinden würden.

Der Streik hatte auch insofern einen Textcharakter, als die gewerk-

schaftliche Organisation der Kollegen bei SEAT fast gleichmäßig zwischen CCOO und UGT aufgeteilt ist und im Betriebskomitee (= Betriebsrat) sich 21 Mitglieder der CCOO und 19 Mitglieder der UGT befinden. Wer

würde sich durchsetzen?

In der Verhandlungskommission von SEAT hatte sich nach einer ursprünglichen Begrenzung des Streiks auf zwei Tage die Position durchgesetzt, ab dem 10.1. in einen unbefri-

steten Streik zu gehen. Dagegen opponierte von Anfang an die UGT, allerdings nur intern, da sie sonst einen zu großen Imageverlust befürchten mußte. In einem im Betrieb verteilten Flugblatt ließen die UGT-Führer am 8.1. verlautbaren: „Angesichts der neuen Verhandlungsbereitschaft der Werksleitung, die von der unnachgiebigen Haltung abweicht, die diese bezogen hatte, als der unbegrenzte Streik beschlossen wurde, ist die UGT der Meinung, daß der Streik vertagt werden muß und wird ihn somit nicht unterstützen. Die Werksleitung hat ihr Angebot verbessert und das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es muß dann gestreikt werden, wenn die endgültige Entscheidung der Werksleitung von den Arbeitern für nicht akzeptabel gehalten wird und zwar von allen Arbeitern in geheimer Abstimmung“ („El Pais“, 9.1.). Die Werksleitung hatte ihr „Angebot“ von 9,1 % auf 10,47 % erhöht, sie hatte auf eine Laufzeit des Tarifvertrages von zwei Jahren (!) verzichtet sowie darauf, die Gewährung von zwei Feiertagen an eine Verringerung der Fehlzeiten der Arbeiter zu knüpfen...! Dies war für die UGT Grund genug, auf einen Streik zu verzichten. Auffällig ist auch das Bestehen der UGT auf der Form einer geheimen Abstimmung (bei uns gängig in Form der „Urabstimmung“), die in Spanien allen Gepflogenheiten widerspricht. In Spanien ist es üblich und in den autonomen Arbeiterkämpfen durchgesetzt, daß auf offenen Arbeiterversammlungen per Hand abgestimmt wird. Diese Form

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 42

von Arbeiterdemokratie wird bereits mit diffamierendem Unterton als „asamblismo“ (so gut wie Arbeiter-Anarchie) bezeichnet.

Am 10.1. ging dann der Streik los, und er war vollständig. Es gab 2.500 Streikposten, wobei die spanische Presse vermerkt, daß die „Streik“-posten der UGT mehr dafür taten, die Arbeiter in den Betrieben zu geleiten, als die Werkstore geschlossen zu halten. Am 15.1. machte die UGT den Versuch, alle Streikenden in die Fabrik zu schleusen, um dort eine „geheime Abstimmung“ durchzuführen, ob der Streik weitergeführt werden sollte. Dieses Manöver war ein totaler Reinfall! Den vorausenden Führern der UGT folgten ganze 100 Arbeiter. ... Hinterher behauptete die UGT, im Betrieb hätten sich 7.000 an der geheimen Abstimmung beteiligt und 6.000 hätten für Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt. Dies kann insofern nicht stimmen, als das Streikkomitee am 16.1. zu einer („anarchistischen“) Vollversammlung aller Arbeiter auf dem Sportplatz von SEAT aufrief, zu der über 20.000 Kollegen kamen.

Im Streikkomitee gab es nun zwei Positionen: Eine, vertreten von CCOO, (6 Mitglieder im Streikkomitee), die vorschlugen, wieder in den Betrieb zu gehen (!), dort jeden Tag einen zweistündigen Streik zu machen und jeden der zwölf Samstage im Jahr, die gearbeitet werden sollten, zu streiken. Bei diesem Vorschlag gingen mehrere hundert Hände (fast alle zur Faust geballt) in die Höhe. Der zweite Vorschlag war, weiterzustreiken bis die Forderungen erfüllt sind (dieser Vorschlag kam von den zwei Streikkomitee-Mitgliedern der CSUT-Gewerkschaft der vereinigten „ML“-Organisationen ORT/PTE). Die große Mehrheit der Kollegen stimmte diesem Vorschlag zu. (Die CSUT hat im Vergleich mit den CCOO kaum betriebliche Verankerung!) Es gab massenhafte Sprechchöre: „UGT — Gewerkschaft der UCD“ (Regierungspartei — AK), „UGT hat uns verkauft“ oder „Nicolás, wohin gehst du, ins Bett mit Salat“ (Nicolás Redondo ist der Chef der UGT und Salat der Chef des spanischen Kapitalistenverbandes). Nach der Abstimmung sangen die SEAT-Arbeiter die Internationale!

Dem spanischen Fernsehen wurde der Zutritt zur „asamblea“ versperrt. Am Tag darauf demonstrierten 7.000 SEAT-Arbeiter vor der TV-Niederlassung wegen tendenziöser Berichterstattung.

An jedem der zwei folgenden Tage wurden wieder („anarchistische“) Vollversammlungen der Arbeiter auf dem Sportplatz gemacht, die genauso bzw. noch besser besucht waren. An beiden Tagen stimmten fast alle Arbeiter für Weiterführung des Streiks — dies, obwohl die Führer der CCOO immer wieder von der Gefahr des „Verfaulens“ eines unbefristeten Streiks sprachen und mit immer mehr „Sinn fürs Detail“ die Vorzüge benannten, geschlossen und ohne eine Niederlage erlitten zu haben, aus dem Betrieb heraus für die Forderungen weiterzukämpfen. Den Führern der CCOO ging es zu diesem Zeitpunkt nur noch darum, den 30./31.1. zu streiken und nicht mehr, zwei Stunden am Tag zu streiken, und auch nicht mehr darum, die Sonnabendsarbeit zu verweigern. Am Montag, den 21.1. stimmten dann 75 % von über 20.000 SEAT-Arbeitern dafür, die Arbeit wieder aufzunehmen, um im Betrieb den Kampf für ihre Forderungen weiterzuführen.

Dieser Streik hat zwei Dinge gezeigt: Erstens, daß die UGT mit ihrer kapitalhörigen Linie eine volle Bauchlandung gemacht hat — was man/frau ihr nur weiterhin wünschen kann — und daß der Widerstand der spanischen Arbeiter gegen diese Linie spontan und stark ist. Allerdings hat dieser Streik auch gezeigt, daß die „Comisiones Obreras“ mit ihrer kompromißlerischen Haltung und ihrer Orientierung auf die „Einheit der Arbeiterbewegung“ (sprich Einheit mit der UGT) erheblich dazu beitragen, kämpferische Elemente, die traditionell innerhalb der spanischen Arbeiterklasse verwurzelt sind, abzutragen und die Arbeiter schutzlos der kapitalistischen Ideologie und Krisenlogik auszuliefern.

Wieweit jedoch auch die „Comisiones Obreras“ mit ihrer Kompromißtaktik an den materiellen Schranken (die Verelendung schreitet voran) scheitern werden, eine solche sozialpartnerschaftliche Linie an die Arbeiter zu verkaufen, wird die Zukunft zeigen. Eine kampfstärke autonome und revolutionäre Linie hat sich bisher in der spanischen Arbeiterbewegung gegen den massiv aufgefahrenen Reformismus noch nicht neu durchsetzen können.

Spanien-Kommission

Kongreß der Sinn Fein (Provisional)

Für ein freies einiges und sozialistisches Irland!

Am 19. und 20. Januar fand in Dublin der Parteikongreß der Sinn Fein (Provisional) statt. Die Sinn Fein ist die politische Partei der Irischen Republikanischen Bewegung. Der militärische Flügel dieser Bewegung ist die IRA (Irische Republikanische Armee) (Provisional).

Dieser Kongreß der Sinn Fein hatte besondere politische Bedeutung. Die Delegierten der Sinn Fein beschlossen mit großer Mehrheit, das Programm der Partei durch eine Reihe von konkreten demokratischen und sozialistischen Forderungen zu ergänzen. Sinn Fein will „mit dem kapitalistischen und imperialistischen System brechen, wie es uns heute z.B. in der EG entgegentritt, und ein neues radikales Irland schaffen, das weder zum Westen noch zum Osten gehört, weder kapitalistisch noch staatskapitalistisch ist. Sinn Fein strebt die Errichtung einer demokratischen sozialistischen Republik an, mit größtmöglicher Dezentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht und Entscheidungsbefugnisse.“ (Ruairi o Bradaigh, Präsident der Sinn Fein)

Bevor wir über die zum Teil hitzigen Diskussionen auf dem Kongreß berichten, ein paar vermischte Meldungen aus dem Irland des Januar 1980, um den politischen Hintergrund zu zeigen.

Keine politische Lösung

Zum x-ten Male verhandeln in Nordirland ausgesuchte Protestanten und Katholiken über die Errichtung einer „Selbstverwaltung“ unter britischer Oberhoheit. Die Mehrheit des irischen Volkes will jedoch zuerst einmal den Abzug der britischen Truppen sehen! Und dann ein freies, geeintes Irland, nicht nordirische „Autonomie“ plus südliche „Demokratie“.

Konzentrationslager

In Long Kesh (Belfast, Nordirland) leben 400 republikanische Gefangene nur mit einer Decke bekleidet. Sie weigern sich, Sträflingskleidung zu tragen, weil sie politische Gefangene sind und als solche anerkannt werden wollen. Sie leben unter menschenwürdigen Bedingungen, sie werden psychisch und körperlich gefoltert, einige von ihnen seit über 3 Jahren. Insgesamt sind mehrere Tausend Iren von der britischen Besatzung „interniert“ worden, die meisten ohne wirkliche Anklage, Verteidigung und Urteil.

Insgesamt sind mehrere Tausend Iren von der britischen Besatzung „interniert“ worden, die meisten ohne wirkliche Anklage, Verteidigung und Urteil.

Fehlschlag

Drei Tage vor dem Kongreß der Sinn Fein wurden in Belfast 3 Menschen bei einer Bombenexplosion getötet. Die Bombe explodierte auf dem Transport in einem Eisenbahnzug. Zwei der Toten sind völlig unbeteiligte Mitreisende, der dritte ein Kämpfer der Provisional IRA. Ein zweiter Kämpfer liegt schwer verletzt und verbrannt in einem britischen Militärkrankenhaus. Er wird „verhört“. In einer langen Erklärung bedauerte die IRA die „Tragödie“. Die Bombe sei vorzeitig explodiert. Man habe keine Zivilisten töten wollen. Vielen der Kongreßdelegierten waren die beiden Kämpfer persönlich bekannt, Trauer um die Genossen und Mitleid mit den Opfern färbten die Stimmung.

Der Bann

Nach § 31 des irischen Rundfunkgesetzes dürfen keine Mitglieder der Provisional Sinn Fein im Rundfunk und Fernsehen sprechen oder interviewt werden. Diese Zensur ist besonders undemokratisch deshalb, weil sie jeden Wahlkampf der Sinn Fein behindert. Trotzdem hat die Sinn Fein bei Gemeinde- und Grafschaftswahlen 30 Sitze errungen.

Am bekanntesten ist der Abgeordnete Frank Glynn, der zum Vorsitzenden des Grafschaftsrates von Galway gewählt wurde. (Eine Grafschaft ist entfernt vergleichbar einem westdeutschen Bundesland. An Parlamentswahlen nimmt Sinn Fein zur Zeit nicht teil.) Am gleichen Wochenende, an dem der Kongreß stattfand, mußte die irische Regierung über Fortführung oder Aufhebung des Zensurparagraphen beschließen. Alle irischen Zeitungen berichteten in langen kritischen Artikeln, das Fernsehen brachte eine halbstündige kritische

Sendung, in der Frank Glynn zwar zu sehen, aber nicht zu hören war. Die anderen Ratsmitglieder sprachen energisch für eine Aufhebung der Zensur. Der zuständige Minister bezeichnete die Sinn Fein als „Unterstützer terroristischer Morde“ und beschloß eine Weiterführung des Banns. Frank Glynn: „Undemokratisch, krasse Diskriminierung, eine Beleidigung für die Menschen, die mich gewählt haben.“ Er ist übrigens Fabrikbesitzer, also ein Kapitalist, der sich selbst als Sozialisten bezeichnet. Sogar gibt es in nationalen Befreiungsbewegungen.

Großdemonstration

Am 22.1. fand in Dublin eine gewaltige Demonstration statt, zu der die wichtigsten irischen Gewerkschaften und andere Organisationen aufgerufen hatten, um gegen die ungerechte Steuergesetzgebung zu protestieren. Die „Irish Times“ berichtete von 1/2 Million Teilnehmern und sprach vom „größten Protest in der Geschichte des Staates“. Westdeutsche Zeitungen brachten allenfalls wenige Zeilen (TAZ vom 24.1. z.B.). So werden auch alle anderen Ereignisse aus Irland verschwiegen, außer der britischen Propaganda.

schaftskrise. In einer Kongreßvorlage heißt es weiter, daß die Bauern zwar zunächst von der EG profitiert haben, aber sich nun eine Krise der Landwirtschaft ausbreite, von der besonders die vielen kleinen Bauern hart getroffen werden. Der Kampf gegen die Steuerlasten zeige eine neu erwachende Kampfbereitschaft der städtischen Bevölkerung.

Sozialistische Forderungen

Vor allem zwei Punkte des alten Programms mußten deshalb verändert werden

- 1) Das neue Irland solle nicht föderalistisch werden wie z.B. die Schweiz oder die BRD, sondern sozialistisch auf der Grundlage von Gemeindefürsorgeverwaltung und Kooperativen.
- 2) Die sozialen Veränderungen dürfen nicht auf die Zeit nach der nationalen Befreiung von den Briten verschoben werden, sondern heute schon muß ein sozialistisches Programm aufgestellt und eine soziale Widerstandsbewegung geschaffen werden.

Dies bedeutet eine außerordentlich wichtige Kursänderung der Provisional Sinn Fein, die wohl vor allem von den Sinn Fein Mitgliedern in Nordir-

schätzen (z.B. Erdöl im irischen Küstenbereich) wird nationalisiert. Es soll keine absoluten Besitztümer an Land geben. Das Land gehört letztlich nur der ganzen Nation. Großer Landbesitz wird aufgeteilt an kleine Farmer, die ihn auf kooperativer Basis bebauen werden. Abschaffung der Grundrente (die in Irland einen großen Teil der Haus- und Wohnungsmiete ausmacht). Bauland geht in Staatsbesitz über.

— Freie Einrichtungen für Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen.

— Gleiche Rechte für alle Bürger, unabhängig von Geschlecht, Alter und Religion.

— Zusammenfassung von Landlosen, Arbeitslosen, sozial Benachteiligten in einer „Wirtschaftlichen Widerstandskampagne“. Hauptwerkzeug dieser Kampagne sollen Kooperativen und Gewerkschaften sein. Das Ziel der Kampagne ist: Ausschaltung des Zwischenhandels und des ausländischen Kapitals durch Aufbau von Produktions- und Vermarktungskooperaliven in Landwirtschaft, Fischerei und Industrie; Kooperative Finanzierungsmöglichkeiten; Rückzug aus der EG; 200 Meilen Fischereizone; Abschaffung der Spekulation mit Land, kein Verkauf von Land an Ausländer; keine Atomkraftwerke.

Ein Sprecher der Sinn Fein sagte uns dazu: „Das ist natürlich nichts neues. Es gibt eine soziale Agitation, an der Sinn Fein aktiv teilnimmt. Es besteht sogar die Gefahr, daß wir zuviel hierin investieren, denn mit solchen Forderungen kann man das System nicht stürzen. Andererseits gibt es zwei wichtige Gründe für diese Kampagne:

1. muß die nationale Befreiung auch die Befreiung des Individuums umfassen. Das gehört zusammen und wir müssen zeigen, daß wir wirklich meinen, was wir sagen. 2. müssen wir das politische Bewußtsein der Republikanischen Bewegung heben. Wenn die Briten raus sind, ist das nicht der Sieg. Die einheimischen Ausbeuter arbeiten mit dem internationalen Kapitalismus zusammen. Wir müssen von Portugal lernen. Dort konnten die Massen geschlagen werden, obwohl sie die Kontrolle über das Land gewonnen hatten.“

Kommunistische Unterwanderung

Kommunistische Unterwanderung

In der Diskussion über dieses Papier gab es z.T. krass ablehnende Standpunkte: Das seien ganz neue Theorien, Sinn Fein solle lieber die Forderungen des alten Programms verwirklichen statt auf „diese ausländischen Gruppen, die hier her kommen“ zu hören. Die kleinen Bauern seien sehr besorgt, daß ihnen der Familienbesitz an Land genommen werden soll und weiter die neuen Ideen vortreiben, zurück. Das Dokument sei extrem links, es werde Sinn Fein von den Menschen in Irland trennen. Die Straße zum extremen Sozialismus sei eine Sackgasse, das habe sich in Irland immer wieder gezeigt (diese Aussage richtet sich gegen die großen irischen Revolutionäre Anfang des Jahrhunderts, die ebenfalls Sozialisten waren und deren Kampf schließlich scheiterte). Es sei nur eine kleine Zahl von Leuten, die dies durchdrücken wolle. Es versteckten sich kommunistische Trends dahinter usw.

Dagegen nahmen insbesondere auch Delegierte aus ländlichen Gebieten für das neue Programm Stellung: Es gebe heute in Wirklichkeit gar keinen Privatbesitz an Land. Die kleinen Bauern hätten die schlechtesten Landstücke und seien meist so verschuldet, daß sie jederzeit durch die Banken oder Großgrundbesitzer von ihrem Land vertrieben werden könnten. Die kleinen Bauern seien für das Dokument, weil es eine gerechte Verteilung des Landes fordere und den Farmer gegen die Spekulanten, Großgrundbesitzer und Banken sichern werde.

Das Dokument wurde schließlich mit großer Mehrheit beschlossen. Interessant ist vielleicht noch, daß selbst der schärfste Gegner dieses Programms betonte, „wenn es angenommen wird, werde ich hier bleiben. Ich bin 25 Jahre dabei, ich wer-

Fortsetzung nächste Seite



Wir siegen! Der Kongreß

Wir (Vertreter des KB) konnten die gesamte Diskussion auf dem Kongreß mitverfolgen. Hiervon können wir nur über einige besonders wichtige oder interessante Punkte berichten.

Der Ausgangspunkt für die Beschlüsse des Kongresses war, daß die Situation in Irland sich seit 1971, seit das Programm „Eire Nua“ („Neues Irland“) aufgestellt wurde, wesentlich verändert hat. „Was sich tatsächlich geändert hat, ist, daß wir siegen und daß das Spiel aus ist für die britischen Interessen in Irland. Es gibt heute keinen Weg zurück mehr zu Stormont (nordirisches „Parlament“ — AK). Sunningdale (Versuch eines Kompromißabkommens) oder irgendeiner anderen halben Maßnahme. Die Briten müssen öffentlich erklären, was sie privat schon zugeben: daß ihre Tage in Irland gezählt sind und daß sie werden rausgehen müssen. Und sowie diese naheliegende Tatsache begriffen ist, müssen wir alle uns der dringenden und schwierigen Aufgabe zuwenden, ein völlig neues Irland aufzubauen.“ (Ruairi o Bradaigh) Seit 1971 habe stattgefunden: Die Übernahme der Regierungsgewalt in Nordirland direkt durch Teile Irlands in der EG, die Weltwirt-

land und von den jungen Kämpfern der IRA ausgegangen ist. „Durch ‚Free Derry‘ und andere Erfahrungen im Kampf gegen die Briten haben wir neue Vorstellungen entwickelt, wie die irische Gesellschaft geleitet werden sollte“, sagte ein Delegierter aus dem Norden.

Unter dem Titel „Eire Nua — Die soziale Dimension“ waren diese neuen Vorstellungen zusammengefaßt und als Änderungsantrag zum Programm dem Kongreß vorgelegt worden. „Zu lange schon ist der Reichtum Irlands, irische Arbeit und Produktionsmittel, im Interesse ausländischer Kapitalisten und der mit ihnen Verbündeten einheimischen Kapitalisten ausgebeutet worden. Das soziale und wirtschaftliche Programm der Sinn Fein sieht vor, den irischen Reichtum in die Hände des Volkes zu legen, damit er im Interesse aller Menschen ausgebeutet und entwickelt wird. ... Sinn Fein strebt ein System an, in dem keine Ausbeutung von Menschen durch Menschen stattfindet und das wirklich demokratisch auf allen Ebenen der Gesellschaft ist.“ Im einzelnen wird gefordert:

— Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien sollen voll unter öffentliche Kontrolle gebracht werden. Die Ausbeutung von Boden-

Fortsetzung von Seite 43

de nicht wegen so etwas weggehen." Daß solche starken politischen Differenzen nicht zur Spaltung der Sinn Fein Provisional führen müssen, liegt wohl daran, daß die Provisionals als Einzige glaubwürdig sagen können, daß sie die Tradition des irischen Befreiungskampfes fortsetzen. Die Provisional IRA führt (nach einigen Unterbrechungen durch Waffenstillstände) nach wie vor den bewaffneten Kampf gegen die britische Besatzung im Norden. Im Gegensatz dazu haben die Officials seit Jahren den bewaffneten Kampf eingestellt und sogar mit der sogenannten „Friedensbewegung“ gegen den Kampf der IRA Stellung genommen.

Die IRA gehört einerseits zu den Unterstützern der neuen politischen Linie und ist andererseits am wenigsten von der Illusion befallen, daß die Briten bald abziehen: „Wir müssen uns auf einen langwierigen Krieg einrichten. Wir lassen heute keinen mehr in unsere Bewegung, der die Illusion hat, daß der Sieg über Nacht kommen wird.“

Unter dieser Voraussetzung bekommt auch die „wirtschaftliche Widerstandskampagne“ einen weiteren Sinn. Sinn Fein kann damit zeigen, daß der irische Befreiungskampf nicht nur „destruktiv“ (gegen die Briten) sondern auch „konstruktiv“ (für die Iren) ist. So soll ein breites Bündnis mit fortschrittlichen Kräften geschlossen werden und anfängliche Widerstände dagegen überwunden werden.

„Die Führung ist chauvinistisch!“

Gleich zu Anfang des Kongresses mußten die Vertreterinnen der Frauen dagegen protestieren, daß die Anträge zu Frauenfragen in den Kongreßdokumenten unter den Punkten „Politik, allgemein“, „Jugend und Frauen“ und „Vermischtes“ verstreut waren und daß sie auf der Tagesordnung als letzter Punkt des letzten Tages als „Jugend und Frauen“ behandelt werden sollten.

Die Frauenfrage wurde zum ersten Mal auf einem Kongreß der Sinn Fein als solche beraten. Die Anträge der Frauen wurden von vielen Männern aktiv unterstützt und im allgemeinen einstimmig angenommen. Es handelte sich auch nur erst um bescheidene Forderungen: Aufnahme eines Teils zur Frauenpolitik ins Programm, „angesichts der Tatsache ausgedehnter Diskriminierung der Frauen in Irland“, Kinderbetreuung bei Veranstaltungen der Sinn Fein, um die Frauen für politische Arbeit frei zu machen, Eintreten von Sinn Fein für die Freigabe von empfangnisverhütenden Mitteln in Irland. Die Anträge der Frauen wurden dann auch schon am Mittag des zweiten

Tages des Kongresses behandelt, wobei eine Delegierte eine bemerkenswerte Rede hielt: Die Frauenbewegung sei zur Zeit in der ganzen Welt eine der wichtigsten Bewegungen mit den wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen, werde aber bisher von Sinn Fein ignoriert. Auch innerhalb von Sinn Fein würden die Frauen nicht gleich behandelt, sie machten immer die langweiligen Jobs. „Wer verkauft auf diesem Kongreß die Karten, gibt das Essen aus, räumt auf? Frauen! Wir sind nicht länger mit einem Lippenbekenntnis zufrieden, wir verlangen ein politisches Programm.“ Die Führung der Republikanischen Bewegung sei chauvinistisch, müsse Selbstkritik üben und sich politisch weiterentwickeln.

Ein Nachteil des Auftretens der Frauen war, daß sie keinen Vorschlag für ein solches Programm vorbereitet hatten. Sie wollen dies in der Zeit bis zum nächsten Kongreß nachholen.

Keine Teilnahme an Parlamentswahlen

Sinn Fein nimmt im Norden unter der britischen Besatzung an keinerlei Wahlen teil. Im Süden hat Sinn Fein wie gesagt bei örtlichen Wahlen insgesamt 30 Sitze errungen. Absolute Prozentzahlen lassen sich nicht angeben, weil Sinn Fein nicht an allen Orten Kandidaten aufstellen kann, doch sollen sich durchschnittlich 5 - 7 % ergeben. Diese Zahl sei jedoch das Ergebnis von Zensur und Terrorismushetze. Die Ziele von Sinn Fein würden von einem größeren Teil des irischen Volkes unterstützt. Hierfür gebe es einen Beweis:

Das Institut für wirtschaftliche und soziale Untersuchungen, eine Institution der Dubliner Regierung, habe eine Befragung durchgeführt mit folgenden Ergebnissen: 21 % der Menschen unterstützen die Ziele der Republikanischen Bewegung, 78 % sind für die Forderung eines britischen Rückzugs. Die Ergebnisse der Befragung seien durch eine Indiskretion bekannt geworden und erst dann veröffentlicht worden.

Zur Teilnahme an Parlamentswahlen herrscht in der Sinn Fein die Meinung vor, daß das Dubliner Parlament ein Werkzeug des britischen und europäischen Neokolonialismus sei. In der Vergangenheit war allenfalls diskutiert worden, teilzunehmen an der Wahl, aber die errungenen Sitze nicht einzunehmen. Hierfür gibt es historische irische Vorbilder.

Dem Kongreß lagen nun zwei Anträge vor. Einer verlangte die unbeschränkte Teilnahme an den nächsten Parlamentswahlen und rief einen Sturm der Entrüstung hervor: „Denkt an die Menschen die im Kampf gegen dieses Regime gestorben sind! Die Teilnahme an diesem Parlament wurde in der Republikanischen

schon Bewegung früher als Verrat betrachtet! ... Wir hatten diese Diskussion schon einmal in den 60er Jahren und dann kam die Spaltung (in Officials und Provisionals/AK) dabei heraus! ... Wer das tun will, soll dafür seine eigene Partei gründen. Die Stickies (Officials) warten schon auf solche Leute! ... Wir wollen wirkliche Alternativen und nicht einen gewählten Kollaborateur durch einen anderen ersetzen. ...“

Ein zweiter Antrag forderte nur, zu erwägen, ob man an den Wahlen teilnehmen und dann die Sitze nicht einnehmen solle. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, so daß bis zum nächsten Kongreß der Führung der Sinn Fein sogar solche Überlegungen untersagt sind.

Größeres internationales Interesse

Besonders die Aufnahme Irlands in die EG und der Kampf dagegen haben bewirkt, daß die Sinn Fein ihre außenpolitischen Anstrengungen verstärkt hat. 1976 wurde beschlossen, eine Politik der Blockfreiheit zu unterstützen und die Solidarität mit anderen Befreiungsbewegungen zu verstärken. Internationale Fragen nahmen danach größeren Raum in den Zeitungen und Schulungen der Sinn Fein ein. Sinn Fein ist Mitglied der „Europäischen Koordination gegen die EG“, die anlässlich der Europa-Wahlen gegründet wurde und der verschiedene linke europäische Organisationen angehören. Sinn Fein nahm an der Konferenz der unterdrückten Völker der Welt im Mai 1979 in Lissabon teil. In mehreren Kongreßresolutionen und in der Ansprache des Präsidenten wird insbesondere die Solidarität mit der ZANU (Zimbabwe) (der gleiche britische Gegner) sowie mit den Völkern von Nicaragua und Iran betont.

Die ausländischen Delegierten wurden mit großer Aufmerksamkeit und Freundlichkeit behandelt und konnten am gesamten Kongreß teilnehmen. Otel wurde stürmisch gefeiert.

Die stärkere außenpolitische „Öffnung“ der Sinn Fein halten wir ebenfalls für eine sehr wichtige und begrüßenswerte Entwicklung. Es ist allerdings besonders peinlich für die westdeutsche Linke und Solidaritätsbewegung, daß der Vertreter des KB der einzige Teilnehmer aus der BRD war.

Solidarität erneuern!

Im Laufe der letzten Jahre ist der irische Befreiungskampf nicht nur aus den Spalten der bürgerlichen westdeutschen Presse verschwunden – selbst ablehnend wird kaum noch über die IRA berichtet – sondern auch die Irland-Solidarität hat den allgemeinen Niedergang der internationalen Solidarität mitgemacht.

Großes internationales Interesse am Kongreß der Sinn Fein.

„Das irische Volk, wie alle Völker der Welt, will vollständig frei sein, nicht untergeordnet einem anderen Volk oder einer anderen Regierung. Euer Kampf gehört zum Kampf aller Völker der Welt, wie auch der Kampf des portugiesischen Volkes. Ihr seid nicht allein!“ (Aus der Ansprache von Otel)

Auf dem Kongreß der Sinn Fein (Provisional) war eine große Anzahl von Delegierten ausländischer Organisationen und Befreiungsbewegungen vertreten. Grußgramme und längere Grußadressen kamen von vielen weiteren befreundeten Organisationen.

Delegierte u.a.:
Otel Saraiva de Carvalho (Portugal)
Big Flame (England)
EIA – Partei für die Freiheit des Baskenlandes (Euskadi)
KB
OUT – Vereinigte Organisation der Arbeiter (Portugal)
PTE – Partei der Arbeiter Spaniens
VS – Linkssozialisten (Dänemark)
Irlandkomitees aus Belgien, Bretagne, England, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen und Schweiz.
Grußadressen u.a. von:
EPLF (Eritrea)
Freltin (Ost-Timor)
FSLN (Nicaragua)
SWAPO (Namibia)
PS (Chile)
AMA (Isle of Man)
CNP (Cornwall)

FNC (Katalonien)
SRCS (Schottland)
Arbeid (Flandern)
DP – Democrazia Proletaria (Italien)
PLS – Pour le Socialisme (Belgien)
PSU (Frankreich)
SOAK-CTS (Luxemburg)

Grußwort des KB

Liebe Freunde!

Ich überbringe Euch herzliche solidarische Grüße von unseren Genossen in Westdeutschland. Der Kampf des irischen Volkes hat großes Ansehen bei Linken und Demokraten in Westdeutschland. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß der westdeutsche Imperialismus zu den Kräften gehört, die versuchen, Eure Kultur zu zerstören und Euer Volk zu unterdrücken und auszubeuten. Deshalb fühlen wir uns besonders verpflichtet, Euren Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus zu unterstützen.

Durch die Teilnahme an Eurem Kongreß haben wir die Möglichkeit, Eure Partei noch besser kennenzulernen und die Solidarität mit dem Kampf des irischen Volkes in Westdeutschland zu festigen. Ich danke Euch für die Einladung und wünsche Euch eine erfolgreiche Kongreßarbeit.

Der gerechte Kampf des irischen Volkes wird siegen!

Auch der ARBEITERKAMPF hat in der letzten Zeit nicht mehr über Irland berichtet.

Es ist notwendig, diese Entwicklung zu stoppen. Gegen die europäische wirtschaftliche und militärische Aufrüstung ist der ungebrochene Widerstand des irischen Volkes ein wichtiger Bündnispartner.

Der KB braucht wieder eine Irland-Kommission und eine regelmäßige Irland-Berichterstattung. Es wäre wichtig, Spenden für die Angehörigen der internierten und gefangenen republikanischen Kämpfer zu sammeln. Auch kleine Spenden können hier eine große politische Wirkung als Beweis internationaler Solidarität und Ermutigung haben.

Große Beachtung in Irland

Der Kongreß der Sinn Fein fand in Irland selbst relativ große Beachtung. Die irischen Zeitungen berichteten mit z.T. halb- bis ganzseitigen Artikeln. Im (britischen nordirischen) Fernsehen waren Ausschnitte aus der Rede des Generalsekretärs in den Nachrichten zu sehen.

In seiner Schlußansprache betonte der Präsident der Sinn Fein, Ruairi O Bradaigh, nicht der Wortlaut der Beschlüsse sei entscheidend, sondern wieviel es gelinge, die praktische Parteiarbeit an ihnen auszurichten. Der nächste Kongreß in einem Jahr werde dies beurteilen müssen.

E.

Großbritannien:

„SOS – Save Our Steel!“

So steht es in großen Lettern am Gasometer von Corby. Der Hilferuf wird allem Vermuten nach vergebens sein: Das Stahlwerk in Corby wird in zwei Monaten abgerissen, die 5.200 Arbeiter entlassen werden – die Flucht aus der Stadt hat begonnen, Familien bieten ihre kleinen Häuser zu Schleuderpreisen an.

Was in Corby „im kleinen“ droht, das soll – geht es nach dem Willen der Manager des staatlichen Stahlkonzerns „British Steel Corporation“ (BSC) und der Regierung Thatcher – bis zum August dieses Jahres auch das Los weiterer 50.000 Stahlarbeiter werden.

Seit sechs Wochen streiken die 180.000 Stahlarbeiter der BSC für eine Lohnerhöhung von 17 Prozent (was jedoch nur präzis den Kaufkraftverlust des letzten Jahres ausmacht) und gegen die Pläne der Herren von BSC, jedem dritten Stahlarbeiter in Großbritannien Arbeit und Lohn nehmen zu wollen. Seit dem 27.1. haben sich ihnen die 15.000 Stahlarbeiter der privaten Stahlindustrie in einem Solidaritätsstreik angeschlossen.

Die Regierung Thatcher will es jedoch nicht nur bei der ökonomischen Maßregelung der britischen Arbeiterklasse belassen, sondern beabsichtigt darüber hinaus mit einer Reihe von Gesetzes„reformen“ zum Gewerkschaftswesen eine weitgehende Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte und Kampfmittel:

– Verbot von „secondary picketlines“ (Streikposten von nur indirekt betroffenen Betrieben, was im gerade laufenden Streik eine wichtige Maßnahme gegen Streikbrecherarbeiten darstellt).

– Verlagerung von Streikabstimmungen aus den Betrieben heraus auf eine Briefwahl-Abstimmung und

– eine „Demokratisierung“ des „closed-Shop“-Verfahrens (in bestimmten Betrieben dürfen nur Mitglieder bestimmter Gewerkschaften beschäftigt werden).

Die unnachgiebige Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der Arbeiter des staatlichen Stahlkonzerns verschärft auch den Widerstand gegen diese Gesetzes„reformen“.

Der Streik ist weiter zu sehen vor dem Hintergrund der rigiden „Spar“-maßnahmen auf dem sozialen Sektor, was in den letzten Monaten in Großbritannien zu zahlreichen Demonstrationen und Teilkämpfen geführt hat.

Obwohl die Regierung nicht müde wurde, sich für die Streikforderungen als nicht zuständig zu erklären, fanden doch zwischen dem 18. und 20.1. Treffen zuerst des Arbeits- und des Industrieministers mit Streikführern statt; danach bemühte sich Margaret Thatcher auch selbst, den Gewerkschaftern in persona ihre „harte Linie“ vorzutragen, was jedoch mittlerweile einer gewissen Komik nicht entbehrt. Die Regierung hatte anfangs darauf gesetzt, daß der Stahlstreik binnen weniger Tage beendet sein würde (die Gewerkschaftskassen sind leer und es können keine Streikgelder gezahlt werden) und versucht, ihren Kurs wirtschaftlicher Erpressung exemplarisch an den Stahlarbeitern durchzusetzen.

Die erste Antwort der Streikenden auf Margaret Thatchers Haltung war jedoch die Ankündigung, die Lieferung von für den Betrieb der Bohrinseln in der Nordsee unabdingbarer Ersatzteile zu blockieren – mit einer solchen Aktion können die Bohrinseln binnen weniger Tage stillgelegt werden.

Die Aktionen, die vor und nach

dem Gespräch mit der Thatcher gelaufen waren, konnten sie ebenfalls nicht hoffen lassen, daß sie aus dem Streik als Siegerin hervorgehen würde:

– Die Stahlreserven gehen dem Ende zu. Beim staatlichen Automobilkonzern „Leyland“ ist von Kurzarbeit die Rede. Die Konservfabrik „Metal Box Company“ mußte 2.500 Arbeiter – ein Drittel der Belegschaft – wieder nach Hause schicken.

– Die Blockade schwedischen und westdeutschen Importstahls auf die britische Insel ist angelaufen.

– Durch die „secondary picketlines“ von den privatkapitalistischen Stahlwerken wurde die Aktivität von Aufträgern der BSC schon verhindert, bevor die Arbeiter der privaten Stahlindustrie in den Solidaritätsstreik traten.

– „Fliegende Streikposten“ verhinderten am 16.1. erstmals landesweit den Transport sämtlicher Stahlbleitwaren – vom Kühlschrank bis zum Moniereisen.

– Die Anzahl von ursprünglich 120.000 Streikenden bei BSC hat sich auf 180.000 erhöht, nachdem die Arbeiter, die nicht an den Hochöfen arbeiten und anfangs nicht in den Streik einbezogen waren aufgrund eines gänzlich unzureichenden Lohn„erhöhungs“angebots ebenfalls in den Streik getreten sind.

– Auch in anderen Sektoren stehen die Zeichen auf Sturm. Die Wasserwerke drohen, notfalls die Wasserversorgung lahmzulegen.

Einige Tage, nachdem Margaret Thatcher in der Annahme, „starke Frau“ zu sein, aber nur noch komische Alte war, sich über ihre Unnachgiebigkeit verbreitete, trafen sich in London die Vertreter von Eisen- und

Stahlgewerkschaften aus 15 Ländern und versprochen solidarische Unterstützung der britischen Stahlwerker.

In eine entscheidende Phase trat der Streik, als am 27.1. der Solidaritätsstreik in der privaten Stahlindustrie begann. Die Unternehmer dieses Sektors waren mit einer einstweiligen Verfügung gegen diesen Streik vorgegangen, waren in der ersten Instanz zurückgewiesen worden, bekamen dann aber von Großbritannien höchstem Richter, was sie für ihr Recht halten. Die „Welt“ (28.1.) kommentierte: „Für die Regierung Thatcher ist das Urteil ... ein Triumph. Sie plant noch in diesem Jahr ein Gesetz einzubringen, das die Aktivitäten von Streikposten vor nichtbestreikten Betrieben generell illegal machen soll.“

Ungeachtet des Urteils ging jedoch der Solidaritätsstreik in der privaten Stahlindustrie relativ unvermindert weiter. Die letzte Berufungsinstanz – fünf Richter des Oberhauses – entschied am 2./3.2. in Anerkennung dessen, was es nicht zu verhindern war, daß die Bestreikung der privaten Stahlwerke rechtens sei.

Ein privater Stahlkapitalist jammerte darob: „Dieses Urteil bestätigt praktisch die Immunität der britischen Gewerkschaften. Wir sind nur noch Ausgelieferte dieser Gewerkschaft“. Und auch Len Murray, Chef des Gewerkschafts-Dachverbandes TUC, wurde die Sache langsam zu heiß: „Ich habe Mühe, meine immer militanter werdenden Leute zu zügeln“ („Welt“, 4.2.).

Am 28.1. legten rund 200.000 Arbeiter in Südwales (die Zahlenangaben schwanken in der Presse sehr stark von 100.000 - 250.000) am „Tag des Protestes“ die Arbeit nieder. Bergleute, Eisenbahner, Bus- und Lastwagenfahrer unterstützten damit den Streik

der walisischen Stahlarbeiter. Das öffentliche Leben in Wales war lahmgelegt. Für die Bergarbeiter in Wales stehen auch die eigenen Arbeitsplätze auf dem Spiel. Kann BSC seine Stillelegungspläne durchsetzen, würden etwa zehn Zechen in Wales geschlossen werden.

Sechs Wochen nach Streikbeginn sind Kampfesmut und Mittel des Widerstandes noch lange nicht erschöpft: In der Nacht zum 5.2. wurden in South-Yorkshire alle jene Techniker abgezogen, die bisher während des Streiks dafür sorgten, daß die Hochöfen und Kokereien in Betrieb bleiben. Die Aufgabe dieser Arbeit bedeutet, daß die Öfen erkalten und schwer beschädigt werden; der Wiederbeschaffungswert eines Hochofens beträgt ca. 400 Mio. DM. Ein Sprecher des Streikkomitees: „Wir wissen sehr wohl, daß unsere Maßnahme katastrophale Folgen hat. Unser Streik geht in die sechste Woche und hat buchstäblich nichts in Bewegung gebracht. Die „British Steel Corporation“ hat kein Geld, und die Regierung rückt nichts heraus. Wir lassen uns nicht aushungern.“

Erste Reaktion von BSC: Das letzte Angebot – acht Prozent Lohnerhöhung plus vier Prozent, die durch gesteigerte Produktivität „abzuarbeiten“ sind – wurde dahingehend modifiziert, daß ein größerer Teil davon nicht mehr an die Bedingung gesteigerter Produktivität gebunden werden soll. Die „FAZ“ (7.2.) schätzt realistisch ein: „Die Aussichten für eine Einigung werden zurückhaltend beurteilt“. Wohl wahr!

(Nach diversen Ausgaben von „FR“, „FAZ“, „SZ“, „Welt“, „TAZ“ und „Die Neue“ vom 10.1. bis 7.2.80.)

K., BO Hamburg Barmbek

AK-Interview mit Philip Agee (2. Teil)

Frage: Im ersten Teil des Interviews hatten wir uns mit Deiner gegenwärtigen Situation und Deiner Arbeit beschäftigt, die sich direkt gegen die CIA und deren illegale Machenschaften richtet. Nun laufen zur Zeit Bestrebungen, die wenigen der CIA nach der Arbeit der Untersuchungsausschüsse auferlegten Kontrollmaßnahmen wieder aufzuheben und gleichzeitig Leuten wie Dir das Handwerk zu legen. Kannst Du erklären, was sich da in Washington tut?

Antwort: Das Hauptproblem der CIA in den vergangenen fünf Jahren ist die Beschränkung ihrer Geheimoperationen ("covert action"). Dabei handelt es sich nicht um das Sammeln von Informationen, sondern um die Anwendung geheimdienstlicher Erkenntnisse zur Durchsetzung und Beeinflussung des Machtapparats eines Landes, zur Manipulation der politischen Parteien, der Regierungsbehörden, des Militärs usw. (1)

Diese Operationen sind in den letzten fünf Jahren sehr erschwert worden durch das "Hughes-Ryan Amendment", einem Zusatz zum Auslandshilfegesetz von 1974. Hierin ist festgelegt, daß der Präsident persönlich alle Geheimoperationen prüfen und bestätigen muß. Darüberhinaus ist er verpflichtet, je vier Ausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses zu unterrichten. Dazu gehören u.a. die Ausschüsse für Auslandsbeziehungen, für Streitkräfte, für Geheimdienstaufsicht ... und das sind alles in allem rund 200 Leute. Diese große Menge ist geradezu eine Garantie dafür, daß wichtige Operationen nicht geheim bleiben. Deshalb hat das Gesetz einen Abschreckungseffekt ("what is known in the US as a chilling effect"). Es verhindert, daß Operationen vorankommen, weil man befürchtet, sie könnten durchsickern oder enthüllt werden. Und es gibt eine Reihe von Fällen, für die dies gilt.

So kämpft die CIA so hart sie kann dagegen - und wenn ich CIA sage, meine ich nicht nur die CIA als Regierungsbürokratie sondern auch die nationale Sicherheits-Lobby in Washington. Zu ihr zählt u.a. das "Center for Strategic and International Studies" an der Georgetown University in Washington, dessen Direktor Ray S. Cline ist. Cline war CIA-Chef in Deutschland von 1966 bis 1969 und anschließend Geheimdienstchef im US-Außenministerium. Außerdem gibt es noch eine Anzahl anderer Organisationen, die durchweg stark rechtslastig sind und den Geheimdienstapparat - einschließlich CIA und Militär - kräftig unterstützen.

Sie alle fordern die Aufhebung des "Hughes-Ryan Amendment", so daß die CIA nur je einen Ausschuss fernst.

Sie alle fordern die Aufhebung des "Hughes-Ryan Amendment", so daß die CIA nur je einen Ausschuss in beiden Häusern benachrichtigen müßte, den jeweiligen Unterausschuss für Geheimdienst (select committee on intelligence). Dies wird wahrscheinlich durchkommen.

Nun, seit vier Jahren versucht der Congress - und hier besonders der Senat, genauer der Senatsausschuss für Geheimdienstaufsicht - auch eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die im einzelnen festlegen soll, was all die verschiedenen Behörden des Geheimdienstapparats - einschließlich des FBI und der CIA - tun dürfen und was sie nicht tun dürfen.

Diese gesetzliche Grundlage (charter legislation) soll angeblich die sogenannten Mißbräuche der Vergangenheit für die Zukunft unterbinden. Aber es war in den ganzen vier Jahren unmöglich, eine Übereinstimmung herzustellen über die Formulierung. In letzter Zeit haben sich die Widersprüche jedoch weitgehend erledigt und es bestehen reelle Chancen, bei der gegenwärtigen nationalen Stimmung das Gesetz durchzusetzen; einer Stimmung, die geprägt ist von Iran und Afghanistan, von Blickpunkten wie Nicaragua zum Beispiel oder den Kariben, die sich aus der amerikanischen Vormundschaft lösen wollen hin zu einer Form von Sozialismus. Diese Stimmung wird den Boden bereiten für ein rückwärtsvolles, entgegenkommendes Gesetz, ganz im Sinne der Geheimdienste.

Die tatsächliche Gefahr, der wir uns in den achtziger Jahren gegenübersehen, wird darin bestehen, daß es keine wirkungsvollen Beschränkungen der Geheimdienstaktivitäten geben wird. Dadurch könnten die Geheimdienste - besonders die CIA, weil sie das Geld hat - wieder zu der Art Operationen kommen, die in den fünfziger und sechziger Jahren vorkamen und in den Siebziger wie z.B. in Chile oder Jamaika; Versuche, den politischen Weg eines Landes zu ändern. Das kann zu recht schmutzi-

Nach der Veröffentlichung des ersten Teils unseres Interviews mit Philip Agee (in AK 170, S. 3) hat sich ein erbittertes Tauziehen um den Paß des ehemaligen CIA-Agenten entwickelt. Die Folgen aus einer endgültigen Aberkennung des Passes sind unübersehbar. Daher nahm die Vorgeschichte und der Hintergrund dieser Frage im ersten Teil unseres Interviews einen derart breiten Raum ein.

Am Montag, dem 28.1., entschied das zuständige Bezirksgericht in den USA in erster Instanz, daß die Aberkennung des Passes durch das US-Außenministerium nicht möglich - weil verfassungswidrig - ist. Die Regierung legte Berufung ein. Am 1.2. brachte sie ein umfangreiches Gutachten (affidavit) über die Notwendigkeit ihrer Maßnahme beim nächsthöheren Bezirksgericht ein. Der Anwalt Agees reichte daraufhin eine entsprechende Stellungnahme nach. Am Dienstag, dem 5.2., entschied das Bezirksgericht nun, den Spruch der ersten Instanz bis zu einer genaueren Überprüfung Mitte März/April "auszusetzen" (also nicht umzusetzen) und gleichzeitig ebenfalls bis dahin die Entscheidung des Außenministeriums für gültig zu erklären.

Den Hintergrund erhellt ein neuerlicher Vorstoß der CIA in Gestalt des stellvertretenden Direktors Carlucci (der wegen seiner zentralen Rolle beim konterrevolutionären Roll back in Portugal berühmt wurde). Er forderte unlängst Strafmaßnahmen gegen Personen, die durch Veröffentlichungen zur Aufdeckung der Identität von CIA-Agenten in aller Welt beigetragen haben („TAZ“, 1.2.80). Entsprechende Gesetzesvorlagen werden derzeit beraten (siehe Anhang). Namentlich erwähnte Carlucci Philip Agee und John D. Marks (der zusammen mit Victor Marchetti 1974 „The CIA and the Cult of Intelligence“ veröffentlichte). Er bezeichnete sie als „treulose Regierungsangestellte“. Der diesbezügliche Gesetzesentwurf sieht zehn Jahre Gefängnis und 50.000 Dollar Geldstrafe hierfür vor!

In der Hoffnung, daß ihn dies nie treffen möge, danken wir Philip Agee für seine Gesprächsbereitschaft. Zu gegebener Zeit werden wir über die weitere Entwicklung berichten.

gen Geschäften führen, wie Du weißt. Morde und sämtliche Arten politischer Unterdrückung. Denn in vielen Fällen können sie eine politische Entwicklung nur durch Unterdrückung und durch eine Steigerung des Einsatzes aufhalten und genau das geschah in Chile, Argentinien, Uruguay und vielen anderen Ländern. Das ist die wirkliche Gefahr und es gibt einfach kein Gesetz, was so etwas absolut verhindern kann. Natürlich ist eine derartige Politik letzten Endes selbstzerstörerisch, doch eine Masse Menschen wird in der Zwischenzeit darunter leiden.

Ich denke, das wäre das Wichtigste bei der Gesetzgebung.

Frage: Es war in der Presse zu lesen von einem sogenannten „Anti-Agee-Gesetz“. Was ist damit gemeint?

Antwort: Oh ja, es gibt eine Gesetzesvorlage, die im Repräsentantenhaus beraten wird. Dies Gesetz soll die Identität von Geheimdienstange-

mich überhaupt nicht, weil die Arbeit, die ich jetzt und auch in Zukunft mache, nicht direkt von der Identifizierung von Leuten abhängt. Andere tun dies im Bulletin, wie Du weißt.

Andererseits will das Gesetz es für jeden unter Strafe stellen, CIA-Angehörige beim Namen zu nennen, sie bekannt zu machen - sogar Journalisten, die sich auf öffentlich zugängliche, nicht geheime Quellen oder Dokumente beziehen - und es ist sonnenklar, daß dieser Teil des Gesetzes gegen die Verfassung verstößt. Selbst wenn es verabschiedet werden sollte, würden meine Kollegen in Washington sofort vor Gericht ziehen, um eine Bestätigung dieser (unserer) Rechtsauffassung zu erlangen. Schließlich ist es noch nicht einmal sicher, daß dieser Teil auch nur den Congress passieren wird - im Gegensatz zum ersten Teil... Denn da haben sie gesehen, daß eine einzelne Person ihnen in fünf Jahren unbeschreiblichen Schaden zufügen kann.



hörigen schützen und will es zum Verbrechen erklären, wenn ein ehemaliger Geheimdienstler den Namen eines anderen Beschäftigten enthüllt. Mit anderen Worten - alles was ich im Zusammenhang mit Namen nennen (2) getan habe, könnte mich in den Knast bringen.

Dies hat nichts mit dem "Hughes-Ryan Amendment" oder der "charter legislation" zu tun, es ist ein Gesetz ganz für sich. Seit einigen Jahren gab es Versuche, ein solches Gesetz zu schaffen, sowohl vom Senat wie auch vom Repräsentantenhaus.

Frage: Welche Folgen hätte ein solches Gesetz? Würde es Dich oder Deine Arbeit treffen?

Antwort: Das Gesetz würde mich persönlich nicht sehr betreffen, weil ich mittlerweile keinen Anlaß mehr habe, noch Namen von CIA-Leuten zu nennen. Denn inzwischen wissen andere Leute wie das gemacht wird, es ist ganz einfach. Die CIA-Leute, die ich aus persönlicher Erfahrung kenne, habe ich fast alle in meinem ersten Buch genannt. Diejenigen, die heute noch dort arbeiten, können von anderen Leuten ganz leicht enthüllt werden; wie von den Mitarbeitern des Covert Action Information Bulletin (3) in Washington.

Sie nennen dies also Anti-Agee-Gesetz, aber praktisch betrifft es

Frage: Sie wollen also ein ganz neues Klima schaffen...

Antwort: Ja, und natürlich wollen sie an mir ein Exempel statuieren, wenn sie mich persönlich angreifen, um andere Leute von ähnlichen Dingen abzuschrecken, selbst wenn diese aus einer Ablehnung dieser (CIA) Aktivitäten heraus politisch dazu neigen sollten...

So sieht es also mit der Gesetzgebung aus: Hauptsächlich Aufhebung des Hughes-Ryan Amendment; Einführung eines freundlichen Grundgesetzes (charter legislation), das nicht viele maßgebliche Beschränkungen umfaßt, so daß der Präsident geheime Interventionen wieder einleiten kann, ohne daß diese durch Unterrichtung all dieser Ausschüsse nicht geheim sind.

Central Intelligence Agency

We're looking for you special men and women who still have a spirit of adventure.

There aren't many of you. One in a thousand, maybe. You're a bright, self-motivated, self-reliant person who needs to help us gather information and put together a meaningful picture of what's happening in the world. One of an elite corps of men and women.

You can rely on your wit, your initiative, and your skills. And, in return, enjoy recognition, a sense of responsibility, use in foreign places, plus knowing that you belong to a small, very special group of people doing a vital, meaningful job in the face of challenges and positive horizons.

You gain valuable experience because the opportunity we offer would give you the chance to develop your ability to take charge, make decisions, use your imagination, be creative, and work with others.

Among the qualifications: a college education, U.S. citizenship, foreign language aptitude if it sounds too good to be true, you owe yourself a closer look. Send your resume in confidence to:

Personnel Representative
Dept. A, Room 821
P.O. Box 1925
Washington, D.C. 20013

No obligation, and we'll keep your inquiry confidential.

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

It's time for us to know more about each other.

An equal opportunity affirmative action employer.

Stellenangebot der CIA in der „Washington Post“ vom 5. 8. 1979

Das ist die gegenwärtige Situation in Washington und ich meine, daß es sehr gefährlich ist, daß die 80er Jahre uns die Rückkehr zu vermehrten Geheimoperationen, versteckten Interventionen und zur Förderung politischer Unterdrückung durch diese verdeckten Aktivitäten bringen.

Frage: Was hat es mit der Konzentration der Geheimdienste auf sich? Ich erinnere, daß Nixon schon einen Plan für eine gemeinsame Führungseinheit hatt. Gibt es so eine Schaltzentrale?

Antwort: Die gemeinsame Führung ist wesentlich ein Verdienst der Geheimdienstreform von Carter. Im Januar 1978 organisierte er die Geheimdienste neu und gab dabei dem sog. DCI eine Menge mehr Macht. Der „Director of Central Intelligence“ ist Admiral Turner. Er hat umfassende Befugnisse über die gesamten Geheimdienstbehörden; denn es gibt mehr als zehn verschiedene davon, die in den USA aktiv sind - die CIA ist nur eine davon.

So werden die laufenden Geschäfte der CIA im wesentlichen vor dem stellvertretenden Direktor erledigt - und der Direktor Admiral Turner wendet fast seine ganze Zeit für allgemeine Angelegenheiten des gesamten Bereichs auf.

Bereits auf.

Erläuterungen:

(1) Covert action ist „Aktivität im Ausland, die zur Absicht hat, nicht Informationen zu sammeln, sondern Geschehnisse zu beeinflussen, also Aktivität mitten zwischen Diplomatie und Krieg. Es haben sich verschiedene Formen herausgebildet, von der finanziellen Unterstützung freundschaftlicher Publikationen bis zur Ausrüstung umfangreicher paramilitärischer Vorhaben“ (Bericht der Murphy-Kommission zur Untersuchung der außenpolitischen Aktivitäten der Regierung, Juni 1975); „heimliche Aktivität mit dem Ziel, ausländische Regierungen, Geschehnisse, Organisationen oder Personen zu beeinflussen im Sinne der US-Außenpolitik, und zwar auf eine Weise, daß ein Eingreifen der US-Regierung nicht erkennbar wird“ (Abschlußbericht der Church-Kommission des Senats zur Untersuchung der geheimdienstlichen Aktivitäten der US-Regierung, 26.4.76); und nach derselben Quelle: „u.a. politische und propagandistische Programme zur Beeinflussung oder Unterstützung ausländischer Parteien, Gruppen und einzelner politischer und militärischer Führer; wirtschaftliche Maßnahmen; paramilitärischer Handlungen; counter-insurgency Programme. Informationsbeschaffung durch Menschen oder Spionage und Gegenespionage-Programme sind nicht unter dem Begriff covert action enthalten“.

(2) Naming Names ist eine ständige Rubrik im Covert Action Information Bulletin.

(3) Das Bulletin erscheint seit zwei Jahren in Washington. Philip Agee ist Mitherausgeber. Das Bulletin ist erhältlich im Arbeiterbuch Grindelhof 45 2000 Hamburg 13 oder direkt von Covert Action Publications P.O.Box 50272 Washington, DC 20004 - USA.

Die neuen Gesetze

Am 24.1. legten sieben Senatoren unter Führung von Daniel Moynihan (Demokratische Partei/New York) einen umfassenden Gesetzesentwurf vor:

1. Einschränkung der Informationspflicht der CIA über „covert action“ auf zwei Ausschüsse (29 Abgeordnete), bzw. auf Unterrichtung zu „gegebener Zeit“ (jetzt: vor dem Beginn).
2. Festlegung einer gesetzlichen Grundlage geheimdienstlicher Arbeit (Charter legislation).
3. Entbindung der CIA von den gesetzlichen Pflichten des „Freedom of Information Act“ (Gesetz über die Herausgabepflicht von Daten), nach dem in den letzten Jahren Berge von Material publik wurden; nur noch Einzelpersonen können Unterlagen über ihre Person herausfordern.
4. Verbot der Veröffentlichung von Namen von Geheimdienstmitarbeitern; Höchststrafe bei Verstoß gegen dieses Gebot zehn Jahre Gefängnis und 50.000 Dollar Geldstrafe. Der vage Gesetzesentwurf schließt sämtliche Informanten und Weiterverbreiter ein (zwar nicht wörtlich...), und zwar auch dann, wenn es sich um Geschichten aus längst vergangenen Jahren handelt.

Ebenfalls am 24.1. legte der republikanische Repräsentant Robert Mc Clory einen Gesetzesentwurf vor, der nur den ersten Punkt enthält. („International Herald Tribune“, 26./27.1., 29.1., 2./3.2.80).



Kurzmeldung

Dümmer als die Polizei erlaubt!

„Was ist denn Islam?“ - „Sagten Sie, es gibt zwei koreanische Regierungen? Wie kommt das denn?“ - „Sie meinen, es gab einen Krieg zwischen Indien und Pakistan? Warum denn das?“

Mit diesen intellektuellen Offenbarungsseiden legte der Botschafter der USA in Singapur, Richard Kneip, bedröhtes Zeugnis dafür ab, daß selbst die schönsten Märchen über das Niveau offizieller US-Diplomatie noch vor der Wirklichkeit verblasen.

Allein schon seine „Berufung“ ist ein Kabinettstück: 1978, nach seiner Wahl ins Weiße Haus, berief Carter den Gouverneur (vergleichbar mit den Ministerpräsidenten eines BRD-Bundeslandes) von Süd-Dakota zum Botschafter, obwohl er zuvor versprochen hatte, mit der Begleichung politischer Schulden durch diplomatische Postenvergabe aufzuräumen. Kneip war bis dahin Vorsitzender der „Konferenz demokratischer Gouverneure“ (gemeint ist die Demokratische Partei!).

Die grenzenlose Ignoranz des Mr. Kneip, die auch vor Helmut Schmidt (Who?), Callaghan und Giscard d'Estaing nicht halt machte, wurde durch einen Bericht seines Stellvertreters bekannt. Edward Ingraham, der jetzt am Lake Forest College in Illinois lehrt, wurde schon sechs Monate nach Kneips Ankunft von diesem abserviert („International Herald Tribune“, 31.1.80).

Und was meint Kneip? „Diese Vorwürfe sind ungenau. Wenn ich darauf einging, würde ich nur meine Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen“.

USA-Kommission

Guatemala: Massaker in der spanischen Botschaft

39 Menschen wurden getötet, als Polizeistreitkräfte Guatemalas die Spanische Botschaft in Guatemala-Stadt stürmten. Ziel der Aktion war offensichtlich die Liquidierung der Bauern, die die Botschaft besetzt hatten. Die Aktion war dermaßen brutal, daß der spanische Botschafter — der einzige Überlebende — von einem „absolut unerträglichen Vorfall“ sprach, und Spanien die Beziehungen zu Guatemala abbrach.

Was war vorausgegangen?

Im August letzten Jahres wurden neun Bauern aus dem Dorf Uspatan in der Provinz Quiché durch Militärs verschleppt, weil sie sich für einen Arbeitsboykott gegen mehrere Landgüter ausgesprochen hatten, aus denen die in Guatemala sowieso schon üblichen Hungerlöhne noch weiter unterschritten werden. Nach der Verschleppung der Bauern kam eine 25- bis 30köpfige Delegation des Dorfes nach Guatemala-City. Sie verlangten vom Kongreß die Freiheit der neun Bauern und gaben bekannt, die Stadt nicht eher zu verlassen, bis sie wieder frei sind. Nachdem die Bauern vom Kongreß abgewiesen worden waren und bekannt wurde, daß die neun Bauern gefoltert und anschließend getötet worden sind, beschloß die Bauerndelegation Aktionen zur Herstellung einer breiten Öffentlichkeit durchzuführen. Nach Aussagen des kirchlichen Komitees „Frieden und Gerechtigkeit“ wurde einer von den ermordeten Bauern verbrannt, andere zu Tode gefoltert und drei von ihnen in Militärkleidung gesteckt und dann in den Bergen abgeknallt. Damit sollte wohl der Eindruck erweckt werden, daß die Guerilla wieder gegen die Armee zu geschlagen hätte („TAZ“, 4.2.80). Es ging der Bauerndelegation aber nicht nur um das Bekanntmachen dieser Morde, sondern um den Kampf gegen die faktische Besetzung ihrer Provinz durch das Militär. Für diese Besetzung gibt es zwei Gründe:

1. Die Militärs geben sich seit einiger Zeit nicht mehr damit zufrieden, die Machtverhältnisse zu sichern. Sie wollen Anteil an der Verteilung der Pfründe. Um den Militärs Land zu kommen zu lassen, erscheint den Herrschenden Quiché wohl deswegen als die geeignete Provinz, weil das Land dort den Indianern gehört, und diese natürlich keine Besitzurkunden über das Land nachweisen können, das ihnen seit Urzeiten gehört. In der Logik der Herrschenden bedeutet das, daß die Indianer vertrieben werden. Auch die neuerlichen Funde an Öl und Nickel machen den Boden von Quiché begehrt.

2. Quiché ist die Schwerpunktprovinz des Militärs in der Guerillabekämpfung. Gerade hier erstarkte die Guerilla.

Quiché ist die Schwerpunktprovinz des Militärs in der Guerillabekämpfung. Gerade hier erstarkte die Guerilla und gewann, was in Lateinamerika nicht häufig ist, viele Indianer für den Kampf. Was Guerillabekämpfung auf guatemalteckisch heißt, wurde in den Jahren 1970 - 74 z.B. in den Provinzen Zacapa und Izabal demonstriert. Über 10.000 Menschen wurden ermordet, um der Guerilla die Operationsbasis zu entziehen.

Dies alles sind die Gründe für die Aktionen der Bauern, die mit der Besetzung mehrerer Schulen und Radio-sender begannen und mit der Besetzung der spanischen Botschaft ein blutiges Ende fanden.

Nachdem die Botschaft ohne jede Gewaltanwendung von den indianischen Bauern besetzt worden war, erklärte sich der Botschafter Cajal y Lopez sofort zu einem Gespräch mit den Besetzern bereit. Der Botschafter bat die guatemalteckischen Behörden ausdrücklich mehrfach, nicht einzugreifen. Die Polizei umstellte trotzdem

das Gebäude und ging nach einigen Stunden unter Einsatz von Schußwaffen zum Sturmangriff über. Die völlig überraschten Bauern versuchten, sich mit Molotow-Cocktails zu verteidigen. Bei dem entstehenden Brand starben bis auf einen Besetzer und den Botschafter selbst, der sich mit einem Sprung durchs Fenster retten konnte, alle 39 in der Botschaft anwesenden Menschen. Wieviele davon durch die Polizeikugeln und wieviele dadurch, daß sie im brennenden Haus eingeschlossen wurden, ist nicht bekannt. Der Botschafter sprach von einem „absolut unerträglichen“ Vorfall und von einer „brutalen Aktion“ der Polizei. Madrid brach die diplomatischen Beziehungen ab. Spaniens Interessen werden jetzt von Venezuela mitvertreten.

Auch das Ende dieser Geschichte ist typisch für Guatemala. In den Trauermärschen, an dem 3.000 Demonstranten teilnahmen, und bei dem die Särge der 33 Besetzer mitgetragen wurden, wurde wieder reingeknallt. Ergebnis: Zwei Tote. Nach Angaben der Tagesschau vom 4.2. wurde ein führender Gewerkschafter von der Polizei auf der Demonstration erkannt, festgenommen und sofort am Straßenrand vor aller Augen abgeknallt. Die Teilnehmer des Trauermärsches riefen „Einheit gegen Diktatur“ und „Wir wollen Gregorio Yula lebend“ („FR“, 4.2.).

G. Yulawar, der überlebende Besetzer, war zusammen mit dem Botschafter in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Von dort wurde er vor bewaffneten Trupps entführt. Einen Tag später wurde seine Leiche vor der Universität abgeladen. Dies war wohl als Warnung an die Linke gedacht, da die Uni als besonders „subversiv“ bei den Herrschenden angesehen ist. Angesichts dieser Ereignisse hielt es der spanische Botschafter nicht für ratsam, im Krankenhaus zu bleiben. Er „verzichtete“ auch auf den „Schutz“ der guatemalteckischen Polizei und floh unter dem Schutz mehrerer anderer Botschafter aus dem Krankenhaus in die US-Botschaft, wo er allerdings bei den Drahtziehern dieser Massaker gelandet ist. Daß diese Angelegenheit durch die Presse ging, verdankt sie nicht ihrer — wie man/frau vielleicht annehmen möchte — bestialischen Unmenschlichkeit, die ist in Guatemala an der Tagesordnung, sondern ausschließlich der Tatsache, daß hier die Immunität einer Botschaft und das Leben eines Botschafters auf dem Spiel standen. Politische Morde gibt es in Guatemala am Tag im Durchschnitt zehn!

Botschaftsbesetzung auch in El Salvador

Botschaftsbesetzung auch in El Salvador

Inzwischen wurden auch die spanische Botschaft und das Erziehungsministerium in San Salvador besetzt. Gefordert wird die Freilassung von politischen Gefangenen und (von den Besetzern des Ministeriums) der Zugang für alle Schüler zu Oberschulen. Die spanische Regierung hat nach den guatemalteckischen Erfahrungen dringend gefordert, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Dies wurde von der Regierung El Salvadors zwar zugesichert, gleichzeitig wurde aber angedeutet, daß man nicht bereit sei, die geforderte Freilassung von Gefangenen — falls sich diese Personen überhaupt in den Händen der Justiz befänden — zu garantieren. Faschistische Banden entführten im Gegenzug den Generalsekretär der Nationalistischen Demokratischen Partei und drohten seine Ermordung an für den Fall, daß die Botschaft nicht innerhalb von 24 Stunden geräumt werde.



Peru: 2 linke Blöcke für die Wahlen

Praktisch in letzter Minute ist es den Hauptströmungen der radikalen Linken Perus gelungen, sich auf eine gemeinsame Liste und gemeinsame Kandidaten für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr zu einigen.

Am 18.1.80 lief die Einschiebfrist für die Wahlen ab. Seitdem steht fest, daß zahlreiche Organisationen der radikalen Linken (Marxisten, China-orientierte MLer und verschiedenste Trotzkisten) die Präsidentschaftskandidatur von Hugo Blanco unterstützen. Ein Zusammengehen mit der revisionistischen KP und ihrem Umfeld kam allerdings nicht zustande. Das Bündnis um die KP steht als zweite linke Alternative zur Wahl. Daß es überhaupt zu einem gemeinsamen Vorgehen der radikalen Linken kommen würde, schien lange Zeit weitgehend aussichtslos, nachdem von den drei Blöcken, die zur Verfassunggebenden Versammlung 1978 angetreten waren, ein Teil sich wieder stark aufgesplittet hatte und zerfallen war. Die Einigung im letzten Moment ist wesentlich auf die massive Forderung nach Einheit aus den Massen zurückzuführen und auf die starke Repression von seiten der Militärjunta, die die Notwendigkeit einer starken Linken täglich neu verdeutlicht.

Revolutionäre Allianz der Linken

Revolutionäre Allianz der Linken

Wesentlichster Streitpunkt innerhalb der Linken war die Bündnispolitik, bzw. die Zusammensetzung der Blöcke. Die Trotzkisten und allen voran Hugo Blanco lehnten grundsätzlich jede Zusammenarbeit mit linksbürgerlichen, demokratischen Kräften (wie FENATRACA, PSR) ab. Die Wahlparole Hugo Blancos „Gegen die Patrone und Generäle“ schloß von vornherein jede Absprache mit Organisationen der Kleinbourgeoisie und der reformistischen Militärs (Anhänger des Reformpräsidenten Velasco Alvarado) aus. Andererseits sträubten sich die ML-Organisationen gegen jede Zusammenarbeit mit Trotzkisten und dabei natürlich vor allem gegen eine Kandidatur von Hugo Blanco (Hugo Blanco ist ein „undogmatischer“ Trotzkist, der führend an den Landbesetzungen in den 60er Jahren teilgenommen hat und bis heute in großen Teilen der Massen die Symbolfigur

des revolutionären Widerstandes in Peru ist).

Die Hauptinitiative für immer wieder neue Versuche einer Einigung ging von der UDP (demokratische Volksunion) und innerhalb der UDP von Vanguardia Revolucionaria aus (vergl. Interview mit Diez Canseco, führendes Mitglied von VR in AK 150). Vanguardia hat seit langem sehr massiv auf ein Zusammengehen mit Hugo Blanco orientiert, einfach weil er der Linke mit dem größten Ansehen und Bekanntheitsgrad im Volk ist und hat schließlich trotz vieler Widersprüche ein Bündnis mit Hugo Blancos Partei, der PRT, geschlossen. Vanguardia hat dabei nicht darauf verzichtet, in ihrer Parteizeitung „El Proletario“, deutliche Kritik an Blancos sektiererischer Position gegenüber bürgerlich-demokratischen Organisationen zu üben. Das Zusammengehen mit Blanco wurde schließlich in der gesamten UDP (über 15 linke Organisationen) durchgesetzt, daraufhin schlossen sich weitere trotzkistische Gruppen (POMR, PST) an. In dieser Situation entschlossen sich dann auch die ML-Organisationen — wenige Stunden vor Ablauf der Einschiebfrist — das Bündnis zu unterstützen. Präsidentschaftskandidaten sind Hugo Blanco und Horacio Sevallo, ein Führer der Lehrgewerkschaft SUTEP, die aufgrund ihrer langen kämpferischen Streiks (der letzte: Vier Monate im Sommer 1979) nicht nur bei den Lehrern, sondern in breiten Teilen des Volkes verankert ist. Der Präsident der UDP, Alfonso Barrantes, der von Teilen der Linken als Präsidentschaftskandidat favorisiert wurde, kandidiert an erster Stelle auf der Liste fürs Parlament. Daß dieses Bündnis (unter dem Namen ARI, revolutionäre Allianz der Linken) zustande kam, ist ein enormer Schritt nach vorn. Immerhin haben sich hier 20 bis 30 linke Organisationen verschiedenster Couleur zusammengefunden, in einem Land, in dem in der Regel jede linke Gruppe mindestens zwei bis drei Spaltungen erlebte; (z.B. gab es fünf MIRs, alle Abspaltungen von der Bewegung der revolutionären Linken, die in den 60er Jahren die Guerillakämpfe führte, alle fünf MIRs haben sich vor wenigen Wochen wiedervereintigt).

Die Revisionisten

Die KP hat ihren Block, mit dem sie

zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung angetreten war, ausbauen können. Außer der KP und der PSR (reformistische Militärs) gehören dazu die Gruppierungen um Ledesma. Ledesma ist ein unabhängiger, d.h. unorganisierter Rechtsanwalt, mit einem bekannten Namen in der peruanischen Linken, den er sich im wesentlichen durch seinen Einsatz für die Gewerkschaften in den Minengebieten und auf dem Lande erworben hat. Ledesma ist offen und gesprächsbereit gegenüber der revolutionären Linken (zur Verfassunggebenden Versammlung hat er im Rahmen des trotzkistischen Bündnisses FOCEP kandidiert) und scheint für die KP die Chance für die Profilierung nach links zu bieten. Die KP hat von vornherein jedes Bündnis mit Trotzkisten und MLern kompromißlos abgelehnt. So hatte auch im letzten Dezember ein Gespräch zwischen den sich formierenden Blöcken in der kubanischen Botschaft keine Erfolgchance, weil Hugo Blanco und die ML-Organisationen gar nicht erst eingeladen wurden. Kräfte wie die UDP nahmen zwar, vertreten durch Barrantes, an dem Treffen teil, waren aber nicht bereit, ein Bündnis unter Ausschluß eines relevanten Teils der revolutionären Linken einzugehen. Die Forderung, die aus verschiedenen Provinzen erhoben wurde: Gemeinsame Kandidatur von Blanco, Ledesma, Barrantes hatte unter diesen Umständen keine Chance. Kandidaten des reformistischen Blocks sind Ledesma und del Prado, der langjährige und unangefochtene Chef der KP.

Die Linke rechnet mit rund 30 % bis vielleicht 35 % der Stimmen, in etwa gleichmäßig verteilt auf den revolutionären und den reformistischen Block (bei den letzten Wahlen erreichten die revolutionären Blöcke zusammen knapp 15 %, KP 5,73 %, Reformisten und demokratische Kräfte knapp 10%).

Reale Aussicht, die Wahl zu gewinnen, besteht für die Linke nicht, aber es besteht die Chance, eine starke Vertretung im Parlament und damit eine wichtige Stütze für die Massenbewegung zu erreichen.

(Nach Informationen aus: „Amauta“, 20.12.79, „El Proletario“ Nr. 15/1980 und von der Perugruppe HH)

Lateinamerika-Kommission



Landbesetzung in San Juan de Ondores. In einer ungeheuer brutalen Nacht- und Nebelaktion räumten Polizeikräfte im Dezember die seit Oktober von den Bauern besetzten Felder, die ihnen laut Gerichtsbeschluss rechtmäßig zustehen. Beim Sturm auf das Lager, in dem sich die

Bauern mit ihren Familien zusammengezogen hatten, wurden drei Menschen getötet, zahlreiche verletzt und verhaftet.

Interview mit Abilio Araujo (Fretilin)

Das Interview mit Abilio Araujo wurde uns vom Ost-Timor-Solidaritätskomitee Freiburg zur Veröffentlichung übersandt. Abilio Araujo ist Mitglied des ZK der ost-timorenschen Befreiungsbewegung FRETILIN und Wirtschaftsminister der Demokratischen Republik Ost-Timor.

Asien/Australien-Kommission

Frage: Kannst Du uns bitte eine allgemeine Einschätzung der gegenwärtigen Situation Eures Kampfes geben?

Abilio: Der Kampf des Volkes von Ost-Timor gegen die indonesische Besatzungsmacht hält unvermindert an. Die militärischen Operationen unserer bewaffneten Streitkräfte werden bis heute durchgeführt und auch in Zukunft fortgesetzt, wenn auch in geringerem Ausmaß als während der vergangenen Jahre. Wir bedienen uns jetzt einer flexiblen Guerilla-Taktik, in dem wir kleine bewaffnete Angriffe mit dem Widerstand im Untergrund verbinden, der überall in den von Indonesien kontrollierten Gebieten existiert. Angesichts der besonderen Bedingungen und Entwicklungen in Ost-Timor hat unser Kampf jetzt andere Züge angenommen. Seit nunmehr 4 Jahren hält die totale Blockade über die Insel an, hat unser Feind während dieser Periode seine militärische Ausrüstung ständig erneuert und die Zahl seiner Soldaten erhöht. Andererseits hat der Verrat und das Auseinanderbrechen unserer alten Armee zu einigen Niederlagen auf unserer Seite geführt. Die indonesische Armee hat die Kontrolle über die wichtigsten Gebiete Ost-Timors zurückgewinnen können und sie kann sich heute durch den Einsatz von Hubschraubern überall hin bewegen. Trotz dieser Niederlagen werden wir unsere bewaffneten Operationen fortsetzen, ebenso, wie wir in unserer politischen Reorganisation fortfahren werden. In der Erklärung des ZK der FRETILIN von 1977 wird daran festgehalten, daß unser Kampf ein langandauernder Volkskrieg sein wird, in dem wir uns primär auf unsere eigenen Kräfte stützen müssen.

Frage: Kannst Du uns bitte etwas über die Gründe sagen, die zur Veränderung der Situation in Ost-Timor geführt haben. Wieso kontrolliert heute die indonesische Armee den größten Teil des Landes, während noch vor 2 Jahren 80 % der Insel sich in Händen Eurer Befreiungsbewegung befand? Was hat sich seither ereignet? Warum müßt Ihr Euch zurückziehen?

Abilio: Die militärische Situation hat sich hauptsächlich wegen der Schwäche unserer Organisation in einigen Bereichen geändert. Wir müssen uns

ten auf unserer Seite sehr große Niederlagen bei der Verteidigung unserer Gebiete.

Gleichzeitig versuchten die indonesischen Expansionisten, unsere Organisation, besonders die Führung - das ZK der FRETILIN - zu schwächen, indem sie uns einige gefährliche Kompromißvorschläge und Verhandlungsangebote unterbreiteten. Und viele schwachen Elemente unserer Organisation verfielen dem irtümlichen Glauben, durch die Erzielung eines Kompromisses mit Indonesien würde der Krieg sehr bald beendet werden können. Diese Position wurde auch innerhalb des ZK vertreten. Dort wurde sie konfrontiert mit einer anderen Position, die niemals bereit war und sein wird, einer Kompromißlösung mit Indonesien zuzustimmen. Die Auseinandersetzungen endeten dann Ende 1977 mit einer Niederlage der kompromißföhrlichen Linie, repräsentiert durch den damaligen Präsidenten der FRETILIN, Xavier do Amaral. Ende 1978 wiederholten sich diese Auseinandersetzungen durch den Verrat von Alarico Fernandes, bis dahin Minister für Information und Sicherheit. Dieser Verrat hatte für unsere Organisation sehr schädliche Folgen. Er hatte sich der revolutionären Linie unseres Kameraden Nicolau Lobato widersetzt. Als es ihm nicht gelang, sich durchzusetzen, lief er zur indonesischen Armee über. Er verriet unserem Feind sehr wichtige Informationen über unsere bewaffnete Organisation; mit seiner Hilfe konnte unser Präsident Nicolau Lobato von den indonesischen Truppen in einen Hinterhalt gelockt und getötet werden. Während jener Zeit haben wir einige sehr große Rückschläge hinnehmen müssen. Das ist auch der Grund, warum Ihr verstehen müßt, daß unsere gegenwärtige Situation ziemlich schwierig ist. Wir können unsere augenblickliche Lage nicht mit jener von vor einem oder zwei Jahren vergleichen.

Andererseits möchte ich aber hervorheben, daß aus diesen ganzen Auseinandersetzungen die revolutionäre Linie als die siegreiche hervorgegangen ist: Die Ausschlüsse von Amaral und Fernandes und der Entschluß, den Kampf auf die eigenen Kräfte gestützt fortzuführen. Wir können nur auf unsere eigenen Kräfte bauen - darin sind wir uns heute sicherer denn je, wie groß auch immer unsere Schwierigkeiten sein werden, wie lange auch der Krieg dauern wird. Indem wir diese Vorstellungen zur Grundlage unseres Denkens machen und in der Praxis danach handeln, wird das ZK der FRETILIN und unsere ganze Organisation einen sehr großen Schritt

dauern wird. Indem wir diese Vorstellungen zur Grundlage unseres Denkens machen und in der Praxis danach handeln, wird das ZK der FRETILIN und unsere ganze Organisation einen sehr großen Schritt nach vorne machen. Vom Innern unserer Organisation ausgehend werden wir sowohl neu beginnen als auch unseren Kampf fortsetzen, der eine neue Gestalt annehmen wird; ebenso werden wir die politische Organisation FRETILIN wie auch ihren bewaffneten Arm die FALINTIL, neu organisieren bzw. neu aufbauen.

Frage: Du sprichst von einer neuen Phase und neuen Organisationsformen. Wie werden diese aussehen im Vergleich zu den alten?

Abilio: Unsere Kriegsführung wird eine neue Gestalt bekommen. Für jetzt und in Zukunft gilt es, den Widerstand in den Städten und allen anderen, von den Indonesiern besetzten Gebieten mit dem bewaffneten Kampf zu verbinden. Die Bauernbewegung, der Kampf der Arbeiter und anderer Teile unserer Gesellschaft werden in unseren Volkskrieg einbezogen werden. Unter neuen Kampf-formen verstehe ich die Organisation von Streiks, die Initiierung einer kulturellen Bewegung und eines kulturellen Widerstands, etc. Wir werden die klassische Kriegsführung, den Kampf um Positionen, aufgeben - jene Strategie also, die wir während der letzten Jahre praktiziert haben. Wir werden sie ersetzen durch eine bewegliche Kriegsführung, getragen durch in kleinen Einheiten operierende Guerilla-Kämpfer.

Frage: Während des letzten Jahres war immer wieder von Hungersnöten in Ost-Timor zu hören. Kannst Du uns etwas über die momentane Ernährungslage Eures Volkes sagen?

Abilio: Die soziale und ökonomische Lage des Volkes von Ost-Timor ist gegenwärtig sehr kritisch, hauptsächlich jener Bevölkerungsteile, die in den von Indonesien kontrollierten Gebieten leben. Sehr viele Menschen leben heute in den von den indonesischen Truppen eingerichteten sog.



„strategischen Lagern“.

Die gegenwärtige Hungersnot hat vor allem zwei Ursachen:

1. Massive Bombardierungen der Ernte durch die Abwürfe von Napalm, bakteriologischen und chemischen Waffen.
2. Vertreibung der Bauern aus ihren Dörfern in den Bergen, ihre Zusammenfassung in „strategischen Lagern“.

Die Bauern können und dürfen nicht in ihre Dörfer zurückkehren. Sie sind in den „strategischen Lagern“ zum Nichtstun verurteilt, während die indonesische Lagerverwaltung nicht bereit ist, sie mit ausreichenden Lebensmitteln zu versorgen. Im Juni dieses Jahres verließ ein katholischer Geistlicher Ost-Timor. Er hatte bis zu Beginn dieses Jahres in den Bergen gelebt, die noch in den Händen der FRETILIN waren. Er erzählte uns, daß es aus den oben genannten Gründen große Hungersnöte in den indonesischen „strategischen Lagern“ gebe.

Es ist die indonesische Armee, die unsere Nationalökonomie zerstört. Und wenn es richtig ist, was Wissenschaftler über den Gebrauch von Napalm, bakteriologischen und chemischen Waffen sagen, so wird man in Ost-Timor eine Unterbrechung des Produktions-Zyklus bewirken, mit der Folge, daß für die nächsten 5, 6 oder 7 Jahre die Landwirtschaft Ost-Timors zerstört sein wird.

Deshalb klage ich das faschistische Regime Indonesiens an. Die gegenwärtige Hungersnot ist nicht Resultat des portugiesischen Kolonialismus, der 400 Jahre lang das ost-timorensche Volk beherrscht hat. Auch im letzten Jahrzehnt portugiesischer Herrschaft hat es niemals eine Hungersnot solchen Ausmaßes in Ost-Timor gegeben. Sie trat erst ein im Zusammenhang mit den Bombardierungen während des letzten Jahres. Andererseits versucht das indonesische Regime das Hungerelend der FRETILIN anzulasten. Es brüstet sich damit, Projekte des nationalen Wiederaufbaus und der Entwicklung in Ost-Timor durchzuführen. Das sind komplette Lügen. Jedermann weiß - Journalisten und andere ausländische Beobachter, die Ost-Timor besucht haben - daß es gerade die FRETILIN war, die Entwicklungsprojekte initiiert hatte und daß es zu jener Zeit keinerlei Hungersnöte in Ost-Timor gegeben hat.

Wenn wir uns darüber Gedanken machen, wie man das gegenwärtige Hungerproblem lösen und sein weiteres Ausbreiten verhindern kann, so dürfen wir darüberhinaus nicht die wahren Ursachen dieses Hungerelends aus den Augen verlieren. Es gibt einige internationale Organisationen und Regierungen, die die Entsendung von Nahrungsmitteln, Hilfsprojekte, Gesundheitsprojekte etc. planen. Wir sind der Auffassung, daß die beste Unterstützung für das ost-timorensche Volk darin besteht, Indonesiens Besetzung der Insel anzuprangern. Das und nichts anderes ist die politische Ursache für das gegenwärtige menschliche Elend. In Gesprächen mit Politikern und Regierungen westlicher Länder bemerke ich, daß die indonesische Regierung sehr glücklich darüber ist, wenn sich die internationale öffentliche Meinung mehr den humanitären als den politischen Problemen zuwendet. Falls sich die Auffassung durchsetzt, die Probleme Ost-Timors seien rein humanitäre, so ist das genau das, was sich die indonesischen Autoritäten wünschen. Auf diese Weise wird die Aufmerksamkeit von den wirklichen politischen Ursachen abgelenkt. Und ich fürchte, daß jene Leute, die heute Lebensmittel und an-

deres nach Ost-Timor senden wollen, schon bald ihr Verständnis für die politischen Ursachen des Krieges der bloßen Durchsetzung ihrer humanitären Hilfe opfern werden.

Frage: Welche Länder oder welche internationalen Organisationen unterstützen den Kampf des ost-timorenschen Volkes in der einen oder anderen Form?

Abilio: Z.Zt. erhalten wir auf diplomatischer Ebene Unterstützung durch die Mehrzahl der afrikanischen und der asiatischen Staaten, ausgenommen natürlich jene Länder, die durch die ASEAN mit Indonesien verbunden sind. Zum Beispiel wurde unsere UNO-Resolution in diesem Jahr von 61 Stimmen unterstützt, 31 Länder waren dagegen und 44 Vertreter waren abwesend. Was eine direkte Unterstützung anbetrifft, so möchte ich betonen, daß wir seit der indonesischen Invasion nicht eine einzige Kugel, nicht eine einzige Tablette oder irgendwelche Kleidungsstücke von außerhalb erhalten haben. Auf diplomatischer Ebene hingegen gibt es viele Regierungen und Organisationen, die uns unterstützen.

Frage: Welches ist die Haltung der BRD-Regierung zu diesem Konflikt?

Abilio: Seit 1976 bis heute übt die westdeutsche Regierung sich in den Debatten über das Ost-Timor-Problem in Stimmenthaltungen. Soweit wir wissen, suchen sie derzeit nach einem Weg, der es ihnen erlaubt, die indonesische Annexion Ost-Timors anzuerkennen. Ich möchte hervorheben, daß die Stimmenthaltung der westdeutschen Regierung eher einer Unterstützung für Indonesien gleichkommt als eine Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des ost-timorenschen Volkes darstellt. Schon deshalb, weil sie darin fortfährt, das indonesische Regime ökonomisch, finanziell und auch militärisch zu unterstützen. Wir haben in einem Appell 1976, unterzeichnet durch das ZK der FRETILIN, alle Parlamente und Regierungen der Welt aufgefordert, jegliche ökonomische, politische und finanzielle Hilfe an das Suharto-Regime einzustellen. Aber, soweit uns bekannt, unterhalten die imperialistischen und kapitalistischen Länder nach wie vor enge Beziehungen zu Indonesien. Sie halten bereits Ausschau nach einer Rechtfertigung für eine zukünftige Anerkennung der indonesischen Einverleibung Ost-Timors. Wenn auch jene Regierungen die indonesische Annexion anerkennen sollten, so wird diese Tatsache nichts daran ändern, daß wir unseren Kampf fortsetzen werden. Wir sind der Auffassung, daß letztlich alles vom Kampf unseres Volkes abhängt. Wenn auch jene Regierungen in der Lage sind, über viele Dinge wichtige Entscheidungen zu treffen - so wird doch das Volk von Ost-Timor das letzte Wort haben.

Frage: Dir ist die Situation der europäischen Solidaritätsbewegung wohl bekannt. Wie Du selbst weißt, ist es gerade besonders schwierig, eine Solidaritätsarbeit für eine Befreiungsbewegung, die im südöstlichen Asien kämpft, zu organisieren. Viele Linke sind enttäuscht über den Verlauf der Entwicklungen in jenen Ländern, China führt Krieg gegen Vietnam, Vietnam gegen Kampuchea - und das alles im Namen des Sozialismus. Welche Chance hat Deiner Meinung nach überhaupt eine Solidaritätsarbeit für Ost-Timor angesichts dieser Ereignisse?

Abilio: Zunächst einmal möchte ich in Erinnerung rufen, daß die Widersprüche zwischen den unterdrückten Klassen und Nationen auf der einen Seite und dem imperialistischen und kapitalistischen System auf der an-

deren Seite nach wie vor bestehen. Das ist der Grund, warum der revolutionäre Kampf nicht nur möglich ist, sondern fortwährend stattfindet, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft - ob wir es wollen oder nicht. Daher bin ich der Auffassung, daß die antiimperialistische Solidaritätsbewegung überall auf der Welt ihre Arbeit fortsetzen sollte, um diese revolutionären Kräfte zu unterstützen. Natürlich ist mir nicht entgangen - und ich habe auch Verständnis dafür - daß es resignative Tendenzen innerhalb der Solidaritätsbewegung gibt angesichts der jüngsten Ereignisse in Südostasien - ich meine hier die Probleme zwischen China und Vietnam und zwischen Vietnam und Kampuchea. Wir sind der Meinung - und nun richte ich mich an alle Freunde und Sympathisanten von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt - daß es sich in der Tat hierbei um negative Beispiele handelt. Aber statt zu resignieren sollten wir aus diesen negativen Beispielen unsere Lehren ziehen und das, können wir nur, indem wir unsere Solidaritätsarbeit fortsetzen. Nach wie vor finden überall auf der Welt revolutionäre Kämpfe statt. Wir sollten unsere Solidaritätsarbeit der Vergangenheit analysieren, ihre Fehler erkennen, Lehren daraus ziehen, um sie zu verbessern. Ich möchte ganz konkret auf eine eigene Erfahrung zu sprechen kommen, die ich im Kontakt mit europäischen und amerikanischen Solidaritätskomitees selbst sehr oft gemacht habe: Ich traf mit vielen guten Menschen, Freunden, Kameraden zusammen, die aber in ihrer Unterstützung eines Befreiungskampfes nicht sehr tief in die wirklichen Probleme vorgedrungen waren und nur über ein unvollkommenes Verständnis des revolutionären Prozesses in einem gegebenen Land verfügten. Unter Unterstützung eines Befreiungskampfes nicht sehr tief in die wirklichen Probleme vorgedrungen waren und nur über ein unvollkommenes Verständnis des revolutionären Prozesses in einem gegebenen Land verfügten und daher oft zu Illusionen neigten. Es gibt z.B. Leute, die unterstützen unseren Kampf, weil unser Kampf gerecht ist, weil wir gegen ein Lakaien-system des Imperialismus kämpfen. Natürlich ist unser Kampf gerecht, aber dennoch ist es notwendig, ein tieferes Verständnis über den historischen Entwicklungsweg unserer Revolution zu gewinnen. Wir als FRETILIN versuchen, dazu unseren Beitrag zu leisten, indem wir das, was wir tun, vor unseren Freunden in aller Welt offenlegen und zur Diskussion stellen. Wenn aber eine Solidaritätsbewegung keine detaillierten Analysen erstellt, z.B. über eine Klassenanalyse des betreffenden Landes verfügt, wenn sie keine Kenntnis hat von der spezifischen Etappe des Kampfes und über die verschiedenen Stufen eines langandauernden Volkskrieges, fühlt sie sich sehr schnell frustriert, wird sie von Ereignissen überrascht, die sie nicht vorhergesehen hat oder deren Eintreten sie sich nicht hat vorstellen können.

Ich möchte auf Deine Frage zusammenfassend folgendermaßen antworten:

1. Die Solidaritätsbewegung sollte ihre Arbeit fortsetzen, weil die grundlegenden Widersprüche als Auslöser für revolutionäre Kämpfe nach wie vor existieren. Aufgrund der Existenz dieser Widersprüche ist der revolutionäre Kampf nicht nicht nur notwendig, sondern auch unvermeidbar.
2. Trotz einiger negativer Erfahrungen der Vergangenheit sollten diese nicht Anlaß sein, unsere Solidaritätsarbeit einzustellen. Im Gegenteil sollten wir diese negativen Erfahrungen sorgfältig studieren und neue Wege für unsere Solidaritätsarbeit finden.

(Frankfurt/M., Anfang Dezember)

Afghanistan: So sehen's die anderen

Jusos

Die Jusos haben die „Aggression der Sowjetunion“ in scharfen Worten verurteilt, zugleich aber Stellung genommen gegen die Kriegshetze der CDU/CSU, gegen eine NATO-Intervention im Nahen/Mittleren Osten und für die „Fortsetzung der Entspannungspolitik“.

„KPD“

Die „KPD“ verurteilt erwartungsgemäß die sowjetische Intervention aufs allerschärfste. Die Sowjetunion habe sich damit „eine deutliche Vormachtstellung im Mittleren Osten verschafft“. Dies habe manche westlichen Entspannungs-Anhänger „aus ihren Tagträumen zu reißern begonnen“. Doch falle es dem Westen „leider“ sehr schwer, „effektive Gegenmaßnahmen gegen die sowjetische Bedrohung“ zu ergreifen. Von den angekündigten „Gegenmaßnahmen“ würde leider wohl keine ergriffen werden. Aufgabe der „KPD“ sei es, einen Boykott der Olympischen Spiele gegen die zaudernden Imperialisten durchzusetzen und für eine „weltweite Einheitsfront gegen die sowjetische Supermacht“ einzutreten („Rote Fahne“, 10.1.).

In der „RF“ vom 24.1. wurde in noch grellerem Farben der sowjetische Vormarsch beschworen: Afghanistan als „Sprungbrett nach Süden“; Moskaus Vorstoß zum Indischen Ozean; der sowjetische Aufmarsch gegen den Iran; der „Zugriff auf die Straße von Malakka“; der sowjetische Einfluß an der Kap-Route/Südafrika (1) „durch ihren beherrschenden Einfluß auf einzelne Länder und Befreiungsbewegungen“; ja schließlich die Abschnürung der „Lebenslinien der Energie- und Rohstoffversorgung Westeuropas“. Die USA andererseits hätten „ihre Vormachtstellung verloren und in der Mehrzahl der weltpolitischen Konflikte der letzten Jahre ... kaum eine Rolle gespielt“. Sie könnten aber „eine positive Rolle einnehmen“, wie beispielsweise im Fall der Aufrüstung Pakistans. Als denkbare „positive Rolle“ der BRD sieht die „KPD“ das Einwirken auf Jugoslawien zur Eingliederung in die EG; „Hilfsmaßnahmen“ auf Jugoslawien zur Eingliederung in die EG; „Hilfsmaßnahmen für die Türkei“ (es geht dabei nicht nur um die Stabilisierung des volksfeindlichen türkischen Regimes, sondern auch um große Waffenlieferungen); ferner eine „institutionalisierte Zusammenarbeit“ mit den arabischen Staaten am Persischen Golf.

In einem Flugblatt der „KPD“, das zu einer Demonstration in Bonn am 2.2.79 aufrief, wurden „alle Kräfte, die sich einig sind in der Ablehnung der sowjetischen Aggression“, und zwar ausdrücklich „auch konservative Kräfte“, aufgefordert, „jetzt zusammenzustehen“. In demselben Flugblatt reihte die „KPD“ auch noch die Meerstraße von Malakka (zwischen Malaysia und Indonesien) unter die „lebenswichtigen Verbindungswege für die Energie- und Rohstoffversorgung Europas“ ein. Offenbar besteht die ganze Welt überhaupt nur aus Energie- und Rohstoffgebieten des Imperialismus sowie aus den dorthin führenden Transportwegen. Muß natürlich alles „verteidigt“ werden, logisch!

Komitees für Demokratie und Sozialismus

Von den „Komitees...“ (Ex-KBW) ist uns bisher nur ein gemeinsames Flugblatt mit der „KPD“ aus Bremen bekannt. Darin wird die „Invasion“ der SU als „ein weiterer skrupelloser Akt sowjetischer Großmachtpolitik“, „nach zahlreichen Einmischungsversuchen in Afrika und Südostasien“, bezeichnet. Die „Linke“ müsse „durch Demonstrationen, Spenden zu Gunsten des afghanischen Widerstands, politische Aufklärung“ tätig werden.

MLD

Die Stellungnahme der CSU-nahen „Marxisten-Leninisten Deutschland“ („Die achtziger Jahre“, 16.1.) liegt ähnlich wie die der „KPD“. Der Kriegsaufmarsch der USA wird als positive „Wende in der Außenpolitik der USA“ sehr begrüßt. Getadelt werden hingegen die EG-Staaten, die sich nach Ansicht der MLD „insgesamt abwartend“ verhalten, weil sie „unter starkem direktem Druck des sowjetischen Sozialimperialismus“ stehen. Diese Staaten verhielten sich leider „rein defensiv“, statt „in anderen

Regionen des Erdballs, die für Westeuropa von strategischer Bedeutung wären“, offensiv vorzugehen.

In den „achtziger Jahren“ vom 30.1. äußerte sich die MLD noch weitgehend: Der US-Imperialismus sei „Teil der Front des Friedens“. Ohne die Beteiligung der USA sei keine wirkungsvolle „internationale Einheitsfront“ gegen die Sowjetunion möglich. Strauß sei unter den bürgerlichen Politikern der einzige, der ein „realistisches Gegenkonzept“ gegen die SU habe. Die MLD sei der Meinung, „daß seine Wahl zum Bundeskanzler keine Schwächung dieser bürgerlichen Demokratie, sondern ihre Stärkung gegenüber den Erben Hitlers in Moskau bedeuten würde“. Die „KPD“ betreibe „vollkommene Verharmlosung der russischen Invasion in Afghanistan“. Ja, Sachen gibts!

KABD

Die „Rote Fahne“ des KABD erschien am 12.1. mit der Schlagzeile „Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan“. In der RF vom 12.1. und 26.1. wurde dargestellt, daß die Sowjetunion und die USA (wobei „beide in einem Atemzug zu nennen“ seien) militärische Kräfte im Nahen und Mittleren Osten konzentrieren. Beiden Supermächten gehe es um die Vorherrschaft in diesem Raum. „Das bedeutet eine Zuspitzung der weltweiten Widersprüche. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen diesen beiden Supermächten ist damit näher gerückt.“ In der RF vom 26.1. 80 („Kein Lohnverzicht wegen Afghanistan“) wurde in erster Linie die Aufrüstung und Kriegshetze seitens der BRD und NATO betont. Zugleich wurde Sympathie mit den afghanischen „Befreiungskraften“ (den Moslem-Rebellen) bekundet, denen der KABD aber den Tip mit auf den Weg gibt, „sich nicht an die Ziele der US-Imperialisten binden zu lassen“.

KPD/ML

Der „Rote Morgen“ der KPD/ML vom 4.1. („Russen raus aus Afghanistan“) sprach von einem „brutalen Überfall der russischen Supermacht“. „Rah“ sprach von einem „brutalen Überfall der russischen Supermacht“. Kabul sei jetzt „eine besetzte Stadt unter dem Militärdiktator Moskau“. Im RM vom 11.1. war zu lesen, daß die „sowjetischen Besatzer auf den erbitterten bewaffneten Widerstand des Volkes gestoßen“ seien. Eher beiläufig wurde auch der US-Aufmarsch erwähnt. Eine Demonstration „Russen raus aus Afghanistan!“ in Bonn wurde von der KPD/ML unterstützt. Im RM vom 18.1. wurden auf der Seite 1 noch einmal die bekannten Berichte aus zuverlässigsten pakistanischen Quellen über den „Widerstandskampf“ in Afghanistan vorgestellt. Gleichzeitig wurde in einem Leitartikel auf der Seite 2 Stellung genommen gegen Pläne eines NATO-Einsatzes im Mittleren Osten und gegen eine Einbeziehung der BRD in eine US-Aggression gegen den Iran.

„Arbeiterbund“

Der „Münchener „Arbeiterbund“ schreibt in einem „KAZ“-Extrablatt: „Die Sowjetunion hat Truppen nach Afghanistan entsandt, und damit das Recht des Volkes in Afghanistan auf Schwerste verletzt... Für die fortschrittlichen Kräfte in der Welt ist keine Berechtigung dieser Militärintervention sichtbar“. Die „Arbeiter und Bauern“ Afghanistans hätten jetzt die Aufgabe, „eine Besatzungsmacht zu vertreiben und ihr Marionettenregime zu stürzen“. Diesem Kampf (es fragt sich, ob der AB hier bloß von einem eingebildeten Kampf spricht, oder ob er konkret die realen „Moslem-Rebellen“ meint) „gehört unsere Solidarität, ihn zu unterstützen ist internationalistische Pflicht jedes westdeutschen Arbeiters“.

KBW

Von allen ML-Gruppen war der KBW am eifrigsten bestrebt, aus der bürgerlichen Presse und sämtlichen sonstigen verfügbaren Medien, jede Meldung aus den absolut zuverlässigsten pakistanischen Quellen über das Anschwellen des Widerstandskampfes des afghanischen Volkes gegen die sowjetischen Besatzer zusammenzutragen und als Realität darzustellen. „Afghanistan: Volkswiderstand gegen die Invasoren“. „Der Großteil der vormaligen sowjetischen Offiziere befahligen Armee“ sei zu

den „aufständischen Bauern“ (!) übergelaufen („KVZ“, 7.1.). „Bei allen Operationen stößt die SU auf Widerstand. Die Angaben über ihre Verluste schwanken, bis zu 10000 Mann soll sie verloren haben.“ („KVZ“, 14.1.). „Über die Hälfte der Soldaten ist zu den aufständischen Bauernarmeen übergelaufen. Die übrigen sind von von sowjetischen Truppen in den Kasernen eingeschlossen und meutern.“ („KVZ“, 21.1.). „Besatzer in vier Provinzen zurückgeschlagen – SU-Aggressoren in Afghanistan in heftige Kämpfe verwickelt.“ („KVZ“, 21.1.). „Sozialimperialistische Aggressionstruppen in Afghanistan überall in Kämpfe verwickelt.“ „In den Städten nimmt der nationale Widerstand zunehmend organisierte Formen an.“ („KVZ“, 28.1.). Der afghanische Befreiungskampf scheint sich ähnlich vielversprechend anzulassen wie die legendäre Schleifung des Brokdorfer Bauplatzes am 19.2.1977!

GIM

Die „Was tun“ der GIM erschien am 10.1. mit einem Artikel „USA bereiten Krieg gegen Afghanistan vor“. Am 24.1. zeigte die Titelseite der „Was tun“ eine Karte Afghanistans, auf die sich von allen Seiten drohend Kriegsflugzeuge und Raketen der NATO richteten. Darunter die Parole „Schluß mit der Kriegshetze der NATO!“. Zwar wurde an untergeordneter Stelle auch einmal kurz „die Methoden des sowjetischen Vorgehens“ verurteilt. Ansonsten wurde aber das Schwerkewicht darauf gelegt, die „revolutionären Errungenschaften“ in Afghanistan gegen den Imperialismus zu verteidigen.

Zentraler Punkt in den Veröffentlichungen der GIM sind die zunehmende Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen der NATO. Die GIM stellt folgende Parolen auf: „USA, NATO, BRD - Hände weg von Afghanistan und Iran! Abzug aller imperialistischen Truppen aus dem Nahen und Mittleren Osten, Auflösung aller imperialistischen Stützpunkte in der Region! - Keine Aufrüstung der NATO! BRD raus aus der NATO! Gegen jeden Einsatz der Bundeswehr als imperialistische „Eingreiftruppe“! Gegen jeden Einsatz der Bundeswehr als imperialistische „Eingreiftruppe“! Für Aktionen der Gewerkschaften gegen die Kriegshetze der Strauß, Dregger und Wörner!“ („Was tun“, 24.1.)

Die faktenreiche Afghanistan-Stellungnahme hebt sich positiv von der Haltung der GIM zu Kampuchea/Vietnam ab. Damals war z.B. völlig unvermittelt von einer „kriminellen Verantwortung“ Vietnams (wofür? Für den Sturz eines diktatorischen Regimes?) die Rede („Was tun“, 11.1.79).

BSA

Der „Bund sozialistischer Arbeiter“, ein heftig mit der GIM verfeindetes trotzkistisches Grüppchen, ließ seine „Neue Arbeiterpresse“ am 11.1. mit der Schlagzeile „Rückzug der Sowjet-Truppen aus Afghanistan!“ erscheinen. In dem zugehörigen Artikel heißt es, man lehne „diese brutale Intervention kompromißlos ab“ und man verurteile die „Kriegsdrohungen sowjetischer Diplomaten gegen den Iran“. Die „sowjetische Bürokratie“ spiele eine „objektiv reaktionäre Rolle“ und stiftete „unter den unterdrückten islamischen Völkern größte Verwirrung“. Die sowjetische Intervention wird als Aufmarsch gegen die „iranischen und arabischen Massen“ interpretiert.

Zum besseren Verständnis ist anzumerken, daß der BSA ein äußerst enges und wohlwollendes Verhältnis zu Khomeiny und mehr noch zu Ghaddafi (Libyen) hat, sodaß schon der Gedanke aufkommen konnte, hier stünden finanzielle Abhängigkeiten im Hintergrund.

TLD

Die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (Spaltprodukt des ehem. „Spartakusbundes“, der seinerseits eine Abspaltung von der GIM war) vertritt seit längerem sehr engagiert die „bedingungslose Verteidigung“ der Sowjetunion in jeder Konfrontation mit dem Imperialismus. Dementsprechend gab die TLD zu Afghanistan eine Erklärung unter der Parole „Hoch die Rote Armee! – Für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan!“ heraus. Die TLD fordert außerdem die „Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution“ auf

Afghanistan sowie proletarische Revolutionen im Iran und in Pakistan.

SAG

Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ der „Sozialistischen Arbeitergruppe“ erschien am 9.1. mit der Schlagzeile „Russen raus aus Afghanistan“. Mit einem „Akt der brutalen Unterwerfung des afghanischen Volkes unter die russische Oberhoheit“ hätten in Kabul „die Russen selbst die Regierung übernommen“. Es handle sich um „einen Akt imperialistischer Machtpolitik“. Außerdem sei die „russische“ Intervention auch ein „Schlag gegen die national-revolutionäre Unabhängigkeitsbewegungen“, indem sie den USA einen Vorwand gebe, selbst in dieser Region „wieder stärker militärisch Fuß fassen zu können“.

„Kommunistische“ Parteien

Die KP Frankreichs (PCF) unterstützt ohne Einschränkung die sowjetische Intervention in Afghanistan. Diese Intervention sei gerechtfertigt wegen der Bedrohung Afghanistans durch den Imperialismus. Die PCF hat aufgefördert, eine breite Bewegung gegen die Kriegsdrohungen der USA zu bilden.

Die KP Italiens (PCI) hat die sowjetische Intervention in scharfen Worten verurteilt und den Abzug der SU-Truppen gefordert, sich aber zugleich für die Fortsetzung der „Entspannung“ und für die Ratifizierung von SALT II ausgesprochen. Mit demselben Inhalt wurde eine gemeinsame Erklärung von Berlinguer (PCI) und Carillo (KP Spaniens) veröffentlicht.

Die KP Großbritanniens erklärte ihre „Solidarität mit der demokratischen antifeudalistischen und anti-imperialistischen Revolution des afghanischen Volkes“. Die afghanische Revolution habe in der Tat vor schweren Problemen gestanden. Dies rechtfertige aber keineswegs die sowjetische Intervention. Die KP Großbritanniens hat sich darum für den Abzug der sowjetischen Truppen aus

Afghanistan ausgesprochen.

Die Kommunistische Partei der Arbeit (Schweizer KP) hat gleichsam die sowjetische Intervention kritisiert (It., „Süddeutsche Zeitung“ vom 15.1.).

In der KP Norwegens (NKP) haben von den 12 Mitgliedern des ZKS 8 die sowjetische Intervention unterstützt, während die anderen 4 sie kritisieren. Ein ZK-Mitglied erklärte deswegen seinen Austritt aus der Partei („Neue“, 31.1.).

Die KP Belgiens (PCB) erklärte sich solidarisch mit den „fortschrittlichen Kräften“ Afghanistans, „bedauerte“ aber die sowjetische Intervention als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Afghanistans. „Diese prinzipiellen Einwände gegen die sowjetische Intervention lassen uns allerdings nicht übersehen, daß dieses Land Gegenstand anderer ausländischer Interventionen geworden war...“ („de rode vaan“, 11.1.).

Radikale Partei (Italien)

Hochinteressant ist die Stellungnahme der italienischen Radikalen Partei (PR) – gilt diese doch vielfach als Vorbild der Grünen Partei. Für die PR hat Frau Macciocchi (It., „taz“ vom 17.1.) eine Erklärung im Straßburger Europa-Parlament abgegeben, die ohne weiteres in der „Roten Fahne“ gestanden haben könnte: Frau Macciocchi beschwor das Gespenst der Stalin'schen „Säuberungen“ und warnte „Europa“ davor, die sowjetische „Aggression“ in Afghanistan „hinzunehmen“. Sie habe schon 1979 auf die umfangreichen sowjetischen Getreide-Käufe in den USA hingewiesen, die ein Beweis dafür seien, daß die „Aggression“ von langer Hand vorbereitet war. Frau Macciocchi sprach sich gegen die geplante nächste KSZE-Runde in Madrid aus, „solange noch sowjetische Truppen in Afghanistan stünden“. Sie schloß ihre bemerkenswerte Ansprache mit den Parolen: „Keine Entspannung für die, die die Entspannung begraben“ und „Kein Münchener Abkommen mit der Sowjetunion!“ (nach „taz“).

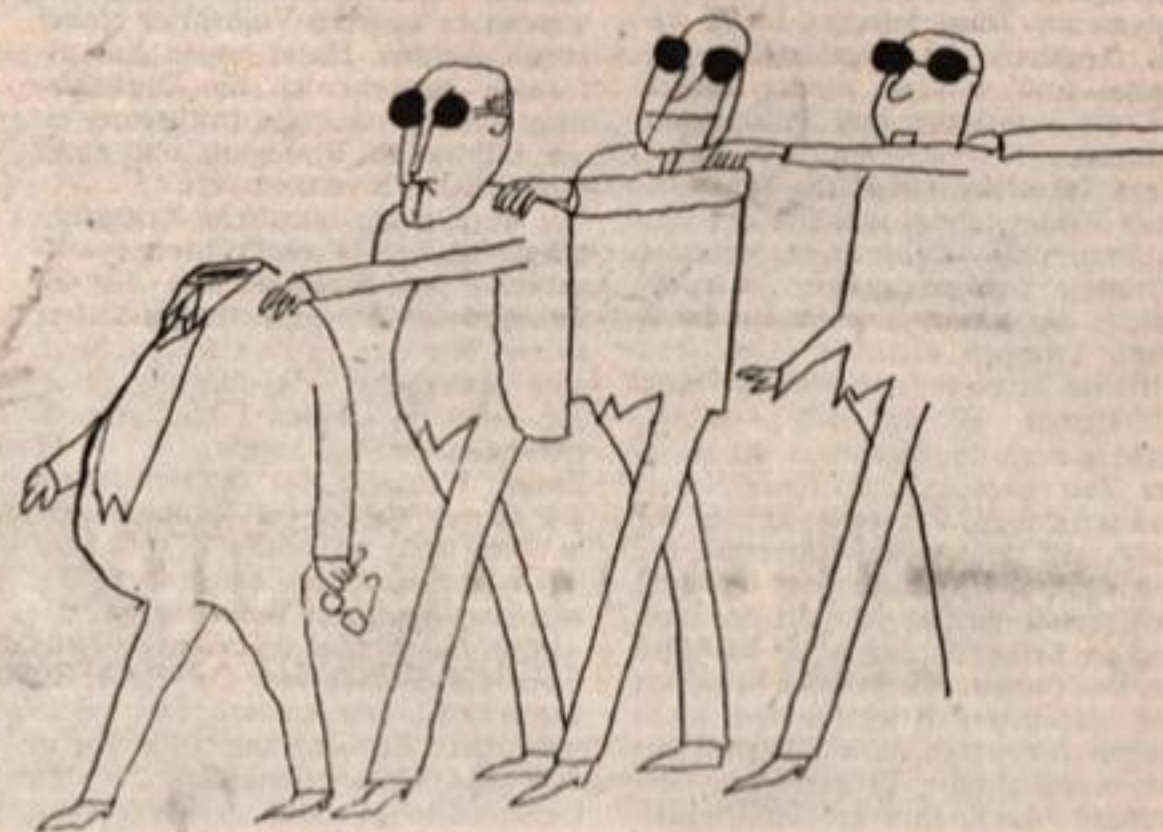
Reinfall für die »KPD« – Semler unzufrieden

Eine Afghanistan-Demonstration in Bonn am 2.2., zu der die „KPD“ bundesweit „mobilisiert“ hatte, wurde zum Offenbarungseid: Die bürgerliche Presse spricht von 300 - 350 Teilnehmern, die „KPD“ selbst gibt 550 an. Ein „zäher Anfang“, murrte „KPD“-Chef Semler in der „Roten Fahne“ vom 7.2. und läßt seinem Groll über den politischen Unverstand seiner eigenen Partei und der westdeutschen Linken freien Lauf: Wesentlich sei dieser Unverstand begründet in „einer Geringschätzung der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Identität, die zum schlechten Erbe des europäischen Linksradikalismus gehören“.

Hinzu kommt nach Meinung Semlers, daß die BRD-Linke sich immer noch viel zu sehr mit der Kriegsrüstung des e i g e n e n Imperialismus kritisch beschäftigt: „Warum wird bei den radikaldemokratischen Kräften unentwegt an der ganz abstrakten und untauglichen Forderungen

nach einseitigen Abrüstungsschritten der BRD festgehalten? Warum lamentiert man über die m.E. ganz irrealen Gefahr eines militärischen Engagements in der Dritten Welt...?“ Semler versteht die Linke einfach nicht. Und seine Überlegung, daß das Problem etwas mit fehlender „nationaler Identität“ zu tun haben könne, ist zwar ganz hübsch, aber sie beantwortet die Frage nicht, sondern verschiebt sie nur auf ein anderes Gleis.

Und es ist, was Semler wohl übersehen hat, nicht nur ein Problem der L i n k e n. Warum nur tut sich nicht bloß die „KPD“, sondern ebenso die CDU derzeit recht schwer, Leute für ihre Afghanistan-Demonstrationen zu mobilisieren? Warum nur zeigt die Bevölkerung immer noch so wenig Neigung, für die Kriegspolitik der NATO auf die Straße zu gehen? Abhilfe tut not. Aber von der „KPD“ scheint sie kaum noch kommen zu können.



Frankfurt: Vaterlandsverteidiger überfallen Trotzkisten

Am 25.1. wurden auf einem teach-in an der Frankfurter Universität Mitglieder der Trotzkiistischen Liga Deutschlands von stalinistischen Vaterlandsverteidigern überfallen und mit Gewalt aus dem Saal geprügelt. Mindestens drei TLDler wurden verletzt, einer davon – wie sich später herausstellte – durch einen Messerstich in den Rücken. Erst nach einer Operation war er außer Lebensgefahr. Die an der Schlägerei beteiligten Organisationen haben inzwischen jeden Vorwurf von sich zurückgewiesen; für die Verletzungen trügen sie keine Verantwortung. Bei der Vertreibung der TLDler habe es sich um „gerechtfertigte Aktionen“ gegen „trotzkistische Provokateure“ gehandelt.

Zu dem teach-in, das den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und die Kriegsdrohungen der USA gegen den Iran zum Thema hatte, hatte der Frankfurter AstA gemeinsam mit einem illustren Kreis von Gruppen eingeladen: GUAFS (General Union afghanischer Studenten im Ausland), ATF, ATÖF (Föderation der Arbeiter/der Studenten aus der Türkei in Westdeutschland und Westberlin), SHI (Spontis), LLI (Linke Liste; stellt mit SHI und SB zusammen den AstA), Fight Back (Revolutionäre Stimme der US-Soldaten in Europa), Multinationales Zentrum Neu Isenburg, Lateinamerikakomitee, Irlandkomitee Heidelberg, Kawa, Gegen die Strömung (stramm stalinistische Minigruppe, verfehdt mit der KPD/ML) und der KBW.

Von den Spontis erschien schließlich buchstäblich niemand am Abend des 25.1., so daß der AStA mit den Vaterlandsverteidigern unter sich geblieben wäre, wenn nicht zehn TLDler erschienen wären, die unter den ca. 200 Anwesenden lautstark für ihre eigenwilligen Standpunkte eintraten: Die TLD verteidigte den Einmarsch der Sowjetunion („Hoch die Rote Armee“) und forderte für sich Rederecht. Die Stalinisten heizten mit Sprechparolen „Tod dem Trotzismus“ die Stimmung an.

Gegen den Willen einiger, besonders knallharter mitveranstaltender Gruppen entschied der AStA, das sowohl der KBW als auch die TLD Gelegenheit zu einem fünfminütigen Beitrag haben sollten. Noch während des KBW-Beitrages bezogen zwei bis drei Leute am Rednerpult Position, um die TLD am Reden zu hindern (nach Angaben der TLD: zwei Mitglieder von „Fight Back“ und ein Mitglied von „Gegen die Strömung“). Als die TLD an der Reihe gewesen wäre, kam es zu ei-

neg Rangelei am Mikrofon. Als er dem Mitglied von „Gegen die Strömung“, Als die TLD an der Reihe gewesen wäre, kam es zu einer Rangelei am Mikrofon. Als einige TLD-Mitglieder im Saal Anstalten machten, ihrer Sprecherin Hilfe zu kommen, stürzte sich gleich eine ganze Horde auf sie und prügelte sie aus dem Saal. Die TLD behauptet, dieses Vorgehen sei vorher abgesprochen worden: während des KBW-Beitrages sei ein Mitglied der Gruppe „Gegen die Strömung“ im Saal herumgegangen und habe mit verschiedenen Leuten gesprochen; darauf hätten die Schläger ihre Plätze gewechselt und sich „vorsorglich“ hinter die TLD-Der setzt.

Nach Darstellung der TLD habe ich durch ein regelrechtes „Spalier von grügelnden Fanatikern“ den Saal verlassen müssen. Darunter hätten sich Mitglieder der GUAFS und von TIF/ATÖ befunden. Wer der (e) Messerstecher gewesen sei(en), wüßte sie nicht ausmachen können. Der verletzte Fred Z. habe unter einem Schock gestanden und den Stich erst später bemerkt. Ein weiteres

TLD-Mitglied sei am Bauch verwundet worden, was jedoch nicht gefährlich gewesen sei; ein dritter habe durch Schläge an den Kopf vorübergehend das Bewußtsein verloren. Die TLD hat die Polizei eingeschaltet und Anzeige gegen Unbekannt gestellt.

Der KB hat zu den Vorfällen eine Presseerklärung herausgegeben, in der gegen den Überfall auf die TLD schärfstens protestiert wird. Es wird daran erinnert, daß sich unter den Schülern solche Organisationen befanden, „die noch vor kurzem pathetische Feierlichkeiten zum hundertjährigen Geburtstag Stalins durchführten“. Von allen an der Veranstaltung beteiligten Gruppen müsse eine klare Distanzierung von dem Überfall gefordert werden.

Inzwischen liegt eine Stellungnahme der Gruppen Fight Back, ATIF, ATÖF, GUAFS, CISNU/NU (Darmstädter Zentrale), Gegen die Strömung und Irlandgruppe Heidelberg vor: die TLDler seien für die Vorgänge verantwortlich. Denn sie hätten versucht, „mit Holzknüppeln und Messern“ das Podium zu stürmen, um ihren Redebeitrag durchzusetzen. Und weiter: „Die Leute auf dem Podium haben den TLDlern die Waffen weggenommen und haben sie aus dem Saal begleitet. Dieser Angriff hat Empörung bei dem Publikum ausgelöst, und viele Anwesende, auch deutsche Teilnehmer, sind spontan aufgestanden und haben geholfen, die TLDler des Saales zu verweisen!“ Ein bemerkenswerter Zynismus!

Weiter heißt es: „Zu der Behauptung, daß jemand schwer verletzt wurde, können wir kategorisch feststellen, daß während dieser kurzen Auseinandersetzung niemand bewußtlos geschlagen wurde und ganz bestimmt nicht gestochen oder sonst irgendwie schwer verletzt wurde“.

Hat Fred Z. sich vielleicht nach Stammheimier Vorbild die Stichverletzung selbst zugefügt?!

Der Umstand, daß die TLDler tatsächlich Holznägel auf die Veranstaltung mitgebracht hatten, ändert an unserer Verurteilung des Überfalls auf die TLD nichts. Denn erstens waren die TLDler hoffnungslos in der Minderheit, so daß man sie wohl kaum als „Aggressor“ bezeichnen kann und zweitens ist das Mitbringen von Nägeln angesichts der realen Erfahrungen, die es mit stalinistischen und vaterländischen Gruppen gibt, gar nicht mal zu verdenken. Auch daß die TLDler mitunter provokativ auftreten und auch schon oft auf die Nerven gefallen sind, ändert nichts an der Tatsache, daß von den beteiligten stalinisti-

son oft auf die Nerven gefallen und, ändert nichts an der Tatsache, daß von den beteiligten stalinistischen Organisationen mit einer durch und durch zynischen Argumentation Mord-Terror gegen Trotzisten befürwortet wird.

Einen Tag nach dem AStA-teach fand in derselben Zusammensetzung eine Afghanistan-Demonstration statt. Außerdem beteiligte sich die „KPD“. Nach Angaben der Statistiker nahmen 900, nach „Rote Fahne“ 800 Leute daran teil. Der AStA möchte diese von ihm angekündigte Demonstration trotz des Überfalls vom Vortag nicht absagen.

Die „Rote Fahne“ wertete die Frankfurter Demonstration neben anderen Aktionen in Bonn und Westberlin als „zähen Anfang“ zur Herstellung einer ant imperialistischen Aktionseinheit („RF“, 7.2.), von dem Überfall der „Ant imperialisten“ in Frankfurt auf die TLD kein Wort!

B/Gruppe Frankfurt

Wohl mit die erfreulichste Stellungnahme kommt von den Jusos aus Göttingen. In einer ausführlichen Erklärung „Für die Fortsetzung der Entspannungspolitik“ schreiben sie richtig: „Um aber sinnvoll das Problem diskutieren und entscheiden zu können, ist es notwendig, Informationen über die Hintergründe der augenblicklichen Krise zu haben. Zu sehr wird in der veröffentlichten Meinung der Bundesrepublik die moralische Empörung über die 'sozialistischen Imperialisten' hochgekocht und dabei unterschlagen, wie sich Afghanistan in das machtpolitische Globalkonzept der USA einordnet! Daß die Reaktionen der USA in Wirklichkeit Ausfluß einer langfristigen Entwicklung strategischer Konzepte sind, die die bestehende und weitgehend ungefährtete Vorherrschaft der USA sichern und ausbauen sollen, haben fast alle Zeitungsmacher ebenfalls vergessen. Während nämlich die bürgerliche Presse so tut, als zitterte der Westen vor dem 'russischen Bär', der seine 'Gitterstäbe' zerbrochen hätte – im Übrigen ein interessantes Bild – und als zögere der Westen noch, die 'russische Dampfwalze' mit mehr als papiernen UN-Resolutionen zu stoppen, hat Präsident Carter bereits gehandelt – und wie!“ Die sowjetische Intervention bezeichnen die Jusos als „unzulässige Verletzung der Prinzipien von Unabhängigkeit, Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“, meinen aber, „daß es ... wohl kaum um die Afghanen geht“. Ihrer Meinung nach verfolgten die UdSSR „nur begrenzte sicherheitspolitische Interessen“ und greifen „auch nicht nach dem Öl, sondern sichern nur ihr strategisches Vorfeld“. Im weiteren gehen die Genossen ausführlich auf die Situation in Afghanistan und die aggressive Politik des US-Imperialismus ein: „Daß es sich die USA dabei erlauben können, zwischen Wirtschaftsboykott und direktem Einmarsch zu kalkulieren, ist ein Beweis für ihre Stärke.... Die USA sind nun dabei, eben den Spielraum, der ihnen unter den Bedingungen der gegenwärtigen Weltlage bleibt, auszuweiten, das strategische Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verschieben. Die Unterstützung afghanischer Rebellen ist dabei nur ein, und nicht der bedeutendste Teil ihrer Politik.“ Sie kommen zu dem Schluß: „Demgegenüber müssen alle Bestrebungen Unterstützung finden, die – wenn auch nur aus eiskaltem Kalkül – nicht in

das Kriegsgeschrei einstimmen und die Entspannungspolitik wie bisher fortsetzen wollen. Der Haupttenor aller weiteren Aktionen und Stellungnahmen muß dies Ziel, Erhalten des Friedens, sein! Dabei werden wir mit jedem zusammenarbeiten, der dies in den Mittelpunkt seiner Agitation stellt. Mit Leuten, die sich als Linke verstehen, sich aber zu Büchsenspannern des Imperialismus machen lassen, weil sie den Hauptfeind Sozialimperialismus' entdeckt haben, haben wir nichts gemein." Ein äußerst erfreulicher Lichtblick im Dunkel der zahllosen Distanzierungen und Verurteilungen. Etwas blauäugig wird es nur, wenn sie zum Schluß die SPD auffordern, „an einem konsequenten Entspannungskurs festzuhalten und die 'Nachrüstungsbeschlüsse' der NATO trotz des Berliner Parteitags weiter mit dem Ziel zu diskutieren, abzurüsten und nicht 'nachzurüsten'."

Die schärfste Kritik für diese couragierte Stellungnahme erhielten die Jusos vom KBW: „Bei DKP und MSB würde sich kaum jemand über eine so sklavische Rechtfertigung der Aggressoren wundern“, der „Haupttenor in der Welt“ sei „die entschiedene Verurteilung der sowjetischen Militärinvasion und die Unterstützung des kämpfenden afghanischen Volkes, das für die Jusos nichts weiter als ein rückständiger und friedensstörender Rebellenhaufen ist. Nach Juso-Logik vertritt jeder, der gegen die sowjetische Aggression ist, USA-Interessen. Wenn 104 Länder in der UNO den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan fordern, so wird diese Resolution aber nicht dadurch falsch, daß die USA ihr zugestimmt hat. In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten geht es immer nur um die Frage, welcher von ihnen ein Land in Abhängigkeit hält, nie um die Unabhängigkeit selber.“ Tja, wohin die „3-Welten-Theorie“ doch so alles führt! Und so kommt der KBW denn zu der umfassenden Forderung: „Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus! Nieder mit allen Imperialisten und der Weltreaktion!“ So weit, so gut, aber dann passiert's: „Bleibt nachzutragen, daß die Fraktion des KB, die noch imstande ist, ein Flugblatt herauszugeben, ihren kaum noch verwunderten Lesern die Lektüre des Juso-Pamphlets empfiehlt (stimmt tatsächlich! Der Verf.).

Erfreulich demgegenüber die Erklä-

rung des SB vom gleichen Tag: "Wir fordern zur Unterstützung der afghanischen Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die Invasion und für die Unabhängigkeit von jeder Einmischung durch Großmächte auf." (Zitate aus KVZ für die Uni Göttingen, 21.1.) Erste zarte Spröblinge einer geplanten Bündnispolitik des KBW? Und ausgerechnet mit dem SB? Kaum zu glauben, aber ein Blick in die Erklärung des SB läßt tatsächlich die Schlußfolgerung zu, daß das SB selber Schuld an dieser Feinlichkeit ist. Schon der Anfang läßt wenig Gutes ahnen und ist in gewisser Weise typisch für die grassierende „Verurteilungswut“ vieler Linker: „Mit dem Einmarsch ihrer Truppen in Afghanistan hat die SU offen klargemacht, warum es bei der seit 1978 der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung aufgewungenen Modernisierung ging: um die Etablierung eines von der Sowjetunion abhängigen Militärregimes, dem nun 'Bruderhilfe' gegen die eigene Bevölkerung zuteil wird." Es wird zwar noch in einem einzigen Satz angemerkt, daß „die aufgeschobene Ratifizierung von SALT II, der Nachrüstungsbeschluß der NATO und die zunehmende Bereitschaft kapitalistischer Staaten, zur Strategie des Kalten Krieges und der militärischen Intervention zurückzukehren“ zur „Vorgeschichte“ gehören, aber damit ist diese Seite des Problems auch schon erledigt. Man kann sich nun wieder mit „denjenigen Kräften in der Sowjetunion“ beschäftigen, „die den erheblichen ökonomischen und politischen Problemen in den RGW-Ländern ihrerseits mit neuem Kalten Krieg und verstärkter Repression begegnen wollen.“ Der Hinweis auf die bedrohliche Zahl der Moslems im eigenen Land darf da natürlich auch nicht fehlen. Eine wahrlich gediegene, bestens fundierte, wissenschaftliche Analyse. Die „Erklärung“ endet dann auch tatsächlich mit dem von der KVZ freudig zitierten „Aufruf“. Abgesehen davon, daß jeder Versuch, die sowjetische Intervention zu bewerten, ohne eine etwas gründlichere Untersuchung insbesondere der US-Politik des letzten Jahres voranzustellen, schlicht zum Scheitern verurteilt sein muß, sollte man doch von Sozialisten ein etwas feineres Gespür für Proportionen erwarten dürfen. Hoffentlich ist es wirklich nur ein Gerücht, daß diese „Erklärung“ als Anzeige in der FR erscheinen soll.

Z./KB Göttingen

Drunter und drüber: Afghanistan und die Linke in Göttingen

Selbstkritik der »KPD«?

In der „KPD“ zeichnet sich eine Änderung in der außenpolitischen Linie ab. Wahrscheinlich wird die „KPD“ versuchen, diesen – wenn auch geringfügigen – Wandel einem gutmütigen linken Publikum als Zeichen ihrer „Lernfähigkeit“ zu verkaufen. Es lohnt daher, sich diese Selbstkritik der „KPD“ genauer anzusehen.

Der Wandel in der Haltung der „KPD“ bezieht sich auf zwei Punkte. 1. Die „KPD“ hat, den damaligen chinesischen Thesen folgend, in Europa, vor allem in Mitteleuropa, den „Schwerpunkt des Ringens der Supermächte“ und das Hauptziel der „sozialimperialistischen Expansion“ gesehen. Die „KPD“ ging davon aus, daß die Sowjetunion einen „Blitzkrieg“ gegen Mitteleuropa vorbereite („In 48 Stunden am Rhein“) und hierfür die nötige militärische Überlegenheit bereits gewonnen habe. Verbunden damit war die – gleichfalls der chinesischen Führung abgelauschte – These von der „Unvermeidbarkeit“ und vom unmittelbaren Bevorstehen eines 3. Weltkrieges.

Aus diesen Thesen ergab sich, daß die „KPD“ das Schwergewicht ihrer Propaganda darauf legte, ständig die angeblich riesige sowjetische Militärüberlegenheit in Mitteleuropa („russische Panzerwalze“ etc. pp.) zu beschwören und stärkere „Verteidigungsanstrengungen“ der NATO zu fordern.

Der Wandel besteht in folgendem: Heute sagt die „KPD“, daß die Sowjetunion (zumindest gegenwärtig) ohne Risiko einer militärischen Konfrontation in Mitteleuropa die

„Vorherrschaft über Europa“ zu erreichen versuche. Nämlich durch „Abschnürung Europas von Rohstoffen und Energie“.

Die „KPD“ legt daher nicht mehr das Schwergewicht auf die Aufrüstung der NATO in Europa, sondern auf die Ausdehnung der Aktivitäten der NATO. Devise: Die NATO müsse weltweit der „sozialimperialistischen Bedrohung“ entgegentreten. Chinas Überfall auf Vietnam wird den NATO-Staaten als Vorbild hingestellt.

Genau besehen läuft die „KPD“ mit diesem Wandel in ihrer Sicht der Weltlage nur dem gewandelten Anspruch der Imperialisten hinterher. Die sind nämlich bereits vor der „KPD“ von dem alten Propaganda-Bild („Die Russen überrollen uns in 48 Stunden“) zur weltweiten militärischen Wahrnehmung ihrer Interessen und einer entsprechenden Feindpropaganda („Die Russen greifen nach unserem Öl“) übergegangen.

2. Die „KPD“ übt Selbstkritik wegen ihrer bisherigen rein negativen Haltung zur sogenannten Entspannungspolitik. Die Entspannungspolitik habe immerhin einiges an menschlicher Erleichterung und Friedenssicherung gebracht. Dadurch sei bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung eine positive Haltung zur Entspannungspolitik entstanden. Die „KPD“ habe den Fehler gemacht, dieses Bewußtsein der Bevölkerung zu ignorieren und die Entspannungspolitik als reaktionär zu verteufeln.

Die neue Politik der „KPD“ soll darin bestehen, sich des Entspannungsbegriffs zu bedienen, um ihn „mit positivem Inhalt zu füllen“.

Diese „positiv“ bestimmte Entspannungspolitik will die „KPD“ folgendermaßen definiert wissen: „1. Man verläßt den engen Betrachtungshorizont Europas und stellt sich den globalen Problemen der Politik... 2. Man ist nicht mehr bereit, sowjetisches Vorgehen in der Dritten Welt, das den Grundsätzen der Entspannungspolitik entgegensteht, zu tolerieren, sondern man bietet Paroli“

Es geht also darum, der weltweiten Expansionsstrategie des Imperialismus das Hüthen „Entspannungspolitik“ aufzusetzen. Auf diese blitzgescheite Idee war vor der „KPD“ schon Franz-Josef Strauß gekommen. Der hat nämlich auch gesagt, daß wegen Afghanistan nicht die Entspannungspolitik beendet werden dürfe, sondern daß gerade im Interesse der Entspannungspolitik umfangreiche „Gegenmaßnahmen“ der NATO erforderlich seien.

In diesem Sinne faßt die „KPD“ ihre neuen selbstkritisch gewandelten Thesen zusammen: Der „Hauptstoß der Entspannungspolitik“ müsse sich gegen die Sowjetunion richten. „Eine globale Konzeption der Entspannung hat zur Voraussetzung die koordinierte Aktion gegen den Hegemonismus (parteilichsinnlich für: Sowjetunion – Anm. AK), der die grundlegenden Ziele dieser Entspannungspolitik mit Füßen tritt“.

So einen „fruchtbaren Lernprozeß“ bei der „KPD“ sehen die Herrschenden gern.
(Zitate aus dem Artikel „Afghanistan und Entspannungspolitik“ in der „Roten Fahne“ vom 24.1.).



Report über eine „äußerst komplizierte Aktion“

In der „Zeit“ vom 25.1.80 berichtete ein Horst Bieber über eine „äußerst komplizierte Aktion“ gegen den KB. Diese „Operation“ habe zum Ziel, den KB „innerhalb der Linken zu isolieren“. Insbesondere solle der KB aus der Wahlbewegung gedrängt werden, ohne dabei aber zu dem „unpopulären“ Mittel des UVB zu greifen. Allen Grünen empfahl Horst Bieber, es sei „höchste Zeit, diese Operation zu unterstützen“. Leider nannte Horst Bieber keine Namen und Details zu dieser „Operation“. Das wollen wir (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) mit diesem „Operations“-Report nachholen. Daß wir dabei nur allgemein zugängliches Material zur Verfügung haben, daß also einige besonders „komplizierte“ Aspekte dieser Operation weiterhin im Dunkeln bleiben, liegt auf der Hand.

Am Anfang war das „Bremer Modell“

Die „äußerst komplizierte Aktion“ begann bereits im Januar 1979 in Bremen. Ohne taktische Rücksichtnahme auf Popularität in der Linken setzte hier die aus der SPD ausgetretene Gruppe um Olaf Dinne einen knallharten antikommunistischen UVB (Unvereinbarkeitsbeschluss) durch und spaltete an dieser Frage die Bremer Wahlbewegung. Es gründeten sich konkurrierend die BGL (Bremer Grüne Liste) und die AL (Alternative Liste). Von Olaf Dinne wurde offen erklärt, daß man, „um Erfolg“ zu haben, sich unbedingt „die K-Gruppen vom Leibe halten“ müsse.

Die Rechnung der Dinne-Gruppe schien zunächst aufzugehen, insbesondere wegen der Uneinigkeit unter den bunt/alternativen Kräften. Hier tat sich die „KPD“ hervor, die den Aufbau der AL sabotierte (mit der Begründung, die bunt/alternativen Kräfte seien viel zu schwach) und sich der Anti-KB-Hetze der Dinne-Gruppe anschloß.

Trotz dieser Hemmnisse kam die AL jedoch schließlich in Schwung. Damit war absehbar, daß bei der Bürgerschaftswahl die BGL mit der AL um die letztlich entscheidenden linken Stimmen würde konkurrieren müssen. Linke Wahlhilfe für die BGL tat also not. Im Wege stand jedoch noch der „unpopuläre“ UVB gegen die K-Gruppen, der eine glaubwürdige Wahlhilfe von Links für die BGL kaum erlaubte. So erklärte die Dinne-Gruppe plötzlich ihren Verzicht auf den UVB und machte der AL Angebote für eine gemeinsame Kandidatur. Diese Vorschläge sahen jedoch im Konkreten so aus, daß die AL bei der Verteilung der Kandidaten für die gemeinsame Liste krass benachteiligt werden sollte und daß insbesondere ein als KB-Mitglied geltender AL-Kandidat von der Dinne-Gruppe allenfalls auf dem völlig aussichtslosen Platz 10 der Liste geduldet werden sollte.

Erste Drohungen gegen den KB

Den linken Freunden der BGL reichten diese Angebote als Alibi aus. Sie schalteten sich nun massiv zugunsten der Dinne-Gruppe ein.

Am 30.8.79, vier Tage vor Abgabeschluß der Listen für die Bürgerschaftswahl, sollte die entscheidende Sitzung der AL stattfinden, um über das letzte „Kompromißangebot“ der BGL zu beraten und zu beschließen. Einen Tag vor dieser Sitzung, am 29.8.79, meldeten sich Milan Horacek und Rudi Dutschke telefonisch beim KB, um den KB zu veranlassen, sich innerhalb der AL für die Annahme des „Kompromißangebots“ auszusprechen. Man werde sich, falls es zu einer Konkurrenz AL-BGL kommen sollte, mit einem linken Unterstützerteam eindeutig und massiv für die BGL einsetzen. Rudi Dutschke drohte außerdem, er würde dafür sorgen, den KB zu „isolieren“, falls der KB sich dem „Kompromißangebot“ widersetzen sollte.

Bei diesen Unternehmen scheuten die Operateure offenbar sowenig die Öffentlichkeit, daß die „Stuttgarter Zeitung“ am 27.9. berichten konnte, Horacek arbeite an einem „historischen Kompromiß (Gruhl-Heinz) Brandt-Dutschke“. Und Dutschke tue „das seine“, um den KB „aus dem gemeinsamen Projekt herauszuhalten“. Am 13.10. druckte die AUD-Zeitung „Die Unabhängigen“ diesen Artikel nach (Horacek hatte diesen „deutschen historischen Kompromiß“ in der „taz“ vom 24.8. angekündigt und dort auch sein Verständnis für UVBs bekundet).

Nachdem am 30.8. das BGL-„Kompromißangebot“ von der AL abgelehnt worden war, setzten Anfang September öffentlich die Bemühun-

gen um den Aufbau eines linken Unterstützerteams für die BGL ein. In diesem Rahmen betätigte sich u.a. auch Klaus Wolschner, Redakteur der „taz“, den wir noch in weiteren Stadien der „äußerst komplizierten Aktion“ wiedertreffen werden. Die „taz“, die lange Zeit recht objektiv, teilweise auch wohlwollend über die Bremer AL berichtet hatte, übernahm seit Anfang September massive Wahlwerbung für die BGL und diskriminierte die AL.

Unter den Wahlhelfern der BGL ist außerdem ein Niels von Haken erwähnenswert – auch ihn werden wir später wiedertreffen. Niels von Haken, Redakteur beim SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ und ein persönlicher Freund Olaf Dinnés, plazierte am 16.8. im „Vorwärts“ einen Artikel, der sich sehr positiv über die BGL aussprach und gleichzeitig die AL als „Desperado-Liste“ bezeichnete, die „vom KB aufgestellt“ worden sei. Lobend hieß es da: „Vor allem aber hielten die Grünen sich die Kommunisten von der Liste“.

Nach der Bremer Wahl: „Abrechnung“ mit dem KB

Am 7.10. wurde in Bremen gewählt. Das Ergebnis (5,14%) schien der Strategie des „Bremer Modells“ („Isolierung“ der K-Gruppen) recht zu geben. Entsprechend euphorisch waren die Kommentare der Operateure. Heinz Brandt beispielsweise bekundete in der „taz“ vom 9.10., das Wahlergebnis habe gezeigt, daß die „K-Sekten tatsächlich auf den Misthaufen der Geschichte gehören“. Die von den K-Gruppen angezogene Basis gelte es zu gewinnen, „ihre Gurus aber müssen wir jetzt wirklich isolieren“.

In der AL Westberlin nahm Ernst Hoplttschek (AG Bundestagswahlen) die Isolierungs-Parole auf. In einem Rundbrief (geschrieben zwischen 7.10. und 13.10.) lobte Hoplttschek den „Lernprozeß“ der „KPD“ in der Wahlbewegung. Der KB hingegen sei „dank seiner Katastrophenpolitik“ dabei, „isoliert“ zu werden. Wenn der KB wie in Bremen fortfahre, statt sich „konstruktiv“ zu verhalten, dann „werden wir (wer ist „wir“? – Anm. AK) – in aller Offenheit – dafür Sorge tragen, daß dieser sich selbst aus allen Gesprächen zurückziehen wird“.

Ernst Hoplttschek werden wir von nun an noch wiederholt im Zentrum „komplizierter Aktionen“ gegen den KB antreffen.

Selbstam zeitgleich mit den Drohungen Hoplttscheks erschien im „Spandauer Volksblatt“ (SPD) am 10.10. ein Artikel jenes Niels von Haken, den wir schon im „Vorwärts“ als Wahlhelfer der BGL kennengelernt hatten. Überschrift: „Wie es die 'Grünen' schafften, sich die Chaoten vom Hals zu halten“. „Sich die Chaoten vom Hals zu halten“, das sei „das Hauptproblem, mit dem sich die Grünen allerorten herumschlagen“. Olaf Dinne habe das Problem gelöst: „Dinne schottete die Grünen von Anfang an gegen die Chaoten-Einflüsse ab“. Nach der Wahl habe Dinne erklärt: „Das ist jetzt ein Neubeginn. Wir haben mit dem Kommunistischen Bund abgerechnet“. Und Niels von Haken fügte die Ankündigung hinzu: „Nun steht bundesweit die Abrechnung mit dem KB an“. Er war offenbar gut informiert.

Der Bremer Wahl folgten quer durch die bürgerliche Presse Artikel, in denen Sozialdemokraten, Liberale und Konservative ganz und gar uneigennützig den Grünen rieten, einen eindeutigen „Trennungsstrich“ gegen die K-Gruppen zu ziehen, um ihre Chancen bei der Bundestagswahl 1980 zu verbessern.

Die ZL steigt in die „Operation“ ein
Die ZL-Fraktion hatte Ende August

ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Artikel und Polemiken schienen zunächst in die Richtung einer sektiererischen „Rückbesinnung“ nach innen und außen zu deuten. Insbesondere auf dem Sektor Frauen-Politik zog die ZL-Fraktion vehement gegen die angebliche „Koexistenz mit kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ zu Felde.

Für Freund und Feind völlig verblüffend stieg die ZL-Fraktion jedoch Mitte November in die nunmehr schon volltourig laufende „komplizierte Aktion“ gegen den KB ein: Im AK 166 (12.11.79), kurz nach dem Offenbacher Kongreß (3./4.11.79), erhob die ZL aus heiterem Himmel den Vorwurf, der KB („Mehrheitsblock“) plane eine „Abkehr von der Wahlbewegung“ und operiere zu diesem Zweck mit „maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen“ gegenüber den Grünen.

Dieser Vorwurf war von der ZL bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im AK noch nicht einmal andeutungsweise in die innerorganisatorische Debatte eingebracht worden. Die ZL verzichtete auch völlig darauf, diesen starken Vorwurf argumentativ zu füllen, Fakten anzuführen, ihr Verständnis von „maximalistisch“ zu definieren usw. – Wer erwartet hatte, daß die ZL die argumentative Füllung ihres „Abkehr“-Vorwurfs wenigstens nachträglich im folgenden AK 167 liefern würde, sah sich getäuscht: Die ZL lieferte für den AK 167 überhaupt keinen Artikel und verbreitete später die Lüge, es sei ihr nicht erlaubt worden, ihre Vorstellungen im AK 167 zu publizieren!

Aus dem Ablauf des Vorgangs wird offensichtlich, daß es der ZL keineswegs darum ging, auf eine ihrer Meinung nach vorhandene gefährliche Tendenz („Abkehr von der Wahlbewegung“) hinzuweisen und diese Meinung durch Argumente und alternative Vorschläge zu belegen. Vielmehr war die Funktion dieses Vorwurfs lediglich die des Stichworts für die Verschärfung der Isolierungskampagne gegen den KB. Klaus Wolschner („taz“), mittlerweile von Bremen nach Westberlin übergewechselt, griff dieses Stichwort sofort auf. Darüber wird noch berichtet werden.

Mit der Angabe des Stichworts von der „Abkehr“ veränderte sich augenblicklich das Verhältnis der ZL-Fraktion zu den linken Operateuren wie Wolschner, Hoplttschek oder Manfred Zieran (GLH), den wir auch noch näher kennenlernen werden. Von einem Tag auf den anderen entstand ein ständiger telefonischer und brieflicher Kontakt, wurden Absprachen getroffen usw. Dabei hatte man wie Wolschner, Hoplttschek oder Manfred Zieran (GLH), den wir auch noch näher kennenlernen werden. Von einem Tag auf den anderen entstand ein ständiger telefonischer und brieflicher Kontakt, wurden Absprachen getroffen usw. Dabei hatte man noch kurz zuvor aneinander kein gutes Haar gelassen. Mit der ZL-Fraktion war unerwartet ein wertvoller Partner für die „komplizierte Aktion“ entstanden, denn nun war es ja durch relevante Stimmen mitten aus dem KB heraus bewiesen, daß der KB selbst seine Isolierung „von der Wahlbewegung“ betrieb. Die ZL-Fraktion sah sich plötzlich einer entsprechenden Wertschätzung seitens der linken Operateure gegenüber – und verbuchte das dummschmerz als Ergebnis ihrer „geschickten Bündnispolitik“.

Um im Geschäft zu bleiben, mußte die ZL-Fraktion zwangsläufig ihre Funktion als Stichwortgeber und Kronzeuge gegen den KB ausbauen. Daß sie sich damit aber gleichzeitig aus dem KB hinauskatapultierten, übersah die Genoss(inn)en im Eifer des Gefechts. Am 1./2.12.79 kam es auf einer Mitgliederversammlung der BuLi-Hamburg zum Eklat: Die ZL-Fraktion erhob den Vorwurf, der KB betreibe in der Bunten Liste „brutale Machtpolitik“, habe „seine Leute herangekarrt“, wolle das pluralistische Selbstverständnis der Bunten Liste zerstören usw. usf. Kurz darauf wurde auf zwei KB-Delegiertenversammlungen die Trennung der ZL-Fraktion vom KB festgestellt.

Intrigen gegen den Frankfurter „Beratungskongreß“

Am Rande des Offenbacher Kongresses hatten sich am 3.11.79 die Vertreter der Bunten und Alternativen Listen zusammengesetzt, um ihr Vorgehen in den Verhandlungen mit den Grünen zu beraten und zu koordinieren. Es wurde vereinbart, in nächster Zeit in Frankfurt einen „Beratungskongreß“ der Bunten/Alternativen zum selben Thema durchzuführen.

Hier schalteten sich aber nach Offenbach diejenigen massiv ein, die – aus unterschiedlichen Motivationen – eine engere Koordination der Bunten und Alternativen Listen verhindern woll(t)en. Mit dem Stichwort der ZL-Fraktion (AK vom 12.11.) war das Leitmotiv bereits angedeutet: Der geplante Beratungskongreß sei ein Projekt des KB, um die „Abkehr“ von den Grünen durchzusetzen.

Bereits vor diesem Hintergrund beschloß am 13.11. die AG Bundestagswahlen (Hoplttschek) in der AL Westberlin, alternativ einen Kongreß in Westberlin zu organisieren. Dieser sollte jedoch keineswegs der „Beratung“ unter den Bunten/Alternativen über ihre Taktik gegenüber den Grünen dienen. Eine solche „Beratung“ wurde z.T. sogar ausdrücklich abgelehnt, da schädlich für das Klima gegenüber den Grünen. Stattdessen sollte der Westberliner Kongreß vor allem aus Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen zu Fragen des Ökologismus, der Grünen Partei usw. bestehen.

In der GLH setzte sich unterdessen Manfred Zieran dafür ein, zugunsten des Westberliner Vorschlags auf den „Beratungskongreß“ in Frankfurt zu verzichten. Im Dreieck Zieran-Hoplttschek-ZL liefen sich Telefone und Gerüchte heiß. Ernst Hoplttschek beispielsweise operierte in der AL Westberlin mit der Behauptung, der Kongreß könne überhaupt nur in Westberlin stattfinden, da die GLH und die Bunte Liste Hamburg fraktionell gespalten seien. Jü. und E. (beide ZL) hätten außerdem der Westberliner Konzeption und Westberlin als Ort schon zugestimmt. Die ZL-Fraktion wiederum verbreitete das Gerücht, wahrscheinlich werde die GLH sowieso von sich aus darauf verzichten, den „Beratungskongreß“ in Frankfurt durchzuführen. Obwohl offensichtlich war, daß das Westberliner Konzept geradewegs der Verhinderung eines bunt/alternativen „Beratungskongresses“ dienen sollte, stellte man sich in der ZL-Fraktion ganz naiv und tat so, als ginge es nur um die Entscheidung zwischen zwei Orten, wobei die besseren Argumente eigentlich für Westberlin statt Frankfurt sprächen. Entsprechend agierte die ZL-Fraktion in der BuLi Hamburg und in der LDU Schleswig-Holstein.

Am 20.11. ging es in der AL Westberlin (AG Bundestagswahlen) noch einmal hoch her: Ernst Hoplttschek briefte sich auf Telefonate mit Zieran, E. und Jü. Außerdem wisse er, daß der KB in Frankfurt einen „Aussteigerkongreß“ organisieren wolle. Die fraktionellen Streitigkeiten des KB sollten dadurch auf dem Rücken einmal hoch her: Ernst Hoplttschek briefte sich auf Telefonate mit Zieran, E. und Jü. Außerdem wisse er, daß der KB in Frankfurt einen „Aussteigerkongreß“ organisieren wolle. Die fraktionellen Streitigkeiten des KB sollten dadurch auf dem Rücken der Wahlbewegung ausgetragen werden. Klaus Wolschner legte auf dieser Sitzung ein Papier vor, in dem es hieß: „Alle, die im bunt/alternativen Spektrum mit dem KB zusammenarbeiten, haben wahrscheinlich im letzten 'AK' mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen, daß – wie die 'ZL' schreibt – derzeit im Mehrheitsblock des KB ... eine Abkehr von der Wahlbewegung (hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt) erkennbar ist ...“. Das LG des KB habe diesen Vorwurf der ZL „nicht demotiviert, geschweige denn inhaltlich überzeugend zurückgewiesen“ (Nebenbei: Wie weist man eigentlich eine inhaltlich durch nichts fundierte Unterstellung „inhaltlich überzeugend“ zurück?!). Klaus Wolschner führte in seinem Papier weiterhin aus, daß die AL keinesfalls an einem bunt/alternativen „Beratungskongreß“ in Frankfurt teilnehmen dürfe, da dieser Kongreß nur dem KB dienen würde.

Trotz dieser Widerstände beschloß die AL Westberlin (Delegiertenrat) am 21.11., Frankfurt als Ort zu akzeptieren und hinsichtlich des Konzeptes einen Kompromiß zu suchen.

Auch nach dem Kompromiß ging jedoch die Stimmungsmache gegen den Frankfurter Beratungskongreß weiter: Ernst Hoplttschek legte am 4.12. in der AG Bundestagswahlen der AL Westberlin ein Papier vor. Darin hieß es: Mit dem Frankfurter Kongreß solle „eine machtpolitisch motivierte Schiene gefahren“ werden, „die eindeutig auf Spaltung des grün/bunt/alternativen Diskussionszusammenhangs und des Organisationsprozesses hinausläuft“. Einer „starken Fraktion innerhalb des Gesamt-KB (sog. Leitendes Gremium = LG)“ gehe es darum, „die 'Grünen' unter Druck zu setzen“ (wie gemeint), „die

restlichen Buntten und Alternativen zu funktionalisieren“ und „die andere Fraktion des KB ... zu schwächen“. Mit Frankfurt wolle das LG des KB „die Loyalität aller anderen Buntten und Alternativen erzwingen“. Der Kongreß laufe klar auf Konfrontation mit den Grünen hinaus. Die „sog. Einigung“ der Buntten/Alternativen sei sowieso „eine klassische Latrinenparole“! Der einzige Zweck einer Teilnahme am Frankfurter Kongreß könne für die AL nur darin liegen, die sich anbahnende „Katastrophe“ (Machtpolitik des LG etc.pp.) zu verhindern. Außerdem gelte es, in Frankfurt „den Klärungsprozeß“ (gemeint war ganz offensichtlich der Auflösungsprozeß), der sich z.Zt. innerhalb aller „linken“ Organisationen beobachten läßt“, zu fördern.

Nach Karlsruhe: die ZL wieder als Kronzeuge

Nach Karlsruhe eröffnete die ZL-Gruppe in der Bunten Liste Hamburg eine heftige Kampagne gegen den KB. In einer von der ZL-Gruppe herausgegebenen Broschüre („Alternative Wahlbewegung nach Karlsruhe“) liest sich das folgendermaßen: „Inzwischen hat sich erster Widerstand innerhalb der BuLi Hamburg gezeigt“ (Widerstand gegen den KB, versteht sich). Genannt wurden u.a. eine Stellungnahme der Eimsbüttler „Parlamentsfraktion“ (tatsächlich haben mehrere Mitglieder der „Parlamentsfraktion“ diese Erklärung nicht unterschrieben) und eine Unterschriftensammlung in der Bunten Liste. Beide Stellungnahmen wurden als Ausdruck zunehmenden Unmuts der BuLi-Basis über den „Amoklauf des KB-Blocks“ in dieser Broschüre „dokumentiert“. Klaus Wolschner zitierte in der „taz“ am 25.1. aus der Stellungnahme der „Parlamentsfraktion“. In der „Neuen“ (die seit Karlsruhe plötzlich total auf die Grüne Partei eingestiegen ist – ein recht rätselhafter Vorgang in Anbetracht der sonstigen starken DKP-Fixierung dieser Zeitung) behauptete ein Werner Skrentny unter Berufung auf dieselben Quellen: „Der KB stößt zwischenzeitlich auf harten Widerstand in den Reihen der Bunten Liste“ (6.2.). Freilich weiß man in der Bunten Liste, daß die Unterzeichner der diversen Stellungnahmen, die sich als „Protest der Basis“ aufspielen, zu ca. 70% Mitglieder der ZL-Gruppe sind! Es ist also ein sehr verlogenes Spiel, auf das die ZL sich mit diesen Stellungnahmen eingelassen hat – ganz in der Tradition der Kostümspiele von DKP oder KPD/ML.

Über die ZL-Gruppe gelangte bei Es ist also ein sehr verlogenes Spiel, auf das die ZL sich mit diesen Stellungnahmen eingelassen hat – ganz in der Tradition der Kostümspiele von DKP oder KPD/ML.

Über die ZL-Gruppe gelangte bei dieser Gelegenheit auch zunächst in verstümmelter, verzerrter Form (in der Stellungnahme der „Parlamentsfraktion“) ein kurzer Text des LG des KB zur Situation in der BuLi Hamburg in die Öffentlichkeit. Werner Skrentny verstümmelte diesen Text in der „Neuen“ vom 6.2. noch etwas mehr, um ihn sich für seine Bedürfnisse zurechtzubiegen (Der vollständige Text wurde von uns inzwischen im AK 170 veröffentlicht).

Über den besagten LG-Text hinaus hat die ZL-Gruppe offenbar im großen Stil den deal mit „KB-Internas“ zur Unterstützung der Kampagne gegen den KB aufgenommen. So wurden Manfred Zieran interne Rundbriefe des KB zur Verfügung gestellt, die dieser seinerseits auf einer GLH-Sitzung großzügig anbot. Zieran erwies sich überdies als informiert über die Organisationsfunktionen bestimmter KB-Mitglieder.

Das von der ZL-Gruppe gelieferte neue Stichwort lautet: Der KB wolle die Mitglieder der Grünen Partei aus den Buntten und Alternativen Listen ausschließen bzw. hinausdrängen. Auf der Basis dieser Legende hat die ZL-Gruppe versucht, eine Boykott-Front gegen den KB aufzubauen: Verweigerung jeder Zusammenarbeit mit dem KB, solange dieser nicht „selbstkritisch“ die ihm unterstellten Ausschluß-Pläne gegen die grünen Buntten „zurücknimmt“!

ZL-Boykott gegen Münster – Ein Eigentümer

Die ZL-Gruppe hatte bereits auf der BuLi-Mitgliederversammlung am 22.1. zum Boykott des bunt/alternativen Beratungstreffens am 2./3.2. in Münster aufgerufen. Einen Mehrheitsbeschluss der Versammlung (die natürlich sogleich als „KB-majorisiert“ bezeichnet wurden – vgl. z.B. auch Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 50

„FR“ vom 30.1. und „Neue“ vom 6.2.) für Münster konnte die ZL-Gruppe aber nicht verhindern. Deshalb setzte sie über die Eimsbüttler „Parlamentsfraktion“ eine Unterschriftensammlung in der BuLi in Gang – von den 9 „Erstunterzeichnern“ der Erklärung gehören 6 der ZL-Gruppe an. In der Erklärung hieß es, das Treffen in Münster sei „unsinnig“ und man „kritisiere“ deshalb den Beschluß der BuLi zur Unterstützung des Treffens.

Noch einige Nuancen schärfer äusserte sich die ZL am 31.1. in einem Brief an das LG des KB: „Nach uns vorliegenden Informationen wird die Anwesenheit auf dem Münsteraner Kongreß ohnehin nicht für die ‚bunt/alternative‘ und linke Wahlbewegung repräsentativ sein, sondern sich im wesentlichen auf euch selbst und euer allerengstes Umfeld beschränken. Die Gründe dafür liegen u.E. nicht bloß in der äußerst ungünstigen Terminplanung, sondern v.a. in eurer überdeutlich signalisierten Nicht-Bereitschaft zur solidarischen Debatte und inhaltlichen Kontroverse. Wie die meisten ‚bunt/alternativen‘ Listen und linken Gruppen werden auch wir vermutlich bloß mit einer kleinen Beobachter-Delegation am Münsteraner Kongreß teilnehmen. Etwaige ‚Beschlüsse‘ oder ‚Meinungsbilder‘ dort werden für uns keinerlei bindende Bedeutung haben...“

Die ZL-Gruppe bezog die hier zum Ausdruck kommende dummdreiste Zuversicht in den Mißerfolg des Münsteraner Treffens in erster Linie aus der gleichfalls negativen Haltung der AL Westberlin zu dem Treffen. Der Geschäftsführende Ausschuss der AL Westberlin hatte mit einem Schreiben vom 25.1. „an alle bunt und alternativen Listen“ mitgeteilt, daß er nicht bereit sei, „unter den Mitgliedern der AL breit für diesen Kongreß zu mobilisieren“, sondern er wolle nur eine „repräsentative Delegation“ nach Münster schicken. Begründet wurde dies mit „Befürchtungen“, in Münster könnten durch eine undemokratische (KB-)Majorität verhängnisvolle Beschlüsse gegen die „Einheit der Bunt und Alternativen“ gefaßt werden. „Verstärkt“ würden diese Befürchtungen durch die Mitgliederversammlung der Hamburger BuLi vom 22.1.: „Ein Teil der Bunt“ (gemeint ist offensichtlich der KB – Anm. AK) „hat dort zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, eine Spaltung der bunt und alternativen Listen entlang der Differenzen zu den Grünen voranzuprogrammieren“. Worauf sich diese These stützt, wird aus dem Schreiben nicht ersichtlich. Anscheinend hat hier wieder einmal die Legende der ZL-Gruppe und deren Aufbereitung durch Wolschner in der „taz“ Pate gestanden.

Festzuhalten bleibt, daß sich die ZL-Gruppe mit ihrer Vorweg-Diffamierung des Münsteraner Treffens schärfer ins Zeug gelegt hat als irgendjemand sonst von den linken Operateuren. Es muß sie hart getroffen haben, daß in Münster doch etwas mehr als „der KB und sein allerengstes Umfeld“ versammelt waren. Hier zeigt sich wieder einmal: Blinder Eifer schadet nur!

Eine reizende Episode in der GLH

In der GLH-Ortsgruppe Frankfurt legten am 18.1. zwei GLH-Mitglieder aus dem Kreis um Manfred Zieran (Hans und Jürgen) einen Resolutionsantrag vor: „Die GLH fordert alle Mitglieder und Sympathisanten des KB, die gleichzeitig Mitglieder der GLH sind, auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die Unvereinbarkeitspraktiken der Mehrheitsfraktion des KB gegenüber der ZL-Minderheitsfraktion umgehend zurückgenommen werden. Sollte sich die Mehrheit des LG im KB dieser Forderung entgegenstellen, wird die GLH alle Bestrebungen unterstützen, die darauf hinauslaufen, die jetzige Leitung des KB, die inzwischen ihre Unfähigkeit bewiesen hat, brennende Konflikte anders als bürokratisch-zentralistisch anzugehen, zu entmachten und sie durch eine demokratisch legitimierte Gremium mit Bindung an das Imperative Mandat zu ersetzen.“

Nun ist zwar das LG des KB demokratisch gewählt und könnte auch jederzeit durch eine Delegiertenkonferenz abgewählt werden, wenn die KB-Mitglieder das für sinnvoll halten würden. Die Idee von Hans und Jürgen läuft demgegenüber wohl darauf hinaus, das LG des KB nicht mehr durch die KB-Mitglieder, sondern durch die linke Öffentlichkeit bestimmen zu lassen. Das ist zumindest ein origineller Einfall.

Interessant ist, daß der Antrag unmittelbar nach dem Karlsruher Kongreß (12./13.1.) eingebracht wurde. Offenbar sollte das Geschrei

über einen angeblichen „UVB im KB“ auch dazu dienen, eine Diskussion über den realen UVB in der Grünen Partei abzublocken.

Unbeachtet blieb bei diesem Einsatz für die ZL-Gruppe die Tatsache, daß Wi. (ehem. LG und ZL) bereits in der zweiten Broschüre der ZL-Gruppe geschrieben hatte: „Wir sind derzeit die letzten, die eine Rückgängigmachung dieser Trennung herbeiwünschen würden“ (S.37). Unbeachtet blieb auch die Tatsache, daß einige Anhänger der ZL-Fraktion (in Hamburg-Eimsbüttel und in Bielefeld) ohne den geringsten inhaltlichen Abstrich an ihren Positionen Mitglieder im KB geblieben sind; auf dem KB-Kongreß waren sie als Minderheitstendenz mit Delegierten vertreten. Und unbeachtet blieb selbstverständlich auch die Tatsache, daß die Trennung des KB von der ZL-Fraktion durchaus nicht – wie von Hans und Jürgen in der Antragsbegründung unterstellt – eine „Ausgrenzung als Verweigerung jeder Art von Zusammenarbeit“ bedeutet – jedenfalls nicht seitens des KB. Richtig ist, daß von der ZL-Fraktion schrittweise jede Zusammenarbeit abgebrochen wurde, und zwar schon während ihrer Mitgliedschaft im KB.

Mehrere Mitglieder der GLH Frankfurt verfaßten zu dem Antrag eine Gegenstellungnahme. Hans und Jürgen legten daraufhin am 31.1. eine neue Stellungnahme zu ihrem Antrag vor, in der aus internen Rundbriefen des KB zitiert wurde und noch einmal die alte Legende aufgetischt wurde (Demokratisch nicht legitimierte LG betreibt angesichts eines weitestgehenden Zusammenbruchs des KB „Kahlschlagpolitik“). Lob wurde hingegen der ZL-Gruppe gespendet: „Zum Glück hat die Minderheit, vor der erpresserische Alternative: Anpassung oder Abgrenzung, gestellt, nicht kapituliert, und man/frau kann sich nur wundern, wie sie es geschafft haben, dem massiven Mehrheitsdruck standzuhalten.“ (Ein Witz am Rande: Gerade die ZL hat sich früher sehr über die Gruppe um Zieran und über die „opportunistische“ Bündnispolitik der Frankfurter KB-Genossen dieser Gruppe gegenüber empört!).

In der Diskussion am 31.1. brachten die Antragsteller zudem vor: – Der KB sei verantwortlich für die Fraktionsbildung in der GLH und habe dadurch interessierte Mitglieder von einer Mitarbeit abgeschreckt. – Im KB würden andere Meinungen per Organisationsdisziplin nicht geduldet. – Die Debatte in der „KPD“ sei „viel fruchtbarer“.

Da die Antragsteller darauf bestanden, mußte am 7.2. über den Antrag gegen den KB abgestimmt werden. Bei nur 3 bis 4 Fürstimmen und etwa ebensovielen Enthaltungen wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Immerhin hatten die Antragsteller damit vorgeführt, wie man insgesamt drei Sitzungen der GLH Frankfurt mit Polemik gegen den KB befrachten und lahmlegen kann, um anschließend auch noch kackfroh zu verbreiten, wegen des KB komme man schon gar nicht mehr dazu, vernünftig zu diskutieren.

Diese Episode, mit dem Versuch, das LG des KB durch die GLH Frankfurt abwählen zu lassen, und die Rückkehr der ZL-Gruppe in den KB zu ertrotzen (Was diese jedoch gar nicht will!), wirkt insgesamt trotzdem stümperhaft. In der „taz“ beispielsweise wird wesentlich geschickter an dieser Masche gestrickt. Wobei die Voraussetzung stets ist, daß man über die anfänglichen „stramm leninistischen“ und organisatorisch rigiden Vorstellungen der ZL Stillschweigen wahrt. Andernfalls wäre das so schön konstruierte Bild (Bormierte MLer schmeißen undogmatische Kritiker raus) überhaupt nicht zu halten.

Ernst Hoplttschek kontra „linksradikale Front“

Nach dem Karlsruher Kongreß legte Ernst Hoplttschek im Mitgliederrundbrief Nr. 7 der AL Westberlin seine Einschätzung vor.

Zunächst vorbereitete er die bekannten Stichworte über den KB: Der KB habe sich „in der Hauptsache an dem Für und Wider einer Beteiligung an der Wahlgeschichte“ gespalten. (Diese Version der KB-Spaltung ist zwar dummes Zeug, wurde aber bereits früher in der „taz“ vertreten). Vom KB sei „nur noch das ‚Leitende Gremium‘ (LG) mit seinen Mitgliedern und Sympathisanten vorhanden“. Die Trennung des KB von der ZL-Fraktion stellt Hoplttschek „historisch und empirisch“ auf eine Stufe mit der Behandlung von Kommunisten durch den Staat (Warum hast du an dieser Stelle den schönen Hinweis auf die „stalinistischen Genickschußpraktiken“ aus deinem Manuskript gestrichen, Ernst? ...). Der KB stehe „außerhalb der Wahlbewegung“ – man

hat sich offensichtlich auf die einheitliche Sprechregelung verständigt.

Obwohl „außerhalb der Wahlbewegung“ stehend, ist der KB aber immer noch brandgefährlich: „Wir“ (d.h. die Linken in der Grünen Partei) „scheinen großen Gefahren von Teilen noch existierender bunter und alternativer Listen ausgesetzt zu sein. Es läßt sich eine Linie von Darmstadt (Treffen der Bunt und Alternativen, am Rande von Offenbach) über Frankfurt (Kongreß der Bunt und Alternativen) bis hin zu Karlsruhe (autonome versus grüne Delegierte) beobachten ... Das Zentrum dieser Linie ist relativ klar dem ‚Leitenden Gremium‘ (LG) des Rest-KB zuzuordnen ...“ (Von außerhalb der Wahlbewegung als Zentrum dieser Linie – ein geradezu akrobatisches LG!). Hier solle, so schreibt Hoplttschek weiter, gegen den Zusammenhalt der linken Grünen eine gefährliche „Links-radikale Front“ aufgebaut werden, „deren erster Erfolg es ja schon war, ihren Kongreß der ‚Bunt und Alternativen‘ nach Frankfurt bekommen zu haben, nach schweren taktischen Fehlern der AL“ (Vgl. den Abschnitt „Intrigen gegen den Frankfurter ‚Beratungskongreß‘“).

Die linken Grünen (Hoplttschek sagt allerdings immer: die AL) müßten jetzt „Selbstständig ihre Auffassung erarbeiten“, „jenseits“ der in Westdeutschland noch (oho! – Anm. AK) existierenden „bunt und alternativen“ Listen“. Als Bündnispartner dabei bezeichnet Hoplttschek die „ZL-Fraktion“.

Von den Bunt/Alternativen Listen blieben im Wesentlichen nur noch die BuLi-Hamburg und die GLH. „In beiden ist der Einfluß des LG erheblich“. Es gelte zwar noch, diese Strömung „zu beeinflussen“, „Zugleich aber müsse man „den eventuellen Bruch zu ihnen einkalkulieren“ (Falls sie sich nicht wunschgemäß „beeinflussen“ lassen). Wer hier Spaltung zwischen „grünen“ und „autonomen“ Bunt/Alternativen „vorprogrammiert“, ist offensichtlich: Hoplttschek bekennt sich zu einem rein taktischen Herangehen an die „noch“ bestehenden Bunt/Alternativen Listen. Damit blamiert er allerdings seine Freunde von der ZL-Gruppe, die immer noch scheinheilig beteuern, daß sie an der „bunt/alternativen Einheit“ festhalten wollen, und die eine so schöne und glaubwürdige Spaltungs-Legende gegen den KB gebastelt haben.

Die „KPD“ mischt munter mit!

Die „KPD“ hat mittlerweile einen festen Platz in der „komplizierten Aktion“ gegen den KB eingenommen. Ihr Kalkül dabei liegt auf der Hand: Erstens hält die „KPD“ den KB wegen seiner „pro-sozialimperialistischen“ Politik für mindestens ebenso gefährlich wie die DKP. Der KB wegen seiner „pro-sozialimperialistischen“ Politik für mindestens ebenso gefährlich wie die DKP. Der KB ist bekanntermaßen der aktivste Kritiker gegen die Linie der „Vaterlandsverteidigung“. Zweitens kommt es der „KPD“ glänzend zupass, sämtliche sektiererischen Fehler ihrer eigenen Vergangenheit jetzt auf den KB zu häufen und damit nachdrücklich ihren „Lernprozeß“ zu dokumentieren.

Die linken Operateure ihrerseits spenden diesem „Lernprozeß“ und der „Lernfähigkeit“ der „KPD“ gern öffentliches Lob – wobei sie geflissentlich übersehen, daß sich im zentralen Punkt der „Vaterlandsverteidigung“ und der Kriegspropaganda bei der „KPD“ absolut nichts geändert hat.

Die „KPD“ hatte sich erstmals in Bremen – damals aber nur als vereinzelte Episode – in die „äußerst komplizierte Aktion“ eingereiht: Konkret mit der Diffamierung der AL als irrelevant, KB-gesteuert usw. Insgesamt hielt die „KPD“ zu dieser Zeit aber in der Wahlbewegung noch an ihrer traditionellen sektiererischen Politik fest. Beim Versuch, sich heute aus der eigenen Geschichte herauszukatapultieren, kommt es zu grotesken Szenen. So etwa, wenn Alexander v. Plato (Mitglied des Ständigen Ausschusses der „KPD“) plötzlich behauptet: „... daß wir sehr früh für eine breit angelegte grüne Alternative zu den Bundestagswahlen ... eintraten“. (Man beachte das Wörtchen „grün“!) „Das führte uns auch dazu, nicht maximalistisch an die grüne Bewegung heranzutreten, sondern gleichberechtigte Debatte zu fordern (im Gegensatz zu anderen Organisationen, die Bahro stillschweigend mit uns gleichsetzt)“. („Rote Fahne“, 24.1.80).

Daß mit den „anderen Organisationen“ der KB gemeint ist, liegt erstens auf der Hand (welche Organisationen sind sonst noch in der Wahlbewegung aktiv?) und ergibt sich zudem daraus, daß Bahros Offener Brief, um den es hier geht, ausdrücklich an „KPD“ und KB gerich-

tet war. Tatsache ist allerdings, daß die „KPD“ noch im gesamten NRW-Wahlkampf 1979 den KB fast ausschließlich von „linksaußen“ eingeschossen hat: Der KB wolle faule Kompromisse mit den Grünen eingehen, der KB wolle die bunt/alternativen und basis-demokratischen Prinzipien gegenüber den Grünen aufgeben usw. usf.

Aber das Gedächtnis vieler Linker ist ohnehin kurz, und außerdem: Die „KPD“ kann sich darauf verlassen, daß ihre neuen Freunde an solcher Art von Legendenbildung keinen Anstoß nehmen werden, solange sie im Interesse der „komplizierten Aktion“ nützlich erscheint.

Die „KPD“, die in der AL Westberlin immer noch eine sehr starke Stellung hat, ist mitverantwortlich für die Entscheidung, das Münsteraner Treffen der Bunt/Alternativen halbwegs zu boykottieren, indem man vorher mitteilte, nur mit einer kleinen „repräsentativen“ Delegation an dem Treffen teilzunehmen. Folgerichtig war die Bilanz, die U.L. (Wahrscheinlich Uli Lenze, Mitglied des Ständigen Ausschusses der „KPD“) in der „Roten Fahne“ vom 7.2. zog, vorwiegend negativ: „Die konkreten Bedingungen“ des Treffens hätten „von vornherein nicht viel Gutes erwarten“ lassen. Denn – man ahnt es schon – „Termin und inhaltliche Zielsetzung“ seien vom KB festgelegt worden. Zwar weiß U.L. auch, daß Termin und Tagesordnung von den Bunt/Alternativen gemeinsam in Karlsruhe beschlossen worden waren. Aber, so U.L., maßgeblich hätten dabei die GLH und die Bunte Liste Hamburg mitgewirkt, und es sei doch „ein offenes Geheimnis, daß in beiden Listen der KB eine dominierende Rolle spielt“.

Der KB habe auf Teufel komm raus die sofortige Bildung eines bunt/alternativen „Dachverbandes“ und die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung angestrebt. – Zwar ist 1. der keineswegs die einzige Strömung im bunt/alternativen Spektrum, die für die Notwendigkeit von Dachverband und Zeitung plädiert, und zwar hat der KB durchaus nicht versucht, dieses Konzept „sofort“ und um jeden Preis „durchzusetzen“. Aber hier geht es darum, die Überlegungen hinsichtlich Dachverband und gemeinsamer Zeitung von vornherein und generell als Ausgeburt des KB und daher logischerweise des Teufels abzustempeln. Wer trotzdem noch für dieses Konzept eintritt, gehört folglich zum „KB und seinem allerengsten Umfeld“ (ZL-Stichwort) oder läßt sich zumindest vom KB „dominieren“. Weiter schreibt U.L., daß es dem KB in Münster darum gegangen sei, „die Posten zu verteilten“ und sich „zufällige Mehrheiten auf irgendwelchen Kongressen zu schaffen“. Und „in der Bunt Liste Hamburg program-

miert der KB (Mehrheit) ... auf Spaltung“. Man beachte die feine, aber gewiß rein zufällige Übereinstimmung mit der entsprechenden Passage im Brief des Geschäftsführenden Ausschusses der AL Westberlin (Ein Teil der BuLi sei „bereit... eine Spaltung ... voranzuprogrammieren“).

Die „KPD“ zieht also voll mit, Bemühungen um einen autonomen Zusammenschluß der Bunt und Alternativen Listen als KB-gesteuert zu diffamieren und zu boykottieren.

Zugleich ist die „KPD“ aber auch selbst Objekt der „äußerst komplizierten Aktion“. Nicht nur ihre Anpassung, sondern ihre Auflösung ist erwünscht! Jeder Schritt, den die „KPD“ in diese Richtung macht oder zumindest laut denken läßt, darf sich des Beifalls der linken Operateure sicher sein: Die „KPD“ zeigt sich „lernfähig“, „wirft ihre Eierschalen ab“, usw. (vgl. insbesondere die einschlägigen Artikel von Klaus Wolschner zu diesem Thema in der „taz“). Zeigt die „KPD“ sich hingegen sperrig, läßt sie Reste von Selbsterhaltungswillen durchblicken, wird sie gleich spürbar ungnädiger behandelt und muß sich auch Tadel gefallen lassen.

Betrachtet man die „äußerst komplizierte Aktion“ insgesamt und bezieht darin z.B. auch Bahros jüngsten Offenen Brief an „KPD“ und KB sowie die Bunt/Alternativen Listen ein, so erweist sich, daß diese „Operation“ keineswegs nur darauf abzielt, die K-Gruppen und Chaoten aus der Grünen Partei herauszuhalten. Weitere Zielsetzungen sind:

1. Die Liquidierung der örtlichen Bunt und Alternativen Listen bzw. deren Herabdrücken zur Bedeutungslosigkeit gegenüber der grünen Konkurrenz. Dadurch Sicherung einer politischen Monopolstellung für die grünen Macher und Integration der radikalen Wahlbewegung in das traditionelle Parteiensystem.
2. Die Liquidierung der K-Gruppen. Diese werden vor die Alternative gestellt, sich entweder schrittweise dem Monopol der grünen Macher zu unterwerfen und sich auf die Dynamik ihrer eigenen Anpassung und Selbstaufgabe einzulassen – oder aber als verkalkte Sektierer denunziert zu werden.

+++++

Dieser Artikel erhebt durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Von vornherein hatten wir das Thema eingegrenzt auf die „linke Schiene“ der äußerst komplizierten Aktion. Die „grüne Schiene“ dieser Operation wollen wir demnächst vorstellen. Für zusätzliche Informationen zu diesem Thema wären wir dankbar.

Texte zur Stalinfrage

irv

Aus dem Inhalt:
Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution

Die Moskauer Prozesse
Die „Stalin-Frage“ und die KP Chinas

Mao Tse-tung:
Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden

Interview mit Charles Bettelheim

ISBN 323/01026

168 S.
DM
12,50

Liebe Genoss(inn)en, es ist nun bald ein halbes Jahr vergangen, seit ihr im August vorigen Jahres jene verhängnisvolle Eskalation einleitetet, die schließlich zu eurer Abspaltung führte.

Zeit also, sich die Frage zu stellen, wohin eure Politik euch geführt hat. Seid ihr euerem damaligen Ziel näher gekommen, als „ideologisch gefestigte Gruppe“ (ZL im AK 166), eure Vorstellungen zur „Krisenbewältigung“ in der Praxis umzusetzen?

Ihr sprecht und schreibt darüber heute offensichtlich nicht mehr gerne, aber es muß trotzdem legitim sein, an die Ausgangspunkte eurer Abspaltung zu erinnern.

+ Da war eure Kritik am „Utopismus“. Eurer Meinung nach hatten allzu viele Genoss(inn)en des KB das Bewußtsein für das „Machbare“ verloren, verlangten vom KB zuviel für ihre persönliche Emanzipation. Sie wollten, so meintet ihr, den KB in erster Linie als „Keimform“ (also als teilweise Vorwegnahme) sozialistischer Verhältnisse sehen. Ihr hingegen vertratet mit Entschiedenheit, daß der KB in erster Linie „Zweckbündnis“ sein und bleiben müsse.

+ Da war eure Kritik an den „Grauzonen des Feminismus“ im KB, die eurer Meinung nach nicht entschieden und umfangreich genug „bekämpft“ würden.

+ Da war eure Kritik an den „Fehlströmungen“ im KB („Utopismus“, „Ultrademokratismus“ usw.usf.), gegen die im KB angeblich kein „ideologischer Kampf“ mehr erlaubt war.

+ Da war eure These, daß die „Fehlströmungen“ und der Verzicht auf den „ideologischen Kampf“ gegen diese die eigentliche Ursache für die Organisationskrise des KB seien.

Es ist aus eurer Sicht gut verständlich, daß ihr über diese Thesen, die damals euer zentrales Anliegen zu sein schienen, nicht mehr gern sprecht. Ihr wisst selbst, daß diese Thesen bei euren neuen Freunden alles andere als populär sind. Da versteht ihr euch dann zu der peinlichen Gaunerei, uns mit der Linie des „Konturenziehens“ in der Massenbewegung“ als angebliche „Durchhalteparole des KB“ zu identifizieren (KL in eurer Wahl-Broschüre). Vielleicht gibt es ja Leute, die nicht wissen, daß gerade der Ruf nach „schärfen Konturen“ die zentrale Parole eurer Fraktion bei der Abspaltung war?

Grün auf Gedeih und Verderb?

Grün auf Gedeih und Verderb?

Mit wenigen Ausnahmen ist eure Gruppe komplett in die Grüne Partei eingetreten. In Hamburg, wo eure Gruppe aus gut 100 Genoss(inn)en besteht, seid ihr zu einigen Vorstandspositionen in den Bezirksverbänden gekommen, in Eimsbüttel sogar zu einer soliden Mehrheit. Ihr habt euch selbst mit einigem Erfolg in die Legende hineingesteigert, wir würden euch wegen eurer bloßen Mitgliedschaft in der Grünen Partei „diffamieren“ und aus der Bunten Liste „ausbürgern“ wollen, wir würden an dieser Frage die Bunte Liste spalten wollen. Diese Legende ist recht clever konstruiert – stellt sie doch euch als unschuldig Verfolgte und uns als wild gewordene Sektierer hin. Das reale Problem und die sich daraus ergebenden Widersprüche liegt jedoch keineswegs da, wo eure Legende es wahrhaben will.

Kommunisten/Sozialisten innerhalb und außerhalb der Grünen Partei, das ist eigentlich kein Anlaß für grauenhafte Schaufechte und bittere Polemiken im linken Lager. Sondern das wäre eigentlich eine sehr gute Voraussetzung, um auch über die Grüne Partei revolutionäre Politik zu machen. In einem so verständenen Sinne könnten sich „innerhalb“ und „außerhalb“ bestens ergänzen.

Euer Problem ist aber, daß ihr euch der Grünen Partei weitgehend ausgeliefert habt. Für euch war von vornherein klar, daß ihr um jeden Preis „dabei“ bleiben würdet, ganz gleich, was man euch dort zumuten würde. Angesichts eures totalen Engagements in der Grünen Partei und angesichts eures arroganten Geschimpfes gegen alle „Abseitsstehenden“ (nicht Eingetretene) habt ihr kaum noch eine andere Wahl, als diesen Weg bis zum bitteren Ende zu gehen.

Dies dürfte auch den klügeren Taktikern unter den grünen Machern hinreichend klar sein. Ihr seid aber noch dümmer gewesen als jeder bürgerliche Geschäftsmann: Ihr habt jeweils schon vorher offen gesagt, wie unbeschreiblich billig ihr zu haben seid.

– Das begann gleich nach Offenbach mit eurem Geschimpfe über die angeblich „maximalistischen Forderungen“ anderer Linker an die Grünen zu einem Zeitpunkt, wo es darauf angekommen wäre, seitens der Linken möglichst einheitlich sehr

lich, das selbst das allerschlechtestes Programm euch nicht mehr von eurer totalen Festlegung auf die Grüne Partei herunterbringen könnte. Geradezu als skandalös empfinden wir in diesem Zusammenhang den Artikel der Genossin M. in eurer zweiten Broschüre, wo sie öffentlich bekanntgibt, daß ihr keinen großen Streit anfangen werdet, wenn die Beseitigung des §218 nicht ins Programm der Grünen Partei aufgenommen wird. Genoss(inn)en, merkt ihr denn gar nicht mehr, wie hundsgemein ihr durch eure öffentlichen Billigpreis-Angebote an die grünen Macher jenen Linken – auch linken Grünen – in den Rücken fällt, die im Gegensatz zu euch diese Fragen noch für wesentlich halten?

Ihr habt mit eurer Polemik gegen die „Abseitsstehenden“ (vorzugsweise den KB) die Grüne Partei derart übertrieben zum zentralen Punkt jeder linken Politik erklärt, daß ihr von dem „Zug“ nicht mehr leicht herunter könntet. Andernfalls müßtet ihr nämlich zugeben, daß ihr euch mit eurer totalen Festlegung auf die Grünen geirrt habt. Und Irrtümer zuzugeben, war schon früher nicht eure Sache.

Grüne Partei als Nabel der Welt?

Eure Polemik gegen die „Abseitsstehenden“, in erster Linie gegen den KB, ist seit eurer Trennung vom KB immer phantastischer geworden:

– Zuerst habt ihr uns nur ganz schlicht eine „Abkehr von der Wahlbewegung“ vorgeworfen (ZL im AK 166). Schon dieser Vorwurf setzte stillschweigend voraus, daß die Grüne Partei im Wesentlichen die Wahlbewegung ist, daß also Nicht-Eintritt in die Grüne Partei gleichbedeutend sei mit einer Trennung von der Wahlbewegung.

– Dann habt ihr bei uns „eine starke Tendenz zur Abkehr von Massenarbeit“ festgestellt (Wi., ehem. LG und ZL, in eurer Broschüre). Gemeint war offensichtlich: Massenarbeit = Grüne Partei. Außerhalb der Grünen Partei keine Massenarbeit!

– In eurer Wahl-Broschüre haben die Genossen Jü., La. und Wi. diese These kräftig ausgesponnen. Jetzt kann man lesen, der KB wolle sich aus den „praktischen politischen Kampf“ um das „breit strukturierte ‚Protestpotential‘“ der BRD nicht nur heraushalten, „sondern (er) stemmt sich direkt dagegen“. Der KB wolle sich aus diesem praktischen politischen Kampf zurückziehen „auf eine weit abgelegene Insel... von der kein

Offener Brief an die Genoss(inn)en der ZL-Gruppe

weitgehende Forderungen zu erheben (Zugeständnisse kann man später immer noch machen), statt die eigene Verhandlungsposition von vornherein unglaublich zu machen.

– Das setzt sich fort mit dem Artikel von Jü. (ehem. ZL) in eurer zweiten Broschüre. Vor dem Karlsruher Kongreß polemisierte Jü. dort gegen den Versuch, die Anerkennung der „autonomen“ Delegierten zu erreichen. Laut Jü. sei das ein ganz sinnloser, direkt schädlicher Versuch. Hintergrund dieser Polemik: Nicht nur die Bunte Liste Hamburg, sondern auch die AL Westberlin schickte mehr „autonome“ als „grüne“ Delegierte nach Karlsruhe. Mit seinem Artikel signalisierte Jü. vor Karlsruhe den Machern der Grünen Partei, daß eine Nichtanerkennung der „autonomen“ Delegierten bei euch nicht auf ernsthaften Widerstand stoßen würde. Selbst ein durchschnittlich begabter bürgerlicher Politiker wüßte, daß eine derartige Polemik frühestens nach Karlsruhe hätte sinnvoll sein können, vorher aber schlichtweg einen öffentlichen Ausverkauf der eigenen Verhandlungspositionen bedeutete.

– Spätestens, seit ihr bei der Gründung des Schleswig-Holstein mitgezogen habt, obwohl dort ein verschärfter UVB (Unvereinbarkeitsbeschluss) durchgesetzt wurde, wissen die Grünen Macher, daß ihr auch in der UVB-Frage letztlich alle schlucken würdet, nur um dabei bleiben zu können.

– Es ist euch schon zuzutrauen, daß ihr bei den bevorstehenden Programm-Diskussionen der Grünen Partei ehrlich um das eurer Meinung nach „Machbare“ kämpfen werdet. Andererseits ist aber allzu offensichtlich, daß selbst das allerschlechtestes Programm euch nicht mehr von eurer totalen Festlegung auf die Grüne Partei

Anker in das „Protestpotential“ mehr hineinzuwerfen ist“ (S. 16). Ihr variiert in eurer Wahl-Broschüre dieses Leitmotiv noch ein paar Mal, gemäß dem bekannten Spruch (nicht von Lenin!), daß es reiche, einen Unsinn recht oft zu wiederholen, um ihn schließlich glaubwürdig zu machen.

Eure Polemik setzt immer voraus, daß das gesellschaftliche „Protestpotential“ der BRD im Wesentlichen innerhalb der Grünen Partei versammelt sei oder zumindest als Spektrum von dieser erfaßt werde. Das ist eine ganz und gar lächerliche Auffassung, die ihr dem Genossen Bahro überlassen solltet! Freilich subjektiv enthält eure Polemik gegen den KB viel Wahres, denn für euch bildet die Grüne Partei tatsächlich den einzigen relevanten Praxis-Bereich, sodaß für euch – aber eben nur für euch, und keineswegs für den KB! – ein Ausstieg aus dieser Partei gleichbedeutend mit der Aufgabe eurer „Massenarbeit“ wäre.

Für uns, die wir seit Jahren bekanntermaßen (mit Aufschwüngen, Rückschlägen und Krisen – ihr kennt das ja, denn es ist Teil unserer gemeinsamen Geschichte) in zahlreichen Praxis-Feldern tätig sind (z.B. Betrieb und Gewerkschaft, Frauen, Antifa, Kinder und nicht zuletzt die Bunten und Alternativen Listen), klingt es reichlich töricht, den KB des Ausstiegs aus „der Massenbewegung“ und aus dem praktischen politischen Kampf zu bezichtigen. Euch scheint das Gespür fürs Lächerliche inzwischen völlig abhanden gekommen zu sein.

Eure törichte „Ausstiegs“- und „Abkehr“-Polemik gegen den KB hat freilich noch eine ernstere Seite, die von euch geflissentlich übersehen wird: Bestimmte Kräfte, gerade auch unter den linken Grünen, betreiben eine Isolierungs-Strategie gegen den KB.

Bestimmte Kräfte, gerade auch unter den linken Grünen, betreiben eine Isolierungs-Strategie gegen den KB. Unter diesen Strategen sind einige eurer neuen Freunde, die von euch bestens mit internem KB-Material, Informationen über die Funktionen bestimmter Genoss(inn)en usw. versorgt werden. Ihr leistet – ungewollt, hofft ihr immer noch! – mit eurer „Ausstiegs“- und „Abkehr“-Polemik gegen den KB für diese Isolierungs-Strategen Flankenschutz: Nicht sie isolieren also den KB, sondern der KB will sich selbst isolieren. Wir vermuten, daß ihr den darin liegenden Zynismus schon gar nicht mehr bemerkt.

Bunt ist immer noch mehr als grün

Aus eurer Überschätzung der Grünen Partei (sie sei „die Massenbewegung“, der Ort des „Protestpotentials“) ergibt sich durchaus logisch eure Geringschätzung der Bunten und Alternativen Listen.

Ihr schreit „Spaltung“ und „Diffamierung“, sobald dieser Punkt von uns angesprochen wird. Ihr versteht euch selbstverständlich nach wie vor als Teil der Bunten/Alternativen Listen, nur daß ihr eben gleichzeitig auch Mitglieder in der Grünen Partei seid. Euch deswegen anzugreifen, wäre in der Tat ungerecht und dumm. Die Frage, die sich stellt und auf die ihr in der Praxis antworten müßt, ist diese: Wo habt ihr euer „Standbein“ und wo euer „Spielbein“? Seid ihr Kommunisten und Bunte/Alternative, die aus taktischen Überlegungen auch in der Grünen Partei Mitglied geworden sind, um über die Grüne Partei soviel bunt/alternative Politik wie möglich durchzusetzen? Oder seid ihr nur noch „nebenbei“ Mitglieder der Bunten/Alternativen Listen, habt aber euren Schwerpunkt in der Grünen Partei angelegt? Und: Seid ihr zumindest noch bereit, an der Entwicklung einer autonomen bunt/alternativen Politik auch zum Zweck der Einflußnahme auf die Grüne Partei mitzuarbeiten und eine solche autonome Politik mitzutragen?

Eure offizielle Antwort hierauf kennen wir: Ihr seid selbstverständlich in allererster Linie Bunte/Alternative, und wer das kritisch hinterfragt, will euch diffamieren.

Eure praktischen Antworten jedoch sehen ganz anders aus: – Unter euren gesamten durchaus zahlreichen Veröffentlichungen

findet sich keine, die sich zu den Möglichkeiten einer bunt/alternativen Zusammenarbeit und einer bunt/alternativen Gegenstrategie gegen die grünen Macher äußert. Eure gesamten Veröffentlichungen zielen lediglich darauf ab, Bunte/Alternative zum Eintritt in die Grüne Partei zu bewegen und sie von „maximalistischen“ Ansichten und Forderungen abzubringen.

– In der Praxis bemüht ihr euch nicht um eine engere Zusammenarbeit Bunter und Alternativer Listen ausserhalb der Grünen Partei, sondern sabotiert eine solche Zusammenarbeit bzw. die Ansätze dazu in zwischen ganz offen.

Ihr habt hinter den Kulissen bereits vor dem Frankfurter Beratungskongreß der Bunten/Alternativen und linken Grünen (14. – 16.12.79) mit euren neuen Freunden intrigiert, um diesen Kongreß zu verhindern bzw. seine inhaltliche Aufgabenstellung entscheidend zu verändern.

Ihr habt eure Aktivität in diesem Sinne vor dem Treffen in Münster noch erheblich intensiviert und seid sogar – offenbar in Verkennung der realen Verhältnisse – ganz öffentlich gegen dieses Treffen angegangen. In Hamburg habt ihr – als BuLi-Funktionäre oder BI-Mitglieder firmiert – eine Stellungnahme gegen das Münsteraner Treffen initiiert, von deren 9 Erstunterzeichnern 6 eurer Gruppe angehören. Ihr habt vor dem Treffen das Gerücht verbreitet – offenbar wieder in bewährter Zusammenarbeit mit euren neuen Freunden – daß in Münster sowieso nur der KB „und sein Umfeld“ sein würden. Ihr seid dementsprechend nur mit zwei Genossen in Münster vertreten gewesen, als „Beobachter“, wie ihr sagtet. Vorsichtshalber gabt ihr schon vorher bekannt, daß Beschlüsse oder Meinungs-bilder des Treffens in Münster für euch keine Bedeutung haben würden.

Es könnte immerhin sein, daß ihr durch die realen Verhältnisse ge-

bildet des Treffens in Münster für

euch keine Bedeutung haben würden. Es könnte immerhin sein, daß ihr durch die realen Verhältnisse nun gezwungen werdet, euch der bunt/alternativen Zusammenarbeit doch etwas stärker als bisher zuzuwenden. Solange ihr aber eure destruktive und defätistische Haltung zu einer solchen Zusammenarbeit nicht ändert, ist von euch kein positiver Beitrag hierzu zu erhoffen.

Jü. (ehem. ZL) hat sich in eurer Wahl-Broschüre in starken Worten über unsere „Unterstellung“ empört, ihr würdet eine bunt/alternative „Blockbildung“ außerhalb der Grünen Partei derzeit für „irrelevant bzw. sogar hemmend“ halten. (S. 14). Mag sogar sein, daß er subjektiv diese Kritik an euren Vorstellungen wirklich als Unterstellung empfunden hat. Die Frage ist aber: Falls ihr eine solche Zusammenarbeit nicht für „irrelevant bzw. sogar hemmend“ haltet, warum zum Teufel habt ihr dann bisher alle Ansätze zu einer solchen Zusammenarbeit boykottiert? Warum habt ihr nicht wenigstens eigene Vorschläge zur Diskussion gestellt, falls euch die bisherigen Wege ungeeignet erscheinen?

Eine solche Zusammenarbeit wäre nicht nur nötig als Gegengewicht für einen autonomen bunt/alternativen Wahlkampf zum Bundestag, sondern auch überlebenswichtig für die kommunalen Bunten/Alternativen Listen. Denn gelingt eine solche Zusammenarbeit, die längerfristig unserer Meinung nach zur Bildung eines „Dachverbandes“ führen sollte, nicht, so hätten es die kommunalen Listen sehr schwer, sich gegen eine stark auftretende, bundesweit zentralisierte Grüne Partei zu behaupten.

Pluralismus und Demokratie gehen gut zusammen!

Die Lage in der Bunten Liste Hamburg ist wieder einmal Gegenstand munterer Legendenbildung: Der KB majorisiert, der KB spaltet, der KB will die Mitglieder der Grünen Partei aus der Bunten Liste hinausdrängen usw. usf. Neu sind nicht diese Legenden, die die Bunte Liste seit ihren Anfängen begleitet haben. Neu ist aber, daß ihr, als ehemalige Mitglieder des KB, heute zu Stichwortgebern dieser Legendenbildung geworden seid. Eure Gruppe hat sich zur führenden Legenden- und Gerüchte-Börse entwickelt (siehe z.B. Berichterstattung in TAZ und

NEUE); wahrscheinlich seid ihr auch noch töricht genug, diese Tatsache eurer „geschickten Bündnispolitik“ zuzuschreiben.

Das Problem liegt aber nicht darin, daß wir den Pluralismus in der Bunten Liste in Frage stellen, sondern daß ihr und andere BuLi-Grüne mit demokratischen Prinzipien nicht mehr viel am Hut habt.

Der Konflikt begann im November 79 damit, daß mehrere in die Grüne Partei eingetretene Mitglieder des BuLi-Vorstandes über den BuLi-Verteiler einen Brief verschickten, mit dem sie zum sofortigen Eintritt in die Grüne Partei – noch vor dem Frankfurter Beratungskongreß – aufriefen. Kurz zuvor war auf der BuLi-MV (19.11.) mit sehr großer Mehrheit (übrigens auch mit euren Stimmen!) beschlossen worden, vorerst noch nicht „massenhaft“ in die Grüne Partei einzutreten, sondern zumindest das Frankfurter Treffen abzuwarten.

Unsere Meinung dazu ist sehr einfach und entspricht voll und ganz den Prinzipien einer „alternativen“ Partei: Der Vorstand ist an den Willen der Mitglieder gebunden und den Mitgliedern rechenschaftspflichtig. Vorstandsmitglieder, die statt des Mitgliederwillens lieber ihre persönlichen Ansichten vertreten möchten, sollten anständigerweise ihre Funktionen niederlegen. Andernfalls sollten sie abgewählt werden. Wir haben Ärger genug gehabt mit einem Holger Strohm, der mit dem Titel eines „ehemaligen Spitzenkandidaten der Bunten Liste“ monatelang Veranstaltungen und Interviews bestritt, in denen er nichts anderes als seine eigene Meinung vertrat. Es gibt bekanntermaßen in der Linken Leute, die gerade diese freischwebenden Gurus ohne Mandat für den höchsten Ausdruck demokratischer Verhältnisse halten. Ihr gehört nicht dazu und sind, ehrlich gesagt, auch etwas verblüfft, euch heute in dieser Gesellschaft zu sehen.

Mit der Erklärung der Eimsbüttler BuLi-Abgeordneten habt ihr eure Abkehr von demokratischen Prinzipien weitergeführt. Dort wird im Voraus angekündigt, daß man nicht bereit sein werde, sich an nicht genehmte BuLi-Beschlüsse zu halten, mit einem nicht genehmten BuLi-Vorstand zusammenzuarbeiten usw., wobei jetzt schon klar ist, daß ihr je-

mit einem nicht genehmten BuLi-Vorstand zusammenzuarbeiten usw., wobei jetzt schon klar ist, daß ihr jeden euch nicht passenden BuLi-Beschluß als „KB-majorisiert“ diffamieren werdet. In diesem Sinne konntet ihr in der Bunten Liste auch offen ankündigen, daß euch Beschlüsse der BuLi-MV zum Treffen in Münster ganz egal sind, weil ihr auf gar keinen Fall nach Münster fahren würdet.

Soweit also euer Demokratie-Verständnis. Vielleicht erinnert ihr euch trotzdem noch an das Stichwort „Imperatives Mandat“ – eine traditionelle Forderung der Linken, zeitweise sogar der Jusos in der SPD. Selbstverständlich muß von einer „alternativen“ Partei in besonderer Weise erwartet werden, daß sie hier positiv-exemplarische Maßstäbe setzt, statt bürgerliche Partei-Strukturen zu reproduzieren. Ihr habt das sagenhafte „Verdienst“, als erste vorbeugend bekanntgegeben zu haben, daß für euch als Funktionsträger oder Abgeordnete einer „alternativen“ Partei der Mitgliederwille nicht mehr zählt, sobald er nicht mehr eurem Willen entspricht. Soweit sind unseres Wissens mit dieser Offenheit noch keine Grünen gegangen.

Es ist durchaus denkbar, daß zukünftige Abgeordnete der Grünen Partei im Parlament ihre Privatpolitik machen würden, mit dem Argument, daß die Mitglieder sowieso „kommunistisch majorisiert“ seien. Solche grünen Abgeordneten würden sich dann auf das von euch in Hamburg gesetzte Beispiel berufen können!

Ist es, in diesem Zusammenhang, eigentlich Zufall, daß anscheinend die Frage des „Imperativen Mandats“ in der Grünen Partei, also die Verpflichtung möglicher grüner Abgeordneter auf den Basis-Willen, in euren gesamten Stellungnahmen zur Wahlbewegung keine Rolle spielt? Wäre es nicht, gerade angesichts der mehrfach demonstrierten Schlitzohrigkeit und der z.T. durchaus nicht so fortschrittlichen Anschauungen mancher grüner Macher dringend geboten, alle Kandidaten der Grünen Partei auf ein „Imperatives Mandat“ zu verpflichten?

Wohin geht eure Gruppe?

In Thesen-Form wollen wir hier einige Überlegungen zur Situation eurer Gruppe und ihren Entwicklungsmöglichkeiten vorstellen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 52

Bewegung 2. Juni

Die Welt wie wir sie sehen!

Gegen Einseitigkeit und Dogmatismus!

1. Ihr steht nach eurer Trennung vom KB in der Schwierigkeit, für eure Existenz als autonome Organisation einen politischen Platz im Spektrum der Linken zu finden. Dieser Platz wird zwangsläufig – aufgrund eures Entstehens durch Trennung vom KB – wesentlich durch eine negative Abgrenzung zum KB bestimmt sein müssen. Ihr hättet die Möglichkeit gehabt, diese Negativ-Abgrenzung zum KB nach „links“ hin vorzunehmen, also entsprechend eurem ursprünglichen Einstieg in die Debatte: Lenins letztes Aufgebot kontra total versumpfte und utopisierte Organisations- und LG-Mehrheit. Offenbar war es auch aber bewußt, daß ihr mit einer solchen Orientierung euren einzigen relevanten Praxis-Ansatz (Wahlbewegung) nicht hätten halten können. Ihr habt euch folglich gegenüber dem KB auf eine Abgrenzung nach rechts eingelassen.

2. Diese Abgrenzung entwickelt nun ihre eigene Dynamik. Ihr seid in die Liquidierungskampagne gegen die K-Gruppen als kompetenter Kronzeuge gegen den KB eingestiegen und müßt dieser Rolle nun durch weitere Lieferung von Legenden, „KB-Internas“ usw. gerecht werden, wenn ihr bei euren neuen Freunden im Geschäft bleiben wollt. Während ihr euch noch in dem Glauben sonnt, eine „ideologisch gefestigte Gruppe“ zu sein, paßt ihr euch schon unversehens dem Jargon eures neuen Bezugfeldes an, spricht z.B. von „vorwärtiger linksradikaler Ecke“, wenn ihr den KB meint (l., ehem. ZL, auf einer Grünen-Versammlung) usw.

3. Obwohl ihr mit ca. 150 – 200 Mitgliedern und Sympathisanten eine gar nicht so kleine Organisation seid – wahrscheinlich größer als z.B. die trotzkistischen Gruppen – habt ihr eure Praxis nahezu total auf die Grüne Partei reduziert. Weder zu anderen Bewegungen (Frauen, Antifa) noch zu zentralen politischen Fragen (z.B. Kriegsgefahr, NATO-Aufmarsch in Mittelost usw.) könnt ihr derzeit politisch eingreifen. Dies, wie gesagt, nicht wegen einer zu geringen Zahl von Aktivisten oder des Fehlens fähiger Kader, sondern wegen der Selbstreduzierung eurer Politik auf Beeinflussung der Grünen Partei. Diese Selbstreduzierung wiederum verschärft aber euer Problem, einen autonomen politischen Platz im linken Spektrum für euch zu erobern und zu behaupten.

4. Ein Fehlschlag der Grünen Partei würde die totale Investition, die ihr dort an Personen, Arbeitskraft und politischen Festlegungen eingesetzt habt, zunichte machen. Kaum jemand anders in der Linken ist deshalb so auf das Gedeihen dieser Partei angewiesen – und damit letztlich auch erpressbar – wie eure Gruppe. Eure Rechnung kann aber nur aufgehen, wenn es gelingt, die Grüne Partei für möglichst viele Linke

angewiesen – und damit letztlich auch erpressbar – wie eure Gruppe. Eure Rechnung kann aber nur aufgehen, wenn es gelingt, die Grüne Partei für möglichst viele Linke „attraktiv“ zu machen (das ist euer eigener Ausdruck), um zum einen das innere Kräfteverhältnis in der Grünen Partei nach links zu verschieben und zum anderen die Wahlchancen der Partei zu verbessern. Ihr seid aber, was die „objektive“ Attraktivität dieser Partei angeht, durch die realen Verhältnisse dieser Partei gebunden, die nun einmal sooo unheimlich attraktiv nicht sind. Hierdurch kommt ihr in das Dilemma, wider besseres Wissen die Situation in der Grünen Partei (UVB-Beschlüsse, Programm-Diskussion usw.) verharmlosen und beschönigen zu müssen, statt als schärfste Opposition zu den grünen Machern aufzutreten. Auf diese Weise korrumpiert ihr eure eigene politische Moral und werdet mehr und mehr zu nützlichen Idioten der grünen Macher.

Wir haben euch bereits bei eurer Trennung vom KB im Dezember vorigen Jahres vor der Gefahr gewarnt, daß ihr in die Rolle von „Kronzeugen“ gegen den KB hineinwachsen könntet. Wir wiederholen nun diesen Aufruf an euch. Wir fordern euch dringend auf, mit einer Praxis Schluß zu machen, die nicht nur auf maximale Schädigung des KB abzielt, sondern die sich in die Liquidierungskampagne gegen die K-Gruppen (und letztlich die gesamte organisierte sozialistische Linke) einreihet, die sich also in letzter Konsequenz auch gegen euch selbst richten muß. Ihr hättet, wenn ihr so weitermacht, keine Chance, zur Entwicklung kommunistischer Politik in diesem Land beizutragen, sondern würdet zwangsläufig zu Verrätern werden an dem, für das ihr und wir gemeinsam seit teilweise 10 Jahren gearbeitet und gekämpft haben.

Mit solidarischen Grüßen

LG des KB, 9.2.80

Nachfolgend wollen wir einen Text von Teilen der Stadtguerilla-Gruppe „Bewegung 2. Juni“, die derzeit in Westberlin im „Lorenz-Drenckmann-Prozess“ vor Gericht steht, zur Diskussion stellen. Wir wollen damit versuchen, im AK nicht nur die unterschiedlichen Positionen der legalen Linken und des grünen Spektrums vorzustellen und zu diskutieren, sondern auch die unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen, die innerhalb der „bewaffneten Linken“ existieren, bekannt machen.

Im ersten Teil des nachfolgenden Textes nehmen die Genossen Bezug auf ihr RGO (Revolutionäre Guerilla Opposition)-Papier, das im Januar 1978 beim Westberliner Tunix-Kongress verlesen wurde. Darin wurde zur Zersplitterung der Linken, Widersprüchen innerhalb der Linken, „Marsch durch die Institutionen“, reformistischen und pseudo-revolutionären Vorstellungen zur Funktion des bürgerlichen Staates, zum alltäglichen Widerstandsverhalten, zur Frage der Gewalt und den Aufgaben der Linken Stellung genommen. Außerdem beinhaltete das RGO-Papier eine scharfe Kritik und Selbstkritik zum Konzept der RAF.

Gerade heute, wo breite Teile der Linken in einem opportunistischen „Sog“ zu den „Grünen“ die Ergebnisse jahrelanger Kämpfer-

Der Dogmatismus und die Einseitigkeit sind mit die Hauptübel, die eine Einheit der Linken (gerade in der BRD) verhindern. In einer Zeit aber, wo sich alles aufrafft, die Spaltung der Linken zu überwinden, wo viele Genossen nicht mehr ausschließlich das Trennende aufwerfen, sondern das Gemeinsame suchen, wollen wir auch einen Beitrag zum Gemeinsamen leisten.

Einige Punkte, die wir ansprechen, werden wieder sämtliche Schubladen aufspringen lassen, in die wir dann gepackt werden. Denn es sind Themen, die gerade die sogenannten „Linksradikalen“ verschrecken und leider allzuoft nicht diskutiert, sondern mit oberflächlichen Sprüchen abgetan werden. Schon wenn die Wörter „Wahlen“, „bürgerliche Demokratie“ oder „Reform“ fallen, ist kaum noch eine gründliche Diskussion möglich. Es ist dann kaum noch möglich, die Zusammenhänge zu diskutieren; die Zusammenhänge, um daraus vielleicht eine Taktik zu entwickeln. Nun ein Sponti sagt vielleicht, ich bin spontan, was brauch ich eine Taktik und der Dogmatiker sagt, ich hab die Taktik, was brauch ich noch entwickeln.

Keiner von beiden wird je den Dingen auf den Grund kommen, beiden ist die Dialektik zuwider. Beide werden aber auch mehr Frust auf ihrer Seite haben und weniger Erfolge, denn beide sind nicht in der Lage, über den Rand ihrer Suppenschüssel zu gucken. Spontanität schließt Taktik nicht aus, Dogmatismus kann sich keiner leisten.

Uns ist die Undifferenziertheit der Genossen – nach dem RGO-Papier von einigen aus der Bewegung 2. Juni zum Tunixtreffen – noch mal aufgefallen.

Die von uns kritisierten Instituts-marschierer waren empört, beleidigt, weil sie sich ja nicht alle haben kaufen lassen, ebenso die Lehrer. Die Jugendlichen wiesen die Kritik von sich, schließlich gibt es ja noch 2/3 selbstverwaltete Jugendzentren (häuser).

Die Kritik, das Papier sei in seiner Einschätzung der Linken und der Arbeitslosen zu optimistisch, den Eindruck haben wir nicht, wir sagen aber allerdings auch, daß Pessimismus in der Einschätzung der politischen Arbeit nur Resignation verbreitet und dem Kampf abträglich ist und deshalb nicht statthaft!

Die Kritik, daß das Papier zu pauschal sei, ist richtig, wir hätten auf alles mehr eingehen müssen, dazu waren aber die Bedingungen zu schlecht. Wir haben trotz der schlechten Bedingungen das Papier zu Tunix gebracht. Wir sind nämlich nicht der Meinung, daß sich bei Tunix nur Tunix getroffen haben, sondern sind der Meinung, die Leute haben sich getroffen, um die Isolation zu durchbrechen, um sich neu zu orientieren und das ist gut, allemal.

Und wenn einige Genossen sagen, bei Tunix waren 90% Verweigerer, keine Kämpfer, dann sollen sie gefälligst mal zurückdenken. Wo kommen wir denn in der Mehrheit her? Natürlich über die Verweigerung, über zerschlagene Waldbühnen, über Gammler-, Hippie- und Yippiebewegung. Wir billigen den Leuten, die sich bei Tunix getroffen haben, die gleiche Entwicklung zu, die wir selbst gemacht haben.

Die Bewegung ist nur so orientierungslos, wie wir selbst es sind. Wir

sind Teil der Bewegung und jedes Geschimpfe von uns auf die Linke (Bewegung), ist ein Geschimpfe auf uns selbst. Das eigene Geschimpfe auf die Linke muss viel weniger als Kritik, sondern viel mehr als Selbstkritik verstanden werden. Und als Teil der Bewegung ist es unsere Aufgabe, aus Verweigerern bewußte Kämpfer zu machen; es ist unsere Aufgabe unsere eigenen Erfahrungen zu vermitteln (auch und gerade unsere Fehler), um den Leuten eine Orientierung zu vermitteln. Nicht eine Orientierung an neuen Autoritäten, sondern eine Orientierung an den politischen Aufgaben, innerhalb derer sich eine emanzipierte und selbständige (Bewegung?) entwickelt.

Das darf nun aber nicht so verstanden werden, daß wir, die „Avantgarde“ ankomen und allen unsere Gedankengänge aufdrängen. Vielmehr müssen wir unser Mehrwissen, unsere Erkenntnisse von Zusammenhängen in die Diskussion einbringen und zu vermitteln versuchen.

Mehrwissen, mehr Erfahrungen darf nicht zu der sattem bekannten Arroganz und dem stinkenden Avantgarddunkel verleiten, der den Anspruch auf Besserwisserei und Führungsrolle stellt. Bewußte Kämpfer kann man nicht nur durch Vermitteln von Zusammenhängen entwickeln, auch indem man bereit ist, auf die Bedürfnisse der direkt Betroffenen einzugehen und noch mehr bereit ist, auch selbst deren Erkenntnisse, deren Wissen lernend aufzunehmen.

Denn es kann nicht unser Ziel sein, fernen einzugehen und noch mehr bereit ist, auch selbst deren Erkenntnisse, deren Wissen lernend aufzunehmen.

Denn es kann nicht unser Ziel sein, durch unser Mehrwissen die politischen Aufgaben abzustecken und dann Menschen hinter diesen Aufgaben zu hetzen. Einer, der Mehrwissen hat und der eine emanzipierte und selbständige Bewegung anstrebt, wird mit den direkt Betroffenen (was nicht unbedingt ausschließt, daß man selbst Betroffener ist), die politischen Aufgaben abstecken. Er weiß, daß durch das gegenseitige Lernen, durch das gemeinsame Entwickeln und Abstecken der politischen Aufgaben der Lernprozess stattfindet, der nötig ist, damit sich eine emanzipierte Bewegung entwickelt.

Etwas hat uns an den Kritiken an dem Tunixpapier schon erstaunt, wir haben bei allen Kritikern etwas Gemeinsames entdeckt. Erstaunlich: die Linke hat was gemeinsam (ähem), sie haben fast alle nur „ihren“ Abschnitt gelesen (?), jedenfalls hat es kaum einer gebracht, auf das ganze Papier einzugehen. Warum, weil es viel zu wenige bringen, über ihren Schüsselrand zu gucken, jeder wurschtelt in seinem Sumpf, interessiert sich nicht (oder kaum) für die politische Arbeit anderer Genossen, am besten man distanzisiert sich noch. Diese politische Einseitigkeit, von der die ganze Linke befallen ist, hat in der politischen Arbeit natürlich Folgen. Sie führt zum Dogmatismus und zum Sektierertum und nützt nur dem Feind.

Meist wird das auch noch mit Autonomismus verteidigt. Autonom erarbeitete Positionen taugen aber nur dann etwas, wenn sie allen zur Diskussion gestellt werden, sich immer von anderen Gruppen oder Genossen in Frage stellen lassen, wenn ihre gesamt-politischen Zusammenhänge analysiert und klargemacht werden.

Wir alle müssen lernen, unsere Einseitigkeit und Oberflächlichkeit beim Herangehen an unsere politische Praxis abzulegen und sie durch eine größtmögliche Vielseitigkeit ersetzen. Es

gibt ja nicht nur uns, es gibt den Feind, Widersprüche unter uns, Widersprüche unter den Kapitalfraktionen, Widersprüche zwischen der Sowjetunion und China, Widersprüche zwischen der EG und Amerika usw.

Einseitig wäre, unter all diesen Widersprüchen keinen Unterschied zu entdecken. Vielseitigkeit heißt zu erkennen, daß verschiedene Widersprüche auch mit verschiedenen Methoden gelöst werden müssen. Die Widersprüche unter uns müssen mit Diskussionen, Kritik, Selbstkritik und Einsicht gelöst werden.

Die Widersprüche dem Feind gegenüber können nur im Kampf gelöst werden. Wobei es einseitig wäre, ausschließlich nur den bewaffneten Kampf zu propagieren, bzw. anzuwenden. Vielseitigkeit ist, jede Form des Kampfes anzuwenden (Streik, Demo, bewaffneter Kampf).

In allem müssen wir uns dialektisch verhalten, d.h. wir müssen begreifen, daß man nichts voneinander trennen kann. Zum Beispiel können wir nicht unseren gemeinsamen Kampf vom Einzelnen (autonom) trennen. Genauso wenig können wir den einzelnen Kampf (Streik, Demo, bewaffneter Kampf) vom gemeinsamen Kampf (Revolution) trennen.

Das Gemeinsame kann es nur durch das Einzelne geben, das Einzelne kann aber nur durch das Gemeinsame überleben.

Wenn wir das begriffen haben, dann werden die Einseitigkeit und der Dogmatismus der Vergangenheit angehört, dann werden alle Gruppen gleichberechtigt mit und neben-

Wenn wir das begriffen haben, dann werden die Einseitigkeit und der Dogmatismus der Vergangenheit angehört, dann werden alle Gruppen gleichberechtigt mit und neben-

Ein Beispiel ist z.Zt. der Kampf der Buntten, KPD, HU usw. für die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie. Er wird natürlich von den meisten Spontis abgelehnt. Dabei müßten wir diesen Kampf unterstützen, zu unserem machen UND ZWAR NICHT, UM DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE ZU ERHALTEN, also der Festigung des jetzigen Zustandes, sondern um sie zu erobern, eine neue Demokratie (eine sozialistische) zu erkämpfen.

Die Bourgeoisie ist der Demokratie überdrüssig, sie ist ihr angesichts der Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise hinderlich in der Ausübung der Macht, hinderlich bei der Unterdrückung. Damit wird die Demokratie aber für uns notwendig. Der Kampf um die Demokratie ist der erste Schritt, die präventive Konterrevolution zu stoppen. Natürlich muß der Kampf für die Demokratie als Sprungbrett zur Vernichtung der Bourgeoisie verstanden werden, muß als Kampf der Umwandlung von einer bürgerlichen in eine sozialistische Demokratie verstanden werden. Als ein Kampf, in dem sich ein Bewußtseinsprozess der unterdrückten Klassen entwickelt, nämlich der, daß die Menschen politische Formen schaffen (wie Selbstverwaltung) und darin lernen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, um sich zu emanzipieren.

Den Kampf um die Demokratie abzulehnen, hieße politisch blind, einseitig sein. Den Kampf ausschließlich für die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie führen, ohne zu kapieren, daß der Kampf für die Demokratie die Revolution nicht überflüssig, sondern notwendig macht, ist reinster Revisionismus. Letztlich kann es ohne die Beseitigung der Bourgeoisie keine sozialistische Demokratie geben.

Es kann aber auch keine sozialistische Demokratie geben, wenn wir den Kampf um die Demokratie nicht führen wollen. Wie sollen wir etwas erobern, um das wir – aus was für Gründen auch immer – nicht kämpfen wollen?

Und wenn es einigen ausschließlich um die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie geht, so sind sie im Kampf um die Demokratie unsere Bündnispartner, die wir brauchen und nicht verstoßen dürfen. Denn in diesem Kampf werden immer mehr Menschen auf den Geschmack der Demokratie (sich Freiheit) kommen und mehr als nur die Erhaltung fordern. Sie werden bei der Eroberung und Anwendung der Demokratie diese benutzen, um alle faschistischen und auch stalinistischen Machtansprüche abzuschmettern.

Es geht doch im Kampf um die Demokratie darum, sich Freiräume zu erkämpfen, Freiräume als Begriff des freien Aufmarschgebietes, um von diesem Freiraum aus den nächsten, größeren zu erobern. Wir wollen von unten massenhaft in die Produktionsverhältnisse eingreifen. Erst ein Jugendhaus, dann eine Fabrik, dann einen Stadtteil, eine Stadt usw., usw.

Daß das Wort Freiraum zum Schimpfwort degradiert wurde, liegt zumeist daran, daß einige Genossen die erkämpften (oder geschenkten) Freiräume nicht erweitern wollen, sondern sie als Altersheim betrachten. Umso weniger neue Freiräume wir fordern, umso mehr alte werden uns wieder genommen. Nicht das angepasste Leben alternativ in einem Altersheim, sondern sie als Altersheim betrachten. Umso weniger neue Freiräume wir fordern, umso mehr alte werden uns wieder genommen. Nicht das angepasste Leben alternativ in einem Freiraum erhält diesen als Ausgangspunkt neuer Kampf- und Lebensformen, sondern der permanente Kampf um neue Freiräume.

Und wenn wir den Kampf um Freiräume nur deshalb nicht führen wollen, weil heute noch viele Genossen diese als Spielweise, Altersheim oder sonstwas benutzen, dann ist mit unserer eigenen revolutionären Identität und vor allen Dingen unserer revolutionären Geduld etwas nicht in Ordnung.

Das iranische Volk hat die Friedhöfe als Freiraum erkämpft und benutzt, um von da aus die Straßen zu erkämpfen, bis auch die Straßen erkämpft waren und nur noch die Macht gestürzt werden brauchte.

Nicht die Demokratie, Reformen oder die Freiräume sind schlecht, sondern das politische Bewußtsein läßt uns mit diesen Begriffen falsch umgehen. Meist ist es DIE Resignation, der Horror vor den alltäglichen Problemen, die der Kampf darum mit sich bringt, die uns dann politisch rationale oder superrevolutionäre Argumente vorbringen läßt.

Genauso verhält es sich mit Reformen. Wir lehnen keine Reformen ab, die uns nutzen. Im Gegenteil, wir unterstützen sie. Mit jeder Reform die uns nutzt haben wir mehr Spielraum, sind wir politisch erstarkt.

Was wir ablehnen, ist der Reformismus, weil er die Rechnung ohne die Bourgeoisie macht und deshalb nie die Bourgeoisie beseitigen kann (will)! Beseitigen kann man die Bourgeoisie nur durch eine Revolution, mit Gewalt, nie aber weg-reformieren. Rosa Luxemburg: „Die gesetzliche Reform und die Revolution sind nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüffet nach Belieben wie heiße oder kalte Würstchen auswählen kann,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 53

sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander bedingen und ergänzen, zugleich aber ausschließen, wie z.B. Süd- und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat!"

Für die Situation in der BRD sind die Momente noch so verteilt, daß wir den Kampf für Reformen nicht ablehnen können, da es heute ein Kampf um die Emanzipation und die Entwicklung des politischen Bewußtseins ist. So ist der Kampf für Reformen, wie z.B. den § 218, immer Teil der Emanzipation der Menschen. Es ist dabei nebensächlich, daß erstmal, gerade beim § 218, der Kampf durch eine Teilreform zeitweilig abgeblockt wurde. Viel wichtiger ist doch, daß sich vorher z.T. völlig unpolitische Frauen an dem Kampf beteiligt haben, gelernt haben, eine Sache gemeinsam anzugehen. Gelernt haben, wie man Demos organisiert, Flugblätter schreibt, druckt und verteilt, Parolen malt und auch, wie man Anschläge durchführt. Es ist doch ungeheuer wichtig, wie Menschen über Kampagnen politisch bewußter werden und Erfahrungen sammeln, die z.B. die Frauen nicht gemacht hätten, wenn sie den § 218 nur den Parteien überlassen hätten.

Wer den Kampf für gesetzliche Reform heute ablehnt (ohne das dialektische Verhältnis zur Revolution zu verstehen), ist entweder einseitig, oder er hat nie vor, mit emanzipierten Menschen zu kämpfen. Er hat vor, neue Herrschaftsstrukturen zu errichten. Wer nur für die gesetzliche Reform kämpft, hat Angst vor der Umwälzung, hat Angst, daß die alte Klasse abgesetzt wird.

Reformen sind nicht, wie viele glauben, ausschließlich ein Geschenk der Bourgeoisie an die beherrschte Klasse, sondern Ausdruck der ökonomischen Lage und des wachsenden Kampfes der beherrschten Klasse gegen die Bourgeoisie. Wenn die Bourgeoisie Reformen abbaut, dann ist das ihre Angst, die sie vor den Unterdrückten hat. Baut sie Reformen ab, dann werden sie für uns notwendig.

Das bis jetzt noch die gesetzliche Reform als Zuckerbrot benutzt wird, um den revolutionären Inhalt eines Kampfes um Reformen anzubrechen, liegt doch mehr am gesamt en Bewußtseinsstand derjenigen, die in der BRD heute kämpfen.

Natürlich schwächt eine erfolgreich erkämpfte Reform erstmal den revolutionären Elan, viele sind mit dem Erreichten zufrieden, neue Probleme der Organisation treten auf usw.

Aber das alles sind doch Lernprozesse, ohne die es keine politische Bewußtseinsbildung gibt. Es sind Lernprozesse, die uns von dem rebellischen Charakter unseres Kampfes wegbringen, hin zum revolutionären Charakter.

Jeder, der erstmal anfängt, sich zu wehren, ist rebellisch. Er will das verändern, was ihm stinkt, im Wege steht, was er direkt bzw. (indirekt?) spürt. Ob ein rebellischer Charakter bellischen Charakter unseres Kampfes wegbringen, hin zum revolutionären Charakter.

Jeder, der erstmal anfängt, sich zu wehren, ist rebellisch. Er will das verändern, was ihm stinkt, im Wege steht, was er direkt bzw. (indirekt?) spürt. Ob ein rebellischer Charakter revolutionär wird, liegt daran, ob er die Lernprozesse, die er durchmacht, so begreift, daß nicht nur gesellschaftliche Teilbereiche schlecht sind und verändert werden müssen, sondern das System im Ganzen schlecht ist und verändert werden muß. Allerdings reicht ein Begreifen allein nicht aus, man muß auch bereit sein, die Veränderung zu wollen und voranzutreiben.

Wer nur zur Rebellion bereit ist – und das ist man zuerst ja fast immer – wird sich auch eher mit Reformen abgeben lassen und zufrieden sein. Schon deshalb muß es unsere Aufgabe sein, die revolutionären Elemente einer Reform herauszustellen und aufzuzeigen, daß eine Reform allein noch keinen Sommer macht. Wir – die die Revolution wollen – müssen die Reform als Mittel des Agitations- und Emanzipationskampfes der Unterdrückten begreifen, als Mittel für die Revolution.

Die Frage dabei ist auch, wie weit kann das System überhaupt noch Reformen als Zuckerbrot künftig anbieten, ohne sich ökonomisch und politisch das Grab zu schaufeln.

Da die kapitalistische Krise keine großen Reformen mehr zuläßt, wird das System (da es Widerstand erwartet) im großen Stil Reformen abbauen, um uns dann wieder kleine Brocken davon als Beruhigungsmittel anzubieten. Wir wollen aber keine alten Knochen und dazu noch halb, wir wollen neue Knochen und die ganz, bis wir genug zusammenhaben, um eine gute Suppe zu kochen!

Genauso wenig lehnen wir den Kampf um das Recht auf Arbeit ab, weil das hauptsächlich ein Kampf um das Bewußtsein der Arbeitslosen ist. Natürlich ist es blödsinnig, für entfremdete kapitalistische Arbeit zu kämpfen und doch ist es gut. Das Recht auf Arbeit sagt Marx, sei die erste unbeholfene Formel, worin sich

die revolutionären Ansprüche des Proletariats zusammenfassen. Recht auf Arbeit beinhaltet unbewußt auch die Forderung nach Selbstbestimmung der Arbeit. Recht auf Arbeit ist im kapitalistischen Sinne ein Unding.

Wir müssen dahinkommen, jeden Kampf, der gegen das System oder ein Teil davon gerichtet ist, zu unterstützen, weil jeder Kampf ein Kampf um das Bewußtsein der Menschen ist. Wir sind Revolutionäre und keine Putschisten, wir wollen eine neue Gesellschaft und keinen Austausch des Unterdrückungsapparates, deshalb ist der Kampf um das Bewußtsein und die Emanzipation der Menschen heute schon vorrangig. Bewußtsein und Emanzipation entwickelt der Mensch nur im Kampf!

Die Dialektik von national und international

Wenn wir uns gegen die Einseitigkeit wenden, dann kommen wir an der aufgestellten These, daß nur international gekämpft werden darf, nicht vorbei. Diese Behauptung wirft mehrere Fragen auf, die beantwortet werden müssen. Erstens kann international überhaupt ohne national existieren? Nein, natürlich nicht. Es kann sich nichts zwischen den Nationen bewegen (austauschen) – was ja international heißt – wenn keine Nationen da wären ... International und national stehen im dialektischen Verhältnis zueinander, man kann beides nicht voneinander trennen.

Wenn aber international von national ausgeht, dann kann auch eine internationale Strategie nur von einer nationalen Strategie ausgehen. Wie ein Fluß ohne seine Quelle nicht fließen (existieren) kann, kann auch eine internationale Strategie, der internationalen Kampf, ohne seine nationale Quelle, den nationalen Kampf, nicht existieren.

Wir dürfen auf gar keinen Fall Form und Inhalt unseres Kampfes verwechseln. D.h., die Form unseres Kampfes ist national, der Inhalt aber international.

Das trifft gleichermaßen für die Weltrevolution zu. Selbst der Kampf der Kubaner in Angola ist von der Form her national (angolanisch), weil sich der Kampf nach den angolanischen Bedingungen richtet. Das hat nichts mit Nationalismus gemeinsam, sondern entspringt den in einzelnen Ländern verschiedenartig vor sich gegangenen gesellschaftlichen Widersprüchen. Wenn die Widersprüche aber in den einzelnen Ländern verschieden entwickelt sind (und das ist nicht zu leugnen), dann sind auch die Formen des Kampfes verschieden entwickelt, dann sind auch die Methoden und die Etappen des Kampfes verschieden.

Zu dieser uralten Diskussion sagt Mao: „Wer den internationalistischen Inhalt von der nationalen Form löst, der versteht nichts vom Internationalismus, wir jedoch müssen das eine mit dem anderen eng verbinden!“

Zu dieser uralten Diskussion sagt Mao: „Wer den internationalistischen Inhalt von der nationalen Form löst, der versteht nichts vom Internationalismus, wir jedoch müssen das eine mit dem anderen eng verbinden!“

Wer eine ausschließliche, internationale Strategie vertritt, versteht gerade deshalb nichts vom Internationalismus, weil er nichts von der nationalen Befreiung versteht. Das ist schon fast tragisch. Die zweite Frage, die eine internationale Strategie aufwirft, ist: Gibt es überhaupt eine nationale Befreiung? Ja, natürlich, gibt es eine nationale Befreiung. Wer das leugnet, setzt sich nach Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola usw. usw. nur noch dem Spott aus.

Die Frage ist weniger, ob es eine nationale Befreiung gibt, sondern wie sie aussieht, in was für einem Zusammenhang sie steht? Die nationale Befreiung in der 3. Welt verläuft in zwei Phasen, die erste Phase ist nationaldemokratisch und verläuft mit dem Ziel, durch antiimperialistischen Kampf national unabhängig zu werden und um dadurch die Möglichkeit zu erkämpfen, den Kapitalismus im eigenen Lande erst einmal aufzubauen und zu entwickeln. Wie die Entwicklung des Kapitalismus verläuft, hängt davon ab, ob die Revolution von sozialistischen oder bourgeois Kräften geführt wird. Jede nationaldemokratische Revolution durchläuft diese Phase der Revolution, ja sie ist die Bedingung, um die nächste Phase, die sozialistische Revolution durchzuführen. Die sozialistische Phase nennen die imperialistischen Staaten dann immer Säuberung.

Da heute der überwiegende Teil der revolutionären Bewegungen sozialistische Zielvorstellungen hat, sieht der aufzubauende Kapitalismus anders aus, als z.B. der deutsche, da er (der Kapitalismus) bereits in den Händen des Volkes liegt.

Wenn der Kapitalismus in den Händen des Volkes liegt, kann sich seine Produktivkraft nur im Interesse des Volkes und nicht für eine handvoll Blutsauger entwickeln. Wir glauben nicht daran, daß diese Länder die

Entwicklung des Kapitalismus einfach überspringen können. Es ist der dialektische Materialismus, der uns sagt, daß der Kapitalismus ja erst die Voraussetzung schafft, um die sozialistische Revolution einzuleiten.

Das ist, als ob einer ein mehrstöckiges Haus baut: Bevor er den 2. Stock baut, muß er erstmal den 1. Stock bauen. Er schafft sich mit dem ersten die Voraussetzung für den zweiten.

Wenn aber die antiimperialistischen Revolutionen nicht die nächste Phase, die sozialistische (antikapitalistische) Revolution einleiten, sondern ausschließlich antiimperialistisch bleiben, dann öffnen sie dem Imperialismus in einer neuen Form wieder Tür und Tor. Kenia war antiimperialistisch, hat aber bisher keine sozialistische Phase eingeleitet, warum? Weil es nur antiimperialistisch war, nie aber antikapitalistisch. Es hat den Imperialismus wieder reingelassen. So geht es jedem Land.

Obwohl diese Revolutionen ihrem Charakter nach bürgerlich (national) demokratisch sind, sind sie doch schon Bestandteil der proletarisch/sozialistischen Weltrevolution. Und zwar deshalb, weil sie den Imperialismus an seinen Wurzeln angreifen. Weil der Imperialismus (seine Ausbeutung) international ist und sich nur in der Form der Ausbeutung unterscheidet, ist jeder Kampf, der sich gegen den Imperialismus richtet, vom Inhalt her international!

Der Zusammenhang zwischen allen Revolutionen ist ihr internationaler Inhalt, ist ihr Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Der Zusammenhang ist ihr Bestandteil an der Weltrevolution.

Die Weltrevolution kann aber nur siegen, wenn das Proletariat der kapitalistischen Länder den Befreiungskampf der Völker der kolonialen und halbkolonialen Länder und das Proletariat der Kolonien und Halbkolonien den Befreiungskampf des Proletariats der kapitalistischen Länder unterstützt (sagt Lenin). D.h. nichts anderes, als daß der Kampf in der 3. Welt und der Kampf in den Industrienationen aufeinander angewiesen sind. Allerdings hat Lenin trotz des gegenseitigen Unterstützens (proletarischer Internationalismus), dem Proletariat in den Industrienationen, auf Grund der Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche im Inneren der imperialistischen Staaten, die Führung in der Weltrevolution zugesagt.

An dieser Stelle wollen wir uns mit der These auseinandersetzen, die besonders innerhalb der Guerillakämpfer. Nämlich die Behauptung, daß antiimperialistischer Kampf immer auch gleichzeitig antikapitalistischer Kampf ist. Nun, das ist eine Fehlanalyse. Die These ist weder für die Industrienationen und noch weniger für die sogenannte 3. Welt zutreffend.

Ein gutes Beispiel ist die Revolution im Iran. Die Revolution und Khomeini sind bis jetzt ausschließlich antiimperialistisch. Ist Khomeini deswegen schon antikapitalistisch? Natürlich nicht, der Widerstand gegen die imperialistischen Industrienationen und noch weniger für die sogenannte 3. Welt zutreffend.

Ein gutes Beispiel ist die Revolution im Iran. Die Revolution und Khomeini sind bis jetzt ausschließlich antiimperialistisch. Ist Khomeini deswegen schon antikapitalistisch? Natürlich nicht, der Widerstand gegen die imperialistischen Industrienationen und noch weniger für die sogenannte 3. Welt zutreffend.

Richtig ist, der Imperialismus kann ohne den Kapitalismus nicht existieren. Ist es aber umgekehrt genauso, kann der Kapitalismus ohne den Imperialismus nicht existieren? Beim oberflächlichen Betrachten kann man sagen, der Spätkapitalismus ist so abhängig von seiner imperialistischen Strategie, daß er ohne den Imperialismus zusammenbrechen würde. Aber oberflächlich wollen wir ja nicht sein. Kämpfen wir nur gegen den Imperialismus, dann kämpfen wir nur gegen die Wirkung und können ihm zwar zeitweilig Schlappen verpassen, aber wir können darüber nicht seine Ursache, den Kapitalismus beseitigen.

Der Kapitalismus verschwindet nämlich nicht automatisch durch den antiimperialistischen Kampf, sondern die Niederlagen im antiimperialistischen Kampf veranlassen den Kapitalismus, den Imperialismus umzustrukturieren und ihn in eine andere Form umzuwandeln.

Für die Völker der 3. Welt ist es – wie oben aufgezeigt – eine historische Notwendigkeit, erstmal ausschließlich antiimperialistisch zu sein und erst in der späteren Phase zum antikapitalistischen Kampf zu kommen. Für uns aber, in einem spätkapitalistischen Land, wo der Kapitalismus nicht mehr entwickelt werden muß, wo er überreif ist, wo wir den Imperialismus ein für alle mal beseitigen wollen, kann unser Kampf nur antikapitalistisch sein.

Für uns hier und heute, kann der antiimperialistische Kampf nur die allgemeine Seite des Widerspruchs sein;

die besondere Seite des Widerspruchs ist der antikapitalistische Kampf. Das Allgemeine am Widerspruch ist, daß der antiimperialistische Kampf den Imperialismus an seinen Wurzeln angreift. Das Besondere am Widerspruch ist, der antikapitalistische Kampf entzieht den Wurzeln den Boden und damit den Halt. Ohne Boden kann auch kein neuer imperialistische Keimling sprießen.

Die Wechselbeziehung von antiimperialistischem und antikapitalistischem Kampf aufeinander ist zu groß, als daß man sie voneinander trennen könnte. Bloß darf das nun nicht heißen, daß wir nicht differenzieren und rauskriegen, daß der antikapitalistische Kampf Vorrang hat, weil er sich an den Bedürfnissen der Menschen hier orientiert. Er berücksichtigt die gesellschaftlichen Bedingungen, die der Kampf hier hat und drückt die nationale Form aus.

Wenn ein Teil der Genossen aus der Guerilla sagt, die Linke ist heute so schwach und friedlich, weil sie (die Linke) sich nicht mehr am antiimperialistischen Inhalt des Kampfes orientiert, sie ihre Radikalität in dem Moment verloren hat, wo sie den antiimperialistischen Inhalt 1968/70 aufgab und sich auf die Basis (Stadtteile, Betriebe usw.) konzentrierte, dann sagen wir denen: Ihr habt die Dialektik nicht verstanden. Denn in dem Augenblick, wo sich die Linke zur Basis hin entwickelt hat, hat sie sich zum antikapitalistischen Kampf entschlossen. Sie hat sich damit vom ideellen Antimperialismus 1968 weg entwickelt, hin zum materiellen Antimperialismus, denn Antikapitalismus ist immer antiimperialistisch, auch wenn man die direkten Auswirkungen nicht gleich immer sehen kann.

Wer heute in der BRD die Aufnahme der 68er antiimperialistischen Elemente des Kampfes zum Hauptziel erklärt, der will nichts anderes als eine nostalgische Wiederholung der Rebellion. Der predigt den Idealismus und entfernt sich meilenweit von der marxistischen Erkenntnistheorie.

Wir wollen aber den Idealismus begraben und zum dialektischen Materialismus kommen, dazu kommen, die Zusammenhänge zu begreifen, um darüber die Lösung aller Widersprüche zu finden.

Wir konnten auch ehrlich gesagt nur die (für uns zu lange) Defensive der Linken feststellen. Wer aber sagt, sie sei nach 68/70 friedlich gewesen, der hat wohl den Häuserkampf, den Kampf um Jugendzentren und auch die Anti-AKW-Bewegung verschlafen. Und der verschläft auch die nächste Rebellion, die antikapitalistische, die der Frauen, der Arbeitslosen, der Umweltschützer usw.

Diese Rebellion wird für das System wesentlich gefährlicher als die 68er, denn sie ist antikapitalistisch (bewußt oder unbewußt) und stellt das System im Ganzen in Frage.

Daß z.B. dem größten Teil der Menschen, die in der Anti-AKW-Bewegung gegen die Atomkraftwerke

Diese Rebellion wird für das System wesentlich gefährlicher als die 68er, denn sie ist antikapitalistisch (bewußt oder unbewußt) und stellt das System im Ganzen in Frage.

Daß z.B. dem größten Teil der Menschen, die in der Anti-AKW-Bewegung gegen die Atomkraftwerke kämpfen, nicht bewußt ist, daß ihr Kampf antikapitalistisch ist, ist eine Tatsache. Doch darf das uns nicht davon abhalten, festzustellen, daß dieser Kampf antikapitalistisch ist.

Und das unbewußte Verhalten darf uns auch nicht dazu verleiten, den Kampf abzulehnen. Es muß uns anspornen, das Unbewußte bewußt zu machen. Es muß uns anspornen, damit die Menschen so bewußt werden, um jeden kapitalistischen Integrationsversuch von sich weisen zu können.

Der Widerstand gegen die AKWs hat mit dazu beigetragen, daß vielen Menschen die Umrisse eines sich abzeichnenden „Atomstaats“ BRD deutlicher wurden. Kein Flugblatt,

keine Broschüre – selbst wenn sie verständlich geschrieben wurden – konnte den betroffenen Menschen soviel von der Repression in der BRD klarmachen, wie die ständigen Observationen, Überprüfungen, Verprügelungen, die sie in der Nähe von AKWs miterlebt haben.

Die Menschen kämpfen gegen die AKWs, weil sie sich – nicht zuletzt durch Harrisburg – von den Dingen bedroht fühlen. Sie reagieren auf die Bedrohung, sehen dadurch oft nur, die Kraftwerke selbst, das Vordergründige, nicht den Hintergrund. Das Kapital, das die Dinger braucht, um die Verwertungskrise zu meistern (wie sie selbst glauben).

Aber obwohl sie nur das Vordergründige sehen, tun sie doch das Richtige. Durch den Kampf gegen die AKWs, wurde der Bau einiger AKWs verzögert bzw. behindert. Und genau mit der Behinderung bzw. Verzögerung behindern sie die Kapitalisten, ihr Kapital schneller gewinnbringend zu investieren. Kapital, das in einer Verwertungskrise steckt, kann es sich nicht leisten – will es nicht im Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte verschwinden – sich behindern lassen. Deswegen werden die Herren der Kapitalfraktion auch härter zurückgeschlagen und den Kampf gegen die Anti-AKW-Bewegung noch raffiniert und brutaler führen. Durch den antikapitalistischen Inhalt der Anti-AKW-Bewegung wird der Kampf polarisiert, wird zum Kampf gegen das System im Ganzen. Die Polarisierung läßt die Widersprüche zwischen kapitalistischer Verwertung und menschlichem Leben sichtbar werden. Der Widerspruch zwischen Ausbeutung und Ausgebeuteten wird wieder deutlicher.

Und wenn der Kampf an dieser Stelle angekommen ist, wenn den unbewußten Leuten diese Polarisierung sichtbar wird, dann wird es Zeit, unser Ziel in den Kampf einfließen zu lassen.

Nämlich die Abschaffung jeder Art der Ausbeutung, die ja erst ein menschliches Leben ermöglicht. Unser Ziel ist ja nicht nur das System in Frage zu stellen, sondern es zu beseitigen.

Nur denen, die der Anti-AKW-Bewegung heute nur deshalb noch nicht die Bedeutung schenken, die ihr zu steht, weil die Bewegung das System nur in Frage stellt und heute noch nicht beseitigen will, muß man gestehen: Wer etwas beseitigen will, muß es vorher erstmal in Frage stellen und der muß auch erstmal die Erfahrung machen, die ihn alles in Frage stellen läßt.

Die Taktik und Strategie unseres Kampfes werden wir an den Bedingungen in der BRD ausrichten, hier und heute also die nationale Form herausfinden und anwenden. Antiimperialistischer Kampf kann nicht heißen, der verlängerte Arm der 3. Welt zu sein. Das hieße nur die Interessen der 3. Welt zu vertreten. Die Praxis hat auch gezeigt, daß das nur dazu verleitet, ausländische Kampfformen auf die Situation hier anzuwenden. Es verleitet weiter dazu, den Blick für die reale Situation in der BRD zu verlieren. Antiimperialistischer Kampf muß heißen, hier und heute an den Widersprüchen des kapitalistischen Systems anzusetzen.

Bewegung 2. Juni

Anmerkung: dies ist der 1. Teil eines längeren Artikels, der uns mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben wurde. Wir werden in der nächsten AK-Ausgabe den 2. Teil dieses Textes veröffentlichen (Themen: „Die Bedingungen und die kapitalistische Krise“, „Staat und Kapital“, „Repression und Widerstand“), in dem die Genossinnen auch Fragen von Theorie und Praxis des bewaffneten Kampfes in den imperialistischen Metropolen behandeln.



Zur Krise der Linken Interview mit der Tageszeitung »Lotta Continua«

Zur Unterstützung der italienischen Tageszeitung „Lotta Continua“ fand am 22.-27.1. ein Kultur-Solidaritätsfestival in West-Berlin statt. Prominente wie Dario Fo, Franca Rame sowie bekannte Rock-Gruppen und Genossen der linken italienischen Kulturszene traten zugunsten der Zeitung auf. Die Italien-Kommission des KB nahm für den AK die Gelegenheit wahr, mit der Genossin Ruth Reimertshofer von „Lotta Continua“ (u.a. auch Italienkorrespondentin der „TAZ“) ein Interview zur Lage der Zeitung und über die Einschätzung der Linken in Italien zu machen, das wir hier mit einigen kleinen Kürzungen abdrucken.

Zunächst interessierte uns die Situation der Zeitung selbst, die sich im Moment in ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten befindet.

R.R.: Die Auflage von „LC“ beträgt derzeit ca. 55.000 Expl., davon wird knapp die Hälfte verkauft. Italien kennt keine Abonnententradition und wir müssen alles über Kioske verkaufen. Die Zeitungen kosten in Italien alle gleich. Es gibt zwar einen Höchstpreis, nur kann den keiner unterschreiten, weil das nicht kostendeckend ist. Es gibt nun neuerdings ein Boulevardblatt, „occhio“, mit Riesenerwerb aufwand, Handverkäufer etc., zum erstenmal ein Großversuch einer bestimmten Verlegergruppe. Ist aber ein Reifall. Nur 90.000 Auflage! Leserkreis: Im Wandel, kein ausschließlich intellektueller Leserkreis schon, aber viele Teilnehmer der 68er-Bewegung, aus Schulen, Betrieben, Kasernen und den Frauen.

AK: Wie würdest du die Linie von „LC“ beschreiben?

R.R.: Das mache ich am ungernsten, weil ich die Dogmatisierungen nicht leiden kann. Sehr verkürzt und provokativ würde ich sagen: Wir stellen alles in Frage, was bisher Sicherheit für die Linke bedeutet hat. Wir wollen gegen den Strom schwimmen, sobald sich irgendetwas verfestigt in den Auffassungen. Wenn heute in dieser politisch schwierigen Zeit und am Ende eines sehr bewegten Jahrzehnts etwas sinnvoll ist, dann ist es das Zerstören von Sicherheit und festen Gehäusen. Erst dann kann man heute als Linke weitermachen.

AK: Du sagst, Ihr wollt „alles in Frage stellen“. Versucht ihr auch Antworten auf die Probleme zu finden?

R.R.: Wir zählen uns natürlich zur Linken. Wir wollen aber nicht Antworten für irgendjemand geben, sondern für uns selbst, nicht stellvertretend. Aber zu schnell gegebene schematische Antworten, gerade was wir für irgendjemand geben, sondern für uns selbst, nicht stellvertretend. Aber zu schnell gegebene schematische Antworten, gerade was die Repression betrifft, können sehr leicht eine effiziente Mobilisierung gegen die Repression verunmöglichen. Der Fall Negri zeigt ja, daß die

Mobilisierung ziemlich schwach ist. Und wir würden uns auf jeden Fall weigern, stellvertretend für die Mobilisierung in der italienischen Linken einen Aufruf zur Mobilisierung zu machen. Was wir tun können als Zeitung – und auch sehr engagiert tun – ist es, so breit wie möglich Kenntnisse zu vermitteln. Damit können wir Grundlagen geben, auf denen die Leute sich organisieren wollen oder aber es auch ablehnen, sich zu organisieren. Die Frage des Rechtsmißbrauchs und des Rechtsbruches sind einige der zentralen Punkte, die wir täglich durch die Zeitung angehen. Wir haben ja in der italienischen Gesellschaft eine recht große Bedeutung.

AK: Warum ist eurer Ansicht nach die Linke angesichts der Repression und der Schläge des Staates dermaßen letargisch?

R.R.: Zum einen sind wir ja nur eine Tageszeitung. Die Gründe der geringen Mobilisierung reichen in die gesamte Geschichte der neuen italienischen Linken. Da gehört als ein extremer Punkt das Verhalten der PCI dazu. Die ganzen Hoffnungen, die an ein revolutionäres Verhalten der PCI gebunden waren, wurden enttäuscht. Es besteht heute so gut wie gar keine Veränderungsperspektive in Italien, seit die PCI zur Staatspartei geworden ist. Der andere wichtige Punkt ist das Verhalten der bewaffneten Gruppen. Heute ist in Italien die Schwelle der Geduld gegenüber der Gewaltanwendung überschritten. Ich persönlich kann keine Gewalt mehr ertragen. Die Unfähigkeit sich zu verhalten gegenüber dem Tod, wie er von diesen Gruppen eigentlich täglich produziert wird, und dann noch im Namen einer politischen Idee, – man wird apatisch, phlegmatisch, man bekommt Angst.

AK: Wenn ich es richtig verstehe, schätzt ihr die bewaffneten Gruppen eigentlich als reaktionär ein, als Leute, die auf der anderen Seite der Barrikaden stehen?

R.R.: Die Politik der bewaffneten Gruppen ist eines der zentralen Hindernisse für die revolutionäre Entwicklung. Wobei ich heute für den überschaubaren Zeitraum meine, daß die Revolution so gut wie gestorben ist. Es hat auch keinen Sinn, sich daran länger zu klammern.

AK: Wir sehen es heute auch für Italien als Problem, daß es keine organisierte linke Kraft mehr gibt, die auch für einen relevanten Teil der Linken akzeptabel wäre ... Ist diese Situation nicht auch ein Ergebnis des Versagens der linken Gruppen und damit auch ganz konkret eine negative Folge eurer Auflösung 76?

R.R.: So eine Organisation, die nur auch ganz konkret eine negative Folge eurer Auflösung 76?

R.R.: So eine Organisation, die nur dazu dienen soll, daß die Leute nicht zum bewaffneten Kampf übergehen oder zur PCI, also praktisch so ein Auffangbecken, wäre sicherlich die

falscheste Funktion einer solchen Organisation. Heute wäre dies eine Organisation ohne Inhalt, weil nicht klar ist, auf welcher Grundlage und mit welchen Prämissen heute organisiert werden sollte. Wir wollen zur Bildung einer Organisation keine Position einnehmen. Wir geben in der Zeitung Raum – wenn auch relativ geringen – für diejenigen, die sich organisieren wollen, weil wir momentan nicht der Meinung sind, daß eine Organisation der linken italienischen Bewegung weiterhilft.

Etwas prägnanter als dem AK gegenüber äußerte sich R. Reimertshofer gegenüber der „Radikal“ und der „TAZ“ zu den Fragen der Organisation und des bewaffneten Kampfes linker Autonomer in Italien. Folgende Zitate sprangen uns dabei ins Auge:

– „Mehr Fragen zu stellen, als es Antworten geben kann – ist das Motto unter dem sie (LC-Zeitung) ihren Anspruch als politisches Nachrichteninstrument vereinfacht zusammenfaßt.“ („TAZ“, 21.1.80).

– „... die Linke (ist) immer noch nicht in der Lage, zu ihren eigenen Leuten ein wirklich radikales Verhältnis zu haben. Auch wenn es lächerlich klingt, aber wir haben irgendwie unsere Moralität wiedergefunden, und uns haben auch viele als alte Katholiken beschimpft,

len. Das darf doch keine abstrakte Diskussion sein. Es gibt konkrete Erfahrungen mit Organisationen und die heißen für Italien: was sich dort als Organisation entwickelt hat, ist degeneriert.“

AK: Nochmal zur Frage der Gewalt heute in Italien. Rührt euer Standpunkt gegenüber der bewaffneten Politik nicht auch aus einer gewissen Hilflosigkeit dieser Situation gegenüber her ...?

R.R.: ... nicht nur Hilflosigkeit, sondern unheimliche Wut.

weil wir den Wert des menschlichen Lebens als einen der wichtigsten geachtet haben.“ („Radikal“)

– „Ich will nicht, daß irgendwelche Leute sterben im Namen von einem Kommunismus, der so ganz bestimmt nicht meiner ist und vor dem ich genauso viel Angst habe, wie vor dem Staat in dem ich lebe.“ („Radikal“)

– „Der leider oft falsch verstandene Solidaritätsbegriff, der von bestimmten linken Ecken in Form von moralischem Druck ausgeübt wird, kann heute nicht mehr die Grundlage für ein linkes Informationsorgan sein. Vor allem nicht in einem Lande, in dem der relative Freiheitsspielraum durch die vom Terrorismus betriebene Vernichtungspolitik zunehmend eingeengt wird ...“ („TAZ“).

AK: Rechtfertigt dies Eurer Meinung nach eine derart prinzipielle Ablehnung von Gewaltanwendung wie z.B. in Lateinamerika etc.?

R.R.: Wenn ich von Gewalt spreche, spreche ich von der Gewalt, mit der wir tagtäglich konfrontiert sind. Aber es gab auch schon ähnliche Diskussionen über Gewalt, z.B. das Verhalten der Palästinensergruppen in Israel und auch der ETA in Spanien.

AK: Können diejenigen Genossen, die den „bewaffneten Weg“ für richtig halten, bei Euch publizieren?

R.R.: Selbstverständlich. Nur sind wir kein Sprachrohr für sie, sondern eine unabhängige linke Zeitung, die sich auch nicht unter Druck setzen läßt. Wir behalten uns die Entscheidungsgewalt darüber vor, was erscheint.

AK: Wer entscheidet bei LC, was gedruckt wird?

R.R.: Wir haben eine Hierarchie, die aufgrund tatsächlicher Autorität von uns gar nicht verbindend ist. Druckt wird?

R.R.: Wir haben eine Hierarchie, die aufgrund tatsächlicher Autorität vorhanden ist und die ich respektiere. Es gibt die größte Freiheit in der Redaktion, die man sich nur vorstellen kann. Es gibt keine Fraktionierung,

wohl aber eine lebendige Auseinandersetzung. Es gibt mittlerweile ein Lenkungs-komitee von sieben Genossen, das die politische und ökonomische Verantwortung übernommen hat. Letzteres ist heute sehr wichtig, da wir heute tagtäglich befürchten müssen, nicht mehr erscheinen zu können, was aber nicht heißt, daß sie uns Weisungen geben können.

AK: Wie wird man Mitarbeiter bei LC? Das ist doch auch eigentlich eine politische Entscheidung?

R.R.: Aufgrund unserer finanziellen Situation haben wir jetzt einen Einstellungsstopp. Wir selbst erhalten seit drei Monaten keinen Lohn mehr aufgrund dieser Situation. Seit die traditionelle Struktur LC nicht mehr existiert, bemühen wir uns um sehr gute Mitarbeiter in anderen Städten. Die alten Genossen hatten eine bestimmte Art der Berichterstattung, die für uns nicht angemessen war. Wir haben auch gewisse Redaktionen entlassen. Mittlerweile können wir aber in Italien schon auf einen guten Stamm von Mitarbeitern zählen.

AK: Du arbeitest in der Frauenredaktion mit. Was macht Ihr dort, wie autonom seid Ihr und wie ist Euer Verhältnis zur Frauenbewegung?

R.R.: Als Frauenredaktion existieren wir seit 1976, gebildet vor dem legendären Rimini-Kongreß. Wir waren mit bei den Frauen, die die Organisation zerstört haben und sind darauf auch sehr stolz. Wir wurden damals von der Frauenbewegung verpöht, weil wir in einer gemischt-geschlechtlichen Zeitung gearbeitet haben und man traute unserer Autonomie nicht so recht, die wir aber im Laufe unserer Arbeit doch bewiesen haben. Mit der Wandlung der Frauenbewegung sind wir nicht mehr eine Redaktion der Frauenbewegung. Es gibt dort viele verschiedene Standpunkte und wir versuchen mehr eigenständig journalistisch zu arbeiten, z.B. die Tagesmeldungen angemessen zu berücksichtigen. Wir Frauen sind aber nicht in irgendeiner Innerlichkeit gegangen, sondern haben eine große Faszination und ein starkes Interesse für die Probleme der Politik und der Linken behalten. Seit einigen Monaten sind wir wieder stärker in der Gesamtdiskussion der Zeitung vertreten. Seit zwei Jahren hatten wir regelmäßig eine Frauenseite, hatten eigene Frauenkorrespondentinnen etc. Mittlerweile machen wir die Seite nur dann, wenn auch effektiv was vorliegt. Wir haben in der letzten Zeit einen größeren Schwerpunkt auf Aktualität gelegt. Wir haben uns als Frauen sehr bemüht, nicht nur in der Redaktion zu sitzen, sondern eine spezielle Informationsarbeit zu leisten.

Wir haben sehr bemüht, nicht nur in der Redaktion zu sitzen, sondern eine spezielle Informationsarbeit zu leisten, indem wir herumfuhrten und uns selbständig um Informationsbeschaffung bemühten.

AK: Wir danken Dir für Deine Informationen.

Der rote Stein der Weisen Eine Antwort auf den Offenen Brief von R. Bahro

Lieber Rudolf Bahro,

vielen Dank für Deinen Brief vom 22.1.80. Schade, daß aus der Veranstaltung in Bonn nichts wird. Vielleicht später.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Dir ein paar Bemerkungen zu Deinem Offenen Brief an die Bunt- und Alternativen Listen, an KB und KPD zu machen. Du hast ja in Deinem Brief darauf verwiesen.

Ich finde, Du setzt Dich darin – wenn überhaupt – dann bestensfalls mit dem KB auseinander. Mit KPD, mit Bunt- und Alternativen Listen überhaupt nicht. Von daher wäre es besser gewesen, wenn Du den Offenen Brief nur an den KB adressiert hättest. Ob Deine Kritik nun die Position des KB trifft, darüber bin ich mir nicht sicher; das soll der KB aber auch allein mit Dir ausmachen. Ob Bunte und Alternative Listen von Deinem Offenen Brief angesprochen werden? Ich bezweifle das! Ich bin es als Mitglied der Alternativen und Grünen Liste Bonn nicht!

„Die meisten von Euch“ schreibst Du beispielsweise, „leiden an der Gruppe, in der Gruppe. Ihr unterdrückt euch selbst in diesen Organisationen, die damit entschieden des Teufels sind.“

Wenn ich das auf die Alternative und Grüne Liste Bonn (AGL) beziehen sollte, dann müßte ich sagen: „Das ist dummes Zeug!“

Und wenn ich nicht wüßte, wer das geschrieben hat, dann würde ich dafür wahrscheinlich noch ganz andere Ausdrücke gebrauchen.

Die AGL hat nicht nur unlängst aus dem Stand bei der hiesigen Kommunalwahl mehrere tausend Stimmen bekommen, sondern auch in ihrer Art und Weise des Politik-Machens und des Miteinander-Umgehens bewiesen, daß sie eine Alternative zu den bürgerlichen Parteien darstellt. Dabei hat sie durchaus ein beachtliches Spektrum vorzuweisen, das von Kommunisten bis zur Grünen Aktion Zukunft (GAZ) Leuten reicht.

Uns geht es in der Auseinandersetzung um die Bildung der GRÜNEN Bundespartei alleine darum, daß das, was wir an politischer Substanz in unserer Arbeit gewonnen haben, nicht aufs Spiel gesetzt, sondern aufgehoben wird.

Das hat nichts mit Organisationsborniertheit zu tun, aber viel damit, daß die Leute, die uns unterstützen haben und unterstützen, darauf vertrauen, daß ihr Anliegen bei uns gut aufgehoben ist.

Nun teile ich mit Dir durchaus die

Ansicht, daß die Bunt-Alternativen Listen diese politische Substanz in die GRÜNE Partei einbringen sollen. Es hat auch bei uns kaum jemanden gegeben, der das grundsätzlich ablehnt hat. Der allergrößte Teil der Mitglieder der AGL war auch bereit, dies durch individuellen Eintritt zu tun – trotz aller Skepsis, die in früheren Erfahrungen mit führenden GRÜNEN begründet liegt.

Selbst über eine Auflösung der AGL waren die meisten bereit zu diskutieren. Heute ist das jedoch nicht mehr der Fall und auch die Bereitschaft, innerhalb der GRÜNEN seine Vorstellungen einzubringen, sinkt seit Karlsruhe ständig.

Ohne den KB von der Verantwortung für die Entwicklung völlig freizusprechen, ist es aber in unserer Liste mehr oder weniger unbestritten, daß die Schwarz-GRÜNEN mit ihren Aktivitäten dafür die Hauptverantwortung tragen, daß es heute immer schwerer fällt, Unterschiede zwischen der neuen Partei und den etablierten Parteien festzustellen. Schau Dir doch an, wer sich in Karlsruhe dafür stark gemacht hat, daß die GRÜNE Sache zu einem wahlpolitischen Kalkül gemacht wird! Warum ist in Deinem Offenen Brief kein Wort zu Olaf Dinne gesagt? Schau Dir doch an,

wer immer wieder Statutenfragen hochspielt! Gerade habe ich den neuesten Antrag von Baldur Springmann zugeschickt bekommen, wo er eine Urabstimmung verlangt – zum Statut!

In Offenbach hast Du noch davon gesprochen; daß Rot und Grün gut zusammenpassen. Von dem Rot finde ich bedauerlicherweise in dem Offenen Brief kaum noch etwas.

Gerade unsere Erfahrungen in Bonn zeigen, daß es möglich ist, was Du in Offenbach gesagt hast. Damit das auch in der gesamten BRD zusammenkommt, müssen wir die Auseinandersetzung führen, ganz besonders mit denjenigen, die seit Wochen einen Feldzug gegen die Linke führen.

Sie haben es mittlerweile soweit gebracht, daß das ganze Unternehmen äußerst gefährdet ist.

In Deinem Brief vom 22.1. spricht Du von einem „Risiko von Mißverständnissen“, das daher rühre, daß es eben für Dich neue Verhältnisse sind, an die Du herangehst.

Gerade deshalb solltest Du in Deinen Urteilen vorsichtiger sein. Zu oft verurteilst Du Genossen, anstatt daß Du Dich mit ihnen, ihren Argumenten auseinandersetzt. Du beschwörst die Gefahr des Scheiterns des Projekts

„GRÜNE Partei“. Viele teilen zur Zeit mit Dir diese Sorge.

Die Konsequenz, die Du ziehst, ziehe ich nicht. Vielleicht liegt es daran, daß ich die hiesigen Verhältnisse länger als Du kenne. Auch mit einem Scheitern der GRÜNEN Partei wird der Kampf für eine menschliche Zukunft nicht aufhören, zu viele sind in den letzten Jahren mobilisiert worden und haben angefangen, selbst ihre Rechte einzuklagen. Dieser Kampf ist in den letzten Jahren zunehmend erfolgreicher gewesen – ohne GRÜNE Partei. Zweifelloso wäre es besser, wenn es eine bundesweite Partei gäbe, die für diesen Kampf und diese Rechte Partei ergreift. In vielen Teilen der BRD gibt es dafür Ansätze. Von daher habe ich gar keine Zweifel daran, daß es auch in absehbarer Zeit diese Partei gibt.

Aber selbst dann, wenn es sie gibt, werde ich niemals behaupten, allein von ihr hänge es ab, daß „eine Chance menschenwürdiger Organisation des Zusammenlebens in dieser Zukunft“ gerettet wird. Das kann keine Partei. Das können nur die vielen, denen diese Zukunft genommen wird. Eine Partei kann hier bestenfalls behilflich sein. Mehr nicht!

Mit solidarischen Grüßen
Hans Weingartz

Betrifft: „Sozialistische Konferenz“

Rudolf Steinke
Willibald-Alexis-Str.12
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 15 79
Berlin, 2. Februar 1980

Liebe Freunde,

Am Mittwoch (30. Januar) hat sich zum ersten Mal in Berlin ein Kreis von Leuten getroffen, um über die Durchführung der von Rudolf Bahro angeregten „Sozialistischen Konferenz“ zu diskutieren. Dieses Treffen war wenige Tage zuvor auch in „Die Neue“ angekündigt worden und – vielleicht unglücklicherweise – zusammen mit dem Offenen Brief von Rudolf Bahro an die Alternativen, Buntten, den KB und die KPD veröffentlicht worden. Der KB zumindestens hat, nachdem er im „Arbeiterkampf“ Anfang Januar diesen Vorschlag der „Sozialistischen Konferenz“ euphorisch begrüßt, neuerdings die Angst, daß sich hierunter nur Versuche verbergen, der Aufforderung nach Auflösung des KB publizistischen und politischen Nachdruck zu verleihen. Meiner Meinung nach verhält sich der KB hier etwas schlitzohrig. Ihm war aus meinem Schreiben vom 20. Dezember bekannt, daß ich sowohl in Berlin wie für Westdeutschland versuchen würde, Vorbereitungstreffen zu initiieren. Während die verschiedenen Gruppen/Redaktionen und Einzelpersonlichkeiten der Linken es für angemessen hielten, auf diesen Brief auch mehr oder weniger ausführlich zu antworten und eigene Vorschläge zu unterbreiten, hat der KB dies nicht getan. Weder Anruf noch Nachfrage gab es bisher. Er scheint inzwischen in der Pose des geprügelten Knaben verharren zu wollen. Betont sei hier nur, daß niemand den KB herauschallen will, nur kann diese Sozialistische Konferenz, in welcher Form auch immer, nur ein Projekt relevanter Teile der gesamten Linken sein; der Versuch einer Strömung, diese Idee und deren Umsetzung zu instrumentalisieren, muß zwangsläufig das gesamte Projekt gefährden und würde die Neuorientierungsversuche der Linken sicherlich erheblich zurückwerfen.

In den Tagen vor dem Berliner Treffen haben sich allein bei mir über 60 Leute, Gruppen etc. aus Berlin gemeldet, die an einer Mitarbeit interessiert sind. Aus dem Bundesgebiet kommen laufend telefonische Anfragen und Briefe mit Nachfragen nach dieser Konferenz. An verschiedenen Orten haben sich inzwischen ähnliche Diskussionskreise etc. gebildet. Das Sozialistische Büro plant für Ende Juni eine Konferenz, der „Große Ratschlag“, der von der Zielsetzung ähnlich angelegt ist. Das Berliner SB hat die verschiedenen Gruppen der Linken, die von der Zielsetzung ähnlich angelegt ist. Das Berliner SB hat die verschiedenen Gruppen des SB im Bundesgebiet inzwischen aufgefordert, dieses Treffen stärker auf die Aufarbeitung der eigenen Politik zu konzentrieren und sich darüber hinaus umfassend an der Vorbereitung und Durchführung der Sozialistischen Konferenz zu beteiligen. Auf einem erweiterten (offenen) Delegiertentreffen in Hannover am 16./17. Februar wird über diese Frage entschieden werden.

Auch das Berliner Treffen (siehe die TAZ v. 1.2.80) war außerordentlich gut besucht (etwa 45 Teilnehmer), anwesend waren: Jusos, Prokla, GIM, Arbeiterpolitik, Grüne, Alternative Liste, KPD, Kritik, Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, ESG, Langer Marsch, SB u.a. Es werden sicherlich in der nächsten Zeit noch weitere Gruppen und Individuen hinzustoßen.

Die Diskussion – ich will sie hier kurz skizzieren – bewegte sich um drei Punkte:

1. Funktion Rudolf Bahros im Diskussions- und Vereinigungsprozeß der Linken.
2. Allgemeine Funktion der Sozialistischen Konferenz.
3. Vorbereitung und Konzeption der SK.

Trotz der einen oder anderen Kritik am Auftreten Rudolf Bahros wurde übereinstimmend hervorgehoben, daß die Initiativen von seiner Seite außerordentlich wichtig zu nehmen sind. Er kann in der jetzigen notwendigen Neuorientierung der sozialistischen Linken eine wichtige Rolle spielen. Dabei mache sich Rudolf Bahro sicherlich Illusionen über die Schnelligkeit und Möglichkeit der Vereinigung der Linken.

Aufgabe einer Sozialistischen Konferenz (die von allen Gruppen als wichtig angesehen wurde) sei es, die politischen Aufgaben der sozialistischen Linken genauer zu skizzieren und die grundlegenden Fragestellungen kontrovers zu diskutieren. Rudolf Bahro sieht hier – wie er es auch in seinen öffentlichen Äußerungen hervorgehoben hat – die Notwendigkeit der praktischen-politischen Schiene (die grüne Bewegung/Partei) und der theoretisch-politischen Schiene, die theoretische und politische Arbeit der sozialistischen Linken, die die Fähigkeit entwickeln müsse, eine „hegemoniale Konzeption“ zu entwickeln.

Kontroversen in der Diskussion entwickelten sich bei der näheren Bestimmung und Funktion der Sozialistischen Konferenz. Von verschiedenen Seiten wurde hervorgehoben, daß es nicht angebracht wäre, die eigenen Positionen über Bord zu werfen oder von der Überholtheit auszugehen. Außerdem mache man sich viel zu viel Hoffnungen und Illusionen in Bezug auf die grüne Partei/Bewegung. Dies sei – so auch vorgetragen – letztendlich vielleicht nur eine Variante einer Mittelstandsbewegung. Die Linke sollte vielmehr den Versuch unternehmen, ernsthaft ihre Vorstellungen umfassend auszuarbeiten, anstatt jetzt in ein neues Projekt mit ungewissem Ausgang hineinzuschlittern. Diese äußerst kritischen Stimmen (Redaktion „Kritik“, Langer Marsch, teilweise SB, Gruppe Arbeiterpolitik) waren aber deutlich in der Minderheit. Von den verschiedenen Seiten wurde betont, daß eine zentrale Aufgabe, die bewußte Arbeit an der Neuorientierung der Linken sein müsse. Übereinstimmend wurde aber festgestellt, daß es jetzt nicht die Aufgabe wäre, die Sozialistische Konferenz in der Form eines Großprojekts als Repressions-Pfingstkongreß des SB oder des Bahro-Kongresses vorzubereiten, sondern zuerst müßte im Rahmen einer kleineren Arbeitskonferenz (von vielleicht 300 Teilnehmern) diese Diskussion beginnen. Dabei wurde nicht ausgeschlossen, daß diese Arbeitskonferenz der Auftakt auch zu einem entsprechenden Kongreß nach der NRW-Wahl sein könne. Ossip Flechtheim machte darüberhinaus den Vorschlag, aus der Sozialistischen Konferenz eine ständige Einrichtung in der Art einer Sommer... wie die Praxis-Schule in Jugoslawien oder des Achberger Kreises zu entwickeln.

Die Frage einer „Arbeitskonferenz“ (dann auf Delegiertenbasis oder wie sonst ???, R.St.) müßte darüberhinaus auch ernsthaft vorbereitet werden. Deshalb solle das erste bundesweite Treffen erst am 23./24. Februar stattfinden. Unbestritten blieb jedoch die Einschätzung, daß es ein großes Interesse an einer umfassenden Diskussion der Linken gebe und daß die linken Gruppierungen auch die Aufgabe hätten, diesem Bedürfnis einen entsprechenden Ausdruck zu verleihen.

Über die inhaltliche Konzeption gab es unterschiedliche Vorstellungen. Die Vorschläge waren meiner Meinung nach größtenteils durch den politischen Standort geprägt. Die Frage war, ob eine derartige Konferenz sozusagen eine Gesamtfragestellung haben sollte oder in verschiedene Themenblöcke aufgehen sollte. Diese reichen von Ökologie und der Arbeiterbewegung/Linke/sozialistische Theorie; stehen wir vor einem neuen Kalten Krieg, bis zur Erarbeitung einer „Sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Hierüber wurde die Diskussion jedoch nicht weitergeführt, sondern die Ausarbeitung konzeptioneller Vorlagen für den kommenden Mittwoch vereinbart.

Diese gehen Euch dann noch vor dem bundesweiten Treffen zu (...).

Mit sozialistischen Grüßen
Rudolf Steinke

Lieber Genosse Steinke,

von Dir in Deinem Rundschreiben (2.2.) als Schlitzohren angesprochen, möchten wir zu der Sache noch einmal Stellung nehmen:

Vielleicht waren wir wirklich zu naiv, aber nachdem wir von Dir den Brief von Rudolf Bahro zur „Sozialistischen Konferenz“ und Dein Begleitschreiben zugesandt bekommen hatten, hatten wir tatsächlich darauf vertraut, auch weiterhin „auf dem laufenden gehalten“ zu werden, also beispielsweise auch über den weiteren Gang der Dinge, Ansetzung von Vorbereitungstreffen usw. informiert zu werden. Wir wissen nun, daß man scheinbar Selbstverständliches nicht für selbstverständlich halten sollte, werden uns also auch aktiver verhalten, von uns aus auch nachfragen usw. An dieser Stelle ist schon anzumerken, daß wir – nach Bekanntgabe des Termins für das erste Treffen in West-Berlin – schlichtweg verpennt haben, unsererseits „nachzufassen“, um daran teilzunehmen. Hier haben wir tatsächlich uns allzu sehr damit begnügt, wie Du es nennst, „in der Pose des geprügelten Knaben zu verharren“. Wir sind um Besserung bemüht.

Noch eines: Es ist doch wohl nicht schlichtweg Verfolgungswahn, wenn wir aus dem „vielleicht unglücklichen“ Arrangement in der „Neuen“ (Informationen zur „Sozialistischen Konferenz“ als Vorspann zu Rudolf Bahros Auflösungs-Brief) bestimmte Vermutungen gezogen haben? Wenn das ein Regie-Fehler war und zu den Intentionen der „Sozialistischen Konferenz“ nichts besagt – umso besser!

Mit solidarischen Grüßen
I.A. des LG des KB

„Gegen Reaktion und Faschismus“: Ein Kongreß, der keiner war

„Kongreß gegen Reaktion und Faschismus“ – Unter diesem Motto fand am 26. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle IV eine Veranstaltung statt, zu der neben dem gesamten politischen Spektrum um die KPD/ML auch eine Reihe von Einzelpersonen aufgerufen hatten, die ansonsten mit der „ML“ nichts am Hut haben; so z.B. die Schriftsteller Jürgen Roth, Max von der Grün, Peter O. Chotjewitz, Peter Weiss, Ingeborg Drewitz u.a.m. Neben der Saalveranstaltung, die sich weit über zehn Stunden hinzog und an der zu Spitzenzeiten etwa 3.000 Menschen teilnahmen, stand noch ein „Arbeits-treffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus“ auf dem Programm, das am darauffolgenden Sonntag durchgeführt wurde. Dort wurde dann erstmals auch „offiziell“ bekanntgegeben, wer eigentlich für diesen „Kongreß“ verantwortlich zeichnete: Ein „Vorbereitungsausschuß“ bestehend aus Ulrich Leicht (KPD/ML, „Volksfront“), Hartmut Siemon („RGO“-Betriebsrat), der KPD/ML-nahen Literaturzeitschrift „linkskurve“ und dem eher linkssozialdemokratischen Schriftsteller Max von der Grün.

Tatsache ist, daß die übergroße Mehrheit der arbeitenden Antifa-Gruppe sowie der antifaschistisch tätigen politischen Organisationen von diesem „Kongreß“ buchstäblich überrascht wurden. Sie erfuhren von diesem Projekt – wenn überhaupt – erst um die Jahreswende, als der „Kongreß“-Aufruf bereits in der Öffentlichkeit verbreitet wurde und praktisch alles „unter Dach und Fach“ war. Offensichtlich hatten die Veranstalter mit Bedacht davon abgesehen, ihre „Kongreß“-Idee vorher in der Antifa-Bewegung bekannt zu machen und zur Diskussion zu stellen; offensichtlich war ihnen daran gelegen, Bedingungen zu schaffen, die eine Einflußnahme bzw. gleichberechtigte Mitarbeit aller interessierten Antifaschist(innen) nicht zulassen sollte. Immerhin wird auch der KPD/ML bzw. ihrer „Volksfront“ als Trägern des Dortmunder „Kongresses“ kaum entgangen sein, daß relevante Teile der Antifa-Bewegung seit „Rock gegen Rechts“ in Frankfurt für einen Antifa-Bundeskongreß tätig sind und dazu einen vergleichsweise breiten und offenen Diskussionsprozeß initiiert haben (aus dem sich die „ML“ bislang freilich gänzlich herausgehalten hat).

Es darf unter diesen Umständen kaum verwundern, daß – wie dem „Kongreß“-Aufruf zu entnehmen ist – fast ausschließlich die „ML“-dominierten Antifa-Komitees bzw. „Initiativen gegen Reaktion und Faschismus“ für die Unterstützung der Dortmunder Veranstaltung gewonnen werden konnten. Sofern einzelne Gruppen außerhalb dieses engen Kreises als Unterstützer auftraten, war dies verschiedentlich – wie z.B. bei der Bochumer „Initiative gegen Polizeibergreife“ – mit z.T. massiver Kritik am Vorgehen der Veranstalter verbunden.

Für „ML“-Verhältnisse recht beachtlich ist hingegen die Liste von einzelnen Persönlichkeiten (s.o.), die ihren Namen für diese Veranstaltung hergaben oder dort sogar antraten. Berücksichtigt werden muß dabei allerdings, daß die „Kongreß“-Initiatoren ihre politische Identität vollständig im Dunkeln gelassen und den Anschein erweckt hatten, ihre Veranstaltung erfahre sich einer breiten Unterstützung unterschiedlichster antifaschistischer Kräfte. In diesem Glauben scheint sich jedenfalls der Schauspieler Hermann Treusch (ehem. künstlerischer Leiter des Frankfurter „TAT“) befunden zu haben, der – befragt über die Gründe seiner Mitwirkung – dem „Roten Morgen“ erklärte: „Ich halte es für ziemlich wichtig, daß – sonst wäre ich auch nicht gekommen – recht unterschiedliche Gruppen nach Dortmund eingeladen worden sind, so daß es nicht, sagen wir mal, der Kongreß einer Parteizentrale wird“ („RoMo-Kongreß-Extra“). Tatsache war dann aber doch, daß die Dortmunder Veranstaltung der neugegründeten „Volksfront“ der KPD/ML zu Selbstdarstellungszwecken diente, wobei die Unterstützerprominenz dazu gebraucht wurde, um dem Unternehmen öffentliches Gewicht zu verleihen.

Der „Kongreß“-Verlauf

Am Samstag Vormittag wurde der „Kongreß“ in der Westfalenhalle IV durch Max von der Grün und Ulrich Leicht eröffnet. Das daran anschließende Veranstaltungsprogramm, in dem sich kulturelle mit politischen Beiträgen abwechselten, zog sich dann bis in die späten Abendstunden hin. Mit Beiträgen traten u.a. Jürgen Roth, Wolfgang Bittner (Schriftsteller), Hermann Treusch, Max von der Grün und die „Schmetterlinge“ in Erscheinung. Stark vertreten waren auch der „ML“-nahestehende Musik- und Theatergruppen. Außerdem sprachen diverse „ML“-Redner, wobei Eicke Hemmer, seines Zeichens Vor-

sitzender der „Volksfront“, den politischen Hauptbeitrag zum Thema „Stoppt Strauß!“ referierte. Sprecher an der politischen Organisation oder auch von „ML“-unabhängigen Antifagruppen kamen nicht zu Wort – waren auch gar nicht eingeladen.

Was also abließ, war ein von A-Z festgelegtes Programm im Sinne herkömmlicher Kultur- und Propagandaveranstaltungen (die damit nicht abgewertet werden sollen), nicht aber ein Kongreß, von dem man/frau in der Regel doch Raum für kontroverse Debatten, Arbeitsgruppen usw. erwarten sollte. Diesen Part sollte offenbar die „Kongreßzeitung“ übernehmen, die am Eingang der Halle vertrieben wurde und in der sich – mit geringen Ausnahmen – fast ausschließlich der KPD/ML-„Volksfront“ nahestehende Autoren verewigt hatten.



Max von der Grün eröffnet den „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus“

Max von der Grün eröffnet den „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus“

Wie schmal der Kreis der „Kongreß“-Unterstützer aus der Antifa-Bewegung wirklich war, zeigten recht eindrucksvoll auch die am Rande der Halle aufgebauten Büchertische, Infostände und Ausstellungen. Antifa-Komitees außerhalb des „ML“-Spektrums waren lediglich aus Waldeck, Tübingen und Dortmund anwesend, wobei die letzteren beiden es abgelehnt hatten, den „Kongreß“-Aufruf zu unterschreiben. Desweiteren gab es Stände des KB, des Kinderhauses/Heinrichstraße, Hamburg – die ebenfalls nicht zu den Unterstützern der Veranstaltung gehörten – einen Infostisch der Bochumer „Initiative gegen Polizeibergreife“ sowie einige Ausstellungen (u.a. vom „Deutschen Freidenker-Verband“ NRW). Der größte Teil der für Ausstellungen und Infostische reservierten Flächen wurde von den diversen „Volksfront“-Gruppen, der KPD/ML, „RGO“, der „ML“-Kampagne gegen die Aussperrung“ usw. eingenommen. Außerdem war ein „Kongreß-Extra“ des „Roten Morgen“ erhältlich, in dem superoptimistisch prophezeit wurde: „Wir sind zuversichtlich, daß der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus seinen Teil zum Zusammenschluß aller (!) Antifaschisten beitragen wird“.

Beim „Arbeits-treffen“ am nächsten Tag war man dann fast ganz unter sich. Es hatten sich etwa 160 – 180 Teilnehmer eingefunden, die mit wenigen Ausnahmen der „Volksfront“ und anderen Gruppierungen des „ML“-Clans angehörten. Von der Unterstützerprominenz war niemand erschienen, nicht einmal Max von der Grün, der immerhin dem „Vorbereitungsausschuß“ angehört hatte. Wer nun geglaubt hatte, daß zumindest bei diesem Treffen Gelegenheit für eine breitere angelegte Diskussion bestehen würde, sah sich wiederum getäuscht. Auch hier hatten die Veranstalter von langer Hand vorgeplant: Der Großteil der Zeit war für Erfahrungsberichte diverser KPD/ML- und „Volksfront“-Anhänger reserviert worden, die über ihre Antifa- und Antirepressionsarbeit vor Ort berichteten. Bemerkenswert waren einige dieser Beiträge immerhin insofern, als

daß einige Referenten von konkreten Schwierigkeiten berichteten, innerhalb der Antifa-Bewegung Unterstützer für die „Volksfront“ zu finden. Deutlich wurde, daß die „Volksfront“ nicht etwa im Sinne eines gleichberechtigten Zusammenschlusses bislang zersplitterter antifaschistischer Kräfte tätig ist, sondern im Gegenteil eine weitere Aufspaltung einkalkuliert bzw. betreibt (so z.B. in Kiel, wo nach Angaben des „ML“-Referenten die „Gruppe Kieler Antifaschisten“ zerfiel, nachdem es der „ML“-Fraktion nicht gelungen war, den gesamten Kreis der Gruppe in die „Volksfront“ zu überführen).

Desweiteren ging aus diversen Beiträgen hervor, daß die von der „Volksfront“ propagierte Konzentration der antifaschistischen Aktivitäten auf Strauß & Co. sich dahingehend auswirkt, daß andere Arbeitsansätze – so z.B. der Kampf gegen Neonazis, gegen die Jugendpolizei usw. – nunmehr als zweitrangig, „nicht mehr so wichtig“ begriffen und dementsprechend eingeschränkt werden. In diesem Sinne äußerte sich insbesondere auch ein Sprecher der Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW“, der sich – angesichts realer Probleme, wie nun gegen die JuPo weiterzuarbeiten sei – damit tröstete, daß ja der Kampf gegen Strauß auf der Tagesordnung stehe und ohnehin alle verfügbaren Kräfte erfordere. Daher sollen nun die verbliebenen Reste der Anti-Jupo-Initiative, die trotz starker

„ML“-Dominanz zeitweise eine recht vernünftige Arbeit geleistet hatte, für die „Volksfront“ gewonnen werden.

An zwei Stellen des Arbeitstreffens kam trotz allem so etwas wie eine kürzere Debatte zustande:

+ Kurz nach Beginn des Treffens hatten sich die Veranstalter auf mehrfache Aufforderung hin bereit erklärt, Fragen und Kritik zum „Kongreß“ zuzulassen.

Als Kritiker ergriffen dabei u.a. Vertreter(innen) der Antifaschistischen Gruppe Dortmund, des Vorbereitungsausschusses für den Antifa-Bundeskongreß und des KB das Wort. Übereinstimmend wurden Vorbereitung und Durchführung des Dortmunder „Kongresses“ dahingehend kritisiert, daß nicht versucht worden sei, alle antifaschistischen Kräfte und Strömungen einzubeziehen.

Die Antifa-Gruppe Dortmund schilderte, daß sie von der örtlichen „Initiative gegen Reaktion und Faschismus“ über den bevorstehenden „Kongreß“ erst zu einem Zeitpunkt informiert worden war, als die Veranstaltungskonzeption bereits lange feststanden hatte. Außerdem wurde von den Dortmundern bemängelt, daß selbige Initiative sich bis dato jeglicher Zusammenarbeit und Diskussion mit ihnen entzogen hatte. Von Seiten des KB wurde außerdem noch der Versuch der „Kongreß“-Initiatoren zurückgewiesen, die KB-Ortsgruppe Münster als „Kongreß-Unterstützer“ für sich zu vereinnahmen (die Münsteraner OG wurde in der „Kongreß“-Zeitung als Unterstützer geführt, obwohl den Veranstaltern gerade von dort mitgeteilt worden war, warum sie das Vorgehen der „Kongreß“-Initiatoren ablehnten).

Nachdem man von Seiten der Veranstalter zunächst eher ausweichend zu den genannten Kritikpunkten Stellung genommen hatte, ergriff der Vorsitzende der „Volksfront“, Eicke Hemmer, das Wort. Er strich heraus, daß die Vorstellung, die antifaschistische Bewegung mittels „jahrelanger“ Diskussionen einigen zu wollen, ein „kleinbürgerlich-intellektuelles“ Übel

Fortsetzung nächste Seite

Alter Kack in neuem Frack

KPD/ML-„Volksfront“ will zu den Bundestagswahlen kandidieren

„Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!“ lautet die Parole dieser Mini-„Volksfront“, die „als wirklich antifaschistische Alternative“ zu den diesjährigen Bundestagswahlen kandidieren will. „Es ist später als so mancher glaubt“, erklärt Ulrich Leicht, stv. Vorsitzender und Geschäftsführer der „Volksfront“ im vereinseigenen Mitteilungsblatt, dem „Volks-Echo“. Daher sei der „Zusammenschluß in der antifaschistischen Front des Volkes über weltanschauliche und parteipolitische Differenzen hinweg ... für die Wahlen und über die Wahlen hinaus die notwendige Antwort, um Strauß und den Vormarsch von Reaktion und Faschismus und die wachsende Kriegsgefahr zu stoppen. Deshalb Antifaschisten: mit und in der VOLKSFRONT in die 80er Jahre!“ (zit. aus „Volks-Echo“ Nr. 1/80).

„Volksfront“, „Antifaschistische Front des Volkes“, „Antwort auf die Herausforderung der achtziger Jahre“ — so oder ähnlich hört sich die überaus bescheidene Selbstdarstellung jenes Vereines an, in dem die KPD/ML sich und ihre diversen „Massen“-Organisationen zusammengefaßt hat (RGO, „Rote Hilfe Deutschlands“, „Rote Garde“, „Initiativen gegen Reaktion und Faschismus“ u.a.). Tatsächlich ist der „Führungsanspruch“ dieser Pseudo-„Volksfront“ in Sachen Anti-Strauß und alternativer Wahlbeteiligung ebenso spalterisch wie absurd:

+ Die „Volksfront“-Gründung wurde quasi „geheim“ im Alleingang vollzogen, ohne daß deren Initiatoren zuvor auch nur den leinsten Versuch unternommen hätten, ihre politischen Vorstellungen beispielsweise in die Diskussion der bunten/alternativen Wahlbewegung einzubringen. Es hätte sich dann nämlich herausgestellt, daß die wesentlichen „Volksfront“-Forderungen (gegen Aussperrung, Berufsverbote, Todesschuß, AKWs, Militarisation, für Streikrecht, Verbot der Nazi-Organisationen, Organisations-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, 35-Stunden-Woche usw. usw.) schon seit langem Bestandteil bunter/alternativer Wahlprogramme sind, somit eine „ML“-Separatgründung keinerlei Notwendigkeit bzw. Existenzberechtigung vorweisen kann. Natürlich wäre auch deutlich geworden, daß die „Volksfront“-Strategien bestimmte Themenkomplexe, die — wie z.B. der Kampf gegen die Schwulenunterdrückung — zu den „Essentials“ der bunten/alternativen Wahlbewegung gehören, gerne ausgegrenzt haben möchten. Zur Sprache gekommen wären ebenso basisdemokratischen Erfordernissen widersprechende Regelungen im „Volksfront“-Statut, nach denen etwa der „Zentrale Vorstand“ allein über Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an Wahlen befinden kann! (§ 13 der „Volksfront“-Satzung).

+ Ebenso wie die bunte/alternative Wahlbewegung wurden auch die wichtigsten Träger der neuen antifaschistischen Bewegung von der „ML“ ausgespart. Nicht umsonst gehören der „Volksfront“ nur Mitglieder der „ML“-dominierten „Initiativen gegen Reaktion und Faschismus“ an, die

zumeist vollständig bedeutungslos, oftmals sogar gänzlich inaktiv sind, während mit den unabhängigen antifaschistischen Arbeitskreisen und Arbeitszusammenhängen gerade diejenigen fehlen, die in der Vergangenheit den Großteil antifaschistischer Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit getragen haben (z.B. „RGR“ in Frankfurt, Anti-NPD-Aktionen in Baden-Württemberg, NRW, Niedersachsen usw.).

So fügt sich wiederum auch das neueste KPD/ML-Produkt nahtlos in die sektiererische Linie ein, die diese Partei von ihrer Gründung an „ausgezeichnet“ hat und derzufolge selbst die dringlichsten Anliegen antifaschistischer Aktionspolitik zum Gegenstand kleinlich-bornierter Parteiladenmentalität verkommen.

Daß die Pseudo-„Volksfront“ dennoch bisweilen so tut, als sei ihr an einem breiten „Zusammenschluß antifaschistischer Menschen aus allen Schichten unseres Volkes unabhängig von ihrer Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit“ gelegen, gehört bei derartigen Unternehmungen zur Geschäftsgrundlage. Gemeint ist dabei ausschließlich der „Zusammenschluß“ in und unter Führung der KPD/ML-„Volksfront“!

Selbstverständlich ist bereits die großwahn sinnige Bezeichnung „Volksfront“ für einen Verein, der eigenen Angaben zufolge nicht mehr als 600 Mitglieder umfassen dürfte, äußerst starker Tobak. Immerhin ist die „ML“-„Volksfront“ selbst an Einfluß und Mitgliederstamm der diversen bunten/alternativen Listen bemessen, ein recht klägliches Haufen. Und verglichen mit dem, was historisch einmal als Volksfront gehandelt wurde, muß die neunkonstituierte Pseudo-„Volksfront“ erst recht als Hirngespinnst übergeschnappter Stammtischpolitiker erscheinen.

Um trotzdem vor Mitgliedern und potentiellen „Volksfront“-Interessenten den selbstgewählten Anspruch als „Avantgarde“ im Kampf gegen Strauß & Co. überhaupt einigermaßen aufrechterhalten zu können, wird ausgiebig zum Mittel des politischen Etikettenschwindels gegriffen. Für wichtig wird von den „Volksfront“-Strategen z.B. erachtet, die unbestreitbare „ML“-Dominanz ihres Vereines in der Öffentlichkeit zu vernebeln.

Das „Volks-Echo“ der „Volksfront“ sah sich hierzu neulich sogar zu einer Verlautbarung „In eigener Sache“ genötigt, die sich folgendermaßen liest: „*„Genährt durch Verlautbarungen des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes sind Meldungen, richtiger gesagt, Gerüchte in Umlauf gebracht worden, daß es sich bei der Sache“* genötigt, die sich folgendermaßen liest: „*„Genährt durch Verlautbarungen des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes sind Meldungen, richtiger gesagt, Gerüchte in Umlauf gebracht worden, daß es sich bei der VOLKSFRONT um eine Tarnorganisation der KPD/ML handle. So wurden in verschiedenen Zeitungsartikeln ... auch solche Behauptungen in die Welt gesetzt, die VOLKSFRONT sei am 6. Oktober 1979 auf Initiative des KPD/ML-Vorsitzenden Ernst Aust gegründet worden. Der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT weist diese tendenziösen Behauptungen und Falschmeldungen entschieden zurück“*“

Kürzlicherweise hat die „Volksfront“ ihr Dementi schon einige Zei-

ten später wieder ad absurdum geführt. Sie vermeldet daselbst nämlich, daß die KPD/ML „ungeachtet ihrer weitergehenden sozialistischen Ziele — den Aufbau der VOLKSFRONT wie auch ihre Teilnahme an der Bundestagswahl unterstützen wird“. Zumindest Kenner der „Szene“ wissen, daß die KPD/ML Projekte von einer derartigen Tragweite (Wahlbeteiligung!) nur dann zu unterstützen pflegt, wenn es sich um die eigenen, hundertprozentig von ihr kontrollierten Unternehmungen handelt. Im übrigen sei darauf verwiesen, daß das ZK der KPD/ML bereits in seinem Tätigkeitsbericht zum IV. Parteitag (Dezember 1978) den Aufbau einer „Volksfront gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie“ angekündigt hatte.

Außerdem ist es in „Volksfront“-Kreisen üblich, sich — mangels nennenswerter eigener Aktivitäten — mit fremden Federn zu schmücken und so nicht vorhandenen Einfluß vorzutäuschen.

Ein besonders makabres Beispiel dafür findet sich auf der Titelseite des „Volks-Echo“, wo die VOLKSFRONT die Westberliner Protestdemonstration gegen die Ermordung des türkischen Antifaschisten Celaleddin Kezim, an der etwa 11.000 Menschen teilnahmen, auf ihr „Erfolgskonto“ zu verbuchen sucht. Obwohl zu dieser Demonstration an die 100 Organisationen und Einzelpersonen aufgerufen hatten, berichtet das „Volks-Echo“ ausschließlich von den Aktivitäten der „Volksfront“ („In ganz Westberlin hatte die VOLKSFRONT AUFGERUFEN...“). Nicht besser ist auch die Berichterstattung über die Aktionen gegen den letztjährigen NPD-Bundesparteitag in Ketsch geraten. Die „Volksfront“, die damals keinerlei Rolle spielte, behauptet allen Ernstes, sie habe gemeinsam mit Antifa-Gruppen und der VVN (!!) zu Gegenaktionen aufgerufen.

Der bislang weitreichendste Versuch, Aktivitäten und Ansehen anderer antifaschistischer Kräfte für die „Volksfront“ zu vereinnahmen, war allerdings der „Kongreß gegen Reaktion und Faschismus“, der am 26./27.1.80 in Dortmund stattfand. Daß er — trotz Beteiligung einiger namhafter Persönlichkeiten — der „Volksfront“ keinerlei Unterstützung bzw. Zuwachs aus der antifaschistischen Bewegung brachte, zeigt nur, daß dort mit Trickerei allein nichts zu holen ist.

Mit einem „Guten Abend, Volksfront“ hatte Henning Venske seinerzeit die 60.000 begrüßt, die dem Frankfurter „Rock gegen Rechts“-Bündnis auf das Rebstockgelände ge-

Mit einem „Guten Abend, Volksfront“ hatte Henning Venske seinerzeit die 60.000 begrüßt, die dem Frankfurter „Rock gegen Rechts“-Bündnis auf das Rebstockgelände gefolgt waren. Ein dreifaches „Volksfront, Helau!“ haben sich dagegen die Initiatoren eines gleichnamigen Wahlvereins verdient, der sich neuerdings darum bemüht, bei Strauß-Gegnern ins Gespräch zu kommen: Am 6.10.79 — also gut einen Monat vor Eröffnung der Karnevalssaison — gründete die KPD/ML eine „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — Für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“.

Antifa-Kommission NRW

schiedlichster Forderungen und Interessen, während die „Volksfront“ mit ihrer klaren Linie beste Voraussetzungen mitbrachte, bei der Arbeiterschaft auf Resonanz zu stoßen.

Kurz gefaßt also: Lieber klein und „rein“, als bunt und unanständig! Zu diesem Zeitpunkt verließen dann, auch um sich weitere Ausfälle dieser Art zu ersparen, die letzten nicht-„ML“-er das „Arbeitstreffen“...

Unter dem Strich besehen bleibt also zu diesem „Kongreß“, der gar keiner war, festzustellen, daß er nicht annähernd ein repräsentatives Bild von der existierenden Antifa-Bewegung vermitteln konnte (und auch nicht sollte), sondern eher als Wahlkampf-Auftakt der neugegründeten „Volksfront“ gedacht war, die so mit Sicherheit das Schicksal aller bisherigen „ML“-Initiativen teilen wird: Politische Bedeutungslosigkeit — gepaart mit Sektierertum und Ignoranz gegenüber allen relevanten fortschrittlichen Bewegungen. Schade nur, daß derartige „Kongresse“ immer auch die Gefahr in sich bergen, auch die ernstgemeinten Initiativen in Richtung auf eine antifaschistische Zusammenarbeit gleich mit zu diskreditieren.

Antifa-Kommission NRW

Neue Spaltung bei den Trotzlisten

Sich im Gewirr der konkurrierenden trotzkistischen „Internationalen“ und „Tendenzen“ durchzufinden, dürfte selbst für Trotzlisten nicht ganz leicht sein. Da gibt es das „Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale“ (dieser Richtung gehört die GIM an), ein „Organisationskomitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale“, ein „Internationales Komitee der IV. Internationale“ (in der BRD repräsentiert durch den BSA) und eine hauptsächlich in Lateinamerika aktive „IV. Internationale Trotzlisten-Posadisten“ — jeweils mit dem Anspruch, den authentischen Trotzlistismus zu repräsentieren und mit einer Vielzahl nationaler „Sektionen“. Hinzu kommen kleinere internationale Zusammenschlüsse wie die „Internationale Spartacist Tendency“ (in der BRD vertreten durch die TLD) und die „Revolutionär-Marxistische Fraktion“ (in der BRD: KL) sowie unabhängige nationale trotzkistische Organisationen wie z.B. Lutte Ouvrière in Frankreich.

Als bedeutendste der streitenden trotzkistischen Strömungen ist die des „Vereinigten Sekretariats“ (VS) anzusehen. Diese Strömung, die sich selbst — wie ihre Konkurrenten auch — für die einzige „IV. Internationale“ hält, hat im November 1979 ihren „11. Weltkongreß“ durchgeführt. Unmittelbar vor diesem großen Ereignis jedoch gab es eine erhebliche Spaltung innerhalb dieser Strömung. Direkter Anlaß waren unterschiedliche Einschätzungen und Handlungen gegenüber den Ereignissen in Nicaragua. Wie damals weithin in der linken Presse berichtet wurde, hatte sich eine „Internationale Brigade Simon Bolívar“, die an den Kämpfen in Nicaragua teilnehmen wollte, den Zorn der neuen Regierung und der FSLN zugezogen. Die „Brigade Simon Bolívar“ wurde konterrevolutionärer, provokatorischer Umtriebe beschuldigt und ihre Ausweisung wurde verfügt. Organisator dieser „Brigade“ war im Wesentlichen die „Bolschewistische Fraktion“ (BF), eine Fraktion innerhalb der VS-Internationale. Das VS schloß sich der Verurteilung der „Brigade“ vollständig an und sprach von einem „verbrecherischen Abenteuer“. Eine Erklärung des VS vom 1.10.79 forderte darüber hinaus die BF auf, alle organisatorischen Aktivitäten in Nicaragua einzustellen. Alle Trotzlisten Nikaraguas sollten als „loyale Kämpfer“ in der FSLN und anderen offiziellen Organisationen mitarbeiten.

Dem Streit lag eine kontroverse Einschätzung der Entwicklung in Nicaragua zugrunde: Während die VS-Mehrheit diese Entwicklung sehr positiv einschätzte und praktisch die bestehende Regierung unterstützte, sieht insbesondere die BF Nicaragua als ein Land der schlimmsten Repression gegen die Linke und die Arbeiterbewegung.

Dieser Streit gab den letzten Anstoß für eine Blockbildung zwischen der BF, der „Leninistisch-trotzkistischen Tendenz“ (LTT — ebenfalls eine Fraktion innerhalb der VS-Internationale) sowie dem „Organisationskomitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale“ (OK oder CORQI), das von der französischen OCI dominiert wird. BF, LTT und OK veröffentlichten am 28.10.79 einen gemeinsamen Aufruf, eine „offene Konferenz“ der gesamten trotzkistischen Weltbewegung im Januar 1980 durchzuführen. Zur Vorbereitung wurde von ihnen ein „Paritätisches Komitee“ gebildet.

Dieser Aufruf war offensichtlich als „Provokation“ gegen den am 1.11.79 beginnenden Kongreß der LCR (französische Sektion der VS-Internationale) gedacht. Die LCR-Führung ließ daraufhin über eine Verurteilung dieses Aufrufs abstimmen, wobei klargemacht wurde, daß Verweigerung der Zustimmung zur Verurteilung gleichbedeutend mit Ausschuß sein würde. So verließen die Delegierten der LTT und der BF gleich am ersten Tag den Kongreß der LCR bzw. wurden ausgeschlossen (darüber sind die Versionen unterschiedlich). Dies bedeutet den Ausschuß bzw. Austritt von etwa 25% der Mitgliedschaft der LCR, etwa 300-350 Mitglieder, in erster Linie Anhänger der LTT. Die aus der

LCR Ausgeschlossenen/Ausgetretenen haben sich inzwischen als LCI („Internationale Kommunistische Liga“) neu organisiert.

Auch weltweit kam es noch vor dem XI. Weltkongreß zur Abspaltung der LTT und BF vom VS. Besonders schmerzlich dürfte für das VS der Verlust von rund 2/3 seiner lateinamerikanischen Mitglieder (Anhänger der BF) sein. Der neue Block OK-BF-LTT behauptet, die Mehrheit der trotzkistischen Weltbewegung zu repräsentieren. Auch neutrale trotzkistische Beobachter gehen immerhin davon aus, daß dieser Block ebenso stark sei wie der Rest der VS-Internationale.

Um die Zukunft dieses Blocks scheint es allerdings nicht gut bestellt, da seine Bestandteile sehr widersprüchlich sind. Das OK vertritt, gemessen am VS, eher eine noch sozialdemokratischere Variante trotzkistischer Politik. Ähnliches gilt für die LTT, die beispielsweise 1975 in Portugal für eine PS-Alleinregierung eintrat und für die BRD die Parole einer SPD-Alleinregierung ausgegeben hat. Die BF hat einen bewegten Kurs zwischen z.B. Unterstützung des Linkspersonismus in Argentinien und linkem Radikalismus (wie in Nicaragua) genommen.

Die westdeutsche TLD, Sektion der Internationalen, Spartacist Tendency hat denn auch in ihrer bekannten herzhaften Sprache erklärt, das Bündnis OK-BF-LTT sei „wahrscheinlich einer der kurzlebigen und verröteten Blöcke, die es jemals gegeben hat“. („Kommunistische Korrespondenz“, Dez. 1979). Auch die „Kommunistische Liga“ (KL), deutsche Abteilung der RMF, sieht den neuen Block sehr kritisch: Es handle sich um eine „Gewichtverlagerung zugunsten des rechtsopportunistisch-sektiererischen Teils“ der trotzkistischen Bewegung. OK-BF-LTT seien „rechtsopportunistische Sekten“, die einen „Block ohne Prinzipien“ geschlossen haben. („Revolution“-Extra, Dez. 79). Die österreichische „Internationale Kommunistische Liga“ (IKL), in der BRD vertreten durch eine unsichtbare Kleinstfiliale namens „Spartacusbund“ (beides Abspaltungen von der RMF), steht dem neuen Block zwar auch kritisch gegenüber, hat aber trotzdem angekündigt, an dessen „Offener Weltkonferenz aller trotzkistischen Organisationen“ im Januar 1980 teilnehmen zu wollen. („permanente revolution“, Dez. 79).

Peinlich ist die Öffentlichkeitsarbeit der GIM zu der Spaltung: In der „Was tun“ wurde als einziger Hinweis auf die Spaltung die unkommentierte Übersetzung einer Resolution des 11. Weltkongresses der VS-Internationale abgedruckt. Und zwar erst in der „Was tun“ vom 13.12.79, obwohl der 11. Weltkongreß bereits vom 7. bis 17.11.79 stattgefunden hatte.

Nebenbei gab es noch eine weitere, zwar kleinere, für die GIM aber relevantere Spaltung im trotzkistischen Lager: Die RMF, die Sektionen in der BRD, Österreich und Italien hat, war 1978 in einen „Fusionsprozeß“ gegenüber der VS-Internationale eingetreten. Insbesondere zwischen der GIM und der KL ergab sich eine organisatorische Annäherung, die mit einer gemeinsamen Erklärung beider Gruppen (18.4.78) feierlich bekanntgegeben wurde. In der Folgezeit zeigten sich jedoch zunehmend Schwierigkeiten, anscheinend nicht so sehr in der Beziehung GIM-KL, sondern auf der Ebene VS-RMF. Das VS strebte eine Gesamtlösung an, bei der die (tatsächlich unbedeutenden) Sektionen der RMF in Italien und Österreich nur noch als Kleingeld gehandelt werden sollten. Zugleich ließ das VS Briefe, in denen die RMF darum bat, am 11. Weltkongreß und Vorkongressen teilnehmen zu können, zunächst unbeantwortet und erteilte schließlich am 17.7.79 eine abschlägige Antwort. In dieser Antwort hieß es, „der derzeitige Zustand der Beziehungen zwischen unseren Sektionen und euren Organisationen“ lasse eine derartige Teilnahme „nicht angebracht“ erscheinen. Die RMF reagierte am 10.1.79 mit einer Erklärung, der Fusionsprozeß sei „gescheitert“.

Fortsetzung von Seite 56

sei und die „Arbeiterklasse“ eher abstoßen würde. Die Arbeiter hätten an einem derartigen „Chaos“, wie es derzeit auch bei den Grünen und Bunten zu beobachten sei, keinerlei Interesse — sie seien schließlich an „Disziplin gewöhnt!“ In diesem Sinne sei auch die „Volksfront“-Gründung zu verstehen. Die Menschen, die es wirklich ehrlich meinen, sollten sich daher fragen, ob es nicht das Sinnvollste sei, sich mit der „Volksfront“ auseinanderzusetzen...

+ Zu einer weiteren, ebenfalls sehr kurzen Kontroverse kam es, nachdem Ulrich Leicht sein recht langatmiges Referat über die bevorstehende Strauß-Kandidatur und die Notwendigkeit der „Volksfront“ beendet hatte. Den „Volksfront“-Strategen wurde entgegengehalten, daß sie tatsächlich keinerlei Interesse an einem breiten, fortschrittlichen Zusammenschluß zu den Wahlen hätten, was sich auch an ihrer Haltung zur bunten/alternativen Wahlbewegung dokumentiere. Als konkreter Beweis dazu wurde u.a. eine Information der Dortmunder Antifa-Initiative eingebracht, demnach es die örtliche „Initiative gegen Reaktion und Faschismus“ sei-

nerzeit abgelehnt habe, sich an der Programmdiskussion der Dortmunder „Bunten Liste“ zu beteiligen. Sinngemäße Begründung der Ablehnung, vorgetragen durch eine bekannte KPD/ML-Funktionärin: Für sie sei die Diskussion mit ihnen nicht möglich, da sie davon erfahren hätten, daß in der BuLi auch Schwule mitarbeiten. Die könnten sie ihren Arbeitern nicht zumuten! Die „ML“-Initiative hatte daraufhin in einem Dortmunder Wahlkreis kandidiert — gewissermaßen als „Testwahl“ für die spätere „Volksfront“ — und 0,7 % der Stimmen für sich verbuchen können, also weitaus weniger als die BuLi, die in Dortmund noch nicht einmal sonderlich erfolgreich abschnitt.

Auf die Frage an die Veranstalter bzw. an die „Volksfront“, wie sie sich zu derartigen Begebenheiten stellen, kam nur die demagogische Gegenfrage, man möge, bittesehr, doch einmal überlegen, wer in dieser Gesellschaft wohl die Hauptkraft sei — die Arbeiterbewegung oder die Schwulenbewegung?! Auch Eicke Hemmer meldete sich noch einmal in diesem Sinne zu Wort und warf den Bunten vor, sie seien ein unüberschaubares Sammelsurium unter-

Orientierungsstufe in Niedersachsen: Erst vorgruppiert, dann aussortiert!

Die niedersächsische CDU-Regierung und besonders Kultusminister Remmers werden von der bürgerlichen Presse der Öffentlichkeit immer wieder als Vertreter einer liberaleren Schulpolitik im Lager der CDU vorgeführt, wobei wesentlich das Festhalten an den bestehenden Gesamtschulen und die Durchführung der landesweiten Orientierungsstufe als Beleg angeführt werden. Der jetzt vom Kultusministerium veröffentlichte Erlaßentwurf „Erprobung von Vorgruppierungen in der Orientierungsstufe“ macht deutlich, daß auch Remmers die Interessen der gutverdienenden Eltern, die um die gymnasiale Zukunft ihrer Kinder bangen, in den Mittelpunkt seiner Schulpolitik stellt.

Gegen Widerstände aus den eigenen Reihen hatte Remmers die von der damaligen SPD-Regierung begonnene Einführung von Orientierungsstufen im ganzen Landesgebiet weitergeführt, ein Prozeß, der mit Beginn des Schuljahres 1980/81 abgeschlossen sein soll. Die Orientierungsstufe als Bindeglied zwischen Grundschule und dreigliedrigem Schulwesen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) steckt seit jeher in dem Dilemma, Ausleseinstrument zu sein (da hier ja festgelegt wird, welche Form des dreigliedrigen Schulwesens der Schüler später besucht) und den Anspruch zu haben, Lernunterschiede durch Förderung auszugleichen. Immerhin zögert sie jedoch die Entscheidung über die Schulzuweisung der Schüler um zwei Jahre hinaus, was von reaktionären Eltern seit jeher energisch bekämpft wird. Parallel zur landesweiten Ein-

führung der Orientierungsstufe, was der Öffentlichkeit als Zeichen sozialer Schulpolitik verkauft wird, wird nun den Eltern „besseren Kreise“ weiterhin die Möglichkeit eingeräumt, ihre Kinder unter „ihresgleichen“ ausbilden zu lassen. Der Entwurf aus dem Kultusministerium sieht vor, bereits nach einem halben Jahr auf der Orientierungsstufe die „leistungsstärkeren“ Schüler in den Fächern Deutsch, Englisch (bzw. Latein) und Mathematik zu einer Lerngruppe zusammenzufassen. Nun sind solche Differenzierungsmaßnahmen an den Orientierungsstufen nicht neu. Schon bisher wurden die Schüler in Mathematik und in der Fremdsprache in A-, B- oder C-Kurse eingeteilt. Konnte man bisher jedoch in einem Fach in einem besseren, im anderen Fach hingegen in einem schlechteren Kurs sein, so werden jetzt die „guten“ Schüler unabhängig von Leistungen in einzelnen Fächern zusammengefaßt und kommen mit den anderen Schülern nur noch in den restlichen Stunden in Berührung. Neu ist auch, daß das Fach Deutsch, dem aufgrund des Erfahrungsaustauschs zwischen Schülern unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen eine besondere soziale Funktion zukommt, in die Differenzierung einbezogen wird. Ziel dieser „Vorgruppierung“ ist, daß angeblich bessere Schüler von den übrigen Schülern abgesondert werden, also quasi ein Gymnasium in der Orientierungsstufe geschaffen wird.

Das Ziel dieser Vorgruppierung wird auch deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Schüler bereits nach einem halben Jahr im A-Kurs zusammengefaßt werden: „Die ‚Gewöhn-

ungsphase‘ des ersten halben Jahres verdichtet sich zur entscheidenden Zuweisungsinstanz: Testertis wird herrschen, Angst, Streß und Leistungsdruck werden zum Schulalltag gehören. Wer das nicht weiß und sich entsprechend vorbereitet (und das heißt, den elterlichen Ansporn erfährt), hat eben Pech gehabt“, so beurteilt der Erziehungswissenschaftler Jört Ziegenspeck die Situation („FR“, 26.4.79). Hinzukommt, daß die Zuweisung zum A-Kurs auch von den Beurteilungen des Schülers in der Grundschule abhängig gemacht werden könnte, was die Vorverlegung des Leistungsdrucks in die Grundschule bedeutet.

Den auserlesenen Schülern des A-Kurses ist der Übergang ins Gymnasium gewiß. Auch entgegen der Empfehlung der Schule am Ende der Orientierungsstufe soll hier der „freie Elternwille“ entscheiden. Bisher müssen jene Schüler, die entgegen der Empfehlung der Schule ins Gymnasium wollen, eine Aufnahmeprüfung absolvieren, was für „gewöhnliche“ Orientierungsstufen-Schüler weitergelten wird.

Aber auch die Art der Einführung der Vorgruppierungen in der Orientierungsstufe hat Remmers geschickt ausgeheckt: Zunächst sollen die Vorgruppierungen nur dort eingeführt werden, wo die Orientierungsstufe bisher nicht eingeführt wurde. Damit wird zum einen den Rechten, die gegen die Orientierungsstufe sind, der Wind aus den Segeln genommen; vor allem wird hier aber die groß angekündigte Reform von Beginn an zunichte gemacht, so daß nur noch der wahlwerbende Name „Orien-



tierungsstufe“ bestehen bleibt. Vor der Einführung werden die Eltern befragt, die mehrheitlich zustimmen müssen (was dann aber auch für die folgenden Schülerjahrgänge, deren Eltern nicht gefragt werden, gilt). Aber rechte Eltern, die mit ihren Vorstellungen nicht durchgekommen sind, brauchen nicht zu verzagen: Sie können ihre Kinder an einer Schule, die die Vorgruppierung beschlossen hat, anmelden.

Die Einführung der Vorgruppierung in der Orientierungsstufe erweist sich somit als typisches Produkt der Remmersschen Schulpolitik: Bei Beibehaltung sozialer Demagogie den Wünschen der rechten Eltern gerecht werden. Oder, um Remmers selbst zu zitieren: „Eine glaubhafte und mehrheitsfähige Schulpolitik besteht darin, eine Schule zu ermöglichen, die von möglichst allen Teilen der Gesellschaft

bejaht wird“ („FR“, 5.7.79). In einem Land, in dem die CDU nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügt, hält Remmers es nicht für ratsam, polternde Kampagnen im straußschen Stil zu inszenieren. Er setzt mehr auf die Kleinarbeit im Stillen: „Ein Zurückdrehen der Orientierungsstufe (OS), die in diesem Jahr zu 80% eingeführt sein werde, würde das Erreichte gefährden und Unruhe in alle Schulen tragen. Das, so Remmers, würden die betroffenen Eltern in diesem Lande nicht verstehen. Korrekturen an der OS müssen nach Meinung des Ministers nicht an der Organisationsform, sondern an den Inhalten der OS ansetzen“ (Remmers auf dem CDU-Parteitag im März 78 in Oldenburg, zitiert nach „Erziehung und Wissenschaft — Niedersachsen“ 3/78).

Ein Hamburger Lehrergenosse

Spitzeldienste auch für Kapitalisten!

Wie die „roten blätter“ in ihrer letzten Ausgabe berichten, hat „Kollege Jedermann“ sich nicht nur als Kriminalrat der politischen Polizei von Universitäten und Professoren Auskünfte über studentische Daten erbeten (vgl. dazu AK 169), sondern auch als Vertreter des Facit-Verlages. In einem Schreiben erkundigte er sich nach Daten über Kommilitonen, die sich angeblich für eine leitende Position in seinem Hause beworben hatten. Er erhielt auch hier umgehend und umfassend Auskunft.

Professor Schüller von der Universität Marburg rief sogar wegen der Eile in dieser Angelegenheit „gewissermaßen privat“ zurück. Leider wußte er jedoch nicht viel mehr zu berichten, als daß der Betreffende inzwischen einen Antrag für einen Lehrauftrag „Einführung in die marxistische politische Ökonomie“ gestellt hatte. Er verwies den Kollegen Jedermann bereitwillig an Professor Heuss in Erlangen-Nürnberg bei dem es „da eine gerichtliche Geschichte“ gegeben hatte.

Prof. Heuss wußte Näheres. Der Betreffende sei zu einer Geldbuße verurteilt worden, da er an einer „Störung einer Vorlesung“ beteiligt war, die „von linker Hand vorbereitet worden ist“. Mit aller Mühe versucht er den Vertreter des Facit-Verlages noch zu überzeugen, daß es sich hierbei keineswegs um eine „Jugendstunde“ gehandelt haben könnte: „Das ist ein erwachsener Mann, er ist ja nicht mehr ein Kindskopf gewesen in dieser Hinsicht ... das ist hier nicht nur, daß er bestimmte Jugendsünden hat, sondern das sind auch bestimmte charakterliche Dinge. Das ist im Grunde genommen, es fehlt eben ein

Akt, ein Empfinden der Fairneß und der Anständigkeit, und das kann ein junger Mensch schon im Grunde genommen haben, oder er ist ein Agitator und geht über Leichen, wenn es ihm drauf ankommt. Und das, er ist nicht mehr, ich meine in dem Alter ist er nicht mehr spätpubertär.“ Ob der betreffende Kommilitone im MSB organisiert war, erschien Heuss nebensächlich: „... ob der aber noch Mitglied gewesen ist, das erscheint mir im Grunde genommen auch gar nicht mehr so relevant zu sein, sondern wie er agitiert hat, das scheint mir als relevanter.“ Und selbstverständlich gehörte der Kommilitone „zu den führenden Leuten“.

„Leider nichts bekannt ...“

„Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß ... eine Frau ... in den Studentenakten von 1972 bis 1979 nicht verzeichnet ist.“ Um dem aufrichtigen Bedauern Nachdruck zu verleihen, übermittelt dieses offizielle Schreiben der Hochschule Hildesheim (im Namen des Kanzlers) noch einige Tipps, wie der Facit-Verlag eventuell zu den gewünschten Erkenntnissen über Frau ... kommen kann. Auch die Technische Universität Clausthal-Zellerfeld antwortet ganz selbstverständlich mit einem kurzen Brief, kann aber leider auch keine Auskünfte geben.

Weitergabe von Prüfungsdaten

Doch nicht nur Angaben über politische Aktivitäten spielen bei Bewerbungen eine Rolle, sondern auch genauere Informationen über Prüfungsergebnisse. So gehen z.B. Anga-

ben über die ersten Kommastellen der Noten und die Zensuren der mündlichen Prüfungen nicht aus den offiziellen Zeugnisunterlagen hervor. Daß das Hamburger Prüfungsamt solche Daten, die an sich nur zu statistischen Zwecken gesammelt werden, an Unternehmen weitergibt, beweist der Fall Michael Jung. Er bewarb sich 1977 bei der Hamburger Sparkasse. Nach Abschluß des Verfahrens erhielt er die von ihm eingereichte Zeugniskopie zurück. Sie war mit Bleistift um die erste Kommastelle der Zensuren und die Noten der mündlichen Prüfung ergänzt worden. Kurze Zeit später bewarb sich M. Jung bei der Deutschen Bundesbank. Er erhielt erst eine Zusage, die später mit dem Hinweis auf politische Aktivitäten — seine Arbeit im SHB und in der Verfaßten Studentenschaft — zurückgenommen wurde.

Gespräche bestätigt

Auf Anfrage der „Frankfurter Rundschau“ bestätigten zwei Gesprächspartner des Kollegen Jedermann, daß „die Gespräche mehr oder weniger in der veröffentlichten Form abgelaufen seien“ („FR“, 31.1.80). Hall von der Uni Hohenheim wollte sich allerdings zugute gehalten wissen, daß er nicht sofort Auskünfte erteilt, sondern zurückgerufen habe.

Nun wird nicht etwa wegen Datenmißbrauchs ermittelt, sondern gegen mehrere Mitarbeiter der „roten blätter“ wegen „Amtsanmaßung und der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes“.

SSB/Hamburg

HOCHSCHULE HILDESHEIM
WISSENSCHAFTLICHE HOCHSCHULE DES LANDES NIEDERSACHSEN
— Der Kanzler —

Hildesburgerplatz 1 3000 HILDESHEIM, DEN 19.12.1979

An den
Facit Verlag
Pöppelendorfer Allee 104
5300 Bonn 1

Az.: 461/10

Ref.: ... geboren am ... 1953
Refus: Ihre Anfrage vom 14.12.1979

Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß nach Auskunft meines Immatrikulationsamtes eine Frau ... in den Studentenakten von 1972 bis 1979 nicht verzeichnet ist.

Durch hochschulpolitische Aktivitäten, insbesondere auch verfassungsfremde Aktivitäten, ist sie an der Hochschule Hildesheim nicht aufgefallen. Weitere Auskünfte kann ich ggfs. dann erteilen, falls Frau ... jetzt verheiratet ist und an der Hochschule Hildesheim unter ihrem Mädchennamen eingeschrieben war oder wenn Sie mir die Abschlusssart und das Abschlusssdatum des Studiums mitteilen.

Darüberhinaus besteht die Möglichkeit, daß Frau ... nicht an der Hochschule Hildesheim, sondern an der Fachhochschule Hildesheim/Holzland studiert hat. Ggfs. bitte ich, eine gleichlautende Anfrage dorthin zu richten.

In Auftrage
[Signature]

Koblenz-Kolleg wird geschlossen

Trotz heftiger Proteste der Studierenden und Einwänden der Gewerkschaften hat die Rheinland-Pfälzische Landesregierung beschlossen, das Koblenz-Kolleg, eine Einrichtung des zweiten Bildungsweges, zu schließen. Zynischerweise begründet die Kultusministerin Laurien (CDU) diese Entscheidung auch noch mit der „humanen Dimension“ von Bildung:

„Die Feststellung, daß Bildung nicht primär einen Nützlichkeitsaspekt habe, sondern vor allem anderen durch eine humane Dimension ge-

kennzeichnet sei, war auch bei der hier diskutierten Entscheidung leitend“. Die zu geringe Schülerzahl in Koblenz verhindere eine „sachgerechte Ausgestaltung des Kurssystems“ („FR“, 31.1.80).

Ausschlaggebend dürfte in Wahrheit weniger die christdemokratische Humanität gewesen sein als vielmehr der finanzielle Aspekt. Schon 1976 hatte sich der Rheinland-Pfälzische Rechnungshof über die „hohen Ausgaben für die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges“ beschwert.

Demo gegen Ausbildungsmisere

Etwa 1500 Schüler, Eltern, Lehrer und Studenten demonstrierten am 30.1.80 in Hannover gegen die niedersächsische Bildungspolitik. Aufgerufen hatten zur Demonstration die Stadt Eltern- und Stadtschülerrat, die GEW und die Konferenz Niedersächsischer Studenten. Die Demonstration richtete sich gegen Unterrichtsausfall und hohe Klassenfrequenzen an den Schulen, gegen Lehrerarbeitslosigkeit und überfüllte Seminare an den Hochschulen; außerdem gegen das neue niedersächsische Schulgesetz.

Die teilweise mit Kerzen und Lampen ausgerüsteten Demonstranten - („damit Kultusminister Remmers endlich ein Licht aufgehe“) hieß es im Aufrufblatt) wurden

auf ihrem Marsch von einem am Haus des Kultusministeriums angebrachten Transparent überrascht:

„Kerzen, Demos und Tam-Tam, schaffen keine Lehrer ran. - Der Lehrermarkt ist ausverkauft, für die Fächer, die ihr braucht! - Backt mir die Lehrer für die Fächer wo's brennt, und ich die Schulen auf 100 Prozent.“

Dies war denn doch eine solche Provokation, daß von einigen Demonstranten Farbbeutel und Knaller gegen das Kultusministerium geworfen wurden, was dann auch gleich die Polizei dazu veranlaßte, Handgreiflichkeiten zu begehen.

Ein Genosse aus Hannover



Hamburg-Bergedorf: Hausbesetzung und Demo für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Eine schon länger bestehende Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum führte am 25.1. mit ca. 50 - 100 Jugendlichen eine symbolische Hausbesetzung durch, um die Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu mobilisieren. Nach der Aktion zogen die mittlerweile ca. 200 Demonstranten zum Bezirksamt, wo eine Delegation mit Bezirksamtsleiter König einen Gesprächstermin in der folgenden Woche vereinbarte. Die Demonstranten zogen darauf in die Bergedorfer Innenstadt.

RFS: »Freiheitliche« Verbindung zum Neofaschismus

Über die bundesweite Formierung des „Ringes Freiheitlicher Studenten“ (RFS) und seine Nähe zum Rechtsextremismus berichteten wir bereits im AK 167 (S. 18). Doch nicht nur bekannte CSU-Freunde wie Gerhard Löwenthal und Lothar Bossle, wie der Vorsitzende der Initiative „Studenten für Strauß“ gehören zu den Förderern dieses „freiheitlichen“ Studentenringes. Offizielles Mitglied im RFS ist auch der „Hochschulring Tübinger Studenten“ (HTS). Genau jener HTS, der am 4. Dezember 1976 gemeinsam mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ mit Totschlägern auf antifaschistische Demonstranten losging. Gemeinsam mit der inzwischen verbotenen „Wehrsportgruppe“ betreibt der HTS auch Söldnerwerbung für die weißen Rassen im südlichen Afrika. HTS-Führer Axel Heinzmann entschuldigte am 11. Mai 1977 vier seiner Mitglieder beim Präsidium des

Studentenparlaments in Tübingen. Sie könnten für einige Zeit nicht mehr an den Sitzungen des Studentenparlaments teilnehmen, da sie sich zusammen mit anderen HTS-Mitgliedern im südlichen Afrika aufhielten „zwecks Unterstützung der Abwehr gegen die kommunistische Aggression“. Eben dieser Heinzmann war lange Zeit Korrespondent der Zeitschrift „student“, welche heute als Zentralorgan des RFS fungiert. „student“ wird seit 1968 von einer unverdächtig klingenden „Studentischen Aktionsgemeinschaft für Publizistik e.V.“ und nach eigenen Angaben mit einer Auflage von 60.000 Exemplaren kostenlos verteilt. Axel Heinzmann ist nicht der einzige HTS-Funktionär, der sich in dieser Zeitschrift zu Wort meldet. Im Jahre 1978 fusionierte der „student“ mit dem „Deutschen Studenten-Anzeiger“. Dieser wiederum

war seit 1961 das Nachfolgeorgan der Zeitung des verbotenen rechtsradikalen „Bundes Nationaler Studenten“. Gedruckt wurde der „Deutsche Studenten-Anzeiger“ im Hannoverschen „National-Verlag“, dessen Leiter Waldemar Schütz einst SS-Obersturmbannführer war und mittlerweile als NPD-Mitglied sein Unwesen treibt. Bei der Fusionierung vom „Deutschen Studenten-Anzeiger“ und „student“ schrieb ein gewisser Peter Dehoust das Geleitwort. Dehoust ist hoher NPD-Funktionär und Schriftleiter der europäischen Neonazi-Zeitung „Nation Europa“. Wie gesagt, „student“ ist heute die zentrale Zeitschrift des RFS, der sich trotzdem noch als „liberal-konservative“ Alternative zum RCDS verkaufen möchte. (Nach „rote blätter“, 1/80) SSB/Hamburg

Hamburg: Wahlen zum Studentenparlament

Bei den Wahlen zum Studentenparlament zu Ende des Wintersemesters an der Uni-Hamburg erhielten die „Gewerkschaftlich Orientierten“ (MSB, SHB, Jusos) 54% der Stimmen und 75% der zu vergebenen Sitze. Dieses Mißverhältnis kommt durch das Wahlverfahren zustande. Im einzelnen erhielten die Jusos 1641 Stimmen (24,5%), der MSB 1063 Stimmen (knapp 16%), SHB 900 Stimmen (über 13%). Die anderen kandidierenden Gruppen erhielten – bis auf die KHG – je vier Sitze über die Gesamtliste. Die Linke Liste erhielt

970 Stimmen (14,5%), der LHV 878 (13%), die KHG (KBW-Studentengruppen) 102 (1,5%). Der RCDS schnitt mit 950 Stimmen (über 14%) leider recht gut ab. Bemerkenswert bleibt die gesunkene Wahlbeteiligung von knapp 24% (im vergangenen Wintersemester 33%), u.a. besonders stark auch an den Bereichen, die im Semester Aktionen durchgeführt haben. So bei den Lehrerstudenten, deren bundesweiter „Streik“ fast vollständig von den „Gewerkschaftlich Orientierten“ bestimmt war, aber auch bei den Psychologen, die im Semesterboy-

kott gegen ihre katastrophale Ausbildungssituation standen. Ist bei den Lehrerstudenten im wesentlichen der Frust über die Streik- und Aktionstage-Konzeption der „Gewerkschaftlich Orientierten“ Ursache der sinkenden Wahlbeteiligung (was zu einem erheblichen Stimmenrückgang des MSB führte), spielte hier wie anderswo auch eine Rolle, daß die linken Initiativen an den Bereichen sich nicht auch auf der Ebene der Studentenparlamentswahlen als Alternative begreifen und zusammenschließen, sondern sich „nur“ an ihren Bereichen engagieren. Der Wahlkampf der Linken Liste (in der auch der SSB mitarbeitete) blieb so wesentlich beschränkt auf ein paar Aktivisten, deren Reichweite beschränkt bleibt, solange sie nicht von den Linken an den Fachbereichen unterstützt werden, und so eine neue Verbindung von Initiativen und Fachschaftsräten an der Uni aufgebaut wird.

Linke Liste gewinnt an der HFBK

An der HFBK gewann die Liste Demokratischer Kampf 13 der 15 Studentenparlamentssitze. 2 gewann der MSB. Die Wahl erfolgt rein nach Persönlichkeitswahlrecht. Dabei erhielten die Kandidaten der LDK durchschnittlich 178 Stimmen, die des MSB 70.

Zwangsexmatrikulation durch die Hintertür?

Zwar hat der hessische Kultusminister versprochen, die Zwangsexmatrikulation aus dem Hochschulrahmengesetz zu streichen, doch legte er inzwischen der Fachhochschule Gießen eine Prüfungsordnung für den Bereich „Technisches Gesundheitswesen“ vor, die vorsieht, die Wiederholbarkeit von einzelnen Leistungsnachweisen während des Studiums einzuschränken. Dies wird zweifelsohne dazu führen, daß Studenten bereits im Laufe ihres Studiums entgültig scheitern. Zumal die Fachhochschüler gefordert sind, ca. 60 (sechzig)

solcher Leistungsnachweise während ihres Studiums zu erbringen und daneben 32 Stunden pro Woche für die Teilnahme an Pflichtveranstaltungen aufwenden müssen. Bereits jetzt beträgt in einzelnen Fächern die Durchfallquote bei Klausuren mehr als 90 Prozent. Eine Einschränkung der Wiederholbarkeit von Klausuren bezeichnet der ASTA der Fachhochschule Gießen ganz richtig als „Durchsetzung der Zwangsexmatrikulation auf kaltem Wege“ (nach „FR“ vom 25.1.). SSB/Hamburg

Hochschullehrer boykottieren Prüfungen

– „Kennen sie das Deutschlandlied?“ – Frage eines Schulprüfers während einer Prüfung im Fach Sozialkunde. – Suspendierung von Prof. Narr im September ’78, weil er sich weigerte an Prüfungen teilzunehmen, bei denen die Themen den Prüflingen ohne Absprache mit ihm gestellt wurden.

– Verzögerung der Zulassung des Vorsitzenden der Studentengruppe FU der GEW, Klaus Will. Er hatte sich in einem Leserbrief an den „Tagesspiegel“ und in einem Offenen Brief an einen Referenten des Prüfungsamtes über die dort herrschenden Mißstände beschwert. Dies ist nur die Spitze des Eis-

berges der herrschenden Prüfungspraxis des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes (WLPA) in Westberlin. Der alltägliche Ärger für die Student(innen) zeichnet sich durch folgendes aus: + Von der Anmeldung zur Prüfung bis zum Abschluß vergehen in der Regel 15 Monate. Dies ist gerade für Bafög-Empfänger ein unzumutbar langer Zeitraum. Der Terminplan wird einem allerdings nicht von Anfang an mitgeteilt, sondern erst etwa 14 Tage vor der jeweiligen Prüfung (Hausarbeit, Klausuren, mündliche Prüfungen). Dadurch wird eine sinnvolle Zeiteinteilung zwischen den einzelnen Prüfungen unmöglich, man muß auf Abruf vorbereitet sein. + Es ist zwar möglich, Schwerpunkte zu wählen, aber es besteht keine Garantie, daß man in einer Prüfung nur über die Schwerpunkte befragt wird. Es wird im Prinzip verlangt, das „ganze Wissen“ eines Studiums abfragbar bereit zu haben. + Bei der Wahl der Schwerpunkte herrscht ziemliche Willkür. Wenn ein Schwerpunkt vom Prüfungsamt einmal akzeptiert wurde, muß es beim zweiten Mal nicht so sein. Eine Zustimmung des prüfenden Hochschullehrers bedeutet noch lange keine Zustimmung des Prüfungsamtes.

Wegen dieser Mißstände hatte es schon häufig Kritik gegeben. Inzwischen hat sich die Situation soweit zugespitzt, daß sich 55 Professoren von FU, TU und PH zu einem Boykott entschlossen haben. Sie wollen während einer Woche keine Prüfungskandidaten annehmen und in dieser Zeit in ihren Lehrveranstaltungen über die Prüfungssituation diskutieren. Außerdem wollen sie für einen kurzen Zeitraum keine Prüfungen abhalten. Wenn dieser Boykott u.a. auch auf Kosten der Studenten geht, so ist doch sehr zu begrüßen, daß sich Hochschullehrer gemeinsam gegen die Verschärfungen wehren und die unzumutbare Situation öffentlich machen. Auch unter den Student(innen) werden jetzt Protestaktionen vorbereitet unter dem Motto: DAS WLPA MUSS AUFGELÖST WERDEN! Eine Genossin aus Westberlin

Gemischte Gefühle

... hat die Nomierung von Strauß selbst im Studentenableger der CDU hervorgerufen. Sogar die Bundesgeschäftsstelle des RCDS zeigt „Verständnis“ für die „Skepsis“ der Studenten gegenüber dem Franz-Josef. Nun, er ist ja wirklich nicht immer der Höflichste, und gerade den Studenten ist sein urbane-

rischer Humor wohl nicht besonders sympathisch. Es dürfte schwerfallen, Strauß als Hampelmann irgendeines christdemokratischen Unionsprogramms zu verkaufen, und selbst das ist bisher nur in kleinen Kreisen der Studentenschaft auf Sympathie gestoßen.

RCDS

Ring Christlich-Demokratischer Studenten

– Bundesvorsitzender –

ACDS-Bundesvorstand – Jugend F. 530 Bonn

An alle

Gruppen- und Landesvorsitzenden

BUNDSRIEF Nr. 19

Liebe Freunde,

wie sich inzwischen rumgesprochen haben dürfte, hat die CDU/CSU sich nun für die Nomierung von Franz-Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten entschieden. Nach den Reaktionen, die auf diese Entscheidung von den Gruppen an den Bundesvorstand gelangt sind, kann man behaupten, daß die Nomierung von Franz-Josef Strauß in RCDS zumindest gemischte Gefühle hervorgerufen hat. Ich schreibe Euch dennoch alle herzlich darum bitten, von Presseveröffentlichungen als RCDS zu diesem Thema abzuheften.

Wir werden die Entscheidung der CDU/CSU in dafür zuständigen Verbandsgremien, dem Bundesauschuss, in Kürze diskutieren. Es steht Euch selbstverständlich frei, für diese Diskussion Anregungen an den Bundesvorstand zu geben.

Bei der Diskussion dieser Frage in den Hochschulen sollten wir uns in etwa an folgenden Richtlinien orientieren:

1. In Grundstruktur des RCDS ist die CDU/CSU als die dem RCDS nahestehende Parteiengruppierung genannt worden. Grund dafür ist das Programm dieser Parteien.
2. Die Skepsis vieler Studenten gegen Franz-Josef Strauß ist durchaus verständlich, teils durch Urteile über ihn und teils durch sein eigenes Verhalten hervorgerufen.
3. Die Auswechslung der Person des Kanzlerkandidaten ist nicht zwingend ein programmatisches Urteilsurteil in der Union. Genau daraufhin wird der RCDS in seiner Arbeit besonders hinarbeiten. (Und wie gesagt: wegen des Programms stehen wir der Union nahe).
4. Der RCDS legt an Franz-Josef Strauß die gleichen Maßstäbe an, wie an jeden anderen führenden Politiker jeder Partei.

Bundeschäftsstelle

Telefon (02231) 210176

210179

210178

Postfach Bonn 1203

Communications Bonn 1201/777

St. Bonif. Bonn 0471110

Postfach Bonn 1204/400

Bonn, den 4.7.1979

KB unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 32

Dokumentation zum 1. Kongreß des KB

72 Seiten DM 5.-

Aus dem Inhalt: Referat des LG zur Krisen-debatte, Berichte: AG Frauen, Situation der Kinder im KB und unsere Kinderpolitik, RGW-Kommission, Antifa-Resolution, Statut des Kommunistischen Bundes, ... Grußadressen und Beiträge der Gäste, Berichte und Presseecho u.a.m.

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs-/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern. Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird. + Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos,

eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....

Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Wie kriminell ist die NPD?



ca. 250 Seiten
ISBN 3-88305-006-7

ca. DM15

Dieses Buch über die NPD liefert Analysen, Dokumente und schildert personelle Zusammenhänge, die den kriminellen Charakter der NPD belegen:

- Die NPD in der Tradition der Nazis;
 - Die NPD in der Tradition der verbotenen Organisationen nach 1945;
 - Die NPD als Sammelbecken und Ursprung faschistischer Terrorbanden.
- Weiter ausführliche Beweisführung über die Legalisierung der NPD über Verwaltung, Justiz und Polizei. Dazu werden verschiedene Fallstudien ausgeführt (Nazi-Demonstrationen, Berufsverbotsverfahren, u.a.m.). Das Buch enthält darüber hinaus ein ausführliches Register über Namen und Organisationen und Literatur. Dieses Buch ist eine wichtige Stütze im Kampf gegen Neonazismus.

NAZIM HIKMET

Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
ISBN 3-88305-021-0

DM14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort von Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM15

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

ca. DM13

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, die alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge von ihnen werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt.

Im „zweiten Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwaggon des Schnellzuges reisen. Es sind: Journalisten, Politiker, Kapitalisten. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen.

Das „dritte Buch“, das in Kürze erscheinen wird, berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Hahl, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Desweiteren beschreibt es in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich -- DM 27,50
jährlich -- DM 55,-

O

O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020
Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**AK
Abo
Karte**

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Ein »weltfremdes« Bundestagshearing

Wie führt man eine Anhörung zu einem Gesetz durch, bei dem sämtliche Betroffenen die bestehenden Gesetzesvorlagen ablehnen? Dies war die Frage für das Hearing des Bundestages zu den Gesetzesvorlagen zur Kriegsdienstverweigerung und zum Zivildienst, dem Trägerverbände von Sozialeinrichtungen, Vertreter der Kirchen und Kriegsdienstverweigerer geladen waren (zu dem geplanten Gesetz s. Arbeiterkampf 169, S. 22). Stellvertretend hatten während des Hearings 8 Zivildienstleistende ihre zerschnittenen Wehrpässe überbracht und das Hearing zur „Farce“ erklärt. Am Nachmittag demonstrierten in Bonn 300 Zivildienstleistende aus Nordrhein-Westfalen gegen die geplanten Gesetze.

Der Klärung der „verfassungsrechtlichen und parlamentarischen Abdeckung des politisch Machbaren“ sollte laut Presse das Hearing dienen.

Die vorgesehene Beibehaltung und Verschärfung der Gewissens-Inquisition für Kriegsdienstverweigerer wurde von den Kirchen für nicht „machbar“ erklärt. Die Kirchenvertreter kritisierten „diplomatisch“ und „nur ungern... aber doch recht deutlich“, heißt es im Bericht von Pfarrer Finck, der als Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer ebenfalls am Hearing teilnahm. Rechtsanwalt Hoffert zufolge könne man die „Unausweichlichkeit“ des Gewissens, die im neuen Gesetz nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gefordert wird, „tatsächlich erst durch Geisteskrankheit oder Straffälligkeit beweisen“. Glaube man dem Bürger, brauche man kein Verfahren, sonst könne „man genauso gut würfeln oder alle ablehnen“. Für das katholische Bischofskommissariat erklärte Professor Boeckle: „Ein Staat, der das Gewissen seiner Bürger überprüfen wolle, maße sich göttliche Mächte an, die ihm nicht zustünden“ („FR“, 17.1.80). Die FDP-Abgeordneten Hölscher und Möllemann sahen sich laut Presseerklärung in ihrer Haltung bestätigt, daß man Gewissen nicht

überprüfen könne. Man wunderte sich bloß, warum dann ihr Gesetzesentwurf in aller Regel die Gewissensüberprüfung vorsieht. Proteste hin und her, das Bundesverfassungsgericht habe demokratisch „rechtmäßig“ gehandelt, erklärten die geladenen Verfassungsrechtler, als es vor zwei Jahren die Wehrdienstnovelle, die die Möglichkeit einer formlosen Verweigerung ohne Gewissens-TÜV erlaubte wieder außer Kraft setzte. Wer die „grundsätzliche Anhörung“ von KDV's in Frage stelle, wolle offensichtlich ihre Zahl „möglichst hoch halten“, erklärte der Bundeswehrverband, KDV's könnten ihre Anträge sich sonst „durch Dritte“ schreiben lassen („FR“, 16.1.). Wer nicht dem Vaterland bei der Bundeswehr dienen will, ist ja zu allem möglichem fähig.

So konnte sich die CDU/CSU-Fraktion nach dem Hearing prompt für „bestätigt“ und „gestärkt“ erklären. Trotz „beachtenswerter Argumente“ könne ohne Gewissens-TÜV das Gesetz vor dem BVG „keinen Bestand“ haben, weil sonst Wehrpflichtige der „Diskriminierung“ ausgesetzt würden.

Weiterhin ging es um die gemeinsame von allen Parteien getragene Planung des „lästigen Zivildienst“, der in Zukunft paramilitärisch in Kasernen, z.T. sogar in „Zivilschutz“ und Mooren durchgeführt und damit dem Wehrdienst angeglichen werden soll, wobei die CDU noch 18 statt 16 Monaten Dienst fordert.

Verfassungsrechtler Kriele (von der Bundesregierung geladen) verwies zwar „auf die mißglückten Versuche, Gewissen durch Verbrennen oder Galeerenstrafen zu beugen“ und schlug dennoch 24 Dienstmonate vor. Selbst dem 2. Verfassungsrechtler war das zuviel: „Die ersten Christen hatten die Gewissensfreiheit, sich den Löwen vorwerfen zu lassen.“ dieses Vorgehen sei aber durch das Grundgesetz verboten. Ansonsten war die Front der Verbände und Kirchen gegen die geplanten Verschärfungen deutlich.

Man könne niemanden zum sozialen Dienst abkommandieren und au-

ßerdem seien die derzeitigen Experimente und Planungen auf diesem Sektor im Grunde gesetzeswidrig (nach Dokumentation der Zentralstelle).

Während SPD und FDP in ihren Stellungnahmen nach dem Hearing die einhelligen Kritiken am Ausbau des Zivildienstes in Richtung Arbeitsdienst einfach unterschlugen, bekennt sich auch hier die CDU/CSU zum Auftrag des BVG zum Ausbau der „lästigen Alternative“.

Dennoch dürfte durch dieses Hearing die noch für diese Legislaturperiode vorgesehene Verabschiedung des Gesetzes nicht mehr möglich sein. Trotzdem haben die Zivildienstleistenden davon nichts zu erwarten. Beispielhaft macht dies der Kommentator der „Augsburger Allgemeinen“ deutlich: „Die Bundestags-Anhörung... fand eigentlich zu einem ungünstigen Zeitpunkt statt. Während Kirchen und allerlei Friedensgesellschaften noch über die Unprüfbarkeit des Gewissens meditieren, haben kühle Rechner bereits simple Rechnungen aufgemacht. Der Geburtenrückgang läßt Politiker und Militärs schon über die Verlängerung des Wehrdienstes nachdenken, und der Wehrbeauftragte erwog aus gleichem Grund schon den Einsatz von Frauen in der Bundeswehr. Der Anhörung gestern haftete deshalb ein Hauch von Weltferne an. Eiskalte Rechenwerke und philosophisches Hinterfragen des Gewissens vertragen sich nun einmal schlecht“ („AA“, 17.1.80).

Die Militäristen planen den verschärften Zivildienst und Militärdienst, die Proteste dagegen sollen als „weltfremd“ verteuft werden. Kein Wunder, daß die „Frankfurter Allgemeine“ angesichts dieser Lage das Verhalten der Parteien kritisiert. Die Koalitionsparteien gehen ihr viel zu wenig auf die Proteste ein, weil sie nicht als „Wehr-Feind“ erscheinen wollen, die CDU/CSU sei nicht zukunftsweisend genug, weil sie nicht als „kommissig“ angesehen werden möchte („FAZ“, 19.1.).

Antimil-Kommission

Erfolgreicher Hungerstreik gegen Kriegsdienst



Andreas während des Hungerstreiks

In Harburg (bei Hamburg) führte ein fast 14tägiger Hungerstreik des Kriegsdienstverweigerers Andreas K. zum Erfolg. Er braucht keinen Kriegsdienst zu leisten.

Die Vorgeschichte des Falls ist schnell erzählt. Andreas KDV-Antrag wurde in zwei Instanzen abgelehnt. Er hatte den zweiten Ablehnungsbescheid noch gar nicht erhalten, da flatterte ihm bereits die Einberufung zur Bundeswehr in den Briefkasten. Anstatt jedoch am 2. Januar anzutreten, hielt er sich erstmal versteckt und entschloß sich dann noch einen Schritt weiter zu gehen, um aus der Illegalität in die Öffentlichkeit vorzustoßen. Am 13.1., während des Gottesdienstes in der St. Johannes-Gemeinde, kettete er sich ans Kreuz, bat um Asyl und trat mit den Kir-

chenbesuchern in eine Diskussion über seinen Fall. Gleichzeitig begann er einen Hungerstreik.

Seine Aktion stieß in der Kirchengemeinde auf positive Resonanz, zumal Andreas dort gut bekannt ist. Auch die örtliche Presse griff den Fall auf. Nicht immer positiv, aber immerhin dennoch, berichtete später auch die nationale Presse, der NDR und auch das ZDF über den Hungerstreik und seine Ursachen. Die Kirchengemeinde lud zu einer Diskussion u.a. mit Vertretern der Bundeswehr, der Kirche und dem Rechtsanwalt Günnemann, dem Anwalt von Andreas, ein, zu der ca. 100 Interessierte erschienen. Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden Har-

burg verbreitete dazu eine Presseerklärung.

Dieses alles führte dazu, daß er am 24.1. einen erneuten Prüfungstermin vor der ersten KDV-Instanz (und nicht vor der eigentlich vorgeschriebenen 3. Instanz!) bestreiten konnte. Dort wurde er dann auch als KDV'er anerkannt!

Angewiesen waren Bundeswehr und Staatsanwaltschaft „sehr verständnisvoll“ und schrieben keinen Haftbefehl aus. Es wurden jedoch Versuche bekannt, Andreas mit zivilen Feldjägern aus der Kirche rauszuholen.

Nähere Informationen über die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden / Harburg c/o Hans D. Kunst

Gunbrechtstr. 59, 2100 Hamburg 90

Strauß gegen „Drückeberger“

Interessant in diesem Zusammenhang sind einige Ausführungen von Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß..., der sich bemüht sah, den 'Freien Wohlfahrtsverbänden' auf ihren Protest zu antworten. Zur Klage der Wohlfahrtsverbände über den derzeitigen Mangel an Zivildienstleistenden meint er: „Hauptursache für den augenblicklichen Mangel an Zivildienstleistenden ist die schleppende Abwicklung des Anerkennungsverfahrens. Dies wiederum ist zurückzuführen auf die bestehenden Unsicherheiten selbst, aber auch auf die Wühlarbeit zahlreicher Organisationen der Kriegsdienstverweigerer, die mit ihrer Propaganda die Anerkennungsverfahren bis zur Undurchführbarkeit erschweren wollen. Hier ist der Gesetzgeber aufgerufen, endlich Verfahrensregeln zu schaffen, die ein zügiges und leistungsfähiges Anerkennungsverfahren ermöglichen.“ Der Zivildienst dürfe „nicht so attraktiv ausgestaltet werden, daß er Wehrpflichtige dazu verleitet, in Anerkennungs-

verfahren Gewissensgründe vorzuschieben, um dem härteren Wehrdienst zu entgehen...“ Die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer dürfe „nicht mit einem Freibrief zur Entbindung von staatsbürgerlichen Pflichten gleichgesetzt“ werden...

Im Klartext: Demjenigen, der aus Gewissensgründen den Kriegsdienst ablehnt, müssen eben Schikanen zugemutet werden, ja mehr noch, haben wird erst deutlich, ob er es mit der Gewissensentscheidung wirklich ernst meint....

